

FORSCHUNGEN ZUR BALTISCHEN GESCHICHTE

5
2010

Herausgegeben von
MATI LAUR und KARSTEN BRÜGGEMANN

unter Mitwirkung von
ANTI SELART, ANDRIS LEVANS und KONRAD MAIER

in Verbindung mit
DETLEF HENNING (Lüneburg), CARSTEN JAHNKE (Kopenhagen),
JUHAN KREEM (Tallinn), ENN KÜNG (Tartu),
ILGVARS MISĀNS (Riga), EVGENIJA NAZAROVA (Moskau),
DAVID J. SMITH (Glasgow), GVIDO STRAUBE (Riga),
TÕNU TANNBERG (Tartu), ÜLLE TARKIAINEN (Tartu),
RALPH TUCHTENHAGEN (Berlin), HORST WERNICKE (Greifswald),
SEPPO ZETTERBERG (Jyväskylä)



Forschungen zur baltischen Geschichte - Bd. 5

hrsg. von MATI LAUR und KARSTEN BRÜGGEMANN

Tartu: Akadeemiline Ajalooselts, 2010

Redaktion und Drucklegung wurden gefördert
mit Mitteln der Republik Estland

Sihifinantseerimine TFLAJ 2700

der Akademischen Historischen Gesellschaft (Tartu)

des Instituts für Geschichte und Archäologie der Universität Tartu

und der Fakultät für Geschichte und Philosophie der Lettischen Universität in Riga

Redaktion:

Institut für Geschichte und Archäologie der Universität Tartu

Ülikooli 18, Tartu, Estland, EE-50090

Manuskripte werden durch die Redaktion erbeten.

Bestellungen können an die Redaktion oder an Dr. KONRAD MAIER,
Nordost-Institut, Conventstraße 1, 21335 Lüneburg (k.maier@ikgn.de)
gerichtet werden.

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in
HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE

Umschlag: IRINA TAMMIS

Satz: MEELIS FRIEDENTHAL

ISSN 1736-4132

© Akadeemiline Ajalooselts, 2010

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Estonia

INHALT

VORWORT

ORTSNAMENKONKORDANZ

AUFSÄTZE

| | |
|---|-----|
| MADIS MAASING: Die Wieksche Fehde (1532–1536) und Markgraf Wilhelm von Brandenburg | 11 |
| VIVIAN SIIRMAN: Der literarische Nachlass des Superintendenten von Livland Hermann Samson | 36 |
| ÜLLE TARKIAINEN: Die Vermessung Livlands | 59 |
| ANNE SOMMERLAT: „Das stille Verdienst des patriotischen Gelehrten“? Geschichtsforscher im aufgeklärten Kurland | 75 |
| MÄRĪTE JAKOVĻEVA: Eine einfache Annexion? Die Handels- und Grenzkonvention zwischen dem Herzogtum Kurland und Russland vom 10./21. Mai 1783 | 95 |
| INDREK JÜRJO: Wer ist der Autor des Aufklärungs-Pamphlets „Briefe über Reval“? | 110 |
| ANITA ČERPINSKA: Als 1812 die Rigaer Vorstädte brannten. Ein Rekonstruktionsversuch | 124 |
| EGLĒ BENDIKAITĒ: „Hier und jetzt“: über Bedingungen und Wirkungsspielräume der zionistischen Bewegung in Litauen 1906–1940 | 143 |
| HILJAR TAMMELA: Auszeichnungen für die „Avantgarde“ zum 10. Jahrestag der Estnischen SSR im Juli 1950 | 168 |
| SIMO MIKKONEN: Gefährliche Republiken – Moskaus Medienpolitik im besetzten Baltikum | 184 |

MITTEILUNGEN

| | |
|--|-----|
| ULRICH MORGENSTERN: Überlegungen zu den russisch-ostseefinischen Wechselbeziehungen in der traditionellen Instrumentalkultur | 205 |
| KARSTEN BRÜGGEMANN: Das Baltikum 20 Jahre nach der „Singenden Revolution“. Ein Konferenzbericht | 220 |

DEBATTE

- BjÖRN M. FELDER: Lettland im Zweiten Weltkrieg 225
Diskussionsbeiträge von OLAF MERTELSMANN und KASPAR ZELLIS
- BjÖRN M. FELDER: Für eine Stalinismusforschung jenseits der Regionalgeschichte: Eine Antwort auf Olaf Mertelsmann und Kaspars Zellis 234
- ANTON WEISS-WENDT: Murder without Hatred: Estonians and the Holocaust 242
Diskussionsbeiträge von OLAF MERTELSMANN und VADIM RÖUK
- ANTON WEISS-WENDT: On Structural Explanation and Structural Misunderstanding: Response to my Critics 250

BESPRECHUNGEN

- Sõnasse püütud minevik [In Worte gebannte Vergangenheit] in honorem Enn Tarvel (von MATI LAUR) 261
- ROBERT SCHWEITZER: Finnland, das Zarenreich und die Deutschen. Gesammelte Studien zum europäischen Nordosten (von KARI TARKIAINEN) 265
- KASPARS KĻAVIŅŠ: apStāvēšana [Das Totenofficium] (von GUSTAVS STRENGA) 268
- CAROLA GOTTZMANN, PETRA HÖRNER: Lexikon der deutschsprachigen Literatur des Baltikums und St. Petersburgs: vom Mittelalter bis zur Gegenwart (von MARTIN KLÖKER) 275
- The „Baltic Frontier“ Revisited. Power Structures and Cross-Cultural Interactions in the Baltic Region (von KARSTEN BRÜGGEMANN) 283
- The Clash of Cultures of the Medieval Baltic Frontier (von JUKKA KORPELA) 288
- Grundlagen für ein neues Europa. Das Magdeburger und Lübecker Recht in Spätmittelalter und Frühe Neuzeit (von TIINA KALA) 292
- REIN ZOBEL: Tallinn (Reval) in the Middle Ages. Town Building in the 13th–14th Centuries (von VILLU KADAKAS) 296
- INNA PÖLTSAM-JÜRJO: Liivimaa väikelinn Uus-Pärnu 16. sajandi esimesel poolel [Die livländische Kleinstadt Neu-Pernau in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts] (von ENN KÜNG) 300

| | |
|---|-----|
| Die baltischen Lande im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Estland, Livland, Ösel, Ingermanland, Kurland und Lettgallen. Stadt, Land und Konfession 1500–1721 (von JÜRGEN BEYER) | 307 |
| RALPH TUCHTENHAGEN: Zentralstaat und Provinz im frühneuzeitlichen Nordosteuropa (von ENN KÜNG und MATI LAUR) | 315 |
| MATHIAS MESENHÖLLER: Ständische Modernisierung. Der kurländische Ritterschaftsadel 1760–1830 (von MATI LAUR) | 322 |
| Россия и Балтия, Вып. 5: Войны, революции и общество [Russland und das Baltikum, H. 5: Kriege, Revolutionen und die Gesellschaft] (von SIRJE TAMUL) | 326 |
| Интеллигенция в многонациональной империи. Русские, латыши, немцы. XIX – начало XX вв. [Die Intelligenz im multinationalen Imperium. Russen, Letten und Deutsche. 19. Jahrhundert bis Anfang des 20. Jahrhunderts] (von TÖNU TANNBERG) | 328 |
| Vene impeerium ja Baltikum: venestus, rahvuslus ja moderniseerimine 19. sajandi teisel poolel ja 20. sajandi alguses [Das Russische Imperium und das Baltikum: Russifizierung, Nationalismus und Modernisierung in der zweiten Hälfte des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts] (von TOOMAS KARJAHÄRM) | 332 |
| JĀNIS BĒRZIŅŠ: Latvijas rūpniecības strādnieku sociālais portrets 1900–1914 [Ein soziales Porträt der Industriearbeiter Lettlands 1900–1914] (von ILGVARS BUTULIS) | 341 |
| VĪTA ZELČE: Latviešu avīžniecība. Laikraksti savā laikmetā un sabiedrībā, 1822–1865 [Das lettische Zeitungswesen. Die Zeitungen in ihrem Zeitalter und in der Gesellschaft, 1822–1865] (von INETA LIPŠA) | 345 |
| Eesti ajaloost Nõukogude võimu perioodil / Studies in the History of Estonia during the Soviet Rule (von KONRAD MAIER) | 351 |
| Sõna jõul: diasporaa roll Eesti iseseisvuse taastamisel [Mit der Macht des Wortes: Die Rolle der Diaspora bei der Wiederherstellung der estnischen Unabhängigkeit] (von MAARJA MERIVOO-PARRO) | 355 |
| Identity and Foreign Policy. Baltic-Russian Relations and European Integration (von EKATERINA MAKHOTINA) | 358 |

LIEBE LESERINNEN & LESER,

ein weiteres Mal gehen unsere „Forschungen“ in den Druck. Mit dem fünften Band haben wir ein kleines Jubiläum erreicht, das uns hoffnungsvoll auf die nächsten fünf Jahre blicken lässt. Wie bereits im zweiten Band sei der Vergleich mit dem Musikgeschäft bemüht – wer das fünfte Album auf den Markt bringt, darf sich wohl zu den Etablierten zählen.

Im Unterschied zu manch einer fünften Platte jedoch ist der stilistische Mix der vorliegenden Ausgabe nahezu gewagt. Denn mit einem kleinen Beitrag zu Fragen der traditionellen Instrumentalmusik im baltisch-slawischen Grenzbereich von Ulrich Morgenstern betreten wir thematisch interessantes, interdisziplinäres Neuland. Auch können wir endlich Litauen in den Kreis der von uns behandelten Bereiche erheben, sodass das Wörtchen „baltisch“ im Titel sich nun doch den Gepflogenheiten des 20. Jahrhunderts annähert. Für die Vermittlung von Eglė Bendikaitė als Autorin eines Beitrags zum Zionismus in Litauen sei unserer Tallinner Kollegin Anna Verschik herzlich gedankt. Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, dass zu unseren Autoren seit dieser Ausgabe mit Anne Sommerlat auch eine Französin zählt, die sich mit kurländischen Geschichtsschreibern auseinandersetzt. Und mit Simo Mikkonen begibt sich ein Finne in die Niederungen des medienpolitischen Kalten Kriegs, indem er das hoffnungslose Unterfangen Moskaus analysiert, den Empfang westlicher Radiosendungen auf dem Gebiet der UdSSR zu stören. Die Themen unserer estnischen und lettischen Autoren reichen von der Wiickschen Fehde über den Brand von Riga sowie Briefe aus Reval bis zu sowjetischen Orden. Es geht um Hermann Samsons literarischen Nachlass, Katharinas II. Kurlandpolitik und *last but not least* um die Vermessung – zwar nicht der Welt, aber immerhin Livlands. Zudem möge das geneigte Publikum mit Befriedigung feststellen, dass die fünfte Ausgabe der „Forschungen“ im Aufsatzteil mehrheitlich von Beiträgerinnen getragen wird. Auch dies ein höchst erfreuliches Novum.

Nun gilt es in dieser Ausgabe aber auch eine Entwicklung abzubilden, die weniger erfreulich ist. Die Feststellung, dass „Esten“ in den Jahren des Zweiten Weltkriegs auch Täter gewesen sind, gibt immer noch Anlass für persönliche Angriffe auf denjenigen, der damit in die Öffentlichkeit geht. Unter dem Titel „Ein aus Narva stammender Historiker: Esten fehlt Menschlichkeit“ veröffentlichte ein Journalist des „Eesti Ekspress“ am 30. Januar 2010 eine herablassende Kritik des auch auf den Seiten dieser Ausgabe in der neuen Rubrik „Debatte“ diskutierten Buches von Anton Weiss-Wendt zum Holocaust in Estland. Grundtenor war, dass ein in Narva gebürtiger Mensch jüdischer Herkunft offenbar gar nicht anders könne, als den Esten eine Kollektivschuld zu unterstellen. Unter

einem Foto lesen wir: „Ein Narvaer Junge: Der Historiker Anton Weiss-Wendt will sich im Ausland Lorbeeren verdienen, indem er die Esten schlecht macht“. Den Gipfel der Perfidie erreicht der Journalist Pekka Erelt jedoch mit der Behauptung, Weiss-Wendt schätze wohl auch seine eigenen *rahvuskaaslasted*, seine Konnationalen (sprich: Juden) in Estland nicht so sehr, da sie der Welt nicht lauthals verkündeten, wie sehr sie heutzutage „schikaniert“ würden. Es ist nicht so sehr das antisemitische Stereotyp des „vaterlandslosen Juden“, das hier erschreckt, sondern die im ganzen Text präsente Vorstellung, estnische Geschichte im Zweiten Weltkrieg dürfe nur als Opfergeschichte geschrieben werden. In seiner Besprechung wird Erelt jedoch selbst zum Täter, denn als erfahrener Journalist weiß er ganz genau, welche Kreise er auf diese Art und Weise dazu animiert, im Internet antisemitische Tiraden zu verbreiten. Weiss-Wendts Versuch, mit wissenschaftlichen Methoden *verstehen* zu wollen, was in Estland geschah – worüber man im Detail sicher streiten muss –, als „Hass aufwiegelndes Propagandabuch“ zu bezeichnen, macht einen angesichts der über 400 Kommentare im Netz, die zum Teil tatsächlich Hass predigen, nur noch sprachlos.

Kommen wir zum erfreulichen Teil eines Vorwortes – den Danksagungen. Neben dem bewährten Team unserer Übersetzerinnen aus dem Estnischen, Anu Aibel-Jürgenson, Heli Rahkema und Tea Vassiljeva, haben diesmal Maija Levane aus dem Lettischen, Sanna Klemmow aus dem Finnischen und Dirk Roland Haupt aus dem Litauischen übersetzt. Die Redaktion lag wie immer in den Händen von Andris Levans, Konrad Maier und Anti Selart. Für die sprachliche Überarbeitung der Texte bedanken wir uns bei Detlef Henning, Carsten Jahnke, Siobhan Kattago, David J. Smith, und Ralph Tuchtenhagen. Wie immer hat Meelis Friedenthal das Layout hergestellt und Irina Tammi den Umschlag in seiner ganzen farblichen Pracht entworfen.

Von dieser Ausgabe an erscheinen die „Forschungen zur baltischen Geschichte“ in enger Kooperation mit der Baltischen Historischen Kommission (BHK). Im persönlichen Bereich war dies zwar schon von der ersten Ausgabe an Usus, doch freuen wir uns über die Bereitschaft des Vorsitzenden der BHK, Prof. Dr. Matthias Thumser, im gemeinsamen Interesse diese Zusammenarbeit in dieser Form offiziell zu machen.

Allen Interessenten an der baltischen Geschichte (und nicht nur ihnen) wünschen wir eine anregende und hoffentlich auch spannende Lektüre.

Ostern 2010
KARSTEN BRÜGGEMANN
MATI LAUR

ORTSNAMENKONKORDANZ

| | |
|--|----------------------------|
| Aa, Semgaller – Lielupe | Libau – Liepāja |
| Annen – Anna | Lode – Koluvere |
| Arensburg – Kuressaare | Lösern – Liezere |
| Audern – Audru | Lopekaln – Lopukalni |
| Baldohn – Baldone | Mariampol – Marijampolė |
| Bauske – Bauska | Memel – Klaipėda |
| Bilderlingshof – Bulduri, Bulduru muiža | St. Michaelis – Mīhkli |
| Bullenhof – Buļļu muiža | Misse – Misa |
| Dagö – Hiiumaa | Mitau – Jelgava |
| Dahlen – Dole | Mohn – Muhu |
| Dahlenkirchen – Ķekava | Oberpahlen – Põltsamaa |
| Dorpat – Tartu | Ösel – Saaremaa |
| Düna – Daugava | Olay – Olaine |
| Dünaburg – Daugavpils | Peipussee – Peipsi järv |
| Dünamünde – Daugavgrīva | Pernau – Pärnu |
| Eckau – Iecava | Pernau, Alt – Vana-Pärnu |
| Eckendorf – Ozolmuiža | Pernau, Neu – Uus-Pärnu |
| Fellin – Viljandi | Peude – Pöide |
| Festen – Vestiena | Pilten – Piltene |
| Fickel – Vigala | Ponewiesch – Panevėžys |
| Friedrichstadt – Jaunjelgava | Reval – Tallinn |
| Goldingen – Kuldīga | Römershof – Skrīveri |
| Grobin – Grobiņa | Schaulen – Šiauliai |
| Hagensberg – Āgenskalns | Schlock – Sloka |
| Hapsal – Haapsalu | Schrunden – Skrunda |
| Harrien – Harjumaa | Selonien – Sēlija |
| Jakobstadt – Jēkabpils | Soneburg – Maasilinn |
| Jerwen – Järvamaa | Thornsberg – Torņkalns |
| Kalnzeem – Kalnciems | Tittelmünde – Tetele |
| Kaugern – Kauguri | Treiden – Turaida |
| Keckau – Ķekava | Weissenstein – Paide |
| Klieversholm, Groß – Lielā Klīversala | Wenden – Cēsis |
| Kokenkau – Koonga | Werder – Virtsu |
| Kowno – Kaunas | Wiek – Läänemaa |
| Latsche (Fluss) – Lāčupe | Wierland – Virumaa |
| Leal – Lihula | Wilkomir – Ukmergē |
| Lemsal – Limbaži | Wilna – Vilnius |
| | Windau (Stadt) – Ventspils |
| | Wolmar – Valmiera |

Die Wieksche Fehde (1532–1536) und Markgraf Wilhelm von Brandenburg

VON MADIS MAASING

Der Bürgerkrieg im Bistum Ösel-Wiek¹, traditionellerweise als „Wieksche Fehde“² bezeichnet, wurde von November 1532 bis Juli 1536 zwischen dem Bischof Reinhold von Buxhoeveden und dem Markgrafen Wilhelm, der als Koadjutor des Rigaer Erzbischofs Thomas Schöning fungierte, ausgefochten. Während der kriegerischen Ereignisse kam es vor dem Hintergrund der Konflikte zwischen den Förderern und Gegnern der Reformation zu einer komplizierten Verflechtung zwischenmenschlicher Beziehungen und finanzieller Schwierigkeiten auf Seiten Bischof Reinholds.³ In erster Linie ging es jedoch darum, dass Markgraf Wilhelm Anspruch auf den Status eines Landesherrn und Reichsfürsten erhob. Er war ein von der Erbfolge ausgeschlossener Sohn Markgraf Friedrichs II. von Brandenburg-Ansbach und der weniger erfolgreiche Bruder von Herzog Albrecht von Preußen. Der Briefwechsel Wilhelms mit Albrecht dient als Hauptquelle des vorliegenden Beitrages, der das Ziel verfolgt, die Aktionen Markgraf Wilhelms näher zu untersuchen, welche auf die Erlangung eines Postens im Bistum Ösel-Wiek zielten. Obwohl die Wieksche Fehde ein wesentliches

Die Anfertigung des Aufsatzes wurde unterstützt durch den *Eesti Teadusfond* (Nr. 7744) und ein gemeinsames Projekt von *Eesti Teadusfond* und *Российский Государственный Гуманитарный Научный Фонд*. Verwendete Abkürzungen: AR 3 = Akten und Rezesse der livländischen Ständetage, Bd. 3 (1494–1535), hrsg. von LEONID ARBUSOW, Riga 1910; HA 1 = Herzog Albrecht von Preußen und Livland (1525–1534). Regesten aus dem Herzoglichen Briefarchiv und den ostpreußischen Folianten, bearb. von ULRICH MÜLLER, Köln u.a. 1996 (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, 41); HA 2 = Herzog Albrecht von Preußen und Livland (1534–1540). Regesten aus dem Herzoglichen Briefarchiv und den ostpreußischen Folianten, bearb. von STEFAN HARTMANN, Köln u.a. 1999 (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, 49); HA 3 = Herzog Albrecht von Preußen und Livland (1540–1551). Regesten aus dem Herzoglichen Briefarchiv und den ostpreußischen Folianten, bearb. von STEFAN HARTMANN, Köln u.a. 2002 (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, 54).

¹ Saare-Lääne piiskopkond: artiklid Lääne-Eesti keskajast [Bistum Ösel-Wiek: Artikelsammlung zum Mittelalter in Westestland], hrsg. von ÜLLA PARAS, Haapsalu 2004.

² Zum Thema Fehde vgl. OTTO BRUNNER: Land und Herrschaft: Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter, Wien 1965, S. 17–41. Streng juristisch genommen wäre der Konflikt in Ösel-Wiek nicht als „Fehde“ zu bezeichnen.

³ Vgl. JOACHIM KUHLES: Die Reformation in Livland – religiöse, politische und ökonomische Wirkungen, Hamburg 2007 (Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa, 16), S. 270–274.

Ereignis in der livländischen Geschichte des 16. Jahrhunderts darstellt, ist sie bisher fast nur im Rahmen der Lokal- und Familiengeschichte oder aus dem Blickwinkel der Politik auswärtiger Herrscher betrachtet worden. Die persönliche Rolle Wilhelms im Bürgerkrieg und seine Möglichkeiten, seine persönliche Herrschaft in Livland auszubauen, sind bislang nicht näher untersucht worden.

Die Geschichte des Bistums Ösel-Wiek wurde im Mittelalter von wiederholten Konflikten des Bischofs mit seinen Vasallen bzw. mit Gegenbischöfen geprägt. Ein Streit zwischen dem Bischof und dem Vasallengeschlecht Lode 1238 nahm für den Ersteren erst dann einen günstigen Ausgang, als der Deutsche Orden eingriff. Im Jahre 1298 entflammte im Bistum ein Krieg zwischen dem Orden und dem Bischof, in dessen Verlauf ein Großteil der Wiek bis 1301 vom Orden unterworfen wurde. 1381 kam es zum Streit zwischen dem Domkapitel und dem Bischof, der dazu führte, dass Letzterer in Arensburg ermordet wurde. 1383 wurde Hapsal von den Vasallen niedergebrannt. Als längste Periode der Streitigkeiten in der Geschichte des Bistums Ösel-Wiek gilt das 15. Jahrhundert: Von 1423 bis 1468 gab es ständig zwei Prätendenten für den Bischofsstuhl, wobei das Bistum 1449–1457 sogar offiziell unter den zwei Bischöfen aufgeteilt war.⁴ An diese Periode kriegerischer Auseinandersetzungen erinnerten sich offensichtlich auch die Protagonisten der Wiekschen Fehde, da sie Vorschläge unterbreiteten, das Bistum analog aufzuteilen. Ende des 15. Jahrhunderts wurde die Situation im Bistum zwar ruhiger, aber nicht für lange: Anfang des 16. Jahrhunderts kam es zum Streit zwischen den Vasallen und Bischof Johannes IV. Kievel, der seine landesherrlichen Befugnisse auszuweiten suchte. Die Vasallen wiederum beharrten darauf, ihre Privilegien auf Rechnung der bischöflichen Befugnisse zu erweitern. Eine vergleichbare Tendenz herrschte damals in ganz Livland: Auch der Rigauer Erzbischof (und gleichzeitiger Bischof von Dorpat) Johannes Blankenfeld war aus ähnlichen Gründen mit seinen Vasallen in Streit geraten. Die Lage spitzte sich durch die Reformation noch weiter zu: Auf dem Landtag von 1524 schlossen die Vasallen, um ihre Position stärker zu untermauern und sich von den bischöflichen Landesherrn zu distanzieren, ein Bündnis mit den Städten, wodurch die evangelischen Prediger unterstützt werden sollten. Daraufhin machten die Bischöfe den Vasallen Zugeständnisse, zuletzt tat dies auch im Dezember 1524 Bischof Kievel.⁵ Es hat jedoch den Anschein, dass die Verhältnisse zwischen den Vasallen und dem Landesherrn auch jetzt nicht in friedlichen Bahnen verliefen. Zudem wechselten

⁴ JUHAN KREEM: Über die Streitigkeiten um den Bischofsstuhl von Ösel-Wiek im 15. Jahrhundert, in: Saare-Lääne piiskopkond (wie Anm. 1), S. 245–255.

⁵ PÄRTEL PIIRIMÄE: Maaisandad, seisused ja maapäev: Vana-Liivimaa maapäevast Wolter von Plettenbergi perioodil [Die Landesherrn, die Stände und der Landtag: Über den altlivländischen Landtag in der Periode Wolters von Plettenberg]. Magisterarbeit, Tartu 1998 (Manuskript in der UB Tartu), S. 19–22. Zur Bestätigung der Privilegien durch Kievel siehe AR 3, Nr. 169, S. 465–471.

sich auf dem Bischofsstuhl von Ösel-Wiek in den darauffolgenden Jahren mehrere geistliche Würdenträger ab: Der seit 1524 amtierende Revaler Bischof Georg von Tiesenhausen, der 1527 auch in Ösel-Wiek das Bischofsamt angetreten hatte, starb bereits am 2. Oktober 1530.

Daraufhin wurde am 18. Oktober 1530 der bisherige Domdekan und Domherr von Dorpat Reinhold von Buxhoeveden⁶ in Hapsal zum neuen Bischof von Ösel-Wiek gewählt. Er hatte in Rostock studiert, mehrere Jahre in Rom geweiht und war spätestens seit 1519 Domdekan von Ösel. Zugleich war er ein Mitarbeiter von Johann Blankenfeld, der Bischof von Reval (1514–1524) und Dorpat (1518–1527) sowie in den Jahren 1524–1527 auch Erzbischof von Riga war. Blankenfeld zählte bekanntlich in seiner Zeit zu den heftigsten Gegnern der Reformation in Livland. Am Vortag der Bischofswahlen ernannten die Domherren und Vasallen von Ösel-Wiek vier Ökonomen, die bis zum Eintreffen der päpstlichen Bestätigung des neuen Bischofs gemeinsam mit dem Elekten den Stift regieren sollten. Bei der Wahl hatte Reinhold von Buxhoeveden zwanzig Stimmen auf sich vereinen können, während Dompropst Wolmar von Ungern nur zwei Unterstützer hatte. Einer von ihnen war wohl sein Vater, der Edelmann und Stiftsvasall von Riga und der Wiek Georg (Jürgen) von Ungern,⁷ der auch zu den ernannten Ökonomen zählte.

Der Regierungsbeginn Reinholds von Buxhoeveden verlief alles andere als unproblematisch. Die Burgbesatzungen von Hapsal und Arensburg forderten den ihnen noch aus der Amtszeit des Vorgängers zustehenden Sold sowie eine Solderhöhung. Auch konnte sich der neue Bischof nicht mit seinen Vasallen über deren Privilegien einigen. Zwar erklärte er ausdrücklich, diese zu achten, doch beschuldigten ihn die Vasallen schon bald, sein Wort nicht gehalten zu haben: Der Bischof regiere mithilfe einiger weniger Amtsträger, ohne Rücksicht auf die Privilegien der Vasallen zu nehmen.⁸ Man darf davon ausgehen, dass es den Vasallen vor allen Dingen auf die weitgehenden Privilegien ankam, die Bischof Kievel ihnen zugesprochen hatte, die Buxhoeveden offensichtlich aber nicht bestätigen wollte. Auf jeden Fall trägt das Original exemplar der Privilegien einen Vermerk, sie seien sowohl von Bischof Georg von Tiesenhausen als auch später von

⁶ [HANNS-ALBERT VON BUXHOEVEDEN]: Familiengeschichte Buxhoeveden, [Teil 1], Hamburg 1961, S. 214–233; JÜRI KIVIMÄE: Piiskop ja hansakaupmees: Reinhold von Buxhövdeni ja Johann Selhorsti kaubasuhetest 1530. aastate algul [Bischof und Hansekaufmann: Über die Handelsbeziehungen zwischen Reinhold von Buxhöveden und Johann Selhorst zu Beginn der 1530er Jahre], in: Sõnasse püütud minevik [In Worte gebannte Vergangenheit] in honorem Enn Tarvel, hrsg. von PRIIT RAUDKIVI und MARTEN SEPPEL, Tallinn 2009, S. 138–158.

⁷ RUDOLF VON UNGERN-STERNBERG: Nachrichten über das Geschlecht Ungern-Sternberg, Bd. 1: Biographien, ergänzt von CARL RUSSWURM, Breslau 1875, S. 51–133, über die Wahlen S. 78–83; CARL RUSSWURM: Das Schloss zu Hapsal in der Vergangenheit und Gegenwart. Nachrichten aus Geschichte und Sage, Reval 1877, S. 46–49.

⁸ Siehe z. B. HA 1, Nr. 327, 581; HA 2, Nr. 765.

Markgraf Wilhelm vollständig bestätigt worden.⁹ Dies lässt vermuten, dass Buxhoeveden dies unterlassen hatte.

Die päpstliche Bestätigung der Bischofswahl Reinholds von Buxhoeveden ließ jedoch auf sich warten. Erst im Sommer 1532 gelang es seinem Gesandten Thomas Gabler, sie zu erlangen, was jedoch in Livland erst Ende des Jahres bekannt wurde. Inzwischen waren der Bischof und seine Wiekschen Vasallen, als deren führende Figur sich Georg von Ungern profilierte, in einen ernsthaften Streit geraten. Eine Zusammenkunft, die zur Versöhnung der streitenden Parteien im Sommer 1531 in Leal abgehalten werden sollte, kam nicht zustande, weil der Bischof auf halbem Wege nach Arensburg zurückkehrte. Danach erlangten die Vasallen faktisch die Regierungsgewalt in der Wiek.¹⁰ Finanzielle Sorgen bei Buxhoeveden¹¹ – er konnte weder die Ausgaben für Amtsträger senken, deren Zahl in der Regierungszeit seiner Vorgänger beträchtlich zugenommen hatte,¹² noch die Einkünfte des Bischofs erhöhen, ohne mit den Vasallen in Konflikt zu geraten –, führten zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu seinen Untertanen. Aus dem Sommer des Jahres 1531 (bzw. 1532) liegt eine Urkunde vor, in der das Hapsaler Kapitel und die Vasallen drohen, einen neuen Bischof zu wählen, wenn der Amtsträger nicht imstande sei, den entbrannten Streit zu schlichten.¹³ Neben der Glaubensfrage – Georg von Ungern und die wiekschen Adligen sympathisieren eindeutig mit dem Protestantismus, Reinhold von Buxhoeveden blieb persönlich offensichtlich dem katholischen Glauben treu – ist somit die von Bischof Georg von Tiesenhausen geerbte recht hoffnungslose finanzielle Lage des Bistums als Hauptursache des Konfliktes zu sehen.

Markgraf Wilhelm von Brandenburg,¹⁴ ein Anhänger der lutherischen Lehre, der als Koadjutor des Rigaer Erzbischofs 1530 in Livland angekommen war, wollte die gespannte Situation in der Wiek zu seinem Vorteil auszunutzen. Bereits 1530 hatte Georg von Ungern, einer der einflussreichsten Berater des Markgrafen, geplant, ihn als Kandidaten für das Bischofsamt in Ösel-Wiek aufstellen zu lassen.¹⁵ Auch Wilhelm war daran interessiert, schon allein weil er sich aufgrund seiner Schulden in einer hei-

⁹ AR 3, Nr. 169.

¹⁰ HA 1, Nr. 221.

¹¹ KIVIMÄE, Piiskop ja hansakaupmees (wie Anm. 6), S. 157; BUXHOEVEDEN, Familiengeschichte (wie Anm. 6), S. 16f.

¹² FRIEDRICH VON STACKELBERG: Die Verwaltung des Bistums Oesel-Wiek im XVI. Jahrhundert, in: Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga. Vorträge zur Hundertjahrfeier am 6.-9. Dezember 1934, Riga 1936, S. 36-51.

¹³ HA 1, Nr. 237.

¹⁴ Zu Wilhelms Ankunft in Livland siehe PAUL KARGE: Die Berufung des Markgrafen Wilhelm zum Koadjutor des Rigaschen Erzbischofs. Ein Beitrag zur Reformationsgeschichte, in: Baltische Monatsschrift 61 (1906), S. 117-156.

¹⁵ HA 1, Nr. 153.

klen Lage befand.¹⁶ Um sein Ansehen zu erhöhen und seine finanzielle Lage zu verbessern, wollte er mehrere Präbenden in ganz Livland erlangen und bewarb sich u. a. um die Stelle des Dompropstes von Ösel-Wiek; doch scheiterte er am Widerstand Bischof Buxhoevedens. Dies wird kaum Sympathie zwischen den zwei Männern gestiftet haben. Die Wiekschen Adligen und Georg von Ungern dürften keine Schwierigkeit gehabt haben, Wilhelm dazu zu bringen, in ihren Streit mit Buxhoeveden einzugreifen. Ebenso weigerte sich Erzbischof Schönning, die Stelle des Rigaer Dompropstes an Wilhelm zu vergeben.¹⁷ Auch die anderen von Wilhelm beanspruchten Posten, so ließ er seinen Koadjutor wissen, seien zurzeit nicht vakant.¹⁸ Die Beziehungen zwischen dem Erzbischof und seinem Koadjutor hatten sich demnach merklich verschlechtert. Zudem weigerte sich Wilhelm trotz der Aufforderung Schönings, die Priesterweihe zu empfangen. Offenbar trachtete er danach, sich mit Unterstützung seines Bruders, des Herzogs von Preußen, Stellungen zu verschaffen.¹⁹ Anfang 1532 war deutlich geworden, dass Wilhelm weder das Amt des Rigaer Dompropstes noch eine andere geistliche Stelle in Livland erhalten würde.²⁰

Auf dem Landtag zu Beginn des Jahres 1532 wurde die Position des Markgrafen Wilhelm erörtert. Entgegen dem Willen des Erzbischofs war auch sein Koadjutor anwesend. Herzog Albrecht ermahnte Wilhelm, sich ruhig zu verhalten.²¹ Er befürchtete, dass es dem Orden gelingen könnte, Wilhelm in irgendeinen Bund zu locken, der sich auf seine eigene Politik nachteilig auswirken könnte.²² Der Ausgang des Landtages war in erster Linie jedoch für den Deutschen Orden vorteilhaft.²³ Hingegen durfte sich Wilhelm, der zum Empfang der Priesterweihe verpflichtet wurde, zu Lebzeiten Schönings nicht in die Verwaltung des Stiftes einmischen. Zwar sollte er nach dessen Tod alle Rechte des Erzbischofs erhalten, doch wurde ihm untersagt, ins Ausland zu reisen, um sich weitere Privilegien zu verschaffen. Sollte Wilhelm den Vertrag verletzen, so wurde ihm die Reichsacht angedroht.²⁴ Immerhin befürworteten die Ritterschaften von

¹⁶ Über Wilhelms Tätigkeit in den Jahren 1530–1532 siehe HANS QUEDNAU: Livland im politischen Willen Herzog Albrechts von Preußen. Ein Beitrag zur Geschichte des Herzogtums Preußen und des preußisch-livländischen Verhältnisses 1525–1540, Leipzig 1939 (Deutschland und der Osten. Quellen und Forschungen zur Geschichte ihrer Beziehungen, 12), S. 69–95. Vgl. HEINRICH LAAKMANN: [Rezension von:] Hans Quednau, Livland im politischen Willen Herzog Albrechts von Preußen, in: Ajalooline Ajakiri 18 (1939), S. 42ff.

¹⁷ HA 1, Nr. 220, 229, 235.

¹⁸ HA 1, Nr. 216, 235.

¹⁹ Vgl. KARGE, Berufung (wie Anm 14).

²⁰ HA 1, Nr. 243.

²¹ HA 1, Nr. 226, 235/11, 236.

²² HA 1, Nr. 226, 235, 236, 252, 254, 257, 258, 260, 261. Vgl. QUEDNAU, Livland (wie Anm. 16), S. 76f.

²³ HA 1, Nr. 254, 258, 260.

²⁴ AR 3, Nr. 303; HA 1, Nr. 255.

Riga und Ösel-Wiek die freie Verbreitung des neuen Glaubens.²⁵ Nach Ansicht Georg Krüdeners, des Stiftsvogts von Treiden im Erzbistum Riga, waren Wilhelms Gegner auf dem Landtag keinesfalls einmütig, womit er wohl insbesondere auf den Konflikt zwischen dem Erzbischof und dem Orden anspielte.²⁶

Somit machten die livländischen Landesherrn, die auf dem Landtag von 1532 bestrebt waren, die Grenzen der Befugnisse des Markgrafen Wilhelm festzulegen, zwar einige Zugeständnisse, doch wurde sein Recht selbstständig zu handeln, eingeschränkt. Zwar sollte so die innenpolitische Lage Livlands stabilisiert werden, doch nahmen die Dinge einen anderen Verlauf. Da die Grenzen der Befugnisse des Markgrafen im Erzbistum jetzt sehr genau festgelegt waren, begann Wilhelm vermutlich eben deshalb die Möglichkeit ernsthaft zu erwägen, den Bischofsstuhl von Ösel zu erlangen.

Ende April 1532 hielt sich Wilhelm in Hapsal auf.²⁷ Im Mai schickte er Briefe an die evangelischen Fürsten, darunter an den dänischen und schwedischen König, um sich ihrer politischen Unterstützung zu versichern.²⁸ Wilhelm schrieb seinem Bruder, er brauche mehr Geld, und erklärte unverblümt seine Hoffnung, Bischof von Ösel zu werden: Reinhold von Buxhoeveden sei nicht in der Lage, die Konflikte mit seinen Untertanen beizulegen, und warte immer noch auf die päpstliche Bestätigung. Der Markgraf hoffte, das nötige Geld für die Verwirklichung seines Plans bei den Fuggern aufzutreiben zu können.²⁹ Er wies darauf hin, dass sowohl die Wieksche Ritterschaft als auch die Ritterschaft des Erzbistums Riga mit ihren Landesherrn im Streit lägen.³⁰ Somit hoffte er, möglicherweise in beiden Gebieten mit Hilfe der Vasallen die Macht zu ergreifen und unter Umständen sogar die Stifte zu säkularisieren. Als Anzeichen dafür kann auch der Umstand ausgelegt werden, dass sich Ungern bereit zeigte, eine protestantische Ehefrau für Wilhelm zu suchen.³¹ Im Juni bat Wilhelm seinen Bruder um Hilfe bei der Erlangung des Öseler Bischofsstuhls.³² Wilhelms Hofmeister Meinecke von Schierstedt bat jedoch den Herzog, seinen Bruder zu ermahnen, in dieser Angelegenheit nicht zu ungestüm vorzugehen,³³ da voraussichtlich kein livländischer Landesherr Beistand leisten werde.³⁴

²⁵ HA 1, Nr. 250.

²⁶ HA 1, Nr. 261.

²⁷ HA 1, Nr. 271.

²⁸ HA 1, Nr. 272.

²⁹ HA 1, Nr. 274, 275. Vgl. JOHANNES LOSSIUS: *Drei Bilder aus dem livländischen Adelsleben des XVI. Jahrhunderts*, Bd. 1, Leipzig 1875, S. 14–22.

³⁰ HA 1, Nr. 278.

³¹ HA 1, Nr. 279. Vgl. HA 1, Nr. 527.

³² HA 1, Nr. 281, 282.

³³ HA 1, Nr. 283.

³⁴ HA 1, Nr. 292; QUEDNAU, *Livland* (wie Anm. 16), S. 96ff.

Zunächst beeilte sich Wilhelm auch nicht damit, in die Ereignisse einzugreifen.³⁵ Zugleich schickte die Wieksche Ritterschaft, die bereits beschlossen hatte, sich von dem Eid zu entbinden, den sie Buxhoeveden geleistet hatte,³⁶ jenem neue Forderungen und drohte mit Krieg.³⁷ Der Bischof versicherte daraufhin, allen Forderungen nachzukommen,³⁸ doch zeigte sich, dass seine Zugeständnisse zu spät kamen: Die Vasallen hatten sich bereits für den Weg des offenen Widerstandes entschieden. Zugleich war Wilhelm mit Erzbischof Schöning in Konflikt geraten: Schöning verlangte von seinem Koadjutor, ihm in der Auseinandersetzung mit der Stadt Riga Beistand zu leisten. Dabei warf er Wilhelm zudem vor, sich mit anderen Angelegenheiten – Ösel-Wiek – zu befassen.³⁹ In Riga wiederum dominierte damals eine Interessengruppe um den lutherischen und preußenfreundlich gesinnten Magistratssekretär und Syndikus Johann Lohmüller an der Spitze, die sich durchaus bereit zeigte, Wilhelm zu unterstützen.⁴⁰ Dies war der Stadt jedoch nur recht begrenzt möglich, da sie im Streit mit dem Erzbischof Gefahr lief, in die Isolation zu geraten.⁴¹

* * *

Im November 1532 überfiel Koadjutor Wilhelm mit etwa 50 Männern unerwartet die Wiek, um dort mit Hilfe des lokalen Adels die Macht zu ergreifen. Bereits am 22. November wurde er von der örtlichen Ritterschaft und dem Domkapitel zum Bischof von Ösel-Wiek gewählt.⁴² Herzog Albrecht wurde um finanzielle Unterstützung und diplomatische Hilfe gebeten, damit der Markgraf die päpstliche Bestätigung erhalte.⁴³ Die Adligen versuchten auch Arensburg zu besetzen, doch hielt der dortige Stiftsvogt Gotthard von Gilsen Buxhoeveden die Treue.⁴⁴ So wurde das Bistum in zwei feindliche Lager gespalten und Wilhelm bemühte sich um Waffenlieferungen.⁴⁵

³⁵ HA 1, Nr. 297.

³⁶ HA 1, Nr. 298.

³⁷ HA 1, Nr. 299.

³⁸ HA 1, Nr. 300.

³⁹ HA 1, Nr. 302, 305.

⁴⁰ ULRICH MÜLLER: Johann Lohmüller und seine livländische Chronik „Warhaftig Histori“. Biographie, Interpretation und Edition, Lüneburg 2001 (Schriften der Baltischen Historischen Kommission, 10), S. 49, 56ff., 135.

⁴¹ HA 1, Nr. 307; PAUL KARGE: Die religiösen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strömungen in Riga 1530–1535, in: Mitteilungen aus der livländischen Geschichte 23 (1924–1926), S. 296–371.

⁴² AR 3, Nr. 319, S. 815–818; HA 1, Nr. 313.

⁴³ HA 1, Nr. 314.

⁴⁴ HA 1, Nr. 308, 321.

⁴⁵ HA 1, Nr. 311.

Wilhelms Aktion dürfte nicht nur für Buxhoeveden, sondern auch für Herzog Albrecht unerwartet gewesen sein.⁴⁶ Wilhelm hatte es außerdem unterlassen, seine von Albrecht besoldeten Berater Meinecke von Schierstedt und Wolfgang Loss einzuweißen. Vermutlich wird er den Plan lediglich mit dem Wiekischen Adel erörtert haben.⁴⁷ Ungeachtet dessen kann Wilhelms Vorgehen nicht als waghalsiges Abenteuer angesehen werden, da er durchaus auf ausländische Hilfe zählen konnte – und das nicht allein von Albrecht. Wilhelm rechnete mit der Unterstützung des polnischen Königs, seines Onkels Sigismund I., des dänischen Königs Friedrich I., dem Schwiegervater Albrechts, wie auch des Kurfürsten von Brandenburg, Joachim I. Bereits im November hatte er angekündigt, den dänischen, schwedischen und polnischen König um Hilfe zu ersuchen,⁴⁸ woraufhin Friedrich I. tatsächlich versprach, im Falle kriegerischer Interventionen des Deutschen Ordens Beistand zu leisten.⁴⁹ Buxhoeveden ersuchte erfolglos um schwedische Hilfe.⁵⁰ Der Protestant Wilhelm konnte auf die Unterstützung der livländischen Lutheraner rechnen. Johann Lohmüller hielt ihn gar für den künftigen weltlichen Herrscher Livlands.⁵¹ Um so schnell wie möglich die päpstliche Bestätigung einzuholen, schickte Wilhelm bereits Ende November seine Gesandten nach Rom.⁵² Zunächst war er voller Hoffnung,⁵³ Bald erfuhr er jedoch, dass Reinhold von Buxhoeveden bereits am 8. Juli 1532 vom Papst in sein Amt eingesetzt worden war, wodurch sich seine Chancen erheblich verschlechterten.⁵⁴

Livland war wegen Wilhelms unerwarteter Aktionen tief beunruhigt. Erzbischof Schönning, der das gewaltsame Vorgehen seines Koadjutors keinesfalls guthieß, distanzierte sich davon.⁵⁵ Auch die anderen Bischöfe hätten Wilhelms Pläne gern vereitelt,⁵⁶ doch war die einzige Kraft, die dies sogleich zu tun vermocht hätte, der livländische Zweig des Deutschen Ordens. Ordensmeister Wolter von Plettenberg wartete jedoch ab. Er hegte einerseits Befürchtungen, Wilhelm könnte unter Umständen ausländische Hilfe erhalten, und war andererseits nicht bereit, den rivalisierenden Erzbischof zu unterstützen. Wilhelms Bundesgenossen in der Wiek taten ihrerseits alles, um die Livländer über die Notwendigkeit sei-

⁴⁶ HA 1, Nr. 309; QUENDAU, Livland (wie Anm. 16), S. 91-95.

⁴⁷ HA 1, Nr. 312; QUENDAU, Livland (wie Anm. 16), S. 90f.

⁴⁸ HA 1, Nr. 310.

⁴⁹ HA 1, Nr. 325.

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ HA 1, Nr. 469/III; HANS QUENDAU: Johannes Lohmüller, Stadtsyndikus von Riga, ein Träger deutscher Reformation in Nordosteuropa. Mit einer Auswahl aus seinen Schriften, in: Archiv für Reformationsgeschichte 36 (1939), S. 51-67, 253-269, hier S. 255-264.

⁵² HA 1, Nr. 316, 357.

⁵³ HA 1, Nr. 317.

⁵⁴ HA 1, Nr. 323.

⁵⁵ HA 1, Nr. 330.

⁵⁶ QUENDAU, Livland (wie Anm. 16), S. 98ff.

ner Aktionen aufzuklären.⁵⁷ Im Januar 1533 wurde deutlich, dass der Orden nicht beabsichtigte, in die Wieksche Fehde einzugreifen.⁵⁸ Um eine Lösung des Konflikts bemühte man sich zunächst auf dem Landtag, der sich am 26. Januar 1533 in Wolmar versammelte.⁵⁹ Der Koadjutor behauptete, dass er im Unterschied zu Buxhoeveden keine unmittelbare Gewalt angewendet habe.⁶⁰ Auf dem Landtag wurde auch der Gedanke laut, auf Buxhoevedens Seite militärisch einzugreifen, was jedoch nur vom Felliner Komtur Robert de Grave unterstützt wurde.⁶¹ Die Anschuldigung, den Landfrieden gebrochen zu haben, wies Wilhelm zurück. Er kam straffrei davon.⁶²

Der ob des ungestümen Vorgehens seines Bruders beunruhigte Herzog Albrecht suchte nach Unterstützung und ermahnte die Livländer, insbesondere den Orden, nicht auf Buxhoevedens Seite einzugreifen.⁶³ Im Februar 1533 teilte er Wilhelm mit, dass ihr dritter Bruder, Markgraf Georg von Ansbach, damit beschäftigt sei, Geld und Waffen zu beschaffen – wenn er, Wilhelm, seine Schuld begleiche.⁶⁴ Zudem warnte Albrecht davor, dass Wilhelms Versuch, ein Bündnis mit dem Orden zu schließen, zum Konflikt mit Riga führen könnte.⁶⁵

Wilhelm war an einer friedlichen Lösung in Livland interessiert, da er nicht über genügend Streitkräfte verfügte. Ein Waffenstillstand kam nicht zustande,⁶⁶ weshalb der Ausbruch eines ernsthaften militärischen Konflikts zu befürchten war. Neben den Hilferufen an seinen Bruder⁶⁷ nahm Wilhelm Anfang März geheime Verhandlungen mit Plettenberg auf.⁶⁸ Diese wurden bald auch von Erfolg gekrönt: Bereits am 9. März teilte Schierstedt mit, dass man mit dem Orden ein Schutzbündnis eingehen werde.⁶⁹

Der Ordensmeister wird vermutlich vor allen Dingen danach getrachtet haben, das interne politische Gleichgewicht in Livland aufrechtzuerhalten, was auf dem Landtag von 1532 ja gescheitert war. Für den Orden war es auch aus außenpolitischen Erwägungen wichtig, die Beziehungen zu Wilhelm zu verbessern, der ja durch seinen Bruder sowohl zum dänischen als auch zum polnischen Königshof enge Kontakte hatte.⁷⁰ Als einen besonders gefährlichen Gegner wird der Orden vermutlich den dänischen König Friedrich I. angesehen haben, der über große Streitkräfte verfügte und

⁵⁷ HA 1, Nr. 319, 320.

⁵⁸ HA 1, Nr. 338, 339, 347.

⁵⁹ AR 3, Nr. 320, S. 818–825, Nr. 321, Nr. 322, S. 825–834.

⁶⁰ HA 1, Nr. 347/1.

⁶¹ HA 1, Nr. 351.

⁶² HA 1, Nr. 366/1–2.

⁶³ HA 1, Nr. 342, 344.

⁶⁴ HA 1, Nr. 353.

⁶⁵ HA 1, Nr. 357.

⁶⁶ HA 1, Nr. 359, 366.

⁶⁷ HA 1, Nr. 368, 370, 379.

⁶⁸ HA 1, Nr. 368.

⁶⁹ HA 1, Nr. 373.

⁷⁰ QUEDNAU, Livland (wie Anm. 16), S. 104–109.

innen- wie außenpolitisch gefestigt war. Auch Albrecht war für den Orden ein unbequemer Gegner, da er theoretisch die Landverbindung mit dem Reich sperren konnte. Plettenberg mag es schließlich für vernünftiger gehalten haben, ein Übereinkommen zu erzielen, um die Kräfte, die dem Orden gefährlich werden konnten, zu besänftigen, als es zu riskieren, den schwachen Buxhoeveden zu schützen. Herzog Albrecht zweifelte jedoch, dass dieses Bündnis für Wilhelm vorteilhaft sei.⁷¹

Der Herzog hatte allen Grund, im Hinblick auf den abgeschlossenen Kontrakt Zweifel zu hegen. Die Mitglieder des Bündnisses, das am 1. April in Wenden geschlossen wurde – der Ordensmeister,⁷² der Landmarschall des Ordens Hermann von Brüggenei, Markgraf Wilhelm und das Stift Wiek sowie die Stadt Riga – verpflichteten sich, die evangelische Predigt zu schützen und auf Unterstützung von außerhalb Livlands zu verzichten. Zudem erklärten sie, keine Kampfhandlungen aufzunehmen, ohne die anderen Vertragsparteien davon in Kenntnis zu setzen.⁷³ Allerdings traten lediglich die zwei höchsten Ordensgebietiger, nicht jedoch der Orden als Ganzes dem Bündnis bei. Man kann annehmen, dass zunächst nicht einmal alle Ordensgebietiger über den Vertrag informiert waren.⁷⁴ Von den wichtigsten Würdenträgern waren etwa die Komtur von Fellin und Reval⁷⁵ nicht am Bündnis beteiligt.⁷⁶ Auf jeden Fall wird nicht der ganze livländische Orden hinter dem Bündnisvertrag gestanden haben. Der Bündnisvertrag, der für Wilhelm nur scheinbar vorteilhaft war, verfolgte außerdem das Ziel, die Ausweitung des Konflikts zu vermeiden, und schuf für Plettenberg die Möglichkeit, Wilhelms Aktionen zu lenken. Wilhelm aber wurde durch den Vertrag verpflichtet, Verhandlungen mit Buxhoeveden aufzunehmen.⁷⁷ Wilhelm sah dieses Treffen, das auf den 15. Juni festgelegt worden war, als eine Gelegenheit, den Streit auf friedlichem Wege beizulegen und das ganze Bistum in Besitz zu nehmen. Nach wie vor mangelte es ihm an Streitkräften und Geld.⁷⁸

Wilhelms Position verschlechterte sich jedoch beträchtlich, als der dänische König Friedrich am 10. April starb und in Dänemark die so genannte Grafenfehde ausbrach, aus der erst 1536 Friedrichs Sohn

⁷¹ HA 1, Nr. 374/ 2, 380, 402.

⁷² Vgl. JOACHIM KUHLES: Wolters von Plettenberg Haltung zur Reformation und Säkularisation Livlands, in: Wolter von Plettenberg und das mittelalterliche Livland, hrsg. von NORBERT ANGERMANN, ILGVARS MISÄNS, Lüneburg 2001 (Schriften der Baltischen Historischen Kommission, 7), S. 33-53.

⁷³ AR 3, Nr. 324, S. 835-839; HA 1, Nr. 386.

⁷⁴ QUEDNAU, Livland (wie Anm. 16), S. 102.

⁷⁵ Zur Position der Stadt Reval im Konflikt siehe ALFRED RITSCHER: Reval an der Schwelle zur Neuzeit, Teil 1: Vom Vorabend der Reformation bis zum Tode Wolters von Plettenberg (1510–1535), Bonn 1998 (Historische Forschungen), S. 131ff.

⁷⁶ AR 3, nr. 324, § 11 S. 839.

⁷⁷ HA 1, Nr. 389.

⁷⁸ Ebenda.

Christian III. erfolgreich hervorgehen sollte.⁷⁹ Zudem erfuhr Albrecht am 20. April, dass der Papst nicht willens war, Wilhelm zu Lebzeiten Buxhoevedens im Bischofsamt zu bestätigen.⁸⁰ Somit konnte Wilhelm nur ein Verfahren zur Absetzung Buxhoevedens beim Papst beantragen, das jedoch große Kosten zu verursachen drohte. Im Frühsommer 1533 jedoch schien es, als ob Wilhelm in Ösel-Wiek die Oberhand gewönne, da sogar der Erzbischof Buxhoeveden ausdrücklich anempfahl, auf seinen Bischofsstuhl zu verzichten und eine Entschädigung zu erhalten.⁸¹ Buxhoeveden machte jedoch keine Zugeständnisse. Nachdem der Vermittlungsversuch vom 15. Juni gescheitert war, stand zu erwarten, dass der Krieg ausbrechen würde.⁸²

* * *

In der zweiten Julihälfte 1533 brachen im Bistum Ösel-Wiek tatsächlich militärische Auseinandersetzungen aus. Nach den Worten des Ordensvogtes von Soneburg, Rutger von Schwansbell, hätten die Leute des Markgrafen Wilhelm zunächst die Insel Dagö verheert, was von Buxhoeveden am 20. Juli mit der Verwüstung der Umgebung des Schlosses Werder erwidert worden sei.⁸³ Wilhelm selbst behauptete, er habe auf Dagö protestantische Geistliche geschützt, die von Buxhoeveden belästigt worden seien. Die Schuld am Angriff wies er der gegnerischen Partei zu. Daher bat der Markgraf nun auch den Ordensmeister, auf seiner Seite in den Kampf einzugreifen.⁸⁴ Plettenberg entgegnete, dass der vom Papst bestätigte Buxhoeveden nicht angegriffen werden könne. Wilhelm müsse seine Hoffnung auf Verhandlungen setzen.⁸⁵ Somit erwies sich die Wendener Vereinbarung in der Not tatsächlich als wertlos. Wilhelm blieb nur, sich bei seinem Bruder darüber zu beklagen, dass er über keine Kriegsschiffe verfüge, und diesen wieder einmal um Hilfe zu bitten.⁸⁶ Verhandlungen wurden auf den September gelegt; Wilhelms Hofmeister Schierstedt jedoch zweifelte an der Möglichkeit eines Erfolges.⁸⁷ Auch auf den Papst war in der nächsten Zukunft nicht zu zählen.⁸⁸ Und Herzog Albrecht war nur in begrenztem

⁷⁹ LUTZ SELLMER: Albrecht VII. von Mecklenburg und die Grafenfehde (1534–1536), Frankfurt am Main 1999 (Kieler Werkstücke. Reihe A, Beiträge zur schleswig-holsteinischen und skandinavischen Geschichte, 22).

⁸⁰ HA 1, Nr. 396.

⁸¹ HA 1, Nr. 411.

⁸² Ebenda.

⁸³ HA 1, Nr. 427/8.

⁸⁴ HA 1, Nr. 427/6. Siehe auch JÜRI KIVIMÄE: Eestikeelne kiri XVI sajandist [Ein estnischsprachiger Brief aus dem 16. Jahrhundert], in: Keel ja Kirjandus 1997, Nr. 5, S. 315–326, hier S. 323.

⁸⁵ HA 1, Nr. 427.

⁸⁶ HA 1, Nr. 428.

⁸⁷ HA 1, Nr. 432, 434.

⁸⁸ HA 1, Nr. 433.

Maße imstande, seinem Bruder Beistand zu leisten.⁸⁹ In einem Brief an den Ordensmeister teilte er seine Absicht mit, in den Konflikt einzugreifen,⁹⁰ und in einem Brief an den Papst schilderte er die Verbrechen, derer Bischof Buxhoeveden schuldig sei, und bat um dessen Absetzung.⁹¹ Dass sich der Herzog direkt an den Papst wandte, dürfte sich allerdings eher nachteilig auf die Angelegenheit ausgewirkt haben: Im Februar 1534 schrieb der päpstliche Nuntius in Deutschland, Pier Paolo Vergerio, Markgraf Wilhelm sei nur ein gefügiges Werkzeug seines Bruders, der danach trachte, Livland zum Luthertum zu bekehren.⁹²

Der Herzog schlug vor, den Orden um Hilfe zu bitten. Danach müsse man nachweisen, dass der Papst Buxhoeveden angeblich den Befehl erteilt hätte, das Bistum Ösel-Wiek an Wilhelm abzutreten. Ende August richtete er an die Könige, Fürsten und andere Würdenträger eine öffentliche Bekanntmachung über Buxhoevedens Gewalttaten und ersuchte sie, Wilhelm unverzüglich Hilfe zu leisten. Hierbei ging es in erster Linie um Kriegsschiffe, deren Beschaffung und Ausrüstung in Preußen selbst erst begonnen hatten.⁹³

Ende August war Wilhelms Situation noch verdrießlicher. Ihm zufolge hatte der Ordensvogt von Soneburg in Werder Raubüberfälle verübt, sodass er davon ausging, dass dieser ins Lager Buxhoevedens übergewechselt sei.⁹⁴ Wilhelm sah sich zugleich gezwungen, die Gerüchte zurückweisen, seine Leute hätten sich eine Kirchenschändung zu Schulden kommen lassen.⁹⁵ Seine Mitteilungen an Albrecht wurden mit der Zeit immer verzweifelter. Er schrieb, Buxhoevedens Truppen seien auf fünf Schiffen in der Nähe von Hapsal stationiert; zudem werbe der Gegner in Harrien und Wierland neue Truppen.⁹⁶ Zur gleichen Zeit berichtete Buxhoeveden dem Ordensmeister, dass Wilhelms Leute zahlreiche Gewalttaten verübt hätten.⁹⁷ Den verheerendsten Plünderungszug unternahm jedoch Buxhoeveden selbst, als er am 29. August Alt-Pernau und den Gutshof Audern abbrannte; Wilhelm hatte daher Angst, dass Buxhoeveden bald auch Hapsal einnehmen könnte.⁹⁸

Herzog Albrecht sicherte Wilhelm schnelle Hilfe zu⁹⁹ und empfahl, den Orden wenigstens dahingehend zu beeinflussen, dass er Buxhoeveden keinen direkten Beistand leiste.¹⁰⁰ Er riet der Stadt Riga und der Ritterschaft

⁸⁹ HA 1, Nr. 435.

⁹⁰ HA 1, Nr. 440 vgl. Nr. 477.

⁹¹ HA 1, Nr. 441.

⁹² Nuntiaturberichte aus Deutschland, Abt. 1, 1533–1559, Bd. 1: Nuntiaturen des Vergerio, bearb. von WALTER FRIEDENSBURG, Frankfurt 1968, Nr. 65.

⁹³ HA 1, Nr. 443, 444, 448, 456.

⁹⁴ HA 1, Nr. 442.

⁹⁵ HA 1, Nr. 450.

⁹⁶ HA 1, Nr. 453.

⁹⁷ HA 1, Nr. 455.

⁹⁸ HA 1, Nr. 458.

⁹⁹ HA 1, Nr. 459, 460.

¹⁰⁰ HA 1, Nr. 464.

des Erzstifts, auf Wilhelms Seite in den Krieg einzugreifen.¹⁰¹ Im September stellte er endlich 100 Reiter und ein Kriegsschiff zur Verfügung,¹⁰² das am 1. Oktober in Hapsal eintraf.¹⁰³ Zugleich misslangen Wilhelm aber all seine Bemühungen, beim Orden Unterstützung zu finden. Plettenberg erklärte seine Zurückhaltung damit, dass es zum Vorgehen gegen Buxhoeveden der Zustimmung aller Landesherren oder aber der päpstlichen Genehmigung zu dessen Absetzung bedürfe.¹⁰⁴ Der Orden, der anscheinend bestrebt war, einen möglichst friedlichen Verlauf des Konflikts zu gewährleisten, stand keiner der Parteien direkt bei, was sich jedoch für Buxhoeveden als vorteilhafter erwies. Der Versuch, die feindlichen Parteien zu versöhnen, scheiterte am 14. September.¹⁰⁵

Bei den Verhandlungen, die vom 19. bis zum 25. Oktober in Leal stattfanden, wurde beschlossen, den Konflikt auf dem nächsten Landtag zu lösen. Beiden Parteien wurde ausdrücklich befohlen, auf Gewaltanwendung zu verzichten.¹⁰⁶ Eine Lösung des Konflikts unter Mitwirkung aller livländischer Stände war für Wilhelm aber nicht vorteilhaft, da sowohl der Orden als auch die Bischöfe eher dazu neigten, Buxhoeveden zu unterstützen. Daher blieb ihm nichts anderes übrig, als seinerseits zu bestätigen, sich an den Waffenstillstand halten zu wollen.¹⁰⁷ Lohmüllers Plan, die Stadt Riga für Wilhelm in Besitz zu nehmen, hielt Herzog Albrecht für zu riskant.¹⁰⁸ Wilhelm schickte Georg von Ungern und den Sekretär Anton Leckau zum Kaiser, zum Papst und zum Reichskammergericht,¹⁰⁹ um die Absetzung Buxhoevedens und seine eigene Ernennung zum Bischof zu erreichen.¹¹⁰ Da der Markgraf in Livland alle Möglichkeiten ausgeschöpft hatte, konnte er nur noch auf günstige Entwicklungen außerhalb Livlands setzen; hierfür gab er in den folgenden Jahren auch eine beträchtliche Summe aus.¹¹¹

In Livland verbesserte sich Buxhoevedens Position bereits wenige Wochen nach dem Treffen in Leal: Wilhelm schrieb, der Bischof habe sich mit Landmarschall Hermann von Brüggenei getroffen, welchen er als seinen schlimmsten Feind bezeichnete.¹¹² Daraufhin fiel er in eine tiefe Depression: Er klagte, er habe keine Verbündeten, der Orden sei betrügerisch und alle Hoffnungen auf Erfolg seien geschwunden.¹¹³ Die Zahl seiner Verbündeten war in der Tat nicht allzu groß. Gewiss wird auch das

¹⁰¹ HA 1, Nr. 465.

¹⁰² HA 1, Nr. 473.

¹⁰³ HA 1, Nr. 481.

¹⁰⁴ HA 1, Nr. 470.

¹⁰⁵ HA 1, Nr. 488.

¹⁰⁶ HA 1, Nr. 497.

¹⁰⁷ HA 1, Nr. 503, 504.

¹⁰⁸ HA 1, Nr. 489 vgl. 499, 500; QUEDNAU, Livland (wie Anm. 16), S. 120ff.

¹⁰⁹ HA 1, Nr. 502.

¹¹⁰ HA 1, Nr. 505.

¹¹¹ HA 2, Nr. 879, vgl. Nr. 741, 785/I-II, 786.

¹¹² HA 1, Nr. 510.

¹¹³ HA 1, Nr. 517.

in Livland in Umlauf gesetzte Gerücht, Preußen und Livland würden im Falle der Absetzung Buxhoevedens zum Königreich, zur Vergrößerung der Anhängerschaft des Bischofs beigetragen haben.¹¹⁴ Der Widerstand gegen Wilhelm war zudem auch dadurch bedingt, dass er bis zu seinem Ableben 1563 den Empfang der Priesterweihe standhaft verweigerte.¹¹⁵

Herzog Albrecht gab sich weiter Mühe, seinem Bruder zu helfen.¹¹⁶ Herzog Christian von Holstein (der künftige König Christian III. von Dänemark) und die dänische Reichsversammlung drohten an, den Sund für Reval und Dorpat zu sperren, wenn diese weiterhin Buxhoeveden Hilfe leisteten.¹¹⁷ Die Lage spitzte sich noch dadurch zu, dass die livländischen Stände, vor allem aber Buxhoeveden selbst, für Christians Gegner – insbesondere für Lübeck – Partei ergriffen. Es hat aber den Anschein, als ob diese Drohung nicht verwirklicht wurde. Albrecht hoffte, die livländischen Stände durch eine günstige päpstliche Entscheidung beeinflussen zu können, die allerdings erst einmal eingeholt werden musste.¹¹⁸ Wilhelm selbst wurde von Albrecht einstweilen zur Vorsicht gemahnt.¹¹⁹

Die livländischen Landesherrn beschlossen, den Landtag wenn möglich bereits Ende Januar 1534 einzuberufen.¹²⁰ Für Wilhelm war dies zweifelsohne unvorteilhaft, denn in so kurzer Zeit war es für seine Emissäre Ungern und Leckau, die sich noch in Preußen aufhielten, nicht möglich, etwas zu erreichen. Genau dies war wohl das Kalkül der Livländer, die weder dem Papst noch anderen ausländischen Würdenträger erlauben wollten, sich in die Angelegenheit einzumischen. Daher riet Albrecht Wilhelm von der persönlichen Anwesenheit auf dem Landtag ab, um Zeit zu gewinnen.¹²¹ Anfang 1534 traf Leckau am Reichskammergericht ein,¹²² wo eben ein Verfahren zur Ösel-Wiekschen Fehde eingeleitet worden war.¹²³ Wilhelms Anhänger behaupteten nun, dass der Landtag die päpstliche Entscheidung abwarten müsse.¹²⁴ Der römisch-deutsche König Ferdinand erklärte Georg von Ungern, zur Hilfe für Wilhelm bereit zu sein – eine positive päpstliche Entscheidung vorausgesetzt.¹²⁵

* * *

¹¹⁴ HA 1, Nr. 556.

¹¹⁵ HA 1, Nr. 558.

¹¹⁶ HA 1, Nr. 511, 516.

¹¹⁷ HA 1, Nr. 520.

¹¹⁸ HA 1, Nr. 529.

¹¹⁹ HA 1, Nr. 526.

¹²⁰ HA 1, Nr. 534.

¹²¹ HA 1, Nr. 536; siehe auch Nr. 545, 546, 549, 551.

¹²² HA 1, Nr. 551.

¹²³ HA 1, Nr. 521/4.

¹²⁴ HA 1, Nr. 572, 573.

¹²⁵ HA 1, Nr. 582.

Im Februar 1534 versammelte sich der livländische Landtag in Fellin.¹²⁶ Es zeigte sich, dass die wichtigsten Landesherren auf Buxhoevedens Seite standen. Die Proteste des Wilhelmschen Lagers, ihr Mentor habe als durchaus gefügiger Koadjutor des Erzbischofs fungiert und werde bald eine päpstliche Bestätigung als Bischof von Ösel-Wiek erhalten, wurden nicht wahrgenommen.¹²⁷ So gingen alle livländischen Landesherren ein Bündnis mit Buxhoeveden ein. Auch Wilhelm wurde aufgefordert beizutreten, wenn er die Wiek friedlich abtrete und den Streit mit Buxhoeveden beilege, der aber zum einzigen rechtmäßigen Landesherrn von Ösel-Wiek erklärt wurde. Leckaus und Ungerns Botengänge wurden nun rechtswidrig erklärt, da sie gegen den rechtmäßigen Bischof gerichtet waren. Die endgültige Lösung des Streitfalles sollte innerhalb Livlands angestrebt werden.¹²⁸ Für Erzbischof Schöning war der Konflikt damit gelöst.¹²⁹ Dies war ein eindeutiger Sieg über Wilhelm. Nur die Stadt Riga war nicht an der Entscheidung beteiligt. Ihr Vertreter, vermutlich Syndikus Lohmüller, bezeichnete das Ergebnis des Landtages als einen Sieg der Gottlosen und drückte die Hoffnung aus, dass Christus, der Protestantismus und Wilhelm zu guter Letzt doch noch siegen würden.¹³⁰ Landmarschall Hermann von Brüggenei, ein eingefleischter Gegner Wilhelms, wurde auf dem Landtag öffentlich als Koadjutor des Ordensmeisters vorgestellt.¹³¹ Man kann annehmen, dass der Orden unter Hermanns Einfluss eindeutig auf die Seite von Buxhoeveden wechselte.

Die auf dem Felliner Landtag gefassten Beschlüsse veranlassten Wilhelm jedoch dazu, auf seine Pläne zu verzichten, obwohl sich seine Hoffnung auf ausländische Hilfe nicht erfüllt hatte. Der polnische König Sigismund I. erklärte gegenüber den Gesandten der livländischen Landesherren, dass ihn die Demütigung seines Neffen mit Kummer erfülle – man solle doch die Lösung der Ösel-Wiekschen Frage einem unparteiischen kirchlichen Gericht übertragen.¹³² Sich unmittelbar mit Wilhelms Angelegenheiten zu beschäftigen, kam ihm jedoch schon deshalb nicht in den Sinn, weil ihm dessen protestantische Gesinnung bekannt war. Noch gravierender allerdings dürfte sich der Umstand ausgewirkt haben, dass er in den Jahren 1534–1537 mit dem Litauisch-Russischen Krieg beschäftigt war. Wilhelm blieb die Hoffnung, Ungern und Leckau möge es gelingen, noch vor dem 14. Juli 1534 bei Papst und Kaiser etwas zu erreichen: An diesem

¹²⁶ AR 3, Nr. 328, S. 845–861; Nr. 333, S. 870ff.

¹²⁷ HA 1, Nr. 584, 587; AR 3, Nr. 329, 330, 331, 332, S. 861–870.

¹²⁸ HA 1, Nr. 587, 588.

¹²⁹ HA 1, Nr. 587, Beilage; AR 3, Nr. 334, S. 872f.

¹³⁰ HA 1, Nr. 585/III.

¹³¹ Plettenberg ernannte ihn bereits am 26. Juni 1532 zu seinem Nachfolger. Die Bestätigung durch Walter von Cronberg, den Administrator des Hochmeisters, und durch den Kaiser wurde 1533 jedoch nur im Geheimen eingeholt, die Livländer dürften bis zum Landtag nichts davon gewusst haben. HA 2, Nr. 597.

¹³² HA 2, Nr. 592; AR 3, Nr. 335, S. 873–879.

Tag hatte der Erzbischof den Markgraf vor Gericht geladen, um die Ösel-Wieksche Frage endgültig zu lösen.¹³³ Hinzu kam noch der Umstand der hoffnungslosen Überschuldung Wilhelms: Ende März 1534 beliefen sich seine Schulden auf über 25 000 Mark.¹³⁴ Auf Wilhelms Bitte um Waffen¹³⁵ antwortete sein Bruder, er gebe sich alle Mühe, auch finanzielle Unterstützung zu beschaffen.¹³⁶

Die Nachrichten aus Deutschland waren für das Lager der protestantischen Brüder jedoch nicht erfreulich: Leckau übermittelte Albrecht ein kaiserliches Mandat, das im Auftrag von Walter von Cronberg, dem Administrator des Hochmeisters des Deutschen Ordens, abgefasst worden war. Daraus ließ sich entnehmen, dass der Herzog mit der Reichsacht belegt worden sei; wollte er sich davon befreien, war er gehalten, Preußen an den Orden abzutreten.¹³⁷ Das Reichskammergericht, das sowohl Buxhoeveden als auch Wilhelm nachdrücklich aufforderte, die Gewaltanwendung zu beenden, erlegte beiden Parteien eine Geldbuße auf.¹³⁸ König Ferdinand beharrte auf seinem Standpunkt, dass Wilhelms Investitur nach wie vor der päpstlichen Entscheidung bedürfe.¹³⁹ Immerhin erreichten Georg von Ungern und Anton Leckau im April/Mai 1534 Rom, um dort Wilhelms Angelegenheit voranzutreiben.¹⁴⁰ Wenn auch ihre Mitteilungen zunächst optimistisch waren, zog sich die Erledigung des Auftrages in die Länge, und Ungern befürchtete, dass die ungesunde römische Luft auf ihn tödlich wirke.¹⁴¹ Außerdem war es aufgrund der veränderten Verhältnisse in Dänemark und Schweden wenig wahrscheinlich, dass Wilhelm tatsächlich Hilfe bekommen würde.¹⁴²

Zugleich wurde in Livland mit der Vorbereitung des erzbischöflichen Gerichts begonnen. Wilhelm war nicht bereit, dessen Autorität anzuerkennen. Daher wurde er vom Erzbischof zurechtgewiesen, wobei ihm insbesondere vorgeworfen wurde, dass seine Gesandten immer noch bestrebt seien, die Streitfragen beim Papst zu erledigen, obgleich der Landtag dies für illegal erklärt hatte. Für den Markgraf genoss im Hinblick auf die Ösel-Wieksche Angelegenheit jedoch der Papst die größte Autorität.¹⁴³ Wilhelms Hofmeister Meinecke von Schierstedt war aber der Meinung, dass Wilhelms Positionen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht verteidigt werden könnten, weshalb er alle Hoffnung auf dem Papst setzte. In Livland

¹³³ HA 2, Nr. 602.

¹³⁴ HA 1, Nr. 388; HA 2, Nr. 626, 638, 645, 661/VII, 759 Beilage.

¹³⁵ HA 2, Nr. 637.

¹³⁶ HA 2, Nr. 639.

¹³⁷ HA 2, Nr. 598.

¹³⁸ HA 2, Nr. 614.

¹³⁹ HA 2, Nr. 607, 611, 674.

¹⁴⁰ HA 2, Nr. 627, 635, 666.

¹⁴¹ HA 2, Nr. 676, 677, 687.

¹⁴² HA 2, Nr. 664, 667, 673, 675; HERMANN HILDEBRAND: Die Arbeiten für das liv-, est- und kurländische Urkundenbuch im Jahre 1875/76, Riga 1877, S. 26f.

¹⁴³ HA 2, Nr. 650/I-II.

könne höchstens die Stelle eines Koadjutors in Ösel-Wiek für Wilhelm erreicht werden.¹⁴⁴ Für Wilhelm war diese Aussicht im Frühling 1534 noch nicht akzeptabel.

Am Ende der Sitzung des erzbischöflichen Gerichts in Lemsal wurde am 1. August entschieden, die Wieksche Fehde sei in Livland zu lösen.¹⁴⁵ Die livländischen Stände legten Wilhelm nahe, Buxhoeveden als rechtmäßigem Bischof das Feld zu überlassen. Plettenberg machte nachdrücklich geltend, dass beide Parteien auf Gewaltanwendung verzichten sollten.¹⁴⁶ Anfang September gelangten Gerüchte an Wilhelms Ohren, Buxhoeveden sammelte Truppen und plane einen Angriff. Nun war der Markgraf überzeugt, dass nur noch Ungern und Leckau ihn zu retten vermochten.¹⁴⁷ Am 11. September erklärte er, auf Albrechts Hilfe angewiesen zu sein, da der Gegner in Aktion getreten sei.¹⁴⁸

Zur gleichen Zeit scheiterten aber Wilhelms Gesandte endgültig. Vermutlich im August erlag Georg von Ungern in Padua einem Fieber;¹⁴⁹ am 25. September starb auch Papst Clemens VII. Leckau verblieb zwar in Rom und versprach Wilhelm, auch weiterhin in seinem Interesse zu handeln,¹⁵⁰ doch war es äußerst unwahrscheinlich, dass in dieser Situation sich irgendjemand in Rom in der nächsten Zeit um den Wiekschen Streit kümmern würde. Am 14. Oktober gab Leckau die Wahl von Papst Paulus III. bekannt und erklärte, seit vier Monaten keine Anweisungen mehr in Bezug auf die Entwicklung der Ösel-Wiekschen Angelegenheiten erhalten zu haben.¹⁵¹

Nach dem Verlust seiner außenpolitischen Positionen konnte Wilhelm sich auch in der Wiek nicht mehr halten. Buxhoeveden, der auf drei Schiffen in der Nähe von Hapsal stationiert war, griff Wilhelm seit dem 11. September an. Hofmeister Schierstedt, der Angriffe auf Hapsal befürchtete, klagte darüber, dass nur noch zwölf Adlige Wilhelm die Treue bewahrten. Auch war es ausgeschlossen, vom Dorpater Bischof, dem Erzbischof oder dem Ordensmeister Hilfe zu erhalten.¹⁵² Bereits Anfang August wurde zudem bekannt, dass Herzog Albrecht den Dorpater Bischof offenbar erfolglos hatte bestechen wollen.¹⁵³ In einem Brief aus Lode vom 22. September bat Wilhelm seinen Bruder darum, Buxhoeveden und dessen engem Verbündeten, dem Vogt von Soneburg, die Beförderung von Proviant durch Preußen zu untersagen, und teilte mit, dass auch sein Gegner in

¹⁴⁴ HA 2, Nr. 659, vgl. Nr. 597.

¹⁴⁵ HA 2, Nr. 692, 693, 702.

¹⁴⁶ HA 2, Nr. 704.

¹⁴⁷ HA 2, Nr. 698, 708.

¹⁴⁸ HA 2, Nr. 711.

¹⁴⁹ KIVIMÄE, *Eestikeelne kiri* (wie Anm. 84), S. 323.

¹⁵⁰ HA 2, Nr. 716.

¹⁵¹ HA 2, Nr. 721.

¹⁵² HA 2, Nr. 713.

¹⁵³ HA 2, Nr. 694, 714.

einer schwierigen Lage sei, aber auf den Dorpater Bischof zählen könne.¹⁵⁴ Buxhoeveden nahm schließlich mit angeblich 500 Männern das Schloss Werder, Kokenkau, Audern und Alt-Pernau ein, wobei ein Großteil des Wiekschen Adels den Markgrafen im Stich ließ. Am 30. September nahm Wilhelm endgültig Abschied von Hapsal, nachdem er die Wieksche Ritterschaft und das Kapitel ihres Treueides entbunden hatte.¹⁵⁵ Es gelang ihm, am 1. Oktober das Erzbistum zu erreichen, wenn er auch behauptete, unterwegs von 100 Männern aus Harrien und Reval verfolgt worden zu sein. Wilhelm forderte seinen Bruder auf, das Kaiserreich und Rom unverzüglich von Buxhoevedens Taten in Kenntnis zu setzen.¹⁵⁶

* * *

Nachdem Wilhelm die Wiek verlassen hatte, setzten die Parteien ihren diplomatischen Kampf fort. Herzog Albrecht versandte Protestschreiben gegen Wilhelms gewaltsame Vertreibung und ersuchte unter anderem auch seinen Verwandten, den Mainzer Erzbischof Albrecht, ein Verfahren gegen Buxhoeveden vor dem Reichskammergericht anzustrengen.¹⁵⁷ Außerdem bat er den polnischen König, seine Gesandten nach Livland zu schicken – tatsächlich brach im November Albrechts Untertan, der Memeler Hauptmann Georg von Klingenberg, auf.¹⁵⁸ Der polnische König sandte im Dezember eine geheime Botschaft an den Ordensmeister und den Rigaer Erzbischof mit der Forderung, Wilhelm wieder in Amt und Würden einzusetzen.¹⁵⁹ Albrecht sprach Wilhelm Mut zu, die Hoffnung nicht aufzugeben.¹⁶⁰

Wilhelm hatte bei der Flucht aus Hapsal Kleinodien, Silbergeschirr, Privilegien, Siegel und Briefe mit sich genommen.¹⁶¹ Er war zwar entschlossen, den Kampf beim Papst fortzusetzen,¹⁶² doch zeugt von seinem nachlassenden Eifer, dass er um die 4 000 Gulden bat, die Ungern Leckau für die päpstliche Konfirmation überlassen hatte, um damit seine Schulden zu begleichen; die Einholung dieser Konfirmation hielt er nun für nutzlos.¹⁶³ Auch wenn er den Ordensmeister von den letzten Verbrechen Buxhoevedens – der Ermordung des Domdekans Johann Lode und der Gefangennahme seiner Diener – in Kenntnis setzte und zudem behauptete, dass auch die Leute des Revaler Komturs an beiden Vorfällen beteiligt gewesen

¹⁵⁴ HA 2, Nr. 715.

¹⁵⁵ HA 2, Nr. 734/I.

¹⁵⁶ HA 2, Nr. 718.

¹⁵⁷ HA 2, Nr. 726, 727.

¹⁵⁸ HA 2, Nr. 729, 730, 738, 739.

¹⁵⁹ HA 2, Nr. 756.

¹⁶⁰ HA 2, Nr. 745.

¹⁶¹ HA 2, Nr. 731, 732.

¹⁶² HA 2, Nr. 734/V, 737, 759.

¹⁶³ HA 2, Nr. 741.

seien,¹⁶⁴ war es für ihn in Livland faktisch unmöglich geworden, Unterstützung zu finden. Der Rigaer Erzbischof war weder gewillt noch imstande, ihm zu helfen, während Ordensmeister Wolter von Plettenberg zu alt und krank war, sodass nicht einmal ein persönliches Treffen möglich war.¹⁶⁵

Auch erwies sich für die Wilhelmsche Partei die Geltendmachung ihrer Rechte im Reichskammergericht als unerwartet schwierig, zumal Buxhoevedens Gesandter Thomas Gabler erfolgreich einwenden konnte, dass die Proteste des Markgrafen nicht berechtigt seien. Als zusätzliches Problem erwiesen sich Wilhelms Glaubensbekenntnis und die Tatsache, dass er den Empfang der Priesterweihe verweigert hatte.¹⁶⁶ Anfang 1535 wurde ein kaiserliches Mandat zur Wiederherstellung der Rechte Buxhoevedens ausgestellt, in dem der Konflikt ausschließlich aus der bischöflichen Perspektive betrachtet wurde. Wilhelm sollte entweder die volle Verantwortung für die Ungerechtigkeiten übernehmen, die seit 1532 begangen worden waren, oder aber unverzüglich materiellen Ersatz leisten.¹⁶⁷ Wilhelm war nicht bereit, dieses Mandat anzuerkennen. Er machte nachdrücklich geltend, dass ein früheres Mandat vorliege, das beide Parteien zu friedlichem Miteinander aufrufe.¹⁶⁸ Zur gleichen Zeit wies das Kammergericht Wilhelms frühere Berufung endgültig zurück, da es der Ansicht war, dass die päpstliche Unterstützung dafür unzureichend sei.¹⁶⁹ In Zusammenhang mit Buxhoevedens Klage gegen Wilhelm wurde hier jedoch ein gerichtliches Verfahren eingeleitet, das von 1535 bis 1536 anhängig war, bis die Parteien schließlich zu einem Kompromiss gelangten.¹⁷⁰ Auch Leckau gab im März 1535 zu, dass man sich mit der Wiekischen Angelegenheit faktisch nicht mehr an den Papst wenden könne.¹⁷¹ Nach einigem Zögern beschloss Wilhelm, sich nicht mehr um päpstliche Unterstützung zu bemühen, da, wie er sich enttäuscht ausdrückte, in Livland nicht Gerechtigkeit, sondern nur mehr Gewalt herrsche.¹⁷²

Buxhoeveden hatte bereits in den letzten Monaten des Jahres 1534 mit der Verfolgung von Wilhelms Anhängern in der Wiek begonnen. Er forderte alle Adligen und Mitglieder des Domkapitels auf, sich zu entschuldigen

¹⁶⁴ HA 2, Nr. 734/ V.

¹⁶⁵ HA 2, Nr. 734.

¹⁶⁶ HA 2, Nr. 742.

¹⁶⁷ LEO LEESMENT: Über die livländischen Gerichtssachen im Reichskammergericht und im Reichshofrat, Tartu 1929 (Acta et commentationes Universitatis Tartuensis [Dorpatensis] B, 18/2), S. 29–36; HA 2, Nr. 784/Beilage.

¹⁶⁸ HA 2, Nr. 787.

¹⁶⁹ HA 2, Nr. 789.

¹⁷⁰ Repertorium der Akten des Reichskammergerichts: untrennbarer Bestand, 1. Prozessakten aus der Schweiz, Italien, den Niederlanden und dem Baltikum, sowie der freiwilligen Gerichtsbarkeit, hrsg. von OTTO KOSER, Heppenheim a. d. Bergstr. 1933, S. 135ff., Nr. 408.

¹⁷¹ HA 2, Nr. 785, 786.

¹⁷² HA 2, Nr. 807.

gen, und klagte eine Reihe von Adligen an.¹⁷³ Da Wilhelm im Januar 1535 Verhandlungen einstweilen ablehnte und darauf drängte, den polnischen König einzuschalten, blieb der Konflikt ungelöst.¹⁷⁴ Auch der Erzbischof und der Orden waren bereit, mit Sigismund I. zu verhandeln, wobei sie dem König versicherten, sich auf dem für März festgesetzten Landtag um eine friedliche Beilegung der Krise innerhalb von vier Monaten zu bemühen.¹⁷⁵

Unmittelbar vor der Einberufung des Landtages am 28. Februar starb Wolter von Plettenberg. Für Wilhelm bedeutete dies eine erneute Wende zum Schlechteren, da Wolters Nachfolger Hermann von Brüggenei ihm feindlich gesonnen war.¹⁷⁶ Auf dem Landtag von 1535 beschlossen die Stände, Buxhoeveden weiterhin zur Seite zu stehen und verlangten von Wilhelm, dass er ihren Vermittlungsversuch akzeptiere und mit seinen sinnlosen Protestaktionen im Reich und beim Papst aufhöre. Wilhelm jedoch entgegnete, dass die Idee, eine höhere Instanz anzurufen, auf die Ösel-Wiekischen Stände zurückgehe. Bevor in Livland eine Entscheidung falle, sollten deren Ansichten angehört werden.¹⁷⁷ So konnte der Konflikt auch auf dem Landtag nicht gelöst werden. Weder Buxhoeveden noch Wilhelm waren bereit nachzugeben. Zudem kam es zum offenen Konflikt zwischen Brüggenei und dem Rigaer Syndikus Lohmüller, der dazu führte, dass Letzterer, der Wilhelm stets gestützt hatte, im Juli aus Riga vertrieben wurde.¹⁷⁸

Im Sommer 1535 kam es in der Wiek zum letzten militärischen Aufeinandertreffen, als sich mehrere Adlige auf der Flucht vor Buxhoeveden in die Burg Fickel, die den Üxkülls gehörte, retteten. Dort hielten sie von Anfang Juni¹⁷⁹ bis zum 4. Juli der Belagerung des Bischofs stand, da dessen Artillerie nicht stark genug war, um die Burgmauer zu zerstören.¹⁸⁰ Schließlich kamen beide Seiten überein, dass Buxhoeveden gegen freies Geleit Fickel bekommen sollte.¹⁸¹ Allerdings hielt er sich nicht an sein Versprechen und ließ bald darauf einen Großteil der Adligen verhaften.¹⁸²

Trotz allem hoffte Wilhelm immer noch darauf, wenigstens die Stelle eines Koadjutors in Ösel-Wiek zu bekommen und Leal, Audern und Kokenkau in Besitz nehmen zu können.¹⁸³ Da dieses Anliegen auf Buxhoevedens Widerstand stieß, befürchtete Wilhelm sogar, dass der Bischof ihn

¹⁷³ HA 2, Nr. 757.

¹⁷⁴ HA 2, Nr. 769.

¹⁷⁵ HA 2, Nr. 780, 781, 783.

¹⁷⁶ AR 3, Nr. 343, 344.

¹⁷⁷ HA 2, Nr. 788.

¹⁷⁸ HA 2, Nr. 794, 816, 817.

¹⁷⁹ Über die Belagerung von Fickel war Wilhelm bereits am 6. Juni informiert. HA 2, Nr. 807.

¹⁸⁰ MIHKEL AITSAM: *Vigala kihelkonna ajalugu* [Geschichte des Kirchspiels Fickel], Kivi-Vigala 2006, S 185ff.

¹⁸¹ HA 2, Nr. 811.

¹⁸² HA 2, Nr. 819.

¹⁸³ HA 2, Nr. 823, 838.

sogar im Erzbistum angreifen könne.¹⁸⁴ Ein letztes Mal erwog Herzog Albrecht ernsthaft die Möglichkeit, militärisch in den Konflikt einzugreifen. Unter Umständen könne die Lage durch ein gegen Livland gerichtetes Bündnis zwischen Schweden, Dänemark und Polen verändert werden; dieser Plan ging jedoch wahrscheinlich auf Wilhelm selbst zurück.¹⁸⁵ Aus Preußen empfing Wilhelm nun mehr den Rat, sich mit seiner Lage abzufinden. Albrecht riet ihm, künftig Geld zurückzulegen und sich auf den Empfang der Priesterweihe vorzubereiten.¹⁸⁶ Damit war nicht mehr auf ein Eingreifen Albrechts zu rechnen. Wilhelm blieb faktisch nichts anderes übrig, als den Forderungen der Livländer nachzukommen. Doch brachte sein Bemühen um den Koadjutorposten noch im November 1535 einen erneuten Vermittlungsversuch zum Scheitern.¹⁸⁷ Ordensmeister Brüggenei, der dieses Bemühen ablehnte, verlangte nach wie vor von ihm die Priesterweihe. Wilhelm erklärte nun aber, dass er in der Schlosskirche von Hapsal eine geisterhafte Frauengestalt gesehen habe, und sich seither nicht mehr in die Kirche wage.¹⁸⁸

Erst im Juli 1536 war es soweit, dass Markgraf Wilhelm, zermürbt vom langwierigen Streit, sich zu Zugeständnissen bereit fand. Bei den Verhandlungen, die am 9. Juli aufgenommen und erst zwanzig Tage später abgeschlossen wurden, verlangte der Markgraf zunächst noch die Stelle eines Koadjutors, forderte ein Schmerzensgeld in Höhe von 20 000 Ungarischen Gulden, und machte nachdrücklich geltend, dass die Verfolgung des Öselschen Adels aufgehören müsse. Das Schiedsgericht entschied, dass der Adel die Verantwortung für den Streit zu übernehmen habe, die Forderung Wilhelms nach einer Koadjutorstelle allerdings zu weit gehe. Wilhelm musste sich mit einem Schmerzensgeld in Höhe von 25 000 Rigische Mark abfinden, deren Bezahlung dem Öselschen Adel aufgebürdet wurde, dem die Hauptschuld am Konflikt gegeben wurde: Die Üxkülls und Fahrensbachs mussten auch an Buxhoeveden jeweils zu vier Terminen jährlich 2 000, die Ungern und Hastfer sogar 3 000 Mark zahlen.¹⁸⁹ Der Adel, der sich ohnehin in einer äußerst schwierigen Lage befand, war jedoch nicht imstande, mehr als 9 000 Mark an Wilhelm zu zahlen.¹⁹⁰ Mit dieser Geldsumme konnten Wilhelms Kosten, die ihm während der Fehde angefallen waren, jedoch bei weitem nicht gedeckt werden; Hofmeister Schierstedt zufolge beliefen sich dessen Schulden noch Ende 1537 auf mindestens 6 200

¹⁸⁴ HA 2, Nr. 826.

¹⁸⁵ QUEDNAU, Livland (wie Anm. 16), S. 134ff.

¹⁸⁶ HA 2, Nr. 830, 833

¹⁸⁷ HA 2, Nr. 846.

¹⁸⁸ HA 2, Nr. 859, 861; JUHAN KREEM: Valge Daam, Brandenburgi markkrahv Wilhelm ja keskaegse Liivimaa reformikats [Die Weiße Dame, Markgraf Wilhelm von Brandenburg und der Reformversuch im mittelalterlichen Livland], in: Lääne-maa Muuseumi aastaraamat 10 (2006), S. 53–62.

¹⁸⁹ HA 2, Nr. 879, 880.

¹⁹⁰ HA 2, Nr. 900.

Rheinische Gulden.¹⁹¹ Die harte Bestrafung des Wilhelm-freundlichen Adels wurde damit erklärt, dass sie ein Majestätsverbrechen (*crimen laesae maiestatis*) begangen hätten.¹⁹² Für Wilhelm endete die Wiekische Fehde mit einem Fiasko: Er büßte nicht nur den von ihm beanspruchten Besitz, sondern auch seine gesamte Anhängerschaft in Livland ein. Aktiv politisch tätig werden konnte er erst wieder nach 1539, als er zum Rigaer Erzbischof ernannt worden war.¹⁹³

Bischof Buxhoeveden konnte sich nicht lange auf seinem Posten halten. Bereits 1539 bekam er wieder ernsthafte Probleme mit den widerspenstigen Adligen. Der Bischof büßte damals sogar Arensburg ein, das er erst Anfang 1541 zurückerhielt.¹⁹⁴ Wahrscheinlich aufgrund seiner Unfähigkeit, diesen Konflikt zu lösen, geriet er im selben Jahr auch mit dem Orden in einen Streit, der mit seiner Verhaftung endete.¹⁹⁵ Auch die Finanzlage des Stiftes konnte der Bischof nicht verbessern. Kurze Zeit später wurde Johannes von Münchhausen, der Bischof von Kurland und ein Deutschordensbruder, zu Buxhoevedens Koadjutor ernannt, der im Bistum eine strenge Sparpolitik initiierte.¹⁹⁶ Bald übernahm er an Buxhoevedens Stelle auch das Amt des Bischofs, wenn er auch offiziell als Administrator fungierte. Für seinen Lebensunterhalt wurde Buxhoeveden (†1557) das Schloss Lode überlassen und ein festes Jahreseinkommen gewährt.¹⁹⁷ Somit darf man spekulieren, dass Wilhelm, wäre er nicht zu ungestüm vorgegangen und hätte er im November 1532 nicht direkt in den Streit eingegriffen, um 1540 eventuell in der Lage gewesen wäre, seinen Trumpf im Bistum Ösel weitaus erfolgreicher auszuspielen. Da er jedoch als Versager galt, dessen finanzielle Situation äußerst unbefriedigend war, und nur geringes Ansehen genoss, war es ihm selbst als Erzbischof nicht möglich, entscheidend einzugreifen.

* * *

Um den Bischofsstuhl von Ösel wurden erbitterte Kämpfe ausgetragen. Obwohl das Lager von Reinhold von Buxhoeveden im Allgemeinen seine Überlegenheit zeigte, konnte auch Markgraf Wilhelm seine Chancen wahrnehmen. Zunächst gelang es ihm, durch einen unvermuteten und vielleicht auch etwas waghalsigen Angriff, den er mit Unterstützung des lokalen Adels unternahm, im November 1532 die Wiek einzunehmen. Ösel hielt jedoch Buxhoeveden die Treue, wodurch diesem eine stabile Machtbasis blieb, die Wilhelm aufgrund der schlechten Bewaffnung seiner Truppen

¹⁹¹ HA 2, Nr. 960.

¹⁹² HA 2, Nr. 954.

¹⁹³ QUEDNAU, Livland (wie Anm. 16), S. 151-165.

¹⁹⁴ HA 2, Nr. 1065/3; HA 3, Nr. 1111.

¹⁹⁵ HA 3, Nr. 1116, 1124/1.

¹⁹⁶ STACKELBERG, Die Verwaltung des Bistums Oesel-Wiek (wie Anm. 12), S. 48.

¹⁹⁷ HA 3, Nr. 1129/1.

faktisch nicht schwächen konnte. Buxhoevedens Streitkräfte, insbesondere die Flotte, waren deutlich überlegen. Daher waren dessen Plünderungszüge auch wesentlich erfolgreicher als die von Wilhelms Truppen. Die übrigen livländischen Kräfte mit dem Orden an der Spitze nahmen eine abwartende Haltung ein, da sie anscheinend nicht gewillt waren, den Konflikt eskalieren zu lassen.

Im Frühling 1533 schien Wilhelm die Möglichkeit offen zu stehen, im ganzen Bistum die Macht zu übernehmen. Es gelang ihm, ein Bündnis mit dem Orden einzugehen, und sogar der Erzbischof war kurzfristig bereit, ihn zum Bischof von Ösel zu wählen, um die Fehde rasch ad acta zu legen. Buxhoeveden jedoch büßte auch in dieser Lage seine Selbstsicherheit nicht ein. Bald zeigte es sich, dass Wilhelms Vormachtstellung nur von sehr kurzer Dauer war. Nach dem Tod des dänischen Königs entfiel zudem die Gefahr einer Intervention ausländischer Kräfte. Daher unterstützten die Bischöfe nun Buxhoeveden, auf dessen Seite ab Februar 1534 auch der mit Fellin verbündete Orden stand. Der Erfolg des Bischofs wurde auch dadurch gesichert, dass mehrere Ordensgebietiger für ihn Partei ergriffen. Ganz gewiss kam es Buxhoeveden auch auf die Unterstützung durch den Dorpater Bischof an, der ihn im Frühsommer 1533 anscheinend noch nicht im Stich gelassen hatte. Somit verschob sich die Waagschale in Livland ab Beginn des Jahres 1534 eindeutig zugunsten Buxhoevedens. Nur ein Erfolg von Wilhelms Diplomaten bei Papst und Kaiser hätten diese Position noch erschüttern können.

Allerdings hatte Buxhoeveden auch am päpstlichen Hof und im Kaiserreich alle Trümpfe in seiner Hand. Schon vor Ausbruch der Fehde hatte er die päpstliche Konfirmation empfangen, und sein tatkräftiger Kanzler Thomas Gabler wirkte erfolgreich am Reichskammergericht. Für Wilhelms Gesandten erwies sich anscheinend auch ihre unzureichende finanzielle Unterstützung als verhängnisvoll. Aller Wahrscheinlichkeit nach war es an der römischen Kurie auch kein Geheimnis, dass Wilhelm protestantisch gesinnt war. Dies zeigte sich ja insbesondere darin, dass er den Empfang der Priesterweihe ablehnte und bei seinem protestantischen Bruder Unterstützung suchte. Auch Wilhelms Außenpolitik ist daher gescheitert.

Nach dem September 1534, als Wilhelm vom Bischof zur Abreise aus Hapsal gezwungen worden war, waren seine Möglichkeiten erschöpft. Er hatte eher noch eine weitere Schwächung seiner Position zu befürchten, da im Reichskammergericht ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden war, und ein kaiserliches Mandat vorlag, das ihn verpflichtete, Buxhoeveden den gesamten Schaden zu ersetzen. So waren die Kräfteverhältnisse bereits im Herbst 1534 eindeutig. Es hat jedoch den Anschein, dass der Markgraf auf eine Veränderung der außenpolitischen Situation oder auf einen Aufstand gegen Buxhoeveden im Bistum Ösel-Wiek setzte, weshalb er noch geraume Zeit alle Kompromissvorschläge ablehnte. Der tatsäch-

lich entfachte Konflikt zwischen dem Bischof und seinen Adligen kam für Wilhelm allerdings zu spät.

Als Ursachen der Fehde sind die wirtschaftliche Lage des Bistums und vor allem der Streit des Bischofs mit seinen Vasallen um die Privilegien anzusehen. Beide Probleme hatte Reinhold von Buxhoeveden von seinem Vorgänger Georg von Tiesenhausen geerbt, der die Löhne der Amtsträger in verantwortungsloser Weise erhöht und die Freiheiten der Adligen erweitert hatte. Buxhoeveden aber war nicht bereit, den Kurs seines Vorgängers fortzusetzen, weshalb es zum Konflikt mit den Vasallen kam. Diese Widersprüche boten gute Voraussetzungen für die politischen Ambitionen Markgraf Wilhelms, der eng mit Georg von Ungern verbunden war, welcher die unzufriedenen Adligen im Stift Ösel anführte. Der Religionskonflikt blieb, auch wenn die Sympathien des wickschen Adels für den protestantisch gesinnten Wilhelm eine gewisse Rolle spielten, im Hintergrund. Auch Wilhelm verzichtete nicht auf die Maskerade, sich beim Papst als guten Katholiken und den Bischof Reinhold als abtrünnigen Häretiker darzustellen.

SUMMARY

The Civil War in Läänemaa and Margrave Wilhelm von Brandenburg

The 1532–1536 civil war in the Saaremaa bishopric, known traditionally as *Wicksche Fehde*, took place between the local bishop Reinhold von Buxhoeveden and Margrave Wilhelm, the coadjutor of the Archbishop of Riga. Interpersonal relations, Reinhold's financial troubles with remunerating his bishopric's officials, and conflicts between the supporters and opponents of the Reformation became intertwined as the events unfolded. Above all, it was an attempt by Margrave Wilhelm, brother of Duke Albert of Prussia, to achieve the status of territorial lord and prince of the Empire. The main source of the paper is Wilhelm's correspondence with his brother.

Immediately after Reinhold was elected bishop in 1530, he provoked a conflict with the vassals and canons of Saaremaa, as he refused to accept their extensive privileges at the time when the bishopric was in a dire financial situation. In 1532, the bishop's opponents, led by vassal Georg von Ungern, elected Lutheran Margrave Wilhelm as an anti-bishop. The margrave eventually had hoped to secularize the bishopric and create a new dynasty, but in reality the Saaremaa bishopric was split: mainland Läänemaa remained under Wilhelm's control while Reinhold retained

the islands. Wilhelm's grab for power was probably not coordinated with his brother Albert, yet he could still hope for foreign help from Prussia, Poland, Denmark, and Brandenburg. The lords of Livonia, however, distanced themselves from Wilhelm, whereas Wolter von Plettenberg, the Livonian Master of the Teutonic Order, remained undecided despite his interests in maintaining a balance in the region. Both bishops accused each other in using violence, while the Livonian diet repeatedly insisted on finding a non-violent solution to the conflict.

During the hostilities, various areas of the bishopric were ravaged. In one case in 1533, the episcopal town of Vana-Pärnu was burned to the ground. For Wilhelm, the situation turned for the worse, as he was unable to either organize active foreign support or marshal military forces. Essentially, he lacked the financial resources necessary for success. The Pope, to whom Wilhelm presented himself as a devout Catholic, refused to acknowledge him during Reinhold's lifetime. Wilhelm's proceeding in Imperial Chamber Court was equally unsuccessful, and the Livonian Order, afraid of foreign intrusion – especially from Albert of Prussia – aligned itself increasingly with Wilhelm's opponents.

In September 1534, Wilhelm fled Läänemaa. In 1535, he requested no more than the position of coadjutor bishop of Saaremaa, but Reinhold was unwilling to compromise. Even Duke Albert withdrew his support from his brother, deeming it to be too costly and ineffective. Wilhelm, tired of the prolonged conflict and burdened with substantial debts, surrendered in July 1536. The Livonian arbitration decided that Wilhelm's losses must be compensated by those noblemen of Läänemaa who had supported him; however, they were incapable of doing so. It was not until 1539 when Wilhelm, the Archbishop of Riga now, could again actively participate in Livonian politics.

Wilhelm's endeavours between 1532 and 1533 could not be regarded as completely hopeless. While Reinhold had poor relations with his vassals and canons, some Livonian lords were willing to reconcile with. However, Reinhold's military dominance and successful forays secured him a power base in Saaremaa, not to mention the support from several important officials of the Order. Apparently, it was due to lack of resources that Wilhelm's diplomacy at Papal Curia and Imperial Chamber Court failed. Between 1534 and 1536, the only thing Wilhelm could hope for was a change in the international situation, which did not occur.

Der literarische Nachlass des Superintendenten von Livland Hermann Samson

VON VIVIAN SIIRMAN

Hermann Samson¹ (1579–1643) ist einer der Gelehrten aus den Ostseeprovinzen, dessen Name in Vergessenheit geraten ist. Es handelt sich jedoch bei ihm um einen Mann, der vom schwedischen König Gustav II. Adolf im Jahre 1622 damit betraut wurde, die lutherische Kirche in Livland, die zuvor eine Phase des Niedergangs durchgemacht hatte, wiederaufzurichten. Von Königin Christina wurde Samson in den Adelsstand erhoben und mit dem klangvollen Beinamen „Himmelstjerna“ geehrt. Samson, der als Repräsentant der Politik der schwedischen Regierung für die Durchsetzung des orthodoxen Luthertums zu sorgen hatte, hielt die aktuellen Ereignisse seiner Zeit und die damalige Mentalität in zahlreichen Texten fest, die sich dank des Buchdrucks, der in den Ostseeprovinzen zu Samsons Lebzeiten gerade Verbreitung fand, äußerst gut erhalten haben. Besondere Beachtung verdient die Tatsache, dass der literarische Nachlass Samsons sehr umfangreich ist, womit er alle anderen Autoren im damaligen Livland in den Schatten stellt. Am Beispiel der Thematik und des Genres seiner Texte kann aufgezeigt werden, welche gesellschaftliche Rolle einem frühneuzeitlichen Autor zukam und welche Bedeutung dem gedruckten Wort in dem behandelten Zeitalter beizumessen ist.

Die einzige individuelle Studie über Hermann Samson stammt aus der Feder von Christian August Berkholz (1856).² Diese Biografie basiert auf den Gedenkreden von Johannes Breverus, einem der Schüler Samsons. Breverus, der auch zur Todesstunde seines Mentors bei ihm war, ließ diese Reden mitsamt einiger Nachrufe 1644 in Lübeck unter dem Titel „Memoria Samsoniana celebrata“ drucken.³ Das von Breverus aufgestellte Verzeichnis der Werke Samsons war keinesfalls vollständig; es wurde von Friedrich Konrad Gadebusch später wesentlich ergänzt.⁴ Eine noch gründlichere

Der Aufsatz wurde unterstützt durch den *Eesti Teadusfond* (ETF 6945).

¹ Auch Hermannus Samsonius, Samson-Himmelstjerna.

² CHRISTIAN AUGUST BERKHOLZ: M. Hermann Samson, Rigascher Oberpastor, Superintendent von Livland. Eine historische Skizze aus der ersten Hälfte des siebenzehnten Jahrhunderts, Riga 1856.

³ Neu aufgelegt von HENNING WITTE in seiner Kompilation „Memoriae theologorum nostri saeculiclarissimorum renovatae decas prima – sexta“, Frankfurt 1674.

⁴ FRIEDRICH KONRAD GADEBUSCH: Livländische Bibliothek nach alphabetischer Ordnung, Riga 1777, S. 71–84.

Arbeit zur Erstellung einer Liste der Werke Samsons leisteten Johann Friedrich von Recke und Carl Eduard Napiersky. In ihrem „Allgemeinen Schriftsteller- und Gelehrtenlexikon“ findet sich eines der vollständigsten Verzeichnisse von Samsons Werken.⁵ Die jüngste Version der Biografie Samsons ist für das „Lexikon der deutschsprachigen Literatur“ 2007 verfasst worden.⁶

Keine dieser Arbeiten bietet jedoch eine Analyse des literarischen Nachlasses von Samson. Gustav Kleeberg hat sich in der Abhandlung „Die polnische Gegenreformation in Livland“⁷ mit Samsons Rolle während der Gegenreformation beschäftigt und ein spezielles Kapitel über Samsons Streit mit den Jesuiten geschrieben. Samsons Arbeit auf dem Gebiet der Bildung wurde von Kurt Tiersch,⁸ seine Tätigkeit als Superintendent von August Westrén-Doll⁹ und Alvin Isberg¹⁰ untersucht. Größere Aufmerksamkeit ist den neun Hexenpredigten Samsons zuteil geworden, auf die Untersuchungen zur Dämonologie und zur Folkloristik flüchtig eingegangen sind.¹¹ In der früheren Historiografie wurden Samsons Aufsätze zwar nicht besonders hoch eingeschätzt, doch hat sich diese Auffassung zu ändern begonnen. Die von Christian von Zimmermann vorgelegte Analyse der Kometenpredigt Samsons beweist, dass dessen Arbeiten interessantes Quellenmaterial für die frühneuzeitliche Kulturgeschichte darstellen.¹² Im Jahre 2006 verteidigte James Dobreff an der Universität Lund eine Dissertation über den Briefwechsel zwischen Hermann Samson

⁵ Allgemeines Schriftsteller- und Gelehrtenlexikon der Provinzen Livland, Estland und Kurland, hrsg. von JOHANN FRIEDRICH VON RECKE und CARL EDUARD NAPIERSKY, Bd. 4, Mitau 1832, S. 22-31.

⁶ Lexikon der deutschsprachigen Literatur des Baltikums und St. Petersburgs, hrsg. von CAROLA L. GOTTMANN und PETRA HÖRNER, Bd. 3, Berlin 2007, S. 1106-1110.

⁷ GUSTAV KLEEBERG: Die polnische Gegenreformation in Livland, Leipzig 1931, S. 110-125.

⁸ KURT TIERSCH: Deutsches Bildungswesen im Riga des 17. Jahrhunderts, München 1932, S. 39f.

⁹ AUGUST WESTRÉN-DOLL: Die schwedische Zeit in Estland und Livland, in: Baltische Kirchengeschichte, hrsg. von REINHARD WITTRAM, Göttingen 1956, S. 87-109.

¹⁰ ALVIN ISBERG: Livlands kyrkostyrelse 1622-1695 [Livlands Kirchenverwaltung], Uppsala 1968.

¹¹ Siehe STUART CLARKE: Protestant Demonology: Sin, Superstition and Society (c. 1520-1630), in: Early Modern European Witchcraft. Centers and Peripheries, hrsg. von BENGT ANKARLOO und GUSTAV HENNINGSEN, Oxford 1990, S. 45-81; ÜLO VALK: Allilma isand: kuradi ilmumiskujud eesti rahvaus [Der Herr der Unterwelt: Die Erscheinungsformen des Teufels im estnischen Volksglauben], Tartu 1998, S. 17; LEA KÕIV: Johannes Gutsblaffs Kurtzer Bericht. Eine typische Erscheinung im estländischen Schrifttum des 17. Jahrhunderts, in: Kulturgeschichte der baltischen Länder in der Frühen Neuzeit: mit einem Ausblick in die Moderne, hrsg. von KLAUS GARBER und MARTIN KLÖKER, Tübingen 2003, S. 376-406.

¹² CHRISTIAN VON ZIMMERMANN: „Wie man den Cometen (...) soll betrachten“ – zwei Predigten des Jahres 1618 aus Riga und Magdeburg im Kontext der frühneuzeitlichen Kometenliteratur, in: Iliaster. Literatur und Naturkunde in der Frühen Neuzeit. Festgabe für Joachim Telle zum 60. Geburtstag, hrsg. von WILHELM KÜHLMANN und WOLF-DIETER MÜLLER-JAHNCKE, Heidelberg 1999, S. 321-344.

und Axel Oxenstierna.¹³ Sowohl die Dissertation von Dobreff als auch die von der Autorin des vorliegenden Aufsatzes verfasste Magisterarbeit (Tartu 2009)¹⁴ verfolgen das Ziel, neue geisteswissenschaftliche Forschungen zu Hermann Samson und seinen Texten zu initiieren.

Hermann Samson wurde am 4. März 1579 in der Familie eines Rigaer Stadtwächters geboren. Er besuchte zunächst die Rigaer Domschule, die mit dem neu gegründeten Kollegium der Jesuiten konkurrierte. Als Stipendiat des Magistrats ließ sich Samson im Herbst 1599 zuerst an der Universität Rostock einschreiben, doch wurde er bereits im Frühling des darauffolgenden Jahres in die Matrikel der Universität Wittenberg eingetragen, wo er 1605 den Magistergrad in Theologie erwarb. Im Jahre 1608 erhielt Samson einen Ruf in seine Geburtsstadt, wo er als Prediger der Kirchengemeinde der Stadt Riga und als Schulinspektor tätig war.¹⁵ Samson blieb bis zu seinem Tod am 16. Dezember 1643 an der Düna.

Samsons Tätigkeit als Geistlicher in Riga kann in zwei Perioden unterteilt werden. In der ersten Periode, als sich Riga noch unter polnischer Herrschaft befand, kam Samson eine oppositionelle Rolle als Verteidiger des Luthertums zu. Letzteres hatte in Riga bereits in den 1520er Jahren festen Fuß gefasst. Auch wenn nach dem Jahre 1581 eine erzwungene Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden zustande kam, leisteten der Magistrat und die Bürgerschaft von Riga entschlossenen Widerstand, der am deutlichsten in den so genannten Kalenderunruhen der Jahre 1594–1598 zum Ausdruck kam. Damals wurde ein von den Katholiken aufgezwungener öffentlicher Kampf gegen den Gregorianischen Kalender ausgetragen. Samson, der seine Tätigkeit zehn Jahre nach der Unterdrückung dieser Unruhen aufnahm, konnte sich noch keinesfalls sicher fühlen, als er gegen die Jesuiten predigte, doch war es ihm dank der Unterstützung durch den Rigaer Magistrat und dank des Vertrauens der Bürgerschaft möglich, sowohl innerhalb als auch außerhalb seiner Kirchengemeinde aktiv vorzugehen. Samson, der im Jahre 1611 im Dom zu Riga zum Pastor ernannt worden war, wurde bereits 1616 zum Oberpastor an der Peterskirche berufen, wodurch er zum geistlichen Leiter der lutherischen Kirche in Riga aufstieg. Dies verschärfte jedoch seine Opposition gegenüber den Jesuiten noch zusätzlich. Samson sah sich mit Klagen konfrontiert, die durch die Jesuiten sogar den polnischen König erreichten, doch gelang es den Deputierten des Magistrats wiederholt, Samsons Worte abzumildern und ihn dadurch vor Strafe zu bewahren. Einen besonders scharfen Ton nahmen die Klagen der Jesuiten in den letzten Jahren der polnischen Herrschaft

¹³ JAMES DOBREFF: *Hermannus Samsonius to Axel Oxenstierna. Latin Correspondence from 1621 to 1630 with Linguistic and Historical Commentaries*, Lund 2006.

¹⁴ VIVIAN SIIRMAN: *Hermann Samsoni (1579–1643) trükitud jutlused varauusaegse vaimuliku meediumina [Die gedruckten Predigten von Hermann Samson (1579–1643) als frühneuzeitliches geistliches Medium]*. Magisterarbeit, Tartu 2008 (Manuskript am Institut für Geschichte und Archäologie der Universität Tartu).

¹⁵ KLEEBERG, *Die polnische Gegenreformation (wie Anm. 7)*, S. 114.

(1618–1621) an.¹⁶ Da Sigismund III. die Hände zu dieser Zeit bereits gebunden waren und der König die pro-schwedische Rigaer Gemeinde nicht zusätzlich gegen sich aufbringen wollte, blieben ihre Bemühungen, Samson im Zaume zu halten, jedoch erfolglos.¹⁷

Die zweite Periode der Tätigkeit Samsons beginnt mit der Errichtung der schwedischen Herrschaft in Riga im Jahre 1621. Obwohl der Polnisch-Schwedische Krieg bis zum Waffenstillstand von Altmark 1629 in Livland fortgesetzt wurde und Schwedens Herrschaft weder in Riga noch in Livland gesichert war, konnten die Lutheraner nach 1621 zumindest aufatmen. Eine der ersten Anordnungen Gustav II. Adolfs betraf die Vertreibung der Jesuiten. Wie der polnischen Garnison wurde auch ihnen erlaubt, die Stadt ungehindert zu verlassen. Die Jakobskirche in Riga, die beinahe 40 Jahre lang im Besitz der Jesuiten gewesen war, wurde wieder an die Lutheraner übergeben.¹⁸ Samson wurde zum Superintendenten von Livland berufen. Am 23. August 1622 wurde er somit zum Kirchenoberhaupt in ganz Livland „diesseits“ der Düna (*totius Livoniae Cis-Dunensis*) ernannt.¹⁹ Obwohl Samson zweifelsohne ein angesehener Geistlicher war, dürfte bei seiner Amtseinsetzung auch das Netzwerk persönlicher Beziehungen eine Rolle gespielt haben, das er mittlerweile geknüpft hatte. An erster Stelle müssen die während des Studiums in Wittenberg geschlossenen Bekanntschaften mit dem späteren Reichskanzler Axel Oxenstierna und Bischof Johannes Rudbeckius genannt werden.²⁰ Aus der Korrespondenz zwischen Oxenstierna und Samson in den Jahren 1622–1643 geht hervor, dass der Superintendent den Kanzler ständig über aktuelle Entwicklungen in Livland informiert hat.²¹

Auf seiner neuen Position eröffnete sich Samson ein weites Arbeitsfeld: die kirchliche Ordnung musste wiederhergestellt, neue Kirchen errichtet und neue Seelenhirten angestellt werden. Insgesamt hat Samson 70 Pastoren neu berufen.²² Eine gründlichere Visitation konnte Samson erst nach dem Abschluss des Waffenstillstandes von Altmark vornehmen. Die Kirchen waren vom Einsturz bedroht, die Lebensverhältnisse und Einkünfte der wenigen Geistlichen, die noch vor Ort verblieben waren, erbärmlich und instabil. Johan Skytte, der Generalgouverneur von Livland, war jedoch der Meinung, dass Samson seine Aufgaben nicht tatkräftig genug wahrnahm. Skytte beschwerte sich sowohl beim König als auch bei Oxenstierna darüber, dass Samson seine Visitationen nur oberflächlich durchführe, da er weder der estnischen noch der lettischen Sprache kundig sei, auch verlasse er Riga nie länger als nur für ein paar Tage;

¹⁶ DOBREFF, Samsonius to Oxenstierna (wie Anm. 13), S. 18.

¹⁷ KLEEBERG, Die polnische Gegenreformation (wie Anm. 7), S. 120–123.

¹⁸ Ebenda, S. 125.

¹⁹ KLEEBERG, Die polnische Gegenreformation (wie Anm. 7), S. 125.

²⁰ DOBREFF, Samsonius to Oxenstierna (wie Anm. 13), S. 4f., 10f.

²¹ Siehe ebenda.

²² WESTRÉN-DOLL, Die Schwedische Zeit (wie Anm. 9), S. 96.

außerdem sei er geneigt, geistliche Ämter an die Bürger von Riga zu vergeben; die Geistlichen selbst aber seien inkompetent und der Sprache des Volkes nicht mächtig, darüber hinaus würden sie die christliche Lehre nicht kennen.²³ Samson war in Riga tatsächlich mit Arbeit überlastet: Außer der Wahrnehmung der Aufgaben eines Superintendenten wurde er 1631 auch zum Professor für Theologie am neu gegründeten Gymnasium in Riga ernannt.²⁴ 1633 wurde er Mitglied des Oberkonsistoriums, das auf Initiative von Skytte nicht in Riga, sondern in Dorpat gegründet worden war.²⁵ Trotz des Konfliktes mit Skytte wurde Samsons Position jedoch nicht erschüttert. Im Jahre 1638 wurde Samson von Königin Christina mit dem in Livland liegenden Erbgut Festen beschenkt und 1640, wie bereits erwähnt, in den Adelsstand erhoben.

Zu Beginn der Amtszeit Samsons waren seit der Erfindung des Buchdrucks bereits mehr als 150 Jahre vergangen. Die Livländer hatten sich bisher allerdings mit Lesestoff begnügen müssen, der außerhalb ihrer Landesgrenzen gedruckt worden war. Der erste Buchdrucker in Riga, der aus Antwerpen gebürtige Nicolaus Mollyn, wurde auf Bitte des Magistrats erst 1588 berufen – damals war Samson noch ein Kind. Nach seiner Rückkehr aus Deutschland wurde er dann der mit Abstand produktivste Autor in Livland, dessen Werke gedruckt erschienen sind: Zwischen 1608 und 1625, in den Jahren, als Mollyn in Riga tätig war, machten Samsons Werke rund 10% aller veröffentlichten Titel aus.²⁶ Dank seiner Texte nahm der Anteil des theologischen Schrifttums an der Produktion der Rigaer Druckerei sprunghaft zu.²⁷ Es wird angenommen, dass Samson 65 deutsch- und lateinischsprachige Druckwerke – Predigten, Begräbnisreden, Hochzeitsgedichte, Schulbücher – verfasst hat.²⁸ In Hinblick auf die Kulturgeschichte verdienen seine überwiegend deutschsprachigen Predigten mit Kommentaren zu aktuellen Ereignissen besondere Beachtung. Aus ihnen lässt sich ersehen, wie ein lutherischer Pastor gesellschaftliche Phänomene und Ereignisse damals auffasste. Samson gab sich Mühe, aktuelle Prozesse in eine lutherische, positive Richtung zu lenken, wobei er sein Publikum zur

²³ Ebenda, S. 96f.

²⁴ TIERSCH, Deutsches Bildungswesen (wie Anm. 8), S. 39.

²⁵ WESTRÉN-DOLL, Die Schwedische Zeit (wie Anm. 9), S. 99f.

²⁶ Da es keine Liste der Druckerzeugnisse aus der Zeit gibt, als Gerhard Schröder als Nachfolger von Nicolaus Mollyn Drucker in Riga war, konnte hier nur das von Alexander Buchholtz aufgestellte Verzeichnis der von Mollyn gedruckten Werke herangezogen werden. AREND BUCHHOLTZ: Geschichte der Buchdruckerkunst in Riga, 1588–1888. Festschrift der Buchdrucker Rigas zur Erinnerung an die vor 300 Jahren erfolgte Einführung der Buchdruckerkunst in Riga, Riga 1890.

²⁷ ALEXANDER KRAUS: Eine Medienrevolution in der „Peripherie“. Nicolaus Mollyn und die Anfänge des Rigaer Buchdrucks, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 54 (2005), S. 317–349, hier S. 336f.

²⁸ Ein Drittel aller Titel machen die Druckwerke aus, die mit der Tätigkeit des Gymnasiums zu Riga in Verbindung stehen. Die bisher gründlichste Bibliografie wurde von DOBREFF, Samsonius to Oxenstierna (wie Anm. 13) vorgelegt.

Buße aufforderte und gleichzeitig sowohl gegen die Jesuiten und die Calvinisten als auch gegen die Zauberei kämpfte. Darüber hinaus verfasste er auch Bußpredigten, die durch außergewöhnliche Ereignisse (Kometen, Propheten) oder einmalige historische Ereignisse (die Einnahme Rigas durch die Schweden) veranlasst wurden.

Kontroversen mit den Jesuiten

Zu Beginn seiner geistlichen Karriere war Samsons Tätigkeit durch Auseinandersetzungen mit den Jesuiten geprägt. In einer Situation, in der die städtische Verwaltung in Riga lutherisch war, der Landesherr sich aber zum Katholizismus bekannte, hatten beide Parteien nur beschränkte Befugnisse. Der Dialog zwischen Samson und den Jesuiten wurde auch im Druck festgehalten: Beide Parteien brachten ihre Argumente in umfangreichen Traktaten vor. Der Disput, den die Jesuiten und Samson als oberster Lutheraner Rigas miteinander führten, richtete sich jedoch auch an ein breiteres Publikum.

Bei dieser polemischen Aktivität Samsons können zwei Linien beobachtet werden. Im 1611 erschienenen Büchlein „Wolgegründte aussführung und lehrhafte anweisung“,²⁹ dessen Abfassung eine Reaktion auf die Klagen der Jesuiten war, gab sich Samson Mühe, deren Angriffe gegen die lutherischen Prediger abzuwehren und die Lutheraner in ihrem Glauben zu stärken.³⁰ Ein zentrales Thema der Diskussion war die Ordination Luthers und der lutherischen Prediger sowie ihr Recht zur Amtsführung; dabei übernahm Samson die Rolle eines neugierigen Beobachters, stellte Fragen und lieferte die Antworten gleich mit. Die Antwort der Jesuiten wiederum erfolgte erst nach fünf Jahren (1616), als Jacob Kahls Text „Klare Entdeckung Ettllicher Ewangelischer Wahrheiten“³¹ veröffentlicht wurde, der in 132 Artikeln Samsons Argumente widerlegte, wobei u. a. die Rechtmäßigkeit der Amtseinsetzung von lutherischen Pastoren in Frage gestellt wurde. Obwohl Samson anfangs zweifelte, „ob er auch die Feder rüren / und dawider etwas schreiben solte: Den ein weiser Mann / wann er mit einem Narren zu thun hat / er zürne oder lache / so hat er nicht Ruhe“, wurde bereits im darauffolgenden Jahr 1617 sein Werk „Abfertigung und Ableinung Der

²⁹ HERMANN SAMSON: Wolgegründte aussführung vnd lehrhafte anweisung, wie es ein beschaffenheit habe so wol vmb des Herren Lutheri, alss aller Lutherischen Praedicanten Vocation vnd Beruff, wie auch Ordination und Priesterweihe. Allen Lutherischen frommen Christen zum vntrricht vnnd nutzen, Altenburg in Meissen 1611. Das Vorwort ist datiert auf den 5. März 1611.

³⁰ KLEEBERG, Die polnische Gegenreformation (wie Anm. 7), S. 117f.

³¹ JACOB KAHL: Klare Entdeckung Ettllicher Ewangelischer Wahrheiten / so in einem Büchlein / von Lutheri vnd aller Lutherischen Praedicanten beruff / durch M. Hermannum Samsonium Pastoren vnd Inspectoren der Schulen zu Riga gestellt / begriffen sind, Brunsberg 1616. Das Vorwort ist in Riga auf den Allerheiligentag des Jahres 1615 datiert.

Hundert und Zwey und Dreissig Ewangelischen Warheiten“³² veröffentlicht, worin er seinerseits alle „evangelischen Wahrheiten“ Kahls eine nach der anderen widerlegte.

Parallel wurde der Disput zwischen Samson und dem Jesuiten Laurentius Norvegus ausgetragen. Da Norvegus aufgrund einer jesuitischen Geheimmission in Skandinavien einige Berühmtheit erlangt hatte, wurden seine Beziehungen zu Rom dort als gefährlich angesehen: Aus Dänemark war er unter Androhung der Todesstrafe verbannt worden.³³ Im Jahre 1604 hatte Norvegus in Krakau ein skandalöses Werk unter dem Titel „Confessio Christiana de via Domini“ veröffentlicht, in dem er die skandinavische Gegenreformation damit rechtfertigte, dass der Katholizismus dort eine lange Geschichte habe. Sechs Jahre später ließ sich Norvegus am Jesuitenkolleg in Riga nieder. Die Tatsache, dass ausgerechnet Norvegus nach Riga kam, dürfte die Lutheraner sicherlich beunruhigt haben. Es heißt, Samson habe Norvegus um ein Exemplar von dessen Buch „Confessio Christiana“ gebeten; Norvegus sei der Bitte unter der Bedingung nachgekommen, dass Samson ihm seine Bemerkungen mitteile und es kritisch bespreche.³⁴ 1615 kam in Gießen Samsons zweibändiges Werk „Anti Jesuita Prima et Secunda“ heraus.³⁵ Dobreff zufolge war es dieses Buch, das noch zu Samsons Lebzeiten dessen Ruhm begründete. Es handelte sich dabei um eine äußerst sorgfältig erarbeitete und systematische Entgegnung auf Norvegus’ Thesen und Argumente.

Ihrem Charakter nach waren die zwei erwähnten Dispute unterschiedlich: Die Polemik zwischen Samson und Norvegus, die in lateinischer Sprache, in akademischem Stil und auf eine prätentiose Weise – beide Autoren widmeten ihre Traktate dem dänischen König Christian IV. – geführt wurde, war nur für Eingeweihte verständlich. Der andere Disput, der sich eher durch eine profane Herangehensweise auszeichnete und in deutscher Sprache ausgetragen wurde, war an die breite Öffentlichkeit gerichtet, „allen Lutherischen frommen Christen zum vnterricht

³² HERMANN SAMSON: Abfertigung vnd Ableinung Der Hundert vnd Zwey vnd Dreyssig Ewangelischen Warheiten / welche die Jesuiten boßhafftiger weise auss meinem Buche von Lutheri / vnd Der Lutherischen Praedicanten Beruff zum Lehr-Ampt / zusammengeraspelt / vnd vnter der Nebel Kappe eines vngenanndten Pflasterstreichers an tag gegeben: Frommen eyffrigen Christen zunöthigem vnterricht gestellet / vnd auff innstendiges Anhalten in Druck verfertiget, Lübeck 1617. Das Vorwort ist datiert auf den 14. Juni 1617.

³³ Siehe näher OSKAR GARSTEIN: *Rome and the Counter-Reformation in Scandinavia Jesuit educational strategy, 1553–1622*, Leiden 1992, S. xxxi–xxxiv.

³⁴ OSKAR GARSTEIN: *Rome and the Counter-Reformation in Scandinavia until the establishment of the S. Congregatio de Propaganda Fide in 1622*, Oslo 1980, S. 306f.

³⁵ HERMANN SAMSON: *Anti Jesuita Primus. Sive Discussio Et Confutatio Solida Et Modesta: Aliquot Quaestionum, Quas Laurentius Nicolai Jesuita tractat in initio libri sui (...) Confessio Christiana (...)*, Giessae 1615; DERS.: *Anti Jesuita Secundus, Sive Confutatio Altera Libri Istius: Quem Laurentius Nicolai Jesuita De Confessione Christiani (...)*, Giessae 1615.

vnnnd nutzen“.³⁶ Die Tätigkeit der Jesuiten in Riga erregte allgemeines Aufsehen. Ihre Aktivitäten und die katholische Propaganda belebten sich beträchtlich nach der Provinzialsynode der katholischen Kirche, die sich im Jahre 1610 in Riga versammelt hatte. Dort wurden die Beschlüsse des Konzils von Trient anerkannt, denen im Prozess der Gegenreformation eine große Bedeutung zukam, obgleich sie sogar in Polen noch nicht vollständig akzeptiert worden waren.³⁷ Somit kam es Samson darauf an, seine Gemeinde auf mögliche Gefahren hinzuweisen und ihr den rechten Weg zu weisen. 1611 veröffentlichte er außer dem Büchlein „Wolgegründte aussführung (...)“ noch zwei weitere Texte, in denen er die Jesuiten kritisierte. Das in lateinischer Sprache verfasste Lehrbuch unter dem Titel „Enchiridion Articulorum Fidei“³⁸ war für die Schüler der Rigaer Domschule bestimmt. Bei dem anderen Text handelte es sich um eine Predigt unter dem Titel „Eine christliche Eingangs Predigt“,³⁹ in der Samson auf die Aufgaben und die Position der lutherischen Pastoren eingeht. Gustav Kleeberg zufolge handelt es sich bei ihr um ein programmatisches Werk: eine Inaugurationspredigt, die im Jahre 1608 großen Beifall geerntet hatte und noch im selben Jahr in lateinischer Sprache veröffentlicht worden war.⁴⁰ Drei Jahre später, als die Gegenreformation ein zunehmendes Interesse an den Ereignissen in Livland zeigte, hielt man eine Publikation die-

³⁶ SAMSON, *Wolgegründte aussführung* (wie Anm. 29), Vorwort.

³⁷ KLEEBERG, *Die polnische Gegenreformation* (wie Anm. 7), S. 99f.; VELLO HELK: *Die Jesuiten in Dorpat 1583–1625: Ein Vorposten der Gegenreformation in Nordosteuropa*, Odense 1977 (Odense University Studies in History and Social Sciences, 44), S. 157–175. Helk schildert die zwischen der Stadt Dorpat und den Jesuiten ausgetragenen Konflikte, die sich ab 1610 verschärften, und den Druck, der auf lutherische Pastoren ausgeübt wurde.

³⁸ HERMANN SAMSON: *Enchiridion Articulorum Fidei in usum seminarii Rigenis ad ornatum*, Rostock 1611.

³⁹ HERMANN SAMSON: *Eine christliche Eingangs Predigt / zum heiligen MINISTERIO vnd Predigtamt / In welcher bewiesen wird / dass der Glaub vnnnd Religion, welche die Lutheraner haben / der vhralte Catholische Glaub sey: hinwiederumb der Jesuiten vnd Bapstischen Glaub ein Spannener Glaub sey. Gehalten In S. Peters Kirchen zu Riga in Lieffland am S. Johannis tage Anno 1608*, Rostock 1611.

⁴⁰ HERMANN SAMSON: *Oratio De Origine et Utilitatibus Scholarum quod ad Ecclesiam & Rempub[licam]*, Riga 1608. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde dieser Text vor dem Jahre 1611 jedoch nicht in deutscher Sprache veröffentlicht, wie man auf der Grundlage einer bibliografischen Aufnahme, die Breverus am Ende seiner Bibliografie anführt, annehmen könnte: „Eingangs-Predigt zum heiligen Ministerio, auß dem Luca im 1. cap. Riga 1608. in 4.“ Auch Gadebusch führt die gleiche bibliografische Aufnahme an. Breverus erwähnt jedoch nicht, dass im Jahre 1611 ein solcher Text veröffentlicht worden sei, doch muss man darauf Rücksicht nehmen, dass seine Bibliografie recht unvollständig ist. Recke und Napiersky erwähnen diese Predigt nicht einmal. Von Dobreff wurde dieses Werk jedoch in seine Bibliografie aufgenommen, dabei stimmt die bibliografische Aufnahme genau mit derjenigen von Breverus überein, weshalb sie im Unterschied zu den anderen Titeln, die im Verzeichnis von Dobreff vollständig angeführt sind, offensichtlich ungenau ist. Daher bleibt es offen, ob Dobreff tatsächlich ein Exemplar mit diesem Druckjahr gefunden hat.

ser „programmatischen“ Kirchenrede auch in deutscher Sprache für notwendig, um sie auch dem Volk verständlich zu machen. Der zeitliche Abstand zwischen dem mündlichen Vortrag, der schriftlichen Fixierung, der Drucklegung und der Übersetzung der anzuzeigenden Predigt zeigt ganz anschaulich, wie ein Text im 17. Jahrhundert durch die Änderung seiner Form neue Funktionen annahm.

Im Jahre 1617 wurde eine feierliche Rede unter dem Titel „Eine Predigt von dem Evangelischen Jubeljahr“, die Samson anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Luthertums gehalten hatte, veröffentlicht. Es handelte sich um ein mutiges Vorhaben, da die Begehung des Jubiläums der Reformation unter den damaligen Bedingungen riskant war. Samson scheute auch zu diesem Anlass nicht davor zurück, die Jesuiten in einem scharfen Ton zu kritisieren. Auch in der gegen das Flagellantentum gerichteten Predigt „Die siebende Predigt / aus dem 53. Capitel Esaiæ / wider den Geisselprocess der Papisten gerichtet“ aus dem 1619 erschienenen Sammelband „Sieben ausserlesene Predigten“ brachte er anschauliche Exempel, welche die Jesuiten in einem schlechten Licht erscheinen lassen.⁴¹ Seine Tätigkeit beschränkte sich jedoch nicht nur auf die mündliche bzw. schriftliche Darlegung seiner Gedanken. Als Erwiderung auf die jesuitische Mission, mit der auch der Druck lettischsprachiger Bücher in Vilnius einherging, wurden 1615 in Riga ein lettischsprachiger lutherischer Katechismus und ein lettischsprachiges Gesangbuch gedruckt. Alexander Kraus zufolge war es möglicherweise Samson selbst, der hinter diesen Veröffentlichungen stand.⁴²

Ein Großteil von Samsons Werken wurde allerdings außerhalb Rigas gedruckt: in Rostock (1611, zwei Texte), in Altenburg (Meißen) (1611), in Gießen (1615), in Lübeck (1617, 1619 und 1623) und in Greifswald (1618). Dies rührte in erster Linie daher, dass diese Texte heikle Themen behandelten, weshalb es undenkbar war, sie in Riga drucken zu lassen. Vermutlich werden dabei auch Samsons enge Kontakte zum Ausland eine Rolle gespielt haben.

Die Gegenthesen gegen die Calvinisten

In der Zeit, als Samson mit den Jesuiten disputierte, äußerte er sich auch gegen calvinistische Ansichten. 1613 veröffentlichte er in Riga sein Werk „Zwo Christliche vnnnd wolgegründte Predigten. Vom H. Nachtmahl“.⁴³ Zwei Jahre später erschien ein weiterer Sammelband unter dem Titel „Zwo

⁴¹ HERMANN SAMSON: Sieben ausserlesene Predigten / Deren vier die lehr vom heiligen Abendmahl / vollkornlich und aussführlich in sich schliessen. Die fünffte aber vnd die sechste handeln von dem Osterlamb altes vnd neues Testaments. Die sieben- de vnd letzte berichtet von der geisslung der Bapstler am Karfreytag, Lübeck 1619.

⁴² KRAUS, Eine Medienrevolution (wie Anm. 27), S. 317-349.

⁴³ HERMANN SAMSON: Zwo Christliche vnnnd wolgegründte Predigten. Vom H. Nachtmahl gehalten in Volckreicher versammlung zu Riga in S.Peters Kirchen / vnd

lehrhafte vnnnd wolgegründte Predigten“,⁴⁴ der dem Calvinismus gegenüber kritisch eingestellt war. In beiden Abhandlungen ging es um das Thema der Eucharistie: Die calvinistische Lehre, die besagt, dass Leib und Blut Christi beim Abendmahl nur geistig präsent seien, war für die Lutheraner nicht akzeptabel. In der 1619 veröffentlichten Sammlung „Sieben ausserlesene Predigten“ behandelte Samson das Sakrament des Abendmahls – zusätzlich zu der bereits erwähnten Predigt gegen die Selbstgeißelung der päpstlich Gesinnten. Von den sechs in Rede stehenden Predigten waren zwei noch unveröffentlicht. Einige dieser Predigten wurden zum dritten Mal gedruckt, als sie 1625 auf den Seiten einer Postille mit dem Titel „Himlische Schatzkammer“⁴⁵ erschienen, was Samsons dauerhaftes Interesse an den Problemen der Eucharistie bezeugt.

Der wichtigste Kontrahent Samsons unter den Calvinisten war Abraham Scultetus (1566–1625). Samson hat sich mit dessen Ansichten am systematischsten in den Vorreden der drei Bände der „Himlischen Schatzkammer“ auseinandergesetzt, indem er die 1620 in Heidelberg erschienene Postille in 45 Punkten einer kritischen Betrachtung unterzog.⁴⁶ Scultetus, ein Zeitgenosse Samsons, hatte ebenfalls an der Universität Wittenberg studiert, wenn auch etwa zehn Jahre früher als der Rigenser. Den Magistergrad hatte er in Heidelberg erworben, im einstigen Zentrum der reformierten Theologie. Scultetus, der später als Hofprediger des „Winterkönigs“ Friedrich V. fungierte, war auch für den im Dezember 1619 in Prag erfolgten Bildersturm verantwortlich, der bei den lutherischen Tschechen großen Ärger hervorgerufen hatte. Möglicherweise wird Samson seine umfangreiche Predigtsammlung eben deshalb König Gustav II. Adolf, Königin Maria Eleonora und dem Generalgouverneur Jacob De La Gardie gewidmet haben.

Noch in der Gestaltung des Titelblatts von Samsons Postille zeigt sich die Konstruktion eines Gegensatzes zu Scultetus. Dessen Struktur und die darauf verwendeten Symbole ähneln in hohem Maße denjenigen, die Scultetus nutzte (siehe Abb. 1 und 2). Diese Ähnlichkeit war rein visuell, doch

auff anhalten vieler frommen Christen in truck verfertigt, Riga 1613. Das Vorwort ist datiert auf den 24. April 1613.

⁴⁴ HERMANN SAMSON: Zwo lehrhafte vnnnd wolgegründte Predigten von zweyen Hochwürdigten Sacramenten dem Osterlamb im Alten: vnd den heiligen Nachmal Christi im Newen Testament. Gehalten in Volkreicher Versammlung, vnd vielen frommen Christen zum Unterricht, Riga 1615. Das Vorwort ist datiert auf den 1. Mai 1615.

⁴⁵ HERMANN SAMSON: Himlische Schatzkammer / Das ist: Lehrhafte / deutliche / vnd wolgegründte Erklärung der Sontäglichen vnd fürnembsten Fest Evangelien / durchs gantze Jahr / also anfertiget vnd zubereitet / daß sie mit grossem Nutzen von Gelehrten vnd Vngelehrten kan gebraucht werden, Erster Theil sampt beygefütem Register, Riga 1625.

⁴⁶ ABRAHAM SCULTETUS: Abrahami Schulteti Psalmpostill / Darinne Vff einen jeden Sonntag im jar / einer oder mehr psalmen / welche sich vff die Sontägliche Evangelien reimen / erklärt: Auch Daneben noch andere schöne texte / historien vnd bilder altes testaments hin vnd wider mit eingemengt werden, Heidelberg 1620.



– Abb. 1. Titelblatt von „Abrahami Schulteti Psalmopostill...“ Das Verzeichnis der im deutschen Sprachraum erschienenen Drucke des 17. Jahrhunderts, http://www.gbv.de/du/services/gLink/vd17/3:316579K_001,800,600.

unterschied sich der symbolische Inhalt fundamental. Beide Titelblätter sind horizontal und vertikal in drei Teile eingeteilt, sodass sie neun Felder bilden. Im mittleren Feld befindet sich der in schwarz und rot gedruckte Titel samt dem Namen des Autors und einer Ermahnung an die Leser. In den Eckfeldern befinden sich die vier Evangelisten, oben in der Mitte thront Christus. Unten in der Mitte ist bei Scultetus die Geschichte von Jona dargestellt, und auch bei Samson findet sich das Wassermotiv, wenn auch als ein Bestandteil des Panoramas der Stadt Riga. Die größten Unterschiede zeigen sich jedoch bei den neben dem Titel platzierten Motiven. Während bei Scultetus auf der linken Seite Moses mit seinen Gesetzestafeln und auf der rechten Seite König David mit der Harfe dargestellt sind, lässt Samson keinen Zweifel an seinem lutherischen Glauben: Auf der linken Seite seines Titelblattes befindet sich der Apostel Paulus, die zentrale Gestalt seiner lutherischen Theologie, auf der rechten Seite aber ist Luther höchstpersönlich abgebildet.



– Abb. 2. Titelblatt von Samsons „Himmlische Schatzkammer...“ (aus: BUCHHOLTZ, Geschichte [wie Anm. 26]).

In seinen Polemiken gegen die Jesuiten und die Calvinisten nutzte Samson verschiedenen Praktiken. Deutliche Unterschiede zeigen sich sowohl im Genre seiner Texte wie auch in der Sprachenwahl. Die in lateinischer Sprache geführte Polemik gegen die Jesuiten fand auf einem weitaus höheren Abstraktionsniveau statt, wobei Samson die religiösen Ansichten der Jesuiten mit einer pedantischen Genauigkeit und in einer umfangreichen gedruckten Darstellung widerlegte. Seine Thesen gegen die Calvinisten wurden in Predigtbüchern vorgebracht, bei denen es sich um eine eher volkstümliche Lektüre handelte, die für die Gemeinde leicht fasslich war.⁴⁷ So hat es den Anschein, dass Samson die Calvinisten in seinen propagandistischen Predigten vor der Gemeinde einer scharfen Kritik

⁴⁷ Betrachtet man die Zahl der vor der Vertreibung der Jesuiten aus Riga 1621 veröffentlichten Predigtsammlungen, die gegen die Jesuiten und die Calvinisten polemisierten, gibt es keine zahlenmäßigen Unterschiede. Von fünf Texten waren zwei gegen die Jesuiten (1611, 1617) und zwei gegen die Calvinisten gerichtet (1613, 1615); ein Text enthält Predigten, in denen gegen beide Konfessionen polemisiert wurde

unterzog. Dabei argumentierte er nicht direkt gegen die Calvinisten, sondern warnte sein Publikum vor ihnen. So war die Kritik an Scultetus einer Postille beigegeben, die sich an ein breites Publikum richtete, auf „dass sie von grossem Nutzen von Gelehrten vnd Vngelehrten kan gebraucht werden“. Unter dem Motto „Ließ mich, darnach prüfe mich“ rief Samson seine Leser zum kritischen Denken auf. Die Calvinisten verfügten damals in Riga noch über keine eigene Gemeinde: Aufgrund des heftigen Widerstandes konnte sie erst im Jahre 1665 begründet werden. Es ist jedoch ganz offenkundig, dass sich die Calvinisten nicht selten in der Stadt aufhielten. Eine Rolle spielten dabei auch die Handelsbeziehungen Rigas zu Westeuropa, insbesondere zu England und den Niederlanden, wo der Calvinismus festen Fuß gefasst hatte.⁴⁸ Im Unterschied zu den Jesuiten, die in der Stadt ihre eigene Kirche hatten und deren Position von der Staatsgewalt akzeptiert wurde, sodass sie als quasi öffentliche Kontrahenten galten, wurden die Calvinisten, die in der Stadt keinen sicheren Stützpunkt hatten, als interne und verborgene Feinde angesehen.⁴⁹ So erklärt sich auch, dass sich Samson auch dann noch gegen die Calvinisten aussprach, als die Gefahr seitens der Jesuiten bereits längst der Vergangenheit angehörte. Ein halbes Jahr vor seinem Tod, am 21. März 1643, hielt er erneut eine Predigt über die Eucharistie. Unter dem Titel „Eine Christliche Predigt Vom Hochwürdigen Sacrament des Leibes vnd Blutes vnsers Herrn Jesu Christi“ wurden die Calvinisten in scharfem Ton zurechtgewiesen, wobei Samson ihre Ideen als „grobe, tölpische und fantastische Gedancken der Sacramentirer“ bezeichnete.⁵⁰ Er war der Ansicht, dass der Calvinismus nicht nur den Geist, sondern auch den Körper gefährde: Am Ende der Predigt führte er drei anschauliche Beispiele über die Calvinisten an, welche unter großen Qualen die Tage ihres Lebens beendet hätten. Derartig abschreckende Beispiele waren an diejenigen Skeptiker adressiert, die sich zur Konversion bereit zeigten, sich also unter Umständen zum Calvinismus bekehren ließen.

(1619). Betrachtet man jedoch die Zahl der einzelnen Predigten in diesen Druckwerken, so beträgt das Verhältnis 3:10.

⁴⁸ 1627 wurde es einem zum Calvinismus konvertierten Rigaer Bürger sogar verweigert, in der Kirche bestattet zu werden. Zwar durfte der Tote auf dem Kirchhof beerdigt werden, doch empfand man dies als dermaßen erniedrigend, dass der Leichnam per Schiff nach Amsterdam transportiert wurde. Vor 1670 wurden Calvinisten nicht in die Bürgerschaft aufgenommen. Chronick der deutsch-reformierten Gemeinde in Riga, hrsg. von THEODOR HECKEL, Göttingen 1933, S. 8f.

⁴⁹ Samson zufolge haben die Calvinisten nur Chaos und große Unruhen ausgelöst. So in einem Brief an Axel Oxenstierna, 2.5.1624, in: DOBREFF, Samsonius to Oxenstierna (wie Anm. 13), S. 62f.

⁵⁰ HERMANN SAMSON: Eine Christliche Predigt Vom Hochwürdigen Sacrament des Leibes vnd Blutes vnsers Herrn Jesu Christi. Zu Riga in Lieffland den 21. Martij An. 1643. Gehalten in Volckreicher Versamblung, Riga 1643. Das Vorwort ist auf den 31. März 1643 datiert.

Der Kampf gegen die Zauberei

Samson sah sich in seinen Kampf gegen Jesuiten und Calvinisten zudem gezwungen, auch die Zauberei zu bekämpfen. In diese Rubrik gehört sein wohl bekanntestes Werk, das 1626 unter dem Titel „Neun ausserlesene vnd wolgegründete Hexenpredigt“ in Riga veröffentlicht wurde. Es handelt sich um einen thematischen Sammelband mit neun Predigten, die das Wesen des Teufels und der Hexen einer näheren Betrachtung unterziehen. Juhan K a h k bezeichnete es als ein „Handbuch der Hexenverfolgung“ und seinen Autor als einen „überzeugten Vertreter der lutherisch-orthodoxen Hexenjagd“;⁵¹ damit sah er Samsons Hexenpredigten als ein Beispiel für dämonologische Literatur an. Die Wirkung dieses Buches sollte jedoch nicht überschätzt werden. Samsons Predigten sind vielmehr als Teil der allgemeinen Erbauungsliteratur anzusehen, denn der Autor ermahnte seine Leser und gab Hinweise, wie man sich durch wahren Glauben und fleißiges Beten vor dem Teufel und der Hexerei hüten könne. Diese Predigtsammlung stellt eine systematische Darstellung des Aberglaubens dar. Ähnliche Abhandlungen wurden im damaligen Europa in großer Zahl veröffentlicht. Es ist zudem offenkundig, dass diese Texte keine Hexenverfolgungen auslösten.⁵²

Samson selbst erklärte, er habe diese Oxenstierna gewidmete Predigtsammlung für die Kirchspielpastoren verfasst.⁵³ Bei seinen Visitationen habe er den überall wuchernden Aberglauben beobachtet. In der neunten Predigt der „Hexenpredigten“ erklärte er die Aufgaben der Geistlichen: Sie seien verpflichtet, gegen die Zauberei zu predigen, die Leute einzuschüchtern und sie vor dieser Sünde zu bewahren. Die Zauberei sah er als eine vielschichtige Sünde, die nur vom Menschen selbst ausgehe und ein Ergebnis des Abfalls vom Glauben und der Ablehnung von Gottes Liebe sei. Samson war von der Existenz der Hexen und der Realität der Zauberei überzeugt. Der Teufel müsse als Symbol der menschlichen Laster angesehen werden. Der Autor nutzte in seinen Predigten zahlreiche Metaphern, so erläuterte er zu Beginn jeder Predigt den Charakter des Teufels, indem er einen anschaulichen Vergleich mit einem Drachen, einer Fliege oder einem Flusspferd zog. Den Teufel, der die Menschen zu sündhaften Handlungen veranlasse, verband Samson mit dem Menschen, dem sündigen Wesen. Aufgrund der engen Verbindung zwischen der Zauberei und

⁵¹ JUHAN KAHK: Ristiusk, teadus ja nõiaprotsessid XVII sajandil [Christentum, Wissenschaft und Hexenprozesse im 17. Jahrhundert], in: Religiooni ja ateismi ajaloo Eestis [Über die Geschichte der Religion und des Atheismus in Estland], Bd. III, hrsg. von JÜRI KIVIMÄE, Tallinn 1987, S. 146-171, hier S. 157.

⁵² Einschlägige statistische Angaben werden angeführt bei MAIA MADAR: Nõiaprotsessid Eestis XVI sajandist XIX sajandini [Die Hexenprozesse in Estland vom 16. Jahrhundert bis zum 19. Jahrhundert], in: Religiooni ja ateismi ajaloo Eestis (wie Anm. 51), S. 124-145.

⁵³ Samsons Brief an Axel Oxenstierna, 22.5.1627, in: DOBREFF, Samsonius to Oxenstierna (wie Anm. 13), S. 105ff.

der Sünde meinte er, dass sich der Mensch nur durch Buße und wahren Glauben vor der Strafe retten könne.

Betrachtet man die Predigtsammlung Samsons im Kontext der protestantischen Dämonologie, in der der Begriff der Sünde und die Notwendigkeit, sich vor ihr zu hüten, im Mittelpunkt stehen, ist es keinesfalls gerechtfertigt, Samsons Hexenpredigten zu einem Handbuch zu degradieren.⁵⁴ Alle neun Texte der Predigtsammlung stellen kurze, gut lesbare selbstständige Abhandlungen von jeweils etwa 20 Seiten dar. Nur wenige lateinische Zitate sind in die Predigten eingebaut, die nicht in einem trockenen theologischen Stil verfasst sind, sondern unterhaltsam sind und dabei im Unterschied zu den anderen Texten Samsons mit einer Fülle von Metaphern aufwarten und zahlreiche belehrende und zugleich sensationelle Geschichten beinhalten, die sicherlich zur guten Lesbarkeit der Predigten beitragen. Es handelte sich um öffentliche Predigten, denn Samson kam es darauf an, ein breiteres Publikum anzusprechen.

Die Bußpredigten

Ein Teil der Predigten von Hermann Samson kann als Bußpredigten klassifiziert werden. So veröffentlichte er 1619 eine Predigt unter dem Titel „Buß Predigt“,⁵⁵ die sich mit den Voraussagen der lutherischen Propheten auseinandersetzte; in diese Reihe gehört auch die im Dezember 1618 gehaltene „Cometen Predigt“, die 1619 gedruckt wurde.⁵⁶ Das Thema der Buße wurde auch in einer Begräbnispredigt unter dem Titel „Schädliche Pestilenz“ behandelt, die 1623 veröffentlicht wurde.⁵⁷ Auch die Predigt „Das Acht

⁵⁴ Vgl. LEA KÕIV: *Pilk 17. sajandi Liivimaa vaimuilma* [Ein Einblick in die Gedankenwelt Livlands im 17. Jahrhundert]: Johannes Gutsclaff. Kurtzer Bericht vnd Vnterricht Von der Falsch-heilig genandten Bäche in Lieffland Wöhhandta, in: *Kleio* 1997, Nr. 2, S. 9-15, hier S. 12. Zum Vergleich sei an dieser Stelle auf den Gedanken Kõivs hingewiesen, der „Kurtze Bericht“ von Johannes Gutsclaff, der in der estnischen Geschichtsschreibung als großartige Quelle zur Erforschung der Mentalität der ländlichen Bevölkerung gedient hat, da er in eingehender Analyse die Ausübung abergläubischer Bräuche in Abrede stellte, habe vielmehr den Zweck verfolgt, den Aberglauben der Deutschbalten zu bestreiten. Kõiv betont hierbei in erster Linie formale Aspekte.

⁵⁵ HERMANN SAMSON: *Buß Predigt: Darinnen vnter andern gehandelt wird / was von den Verkündungen deren Leute zu halten sey / welche auß sonderlicher erleuchtung vnd offenbarung Gottes gewisse Landstraffen einem gantzen Lande oder einer Stadt vermelden*, Riga 1619.

⁵⁶ HERMANN SAMSON: *Cometen Predigt / Das ist Christliche Vnterweisung / wie man den Cometen (welcher sich Newlich am Himmel hat sehen lassen) soll betrachten: Auch ernstliche vermahnung zu wahrer buß und bekehrung zu Gott. Gehalten am andern Sontag des Advents, Anno 1618 in volkreicher versammlung in S. Peters Kirche zu Riga in Liefflandt*, Riga o.J. (unpaginiert).

⁵⁷ HERMANN SAMSON: *Deber Hauuoeth / Λόγος Τραχώδης / Schädliche Pestilenz / Verbum Asperum, das ist Erklärung der Worte aus dem 91. Psalmen: Du errettest mich vom Strick des Jägers / vnd von der schedlichen Pestilenz. Vnd anstatt*

und Neun- und dreissigste Capittel des Geistreichen Propheten Ezechielis“, in der es um die Türken und den Islam geht, kann als Bußpredigt angesehen werden.⁵⁸ Mit dem Thema der Buße setzte sich Samson auch in „Drey Predigten Welche an dreyen vnterschiedlichen Fast- vnd Bettagen sind gehalten worden“⁵⁹ auseinander. Darüber hinaus seien noch die mit Gustav II. Adolf verbundenen Predigten unter dem Titel „Der Obrigkeit Ehren-Schmuck. Das ist: eine christliche Huldigungs Predigt“⁶⁰ (1621) und „Helden-Klag das ist: Christliche Trawrpredigt“⁶¹ (1634) erwähnt.

Eine komplexe Betrachtung dieser Predigten ist jedoch problematisch, da jede Predigt unterschiedliche Themen behandelt: die Kometen, die Pest, die Türken oder die Unheil verkündenden Propheten. Allen Predigten ist

einer Leich Predigt gehalten in der Thumbkirchen / bey der ansehnlichen Leichenbegräbnus des weyland Edlen / Gestrengen vnd Mannhafften Herrn Ioachim Berendts / gewesen Königl. Majest. In Schweden Cammerrath / vnd Stadthalter zu Riga, Riga 1623.

⁵⁸ HERMANN SAMSON: Das Acht vnd Neun- vnd dreissigste Capittel des Geistreichen Propheten Ezechielis / Darinnen von Gog vnd Magog auffürlich gehandelt wird. In Dreyen wolgegründeten Predigten gefasset / vnd erklärt / vnd in Volkreicher Versammlung an dreyen öffentlichen vnd gemeinen Gebet / Fast / vnd Buß-Tagen fürgetragen / in der Haupt Kirche zu S. Peter zu Riga in Lieflland / Anno 1632, Dörpat 1633.

⁵⁹ HERMANN SAMSON: Drey Predigten Welche an dreyen vnterschiedlichen Fast- vnd Bettagen sind gehalten worden / So Königl. Maj. durch ganze Königreich Schweden vnd desselben anhangenden Provincien löblich angeordnet / auff daß Gottes Rute möge abgewendet werden: dabey auch am ende gedacht wird / mit was Ceremonien dieselbe Bet vnd Fasttagen sind begangen worden / nunmehr aber in Truck gegeben, Lübeck und Riga 1623.

⁶⁰ HERMANN SAMSON: Der Obrigkeit Ehren-Schmuck. Das ist: eine christliche Huldigungs Predigt, alss der Durchleuchtigste, Grossmächtigste, vnd Hochgeborne Fürst vnd Herr, Herr Gustaff Adolff, der Schweden, Gothen vnd Wenden König, Grossfürst in Finland, Hertzog zu Ehesten vnd Carelen, Herr zu Ingermanland, Unser Gnädigster König vnd Herr, die Huldigung von dereselbigen vnterthanen in der Statt Riga glücklich ab vnd angenommen, Gehalten in Beysein vnd Kegegenwart Ihrer Kön. Maj. vnd Fürstl. Durchl. Herrn Caroli Philippi Hertzogen in Schweden, wie auch Grafen vnd Edelleute, vnd vieler Tausent anderer Christen. Nu aber auch, auff Anhalten vornehmer Leute in Druck Gegeben, Riga 1621 (unpaginiert).

⁶¹ HERMANN SAMSON: Helden-Klag das ist: Christliche Trawrpredigt / so parentationis loco zu hochverdienten Ehren Dem Durchlächtigsten Großmächtigsten Fürsten vnd Herrn / Herrn GUSTAVO ADOLPHO, Der Reiche Schweden / Gothen vnd Wenden König / Großfürsten in Finland / Hertzogen zu Ehsten / vnd Carelen / Herrn in Ingermanland etc. Der hochbedrängte Christlichen Kirchen von Gott gesändten Maccabaeo. Dessen Königl. Majest. für Gottes Ehre / für die reine ware Evangelische Religion, vnd die teutsche libertet ritterlich gestritten / vnd in einer öffentlichen Feldschlacht für Lützen im Stiff Merßburg den 6.tag Novemb. Anno 1632. Ihre beständige Trew gegen Gott vnd Menschen mit vergiessung Ihres Königl. Bluts bezeuget hat. Gehalten in Volkreicher Versamblung zu Riga in Lieflland, (...) Auff dem Tag / da Ihr Königl. Majest. Geheiliger Leichnam zu sein Ruhebettlein ist gebracht worden / welcher ist gewesen den 22. Junij Anno 1634, Riga 1634. Vermutlich hat den gleichen Inhalt auch die lateinischsprachige Predigt: Oratio de laudibus et rebus gestis Gustavi Magni regis incomparabilis, regis (heu quondam) Suecorum, Gothorum, Vandalorumque, Riga 1634.

jedoch gemeinsam, dass sie ähnliche Fragen stellen: „Welchen Sinn hat das alles?“ und „Wie soll man vorgehen?“ Im Mittelpunkt steht bei ihnen die Frage, welche Bedeutung verschiedenen Dingen, Ereignissen und audiovisuellen Zeichen beizumessen ist. Außerdem zeichnen sie sich durch ein vergleichbares Auslegungsmuster aus, das den Verhaltensregeln, die in den Predigten aufgestellt werden, zugrunde liegt. Die Bußpredigten fußen auf dem Gedanken, dass die Welt sündig sei, was wiederum Gottes Zorn zur Folge hat. Der drohenden göttlichen Strafe könne man nur durch ernsthafte Buße entgehen. Die Bußpredigten, die sich in der Regel auf eine konkrete Situation bezogen, wurden in erster Linie dann gehalten, wenn es bedrohliche Zeichen gab, die auf eventuelle Krisen oder zahlreiche Sünden der Gemeindeglieder hindeuteten. Dadurch lässt sich auch erklären, warum die Bußpredigten in der Frühneuzeit an Bedeutung zunahmen. Den Anlass dazu gaben die Krisen, von denen Europa im 16. und 17. Jahrhundert erschüttert wurde – Türkenkriege, Dreißigjähriger Krieg, und der für die Region bedeutsame Livländische Krieg. Samsons Predigten sollten somit vor dem Hintergrund der apokalyptischen Visionen, die damals in ganz Europa verbreitet waren, betrachtet werden. Mit der Zunahme der humanistischen Kenntnisse und einem größeren Interesse für die Natur und die Geschichte kam es den lutherischen Theologen seit der Mitte des 16. Jahrhunderts in verstärktem Maße darauf an, Hinweise auf das nahende Weltende auch außerhalb der Bibel zu suchen.⁶² Der Glaube daran wurde insbesondere durch allerlei Vorzeichen gestärkt, die in der natürlichen Umwelt beobachtet werden konnten. Zu diesen apokalyptischen Visionen gehörte der unerschütterliche Glaube an allerlei Wunderzeichen (lat. *prodigia*), der in allen Gesellschaftsschichten verbreitet war und im 16. und 17. Jahrhundert seine schärfste Ausprägung erfuhr.⁶³ In einer unsicheren und unruhigen Zeit präsentierte der Pastor seiner Gemeinde ein fertiges Schema mit den dazugehörigen Verhaltensregeln, die besagten, dass man nach christlichen Grundsätzen leben und Buße leisten müsse.

Kometen wurden schon immer als Wunderzeichen angesehen. Ende 1618 konnten in der nördlichen Hemisphäre in kurzen Abständen sogar drei Kometen beobachtet werden, die in den Augen der Beobachter, die sich in der Himmelskunde nicht auskannten, zu einem Ganzen verschmolzen.⁶⁴

⁶² ROBIN BARNES: Der herabstürzende Himmel, in: Jahrhundertwenden, hrsg. von MANFRED JAKUBOWSKI-TIessen, HARTMUT LEHMANN, JOHANNES SCHILLING und REINHART STAATS, Göttingen 1999, S. 129-146, hier S. 131.

⁶³ Die damals in Deutschland gedruckten illustrierten Flugblätter zeugen vom weit verbreiteten volkstümlichen Glauben an Wunderzeichen. Das Publikum dürstete nach sensationellen Nachrichten von Kometen, Himmelserscheinungen, anormalen Geburten, Blutzeichen und außergewöhnlichen Naturspektakeln. In bis zu 40% der Fälle informierten die Flugblätter des 16. und 17. Jahrhunderts über Himmelserscheinungen. WALTER L. STRAUSS: The German Single-Leaf Woodcuts 1550–1600. A Pictorial Catalogue, 3 Bde., New York 1975.

⁶⁴ Siehe näher GARY KRONK: Cometography: a catalog of comets, Bd. 1: Ancient–1799, Cambridge 1999.

Samson hielt am zweiten Advent des Jahres 1618 an der Peterskirche in Riga eine Predigt über die Kometen, die später gedruckt wurde. Dabei kam es ihm auf den disziplinierenden Aspekt des Kometen an, weshalb er anstelle einer naturwissenschaftlichen Erklärung für diese Himmelserscheinung eine eher historische Erklärung vortrug, indem er die früher aufgetretenen Kometen mit den daraufhin erfolgten Katastrophen verknüpfte.⁶⁵ So wurde der im Jahre 1618 beobachtete Komet im Nachhinein als Omen betrachtet, das auf den Dreißigjährigen Krieg hingedeutet habe.

Zu Samsons „Buß Predigt“ aus dem Jahre 1619 gab ein aus Livland stammendes junges adliges Mädchen den Anlass, das sechs Wochen lang nichts zu sich genommen hatte, krank in Ohnmacht gefallen war und nach dem Erwachen erklärte, dass ihr die Engel im Schlaf ein großes Unheil verkündet hätten.⁶⁶ Im Unterschied zu den Zeichen der Natur wurde menschlichen Vorhersagen ein gewisses Misstrauen entgegengebracht,⁶⁷ weswegen sich Samson verpflichtet fühlte, seinen Zuhörern nahezulegen, Unheil prophezeiende Menschen in jedem Fall anzuhören.

Anfang der 1620er Jahre tobte in Riga die Pest, der fast die Hälfte der Einwohner zum Opfer fiel.⁶⁸ Zu Samsons Bußpredigten gehört auch „Schädliche Pestilenz“ aus dem Jahre 1623. Obwohl es sich um eine Begräbnispredigt für den an der Pest verstorbenen Statthalter Joachim Berend handelt, ermahnte Samson vielmehr diejenigen, die dem Verstorbenen das letzte Geleit gaben. Dadurch unterscheidet sich diese Ansprache von einer katholischen Leichenpredigt, in der das Seelenheil des Verstorbenen in den Mittelpunkt rückt.⁶⁹ Samson erläutert zunächst den Begriff der Pest: Sie sei ein Gebot Gottes. Daher müsse man sich ihr fügen, sie einfach hinnehmen und sich auf die Gnade Gottes verlassen. Denn so wie Gott die Pest auslöse, lasse er sie auch wieder verschwinden. Da sie jedoch keinen Unterschied zwischen Sündern und Frommen machte, werde die Buße in den Hintergrund gedrängt. Samson betonte, die Pest schade nur denjenigen, die nicht bereit seien, Buße zu leisten; wer büßt, erleide einen heiligen und sanften Tod, der zugleich zum Ausweg aus dem Joch der Armut erklärt wurde.

Die todbringende Pest trug beträchtlich zur Zunahme der Religiosität bei. Als sie jedoch allmählich abebbte, waren die Menschen wieder weniger um ihr Seelenheil besorgt. So klagte Georg Müller, der Anfang des 17. Jahrhunderts in Reval predigte, dass die Leute zwar während der Pest zur Kirche gegangen seien, ihren Glauben danach aber für nichts mehr

⁶⁵ SAMSON, Cometen Predigt (wie Anm. 56).

⁶⁶ SAMSON. Buß Predigt (wie Anm. 55), S. 27.

⁶⁷ Ebenda, S. 71, 75.

⁶⁸ DOBREFF, Samsonius to Oxenstierna (wie Anm. 13), S. 59.

⁶⁹ SABINE HOLTZ: Die Unsicherheit des Lebens. Zum Verständnis von Krankheit und Tod in den Predigten der lutherischen Orthodoxie, in: Im Zeichen der Krise. Religiosität im Europa des 17. Jahrhunderts, hrsg. von HARTMUT LEHMANN und ANNE-CHARLOTT TREPP, Göttingen 1999, S. 135-157, hier S. 137-140.

achteten.⁷⁰ Um das Volk beim Glauben zu halten, forderten die Behörden, dass außer den regelmäßigen sonntäglichen Gottesdiensten noch zusätzliche Bet- und Fastentage einzuhalten seien, wobei die Teilnahme daran für die Gemeindeglieder als verbindlich erklärt wurde. Mit der Errichtung der schwedischen Herrschaft wurden in Riga regelmäßige Bet- und Fastentage eingeführt, nachdem der König angeordnet hatte, dass in jedem Sommer drei Bettage abgehalten werden müssten. In den „Drey Predigten“, worin die im Sommer 1622 gehaltenen Predigten Samsons enthalten sind, wurde erklärt, was ein guter Christ tun müsse, um den wahren Glauben zu bewahren, keine Sünde zu begehen und um dadurch vor Unheil bewahrt zu werden: fasten, beten und Buße tun.

Diese drei Predigten anlässlich der neu eingeführten Bettage legte Samson das 38. und 39. Kapitel des Buches Ezechiel (Hesekiel) zugrunde, in denen die Legende von Gog und Magog behandelt wird, die der Autor mit der Türkegefahr verknüpfte. Die Wahl des Themas war offensichtlich dadurch bedingt, dass inzwischen eine große Anzahl von Druckwerken erschienen war, in denen die Türken einer näheren Betrachtung unterzogen wurden. Zwar gab es keinen Zweifel, dass das Reich der türkischen Gefahr tatsächlich ausgesetzt war, doch dienten die Türken, die stereotypisch und vom eurozentrischen Gesichtspunkt aus betrachtet wurden, den Autoren zugleich als dankenswertes Thema, um auf die Missstände in den eigenen Gemeinden hinzuweisen.⁷¹ Samson zufolge veranlasste ihn die lutherische Tradition zur Wahl dieses Themas, das ja keinen direkten livländischen Bezug aufwies, veranlasst: Sowohl Martin Luther als auch Samsons Lehrer Salomon Gesner hatten 1530 bzw. 1595 auf der Grundlage derselben Bibelstelle darüber gepredigt. Allerdings standen diese Predigten im Kontext konkreter Kriege, während die Tatsache, dass in Livland Predigten über die türkische Gefahr gehalten wurden, doch etwas paranoid anmutet.⁷² Samson musste einräumen, dass man sich bei diesem komplizierten Material die Finger verbrennen könne. Sein Ansatz in Bezug auf die Türken und den Islam ist äußerst oberflächlich, auch wenn sich ein Großteil des Textes damit befasst, die Legende von Gog und Magog mit den realen Türken zu verbinden. Letztere werden als „Kettenhunde Gottes“ bezeichnet, die geschickt worden seien, um die Christen für ihre Sünden zu bestrafen.

⁷⁰ Zitiert nach VILLEM REIMAN: Sissejuhatus [Einleitung], in: GEORG MÜLLER: Jutuluseraamat [Predigtbuch], Tartu 2007, S. 56.

⁷¹ RECKE/NAPIERSKY führen in ihrer Bibliografie von Samsons Schriften eine unvollständige bibliografische Angabe an: „Türkenpredigten (...) 1635“. Da an keiner anderen Stelle ein Hinweis darauf ermittelt werden konnte, neige ich zur Annahme, dass es sich um eine versehentliche Duplikation der „Drey Predigten“ handelt.

⁷² Vgl. Turcica. Die europäischen Türkendrucke des 16. Jahrhunderts, hrsg. von CARL GÖLLNER, Bukarest 1961; SUSAN R. BOETTCHER: German Orientalism in the Age of Confessional Consolidation: Jacob Andrea's Thirteen Sermons on the Turk, 1568, in: Comparative Studies of South Asia, Africa and the Middle-East 24 (2004), Nr. 2, S. 101-115.

Ein treuer Untertan des schwedischen Königs

Nicht unerwähnt lassen kann man zwei Predigten Samsons, die sich auf historische Ereignisse seiner Gegenwart bezogen: Die eine hielt er anlässlich des Einzugs Gustavs II. Adolf in Riga 1621 und die andere aus Anlass des Begräbnisses des Königs 1634.

Nach dem im August 1621 eingeleiteten Angriff der schwedischen Truppen auf Riga, der zur Einnahme der Stadt am 16. September führte, wurde das Luthertum in seiner alten Position bestätigt. Am gleichen Tag hielt Samson an der Peterskirche einen Gottesdienst ab, an dem auch der König teilnahm.⁷³ Am 25. September erfolgte die feierliche Übergabe des Schlüssels zur Stadt am Rathausplatz, auf dem eine große, mit rotem Stoff überzogene Bühne errichtet worden war. Der Magistrat sowie die ganze Bürgerschaft waren anwesend, um die Formel des Treueides auf den König zu sprechen. Die Zeremonie wurde von Samson durch die feierliche Eidespredigt „Der Obrigkeits Ehren-Schmuck“ eingeleitet.⁷⁴

Feierliche Zeremonien zur Amtseinführung waren in höchstem Maße ritualisiert. Ihr Aufbau und die verwendete Symbolik manifestierten und stärkten die bestehende Gesellschaftsordnung. Obwohl es sich in dem hier behandelten Fall streng genommen nicht um eine Amtseinführung handelte, wiesen die zeremonielle Übergabe der Macht sowie der Treueid, den die Stadt dem König leistete, solche Züge auf. So kann Samsons Predigt als ein konstitutiver Text angesehen werden, der sich mit der Erläuterung der Grundsätze der gesellschaftlichen Ordnung und der Auslegung der Pflichten von Herrschern und Untertanen befasste. Samson, der am Rathausplatz sowohl dem König als auch den Stadtbewohnern Anweisungen erteilte, dürfte sich dabei von der diesseitigen Welt gleichsam distanziert haben, wobei er im moralischen Sinne eine Vorrangstellung vor allem Irdischen einnahm, indem er sowohl Herrschende als auch Untertanen zur Gottesfurcht ermahnte.

Das Vorwort der gedruckten Predigt ist auf den 4. Oktober datiert: Somit hatte Samson die Predigt innerhalb von nur zehn Tagen nach seinem öffentlichen Vortrag für die Drucklegung vorbereitet. Auf der einen Seite war dies vermutlich durch die Notwendigkeit veranlasst, das einmalige Ereignis festzuhalten, auf der anderen Seite kann hierbei auch das Interesse der Öffentlichkeit angenommen werden: Die Predigt als Festansprache, in der der Geistliche auch seine eigene Meinung äußerte, war ein wichtiges Ereignis. Zudem handelt es sich um den einzigen Text Samsons, der auch ins Schwedische übersetzt wurde; er erschien 1622 in Stockholm unter dem Titel „Öffwerheetenes ähre-smycke“ im Druck.⁷⁵

⁷³ CHRISTIAN KELCH: *Liivimaa kroonika* [Liefländische Historia], Tartu 2004, S. 387; KLEEBERG. *Die polnische Gegenreformation*, S. 125.

⁷⁴ SAMSON, *Der Obrigkeit Ehren-Schmuck* (wie Anm. 60).

⁷⁵ HERMANN SAMSON: *Öffwerheetenes ähre-smycke: Thet är: een christligh hyldningz predikan, när. herr Gustaff Adolff, Sweriges. Konung. annammadhe medh*

Dreizehn Jahre später, im Juni 1634, hielt Samson eine Gedächtnispredigt anlässlich des Todes von Gustav II. Adolf, der am 6. November 1632 in der Schlacht bei Lützen gefallen war und am 22. Juni 1634 in Stockholm beigesetzt wurde. Samsons Rigaer Predigt wurde unter dem Titel „Helden-Klag das ist: Christliche Trawrpredigt“ publiziert.⁷⁶ Obgleich er schon in der 1621 gehaltenen Predigt „Obrigkeit Ehren Schmuck“ die Idee der göttlichen Vorsehung deutlich zum Ausdruck gebracht hatte, formulierte er sie 1634 noch weitaus klarer, wobei Gustav Adolf zu einem christlichen Held stilisiert wurde. Beide Predigten beziehen sich dabei auf den Kontext der Zeit. In „Obrigkeits Ehren Schmuck“ geht Samson auf gesellschaftliche Zusammenarbeit und festgelegte Rollenverteilung ein, wobei sein Tonfall erkennen lässt, dass er sich auf die Ankunft eines neuen, lutherischen Zeitalters freut. Neben all seinen polemischen und warnenden Predigten ist dies einer der wenigen Texte, der sich durch einen mutigen und hoffnungsvollen Ansatz in Bezug auf die Gegenwart auszeichnet. In der Predigt „Helden-Klag“ konstatiert er dagegen, dass die Verletzung des 1621 behandelten Gleichgewichts katastrophale Folgen haben könnte, wobei er durchaus andeutet, dass der Tod des Königs als göttliche Strafe anzusehen sei. In der Predigt blickte er zurück auf die vor Errichtung der schwedischen Herrschaft bestehenden qualvollen Verhältnisse, doch sei nach 1621 eine Wende zum Besseren eingetreten, was ihm als Geschenk Gottes galt. Den erneuten Niedergang habe die Undankbarkeit der Menschen in der neuen Situation bewirkt, was nun zum Tod des Königs geführt habe. Samsons Blick auf sein Zeitalter ist voller Kontraste, wobei vor allem die Gegenreformation der polnischen Zeit der Regierungszeit von Gustav II. Adolf gegenübergestellt wird.

Zusammenfassung

Samson war kein akademischer Autor. Ein Großteil seiner Werke wurde in deutscher Sprache veröffentlicht, d. h. sie waren vor allem an die breite Öffentlichkeit und nicht nur an den kleinen Gelehrtenkreis gerichtet. In Hinblick auf das Genre seiner Werke lässt er sich auf einer Skala von „akademisch“ bis „populär“ wohl eher als volkstümlicher Autor klassifizieren, denn seine Predigten waren ja im Grunde für jeden – mündlich oder schriftlich – zugänglich. Samson wusste um die Möglichkeiten des Druckmediums und verstand es, sie sich zunutze zu machen. So ließ er seine Texte, in denen er hart mit den Jesuiten ins Gericht ging, außerhalb Livlands drucken und die gegen die Calvinisten gerichteten Predigten wiederholt auflegen. Er nutzte scharfsinnige visuelle Symbole und verstand

lycka aff sina vdersäterna vthi Rijgha stadh hyldning: Hällen, anno 1621, Stockholm 1622.

⁷⁶ SAMSON, Helden-Klag (wie Anm. 61).

es, den richtigen Zeitpunkt für den Druck seiner Texte zu wählen. Publierte Predigten boten den Gläubigen religiöse Erbauungsliteratur, um mit ihrer Hilfe auch in privatem Kreis den Glauben zu praktizieren. Für die Pastoren stellten Samsons Predigten sicherlich auch willkommene Muster für ihre eigene Praxis dar.

Als Prediger hatte Samson noch eine weitere Rolle, die des – modern ausgedrückt – Meinungsmachers. Der Prediger war derjenige, der die aktuellen Ereignisse interpretierte. Dabei tat er dies zwangsläufig aus ideologischer Sicht, d. h. aus der Sicht des orthodoxen Luthertums. Was die Wahl der von Samson behandelten Themen angeht, so findet sich hier nichts Außergewöhnliches, denn ganz Europa war damals von unbestimmten Ängsten befallen, die durch religiöse Konflikte, verheerende Kriege und die sich daraus herleitenden Folgen Not, Hunger und Epidemien bewirkt wurden. Zur Unsicherheit der Menschen trugen auch seltsame Himmelserscheinungen bei, die als sichtbare Zeichen göttlicher Strafe gedeutet wurden, und die Türken, die im Südosten Europas drohten, muteten gar als der erwartete Antichrist an. Samson hielt im Großen und Ganzen an der zeitgenössischen europäischen Tradition fest, doch zeichnete er sich dadurch aus, dass er sich mit einem äußerst breiten Themenspektrum auseinandersetzte, worunter auch allerlei Sensationelles und Volkstümliches fiel. Sein zielsicheres Vorgehen bei der Publikation seiner Texte sowie die bewusste Ansprache an sein Publikum mit den Themen, die in der Gesellschaft aktuell waren, lässt keinen Zweifel daran, dass es sich bei ihm um einen Autor handelte, der das Ohr am Puls der Zeit hatte.

SUMMARY

The Literary Legacy of Hermann Samson, the Superintendent of Livonia

Hermann Samson (1579–1643), superintendent of Livonia acted in a time when the city of Riga, then under the power of Poland, had its Lutheran community in opposition with Jesuits acting in the name of Counter-Reformation. After receiving his education from Riga Cathedral School, Samson began to study theology: first in the University of Rostock (1599–1600), then in Wittenberg, where in 1605 he obtained his Master's degree. In 1608, Samson was called back to Riga where he became a preacher and school inspector. In 1611 he was promoted to Reverend of the Cathedral, and in 1616, the main pastor of St Peter's Church, thus becoming the leader of the local Lutheran church life. After the conquest of Riga by Swedish forces in 1622, Samson was appointed superintendent of Livonia. In 1631,

he became professor of theology in Riga gymnasium, and in 1633 a member of the higher consistory of Tartu.

Samson, a prolific author, has been associated with 65 publications in Latin and German, including sermons, funeral orations, wedding poetry, and textbooks. From the viewpoint of cultural history, his sermons – delivered mostly in German – are especially interesting as they provide a commentary on ongoing affairs and provide an insight into the activities of a Lutheran reverend from a bygone era that allows drawing parallels with current social affairs and phenomena. With his sermons, Samson sought to influence the daily life in a positive and penitent manner typical to Lutheranism. In addition to fighting against false faith (Jesuits, Calvinists, and superstition are the overarching themes of such orations), he also gave penitential sermons motivated by unusual occurrences or extraordinary historical events.

The debate between Samson and the Riga Jesuits manifested itself in two aspects: first, the opposing parties published extensive academic works in Latin (such as Nicolai Norvegus' *Confessio Christiana*, Cracow 1604; Hermann Samson's *Anti-Jesuita*, Gießen 1615); second, the opponents also published German-language handbooks and sermons of a more down-to-earth nature. As a warning to the congregation, Samson also delivered sermons that criticised Calvinism. His compilation of witch sermons, published as a handbook, can be regarded as part of the edification literature due to pervasive admonitions as well as instructions on how to use pure faith and prayers to protect against witchcraft and the Devil. It is apparent, however, that the handbook did not spark a witch-hunt.

Samson's penitential sermons, intended to edify the soul and help through hard times, interpret unusual and even frightening incidents. Some of them are related to factual events such as the comet of 1618, the case of a noblewoman with prophetic visions, and the plague that befell the city; others, such as the sermons about the Turkish threat, are based on a general literary tradition. His contrasting discussion of time becomes apparent in the sermons related to Gustavus Adolphus, King of Sweden. For instance, his sermon after the Swedish conquest in 1621 stressed the need for social cooperation and the established division of roles, while clearly showing joy over the arrival of a new Lutheran era. Conversely, the funeral sermon of Gustavus Adolphus can be interpreted as a catastrophic result of ruining the balance established in the former sermon, implying that the death of the king was a divine punishment.

As a preacher, Samson interpreted the meaning of factual events. While he inevitably did so through the viewpoint of Lutheran ideology, he still assumed the role of an opinion leader. His perseverance with publishing his texts and carefully chosen speeches on themes that fascinated the society leave no doubt that Samson was one of those authors who had an understanding of his time.

Die Vermessung Livlands

VON ÜLLE TARKIAINEN

Die kartografische Erfassung von Livland beruhte bis Anfang des 17. Jahrhunderts in erster Linie auf indirekten Daten, die aus der Literatur, den Reiseberichten und anderen verfügbaren Quellen erhoben werden konnten.¹ Die Vermessung und Kartierung des Grundbesitzes wurden in Livland erst nach seiner Angliederung an das Schwedische Reich im 17. Jahrhundert in Angriff genommen. Den Anstoß zur Einleitung umfassender Kartierungs- und Katastrierungsarbeiten gaben militärische Ambitionen, welche die schwedische Großmacht in Kontinentaleuropa hegte. Durch die Inventarisierung der Bodenressourcen sollte zugleich die Bodennutzung verbessert und die Fläche des bebauten Bodens vergrößert werden.² Gustav II. Adolf war nach der Einnahme von Riga 1621 darauf aufmerksam geworden, dass in der Garnison der Stadt außer den Fortifikationsoffizieren und -ingenieuren auch ein professioneller Landvermesser beschäftigt war.³ Dieser Landvermesser und Kartograf namens Georg von Schwenngeln trat in die Dienste der Schweden, die aus seinen Leistungen großen Nutzen zogen. Nachdem Schweden in den Dreißigjährigen Krieg eingegriffen hatte, erkannte der König wiederholt, dass sich deutsche Landvermessungskarten bei der Kriegsführung als sehr hilfreich erwiesen, daher wurde auch bei jeder schwedischen Truppeneinheit mindestens ein Fortifikationsoffizier angestellt und mit Kartierungsarbeiten beauftragt.⁴

Der Aufsatz wurde unterstützt durch den *Eesti Teadusfond* (ETF 8209).

¹ Zur Darstellung des Baltikums auf den früheren Karten vgl. JUHAN KREEM: „...ultima germanorum ja christianorum prouintia...“. Outlines of the Image of Livonia on Maps from the Thirteenth to the Middle of the Sixteenth Century, in: *Quotidianum Estonicum. Aspects of Daily Life in Medieval Estonia*, hrsg. von JÜRI KIVIMÄE und DEMS., Krems 1996, S. 14-25; LEONID ARBUSOW: Vorläufige Übersicht über die Kartographie Alt-Livlands, in: *Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga*, Riga 1935, S. 94-114; ENDEL VAREP: *Jooni Eesti kartograafia ajaloo* [Zur Geschichte der Kartografie Estlands], Tallinn 1960 (*Eesti Geograafia Seltsi publikatsioonid*, 1), S. 17.

² NIKLAS CSERHALMI: *Färad mark. Handbok för tolkning av historiska kartor och landskap* [Der gepflügte Boden. Ein Handbuch zur Interpretation historischer Karten und der Landschaft], Stockholm 1998 (*Bygd och Natur*, 6/1997), S. 14.

³ ULLA EHRENSVÄRD: *Pohjolan kartan historia. Myyteistä todellisuuteen* [Die Geschichte der Landkarten der nördlichen Länder. Mythos und Wirklichkeit], Helsinki 2006, S. 225.

⁴ BJÖRN GÄFVERT: *Att känna territoriet. Svensk kartering under Trettioåriga krigets dagar* [Die Kenntnis des Territoriums. Schwedische Kartierungsarbeiten während des Dreißigjährigen Krieges], in: *Mare nostrum. Om Westfaliska freden och Östersjön som ett svenskt maktcentrum* [Mare nostrum. Über den Westfälischen

Durch königlichen Beschluss vom 4. April 1628 wurde das „Landmesserkontor“ (*Lantmäterikontor*) gegründet, das dem Kammerkollegium untergeordnet war.⁵ Es handelte sich um eines der ersten Landvermessungsämter in Europa, dessen Aktivitäten in den nachfolgenden Jahren sehr erfolgreich waren.⁶ Der König übertrug die Leitung einer detaillierten Kartierung und Vermessung des Grundbesitzes im Schwedischen Reich Andreas Bureus (Anders Bure, 1571–1646), einem der ersten schwedischen Kartografen.⁷ Bureus hatte im Jahre 1626 die schwedische Generalkarte unter dem Titel „Orbis arctoi nova et accurata delineatio“ fertig gestellt, die auf Initiative des Holländers Willem Blaeu im 17. Jahrhundert mehrfach aufgelegt wurde.⁸ Auf der Karte waren außer Schweden auch Dänemark, Deutschland, die Ostseeprovinzen und russische Gebiete dargestellt. Was das Gebiet des heutigen Estland betrifft, so waren beinahe 150 Ortsnamen in die Karte eingetragen, dabei waren die Konturen der Küste und das hydrografische Netz besonders präzise abgebildet.⁹ In den 1630er Jahren waren in den schwedischen Provinzen bereits mehrere Landvermesser tätig, die sich in erster Linie mit der Erstellung tausender von großmaßstäblichen Karten der einzelnen Bauernhöfe und Dörfer beschäftigten.¹⁰ Diese Karten, welche die nötige Übersicht über Bodenressourcen und rechtliche Verhältnisse lieferten, wurden später zu geometrischen Flurbüchern (*geometriskajordeböcker*)¹¹ zusammengelegt. In den 1640er Jahren wurde das Hauptge-

Frieden und die Ostsee als Schwedens Machtzentrum], hrsg. von KERSTIN ABUKHANFUSA, Västervik 1999 (Skrifter utgivna av Riksarkivet, 13), S. 74–94.

⁵ [LARS] O[LOF] BAGGER-JÖRGENSEN: Lantmäteriets organisation [Die Organisation des Landmesserkontors], in: Svenska lantmäteriet 1628–1928. Historisk skildring. Utgiven av Sällskapet för utgivande av Lantmäteriets historia [Die schwedische Landvermessung 1628–1928. Eine geschichtliche Darstellung. Herausgegeben vom Verein für die Publikation des historischen Materials zur Landvermessung], Bd. I, Stockholm 1928, S. 1–84.

⁶ ELISABETH BAIGENT: Monarchs, ministers, and maps: the geometrical mapping of early modern Sweden in international perspective, in: Nationalutgåva av de äldre geometriska kartorna [Nationalausgabe historischer geometrischer Karten], Stockholm 2005 (Kungl. Vitterhets Historie och Antikvitets Akademien. Konferenser, 57), S. 57–60.

⁷ CLAS TOLLIN: De första lantmätarna [Die ersten Landvermesser], in: 1600-talets jordbrukslandskap. En introduktion till de äldre geometriska kartorna [Die Bodennutzung im 17. Jahrhundert. Einleitung zu den historischen geometrischen Karten], hrsg. von MATS HÖGLUND, Stockholm 2007 (Skrifter utgivna av Riksarkivet, 29), S. 16–31.

⁸ EINAR BRATT: En krönika om kartor över Sverige [Eine Chronik der schwedischen Karten], Stockholm 1958, S. 47–52.

⁹ VAREP, Jooni Eesti kartograafia ajaloo (wie Anm. 1), S. 17.

¹⁰ VIKTOR EKSTRAND: Svenska lantmätare 1628–1900. Biografisk förteckning [Die schwedischen Landvermesser 1628–1900. Ein biografisches Verzeichnis], Uppsala 1896–1903, S. III; ALFRED ÖRBACK: The Land Survey and its Early Mapping Work, in: Maps and Mapping. National Atlas of Sweden, Stockholm 1990, S. 126–135.

¹¹ CLAS TOLLIN: Det svenska storskaliga karteringen 1633 till 1655 [Die großmaßstäbliche Kartierung von Schweden 1633–1655], in: Nationalutgåva (wie Anm. 6), S. 6–22.

wicht der Tätigkeit auf die Erstellung kleinmaßstäblicher Kirchspielkarten verlegt. Im Unterschied zu großmaßstäblichen geometrischen Karten wurden die Karten mit den Kirchspielen und den ihnen übergeordneten Gebieten als geografische Karten angesehen. Dank der Systematisierung der vereinbarten Kartenzeichen wurde es möglich, mit der Erstellung von Karten zu beginnen, die weite Teile des Staates abbildeten.¹²

Die neue Etappe der Kartierungsarbeiten wurde in der Periode des schwedischen Absolutismus nach 1680 eingeleitet. Die Tätigkeit des Landvermessens befreite sich von der Unterordnung unter das Kammerkollegium, wobei das bisherige Landmesserkontor in Generallandmesserkontor (*Generallantmäterikontoret*) umbenannt wurde. Die Leitung des Amtes wurde am 25. Oktober 1683 Freiherr Carl Gripenhielm anvertraut, der in Zusammenarbeit mit dem neu gegründeten Reduktionskollegium und den Statthaltern der Provinzen für die Organisation der vollständigen und umfassenden Kartierung des Staates zu sorgen hatte. In den Ostseeprovinzen begann die vom Schwedischen Reich veranlasste Tätigkeit des Landvermessens in Zusammenhang mit der Güterreduktion. Bisher waren in den Ostseeprovinzen nur einzelne Landvermesser tätig gewesen, die hauptsächlich im Auftrag einiger Gutsbesitzer nur wenige Gebiete gründlicher kartiert hatten.¹³ Da von den Provinzen, die im 17. Jahrhundert dem Schwedischen Reich angeschlossen wurden, keine geometrischen Karten vorlagen, wurden die Reduktionskommissionen, die in verschiedenen Gebieten tätig waren, in der Regel auch mit einer umfassenden Kartierung dieser Gebiete beauftragt.¹⁴ Durch die Vermessung und Katastrierung der Grundstücke sollte zum einen ein Überblick über den Zustand und die Ressourcen des Grundbesitzes gewonnen und zum anderen eine Regelung zur Berechnung der steuerpflichtigen Haken festgelegt werden.

Die in den Ostseeprovinzen in Zusammenhang mit der Güterreduktion durchgeführten Landvermessungs- und Kartierungsarbeiten sind bereits mit großem Interesse untersucht worden.¹⁵ Im vorliegenden Auf-

¹² EHRENSVÄRD, Pohjolan kartan historia (wie Anm. 3), S. 228.

¹³ ULLA EHRENSVÄRD: Svensk kartläggning i Baltikum [Schwedische Kartierungsarbeiten im Baltikum], in: Öster om Östersjön [An der Ostküste der Ostsee], hrsg. von GÖRAN HOPPE, Ymer 2000, S. 225-239.

¹⁴ ULF PAULI: „Hetsigt gnägga svenskarnas hästar“. Sveriges baltiska provinser 1561–1710 [„Wütend wiehern die Pferde der Schweden“. Die baltischen Provinzen Schwedens 1561–1710], Stockholm 1995, S. 54; DERS.: Svenskt lantmäteri i de baltiska provinserna [Die schwedische Landvermessung in den baltischen Provinzen], in: Eesti Teadusliku Seltsi Rootsis Aastaraamat [Jahrbuch der Estnischen Wissenschaftlichen Gesellschaft in Schweden], Bd. X (1985–1987), Stockholm 1988, S. 79-90; DERS.: Den geometriska uppmätningen av Pommern. En pionjärsats av svenska lantmätare under karolinsk tid [Die geometrische Landvermessung von Pommern. Pionierarbeit der schwedischen Landvermesser in der Zeit der Karoliner], in: Karolinska förbundets årsbok 1984, Lund 1985, S. 61-79.

¹⁵ EDGARS DUNSDORFS: Der Grosse Schwedische Kataster in Livland 1681–1710, Stockholm 1950 (Kungl. Vitterhets Historie- och Antikvitets Akademiens handlingar, 72); OTTO LIIV: The Aspect of the Estonian Landscape at the End of the 17th

satz¹⁶ werden die bisherigen Forschungsergebnisse ergänzt durch die im Schwedischen Reichsarchiv aufbewahrten Diarien und retrospektiven Berichte¹⁷ sowie den Briefwechsel zwischen den Landvermessern.¹⁸ Hinzugezogen werden auch die im Estnischen Historischen Archiv aufbewahrten Unterlagen der Landvermesser,¹⁹ die Rechnungsbücher²⁰ sowie Karten und Deskriptionsbücher.²¹

Century based on the Maps of the Swedish Times in the Central State Archives, in: Litterarum Societas Esthonica 1838–1938. Liber saecularis, Tartu 1938, S. 370–383; HERBERT LIGI: Põllumajanduslik maakasutus Eestis XVI–XVII sajandil [Die landwirtschaftliche Bodennutzung in Estland im 16.–17. Jahrhundert], Tallinn 1963; PAULI, Svenskt lantmäteri (wie Anm. 14), S. 79–90; ENN TARVEL: Der Haken. Die Grundlagen der Landnutzung und der Besteuerung in Estland im 13.–19. Jahrhundert, Tallinn 1983; AADU MUST: Suur Rootsi kataster Vene tsaaririigi teenistuses [Der große schwedische Kataster im Dienst des russischen Kaiserreichs], in: Kleio 1991, Nr. 4, S. 28–32; AADU MUST: Eestlaste perekonnaloo allikad [Die Quellen zur Familiengeschichte der Esten], Tartu 2000; ÜLLE LIITOJA-TARKIAINEN: Hajaalud ja külad Põhja-Liivimaal 17. sajandil [Die Einzelhöfe und Dörfer in Nordlivland im 17. Jahrhundert], Tartu 2000; DIES.: Geometriska kartor från Estland och norra Livland som källor för bosättningshistorisk forskning [Geometrische Karten von Estland und Nordlivland als Quellen zur Siedlungsgeschichte], in: Nationalutgåva (wie Anm. 6), S. 61–80; KALEV KOPPEL: Kuidas kaardid kõnelesid: 17.–19. sajandi katastriplaanide esitumudel [Wie sprachen die Karten: ein Präsentationsmodell der Katasterpläne des 17.–19. Jahrhunderts], in: Eesti Ajalooarhiivi Toimetised 9 [16], Tartu 2002, S. 13–32; DERS.: GIS on tööriist: geograafilise infosüsteemi rakendamise ajalooste katastrimaterjalide uurimisel [GIS als Werkzeug: zur Anwendung des Geografischen Informationssystems bei der Erforschung historischer Katastermaterialien], in: Ajalooline Ajakiri 2001, Nr. 4, S. 87–89; HEIKKI RANTATUPA: Maanmittarikunta ja maanmittarin elämää Virossa ja Liivinmaalla 1600-luvulla [Die Landvermesser und das Leben des Landvermessers in Estland und Livland im 17. Jahrhundert], in: Historia ja herrasmies. Seppo Zetterbergille omistettu juhla kirja [Die Geschichte und der Herr. Festschrift für Seppo Zetterberg], hrsg. von KALEVI AHONEN u. a., Jyväskylä 2005, S. 147–163.

¹⁶ Vgl. auch ÜLLE TARKIAINEN: Maamõõtjad Läänemere provintside suure reduktiooni ajal [Die Landvermesser in den Ostseeprovinzen während der großen Güterreduktion], in: Läänemere provintside arenguperspektiivid Rootsi suurriigis 16./17. sajandil [Entwicklungsperspektiven der Ostseeprovinzen im schwedischen Großreich im 16. und 17. Jahrhundert], Bd. III, Tartu 2009 (Eesti Ajalooarhiivi Toimetised 17 [24]), S. 315–360.

¹⁷ Schwedisches Reichsarchiv (*Svenska Riksarkivet*, Stockholm, künftlg: RA), Kart- och planschsamlingen. Lantmäteristyrrelsens leveranser 1850/304. Estland och Livland, lantmäteriberättelser m. m. 1681–1697 [Sammlung der Karten und Planscheten. Die vom Landvermessungsamt übergebenen Materialien 1850/304. Estland und Livland, Beschreibungen von Landvermessungen u. ä. 1681–1697].

¹⁸ RA, Livonica II, vols. 261, 329, 626.

¹⁹ Estnisches Historisches Archiv (*Eesti Ajalooarhiiv*, Tartu, künftlg: EAA), Bestand 1, Findbuch 1, Akte 945; 1-2-CV-94 (Diverse Materialien zur Erstellung der Karten und Deskriptionsbücher).

²⁰ EAA, Bestand 1 (Estländischer Generalgouverneur aus der schwedischen Zeit) und Bestand 278 (Rigaer Generalgouverneur der schwedischen Zeit).

²¹ EAA, Bestand 1 (wie Anm. 20) und Bestand 308 (Zeichenkammer des Livländischen Gouvernements).

Im Juli 1680 installierte das Kammerkollegium die livländische Reduktionskommission, deren Leitung dem Staatsrat und späteren Gouverneur Generalmajor Robert Lichton (1631–1692) übertragen wurde. Zu den Obliegenheiten der Reduktionskommission gehörte zunächst auch die Durchführung der Landvermessung. Zum Leiter (*inspektor*) der Landvermessungsarbeiten wurde am 21. Januar 1681 der ehemalige Landvermesser in den Provinzen Ingermanland und Kexholm Arnold Emmerling ernannt, der später zum Oberstleutnant aufstieg. Er kam im Sommer 1681 zusammen mit anderen Mitgliedern der livländischen Reduktionskommission in Riga an, wo er bis zu seinem Ableben im Jahre 1684 tätig war.²²

Das Vorhaben der kartografischen Erfassung von Livland war derart groß angelegt, dass die Kräfte einzelner ausgebildeter Landvermesser dafür nicht ausreichten. Daher wurde bereits im Januar 1681 beim Professor der Universität Uppsala Olof Rudbeck dem Älteren (1630–1702) nachgefragt, ob sich unter seinen Studenten „geschickte und anständige Personen“ befänden, „die gut Geometrie kennen und Landvermessungen ausführen könnten“.²³ Rudbeck war gern bereit, insgesamt 24 oder 25 Studenten für die Landvermessung in Livland zur Verfügung zu stellen. Die zwölf jüngsten Studenten studierten erst seit 1677 an der Universität Uppsala, wo sie bei Professor Anders Spole Mathematikunterricht genossen hatten. Von den Studenten, die im Jahre 1681 alle gleichzeitig in Livland eintrafen, stammten sechs von der Insel Gotland und fünf aus Värmland. Fast alle vereinte ein gemeinsamer Zug: Sie waren wegen Prügeleien oder Zechereien in Uppsala bestraft worden. Tatsächlich war das Studienjahr 1680/81 in Uppsala äußerst unruhig gewesen. Vor allem die Mitglieder der Landsmannschaften der Gotländer, Värmländer und West-Götaländer waren dabei beschuldigt worden, sich an einer Reihe von Straßenschlägereien beteiligt zu haben. Es hat den Anschein, dass die im Jahre 1681 erfolgte Reise nach Livland für die Studenten verbindlich war.²⁴ Aus dem Obigen lässt sich immerhin schließen, dass es den nach Livland entsandten jungen Landvermessern nicht an körperlicher Kraft mangelte – doch verfügten sie darüber hinaus auch über eine schöne Handschrift und gute zeichnerische Fähigkeiten.

²² DUNSDORFS, *Der Grosse Schwedische Kataster* (wie Anm. 15), S. 25f.

²³ *Samlingar i Landtmäteri. Första samlingen. Instruktioner och Bref 1628–1699* [Sammelband zur Landvermessung. Erster Teil. Instruktionen und Briefe 1628–1699], hrsg. von VIKTOR EKSTARAND, Stockholm 1901, S. 55. Siehe ULLA EHRENSVÄRD: *Militär kartläggning i Baltikum, Pommern, vid gränsen mot Norge och Finland* [Die militärische Kartierung des Baltikums, Pommerns, des Grenzgebietes von Norwegen und Finnlands], in: *Kartor – fem seklers svensk kartografi* [Karten – fünf Jahrhunderte der schwedischen Kartografie], hrsg. von DERS., Stockholm 1991.

²⁴ EKSTARAND, *Svenska lantmätare* (wie Anm. 10), S. VI; PER DAHL: *Svensk ingenjörskonst under stormaktstiden. Olof Rudbecks tekniska undervisning och praktiska verksamhet* [Die schwedische Ingenieurkunst in der Zeit des Großreichs. Olof Rudbecks technische Lehre und praktische Tätigkeit], Uppsala 1995 (Institutionen för idé- och lärdomshistoria. Uppsala universitet, 14), S. 292–296.

Aus verschiedenen Teilen des Staates wurden insgesamt fast 40 Landvermesser, die der livländischen Reduktionskommission untergeordnet waren, nach Livland bestellt.²⁵ Der ersten Gruppe kamen noch 30 Unteroffiziere aus der Rigaer Garnison zu Hilfe.²⁶ Dass der Anfang jedoch schwer war, bezeugt etwa der auf den 9. Juli 1681 datierte Brief von Robert Lichton, der darüber klagte, dass nicht alle jungen Landvermesser ihren Aufgaben ernsthaft nachgingen.²⁷ Da für die Durchführung der Landvermessungsarbeiten keine detaillierten Arbeitsanleitungen vorlagen, kam es bei der Ausführung des schwedischen Katasters in hohem Maße auf die Person des jeweiligen Landvermessers an, von dessen Sorgfalt die Zuverlässigkeit der Karten abhing.

Eine systematische Vermessung des Grundbesitzes in Livland stieß bei der einheimischen Bevölkerung allerdings auf Widerstand. Sekretär Jakob Sneckensköld, der in der Kanzlei des livländischen Generalgouverneurs tätig war, vertrat die Meinung, dass die Rückgabe des Grundbesitzes an den Staat auf der Grundlage kameralistisch geführter Flurbücher, nicht aber mit Hilfe einer im Gelände durchgeführten Vermessung erfolgen sollte. Die Livländische Ritterschaft entsandte ihre Vertreter nach Stockholm, um die Einstellung der Vermessungsarbeiten zu erreichen. Der Adel war davon überzeugt, dass die Bauern es auf die eine oder andere Weise verstünden, unerfahrene Landvermesser irrezuführen. In den ersten Jahren der Landvermessung waren jedoch auch durchaus ernsthafte Streitigkeiten zwischen den schwedischen Landvermessern und den Gutsbesitzern zu verzeichnen. Davon zeugt etwa die vom Landrichter (*lantrichter*) Paul von Holmersen beim Generalgouverneur vorgebrachte Klage über das Vorgehen der Landvermesser Johan Berg und Thomas Lohm im Jahre 1682. Die Letzteren hätten die Bauern nämlich mit der Pistole bedroht und sie gezwungen, über die Höhe der Einnahmen des Gutes gegen den Grundbesitzer auszusagen.²⁸ Da die in den Ostseeprovinzen eingestellten Staatsbeamten, die überwiegend schwedischer oder finnischer Herkunft waren, mit dem Adel oft Streit hatten, unterstützten sie auf verschiedene Art und Weise wirtschaftliche Forderungen der Bauern. Arvo Tering ist der Auffassung, dass die schwedischen Landvermesser, die nicht selten bäuerlicher Herkunft waren, im Allgemeinen eine humane Einstellung zum est- und livländischen Landvolk hatten. Auch zu den Geistlichen unterhielten die Landvermesser gute Beziehungen, insbesondere in den Gebieten, wo vom

²⁵ Samlingar i Landtmäteri (wie Anm. 23), S. 55; siehe RANTATUPA, Maanmitarikutta (wie Anm. 15), S. 160f.; Tõnu Raid: Maamöödutööde algus Eestis aladel [Der Beginn der Landvermessungsarbeiten im estnischen Gebiet], in: Geodet 2002, Nr. 25 (49), S. 16-18.

²⁶ Ligi, Põllumajanduslik maakasutus Eestis (wie Anm. 15), S. 7.

²⁷ Samlingar i Landtmäteri (wie Anm. 23), S. 56-57.

²⁸ Brief von Landrichter Paul von Holmersen (Riga, 29.7.1682); Zeugnisse von Christian Dörpfer und Friedrich Gesenius, in: EAA, 278-1-XVI:28F, Bl. 11-15.

Staat ein Pastor schwedischer Herkunft bzw. ein in Schweden studierter Pastor angestellt worden war.²⁹

Der Erstellung des Großen Katasters wurde die am 24. August 1682 in Livland vollendete Übersichtskarte der Ostseeprovinzen zugrunde gelegt. Auf dieser großen deutschsprachigen Karte, deren Verfasser zwar nicht bekannt sind, doch aller Wahrscheinlichkeit nach aus dem Kreis der Rigaer Landvermesser stammten, sind Est-, Liv- und Ingermanland bis zur Umgebung des Ladogasees dargestellt.³⁰ Auf der Grundlage des Gesamtbildes, das auf der Übersichtskarte dargestellt war, wurden die Gebiete unter die jungen Landvermesser, die ihre Tätigkeit in den Jahren 1681/82 aufnahmen, aufgeteilt, und auch die Ordnung des Ablaufs der Landvermessung festgelegt.

In einem Verzeichnis Emmerlings (Riga 1682)³¹ werden insgesamt 36 schwedische Landvermesser genannt, von denen ein Großteil im lettischen Distrikt beschäftigt war, während lediglich zehn Landvermesser im estnischen Teil Livlands arbeiteten. Am 12. Mai 1682 nahmen die Landvermesser ihre geodätischen Feldarbeiten auf, wobei sie am intensivsten in der Periode zwischen Juli und November arbeiteten. Die Winterzeit sollte laut den Anweisungen aus Schweden für die Reinzeichnung skizzierter Karten genutzt werden. Wie Lundgren in seiner Beschreibung wiederholt betonte, gab man sich Mühe, die in Schweden festgelegten Normen sorgfältig einzuhalten.

Im Arbeitsplan für 1683³² vom September 1682 teilte Emmerling die Landvermesser in vier Gruppen und unterstellte sie den vier stellvertretenden Leitern Arved Grotte, Olof Mörth, Nicolaus Celsius und Olof Lundgren. Diese Gruppen verteilten sich auf 319 Güter, die kartiert werden sollten. Man kann davon ausgehen, dass die Vermessungsarbeiten nach den entworfenen Plänen tatsächlich durchgeführt wurden, zumal aus den Sonderrechnungen ersichtlich ist, dass vier Gruppen mit insgesamt 32 Landvermessern in der Zeit vom 4. bis 24. Dezember 1683 aus den ländlichen Regionen zurückkehrten.³³

Nach Emmerlings Ableben im Jahre 1684 trat Olof Lundgren, der aus Ostbottnien (*Pohjanmaa*) in Finnland stammte, die Nachfolge an.³⁴ Die Anzahl der Karten, die im Laufe der geodätischen Feldarbeiten 1683 skizziert worden waren, war so groß, dass die Landvermesser bis Ende Mai

²⁹ ARVO TERING: Vaatenurki Eesti- ja Liivimaa haritlaskonna kujunemisest 17. sajandil [Einige Aspekte der Herausbildung der est- und livländischen Intelligenz im 17. Jahrhundert], in: Läänemere provintside arenguperspektiivid Rootsi suurrigis 16./17. sajandil [Entwicklungsperspektiven der Ostseeprovinzen im schwedischen Großreich im 16. und 17. Jahrhundert], [Bd. I], Tartu 2002 (Eesti Ajalooarhiivi Toimetised, 8[15]), S. 27-79.

³⁰ RANTATUPA, Maanmittarikunta (wie Anm. 15), S. 149f.

³¹ RA, Livonica II, vol. 626.

³² RA, Livonica II, vol. 261.

³³ EAA, 278-1-XXII-102 (Sonderrechnungen 1683), Bl. 1254f.

³⁴ RANTATUPA, Maanmittarikunta (wie Anm. 15), S. 149.

1684 damit beschäftigt waren, die Karten ins Reine zu zeichnen und zu kolorieren, sodass Lundgren, der zum Leiter des Projekts aufgestiegen war, erst am 12. Juni mit der Kontrolle des umfangreichen Materials beginnen konnte. Die Aufnahme geodätischer Feldarbeiten wurde in diesem Jahr zwar aufgeschoben, doch führte ein Großteil der Landvermesser den ganzen Sommer und Herbst bis Mitte Oktober die Arbeit im Gelände aus. Wenn auch die geodätischen Feldarbeiten damit beendet waren, wurde die erste Kartierungsperiode vom Frühling bis in den Juli 1685 fortgesetzt, als die Karten ins Reine gezeichnet wurden. Danach wurden die fertiggestellten Karten und Deskriptionsbücher nach Stockholm geschickt.

Bei der Ausführung der Kartierungsarbeiten in Livland bewegten sich die Landvermesser im Gelände in einer Gruppe von zwei bzw. drei Männern, was in Schweden und Finnland, wo gewöhnlich allein gearbeitet wurde, ungewöhnlich war. Die Karten wurden im Wege der instrumentellen Vermessung mithilfe der Vermessungskette und des Astrolabs erstellt. Zur Ausrüstung des damaligen Landvermessers gehörten noch der auf ein dreibeiniges Messstativ aufgeschraubte Messtisch, der Kompass, gewachste Messschnüre, Vermessungszirkel u. ä.³⁵ Am sorgfältigsten wurden die Äcker, insbesondere die Uräcker in die Karten eingetragen. Die Vermessungen zeichneten sich durch äußerste Präzision aus, in mehr als 250 Fällen wurden mithilfe des Astrolabs Winkelmessungen von zehn Punkten aus ausgeführt.³⁶ Da den Reinzeichnungen der Karten großer Wert beigegeben wurde, mussten die Landvermesser noch während der Ausführung ihrer Arbeit das Kolorieren erlernen. Was die in der ersten Vermessungsperiode in Livland erstellten Revisionskarten betrifft, so war es üblich, dass ein Landvermesser Vermessungen ausführte und sein Kollege die Karte zeichnete, sodass die Karten in Gruppenarbeit fertig gestellt wurden.³⁷

Ausgehend vom Zweck der Vermessungsarbeiten wurden die landwirtschaftlichen Nutzflächen besonders präzise in die Karten eingezeichnet. Auf den schwedischen Katasterkarten wurden die Bauernwirtschaften durch die Seitenansicht eines stilisierten Häuschens markiert, dabei konnten durch Variationen dieses Symbols soziale Verhältnisse und das Funktionieren der bäuerlichen Gesellschaft wiedergegeben werden – die Anwesen der Haken- und Freibauern sowie die Häuslerstellen wurden unterschiedlich dargestellt. Eingezeichnet wurden auch die Wirtshäuser, Säge-, Wind- und Wassermühlen sowie Fischerhütten. Kirchen und Güter wurden durch ein Symbol markiert, das die äußere Gestalt des Gebäudes nachbildete. Mit diversen vereinbarten Kartenzeichen und Zeichenerklärungen wurden die Uräcker, die Brachfläche, mit Gebüsch bewachsene Grundstücke bzw. teils bewaldete Äcker, die Wiesen, das Weideland und die auf den Feldern

³⁵ DAHL, *Svensk ingenjörskonst under stormaktstiden* (wie Anm. 24), S. 253.

³⁶ LIGI, *Pöllumajanduslik maakasutus* (wie Anm. 15), S. 10-13.

³⁷ Siehe TARKIAINEN, *Maamõõtjad Läänemere provintside* (wie Anm. 16), S. 315-360.

liegenden Hindernisse bzw. *impedimenti* sowie die Flächen, die zur Ausdehnung des Ackerlandes geeignet waren, bezeichnet.³⁸ Im Unterschied zu den estländischen Gutskarten des schwedischen Katasters wurden auf den livländischen Gutskarten die Flureinteilungen des Dorfes nicht eingezeichnet; die Flurstücke der nicht weit voneinander entfernt liegenden Bauernhöfe wurden in Deskriptionsbüchern als eine Einheit dargestellt. Der nicht-landwirtschaftlichen natürlichen Umwelt wurde weitaus weniger Aufmerksamkeit zuteil. Bei Linienelementen der Karte kam den territorialen Grenzen große Bedeutung zu. Was die Darstellungsweise der vereinbarten Kartenzeichen anbetrifft, wurde zwischen der Außengrenze des Gutes und den Grenzen zwischen dem Dorf bzw. Bauernhof und den von ihnen getrennten Flurstücken unterschieden. Die Siedlungseinheiten wurden mit arabischen Ziffern und die landwirtschaftlichen Nutzflächen mit einer Litera bezeichnet. Die Bedeutung der Codes wurde in einem Deskriptionsbuch und auch im *Notarum Explicatio* auf der Karte erklärt.³⁹ Alle livländischen Gutskarten des 17. Jahrhunderts haben einen Maßstab von 1:10400. Auf der Grundlage der Gutskarten wurden später die Gebietskarten, die einen fünfmal kleineren Maßstab aufwiesen, erstellt. Die von den Landvermessern während der geodätischen Feldarbeiten erhobenen Daten wurden anschließend in einem tabellenförmigen Deskriptionsbuch festgehalten.⁴⁰ Die Beschreibung beginnt mit einer Übersicht über die Ackerflächen des Gutes, wobei auch die Fischfangmöglichkeiten und der Zustand der Mühlen des Gutes Berücksichtigung finden. Der Beschreibung der Grundstücke des Gutes folgt die Deskription der Bauernhöfe des jeweiligen Dorfes: der Name des Bauernhofes und seine Hakenzahl, die Charakteristik der landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie die Angaben darüber, wie viel Tonnen Landes als Ackerland genutzt und wie viel Fuder Heu von einer Wiese geerntet werden können.⁴¹ Man muss jedoch zugeben, dass die Eintragungen in den Karten und Deskriptionsbüchern nicht immer genau übereinstimmen.

Der livländische Ökonomistatthalter (*ekonomiståthållare*) Jakob Snaskiöld war mit den Ergebnissen der Landvermessung jedoch nicht zufrieden, da bei der Erstellung der Karten die Berechnung nach Haken nicht berücksichtigt worden war. Der Haken stimmte nämlich nicht genau mit der Fläche der Äcker und sonstiger landwirtschaftlicher Nutzflächen überein, sondern war auch von anderen Faktoren, welche die wirtschaftliche Tragfähigkeit eines Bauernhofes beeinflussten, abhängig. Außerdem war das Ackerland nicht bonitiert und die landwirtschaftlichen Nutzflächen von nicht weit voneinander entfernt liegenden Bauernhöfen bei der

³⁸ LIGI, Pöllumajanduslik maakasutus (wie Anm. 15), S. 10-13.

³⁹ KOPPEL, GIS on tööriist (wie Anm. 15), S. 96.

⁴⁰ CLAS TOLLIN: Ättebackar och ödegården. De äldre lantmäterikartorna i kulturmiljövården [Hügel und öde Felder der Vorfahren. Alte Landvermessungskarten bei der Pflege des Kulturmilieus], Uppsala 1991, S. 11.

⁴¹ 1 Rigaer Tonnstelle = 0,52 ha.

Vermessung in der Regel als eine Einheit betrachtet worden – manchmal fehlt sogar eine Unterscheidung zwischen Guts- und Bauernland.⁴² Lundgren und Snakenskiöld hielten sich im Herbst 1684 und im Winter 1684/1685 in Livland auf, um die Bauern erneut nach dem Umfang ihrer Haken und landwirtschaftlichen Nutzflächen zu befragen. Ein Jahr später, am 17. April 1686, traf Lundgren die Entscheidung, dass die während der ersten Landvermessung angefertigten Karten nicht als Grundlage für die Güterreduktion genutzt werden konnten. Die ganze Kartensammlung, die aus skizzenhaften Entwürfen bestand, sollte nun archivtauglich (*ad acta*) gemacht werden, wobei deren eventuelle spätere Benutzung zu berücksichtigen war.

Die meisten der außerordentlichen Landvermesser nahmen Abschied von Livland und kehrten nach Schweden zurück. Die Studenten, die für die Periode der Landvermessung ihr Studium abgebrochen hatten, kehrten nach der Erledigung des Auftrags an die Universität zurück, wobei einige von ihnen das Studium in einem neuen Fachgebiet aufnahmen, sodass ihr weiteres Schicksal einen recht unterschiedlichen Verlauf nahm. Anders Bruzæus wurde Küster, Olof Fontin arbeitete als Pastor, Hakvin Carlheim wurde als Notar im Schwedischen Reichsarchiv angestellt, Johan Keltshiel in der Schlacht von Narva im Jahre 1700.⁴³ Eine Reihe von Landvermessern setzte ihre Tätigkeit in Finnland fort.⁴⁴ Der berühmteste Landvermesser in Livland war zweifelsohne Gunno Eurelius (geadelt im Jahre 1702 als Dahlstierna), dem 1691 die Leitung der großen Landvermessung in Pommern anvertraut wurde. Gunno Dahlstierna ist in der Geschichte der schwedischen Literatur als einer der hervorragendsten Barockdichter bekannt.⁴⁵ Er verfasste unter anderem das Gedicht unter dem Titel „Göta kämpa-visa om konungen och herr Pädar“ (Götas Kampflied von dem König und Herrn Pädar) (etwa 1700–1701), worin der Sieg beschrieben wird, den Karl XII. bei Narva über den Zaren Peter errungen hatte.⁴⁶

Wenn auch die Karten und Deskriptionsbücher nicht geeignet waren, als Grundlage für die Besteuerung zu dienen, liefern sie doch eine Übersicht über den Grundbesitz. Aus der ersten Periode der Landvermessung in Livland liegen Karten von den meisten Kirchspielen des estnischsprachigen Nordlivland vor.⁴⁷ Von einer Reihe der Karten des 17. Jahrhunderts kann man sich mithilfe von Kopien, die im 18. Jahrhundert angefertigt wurden,

⁴² DUNSDORFS, *Der Grosse Schwedische Kataster* (wie Anm. 15), S. 28; LIGI, *Põlumajanduslik maakasutus* (wie Anm. 15), S. 9.

⁴³ RANTATUPA, *Maanmittarikunta* (wie Anm. 15), S. 151.

⁴⁴ Ebenda, S. 159–162.

⁴⁵ PAULI, *Svenskt lantmäteri* (wie Anm. 14), S. 80.

⁴⁶ KARI TARKIAINEN: *Se Vanha Vainooja. Käsitykset itäisestä naapurista Iivana Julmasta Pietari Suureen* [Dieser alte Feind. Abhandlungen über den östlichen Nachbarn von Ivan dem Schrecklichen bis Peter dem Großen], Jyväskylä 1986 (*Historiallisia Tutkimuksia*, 132), S. 217.

⁴⁷ LIITOJA-TARKIAINEN, *Hajatalud ja külad* (wie Anm. 15), S. 230–233.

eine Vorstellung machen.⁴⁸ Als Nebenprodukt der ersten Kartierungs-
etappe entstand eine neue Übersichtskarte von Livland (*General Charta*),
die im Vergleich zu ihrer Vorgängerin weitaus exakter war.⁴⁹

Wegen der mangelhaften Ergebnisse der ersten Landvermessung sah
man sich aber gezwungen, eine erneute Landvermessung durchzuführen:
1688 wurde in Livland die zweite Vermessung eingeleitet, die sich durch
größere Präzision auszeichnete und bis Ende der schwedischen Zeit fort-
geführt wurde, eingeleitet. Die zweite Landvermessung wurde jedoch in
weitaus kleinerem Umfang durchgeführt – zu den Objekten der Vermes-
sung zählten lediglich die an die Krone zurückgeführten Güter, deren
Ackerland nun bonitiert wurde.⁵⁰ Die Landvermesser wurden noch mit
der zusätzlichen Aufgabe betraut, durch die Zusammenlegung der Guts-
karten Landkarten im Maßstab 1:52000 anzufertigen.

Wie aus einer Übersicht aus der Feder Lundgrens hervorgeht, wurde die
Landvermessung, die im Vergleich zur ersten Vermessung weitaus lang-
samer vonstatten ging, in ganz Livland fortgeführt. Allerdings waren bei
der zweiten Etappe der Landvermessungen in Livland viel weniger Exper-
ten beschäftigt als zuvor. Aus dem Jahr 1688 liegen Angaben zu neun
Landvermessern vor, die in vier Gruppen eingeteilt waren.⁵¹ Es hat den
Anschein, dass die Kartierungsarbeiten im lettischsprachigen südlichen
Teil Livlands sorgfältiger ausgeführt wurden als im estnischsprachigen
Teil in den Landkreisen Pernau und Dorpat. Daher fuhr Lundgren im
Frühling 1689 aus Riga nach Dorpat, um die Kartierungsarbeiten in den
nördlichen Gebieten des Gouvernements Livlands zu überwachen.⁵² Von
1691 bis 1693 waren ihm in Livland ständig acht bis zehn außerordentliche
Landvermesser unterstellt, hinzu kamen noch bis zu vier Landvermesser,
die ihre Tätigkeit während einer kürzeren Periode ausübten.⁵³ Auch die
Organisation der Arbeit veränderte sich: Eine Karte wurde in der Regel
von demselben Landvermesser, der die Skizze entworfen hatte, auch ins
Reine gezeichnet.⁵⁴

Eine neue Instruktion vom 19. Mai 1688 (ergänzt am 3. Januar 1691)
stattete die Landvermesser mit weitgehenden Befugnissen aus. Sie waren

⁴⁸ EAA, 1691-1-181; 2072-3-56a; 2072-5-766; 2072-3-6II f; 2072-5-816; 2072-3I-
6II; 1687-1-57; 1002-1-1812.

⁴⁹ ULLA EHRENSVÄRD: *Topographica Estoniæ. Handritade kartor och ritningar över
Estland i svenska offentliga samlingar* [Topographica Estoniæ. Handgezeichnete
Karten von Estland in den öffentlichen Sammlungen Schwedens], in: *Eesti Teadus-
liku Seltsi Rootsis Aastaraamat* [Jahrbuch der Estnischen Wissenschaftlichen Ge-
sellschaft in Schweden], Bd. XII (1991–1999), Stockholm 2001, S. 5–289, hier S. 36f.

⁵⁰ LIGI, Põllumajanduslik maakasutus Eestis (wie Anm. 15), S. 7f.

⁵¹ Hauptbuch 1688, in: EAA, 278-1-XXII-55, Bl. 101, 156; Sonderrechnungen für
1688, in: EAA, 278-1-XXII-106, Bl. 874, 877, 878.

⁵² RA, Lantmäteristyrelsens leveranser 1850/304 (wie Anm. 17), Bl. 80–83r.

⁵³ Ebenda, S. 84–84r; Hauptbuch 1693, in: EAA, 278-1-XXII-58, Bl. 44, 79.

⁵⁴ Siehe EAA, 308-2-20, 24, 26, 74, 76, 78, 82, 83, 90, 181, 202, 204, 206, 208,
211, 212.

befugt, sowohl adlige als auch bäuerliche Grundstücke ungehindert zu betreten. Jeder Landvermesser war verpflichtet, ein so genanntes Diarium für tägliche Eintragungen dienstlicher Vorgänge zu führen. Ab 1691 wurde von den Landvermessern auch verlangt, das Dienstexamen im Stockholmer Generallandmesserkontor abzulegen, wofür Gripenhielm strenge Prüfungsanforderungen erarbeitete.⁵⁵ Ein Landvermesser musste die vier Grundrechenarten, die Grundlagen der Geometrie, die ganzen Zahlen und Bruchzahlen, die Dezimalrechnung, in- und ausländische Flächen- und Hohlmaße, Trigonometrie und Logarithmen, Stereometrie sowie Geodäsie beherrschen. Zudem musste er verschiedene Maßstäbe und die Technik der Grenzziehung kennen sowie den Astrolab und den Quadranten benutzen können. Darüber hinaus musste ein Landvermesser gute zeichnerische Fähigkeiten aufweisen, Karten kolorieren können und die Kartenzeichen beherrschen. Er musste in der Lage sein, die durch die Kugelgestalt der Erde bedingten Probleme zu bewältigen und sich in den Methoden der kartografischen Projektion auskennen, zudem die Breitengrade und Meridiane kennen sowie imstande sein, den Nordpol zu bestimmen. Außerdem musste ein Landvermesser alle einschlägigen Gesetze und Verordnungen kennen, insbesondere die einschlägigen Kapitel des Agrargesetzes und die königlichen Verordnungen.⁵⁶

Wenn sich auch die große Hungersnot in den Jahren 1695–1697 negativ auf die wirtschaftliche Lage des Staates auswirkte, so wurden die Landvermessungen doch wie bisher fortgeführt. Aus dem Etat Livlands wurden seit 1692 zwei ordentliche Landvermesser besoldet.⁵⁷ Unter der Leitung Lundgrens arbeiteten wie früher sieben außerordentliche Landvermesser.⁵⁸ Lundgren bekleidete sein Amt bis 1708, nahezu bis zum Abschluss der Landvermessungsarbeiten. Sein Nachfolger, Landvermesser Samuel Griese, der deutscher Herkunft war, wurde im Herbst 1709 mit der Aufgabe betraut, wegen des Großen Nordischen Krieges alle einschlägigen Materialien aus Riga nach Stockholm zu evakuieren.⁵⁹

In Estland und auf Ösel wurde die Landvermessung etwas später eingeleitet als in Livland. Die Leitung der Vermessungsarbeiten wurde dem aus Ostgötaland stammenden Landvermesser Johan Holmberg übergeben, der seine Karriere mit den anderen jungen Studenten 1681 in Livland begonnen hatte. 1687 wurde er zum Inspektor der Landvermesser in Estland mit Sitz in Reval ernannt, wo er der Estländischen Reduktionskommission unterstellt war. Holmberg fiel die Aufgabe zu, zunächst eine Übersichtskarte und erst danach spezielle geografische Karten des jeweiligen Kirchspiels inklusive der genauen Angabe der Grenzen anzufertigen. Deren Fixierung wurde große Bedeutung beigemessen, zumal sie in Estland nur äußerst

⁵⁵ DAHL, *Svensk ingenjörskonst under stormaktstiden* (wie Anm. 24), S. 251.

⁵⁶ BAGGER-JØRGENSEN, *Lantmätarnas utbildning* (wie Anm. 5), S. 87–134.

⁵⁷ Hauptbuch 1692, in: EAA, 278-1-XXII-57, S. 59, 212.

⁵⁸ Hauptbuch 1696, in: ebenda, S. 76.

⁵⁹ RANTATUPA, *Maanmittarikunta* (wie Anm. 15), S. 160.

ungenau entweder durch Grenzsteine oder -löcher, Feldraine oder Bäume, deren Gestalt sich ja ständig änderte, markiert waren. Außerdem wurde den Landvermessern die Aufgabe zugewiesen, auf den Karten die Entfernung der Dörfer von den Kirchen anzugeben, um eine rationale Grundlage für die Bestimmung der Grenzen der Kirchgemeinden zu schaffen.⁶⁰

Im Sommer mussten die Landvermesser auf dem Festland arbeiten, um Kirchen, Kapellen, Güter, Dörfer, Wege und andere Objekte in die Karte einzutragen. Im Winter beschäftigten sie sich mit der Vermessung und Kartierung der Seen, Flüsse und der auf den Inseln gelegenen Bauernhöfe, die auch sorgfältig mit Ortsnamen versehen werden mussten. Nach dem Eisgang mussten Sandbänke, die möglicherweise die Schifffahrt gefährdeten, entdeckt und kartiert werden. Zudem waren auch unbesiedelte Wälder, Sümpfe und übermäßig feuchte Gelände zu beschreiben, wobei beurteilt werden musste, ob sie unter Umständen kultivierbar waren.⁶¹

In der letzten Periode der schwedischen Herrschaft wurde die Landvermessung auch auf den Inseln Ösel und Mohn durchgeführt, wo die Kartierungsarbeiten jedoch erst ab 1695 einen größeren Umfang annahmen und bis zum Ende der schwedischen Herrschaft fortgeführt wurden; die letzte Karte wurde 1710 vollendet.⁶² Noch im Jahre 1709 wurde die Landvermessung auch auf der Insel Dagö in Angriff genommen, als sich Johan Holmberg zusammen mit dem Landvermesser Jakob Siponius dorthin begab.⁶³ Am 28. September 1710 kapitulierte Reval vor dem Zaren Peter. Der Inspektor der schwedischen Landvermesser Johan Holmberg war bereits zuvor offensichtlich an der Pest gestorben und als sein Nachfolger fungierte während dieser kurzen Periode Jakob Siponius.

Als Ergebnis der Kartierung von Liv- und Estland sowie Ösel in den Jahren 1681–1710 wurde ein umfangreiches, im Großen und Ganzen homogenes Kartenmaterial zusammengetragen. Ulla Ehrens-värd ist der Ansicht, dass die fertig gestellten Karten durchaus als „die größte Errungenschaft, die im Verlaufe der schwedischen Regierungszeit in den Ostseeländern erzielt wurde“, angesehen werden können.⁶⁴ Es wurden mehr als 3 300 Karten von Livland (auf etwa 2 200 Karten war das mit den Esten besiedelte Territorium dargestellt) und mehr als 500 Karten von Estland erstellt.⁶⁵ Ein Teil der Karten ist jedoch im Wirbel der Zeit zerstört worden oder verloren gegangen. Unter den im Estnischen Historischen Archiv (*Eesti Ajaloarhiiv*) in Tartu aufbewahrten Karten, worauf das jetzige Gebiet Estlands

⁶⁰ Samlingar i Landtmäteri (wie Anm. 23), S. 241–244.

⁶¹ Instruktion an Johan Holmberg, 28.2.1687, in: RA, Livonica II, vol. 329; EAA, 1-2-827, Bl. 895.

⁶² EAA, 308-2-33.

⁶³ Jakob Siponius (Stockholm) an Nils Strömberg, 14.12.1708, in: RA, Livonica II, vol. 313.

⁶⁴ EHRENSVÄRD, Pohjolan kartan historia (wie Anm. 3), S. 237.

⁶⁵ MUST, Eestlaste perekonnaloos allikad (wie Anm. 15), S. 255; MUST, Suur Rootsi kataster (wie Anm. 15), S. 28–32.

dargestellt ist, gibt es sowohl Arbeitsversionen der Karten bzw. Skizzen, wie auch Karten, die auf deren Grundlage ins Reine gezeichnet worden sind.⁶⁶ Die Mehrzahl der Karten von Livland stammt aus den 1680er Jahren, dagegen ist die Anzahl der Karten, die aus den 1690er Jahren vorliegen, verhältnismäßig gering, dabei sind die letzten Karten auf die Jahre 1697/1698 datiert.⁶⁷ Die Gutskarten Estlands wie auch diejenigen Livlands wurden zunächst im Maßstab 1:10400, später im Maßstab 1:8250 angefertigt, während die Gutskarten Ösels einen Maßstab von 1:5200 aufweisen. Alle im 17. Jahrhundert erstellten Karten sind in digitaler Form auf der Homepage des Estnischen Historischen Archivs zugänglich.⁶⁸

Es hat jedoch den Anschein, dass die in den Ostseeprovinzen durchgeführten Kartierungsarbeiten noch weiter reichende Ziele verfolgten. Sie wiesen nämlich Parallelen zu der so genannten geometrischen Vermessung auf, die im Schwedischen Reich Anfang des 17. Jahrhunderts zu dem Zweck durchgeführt worden war, eine vollständige Übersicht über jeden einzelnen Bauernhof und jedes einzelne Dorf des Staates zu geben, damit die Staatsbeamten nicht aufs flache Land reisen mussten, um sich mit den dortigen Verhältnissen vertraut zu machen. Die zur gleichen Zeit erfolgten zwei parallelen Prozesse – die Kartierung des Grundbesitzes und die Durchführung der Landrevision – sollten der Zentralverwaltung ein vielseitiges und vollständiges Bild der örtlichen Verhältnisse liefern. Dieses Material wurde nicht nur dafür benötigt, um zu einem konkreten Zeitpunkt eine Steuerkorrektur vorzunehmen, sondern allem Anschein nach auch im Hinblick auf die fernere Zukunft des Schwedischen Reiches. Darauf weist etwa die Tatsache hin, dass alle Karten nach Stockholm gebracht wurden, wo sie zusammen mit dem Revisionsmaterial eine vollständige Übersicht über die Ostseeprovinzen lieferten.

Die in den schwedischen Ostseeprovinzen durchgeführte Landvermessung war ein Teil der Kartierungsarbeiten, die in Schweden und seinen Provinzen in der schwedischen Großmacht-Ära zustande kamen, und deren Umfang im europäischen Rahmen außerordentlich war. Die auf der Grundlage einer systematischen Landvermessung erstellten Gutskarten und die Landkarten im Maßstab 1:5200 lieferten seit den 1680er Jahren zum ersten Mal ein beinahe vollständiges visuelles Bild von den Ostseeprovinzen. Da die Landvermessungs- und Kartierungsarbeiten nach dem Anschluss Est- und Livland an das Russische Reich für fast hundert Jahre abgebrochen wurden, blieb das Bild, das die schwedischen Landvermesser kreiert hatten, im Grunde bis in das 19. Jahrhundert hinein relevant.

⁶⁶ Katalog des Archivs des estländischen Generalgouverneurs der schwedischen Zeit, Bd. II, Tartu 1936 (Eesti Riigi Keskarhiivi Toimetised, 4), S. 418-462.

⁶⁷ EAA, 308-1-101, 118; 1002-1-1813.

⁶⁸ Siehe das Projekt „Saaga“ auf www.eha.ee (www.ra.ee/dgs/explorer.php).

SUMMARY

Measuring Livonia

It was not until the 17th century unification of the Baltic Sea provinces with Sweden when expansive measuring and charting of the region commenced. The process soon took on an unprecedented scale due to the Great Reduction, which required the nobles to return a quarter of all crown lands granted to them. In 1680, King Charles XI of Sweden decided to expand the Reduction to the overseas provinces of Livonia, Estonia, and Saaremaa, but as geometric maps about those provinces did not exist, the work of the reduction committees was combined with the extensive charting of those regions. The surveying and cadastering of land was intended to give an overview of the condition and resources of the estates recaptured to the Crown, as well as organise the system of accounting for the taxable ploughland that had remained in the possession of the nobility.

Of all Swedish provinces, the surveying was most systematically and extensively carried out in Livonia. About 40 surveyors from various parts of the country were put at the disposal of the local reduction committee; an additional 30 non-commissioned officers from the Riga garrison were assigned to help the surveyors. In 1681, Arnold Emmerling, a former surveyor of Ingria and the fief of Kexholm was named the head of surveying (i.e., inspector). After Emmerling's death in 1684, Olof Lundgren was appointed as new inspector, and surveying continued even during the Great Northern War. Lundgren's successor since 1708 was Samuel Griese, a surveyor of German descent, whose duty it was in the autumn of 1709 to evacuate all papers from Riga to Stockholm away from the war.

There are two clearly distinct periods of surveying in Livonia. The first period (1681–1684/1687) was remarkable, as it involved simultaneously about 40 surveyors who had been hurriedly trained for this purpose. As such, it was a unique venture in the history of Swedish surveying. During the second period (1688–1710) the work was much smaller in scale, as only the recovered manors were surveyed; furthermore, less manpower was used and the surveying was carried out rather deliberately all over Sweden.

The experience gained from surveying and charting was used to get an overview of Estonia and Saaremaa. The surveying of Estonia took place during the second period of surveys. From 1687 to 1710, the inspector of surveyors in Estonia was Johan Holmberg, who had up to four surveyors at his disposal. Near the end of the Swedish reign, surveying was also carried out in the islands of Saaremaa, Muhumaa and Hiiumaa.

As a result, a large and generally homogenous set of maps was produced from 1681 to 1710. More than 3300 maps were produced for Livonia (of those, about 2200 covered the Estonian part of the Governorate) and

more than 500 for Estonia; however, some of the maps have been lost over time. The Estonian Historical Archives in Tartu preserves maps depicting the present Estonia, including sketch maps as well as cleaned-up maps drawn on the basis of the former. As with maps of Livonia, manor maps of Estonia were drawn in scale of 1:10400 (later 1:8250), maps of Saaremaa in scale of 1:5200. All survey maps from the 17th century have been digitalised and are available on the Estonian Historical Archives homepage through the “Saaga” environment.

The surveying of the Baltic Sea region was part of the works carried out all over the Swedish empire and its provinces; this was remarkable in whole Europe due to its extent. The systematic surveying yielded manor maps and the so-called ‘one-fifth maps’ that for the first time gave an almost complete cartographic representation of the area of present-day Estonia.

„Das stille Verdienst des patriotischen Gelehrten“? Geschichtsforscher im aufgeklärten Kurland

VON ANNE SOMMERLAT

Die Frage der Methode in der Geschichtsschreibung

Für einen Mann des 18. Jahrhunderts war die Geschichte noch sehr oft nichts anderes als ein gelehrter Zeitvertreib. Vor dem Ende des Jahrhunderts gab es keine Berufshistoriker; der Status des Historikers, oft „Geschichtsforscher“ genannt,¹ blieb weitgehend unbestimmt. Trotzdem war die Erforschung der Vergangenheit eine beliebte und geschätzte Beschäftigung der gebildeten Kreise. In ganz Europa wurden Publikationen mit historischem Charakter herausgegeben und gelesen. In der berühmten Rezensionszeitschrift „Allgemeine Deutsche Bibliothek“ des Berliner Verlegers Friedrich Nicolai nahm die Rubrik „Geschichte“ den dritten Platz unter den häufigsten Themen der Rezensionen ein. Die publizierten Werke waren Staatsgeschichten, ältere diplomatische Berichte oder Monografien über ruhmreiche Persönlichkeiten wie beispielsweise Alexander der Große oder Peter der Große.² Diese rege Publikationstätigkeit in ganz Europa umfasste auch zahlreiche Übersetzungen insbesondere aus dem Französischen, Englischen oder Lateinischen.

Die europäische Geschichtsschreibung war geprägt von der kirchlichen Tradition und blieb es auch noch nach 1750. Der Klerus hatte systematisch Quellen über die Kirchengeschichte gesammelt und sie einer kritischen Untersuchung unterzogen.³ Aber die Geschichtsschreibung blieb nicht nur eine Angelegenheit der Kirche: Die profane Geschichte wurde insbesondere

¹ Vgl. Mitauische Monatsschrift, Februar 1784, S. 142.

² ROGER KIRSCHER: *Théologie et Lumières. Les théologiens „éclairés“ autour de la revue de Friedrich Nicolai Allgemeine deutsche Bibliothek (1765–1792)*, Villeneuve d'Ascq 2001, S. 29f.

³ Der Jesuit Bollandus und seine Mitarbeiter setzten sich intensiv mit den Heiligenlegenden auseinander; vor allem die Benediktiner aus dem französischen Saint-Maur, insbesondere der Historiker Jean Mabillon, waren entscheidend an der Entstehung einer historischen Methode beteiligt. In Deutschland bewirkten der Dreißigjährige Krieg und die konfessionelle Frage im 17. Jahrhundert eine Fokussierung auf die religiöse Thematik.

unter dem Einfluss des französischen Philosophen Voltaire neu betrachtet. Mit dem Werk „Das Jahrhundert Ludwigs XIV.“ (*Le siècle de Louis XIV*, 1751) und mit dem „Essay über die allgemeine Geschichte und die Sitten und den Geist der Nationen“ (*Essai sur les mœurs et l'esprit des nations*, 1756) nahm er sich vor, eine „Geschichte des menschlichen Geistes“ zu schreiben. Er versuchte sich an einer multiperspektivischen Darstellung, die Wirtschaft, Soziales, Politik und Kultur einschloss, anstatt die Staatsangelegenheiten in den Mittelpunkt zu stellen. Seine Werke fanden großen Anklang in Deutschland, auch wenn das Publikum nicht so weit ging wie der Berliner Verleger Friedrich Nicolai, für den Voltaire ein Reformator war.⁴ Derselbe Nicolai betonte die zentrale Rolle der Geschichte für die Verbreitung des Wissens und der Werte der Aufklärung. „Die Geschichte trägt der Aufklärung die Fackel vor“, schrieb er.⁵ Ohne historische Kenntnisse könne der Theologe oder der Philosoph nur Teilurteile fällen. Die Geschichtsschreibung wurde somit von den Anhängern der neuen Ideen ins Visier genommen. Bedeutende Historiker wie Johann David Köhler, Johann Christoph Gatterer, August Ludwig Schlözer oder Justus Möser setzten sich mit der historischen Methode und insbesondere mit der pragmatischen Geschichtsschreibung auseinander, die eine kritische Untersuchung der Chronologie befürwortete.⁶

Die baltischen Provinzen beteiligten sich erst spät an dieser europäischen Neuentdeckung der Geschichte. Dabei ließen sich zwei Hauptströmungen beobachten: einerseits eine auf Gelehrsamkeit zielende, antiquarische

⁴ GABRIELA LEHMANN-CARLI, La critique par Schlözer de l'ouvrage de Voltaire Histoire de l'empire de Russie sous Pierre le Grand, in: *Philologiques IV: Transferts culturels triangulaires France-Allemagne-Russie*, hrsg. von KATIA DMITRIEVA und MICHEL ESPAGNE, Paris 1996, S. 63-72.

⁵ FRIEDRICH NICOLAI: Einige Bemerkungen über den Ursprung und die Geschichte der Rosenkreuzer und Freymaurer, Veranlaßt durch die sog. historisch-kritische Untersuchung des Herrn Hofraths Buhle über diesen Gegenstand, Berlin und Stettin 1806, S. 27, zitiert in: HORST MÖLLER: Vernunft und Kritik. Deutsche Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1986, S. 157.

⁶ Drei Hauptströmungen liegen im deutschsprachigen Raum der Erneuerung der Geschichtsschreibung zugrunde: Die erste war verkörpert durch die Göttinger Schule mit den Hochschullehrern Schlözer und Gatterer. Sie stellte die Weichen für eine kritische Weltgeschichte, wollte die vermeintlich überholte Geschichtsschreibung ersetzen, neue Lehrbücher verlegen und interessierte sich für die Hilfswissenschaften. Die zweite betrachtete die Lokalgeschichte und ist dokumentiert durch zahlreiche Versuche von Gelehrten, Politikern oder Schriftstellern. Sie beruhte auf der Sammlung von älteren Quellen und war geprägt von Patriotismus und gesellschaftlichen Erwägungen. Schließlich war die Geschichtsphilosophie im Begriff, sich herauszubilden; in dieser Hinsicht spielten zwei Denkmuster eine Rolle, das deterministische Muster von Herder (Auch eine Philosophie der Geschichte, 1774), und das rationalistische Muster von Kant (Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, 1784). Vgl. MÖLLER, Vernunft und Kritik (wie Anm. 5), S. 168ff.; Aufklärung und Geschichte. Studien zur deutschen Geschichtswissenschaft im 18. Jahrhundert, hrsg. von HANS ERICH BÖDEKER (u.a.), Göttingen 1986 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 81).

Lokalgeschichte, und andererseits eine kritischere Untersuchung der einheimischen Vergangenheit, die von einer moralischen Verantwortung der Geschichte ausging.⁷ Diese Geschichtsschreibung entstand sowohl in Livland als auch in Kurland; die Geschichtsforscher tauschten sich aus, lasen die regionalen, deutschbaltischen Publikationen, auf die sie in ihren eigenen Arbeiten Bezug nahmen. Im Herzogtum Kurland war von ausschlaggebender Bedeutung die Niederlassung von gelehrten Emigranten aus Deutschland, insbesondere von den Professoren für die neu gegründete *Academia Petrina* (1775). Diese waren geprägt von dem Gedanken gut der europäischen, vor allem der deutschsprachigen Aufklärung. Sie versuchten, Aspekte der zeitgenössischen gelehrten Diskussionen nach Kurland zu transferieren, um einerseits Wissen zu verbreiten und andererseits eine gewisse Sensibilität der deutschsprachigen Elite auch gegenüber der lettischen Bevölkerung zu erreichen. Die Neuentdeckung der eigenen Geschichte in Kurland schrieb sich somit in den zeitgleichen Kontext der Erneuerung der Geschichtsschreibung in Deutschland, Frankreich oder England ein, verfolgte aber auch spezifische, eben regional bedingte Ziele. Ein Teil der kurländischen Elite begann sein Augenmerk auf die eigene Vergangenheit zu richten, auch wenn Publikationen selten blieben.

Werke über die Lokalgeschichte waren in der Tat eine seltene Erscheinung in Kurland. So schrieb die „*Mitauische Monatsschrift*“, es herrsche „wenn nicht im Allgemeinen, so wenigstens im Einzelnen noch eine Dunkelheit, welche zu erleuchten lange noch die Fackel fehlen wird“.⁸ Es ließen sich höchstens ältere geistliche Chroniken ausfindig machen, wie die von Balthasar Russow, Christian Kelch oder Thomas Hiärne. Johann Gottfried Arndt machte übrigens auch in Riga eine ähnliche Feststellung.⁹ Es fehlten Nachschlagewerke über etwaige verfügbare Quellen und Instrumente. Die Seltenheit der Publikationen und deren Kostspieligkeit bremsten zudem die Wissbegierde. Erst Karl Ludwig Tetschs Werke über die Kirchengeschichte gaben den Anstoß zu neuen Nachforschungen über das Herzogtum.¹⁰ Er stammte aus Königsberg und hatte sich

⁷ Die Ziele der Geschichtsschreibung in Livland wurden in einer Untersuchung über einen prominenten Vertreter, F. K. Gadebusch, erläutert; vgl. CHRISTINA KUPFFER: *Geschichte als Gedächtnis: der livländische Historiker und Jurist Friedrich Konrad Gadebusch (1719–1788)*, Köln u.a. 2004, S. 347ff. Einen Gesamtüberblick vermittelt HUBERTUS NEUSCHÄFFER: *Die Geschichtsschreibung im Zeitalter der Aufklärung*, in: *Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung*, hrsg. von GEORG VON RAUCH, Köln u.a. 1986 (*Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart*, 20), S. 63–85. Vgl. auch INDREK JÜRJO: *Aufklärung im Baltikum. Leben und Werk des livländischen Gelehrten August Wilhelm Hupel (1737–1819)*, Köln u.a. 2006 (*Quellen und Studien zur baltischen Geschichte*, 19), S. 121ff.

⁸ *Mitauische Monatsschrift*, Februar 1784, S. 142.

⁹ JOHANN GOTTFRIED ARNDT: *Liefländische Chronik*, Halle 1753. Der Historiker aus Halle (1713–1767) wurde zum Konrektor des Rigauer Gymnasiums und trat für eine rationelle und pragmatische Geschichtsschreibung ein.

¹⁰ Karl Ludwig Tetsch (1708–1771) behielt als ehrenamtliches Mitglied der Deutschen Gesellschaft in Königsberg Kontakte zu seiner Heimatstadt. Er verfasste

in Libau niedergelassen, um Pastor zu werden. Er schrieb eine kurländische Geschichte in mehreren Bänden. Tetsch wollte, wie er in einer ersten Untersuchung feststellte, eine Lücke füllen:

„Es hat mit denen Geschichten unsers Vaterlandes, bis hieher, noch eine so schlechte Bewandniß, daß außer denen wenigen allgemeinen Wegen, die uns zur Kenntniß der Verfassung, der Hauptveränderungen, der Gesetze, Sitten, Gewohnheiten und der übrigen Beschaffenheit Curlands führen, wir nur wenige Spuren antreffen, die uns darinnen zum besondern leiten mögen. (...) Der Mangel der Literatur wird von uns gar ungerne zu einer Mackel (sic!) des Landes gesetzt.“¹¹

Es war für den interessierten Leser fast unmöglich, sich über die Geschichte des Landes zu informieren, außer in sehr allgemeinen Werken. Hierfür gab es Tetsch zufolge zwei Gründe: Einerseits hatten Gelehrte Ämter inne, die sie von zusätzlichen Schreibaufträgen abhielten, andererseits gab es keine Herausgeber vor Ort. Man konnte daher die Urkunden und Quellen, die im Lande aufbewahrt wurden, nicht publizieren. Tetsch datierte erste historische Abrisse auf das 17. Jahrhundert zurück, wobei u. a. die Arbeiten Paul Einhorn's Erwähnung fanden. Er selbst war zudem damit beschäftigt, das zweite Werk über die Geschichte der Kirchen in Königsberg drucken zu lassen;¹² dieses Buch in drei Bänden war eine umfassende Darstellung in der Tradition der Theologen. Es weckte sowohl in Kurland als auch in Livland das Interesse für die lokale Historie. Der in Dorpat ansässige Historiker Friedrich Konrad Gadebusch¹³ verfasste einen präzisen Kommentar über das Werk in seiner Abhandlung über die baltischen Geschichtsschreiber.¹⁴ Hier wurde die Überlieferung der drei Ostseeprovinzen Estland, Livland und Kurland seit den ersten mittelalterlichen Chroniken erfasst.

Im Kapitel über das 18. Jahrhundert setzte sich Gadebusch eingehend mit Tetschs Werken auseinander. Eckstein des Kommentars war die sehr genaue Untersuchung der Methodik und der genutzten Instrumente. Gadebusch verfuhr dabei chronologisch; für die Zeit vor der Christianisierung,

mehrere Aufsätze über die geistliche Geschichte des Herzogtums und Predigten.

¹¹ KARL LUDWIG TETSCH: Curländischer Kirchen-Geschichte, erster Versuch, Königsberg 1743, S. 1f.

¹² DERS.: Curländischer Kirchen-Geschichte, von dem Zustande dieser Provincial-Kirche bis zum Ableben Gotthards ersten Herzogs zu Curland, Bd. 1-3, Riga u.a. 1767-1769.

¹³ Friedrich Konrad Gadebusch (1719–1788) stammte aus Rügen. Er ließ sich in Livland nieder, nachdem er als Hofmeister dorthin gekommen war. Er wurde Bürgermeister der Stadt Dorpat, wo er einen kleinen Lektürekreis gründete, in dem Interessierte verkehrten. Seine Sammlungsarbeit von Archivalien und Dokumenten aus der Vergangenheit machen ihn zu einem Vertreter der antiquarischen Historie; er gilt als der Begründer einer Geschichte der baltischen Staaten. Vgl. KUPFFER, Geschichte als Gedächtnis (wie Anm. 7), S. 98ff. Auch GERO VON WILPERT: Deutschbaltische Literaturgeschichte, München 2005, S. 113f.

¹⁴ FRIEDRICH KONRAD GADEBUSCH: Abhandlung von Livländischen Geschichtsschreibern, Riga 1772.

wo es an Quellen mangelte, empfahl er, die grauen Zonen lieber zuzugestehen, als Unbeweisbares vorzuführen: „Man kann leicht denken, daß hier nichts besonderes vorkommen kann. Mangel und Dunkelheit der Nachrichten aus diesem Zeitraume verstaten solches nicht.“¹⁵ Diese Sichtweise wurde später von Friedrich Nicolai in seinem Werk über den Templernorden als Richtlinie der Aufklärung formuliert:

„Will man eine wahre Geschichte liefern, so muß man nichts als gewiß behaupten, wovon man nicht einen historischen Beweis führen kann, und dieser muß aus den rechten Quellen, aus gleichzeitigen Geschichtsschreibern und aus Urkunden geführt werden, und noch müssen hierbey alle Umstände wohl erwogen werden.“¹⁶

In seinem Kommentar zu Tetsch verdeutlichte Gadebusch seine Auffassung in Bezug auf das Thema der Verbreitung des Christentums bis 1522. Hier habe sich Tetsch von der Tradition entfernt, wofür er einen Grund hätte angeben müssen; außerdem fand Gadebusch die Wahl der Quellen manchmal nicht nachvollziehbar. Warum lieferte Tetsch beispielsweise eine andere Erklärung für die Zerstörung des Archivs von Riga? Umgekehrt warnte Gadebusch davor, die tradierten Irrtümer und Vorurteile unkritisch zu übernehmen. In seinem Kommentar zur Chronik über die Entstehung von Pilten vermerkte er: „Ich wollte, daß dieses mit mehrerer Kritik geschehen wäre, und daß man nicht die höchst irrige Meynung von dem Namen dieses Ortes wieder aufgewärmt hätte.“¹⁷ Angesichts der Behandlung der Reformation in Tetschs drittem Kapitel bedauerte Gadebusch, dass den Historikern so wenige Dokumente über Kurland für die Zeit vor 1561 zur Verfügung standen. Gerade diese Zeit blieb noch weitgehend zu erforschen. Seine Kommentare sollten dazu anregen, die eigene Geschichte zu erforschen. Nicht von ungefähr kam der bibliografische Verweis auf Johann Wischmanns „Unteutscher Opitz, oder Einführung in die lettische Dichtung“ (1697), das sich in der Rigaer Bibliothek befand. Auch zur Geschichte der Bibelübersetzung bemerkte er, dass neben Werken in Russisch, Polnisch, Estnisch, Litauisch und Lettisch eine Fassung für die Bauern von Dorpat in ihrem eigenen Dialekt fehle. Insgesamt huldigte Gadebusch dem Versuch Tetschs, als Lokalhistoriker Kurlands hervorzutreten. Durch diesen umfassenden Kommentar entwarf Gadebusch wiederum eine systematische historische Methode, die allerdings der Tradition verpflichtet blieb.

Nach Tetschs Versuchen beleuchtete Christoph Georg Ziegenhorn als Rechtshistoriker einen weiteren Aspekt der Geschichte Kurlands. In sei-

¹⁵ Ebenda, S. 227.

¹⁶ FRIEDRICH NICOLAI: Versuch über die Beschuldigungen, welche dem Tempelherrenorden gemacht worden, Berlin 1782, Bd. I, Anhang, S. 165, zitiert in: MÖLLER, Vernunft und Kritik (wie Anm. 5), S. 166.

¹⁷ GADEBUSCH, Abhandlung (wie Anm. 14), S. 229.

nem Buch „Staatsrecht der Herzogtümer Kurland und Semgallen“¹⁸ berief sich der Jurist auf die kritische Analyse und Bearbeitung der Quellen. Er zählte die juristischen Texte seit der Gründung des Herzogtums auf. Als Auftragswerk, das die rechtlichen Statuten im politischen Kontext des Dualismus zwischen Herzog und Adel erörterte, wurde sein „Staatsrecht“ polemisch rezipiert. Darin setzte er sich mit der heiklen Frage der jeweiligen Rechte des Adels und des Herzogs auseinander, um die Grundlagen für die Machtausübung genau zu dokumentieren. Im Vorwort präsentierte sich der Verfasser als Patriot, der keinen anderen Zweck kenne als das wirkliche Wohl des Landes.¹⁹ Die Rechte der Oberherrschaft (des Herzogs) und der Landesherrschaft (der Ritterschaft) seien nicht klar voneinander getrennt; diese Lage führe zu einem problematischen Dualismus an der Spitze des Staats. Ziegenhorn fasste diese Lage als Obskurantismus auf: Er setzte „Dunkelheit“, „vorgefaßter Meynung“ und „Vorurtheile[n]“ das Streben nach „Wahrheit“ oder „Wahrheiten“ entgegen. Die Erklärung für diesen Zustand lag für ihn in der im Herzogtum praktizierten Selbstzensur; die Juristen hielten sich lieber zurück, als sich Repressalien und Schikanen auszusetzen. Als Anhänger des aufgeklärten Despotismus entwarf er ein Bild des komplexen Kräftespiels in Kurland. Der König von Polen erschien in einem lobenden Porträt demgegenüber als Monarch, der die Streitfragen zwischen Herzog und Adel weise schlichtete. Die russische Kaiserin wurde als freundliche und nachbarschaftliche Stütze angeführt. Schließlich verkörperte Ernst Johann Biron die Figur des guten Prinzen, der die Landesstatuten achtete.

Ziegenhorns Herangehensweise kann als aufgeklärt bezeichnet werden, weil das Werk nicht auf hergebrachtem, tradiertem Recht, sondern auf der Kenntnis der Texte und deren kritischer Lektüre fußte. Der Adel verteidigte sich noch Jahre darauf in einem Kommentar, der in der Zeitschrift „Ephemeriden der Menschheit“ erschien und in dem der Jurist bezichtigt wurde, im Dienst des Herzogs zu stehen.²⁰ Ziegenhorns „Staatsrecht“ galt trotzdem im Laufe der Jahre als Nachschlagewerk. Egal ob es sich um Statistiken²¹ oder Monografien²² über Kurland handelte, bezogen sich die Autoren ausdrücklich darauf. Professoren der Academia Petrina nutzten

¹⁸ CHRISTOPH GEORG ZIEGENHORN: Staatsrecht der Herzogtümer Kurland und Semgallen, Königsberg 1772. Christoph Georg Ziegenhorn (1715–1783) stammte aus Mitau. Er hatte in Jena Rechtswissenschaft studiert, bevor er als Anwalt an den Hof berufen wurde. Trotz Auszeichnung durch Herzog Ernst Johann Biron und den König von Polen verließ er jedoch Kurland 1764, um seine Laufbahn in Königsberg fortzusetzen. Dort schrieb er das „Staatsrecht“ nieder.

¹⁹ ZIEGENHORN, Staatsrecht (wie Anm. 18), S. III.

²⁰ Bruchstücke zur Statistik von Curland, in: Ephemeriden der Menschheit 1784, Nr. 2, S. 489.

²¹ Statistisch-topographische Nachrichten von den Herzogthümern Kurland und Semgallen, in: Nordische Miscellaneen 1785, Nr. 9-10, S. 13-238.

²² LUDEWIG ALBRECHT GEBHARDI: Geschichte des Herzogthums Kurland und Semgallen, oder der liefländischen Geschichte zweyter Abschnitt, Halle 1789.

die Publikation einer Fortsetzung des Werks 1776 – erschienen unter dem Titel „Zusätze zum kurländischen Staatsrecht“ –, um in der „Mitauischen Zeitung“ ein Loblied auf den Verfasser anzustimmen: Ziegenhorn sei in Kurland und im Ausland sehr erfolgreich, und jeder sehe sich durch ihn nunmehr in der Lage, seine Rechte und seine Pflichten zu kennen.²³

Die gebildeten Kreise einigten sich darauf, der Geschichtsschreibung im Lande einen neuen Impuls zu geben. Einer von ihnen, Karl August Kütner, gründete die „Mitauische Monatsschrift“ (1784–1785), die zum Teil der Sammlung und Verbreitung von Quellen über die kurländische Vergangenheit gewidmet werden sollte.²⁴ Kütner war Professor für griechische Sprache und Literatur an der Academia Petrina; als Herausgeber und Mitarbeiter der Zeitschrift versammelte er einen Kreis von Literaten und gebildeten Männern um sich, darunter Johann Melchior G. Beseke, Professor der Rechtswissenschaft an der Academia, Gotthard Friedrich Stender, Verfasser von Schriften über die lettische Sprache, und Literaturfreunde wie den Juristen Christoph Ludwig Tetsch, dessen Vater die bereits erwähnte Kirchengeschichte verfasst hatte.²⁵

Die Quellen waren rar gesät, sodass ihre Neuauflage in einer lokalen Zeitschrift einen besseren Zugang sichern sollte. So würde jeder nach dem Erwiesenen urteilen können. Im ersten Stück erklärte Kütner, wie durch „Fahrlässigkeit“ Quellen verschwunden seien. So waren z. B. die Handschriften des Predigers Samuel Rhanäus verbrannt, während die voluminöse Sammlung des Arztes Johann Georg Weygand durch skrupellose Besitzer in Hamburg verloren gegangen war.²⁶ Die Mitarbeiter der Zeitschrift betonten nicht selten, dass sie auf Untersuchungen über die Zeit vor der Ankunft der Deutschen („Vorzeit“) verzichten müssten.²⁷ Die Mönchschroniken, hieß es in einem Beitrag, seien „ohne Geschmack und Kritik“ verfasst, und ihr Stil sei überholt.²⁸ Keine von ihnen könne wegen der Zensur des Deutschen Ordens als eigentliche Quelle gelten; als einzige Ausnahme galt Heinrichs „Chronicon Livoniae“, das in der Mitte des Jahrhunderts ins Deutsche übertragen wurde.²⁹ Die Zensur als

²³ Mitauische Zeitung, 24.5.1776.

²⁴ Karl August Kütner (1749–1800) war einige Jahre früher nach Kurland gekommen. Er wurde 1749 in Görlitz geboren, studierte in Leipzig und wurde Hofmeister in Russland. Danach trat er 1774 in den Dienst Herzog Peter Biron, der ihm eine Stelle als Konrektor der lateinischen Schule in Mitau anbot, dann als Professor der griechischen Sprache an der Academia Petrina.

²⁵ Es lassen sich nicht genau alle Mitarbeiter erfassen, da ihre Artikel in der Mehrzahl anonym erschienen. In Kütners Vorwort heißt es, „sie haben es nicht wagen wollen, öffentlich hervorzutreten“. Mitauische Monatsschrift, Januar 1784, S. 8.

²⁶ Ebenda, S. 6f.

²⁷ Ebenda, Februar 1784, S. 142.

²⁸ Ebenda, S. 143.

²⁹ Der Priester lettischer Abstammung schrieb ein Werk über Livland von 1184 bis 1226, das Johann Daniel Gruber 1740 publizierte (*Origines Livoniae sacrae et civilis seu chronicon livonicum vetus*). Es wurde 1747 durch Johann Gottfried Arndt unter dem Titel „Liefländische Chronik“ aus dem Lateinischen ins Deutsche übersetzt.

solche wurde nicht hinterfragt, schließlich habe der Orden bestimmt „seine sehr guten Ursachen“ dafür gehabt. Vorhanden und registriert waren nur die Urkunden im Landesarchiv der Bischöfe und Erzbischöfe von Riga, das „mehr als einmal im Raub der Flammen“ gebrannt hatte, und andererseits das fürstliche kurländische Archiv, das „mehr als einmal geplündert“ worden war.³⁰

Methodologisch orientierte man sich in Kurland sehr oft an den Arbeiten von Gadebusch und Schlözer, die beide oft zitiert wurden. Dies geschah zum Beispiel, um die Formulierung von Hypothesen bei mangelnder Quellenlage zu erklären: „Wo historische Nachrichten aufhören, oder vielmehr wo es gar keine giebt, da treten Muthmaßungen an die Stelle der Gewißheit.“³¹ Ein anderes Argument war der Rückgriff auf die Philosophie, um die „Wahrheit von Ungewißheit und falscher Darstellung“ zu sichten,³² also nicht in die Gefahr der Geschichtsklitterung zu kommen. Die Neubetrachtung der Vergangenheit unter Auspizien der Aufklärung wurde befürwortet. Die Bearbeitung der Geschichte musste auch pragmatisch sein, das heißt, dass eine einfache Anhäufung von Angaben nicht mehr ausreichte. Einer der Beiträge der Zeitschrift lautete „Fragmente zum Behuf einer pragmatischen liv- und kurländischen Staatsgeschichte älterer Zeit“,³³ in dem über die Tätigkeit des Historikers reflektiert wurde. Zehn Jahre früher hatte sich bereits Gadebusch gefragt, wie Geschichte geschrieben werden sollte. Seiner Ansicht nach musste man die Tradition einwandfrei kennen, aber dieses Erbe kritisch betrachten. In diesem Sinne sollten in Kurland die verfügbaren Quellen in einem weiten Umkreis bekannt gemacht werden. Man ging davon aus, dass eine der wichtigsten Aufgaben des Historikers darin bestand, Urkunden und andere Dokumente über die Gründung des Herzogtums zu sammeln. Der Adel und der Herzog waren dieser Vorstellung nicht abgeneigt. Adlige förderten die Publikation von Quellen, die mit ihren Privilegien in Zusammenhang standen. Der Herzog glaubte seinerseits, dass die Betrachtung der Urkunden durch Gelehrte, von denen viele nicht in Kurland geboren waren, ihn in seiner Legitimität bekräftigen würde. 1824 schließlich gab Carl Eduard Napiersky eine „Fortgesetzte Abhandlung von livländischen Geschichtsschreibern“³⁴ heraus, die von Gadebuschs Werken angeregt worden war. Augenscheinlich hatte die Zahl an Publikationen innerhalb von fünfzig Jahren stark zugenommen. Insbesondere die Regionalgeschichte nahm zu dieser Zeit einen bemerkenswerten Aufschwung.

³⁰ Mitauische Monatsschrift, Februar 1784, S. 144.

³¹ Ebenda, S. 142.

³² Ebenda, Juni 1784, S. 273.

³³ Ebenda, November 1784, S. 99-163.

³⁴ CARL EDUARD NAPIERSKY: Fortgesetzte Abhandlung von livländischen Geschichtsschreibern; ein literar-historischer und bibliographischer Versuch, Mitau 1824.

Veröffentlichungen

Die Arbeiten der Kurländer bestanden im Wesentlichen in gezielten Darstellungen in Form von Zeitschriftenaufsätzen. Die „Mitauische Monatsschrift“ (1784–1785) war das Hauptorgan für historische Publikationen. Trotz ihrer relativ kurzen Erscheinungszeit fand die Zeitschrift eine große Resonanz und übte einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die Mentalität der Kurländer aus. Dominierende Thematik der Zeitschrift war gerade die Geschichte von Kurland. Ein Teil der Artikel behandelte die Geschichte für gelehrte Leser. Außerdem wurde die Funktionsweise des Herzogtums erklärt sowie der Charakter der Einwohner, deren Qualitäten und Fehler nach der damaligen Mode der Charakterologie. Zwei Aufsätze waren genuin anthropologisch ausgerichtet.³⁵ Die Zeitschrift veröffentlichte acht Biografien mit Bezug zur lokalen Vergangenheit.³⁶ Diese Aufsätze stellten das Leben von Kurländern dar, die im 16. und 17. Jahrhundert gelebt hatten. In einem Fall wurde auch dem Leben eines Zeitgenossen, Sigismund Georg Schwander, gedacht. Für die Mitarbeiter der Zeitschrift war die Biografie ein Weg, die Geschichte des Landes einprägsam zu behandeln. „Die Geschichte [des Lebens von Melchior von Fölkersamb; A.S.] begreift auch zugleich einen merkwürdigen Theil der Geschichte des Vaterlandes und kann darum für viele lehrreich und unterhaltend seyn“,³⁷ erklärte einer der Biografen. Der Leser wurde aufgefordert, Wissen und Politik fein voneinander zu unterscheiden. Diese „Galerie von Bildnissen“,³⁸ wie der Herausgeber die Biografien nannte, bestand nur aus Porträts von „Patrioten“, die ihre Talente in den Dienst des Herzogtums gestellt hatten, wie Salomon Henning (1528–1589), Melchior von Fölkersamb (1601–1665), Christian Bornmann (?–1714), Johann Georg Weygand (1680–1740) und Sigismund Georg Schwander (1727–1784),³⁹ oder im Ausland ihre Laufbahn eingeschlagen hatten wie Joachim Transehe von Roseneck (1589–1673), Dietrich Theodor Reinking (1590–1664) und Johann von Besser (1654–1729). Die meisten von ihnen hatten in diplomatischen Diensten gestanden und als Geheimrat oder berühmter Staatsmann ihre Zeit mitgeprägt. Trotz

³⁵ Ueber Feyerlichkeiten und Feste, in: Mitauische Monatsschrift, Februar 1784, S. 117–142; Von den Nahrungsmitteln, der Kleidung und den Wohnungen des Liv- und kurländischen Landmannes, in: Mitauische Monatsschrift, May 1785, S. 100ff.

³⁶ Salomon Henning, Januar 1784, 23 Seiten; Joachim Transehe von Roseneck, Februar 1784, 11 Seiten; Melchior von Fölkersamb, März 1784, 27 Seiten; Sigismund Georg Schwander, Juni 1784, 8 Seiten; Christian Bornmann, July 1784, 31 Seiten; Johann Georg Weygand, Oktober 1784, 8 Seiten; Dietrich Theodor Reinking, November 1784, 15 Seiten; Johann von Besser, April 1785, 34 Seiten; Johann von Besser, Juni 1785, 37 Seiten.

³⁷ Mitauische Monatsschrift, März 1784, S. 246.

³⁸ Ebenda, November 1784, S. 164.

³⁹ Zwei von ihnen waren keine geborenen Kurländer, sondern eingewanderte Akademiker, die in den Dienst des Herzogtums gerufen worden waren: Christian Bornmann stammte aus Sachsen, Salomon Henning aus Weimar.

des scheinbaren Eklektizismus waren diese Persönlichkeiten in dem Sinne verbunden, dass sie sich als „Geschichtschreiber“ und Dichter (Henning, Fölkersamb, Weygand, Bornmann, Besser)⁴⁰ oder als Persönlichkeit historischen Ranges ausgezeichnet hatten (Henning, Fölkersamb, Transehe).⁴¹ Die Zeitschrift nahm sich vor, einige weitere Arbeiten zu veröffentlichen. Die Leser, die im Besitz von Texten waren, sollten diese übersenden – und taten das auch manchmal. So konnten Melchior von Fölkersams Tagebücher in deutscher Sprache vor Ort veröffentlicht werden,⁴² nachdem die lateinische Ausgabe zwanzig Jahre früher in Österreich herausgegeben worden war.⁴³

Daneben wurden in der gleichen Zeitschrift elf Artikel in Form von Statistiken und historischen Untersuchungen veröffentlicht.⁴⁴ Der Begriff „Statistik“ bezeichnete die Gesamtheit der Daten für ein bestimmtes Land im Sinne eines wirtschaftlichen und politischen Abrisses. Später wurde im Auftrag der Verwaltung des russischen Gouvernements Kurland eine „statistische Beschreibung“ von Kurland verfasst, die als wirtschaftliches Inventar in Mitau 1805 herausgegeben wurde. Zu den Statistiken kamen Quellen wie die Tagebücher Kanzler Fölkersams hinzu, oder ein Text aus dem 17. Jahrhundert mit dem Titel „Kurische Bauernphysik“ von Johann Georg Weygand. Drei Aufsätze befassten sich mit Begebenheiten aus dem Mittelalter, der Einführung der Leibeigenschaft und der Regierungszeit des ersten Herzogs.

Vor und nach der Erscheinungszeit der „Mitauischen Monatsschrift“ wurden zwischen 1781 und 1789 Untersuchungen mit historischem Bezug von Kurländern in anderen deutschsprachigen Zeitschriften publiziert.⁴⁵ Zuerst wurden sie in Riga veröffentlicht, und zwar in August Wilhelm

⁴⁰ Fölkersams, Bornmanns und Weygands Schriften werden in der Zeitschrift auszugsweise oder ganz abgedruckt, siehe unten. Für Kütner stand außerdem Schwander als fein gebildeter Anwalt mit sozialem Engagement für die Figur des aufgeklärten Humanisten.

⁴¹ Salomon Henning verhandelte den Unterwerfungsvertrag mit Polen (1561), der das Herzogtum begründete, während Melchior von Fölkersamb den Frieden von Oliva mit Schweden (1660) schloss. Joachim Transehe von Roseneck hatte seinerseits während des Dreißigjährigen Krieges den Waffenstillstand zwischen Schweden und Brandenburg verhandelt (1641).

⁴² Mitauische Monatsschrift, März 1784, S. 248.

⁴³ JOHANN GOTTLÖB BÖHME: *Actis pacis Olivensis ineditis, Vratislaviae 1763-1766*. Vgl. Mitauische Monatsschrift, Juni 1784, S. 201.

⁴⁴ [ERNST GOTTHARD VON DERSCHAU, PETER ERNST VON KEYSERLING:] *Beschreibung der Provinz Kurland*, Mitau 1805.

⁴⁵ Ueber Kurland, in: *Ephemeriden der Menschheit* 1783, Nr. 2, S. 463-473; Bruchstücke zur Statistik von Curland, in: *Ebenda* 1784, Nr. 2, S. 487-512; Geographisch-statistische Merkwürdigkeiten von Kurland, in: *Politisches Journal* 1789, Nr. 5, S. 557-565, 1789, Nr. 6, S. 669-675; Statistisch-topographische Nachrichten von den Herzogthümern Kurland und Semgallen, in: *Nordische Miscellaneen* 1785, Nr. 9-10, S. 13-238; Kurlands alter Adel und dessen Landgüter, oder kurländische Adelsmatrikul und Landrolle, in: *Ebenda* 1781, Nr. 3, S. 5-68; Beytrag zu den statistisch-topographischen Nachrichten von den Herzogthümern Kurland und Sem-

Hupels vielgelesener Zeitschrift „Nordische Miscellaneen“. Er hatte gebildete Kurländer zur Mitarbeit an seiner Zeitschrift bewogen, wie Karl Ernst Christian Müller, Hofmeister in Nerft, Heinrich Johann von Lieven, ehemaliger Offizier der russischen Reichsarmee und großer Kenner der Genealogie, sowie Johann Friedrich von Recke, Archivar in Mitau.⁴⁶ Außerdem erfolgten Publikationen in zwei großen deutschen Zeitschriften: den „Ephemeriden der Menschheit“ aus Leipzig und dem „Politischen Journal“ aus Hamburg. Außerhalb der Region zu publizieren war auch ein Mittel, das Herzogtum Kurland grenzüberschreitend bekannt zu machen. Allerdings ging es hier nicht um ruhmreiche Ereignisse aus der Geschichte. Die Aufsätze berichteten über Vorrechte des Adels hinsichtlich des Landbesitzes, welche die „Adelsmatrikul“ widerspiegelte.⁴⁷ Wie in einem Register wurden die alteingessenen Gutsherrschaften aufgezählt und aufgelistet.

Weitere Projekte mit historischem Bezug wurden ausgeführt. Im Rahmen des Göttinger Projekts der Universalgeschichte schrieb der aus Lüneburg stammende Historiker Ludewig A. Gebhardi eine „Geschichte des Herzogthums Kurland und Semgallen“⁴⁸. Er gliederte die Geschichte in zwei Teile um den Wendepunkt von 1561, als Kurland als selbständiges Herzogtum unter polnischer Herrschaft gebildet worden war. Schließlich veröffentlichte der aus Thüringen stammende Livländer Wilhelm Christian Friebe ein „Handbuch der Geschichte Liv-, Ehst- und Kurlands zum Gebrauch für Jedermann“ in Riga, das als Synthese für die Zeit vor 1710 konzipiert wurde.⁴⁹ Unter den Kurländern hinterließ der Historiograf des herzoglichen Hauses, Erwald von Klopman, einen geschichtlichen Abriss des Herzogtums, der jedoch nicht veröffentlicht wurde.⁵⁰

gallen, in: Ebenda 1788, Nr. 15, S. 779-781; Zu der kurländischen Adelsmatrikul, in: Ebenda 1786, Nr. 11, S. 431-435.

⁴⁶ AUGUST WILHELM HUPEL: Nordische Miscellaneen, Bd. 1-28, Riga 1781-1791; Neue Nordische Miscellaneen, Bd. 1-18, Riga 1792-1798. Vgl. JÜRJO, Aufklärung im Baltikum (wie Anm. 7), S. 205.

⁴⁷ Zu diesem Thema vgl. Kurland. Vom polnisch-litauischen Lehnsherzogtum zur russischen Provinz. Dokumente zur Verfassungsgeschichte 1561-1795, hrsg. von ERWIN OBERLÄNDER und VOLKER KELLER, Paderborn 2008.

⁴⁸ LUDEWIG ALBRECHT GEBHARDI: Geschichte des Herzogthums Kurland und Semgallen, oder der liefländischen Geschichte zweyter Abschnitt, Halle 1789.

⁴⁹ WILHELM CHRISTIAN FRIEBE: Handbuch der Geschichte Liv-, Ehst- und Kurlands zum Gebrauch für Jedermann, Riga 1791-1794.

⁵⁰ ERWALD DE KLOPMANN: Histoire générale des Duchés de Courlande et de Sémigalle jusqu'à l'abdication du Duc Pierre qui s'étend non seulement jusqu'à la mort de S.A.S. Mgr. le Duc Ernest Jean de Biron ci-devant Régent de l'Empire de toutes les Russies, mais encore aux premières années du Règne de son Fils, S.A.S. Mgr. Le Duc Pierre, 2 Bde., o.O. 1780.

Rechtfertigung der Lokalgeschichtsschreibung

Im Mittelpunkt der Aufsätze von Kurländern standen die Regionalgeschichte, der Begriff von der Heimat und die vermeintliche Eigenart des Landes. So konnten sich die Neuankömmlinge (hauptsächlich die Literaten) mit dieser ihnen bislang verschlossenen Vergangenheit vertraut machen; dies erklärte das Interesse, das die Biografien weckten. Die Frage der Identität wurde nicht immer formuliert, schwang aber in der gewählten Thematik mit. Die Untersuchungen konnten die Tradition bestätigen, andere relativierten bestimmte Vorstellungen. Lokale Reformen im Sinne der Aufklärung sollten angeregt werden. Kütner verstand den Begriff Heimat im Sinne der Antike, aus der er Klassiker übersetzt hatte. Er assoziierte ihn mit den Ideen der Freiheit, des Glücks und der Tugend. Wie viele Aufklärer aus Deutschland dachte er, dass Wissen als Medium von Reformen dienlich sei. Justus Möser, der bekannte Verfasser einer Geschichte von Osnabrück, hegte den Gedanken, dass sich die Geschichte an alle richtete. Er schrieb: „Nach meinem Wunsche sollte auch der Bauer die Geschichte nutzen und daraus sehen können, ob und wo ihm die politischen Einrichtungen Recht oder Unrecht tun.“⁵¹

Nach einem populärwissenschaftlichen Aufsatz über Geografie ermunterte Kütner seine Mitarbeiter, ihr Wissen den ungebildeten Lesern zugänglich zu machen:

„Der Verfasser dieser Abhandlung bescheidet sich von selbst, daß dieselbe nichts neues für eigentliche Gelehrte enthalte, und daher hat er sie auch nicht für dieselben geschrieben. Es wäre aber zu wünschen, daß in dieser periodischen, für ein ganzes Publikum bestimmten Schrift, die gewiß zur größeren Hälfte nicht eigentlich von Profession Gelehrte zu Lesern hat, öfters mancherley gelehrte, besonders physikalische und naturhistorische Kenntnisse, mit praktischen und moralischen Anmerkungen begleitet, gemeinnützig gemacht würden.“⁵²

Gelehrte Arbeiten hatten einen pädagogischen, „praktischen“, „moralischen“ und „nützlichen“ Zweck. 1789 kündigten Kütner und einer der Mitarbeiter, der Anwalt Tetsch, an:

„Die Geschichte des Vaterlandes wird, durch die jährlich zunehmende Seltenheit der alten liv- und kurländischen Geschichtschreiber, für unser Zeitalter täglich schwieriger und dunkler; die gedruckten Chroniken erscheinen immer seltner und theurer, und Handschriften gehen eine nach der andern in ihrer Dunkelheit verloren. Einer unsrer geistreichsten und wohlwollendsten Mitbürger, dem Zeit und Geschäfte nun nicht erlauben, selbst als Schriftsteller zu arbeiten, hat, aus ächter, dankbarer Liebe gegen sein Vaterland, den patriotischen und groß-

⁵¹ JUSTUS MÖSER: Osnabrückische Geschichte, hier nach der Ausgabe Justus Möser's sämtliche Werke, Bd. 13, Oldenburg, S. 46, zitiert in: MÖLLER, Vernunft und Kritik (wie Anm. 5), S. 161.

⁵² Mitauische Monatsschrift, Februar 1785, S. 91.

müthigen Entschluß gefaßt, unsre besten vaterländischen Geschichtschreiber wieder ans Licht zu ziehen, und ihren Gebrauch allgemeiner zu machen.“⁵³

Das Mittelalter sollte also durch „echte Vaterlandsliebe“ beleuchtet werden, womit die Publikation einer Sammlung älterer Manuskripte gemeint war. Der Geschichtsforscher, von dem hier die Rede ist, wollte die ersten Historiker von Kurland popularisieren, und zwar zunächst durch die Neuauflage von Balthasar Russows Chronik. Die Fortsetzung dieses Projektes hing von der Verkaufszahl der gedruckten Exemplare ab. Allerdings konnte er sein Vorhaben, mehrere Quellen neu aufzulegen, nicht vollenden; es blieb vorläufig bei dieser einzigen Publikation.⁵⁴

Kütner und seine Mitarbeiter assoziierten Aufklärung, Patriotismus und Geschichtsschreibung auch dadurch miteinander, dass sie einige Porträts von Historikern und Staatsmännern herausgaben, die künftigen Geschichtsforschern nicht nur als Anregung dienen, sondern zugleich als gemeinsames Erbe des Landes erscheinen sollten. Der patriotische Gedanke tauchte unter verschiedenen Begriffen und Ausdrücken auf: „patriotisch“, „Vaterlandsliebe“, „Freunde der Heimat und der Geschichte“. Die „Mitausche Zeitschrift“ war bestrebt, den Historiker und den Patrioten gleichzusetzen, und kommentierte ein Beispiel der Zusammenarbeit unter Literaten in diesem Sinne; Tetsch, Kütner und der Hofdrucker Johann Friedrich Steffenhagen schlossen sich für ein Publikationsprojekt über kurländische Historiker zusammen:

„Möchte dieses so uneigennütziges Unternehmen dem gesammten Vaterlande Ehre und wahren Nutzen, und einem betriebsamen Manne, der, wie Herr Steffenhagen, so gern zur Zufriedenheit und zum Wohlgefallen unsers Publikums in seiner Officin arbeiten möchte, recht viele Ermunterung verschaffen!“⁵⁵

Dieses Vorhaben wurde allerdings nicht bis zum Ende ausgeführt. Dennoch konnte man von der Ankündigung solcher Initiativen – wie in diesem Fall in der Zeitung – eine langsame Bewusstwerdung der Öffentlichkeit und eine vermehrte Publikationstätigkeit erhoffen. Der Patriotismus erfuhr somit eine kulturelle Definition, weil er darin bestand, das kollektive Wissen zu teilen. Wie die beständige Sorge Kütners zeigt, ältere Chroniken gegen die Zeit und den Verfall zu schützen, versuchten Literaten durch Lokalgeschichte eine gemeinsame Erinnerung zu schaffen. Mit

⁵³ Mitausche Zeitung, 25.8.1789, S. 1.

⁵⁴ Es handelt sich wahrscheinlich um Johann Friedrich von Recke, damals Archivar in Mitau, der 1794 einen Sammelband zu den Historikern der baltischen Provinzen herausgab, vgl. JOHANN FRIEDRICH VON RECKE: Sammlung ehst-, liv- und kurländischer Geschichtschreiber, Bd. 1, Mitau 1794. Später gelang ihm allerdings ein anspruchsvolles Unterfangen, nämlich die Publikation eines Gelehrtenlexikons in Zusammenarbeit mit Carl Eduard Napiersky: JOHANN FRIEDRICH VON RECKE und CARL EDUARD NAPIERSKY: Allgemeines Schriftsteller- und Gelehrten-Lexikon der Provinzen Livland, Estland und Kurland, 4 Bde., Mitau 1827-1832.

⁵⁵ Mitausche Zeitung, 25.8.1789, S. 2.

der Unterstützung des Herzogs sollten zudem auch Argumente gefunden werden, die dazu geeignet waren, politische Reformen zu begünstigen.

Anstatt der angekündigten Geschichte Kurlands verfasste Kütner historische Gedichte und Epen unter dem Titel „Kuronia. Dichtungen und Gemälde aus den ältesten kurländischen Zeiten“.⁵⁶ Das Werk bestand aus mehreren Dichtungen zum Teil über angesehene Persönlichkeiten der Vergangenheit. Darunter fanden sich die großen Meister des Livländischen Ordens, deutsche Ritter, aber auch die so genannten lettischen Könige (der freien Stämme), deren Existenz dem Verfasser zufolge „Goldene Zeiten“⁵⁷ symbolisierten. Diese Figuren hatten sich vor der Gründung des Herzogtums durch mutige Taten ausgezeichnet oder sich später außergewöhnliche Verdienste erworben, wodurch sie zu Identifikationsfiguren wurden oder wenigstens bewundernswert waren. Diese Publikation kann als Originalbeitrag zur Lokalgeschichte aufgefasst werden, insofern als sie dem Begriff „Patriotismus“ einen doppelten Sinn verlieh: einerseits historisch, als Sammlung der hohen Taten der Vergangenheit, und andererseits poetisch. Der Autor erklärte:

„Eines Tages, an einer fröhlichen und geistreichen Abendtafel, behauptete ein nicht gemeiner Kenner der kurländischen Geschichte, sie sey, vor vielen andern, doch äusserst arm an auffallenden und denkwürdigen Ereignissen, und deshalb keiner interessanten Behandlung fähig. – Ich, der ich eben mit Lesung der ältesten Chronisten und neuerer Geschichtsforscher tief beschäftigt war; in der Absicht, der einst wenigstens eine kurze aphoristische Geschichte Kurlands auszuarbeiten, widersprach dieser niederschlagenden Behauptung, und machte geradezu mich anheischig, einige Begebenheiten und Scenen aus den fabelhaften sowohl, als uralten Zeiten des Landes sogar bis zur heroischen Einkleidung zu erheben. Ich ward gehört, bezweifelt; – und nachher doch an die Erfüllung meiner Zusage erinnert. – Diese ungefähre Veranlassung bewog mich, aus den Tagen der Vorzeit einige merkwürdige Personen und Sachen aufzusuchen und ihre Geschichten poetisch auszubilden, ohne jedoch diese Dichtungen von der historischen Wahrheit, oder Wahrscheinlichkeit, allzuweit zu entfremden.“⁵⁸

Im Gegensatz zum nüchternen Historiker wollte sich Kütner auch von Legenden beeinflussen lassen, dort, wo die Chroniken schwiegen. Das sollte beim Leser das Interesse wecken für eine spätere gelehrtere Lektüre. Kütner behauptete, die „patriotische Muse“ habe ihn inspiriert,⁵⁹ und verglich die Lage in Kurland mit der in Deutschland:

⁵⁶ KARL AUGUST KÜTNER: *Kuronia, Dichtungen und Gemälde aus den ältesten kurländischen Zeiten*, Bd. 1, Mitau 1791, 120 S.

⁵⁷ Hier nach der Neuauflage 1793: KÜTNER: *Kurona, Dichtungen und Gemälde aus der nordischen Vorzeit*, Leipzig 1793, 2. Bd., S. 252.

⁵⁸ KÜTNER, *Kuronia* (wie Anm. 57), S. III-IV.

⁵⁹ Ebenda, S. IV.

„Zu verwundern ist es, dass unsre neuesten Dichter aus der Geschichte des Mittelalters, das doch an wunderbaren und poetischen Auftritten und Menschen überflüssig reich ist, so selten Materialien gewählt und bearbeitet haben. Ein preussischer Poet, zum Exempel, könnte in der dunkeln, alten und mittlern Geschichte des Hauses Brandenburg, ohne viel ängstliches Suchen, zu interessanten Nationalgedichten reichlichen Stoff finden. Ich gedenke des Hauses Oesterreich und der sächsischen Fürsten nicht. – Das letztvergangene Jahrhundert war an teutschen heroischen Gedichten ergiebiger. (...) Teutsche Thaten und teutsche grosse Männer aus der vergangenen Zeit erwarten ihre Sänger noch.“⁶⁰

Als patriotisch wurden kulturelle Leistungen gekennzeichnet, die sowohl die Literatur als auch das Wissen vor Ort förderten. Auch in der „Mitauischen Zeitschrift“ bedauerte der Herausgeber Kütner das mangelnde Interesse der Kurländer für ihre eigene Geschichte. Die Geschichte Kurlands zeige nämlich, dass die Gründung des Herzogtums den Frieden wiederherzustellen half. Sein Artikel „Eine Begebenheit aus den Tagen Gotthard Kettlers“ erinnerte an die ununterbrochenen Kämpfe aus Kurlands „Vorzeit“, an eine blutige Epoche, der mit der Schaffung Kurlands ein Ende gesetzt worden sei:

„Livland war, nachdem es schon, durch Kettlers Vermittlung, sich der Krone Polen unterworfen hatte, doch immer noch in einer mißlichen und unglücklichen Lage. Schweden, Polen und Russen verheerten und entvölkerten itzt wechselsweis das gänzlich erschöpfte Land, und die Herrschaft dieser Mächte war (...) nicht mehr wie anfangs, unterschieden, sondern ziemlich unter einander vermischt. Was heut die Polen eroberten und gewannen, griffen morgen die Schweden an, und kaum hatten diese wieder ein Schloß oder einen Paß eingenommen, als sie schon der Macht des siegreichen Czaaren ihn räumen mußten. In dieser Zeit der Verwirrung und des Blutvergießens herrschten Eifersucht, Mistrauen und Argwohn allgemein, und es kostete viel, bey der Wuth der kriegenden Partheyen gegen einander nur Verdacht des Verraths zu vermeiden.“⁶¹

Hinter den Bemühungen, den patriotischen Gedanken durch Wissenskommunikation zu fördern, verteidigten gerade die oft aus Deutschland nach Kurland eingewanderten Literaten die lokale Identität und das lokale Selbstbewusstsein im Bereich der Schönen Wissenschaft. So ärgerte sich Kütner über fremde Historiker, die sich mit Kurland befassten und seiner Meinung nach das Land nicht kannten:

„Es ist fast eine Schande, daß seitdem Kurland ein Herzogtum ist, beinahe niemand unter uns die Geschichte des Vaterlandes mit Ernst hat bearbeiten wollen, und daß Fremde, die Kurland nie gesehen haben,

⁶⁰ Ebenda, S. VII.

⁶¹ Mitauische Monatsschrift, Junius 1784, S. 264f.

wie Thunmann und Wagner, u. a. uns auf dieser ehrenhaften Laufbahn zuvorgekommen sind.“⁶²

Die einheimischen Historiker dagegen fristeten ihr Leben in „dem stillen Verdienst des patriotischen Gelehrten“, ein Benehmen, das zwar für Kurland als typisch erschien,⁶³ aber dennoch seine Grenzen offenbarte. In diesem Bestreben nach größerer Anerkennung der lokalen Arbeit in der Gelehrtenrepublik ließen sich die Kurländer gleichsam auf ein Bündnis mit dem benachbarten Livland ein. Für Kütner standen Livland und Kurland im Hinblick auf ihre teilweise gemeinsame Vergangenheit in einer vergleichbaren Situation:

„Das geliebte Land, in dem ich lebe, ist, so wie Livland, freylich nicht reich an grossen und weltkundigen Ereignissen, und stehet hierinn einigermassen Livland nach, aus dessen Landesgeschichte sich zu gleichem Behuf mehr als ein vorzügliches Thema leicht ausheben liesse“.⁶⁴

Trotz der langen gemeinsamen Geschichte der Provinzen war der größere Reiz von Riga gegenüber Mitau unübersehbar; die gegenseitigen Schmeicheleien konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass Kurland und Livland Rivalen blieben, wenn sie auch einander brauchten.

Neben den gelehrten Arbeiten, die vornehmlich eine antiquarische Ausrichtung hatten, bildete sich eine andere historische Strömung heraus, deren Ziel weniger die Vermittlung von neuem Wissen als die Neubewertung vergangener Ereignisse und die Korrektur ihrer Deutung war. Sie ging auf die mittelalterlichen Wurzeln Livlands zurück, noch vor der Gründung des Herzogtums Kurland. Beeinflusst von dem Glauben an eine moralische Verantwortung der Geschichte, widmete sie sich dem Schicksal der damals in Schriften kaum berücksichtigten lettischen Bevölkerung und dokumentierte die Ankunft der deutschen Ritter. Die Kreuzzüge im Norden Europas waren ein Krieg gegen das Heidentum gewesen. Das Urteil, das man über sie Ende des 18. Jahrhunderts fällte, näherte sich der Definition, die in der Enzyklopädie der französischen Philosophen vertreten wurde: Die Evangelisierung mit Waffengewalt hatte die ersten Bewohner der Ostseeküste nicht tiefgreifend bekehrt.⁶⁵ Herder, der sich in den Jahren 1764 bis 1769 in Riga aufhielt, fällte rückblickend ein ähnliches Urteil in seinen in Riga erschienenen „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ (1784), als er feststellte, die Kreuzzüge hätten im baltischen Raum mehr Schlechtes als Gutes angerichtet.⁶⁶

⁶² Ebenda, Januar 1784, S. 6.

⁶³ Ebenda, Oktober 1784, S. 44.

⁶⁴ KÜTNER, Kuronia (wie Anm. 57), S. VII.

⁶⁵ DENIS DIDEROT ET D'ALEMBERT: Art. „Croisade“, in: *L'Encyclopédie ou dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers*, Bd. 4, Paris und Le Breton 1754, S. 505.

⁶⁶ JOHANN GOTTFRIED HERDER: Kreuzzüge und ihre Folgen, in: *DERS.: Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit*, hrsg. von MARTIN BOLLACHER,

Die deutsche Kolonisation wurde in den baltischen Provinzen meistens zusammen mit der Frage der Leibeigenschaft behandelt. Hupel bemerkte, dass diese Deutung bei den Publizisten geläufig war; er missbilligte sie, denn in seinen Augen war es eine Vereinfachung der komplexen Lage, wenn man behauptete, die Völker in Livland hätten ihre Freiheit wegen der Kirche oder der Deutschen verloren.⁶⁷ Er unterstrich die Brutalität der Kolonisation, vertrat jedoch die Ansicht, sie habe schon vor der Evangelisierung bestanden, schließlich hätten sich die Händler bei den ersten Handelsbeziehungen schon rücksichtslos gegenüber den einheimischen Völkern verhalten. Man konnte vermuten, dass diese Territorien von Russen, Dänen, Schweden oder Polen annektiert worden wären, wenn die Deutschen sie nicht erobert hätten. Umgekehrt war die Unterjochung der Bevölkerung geraume Zeit nach der Ankunft der Ritter erfolgt. Es war schwierig, über die Legitimität der Kolonisation in juristischer oder gar moralischer Hinsicht zu urteilen:

„Hatten die Deutschen ein Recht, Liefland zu erobern? Diese speculative Frage zu entscheiden, müssen wir uns in die Zeiten setzen, wo die Päpste Länder vergaben, die sie nicht kannten, und die ihnen nicht gehörten; der Eifer für Gottes Ehre, den die Begierde zu erobern in volle Flammen setze, rechtfertigte alle Schritte.“⁶⁸

Man konnte zwar die Kirche tadeln als weltliche Macht, aber nicht die Religion als geistliche Lehre. Nach dem Beispiel Hupels stellten die Aufklärer das Prinzip der Kolonisation oder der deutschen Präsenz nicht in Frage, sondern hinterfragten die Entscheidungen, die gegenüber den Einheimischen getroffen worden waren. Gerade in der Untersuchung der Beziehungen zwischen den Völkern fällten sie ein moralisches Urteil. Anstatt wie üblich die Kreuzzüge lediglich aus Sicht der Kreuzherren darzustellen, behandelten sie diese Periode auch aus der Sicht der eroberten, bekehrten und unterjochten Letten.

Vor allem in Livland entstanden Arbeiten, die teils historisch, teils polemisch ausgerichtet waren.⁶⁹ Diese Schriften interpretierten die Geschichte der Region im Lichte der Aufklärungsideale; sie erinnerten an die Freiheit der Letten vor der deutschen Kolonisation und sprachen erstmals von der damaligen Kultur der Urvölker. Die Kritik an der Kirche zur Zeit der Kreuzzüge diente als Argument gegen die Nachfahren der deutschen Ritter, den deutschbaltischen Adel. Adlige Gutsherren erschienen als

Frankfurt a. M. 1989 (Werke Johann Gottfried Herder, Bd. 6), Vierter Teil, Buch 20, Kapitel 3, S. 878ff.

⁶⁷ AUGUST WILHELM HUPEL: *Topographische Nachrichten von Lief- und Ehstland*, Bd. 1, Riga 1774, S. 169.

⁶⁸ Ebenda, S. 170.

⁶⁹ Zum Beispiel die Schriften von GARLIEB MERKEL, *Die Letten, vorzüglich in Liefland am Ende des philosophischen Jahrhunderts*, Leipzig 1796, und DERS.: *Die Vorzeit Lifflands*, Berlin 1798. Vgl. KASPARS KLAVIŅŠ: *The Baltic Enlightenment and Perceptions of Medieval Latvian History*, in: *Journal of Baltic Studies* 29 (1998), S. 213-224.

gleichgültige oder schlechte Verwalter, die ihre Leibeigenen für die Feldarbeiten ausbeuteten.

In Kurland wurde diese Frage jedoch kaum in Publikationen behandelt. 1777 erschien eine Zeitschrift mit dem Titel „Der Philanthrop“.⁷⁰ Sie wurde von dem livländischen Pastor Johann Georg Eisen⁷¹ verfasst und strebte ein politisches und soziales Ziel an. Eisen forderte radikale Veränderungen, nämlich die Bauernbefreiung und die Abschaffung der Leibeigenschaft. Beim Adel war das Aufsehen sehr groß, und Eisen musste nach dem ersten Band das Land verlassen. Seine Zeitschrift überschritt die Grenzen von dem, was die Konservativen bereit waren, an aufklärerischem Gedankengut zu tolerieren. Die „Aufklärer“ wurden bezichtigt, Standpunkte zu verteidigen, die mit den Interessen der alteingesessenen Familien unvereinbar waren. Trotzdem wurden Eisens Vorschläge in gebildeten Kreisen kommentiert und verbreitet – dies zeigt die Rezension der Zeitschrift in der „Allgemeinen Deutschen Bibliothek“ durch den kurländischen Professor für Mineralogie, Johann Jakob Ferber.⁷²

Sieben Jahre nach Eisens Schrift erschienen in Kütners Zeitschrift Aufsätze, in denen die Frage der Leibeigenschaft behandelt wurde. Im Artikel „Liv- und Kurländische Staatsgeschichte“ wurden die „Bekehrung und Unterjochung der livländischen Völkerschaften durch Teutsche“ erwähnt. Ferner hieß es: „Ganz Europa brannte damals von fanatischem Eifer, die Religion mit dem Schwerte in der Hand auszubreiten“.⁷³ Die Unterjochung der Letten, schrieb der Verfasser des Artikels „Über die Leibeigenschaft in Kurland“, hatte mit der Ankunft der deutschen Kreuzherren angefangen. Er entwarf die Chronik einer gewaltsamen Christianisierung, die die einheimischen Völker mit „Gewalt und Schwert bekehrt“ hatte. Allerdings wurde unmittelbar danach festgestellt, dass sie als die letzten Heiden, die bekehrt worden seien, auch „die rohesten, ungeschlachtetsten und widerspenstigsten“ waren. „Kein Wunder, daß sie bis auf den heutigen Tag auch die letzten im Genusse aller aus Gelehrigkeit, Lenksamkeit und Aufklärung entspringenden Vorrechte der Menschheit sind!“⁷⁴ Die Kolonisation wurde hier nicht in Frage gestellt, denn vor der Ankunft der Deutschen herrschte angeblich die Barbarei im Land. Darüberhinaus wurden

⁷⁰ Der Philanthrop, eine periodische Schrift verfasst von JOHANN GEORG EISEN, Erstes Stück, Mitau: bey Jakob Friedrich Hinz 1777. Vgl. Johann Georg Eisen (1717–1779). Ausgewählte Schriften: deutsche Volksaufklärung und Leibeigenschaft im Russischen Reich, hrsg. von ROGER BARTLETT und ERICH DONNERT, Marburg 1998.

⁷¹ Johann Georg Eisen wollte seine Agrarreformen in Kurland durchführen und nahm das Angebot des Herzogs als Professor für Ökonomie an der Academia Petrina und fürstlicher Güterverwalter an. Vgl. ERICH DONNERT: Agrarfrage und Aufklärung in Lettland und Estland. Livland, Estland und Kurland im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 2008, S. 70–75.

⁷² HEINZ ISCHREYT: Jakob Friedrich Hinz. Ein vergessener Buchhändler und Verleger in Mitau, in: Nordost-Archiv 5 (1972), H. 22/23, S. 3–14, hier S. 9.

⁷³ Mitauische Monatsschrift, November 1784, S. 100.

⁷⁴ Ebenda, Oktober 1784, S. 8.

in diesem Aufsatz die Stereotype über die Letten als rückständiges Volk wieder aufgegriffen und durch die Geschichte gerechtfertigt.

Die Mentalitäten in Kurland hatten sich somit noch nicht wesentlich geändert, wenn man von dem relativ kleinen Kreis der Literaten und des gebildeten Adels absieht. Die aufgeklärte Geschichtsschreibung blieb im Hinblick auf die Darstellung der sozialen Verhältnisse insgesamt recht konservativ. Trotzdem kann die Zeit der Aufklärung als Umbruchphase für die deutsch-lettischen Beziehungen bezeichnet werden, da die deutschsprachigen gebildeten Kreise den Letten neuerdings wachsende Aufmerksamkeit widmeten.

SUMMARY

“The Silent Merit of a Patriotic Scholar?” Early Historians in Enlightened Courland

Although research into the past became a generally appreciated activity in 18th century Europe, local historiography in the duchy of Courland developed only after many difficulties had been overcome. The initiative belonged to a number of literati who joined Karl August Kütner, then Professor at the new Academia Petrina in Mitau. In this circle, Friedrich Konrad Gadebusch's work about Livonian historians (1772) was received as a model for a renewal of local historiography. During those years enlightened scholars in Mitau and Riga often worked closely together, yet their rivalry remained. Many literati who immigrated only recently wondered how difficult it was to gain access to the sources. Recent publications were rare, old chronicles practically unreadable.

Carl Christoph Ziegenhorn's *Staatsrecht* (state law) raised a lively debate over the political dualism between the Duke and the nobility. Basically, however, history was not an object of lively critical interest since native *Kurländer* (German inhabitants of Courland) observed every undertaking sceptically, not the least because respect demonstrated for the ancestors was an essential factor of local identity. How would it be possible to write history without being received as polemical by established families? Essentially, enlightened history required critique, but even more necessary was the examination of written tradition. Therefore, old sources were reprinted in the local journal *Mitauische Monatsschrift* (1784–1785). The authors committed to this publication formulated a methodology to avoid “inherited errors” and were led by pedagogical and enlightened considerations. They tried to transfer some aspects of the contemporary scholarly discussions in Europe to Courland. On the one hand they wanted to spread knowledge

about the past and on the other hand they wanted the German speaking elite to become more inclined towards the Latvian population. The articles about the past focused on regional history that was treated in a rather antiquarian way. The readers learned about the life of important Couronian personalities and politicians who themselves had been inclined towards history and poetry. This information should illustrate the virtues associated with “patriotism”.

However, in Courland the historical orientation was the main approach while the second idea of questioning the present relations between Germans and Latvians was more weaker developed than in Livonia. The whole project was moderately received by the public. Nevertheless, in 1824 Carl Eduard Napiersky could claim in his *Fortgesetzte Abhandlung von livländischen Geschichtsschreibernk* (Continued Treatise on the Writing of Livonian History) that writings dealing with regional history had strongly increased during the last fifty years.

Eine einfache Annexion? Die Handels- und Grenzkonvention zwischen dem Herzogtum Kurland und Russland vom 10./21. Mai 1783

VON MÄRĪTE JAKOVĻEVA

Am 10./21. Mai 1783¹ unterzeichneten Delegierte des Herzogtums Kurland und des Russischen Imperiums in Riga eine „Handlungs- und Grenz-Convention“. Obgleich diese Konvention im Allgemeinen von rein lokaler Bedeutung war, wurde die Unterzeichnung von mehreren Faktoren beeinflusst, die sowohl mit den innen- als auch den außenpolitischen Zielen der russischen Kaiserin Katharina II. verbunden waren. In dieser Hinsicht gehört die Konvention in einen weiteren geschichtlichen Kontext. Die Methoden, die von der russischen Seite angewandt wurden, um das gewünschte Resultat zu erzielen, stellen ein krasses Beispiel dafür dar, was man heutzutage Machtdiplomatie nennt, gehörten doch nicht nur verdeckte, sondern auch offene Drohungen zur Verhandlungsführung.

Russland konnte sich erlauben, dem kleinen Herzogtum seine Bedingungen zu diktieren, weil es zu dieser Zeit schon die führende Rolle im östlichen Teil Europas innehatte. Gemeinsam mit Österreich und Preußen war es im Begriff, die Karte Europas vom Schwarzen Meer und dem Balkan bis hinauf zur Ostsee von Neuem zu teilen. 1772 erfolgte bereits die erste Teilung Polens, die dem Russischen Imperium Inflanty oder Polnisch-Livland (Lettgallen) sowie einen Teil Weißrusslands bescherte. Zehn Jahre später wurde am Hof in St. Petersburg das so genannte „Griechische Konzept“ entwickelt: Die Länder im europäischen Teil des Osmanischen Reichs sollten zwischen Österreich und Russland aufgeteilt werden. Um diesen Plan zu verwirklichen, musste Russland eine Einigung mit Österreich treffen, welches wiederum in Preußen seinen größten politischen Gegner und Konkurrenten sah. Deshalb war auch die russische Führung besorgt, dass Preußen als Antwort auf eine russische Aggression gegen das Osmanische Reich seinerseits Gebiete besetzen könnte, auf die es – wie etwa auf Kurland – schon länger Anspruch erhob. Um Preußen diese Gelegenheit erst gar nicht zu bieten, entwarf Graf Aleksandr Bezborodko, Katharinas Ratgeber in außenpolitischen Fragen, bei

¹ Mit dem Doppeldatum werden die Unterschiede in der Zeitrechnung bezeichnet: In Russland erfolgte die Zeitrechnung nach dem Julianischen Kalender, also alten Stils (a. St.); in Kurland aber nach dem Gregorianischen Kalender, also neuen Stils (n. St.). Der Unterschied betrug im 18. Jahrhundert elf Tage.



– Abb. 1. Der Rigische Kreis = Le cercle de Riga, gezeichnet von Ludwig August Graf Mellin, Riga [1798]. Fragment (Akademische Bibliothek der Universität Tallinn, Tallinna Ülikooli Akadeemiline Raamatukogu).

einer Besprechung des „Griechischen Projekts“ 1782 folgenden Gedanken: Russland könnte das Herzogtum Kurland erhalten, Polen-Litauen aber, dem Kurland damals nur formal gehörte, bekäme als Entschädigung die damals osmanischen Länder zwischen Bug und Dnister. Zudem sprach für einen Anschluss Kurlands an das Russische Imperium nach Ansicht Bezborodkos, dass Rigas Handel dadurch nicht mehr der Konkurrenz der kurländischen Häfen Libau und Windau ausgesetzt wäre. Allerdings lehnte Katharina II. die Annexion Kurlands damals mit der Begründung ab, Kurland müsse „für immer so bleiben, wie es ist – unabhängig zwischen den Großmächten (*между державами независима*)“.² Das heißt, es sollte faktisch die Funktion eines Pufferstaates übernehmen.³ Die Frage des Schutzes für den Riga-Handel jedoch blieb in Russland allein schon vor dem innenpolitischen Hintergrund der angestrebten Zentralisierung und Unifizierung des Staates weiter aktuell.

Zu Beginn der 1780er Jahre ließ Katharina II. die lange vorbereitete Statthalterchaftsverfassung in den Ostseeprovinzen einführen, die seitens des ländlichen Adels und der städtischen Oberschicht in Est- und Livland große Unzufriedenheit hervorrief. Zugleich wurde, wie anderswo im Russischen Imperium, ihr Ukas vom 27. September 1782 (a. St.) in Kraft gesetzt,

² ПЕТР В. СТЕГНИЙ: Разделы Польши и дипломатия Екатерины II. 1772. 1793. 1795 [Die Teilungen Polens und die Diplomatie Katharinas II. 1772. 1793. 1795], Москва 2002, S. 191.

³ Siehe auch ebenda, S. 188-193, 625-635. Die erwähnte These „vergaß“ Katharina II. schon 1795, als nach der dritten Teilung Polens Kurland dem Russischen Reich angeschlossen wurde.

demzufolge ein schärfer kontrollierter Zoll- und Grenzkordon installiert werden sollte. Dies sah die Einrichtung besonderer Zollstationen vor, aber auch eine verstärkte Überwachung der Grenze sowie die Sperrung illegaler Wege, um den Schmuggel zollpflichtiger Waren über die Grenzen des Imperiums zu verhindern.⁴ Dieser Beschluss traf das Herzogtum Kurland sehr direkt, weil die Grenze zwischen Livland und Kurland gleichzeitig eine Staatsgrenze war. Russland setzte sich auch dafür ein, einen möglichst großen Warenstrom aus Polen-Litauen nach Riga fließen zu lassen. Eine Konkurrenz für Riga stellten damals neben Preußen, das den Zoll am Unterlauf der Weichsel, in dem Gebiet, das es 1772 erhalten hatte, niedrig hielt, auch die Häfen des Herzogtums Kurland mit ihren niedrigeren Zöllen dar. Zudem wurden auf dem Weg nach Riga auf dem Territorium des Herzogtums verschiedene Abgaben von den Kaufleuten kassiert, die den Warentransport zusätzlich verteuerten.⁵ Die Herzöge Kurlands hatten bereits in den 1760er und 1770er Jahren russischen Forderungen nachgegeben und den Transitzoll für die aus Litauen eingeführten Waren aufgehoben. Das betraf hauptsächlich die Produktion auf den Gütern, die von den Gutsherren selbst oder von ihren Bevollmächtigten verkauft wurde. Diese herzoglichen Anordnungen wurden jedoch in der Realität nicht immer beachtet, ja zuweilen wurden sogar neue Zollstationen eingerichtet, die sich häufig in den Wirtshäusern an den Landstraßen befanden; genauso wurden auch die Gebühren für die Benutzung der Brücken und Landungsbrücken aufrechterhalten.

In der Folge machte sich in Russland eine gewisse Unzufriedenheit bemerkbar. Katharina II. beauftragte im Herbst 1782 den livländischen Generalgouverneur Graf George Browne, nach Möglichkeit günstigere Bedingungen für den Handel mit Riga zu erwirken. Auf ihren Befehl schickte Browne am 8./19. Oktober dem kurländischen Herzog Peter von Biron ein ausführliches Schreiben, in dem er zum einen forderte, dass Waren aus Polen-Litauen zukünftig ohne die Erhebung von Zoll oder anderen Abgaben nach Riga und in umgekehrter Richtung transportiert werden durften. Zum andern verlangte er mit Bezugnahme auf den 1615 zwischen der Stadt Riga und den Herzögen Kurlands geschlossenen Vertrag, dass die Getreide- und Nahrungsmittelausfuhr durch die Häfen Kur-

⁴ Полное собрание законов Российской империи с 1649 года [Vollständige Sammlung der Gesetze des Russischen Imperiums seit dem Jahr 1649] (künftig: ПСЗ), Санкт-Петербург 1830, Nr. 15522, Bd. XXI, S. 682–685. Genau am gleichen Tag unterzeichnete Katharina eine Anordnung über die Einführung eines einheitlichen Zolltarifs in allen Häfen des Russischen Imperiums. Ebenda, Nr. 15520, Bd. XXI, S. 678–681.

⁵ ERWIN OBERLÄNDER: Transit zur Unterwerfung: Die kurländisch-russische „Handlungs- und Grenz-Convention“ vom 21. Mai 1783, in: Transit Brügge-Novgorod. Eine Straße durch die europäische Geschichte. Katalog der Ausstellung im Ruhrländemuseum Essen, Bottrop 1997, S. 416–423, hier S. 417.

lands zu unterbinden sei.⁶ In seiner Antwort wies Herzog Peter darauf hin, dass er die Untertanen Russlands keineswegs bei ihren kaufmännischen Aktivitäten behindern wolle, doch schrieben die Bestimmungen des Vertrags von 1615 den Kurländern nicht vor, auf den Handel mit Getreide und ähnlichen Waren zu verzichten. Angesichts des Umstands, dass Getreide und Nahrungsmittel die zentralen Exportwaren des Herzogtums bildeten, sei die Durchsetzung der russischen Forderungen gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch des kurländischen Handels.⁷ Außerdem war der Herzog der Meinung, dass der Vertrag von 1615 schon längst nicht mehr gültig sei, da auch Riga die im Vertrag festgelegten Verpflichtungen nicht erfüllte – hier verwies er darauf, dass die Stadt den Herzögen z. B. keine Zollermäßigungen mehr gewährte. Der Vertragsartikel über das Getreideausfuhrverbot beziehe sich nicht auf Libau und Windau, sondern auf die kleinen Häfen an der kurländischen Küste, gegen die Riga bereits seit dem Ende des 16. Jahrhunderts kämpfte. Schließlich habe der kurländische Adel die Rechtmäßigkeit dieses Vertrages nie anerkannt.⁸

Ende 1782 und Anfang 1783 folgte eine intensive Korrespondenz über bilaterale Konflikte, die von russischer Seite zuweilen etwas zugespitzt wurde. Da in der Sache keine Klarheit zu erkennen war, berief Herzog Peter einen außerordentlichen Landtag ein, der am 10. Februar (a. St.) 1783 seine Arbeit in Mitau aufnahm. Am gleichen Tag traten nach der Aufforderung des Herzogs die Delegierten der Städte des Herzogtums im Mitauer Rathaus zusammen. Unter ihnen waren Vertreter aus Bauske, Mitau, Goldingen, Grobin, Libau, Windau, Friedrichstadt und Jakobstadt.⁹ Zwar hatten die städtischen Vertreter nach der Verfassung des Herzogtums nicht das Recht, an den Landtagen teilzunehmen, doch durften die Landtage wiederum nach einem Beschluss des Polnischen Sejm von 1774 ohne die Bürger keine Beschlüsse bezüglich der städtischen Angelegenheiten fassen. 1783 erreichten die Kurländer kein einheitliches Handlungskonzept. Die Delegierten der Städte, wie kurz darauf auch die des Adels, hielten es für das Beste, den Lehnsherrn, den polnischen König Stanisław August Poniatowski, zu Rate zu ziehen. Dem widersetzte sich aber der Herzog, der davon ausging, damit nichts zu erreichen und höchstens Katharina zu ärgern.¹⁰ Angesichts des Umstands, dass Stanisław faktisch von Katharina eingesetzt worden war, und dass Polen schon längst sein Gewicht auf der internationalen Bühne verloren hatte, kann dem Herzog in diesem Fall nur beigespflichtet wer-

⁶ Diarium des von S. HFD. / dem Durchl. Herzoge Peter / auf den 10ten Februar des 1783sten Jahres ausgeschriebenen extraordinären Landtages, / nebst dazu gehörigen Beylagen, Mitau o. J., S. 62ff.

⁷ Ebenda, Beilage Nr. 6.

⁸ Ebenda, Beilage Nr. 3–4.

⁹ Lettisches Historisches Staatsarchiv (*Latvijas Valsts Vēstures Arhīvs*, Riga, künftigt: LVVA), Bestand 554, Findbuch 1, Akte 2890: Sitzungsprotokoll.

¹⁰ LVVA, 554-1-2890, Bl. 22f.; ebd., Akte 2531, Bl. 362ff.; Diarium (wie Anm. 6), Beilage Nr. 10, 13.

den. Das bewies zumindest indirekt auch die Antwort, die die Kurländer am 24. März (n. St.) vom polnischen Großkanzler Antoni Onufry Okęcki auf ihre Anfrage bekamen. Hierin fanden sich zudem Hinweise darauf, dass der Hof in St. Petersburg nur friedliche Absichten verfolgte und sich sicher sei, dass alles mit der Zeit geregelt werden würde.¹¹

Bald darauf wies Russland den kurländischen Nachbarn darauf hin, dass es sich für berechtigt halte, im Herzogtum frei Handel zu treiben. Ohne Wissen des Herzogs drang Anfang März 1783 eine Einheit russischer Soldaten unter der Leitung von Major Petr Tarbeev nach Kurland ein, die den Befehl hatte, aus Livland, Polnisch-Livland und anderen Teilen des Russischen Reiches geflohene Bauern und Deserteure aufzufinden und heimzuführen sowie eine Zählung der sich im Herzogtum aufhaltenden Untertanen Russlands durchzuführen.¹² Diese Maßnahme seitens der russischen Machtorgane war unter anderem mit dem Wunsch der Kaiserin verbunden, dem livländischen Adel in Bezug auf seine politischen Rechte durch die Statthalterschaftsverfassung entstandene Verluste wiedergutzumachen: Der Adel sollte mehr Macht über die leibeigenen Bauern bekommen. Das Eindringen von Tarbeevs Truppe löste jedoch Empörung und Proteste auf der Seite des kurländischen Adels aus.¹³ Sie wurden aber nicht beachtet. Nur der in Mitau akkreditierte Minister Russlands, Baron Burchard Alexis Constantin von Krüdener, empfahl den Kurländern, sie sollten Vorschläge ausarbeiten, um das Verfahren der Herausgabe von Flüchtlingen zu beschleunigen.¹⁴ Da der Adel und die Städte des Herzogtums die Herausgabe von Flüchtlingen nicht unterstützten, sondern eher behinderten, wandte sich Russland verstärkt dieser Frage zu, die nun in die Liste der zu behandelnden Fragen in Bezug auf die Konvention aufgenommen wurde.

Der Druck, den Russland auf Kurland ausübte, wurde nicht geringer. Allerdings vermochten die Kurländer auch keine einheitliche Meinung zu formulieren, weder formal noch in Form eines Aktionsprogramms. Am 10. März (n. St.) legte der Landtag seine Arbeit nieder; Herzog Peter hatte die Absicht, eine Vertretung zu Verhandlungen mit russischen Gesandten

¹¹ Diarium des durch den landt. Schluss d.d. Mitau 8. März 1783 cum toto suo effectu et robore limitirten und von SHFD zufolge des gedachten landtäglichen Schlusses, auf vorhergehendes unterth. Ansuchen des Landesbevollmächtigten, Landbothenmarschalls und Hauptmanns von Sass auf den 14ten May 1783 bestimmten und angesetzten Landtages, mit denen dazu gehörigen Beylagen, Mitau o. J., Beilage Nr. 2.

¹² Die Truppen Tarbeevs waren im Territorium des Herzogtums und des Bezirks Pilten bis Ende Oktober 1783 aktiv und nahmen mehr als 200 Menschen als Geiseln, die nach Riga gebracht wurden. Siehe dazu Олег ПУХЛЯК, ДМИТРИЙ БОРИСОВ: Русские в Латвии. Со средневековья до конца XIX века [Russen in Lettland. Vom Mittelalter bis zum Ende des 19. Jahrhunderts], Рига 2003, S. 108.

¹³ Im Zusammenhang mit der Ankunft Tarbeevs im Herzogtum arbeitete Marschall Gideon Heinrich von Sass im Namen des Landtags am 6. März (n. St.) 1783 eine Protestnote aus, die die Forderung enthielt, die Vollmachten des Majors zu annullieren. Die Note wurde dem akkreditierten Minister Russlands in Mitau eingereicht. Diarium (wie Anm. 6), Beilage Nr. 36.

¹⁴ Ebenda, Beilage Nr. 40.

nach Riga zu schicken, in denen ursprünglich alle strittigen Fragen – die Handelspolitik, die Flüchtlingsproblematik und Tarbeevs Eindringen auf kurländisches Territorium – geklärt werden sollten.¹⁵ Er wurde aber in seinen Hoffnungen enttäuscht, denn gleichberechtigte Verhandlungen fanden nicht statt. Katharina II. wies stattdessen per Ukas Generalgouverneur Browne und den Präsidenten des Kommerzkollegiums, Graf Aleksandr Voroncov am 21. März und 1. April (a. St.) an, alle strittigen Angelegenheiten mit dem Herzogtum schnellstmöglich mit Hilfe einer besonderen Kommission zu klären. Besonders bedeutsam war der Ukas vom 1. April,¹⁶ der einen ausführlichen Aktionsplan enthielt und alle Punkte erörterte, die in den Vertrag aufzunehmen seien. So sollte Russland vor allem die Abschaffung aller Transitzölle und Gebühren auf den Straßen durch das Herzogtum Kurland nach Riga erwirken. Höchstens geringe und genauestens fixierte Gebühren über die Benutzung von Brücken und Landungsbrücken durften hiernach weiterhin erhoben werden. Katharina ließ auch die Ansprüche und Klagen Rigaer Kaufleute gegen die Kurländer durchsehen und klären, worunter der erwähnte Vertrag von 1615 zwischen Riga und Kurland fiel. Zudem sollten möglichst günstige Bedingungen für den Handel mit dem Russischen Imperium erzielt werden. Außerdem sollte im Laufe der Gespräche die Abschaffung des so genannten „Strandrechts“¹⁷ erreicht werden. Auch sollte erneut auf die Pflicht der Kurländer zur Herausgabe der Flüchtlinge aus dem Russischen Reich hingewiesen werden, da Letztere in Kurland freundliche Aufnahme fanden und ihre Auslieferung vertragswidrig verzögert wurde. Zugleich hatte die russische Seite die Rechte der legal in Kurland tätigen Lohnarbeiter aus Russland zu vertreten; es komme vor, dass die Arbeitgeber, meist Gutsherren, die russischen Untertanen in Konfliktfällen wie ihre leibeigenen Bauern behandelten, also ihre Nachbarn als Schöffen vor Gericht hinzuzogen. Um eine größere Objektivität vor Gericht zu erzielen, sollten die Fälle der aus Russland gekommenen Arbeitskräfte in den Hauptmanns- und Oberhauptmannsgerichten des Herzogtums behandelt werden, wo ihre Rechte vom akkreditierten Minister Russlands bzw. den russischen Gesandten in Windau und in Libau vertreten werden könnten. In erster Linie aber war für Katharina II. die Frage der Annexion eines Gebiets an der Ostseeküste wichtig: Sie begründete die Ansprüche des Imperiums darauf mit dem Argument, dass dieser Landstrich, das spätere Gebiet

¹⁵ Den Beschluss des Herzogs sowie die Instruktionen für die Botschafter siehe: Ebenda, Beilage Nr. 42-43, 48.

¹⁶ ИСЗ, Nr. 15702, Bd. XXI, S. 892-895.

¹⁷ Im Fall eines Schiffsunglücks durften diejenigen, die den Gestrandeten Hilfe leisteten, laut des „Strandrechts“ bis zur Hälfte der geretteten Ladung beanspruchen (den so genannten „Bergelohn“). Am 15. März 1763 hatte Herzog Ernst Johann ein Reskript erteilt, das die Anforderung des Bergelohns von in der Düna Gestrandeten untersagte. Wer den Gestrandeten Hilfe leistete, hatte aber Anspruch auf einen Tageslohn im Umfang von fünf Sechsern. Diese Anordnung wurde jedoch in der Tat so gut wie nie beachtet.

Schlock, früher Schweden gehört habe. In dieser Region sah sich Russland als Rechtsnachfolger Schwedens.

Um alle oben genannten Fragen zu lösen, wurde Browne beauftragt, eine rasche Ankunft der kurländischen Delegierten in Riga zu bewirken und die Anerkennung der russischen Forderungen durchzusetzen. Sollten sich die Delegierten des Herzogs einem Vertragsabschluss verweigern, war Browne bevollmächtigt, ihnen offen anzudrohen, dass Russland in einem solchen Fall sich das Recht nehmen werde, seine Interessen mit allen Mitteln zu verteidigen. Browne befolgte die Anordnungen der Kaiserin und forderte Herzog Peter im Schreiben vom 11./22. April in ultimativem Ton auf, drei bevollmächtigte Vertreter am 19./30. April nach Riga zu schicken; Graf Voroncov habe keine Zeit, allzu lange in Riga zu bleiben.¹⁸ Abgesehen von den beiden bereits genannten Beamten Browne und Voroncov gehörten zur russischen Vertretung noch Geheimrat Jacob Johann von Sievers, Zollobersinspektor Hermann Dahl und der Rigaer Ratsherr Gottfried Berens. Die Nachricht, dass eine Delegation für bilaterale Gespräche gebildet werden musste, kam für die Kurländer völlig unerwartet. Deshalb begab sich ein Vertreter der Ritterschaft, Otto Hermann von der Howen, nach Riga, um die Gespräche auf Mitte Mai (n. St.) zu vertagen, wenn der Landtag in Mitau seine Arbeit wieder aufgenommen haben würde. Die russische Seite war bereit, den Kurländern ein paar Tage Zeit zu gewähren, doch lehnte sie es ab, bis zur Landtagssitzung zu warten: Die Adelsvertreter könnten auch etwas später erst zu den Verhandlungen stoßen.¹⁹ Die Gespräche begannen schließlich am 30. April/11. Mai 1783. Für den Herzog nahmen an ihnen teil Landhofmeister Ernst von Klopmann, der ehemalige Kanzler Dietrich von Keyserling und Hofmarschall Ewald von Klopmann. Am 16. Mai (n. St.) schlossen sich ihnen auch die Delegierten des Adels an: Gustav Philipp von Rönne, Christoph Fridrich von Medem und der bereits erwähnte Otto Hermann von der Howen.

Der Druck, den Russland schon vor den Gesprächen auf das Herzogtum ausgeübt hatte, hielt auch während der Gespräche an. Bereits an ihrem ersten Tag wurde den Delegierten Kurlands ohne jede vorige Vorbereitung oder Besprechung der Entwurf der abzuschließenden Konvention ausgehändigt. Die von ihnen eingereichten Anmerkungen und Einsprüche blieben außer Acht. Noch schlimmer – der russische Minister Baron v. Krüdener warnte am 5./16. Mai die Delegierten des Adels, falls sie die Konvention nicht bis zum kommenden Montag unterzeichneten, dann hätte die „Wohlgebohrne Ritter und Landschaft Uhrsache (...), ihre Langsamkeit Jahrhunderte lang hindurch zu bedauern“.²⁰ Diese Drohung des russischen Ministers wurde auch von den Mitgliedern der herzoglichen Delegation bestätigt: Die von der kurländischen Delegation eingereichten

¹⁸ Diarium (wie Anm. 11), Beilage Nr. 3.

¹⁹ Ebenda, Beilage Nr. 6.

²⁰ Ebenda, Beilage Nr. 16.

Einsprüche bezüglich des Konventionsentwurfes habe v. Krüdener als „*in forma et materia* unschicklich“ bezeichnet.²¹ Schließlich wurde die Konvention am 10./21. Mai fast ohne Änderungen unterschrieben. Der einzige Erfolg Kurlands war die Bewahrung der Hafenrechte Libaus und Windaus, doch wurde der Umfang ihres Warenverkehrs beträchtlich eingeschränkt. Sie durften nur noch Getreide aus Kurland oder den westlichen Teilen des Herzogtums ausführen, während die Produktion Semgallens und des kurischen Oberlands (Selonien) bzw. der zentralen und östlichen Gebiete des Herzogtums unbedingt nach Riga geliefert werden musste. Die Konvention beinhaltete insgesamt zwölf Artikel, von denen die Probleme reguliert wurden, die in der oben erwähnten Instruktion Katharinas vom 1. April angesprochen worden waren. Aber es kamen noch ein paar weitere Fragen hinzu.

Mit dem ersten Artikel der Konvention wurde bestimmt, auf welche Weise das Herzogtum die Flüchtlinge aus Russland aufzufinden und auszuliefern hatte. Der zweite Artikel hob alle Transitzölle und Gebühren auf den Straßen des Herzogtums, auf denen Waren aus Litauen nach Riga transportiert wurden, auf; zudem musste das Herzogtum alle Lasten, die mit der Aufrechterhaltung von Straßen, Brücken und Anlegestellen von Fähren verbunden waren, allein übernehmen. Im dritten Artikel wurde das Strandrecht in Bezug auf Schiffe oder Boote, die von oder nach russischen Häfen unterwegs waren, aufgehoben; den Küstenbewohnern wurde verboten, Gestrandeten ihre Hilfe aufzudrängen, wenn sie nicht darum gebeten wurden. Außerdem wurde der Umfang der Rettungskosten festgesetzt; die Besitzer der Küstenstriche wurden darauf hingewiesen, dass sie dafür verantwortlich waren, dass von den gestrandeten Schiffen nichts gestohlen werde. Laut dem vierten Artikel durften die Rigenser kurländische Küstengebiete im Territorium der Rigaer Bucht aufsuchen, um hier Holz zu sammeln, das durch den Wind von den Landungsorten an der Dünamündung herangetragen wurde. Mit dem fünften Artikel wurde die Verordnung Ernst Johann von Birons vom 15. März 1763 bestätigt, die die Aufhebung des Strandrechts bezüglich des Verkehrs auf der Düna betraf. Ein besonderer Hinweis galt der Aufsicht der geretteten Waren. Schließlich mussten im Falle des Todes des Warenbesitzers dessen Waren den Gouvernementsämtern in Riga gemeldet werden, wenn nach sechs Wochen kein Erbe oder Partner Ansprüche erhob. Der sechste Artikel war ungünstig für die Kaufleute von Jakobstadt und Friedrichstadt, denn damit wurde ihnen verboten, solche Waren auf- und weiterzuverkaufen, die von Litauen nach Riga transportiert wurden. Doch besonders schmerzlich

²¹ Näher zum Ablauf der Gespräche siehe nicht nur die Materialien des Landtages vom Mai/Juni 1783, sondern auch das Tagebuch des folgenden Landtages: *Diarium des durch den landt. Schluss de dato Mitau 2. Juni 1783 cum toto suo effectu et robore limitirten und konservirten, zugleich auch des dieses Jahr einfälligen und von Seiner HFD auf den 23ten August 1784 ausgeschriebenen ordinären Landtages*, mit denen dazu gehörigen Beylagen, Mitau o. J.

für Kurland war der siebte Artikel, mit dem Russland seine territorialen Ansprüche anmeldete.

Wie schon erwähnt, begründete Katharina II. die russischen Ansprüche auf dieses Territorium mit dem Erbe der schwedischen Rechte. Russland zog unerwartet den Grenzvertrag zwischen Kurland und Schweden von 1630 hinzu und erklärte, dass dieser Vertrag nicht vollständig erfüllt sei. Denn die Grenze müsse entsprechend dieses Vertrages markiert werden, nämlich durch Schlock und Kaugern (in der Konvention: Clawern). Die kurländischen Delegierten erklärten in ihrem Protest, dass der Vertrag von 1630 ursprünglich nur den Status einer vorläufigen Vereinbarung gehabt habe und dass die jetzige Grenze durch den Friedensvertrag von Oliva aus dem Jahre 1660 legitimiert sei. Allerdings hatten sie damit keinen Erfolg. Russland behauptete sein Recht auf einen Teil des Küstengebiets zwischen der Semgaller Aa und dem See von Bilderlingshof bis Kaugern. Bereits am 15./26. Mai, also noch vor der Ratifizierung der Konvention, trug Katharina II. Generalgouverneur Browne auf, die neu erworbenen Länder rasch unter seine Verwaltung zu nehmen und eine bilaterale Kommission für die Grenzmarkierung zwischen Kurland und Livland einzuberufen. Die russischen Delegierten präsentierten eine bereits in St. Petersburg gezeichnete Grenzkarte und markierten die Grenze nicht in Kaugern, sondern dort, wo sich die Mündung der Latsche befindet. Demzufolge bekam Livland einen neuen Verwaltungsbezirk, den Bezirk Schlock, bei dem es sich jedoch in der Tat um ein bemerkenswert größeres Territorium handelte als das im Vertrag von 1630 markierte.²² Darüber hinaus sah die Konvention vor, auch die umstrittenen Landstriche an beiden Seiten der Düna nochmals zu messen und im Zweifelsfalle auszutauschen.

Tatsächlich wurde jedoch die ganze Grenzlinie zwischen Kurland und Russland reguliert, also nicht nur an den in der Konvention genannten Orten. Für die vorgesehene Grenzregulierung seitens Kurlands hatte der Landtag seine Experten noch am 12./23. Mai ernannt; dieser Ernennung ging eine entsprechende Instruktion voraus. Den Herzog vertrat in dieser Kommission der Goldinger Oberhauptmann Carl Johann Gustav von Rahden, seitens des Adels wurde der Erbbesitzer auf Tittelmünde Christopher Friedrich von Medem gewählt; das dritte Mitglied, der Hauptmann zu Schründen Friedrich Reinhold von Mirbach, war zugleich Vertreter des Herzogs und des Adels. Der Instruktion zufolge hatten sich die Kommissionsmitglieder strikt an die Bestimmungen des Vertrags von 1630 zu halten,

²² Die im Vertrag von 1630 erwähnte Linie Schlock-Kaugern war keine reale Grenze zwischen dem Herzogtum und Schweden gewesen, sondern sie markierte nur das Gebiet, wo die Schweden Holz für die Bedürfnisse der von ihnen errichteten Schanze bei Dünamünde fällen durften. Die wirkliche Grenze befand sich damals zwischen Bullenhof und Bilderlingshof. Siehe MÄRĪTE JAKOVĻEVA: Territorium und Grenzen des Herzogtums Kurland und Semgallen im 16. und 17. Jahrhundert, in: Das Herzogtum Kurland 1561–1795. Verfassung, Wirtschaft, Gesellschaft, Bd. 2, hrsg. von ERWIN OBERLÄNDER, Lüneburg 2001, S. 69–104, hier S. 78, 82ff.

weshalb ihnen Kopien dieses Abkommens mitgegeben wurden. Außerdem wurde beschlossen, dass die Zugehörigkeit des einzigen Ortes, um den man immer noch mit dem patrimonialen Bezirk Rigas stritt – Lopekalln (auch Loope Kaln) –, nach den alten Grenzmarken und Zeichen bestimmt werden sollte, welche aber zunächst wieder ausfindig gemacht und erneuert werden mussten. Die Instruktion enthielt auch den Vorschlag, sich an die Empfehlung der Grenzkommision von 1769 zu halten und den Fluss Keckau zur Grenze für die Länder zu machen, die dem livländischen Gutshof Dahlen und dem herzoglichen Gutshof Baldohn gehörten.

Die erwähnte Maßnahme zur Grenzregulierung spiegelte deutlich die Haltung Russlands gegenüber seinen Gesprächspartnern wider. Letztere äußerte sich schon gleich nach der Ankunft der kurländischen Kommission in Riga am verabredeten Tag, dem 1./12. Juli 1783, um sich über den Beginn der Vermessungsarbeit zu einigen. Zuerst mussten die Kurländer zwei Tage warten. Die Verspätung erklärten die russischen Delegierten mit der Erkrankung eines ihrer Kollegen. Beim Treffen im Rigaer Schloss legten die Vertreter Russlands – der Landrat v. Berg, der Oberkonsistorialassessor v. Zimmermann und der Rigaer Ratsherr v. Ulrich – den Kurländern eine in St. Petersburg angefertigte Landkarte vor, auf der die vorgesehene Grenze bereits eingetragen war; nach ihr habe sich die Kommission auch zu richten. Zum großen Erstaunen der Kurländer war das Küstengebiet, das Russland beanspruchte, wesentlich größer als das Territorium, das im Vertrag von 1630 und in der Konvention festgelegt war. Doch alle Einsprüche und Anträge seitens der Vertreter des Herzogtums wurden von der russischen Kommission zurückgewiesen, mit der Begründung, die Landkarte sei von der Kaiserin selbst bestätigt worden und sie seien zu keinerlei Änderungen bevollmächtigt. Zudem forderten die russischen Vertreter, dass das Herzogtum dringend Leute zur Freilegung der in der Karte verzeichneten Grenze freistellen müsse, um Schneisen auszubauen. Ihrerseits seien bereits Leute für diese Arbeit abkommandiert worden. Genauso ultimativ wurde von den Kurländern das Eintreffen an der Mündung der Latsche an dem russischerseits genannten Tag verlangt – dem 7./18. Juli. Dieser Ort galt als Beginn der Grenzlinie. Die Delegierten des Herzogtums erklärten sich bereit, am vereinbarten Tag und Ort einzutreffen, doch behielten sie sich ihr Recht vor, nach den Instruktionen des Herzogs zu handeln.

Gleich nach der Rückkehr der Kommission nach Mitau reichte sie einen Bericht beim Herzog ein. Dieser erklärte in seiner Antwort vom 17. Juli (n. St.), falls die Proteste weiterhin nicht erhört würden, dann stimme er „aus schuldiger Ehrfurcht“ gegenüber Ihrer Majestät, der Kaiserin von Russland, den von ihr gezogenen Grenzen zu. Am 7./18. Juli trafen v. Mirbach, v. Medem und v. Rahden an der Mündung der Latsche ein und überreichten den russischen Vertretern die Protestnote. Doch sie bekamen die alte Antwort: Alles sei schon entschieden, da sei nichts mehr zu ändern.

An diesem und am nächsten Tag wurde die Grenze von der Mündung der Latsche bis zur Semgaller Aa festgesetzt; so bekam Russland die Gegend, die dann als Gemeinde, Kirchspiel bzw. Gebiet Schlock bekannt wurde. Bei diesen Verhandlungen verlor der Herzog somit ungefähr 60 Bauernhöfe und Wirtshäuser der Güter Eckendorf und Kalnzeem, das Städtchen Schlock sowie Bilderlingshof mit zwei Wirtshäusern und neun Höfen. Dabei ist anzumerken, dass die Vermessung der genannten Territorien sowie ihre Eingliederung in das Gebiet Schlock für die privaten Besitzer keineswegs einen Verlust bedeutete, sondern schlicht den Übergang unter eine andere Herrschaft. Denn mit dem Ukas vom 20. Oktober (a. St.) 1783 befahl die Kaiserin, dass die Besitztümer und Privilegien auch weiterhin im Besitz der alten Privatpersonen bleiben sollten. Somit war der Herzog der größte Verlierer in dieser Situation.

Im September 1783 wurde die Grenzmarkierung in den strittigen Gebieten am Dünaufer fortgesetzt. Die Kommission beendete ihre Arbeit in der Zeit vom 9./20. bis 14./25. September, als ein gegenseitiger Austausch von Landstrichen vollzogen wurde: Ausgetauscht wurden einzelne Abschnitte an beiden Ufern bei Friedrichstadt und Römershof. Zudem wurden Landkarten und Grenzbeschreibungen angefertigt, die samt dem gemeinsamen Protokoll von den Kommissionsmitgliedern am 23. Januar/3. Februar 1784 in Riga unterzeichnet wurden.

Parallel zur Grenzmarkierung begann Russland auch mit Maßnahmen zur Befestigung der Grenze. Gleich nach dem Anschluss von Schlock nahm der russische Zoll seine Tätigkeit hier auf. Alle anderen Straßen, die nach Riga führten, aber nur von geringerer Bedeutung waren, wurden nun gesperrt. Von nun an durfte man aus dem Herzogtum kommend nur sechs Straßen Richtung Livland benutzen, auf denen in Grenznähe besondere Posten zur Grenzaufsicht eingerichtet wurden. Zu ihrer Hilfe wurden mehrere Dutzend Aufseher, die so genannten „Grenz-Reuter“ eingesetzt, die aufpassen mussten, dass die Grenze seitens des Herzogtums nur an den erlaubten Stellen überquert wurde. Die Benutzung aller anderen Straßen war streng verboten und strafbar. Zudem wurde es den Bauern vom Baldohnschen Gutshof verboten, Boote auf der Misse zu halten, weil es den Regeln des Zollkordons widersprach. Die Einwohner beiderseits der Düna durften die Mitte des Flusses nicht überqueren.²³

Die Konvention übernahm auch die Verteidigung der Rechte russischer Kaufleute in den Städten des Herzogtums (Artikel 8). Von nun an war es verboten, Lohnarbeiter mit russischen Pässen der Rechtsprechung des Adels zu unterziehen (Artikel 9). Laut dem zehnten Artikel besaß das Herzogtum Kurland aber weiterhin das Recht, die Häfen Libau und

²³ Siehe dazu: MĀRĪTE JAKOVĻEVA, AUSTRA MIERIŅA: Robežas un administratīvais iedalījums Latvijas teritorijā 18. gs. [Die Grenzen und die administrative Einteilung auf dem Territorium Lettlands im 18. Jahrhundert], in: Latvijas zemju robežas 1000 gados [Die Grenzen Lettlands in 1000 Jahren], hrsg. von ANDRIS CAUNE, Rīga 1999, S. 131-146, hier S. 132-136.

Windau zu benutzen, durfte jedoch keine neuen Häfen an der kurländischen Küste bauen.²⁴ Der elfte Artikel bestätigte alle zuvor geschlossenen Verträge zwischen den Herzögen und der Stadt Riga sowie zwischen den Herzögen und Russland, soweit sie nicht im Widerspruch zu dieser Konvention standen. Abschließend wurde festgelegt, dass die Konvention bei Unterzeichnung in Kraft trat, somit der Ratifikationsakt durch die russische Kaiserin und den polnischen König nicht abgewartet zu werden brauchte. Für die Öffentlichkeit musste der Text der Konvention aber schnellstens gedruckt und unter den Einwohnern verbreitet werden. Die Konvention wurde somit rechtsgültig, als Herzog Peter und die Delegierten des Adels sie am 22. Mai (n. St.) 1783 in Mitau unterzeichneten. Am nächsten Tag wurde sie in Riga von Generalgouverneur Browne unterschrieben. Ein paar Tage später trug Katharina II. am 16. Mai (a. St.) dem Kollegium für Auswärtige Angelegenheiten auf, die Ausführung der Konvention streng zu überwachen. Ihr Botschafter in Warschau bekam eine spezielle Aufgabe, denn er hatte die Anerkennung der Konvention auch im Bezirk Pilten zu erreichen, der damals unter direkter Verwaltung Polen-Litauens stand.²⁵

Im Allgemeinen muss der „Handels- und Grenz-Convention“ von 1783 für die kurländische Geschichte eine negative Rolle bescheinigt werden: Sie verringerte nicht nur das Territorium des Herzogtums wesentlich, sondern schwächte es auch moralisch. Wieder einmal bewies das Vorgehen Russlands, wer der eigentliche Herr im Herzogtum war.

* * *

Es gibt immer noch keine Untersuchungen über die direkten Auswirkungen der Konvention auf den Handel des Herzogtums. Man kann davon ausgehen, dass ihr Einfluss eher negativ war. Die Aufhebung des Zolls und der Gebühren für die litauischen Waren verringerte die Einnahmen der Kurländer. Ebenso ungünstig für die Kurländer war, dass die Ausgaben zur Instandhaltung von Brücken und Anlegestellen für die Fähren allein vom Herzogtum zu tragen waren. Wahrscheinlich wurde die Entwicklung von Friedrichstadt und Jakobstadt besonders negativ beeinflusst: Der Zoll wurde aufgehoben und ihren Einwohnern war es verboten, Waren aufzukaufen, die aus Litauen von und nach Riga unterwegs waren.²⁶ Beeinträchtigt wurde die Entwicklung in einzelnen Regionen

²⁴ Der Kampf gegen die kleinen kurländischen Häfen zählte zu den Prioritäten Rigas bereits seit dem Ende des 16. Jahrhunderts; auch die schwedische Regierung schaltete sich aktiv in diesen Kampf ein. Der Vertrag von 1615, den sowohl Riga als auch die russische Regierung als rechtsgültig auffassten, der vom Herzogtum aber nicht anerkannt wurde, ließ ausschließlich die Häfen Windau und Libau zu.

²⁵ ИСЗ, Nr. 15738, Bd. XXI, S. 923.

²⁶ Allerdings sah sich Herzog Peter bereits im März 1779 gezwungen, aufgrund des wiederholten Streits zwischen seinem Herzogtum und der Stadt Riga über die

auch dadurch, dass mehrere Straßen von lokaler Bedeutung gesperrt wurden. Hierzu zählten die Straßen entlang der Düna und weiter über den Fluss nach Livland. Den Einwohnern vor Ort wurden dadurch große Unannehmlichkeiten bei der Kommunikation mit ihren Nachbarn bereitet. Für eine detaillierte Auswertung der Auswirkungen der Konvention auf das Herzogtum Kurland wären jedoch weitere Untersuchungen nötig.

SUMMARY

*A Simple Annexation? The Trade and
Border Convention Concluded between
the Duchy of Courland and the Russian
Empire on 10/21 May 1783*

Representatives of the Russian Empire and the Duchy of Courland signed a trade and border convention on 21st of May 1783 in Riga. Although historically this convention was merely of local significance, it provides a colourful example for the methods Empress Catherine II sought to achieve her political goals with. In other words, it was an almost classical case of diplomacy conducted from a position of power. Russia from the onset made it very clear to its small neighbour that it felt entitled to trade freely on the Duchy's territory. Without the Duke's knowledge, in March 1783 a Russian military unit penetrated Courland with the order to search for deserters and peasants who had fled from Livonia and other parts of the Empire. Additionally, this unit was obliged to count the subjects of Russia (temporarily) residing in the Duchy.

Among the demands Catherine II addressed to Courland we find the abolition of all transit duties and fees on the roads leading through the Duchy to Riga, and the liquidation of wrecking. Moreover the Empress justified Russia's claims to the region of Sloka near Riga at the coast of the Baltic Sea in terms of history: the Empire considered itself to be the legal successor to Sweden. The negotiations between both sides started in Riga

litauischen Waren den Transitzoll in Bauske, Friedrichstadt und Jakobstadt nicht mehr zu erheben. Die Brücken- und Landungsbrückengebühren waren davon jedoch nicht betroffen. Diarium des dieses Jahr einfalligen ordinären und zur Continuation des durch den Landtags-Schluss de dato Mitau den 12ten October 1778 toto cum suo effectu et robore limitirten und von SHD auf den 17ten Julii 1780 bestimmten und ausgeschriebenen Landtages, nebst dazu gehörigen Beylagen, Mitau o. J., S. 92. Doch damals hatte dieses Verbot in Kurland nur einen vorläufigen Status; es ist auch nicht gewiss, ob es überhaupt befolgt wurde. Infolge der Konvention waren die erwähnten Gebühren und Kosten künftig gesetzwidrig.

on 11th of May. However, the pressure exercised on Courland already before the talks started was not reduced. Without any preparation or discussion on the very first day of their meeting the Russian representatives presented the Duke's delegates with a draft of the convention to be signed. Remarks and protests from the Courland delegation were not even discussed. Consequently, the document was signed almost without any changes on 21st of May. The only thing the Duke's delegates achieved was that Libau and Windau retained their right as port cities. However, their movement of goods was limited considerably.

The Duchy of Courland lost some parts of its territory (Sloka and some other lands); the rights of the inhabitants to profit from transit duties and trade were limited especially concerning goods from Poland-Lithuania. During negotiations about the new border in July the Russian representatives presented their colleagues a map drawn in St Petersburg where the exact border line already was fixed. Again all protests were rejected simply because the Empress herself had already approved of the map. However, the incorporation of Sloka into the Empire did not mean any changes for the land owners: it was only a change of subordination. So far we do not know how and to what extent this convention really affected the Duchy's trade as there are no detailed investigations.

IN MEMORIAM DR. INDREK JÜRJO

(14. April 1956 – 8. September 2009)



© Eesti Päevaleht (12.9.2009)

Nach langer Krankheit ist unser Freund und Kollege Indrek Jürjo am 8. September 2009 verstorben. Es ist hier nicht der Ort, den persönlichen Verlust in Worte fassen zu wollen. Wir lassen lieber Indrek selbst sprechen. Seine letzte Arbeit, an der er noch kurz vor seinem Tode saß, und deren estnische Veröffentlichung in der Zeitschrift Tuna (2009, Nr. 4, S. 41-49) er schon nicht mehr erlebt hat, zeigt, wie vorbildlich Indreks wissenschaftliche Arbeiten waren (und bleiben werden). Sein Tod hinterlässt auch eine große Lücke in der estnischen Geschichtswissenschaft.

Die Redaktion

Wer ist der Autor des Aufklärungs- Pamphlets „Briefe über Reval“?

VON INDREK JÜRJO

Auf dem ersten Blick scheint sich die in der Überschrift gestellte Frage zu erübrigen, weil der Name des angeblichen Autors der „Briefe über Reval“, Johann Christoph Petri (1762–1851), gewissermaßen zum estnischen Bildungskanon gehört. Er wird üblicherweise zusammen mit Garlieb Merkel als Aufklärer und Kritiker der Leibeigenschaft genannt. Darauf beschränken sich jedoch die Kenntnisse eines estnischen Normalbürgers über Petri; bestenfalls ist noch sein dreibändiges Hauptwerk „Ehstland und die Ehsten“ (1802) bekannt. Als Vorgänger dieses Werks gilt das 1800 anonym erschienene Büchlein „Briefe über Reval“, dessen Herausgeber und Erscheinungsort auf dem Titelblatt nicht erwähnt sind.¹ Otto Liiv, der sich eingehend mit Leben und Werk Petris beschäftigt hat, behauptet, dass die „Briefe über Reval“ quasi die Quintessenz von Petris Schriften darstellen, wo der Autor „in einer durchaus mutigen und scharfen Art einen Angriff auf das baltische Deutschtum führt, weshalb das Buch dem Hauptwerk Petris ‚Ehstland und die Ehsten‘ gewissermaßen in nichts nachsteht“. Alle späteren Texte Petris hält Liiv für eine „wortreiche Wiederholung des im Buche ‚Briefe über Reval‘ Dargestellten, erläutert durch viele neue Beispiele“.² Otto-Heinrich Elias, der sich mit der Revaler Stadtgeschichte während der Statthalterchaftszeit unter Katharina II. befasst hat, nennt Petri den Chronisten Revals. Er meint zwar, dass das Pamphlet „sich durch besonders bissige Kritik der Revaler Gesellschaft wesentlich von seinen später unter vollem Namen erschienenen Büchern unterschied“,³ doch stellt er Petris Autorschaft nicht in Frage. Auch Jürgen Heeg, der Petris Werke und besonders seine zahlreichen Aufsätze gründlich studiert hat, hegt keine Zweifel an Petris Autorschaft.⁴ Und warum sollte es auch welche geben – wenn schon das autoritative, noch zu Petris

Die Redaktion dankt Inna Pölsam-Jürjo für ihre Hilfe.

¹ Briefe über Reval nebst Nachrichten von Esth- und Liefland. Ein Seitenstück zu Merckels Letten. Von einem unpartheiischen Beobachter. Deutschland, 1800. Abrufbar unter der URL: <http://www.utlib.ee/ekollekt/eva/index.php?lang=de&do=autor&aid=70> (letzter Zugriff 16.2.2010).

² OTTO LIIV: Märkmeid Johann Christoph Petri üle [Notizen zu Johann Christoph Petri], in: Eesti Kirjandus 23 (1929), S. 145–157, 209–218; hier S. 151, 153.

³ OTTO-HEINRICH ELIAS: Reval in der Reformpolitik Katharinas II. Die Statthalterchaftszeit 1783–1796, Bonn und Bad Godesberg 1978, S. 181.

⁴ JÜRGEN HEEG: „Ueber einige Merkwürdigkeiten und Alterthümer in Lief- und Ehstland“. Die Ostseeprovinzen Rußlands in den Publikationen Johann Christoph Petris (1762–1851), in: Zeitschrift für Ostforschung 34 (1985), S. 536–557.

Lebzeiten herausgegebene „Allgemeine Schriftsteller- und Gelehrtenlexikon der Provinzen Livland, Esthland und Kurland“ von Johann Friedrich von Recke und Carl Eduard Napiersky ihn als den Autor der „Briefe über Reval“ führt.⁵ Seither haben alle Autoren und Handbücher, die sich mit Petri beschäftigt haben, ihn als Autor der anonymen Schrift anerkannt.

Ohne einige in Estland weitgehend unbekannt gebliebene Studien von deutschen Germanisten hätte auch der Autor dieser Zeilen kaum einen Grund dafür gesehen, die Autorschaft Petris in Frage zu stellen. Aber Gerd Ueding behauptet in seiner 1981 erschienenen Studie über die Geschichte des Hamburger Verlagshauses „Hoffmann und Campe“ unter anderem, Christian August Fischer sei der Autor der „Briefe über Reval“.⁶ Seine These beruht auf einem Brief Fischers an den Verleger Hoffmann, in dem von einem Manuskript mit einem ähnlichen Titel die Rede ist.

Wer war Christian August Fischer? Erst in den letzten Jahren haben deutsche Literaturhistoriker sich für diesen zwischenzeitlich völlig vergessenen Autor zu interessieren begonnen. Fischers Leben und seine literarische Tätigkeit sind in der recht akribischen Studie von Josef Huerkamp und Georg Meyer-Thurrow aus dem Jahre 2001 behandelt worden.⁷ Das Interesse der beiden Autoren weckte Fischer vor allem deshalb, weil sie ihn als Typus eines Intellektuellen charakterisieren, der größtenteils von seiner literarischen Tätigkeit lebte, was in Deutschland erst in der Spätaufklärung möglich geworden war. Fischer wurde 1771 in Leipzig geboren. Er verlor früh seine Eltern, doch gelang es ihm trotzdem, eine ordentliche Bildung zu erhalten. Nach einem Studium an der Universität Leipzig war er seit 1792 als Privatgelehrter tätig. Seine Produktivität als Autor zeigt sich in den 75 Arbeiten, die er zu seinen Lebzeiten veröffentlichte, darunter sowohl Belletristik, Reiseliteratur als auch politische Schriften. Berühmt wurde er vor allem aufgrund seiner Reisebriefe aus Spanien, dank derer er in Deutschland einige Zeit als Experte für dieses Land galt. Solidere Werke veröffentlichte Fischer unter seinem Namen, die provokativeren aber anonym oder unter verschiedenen Pseudonymen. Berühmt-berüchtigt wurde er mit seinen unter dem Pseudonym Fischer Althing erschienenen erotischen Romanen, deren wahre Autorschaft in deutschen Literaturkreisen damals allerdings kein Geheimnis darstellte. Trotz seiner Produktivität und seines relativen Erfolges bot das Leben als Privatgelehrter kein sicheres Einkommen. 1804 gelang es ihm, an der Universität Würzburg eine Professur für Kultur- und Literaturwissenschaft zu erhalten, auch wenn er von seinem

⁵ Allgemeines Schriftsteller- und Gelehrten-Lexikon der Provinzen Livland, Esthland und Kurland, hrsg. von JOHANN FRIEDRICH VON RECKE und CARL EDUARD NAPIERSKY, Mitau 1831, Bd. 3, S. 406.

⁶ GERD UEDING: Hoffmann und Campe. Ein deutscher Verlag, Hamburg 1981, S. 129f., 578.

⁷ JOSEF HUERKAMP, GEORG MEYER-THUROW: „Die Einsamkeit, die Natur und meine Feder, dies ist mein einziger Genuß“. Christian August Fischer (1771–1829) – Schriftsteller und Universitätsprofessor, Bielefeld 2001.

Typ her eher Literat denn Wissenschaftler war. Schon 1809 zwang man ihn aus dieser Position in die Pension, was ihm allerdings als Schriftsteller eine sorglose Existenz bescherte. Aufgrund seiner scharfen Feder und widersprüchlichen Natur geriet er aber in Konflikt mit den bayerischen Behörden, der in einen Gerichtsprozess wegen einer angeblichen Beleidigung mündete, der ihm in den Jahren 1822–1824 Festungshaft einbrachte. Seine letzten Jahre verbrachte Fischer in Bonn, Frankfurt am Main und Mainz, wo er 1829 verarmt starb.

Uns interessieren vor allem Fischers Beziehungen zum Baltikum. Nach einem Aufenthalt in Genf, wo er sich literarisch betätigte, war Fischer aus Geldmangel gezwungen, eine Stelle als Hauslehrer anzutreten. Nachdem er ein halbes Jahr die Kinder von Friedrich August Karl Graf von Beust unterrichtet hatte, zog Fischer im Mai 1795 über Lübeck nach Riga. Wahrscheinlich war er auch im Baltikum als Hauslehrer tätig, doch fehlt zu den genaueren Umständen seines Aufenthalts dort fast jegliche Information. Anfang 1796 weilte er jedenfalls „in meiner Einsiedelei am Peipussee“, wo er unter dem Decknamen Trolling ein belletristisches Büchlein „Ueber die falschen Bäume“ verfasste.⁸ Er blieb nicht länger als 18 Monate im Baltikum: Schon Ende November 1796 verließ er per Schiff Riga, um über Hamburg und die Niederlande seine Spanienreise anzutreten.⁹

An dieser Stelle wird der Briefwechsel Fischers mit dem Hamburger Verleger und Buchhändler Benjamin Gottlob Hoffmann wichtig, da er uns erlaubt, ihn als den Autor der „Briefe über Reval“ zu sehen. Am 6. Dezember 1796 schreibt Fischer Hoffmann einen Brief, in dem er sich als Autor zahlreicher veröffentlichter Bücher vorstellt. Recht selbstsicher erklärt er nun: „Ich arbeite jetzt an einer Schrift, die Ihrer Freimüthigkeit wegen sehr merkwürdig werden dürfte. Es sind nämlich meine Bemerkungen über ‚Liefland u. die Liefländer‘ in Briefform vorgetragen“. Er habe dieses Land „durch einen fast zweijährigen Aufenthalt u. durch meine trefflichen Verbindungen in Riga sehr genau“ kennen gelernt und könne „ohne Prahlerey sagen“, er habe „die ‚Physiognomie‘ desselben genauer aufgefaßt“, als seine Vorgänger wie Hupel oder Friebe „sie darstellen konnten oder wollten“. In Bezug auf die Autorschaft des Buches bat Fischer den Hamburger Verleger „um das strengste Incognito“, weil er das Buch unter einem Pseudonym zu veröffentlichen gedachte.¹⁰ Obwohl Fischer Wert darauf legte, dass sein Buch schon zu Ostern nächsten Jahres herauskommt, zog es sich noch eine Weile hin. Grund dafür war wahrscheinlich, dass er im Februar 1797 in die Niederlande zog und einige Monate später von dort aus seine Spanienreise antrat, sodass er während seines Aufenthalts in Hamburg das Manuskript nicht beenden konnte.

⁸ Ebenda, S. 93.

⁹ Ebenda, S. 127.

¹⁰ Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg (künftig: SUB HH), Handschriftenabteilung, Campe, Slg. 1; vgl. HUERKAMP, MEYER-THUROW, Die Einsamkeit (wie Anm. 7), S. 128.

Aufgrund dieses Briefes halten Huerkamp und Meyer-Thurow es für „höchstwahrscheinlich“, dass Fischer – und nicht Petri – die 1800 anonym erschienenen „Briefe über Reval“ verfasst hat.¹¹ Sie nehmen an, dass Fischer auf den Wunsch des Verlegers hin sich von Livland auf Reval und Estland umorientierte und so die ursprünglichen „Bemerkungen über Liefland und die Liefländer“ zu „Bemerkungen über Reval und Esthland“ änderte.¹² Bedauerlicherweise gehen die beiden Autoren nicht näher auf dieses Buch ein, weshalb die uns interessierende Frage weiterhin offen bleibt. Ihr mangelndes Interesse daran erklärt sich vielleicht aus der Tatsache, dass das Thema Baltikum in Fischers zahlreichen Schriften völlig nebensächlich war, und Petri für die deutschen Literaturwissenschaftler ein unbekannter und bedeutungsloser Autor ist, dessen Sein oder Nichtsein als Autor nicht wichtig genug ist, um darauf gründlicher einzugehen. Im Kontext der estnischen Kulturgeschichte scheint diese Frage jedoch gar nicht so bedeutungslos, sodass es durchaus Sinn macht, die „Briefe über Reval“ näher zu betrachten und sie mit anderen Arbeiten Petris zu vergleichen.

Das Buch „Briefe über Reval“ besteht aus fünf Briefen an einen imaginären Freund, den der Autor mit „Du“ anspricht. Der erste Brief schildert in etwas düsteren Tönen das Stadtbild, die Architektur und die Umgebung der Stadt. Der zweite Brief handelt von den verschiedenen dort lebenden Völkern, wobei die Sympathie des Autors den Russen gehört, die ihm vor allem als hervorragende Gemüsegärtner auffallen. Die russischen Matrosen jagten einem zwar mit ihrem Äußeren einen Schrecken ein, heißt es hier, doch stünden ihnen die Ureinwohner des Landes diesbezüglich aber keineswegs nach. Daraufhin erklingt die berühmte Anklagerede des Autors über die erbärmliche Lage und die brutale Unterdrückung der Esten:

„Man denke sich bleiche oder schwarzbraune hagere und bärtige Gesichter unter einem grossen, runden und an den Seiten herabhängenden Hut; Gesichter, auf denen man nie ein heiteres Lächeln, sondern nur ein todttes Hinstarren und Lebens-überdruss gezeichnet findet (...) – man denke sich solche Menschen in solcher Gestalt, in solchem Aufzuge, und frage sich, ob man bei ihrem Anblicke ungerührt bleiben, ob man in einer Stadt, wo man bei jedem Ausgange aus dem Hause solche Auftritte wahrnimmt, seines Lebens ganz froh seyn könne, wofern man nicht von Jugend auf an diesen Anblick gewöhnt, oder, weil man nicht gerne der Befriedigung seiner sinnlichen Begierden entsagen mag, allgemeine Menschenliebe höchstens nur im Munde führt, und diese armen Menschen nicht werth hält, dass man ihrer Veredlung einen Theil seines Überflusses aufopfre? –

¹¹ Ebenda, S. 93.

¹² Ebenda, S. 129. Nach Meinung der Autoren wird diese Behauptung offensichtlich auch von einem zusammenfassenden Satz am Ende der Briefe über Reval (wie Anm. 1), S. 110, unterstützt: „Dies wären denn die Bemerkungen über Reval und Esthland, die ich in der Absicht niederschrieb, um Dir diesen nördlichen Winkel der Erde von einer Dir vielleicht bisher noch unbekanntem Seite vors Auge zu stellen“.

Aber jenes Mitleiden, beim Anblick dieser elenden Menschen, muss gewiss bei jedem Deutschen, der dahin kommt und in seinem Vaterlande freie und glückliche Menschen zu sehen gewohnt war, in empörenden Unwillen übergehen, wenn er bedenkt, dass diese Armen keine Fremdlinge sind, sondern das Land besaßen, bis ihre Tyrannen aus einem fremden Lande kamen, und sie ihres Eigenthums, ihrer Freiheit und ihrer Menschenrechte beraubten. Nun haben die ersten Bewohner des Landes nur so viel Zeit als zur Erhaltung ihrer letzten erschöpften Kräfte nötig ist, um auf dem Boden auszuruhen, den ihre Vorfahren zuerst aufrissen und urbar machten; nun darben die im Angesicht der reichen Erndte, die durch ihren Schweiß gewonnen wurde. Aber ihre Beherrscher glauben genug gearbeitet zu haben, wenn sie die sauer erworbene Erndte ihrer Sklaven eingesammelt haben, und verzehren sie dann im schwelgenden Taumel. Wenn dies nicht wäre, so würde auch der Wohlstand der Deutschen in diesem Lande unerklärbar seyn; so aber bereichert sich der Gutsbesitzer auf Kosten seiner Bauern, und die Bürger ziehen ihren Gewinn von den Gutsbesitzern, Daher ist's begreiflich, wie Deutsche dies Land der Sklaverei und des Despotismus lieben können, da sie nicht leicht in einem andern Lande so viel Geld durch eine Classe verzehrender Menschen in Umlauf gebracht, und dadurch sich selbst in den Stand gesetzt sehen, sich in kurzer Zeit zu einem Wohlstande zu erheben, den sie in ihrem Vaterlande nie erreicht haben würden“.¹³

Mit diesen, vielleicht den schärfsten Noten in dem Pamphlet klingt der weitere Ton der Schrift gegenüber den Revaler und estländischen Deutschen an. Es fällt auf, dass die Lage der Bauern in Deutschland idealisiert wird, auch wenn sie ja zumindest im östlichen Teil des Landes kaum für freie und glückliche Menschen gehalten werden konnten. Zudem wird die Einstellung der Deutschen aus Deutschland zu den Esten deutlich mit derjenigen der Deutschbalten kontrastiert. Indem der Autor des Pamphlets die im Vergleich mit den Esten besseren Charaktereigenschaften der Russen, ihre Sitten und weiter entwickelten Lebensformen hervorhebt und diese unter anderem damit begründet, dass die russischstämmigen Gutsbesitzer ihre Landsleute weniger unterdrückt hätten, folgt er der allgemeinen Richtung der baltischen Aufklärungsliteratur (und plagiiert diese in gewisser Weise vielleicht sogar).

Er bringt mehrere Beispiele dafür, wie schlecht die Gutsherren und auch die Pastoren ihre Bauern behandeln, schlägt aber eigentlich keine konkreten Maßnahmen vor, wie nun die Lage der Bauern zu verbessern und die Situation auf dem Lande zu reformieren wäre. Der Autor der „Briefe“ tröstet sich nur mit der Perspektive, die Menschheit würde gewiss

„in diesem Lande nur dann in einen vollkommenern Besitz ihrer Rechte treten wenn entweder, welches ich nicht wünsche, eine Revo-

¹³ Briefe über Reval (wie Anm. 1), S. 24ff.

lution entstanden, oder der herrschende Theil des Volkes, sei es durch das Beispiel benachbarter Nationen, oder durch weise und mit Freimüthigkeit und Ansehn begabte Männer, vor ihrem eigenen Verderben werden gewarnt worden seyn, und sie so lernen, auch die armen Esthen für ihre Mitbrüder anzusehen.“¹⁴

Den Esten widmet der Autor nur ein Dutzend Seiten, der Rest der „Briefe“ ist eine einzige Abrechnung mit den Revaler Deutschen. Den Revalensern könne man „keinen aufgeweckten Geist“ attestieren (S. 72), sie würden es dagegen aber lieben, zu essen und zu schlafen. Im Unterschied zu den Deutschen aus Deutschland seien sie in Russland unterwürfig geworden, und ihr Patriotismus sei nur durch ihre Angst bedingt. Der Autor behauptet sogar, die nach Reval gelangten Deutschen seien oft solche Menschen, die nur aufgrund der Verachtung ihrer Mitbürger oder gar vor den Behörden nach Russland geflohen seien. Sie hüteten sich davor, ihre Meinung frei zu äußern, und lobten stattdessen lieber ihren materiellen Wohlstand und ihre Esskultur. Die Mahlzeiten seien dort tatsächlich reichlicher als in Deutschland, auch herrsche in Reval gegenüber Fremden eine herzliche Gastfreundschaft; eine starre Etikette und ein zuweilen reichlich grober Ton und rohe Manieren jedoch hemmten die gesellschaftliche Freiheit und die Beziehungen untereinander. In den Revaler Klubs kannte sich der Autor gut aus, was darauf schließen lässt, dass er die Stadt vor allem als Gast kennen gelernt hatte. Er lobt August Kotzebue als Mann des Theaters, hält aber nicht viel vom Geschmack des Revaler Theater- und Konzertpublikums. Konzerte liefen erfolgreich, doch bewundere man hier auch so manchen Stümper; am beliebtesten seien die Operetten, wohingegen andere Genres aufgrund des mangelnden Publikumsinteresses kümmerlich darboten. Die Lage der Religion, der Kirchen und der städtischen öffentlichen Schulen sei eher schlecht als recht, worauf auch die Tatsache des weit verbreiteten Privatunterrichts hinweise.

Vergleicht man Originalzitate von Petri mit diesem Pamphlet, fallen sofort viele Unterschiede in Stil und Inhalt auf. Der erste Unterschied besteht schon in der fingierten Briefform, auf die Fischer ja schon in seinem Schreiben an Hoffmann hinwies. Unter Petris Namen ist kein einziges Schriftstück in dieser Form erschienen, Fischer jedoch hat im gleichen Genre später noch ein Werk veröffentlicht – seine in Leipzig 1805 erschienenen „Briefe eines Südländers“.

Petris Bücher sind in der Nähe seines Wohnsitzes in Deutschland verlegt worden: in Gotha, Erfurt, Leipzig und Weimar; im Unterschied zu Fischer ist über seine Kontakte zu Hamburger Verlegern nichts bekannt. Die „Briefe über Reval“ sind aber zweifelsfrei in Hamburg erschienen. Obwohl der Erscheinungsort maskiert war, war er schon den zeitgenössischen Kritikern bekannt: Schon der Rezensent „Fk“, der in der „Neuen allgemeinen deutschen Bibliothek“ das Buch ziemlich kritisch besprach,

¹⁴ Ebenda, S. 27.

nannte als eigentlichen Erscheinungsort in Klammern „Hamburg, bey Hoffmann“.¹⁵ Ihm zufolge sei das Buch seines Titels nicht würdig, weil darin wenig über Est- und Livland zu lesen ist, und sich der Anonymus offensichtlich auch nur kurze Zeit in Reval aufgehalten hat.

In seinem Brief an Hoffmann bat Fischer um Anonymität, wohingegen Petri es in den meisten Fällen bevorzugte, unter eigenem Namen zu veröffentlichen. Man kann sich zwar fragen, ob Petri nicht die „Briefe über Reval“ als sein Erstlingswerk für alle Fälle anonym veröffentlichen wollte, um die Reaktion des Publikums zu kontrollieren, und um vielleicht erst hinterher eine Publikation unter eigenem Namen zu wagen. Dagegen spricht allerdings, dass Petri schon seit 1797 in verschiedenen Zeitschriften in Deutschland zahlreiche Beiträge über Estland veröffentlicht hatte, und er dies überwiegend unter seinem Namen tat. Diese Artikel dienten ihm als Vorbereitung für sein 1802 erschienenes Hauptwerk „Ehstland und die Ehsten“.¹⁶ Es bleibt somit unerklärlich, warum Petri dann die zeitlich dazwischen erschienenen „Briefe über Reval“ nicht unter seinem Namen publiziert haben sollte.

Ein weiterer Unterschied ist orthografischer Natur. In den „Briefen über Reval“ werden die Formen „Esthen“ und „Esthland“ benutzt, in den Schriften, die unter Petris Namen erschienen sind, ist jedoch konsequent von den „Ehsten“ und von „Ehstland“ die Rede. Genauso steht es mit „Dohm“ und „Dom“. Ein weiterer auffälliger Unterschied betrifft die Einwohnerzahlen Revals: der Autor der „Briefe“ beziffert sie auf 7 238 inklusive des Dombbergs, wobei er sich auf die Revision vom März 1796 bezieht (S. 18f.); Petri hingegen schätzt die Zahl der Einwohner grob auf 10 000.¹⁷

Für Fischer als den möglichen Autoren der „Briefe“ spricht auch seine besondere Aversion gegen das Klima im Baltikum, das durch einen langen und kalten Winter, einen kurzen, kühlen und windigen Sommer und einen unangenehm feuchten Frühling und Herbst charakterisiert ist. Als er Estland verlässt, dankt er Gott dafür, dass ihn nicht sein Schicksal auf Lebenszeit an diesen Ort gebunden hat.¹⁸ Das estnische Klima mag zwar für einen Mitteleuropäer durchaus ungewohnt und unangenehm sein, doch

¹⁵ Neue allgemeine deutsche Bibliothek, 1801, Bd. 64, St. 2, S. 447ff.

¹⁶ Vgl. JÜRGEN HEEG, Ueber einige Merkwürdigkeiten (wie Anm. 4), S. 541ff.; als weiteres Beispiel solcher Vorpublikationen können auch die in der Zeitschrift „Allgemeiner Litterarischer Anzeiger“ unter Petris Namen erschienenen kulturkundlichen Beiträge genannt werden: Ueber die Ursachen, warum in Liefland verhältnismässig nur eine kleine Anzahl junger Leute studirt (5. und 6. September 1799); Ueber das Schul- und Erziehungs-Wesen in Lief- und Ehstland (22. und 24. Oktober 1799); Ueber die Ehstnische Sprache und das in Ehst- und Liefland geredete Teutsche (2. und 3. Oktober 1800); Ueber den neuesten Zustand der Gelehrsamkeit, Litteratur, Künste und Wissenschaften in Lief- und Ehstland (28., 30. und 31. Juli 1801).

¹⁷ JOHANN CHRISTOPH PETRI: Ehstland und die Ehsten, oder historisch-geographisch-statistisches Gemälde von Ehstland. Ein Seitenstück zu Merkel über die Letten, Gotha 1802, Bd. 1, S. 190.

¹⁸ Briefe über Reval (wie Anm. 1), S. 110.

war Fischer ein besonderes, geradezu konzeptionelles Witterungsempfinden eigen: Er hielt sich für eine „südländische Natur“, für die das Mittelmeerklima im Gegensatz zum kalten, nebligen und düsteren Norden für Transparenz und Rationalität stand.¹⁹

Ein Hinweis auf Fischer ist auch die große Aufmerksamkeit, die die „Briefe“ den Themen Handel und Zoll widmen. Aufgrund seiner guten Beziehungen zu Rigaer Kaufleuten, von denen etliche auch seine Reise nach Spanien finanziell unterstützten, war Fischer in Handelsfragen gut informiert.²⁰

Beim parallelen Lesen der „Briefe über Reval“ und der Werke Petris macht sich die unterschiedliche Einstellung beider Texte gegenüber der deutschbaltischen Gesellschaft besonders bemerkbar. Bei der Lektüre der „Briefe“ wird der Eindruck erweckt, der Autor weile nur zufällig und für kurze Zeit im Baltikum. Zudem macht er kein Hehl aus seiner Verachtung und Antipathie für diese Region, die ihm als zurückgebliebene Peripherie innerhalb des deutschen Kulturraums gilt. Petris Einstellung ist demgegenüber meistens wohlwollend und er respektiert das Kulturniveau der Deutschbalten. Petri meint, Liv- und Estland „beinahe wie mein zweites Vater-Land ansehen“ zu können²¹ und schreibt von „dem guten Lande, das mir zwölf Jahre reichlich Brod gab, und der Schauplatz meiner Freuden und eines frohen Genusses derselben in den schönsten Jahren meines Lebens war“.²² Einige Zeit hegte er sogar den Plan, dort als Pastor tätig zu werden: Schon 1787 hatte er in Estland sein Examen für den Beruf des Pastors abgelegt und von Philipp Christian Moier, dem Oberpastor an der Revaler Domkirche, die *Venia Concionandi*, die Erlaubnis zum Predigen, erhalten, ohne des Estnischen kundig zu sein.²³ So schrieb der Propst von Fellin, Heinrich Ernst Schroeder, am 30. Juni 1791 dem livländischen Generalsuperintendenten Christian David Lenz, dass der im Kirchspiel Oberpahlen lebende Petri mehrere Probepredigten gehalten, sein Examen in Riga jedoch noch nicht abgelegt hatte. Eine Pastorenstelle hat Petri allerdings nicht bekommen – vielleicht hat er sich auch nur freiwillig für die Rhetorikprofessur am evangelischen Gymnasium in Erfurt entschieden, die er Ende 1796 übernahm. Vielleicht verdanken wir dieser Tatsache aber auch seine zahlreichen Schriften über Estland – während seiner zwölf Jahre im Baltikum begnügte er sich mit dem Sammeln von Material, veröffentlichte aber keine Zeile über seine häufig kritischen Eindrücke im Druck.

¹⁹ Siehe HUERKAMP, MEYER-THUROW, Die Einsamkeit (wie Anm. 7), S. 21f.

²⁰ Ebenda, S. 99.

²¹ Allgemeiner Litterarischer Anzeiger, 6. September 1799, Sp. 1390.

²² PETRI, Ehstland und die Ehsten (wie Anm. 17), S. XII.

²³ HENNING VON WISTINGHAUSEN: Hofmeister und Gouvernanten im Estland der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Buch und Bildung im Baltikum. Festschrift für Paul Kaegbein zum 80. Geburtstag, hrsg. von HEINRICH BOSSE, OTTO-HEINRICH ELIAS und ROBERT SCHWEITZER, Münster 2005 (Schriften der Baltischen Historischen Kommission, 13), S. 191-253, hier S. 221.

Petris Schilderungen von Reval in seinem Hauptwerk „Ehstland und die Ehsten“²⁴ unterscheiden sich konzeptionell erheblich von dem Pamphlet „Briefe über Reval“. Den Revaler Deutschen gegenüber ist Petri überaus wohlgesinnt: Er lobt ihre große Gastfreundschaft, die in der Revaler Gesellschaft herrschenden guten Manieren sowie die Sittenfreiheit, die sich gerade in den letzten Jahren zum Guten entwickelt habe. Seine Bewertungen unterscheiden sich teilweise diametral von denen in den „Briefen“: Wenn hier das schlechte Niveau der Revaler Schulen beschimpft wird, bewertet Petri die Domschule und das Gymnasium eher positiv. Der Autor der „Briefe“ findet kein gutes Wort für die Revaler Damen, was wohl sogar auf eigene schlechte Erfahrungen und sich daraus ergebende Rachegefühle schließen lässt. Die Damen von Reval „wachsen (...) auf wie Spargel“ und heiraten früh; sie haben grobe Gesichtszüge, „einen starken Körperbau und gedrängten Fleischwuchs“. Später würden sie zu treuen und praktischen, aber doch völlig langweiligen Ehegattinnen (S. 87f.). Im Gegensatz dazu beschreibt Petri die Revaler Damen als überaus sittsam und hübsch.²⁵ Der Autor der „Briefe“ begrüßt die Abschaffung der von Katharina II. eingeführten Statthalterchaftsordnung durch Paul I., da sie die Korruption begünstigt habe (S. 57); Petri wiederum, wie die meisten baltischen Aufklärer, unterstützte die Reformen der Kaiserin.

In beiden Schriften findet man die für die Publizistik der Aufklärung typische, gegen die Leibeigenschaft gerichtete Rhetorik, auch wird die Situation der Esten in besonders schwarzen Tönen geschildert. Allerdings gibt es große Unterschiede darin, wie die Lage der in der Stadt lebenden Esten beschrieben wird. Während diese in den „Briefen“ aufgrund ihrer schweren Arbeit als noch viel erschöpfter und „roher“ dargestellt werden als ihre Landsleute auf dem Lande (S. 20), führen sie nach Ansicht Petris im Vergleich zu den leibeigenen Bauern „ein ganz gemächliches Leben“.²⁶

²⁴ PETRI, Ehstland und die Ehsten (wie Anm. 17), S. 176-230. Eine Beschreibung Revels, die hiermit in vielen Zügen übereinstimmt, befindet sich auch in Petris folgendem Werk: DERS.: Neue Pittoresken aus Norden, oder statistisch-historische Darstellungen aus Ehst- und Liefland. Nebst einem kurzen Umriss von Moskau, Erfurt 1805, S. 1-76; ähnlich, obwohl zuweilen etwas kritischer, ist der Überblick über Reval in Petris letzter Schrift, in der er sich mit Estland auseinandersetzt: DERS.: Neuestes Gemälde von Lief- und Ehstland, unter Katharina II. und Alexander I. in historischer, statistischer, politischer und merkantilistischer Ansicht, Leipzig 1809, Bd. 1, S. 253-292.

²⁵ PETRI, Ehstland und die Ehsten (wie Anm. 17), S. 179f.

²⁶ Ebenda, S. 198. Petris Urteil wird bestätigt durch die jüngste Arbeit von Otto-Heinrich Elias über die Lebensbedingungen der Revaler Esten in derselben Epoche. Hier zeigt der Autor einen verhältnismäßigen Wohlstand und eine soziale Differenzierung der Esten auf: OTTO-HEINRICH ELIAS: Ein L'hombre-Tisch von rotem Holz. Anfänge estnischer Bürgerlichkeit um 1800, in: Aus der Geschichte Alt-Livlands. Festschrift für Heinz von zur Mühlen zum 90. Geburtstag, hrsg. von BERNHART JÄHNIG und KLAUS MILITZER, Münster 2004 (Schriften der Baltischen Historischen Kommission, 12), S. 383-423.

Für Petris Autorschaft spricht die Tatsache, dass sowohl die „Briefe über Reval“ als auch „Ehstland und die Ehsten“ sich als ein „Seitenstück“ zu Merkels „Letten“, die ihrerseits großes Aufsehen erregt hatten, präsentieren. Von seinem Aufbau her rechtfertigt jedoch nur „Ehstland und die Ehsten“ diesen Titel, da hier auch die Lebensbedingungen und die Lage der Esten dargestellt werden; die „Briefe aus Reval“ beschränken sich auf leibeigenschaftsfeindliche Tiraden und können in keiner Weise mit Merkels sorgfältig komponiertem Hauptwerk auf eine Stufe gestellt werden. Immerhin hätte auch Fischer Gründe gehabt, sich mit Merkel zu vergleichen, hatte er doch in Riga den Umgang mit jungen radikalen Intellektuellen, dem so genannten Prophetenclub, gepflegt und auch dem Bekanntenkreis Merkels angehört. Fischer war auch derjenige, der dem in der deutschen literarischen Welt noch unbekanntem Merkel empfahl, sich für die Veröffentlichung seiner „Letten“ an den Leipziger Verleger Heinrich Gräff zu wenden. Merkel erwähnt in seinen Erinnerungen, dass Fischer damals „eine Art von Celebrität in der Lesewelt“ war, lässt es sich aber nicht nehmen, ihn abschätzig als den Autor der späteren, unter dem Pseudonym „Althing“ veröffentlichten schlüpfrigen Romane zu erwähnen; auch nennt er die Weltanschauung, die Fischers Reisebriefen zugrunde lag, banal; dessen literarische Laufbahn habe „durch eine lange Reihe lebhaft geschriebener, aber mit falscher Ansicht zusammengestoppelter, Reisebeschreibungen geendigt“.²⁷ Auch Fischer war Merkel gegenüber nicht günstig gesinnt. In seinem schon erwähnten Brief an Hoffmann fügte er eine Randnotiz zu Merkel hinzu: „Die Schrift meines Freundes Merkel ‚Über die Letten‘, ist von mir an Gräff befördert worden. Sie enthält einige Punkte meines Buches weitläufiger ausgeführt, ansonsten sei sie ein wenig zu deklamatorisch“.²⁸ Allerdings scheint dieser letzte Vorwurf übertrieben zu sein, eher könnte man ihn auf den wenig argumentativen und deklamierenden Stil des Autors der „Briefe“ richten.

Gegen die Autorschaft Fischers spricht auch die Tatsache, dass er in Unterschied zu Petri sich höchstens nur kurze Zeit, wenn überhaupt, in Reval aufgehalten hat. Allerdings waren fiktive Reisebriefe damals nichts Außergewöhnliches – und über Fischer ist behauptet worden, man könne sich in seinen Werken nie sicher sein, was darin von ihm stammt und was abgeschrieben oder adaptiert sei.²⁹ Während seines Aufenthalts in Riga hätte er ohnehin genug Möglichkeiten gehabt, verschiedene Informationen über Reval einzuholen, auch hätte er seine in Livland gesammelten Eindrücke später einfach auf Estland übertragen können.

²⁷ GARLIEB MERKEL: Darstellungen und Charakteristiken aus meinem Leben, Leipzig u.a. 1840, Bd. 2, S. 63; vgl. HUERKAMP, MEYER-THUROW, Die Einsamkeit (wie Anm. 7), S. 95ff.

²⁸ SUB HH Handschriftenabteilung, Campe, Slg. 1; vgl. HUERKAMP, MEYER-THUROW, Die Einsamkeit (wie Anm. 7), S. 128.

²⁹ Ebenda, S. 72.

Wenn die bisherige Analyse und die auffallenden Unterschiede in beiden Texten die These von Huerkamp und Meyer-Thurow, Fischer sei der eigentliche Autor der „Briefe über Reval“, zu stützen scheinen, so weisen einige Übereinstimmungen im dritten Band von Petris „Ehstland und die Ehsten“ mit dem Text der „Briefe“ jedoch in die andere Richtung. In den „Briefen“ (S. 98f.) und in „Ehstland“ (Bd. 3, S. 192f.) wird in fast wörtlicher Übereinstimmung der schädliche Einfluss der „Libertins“ beschrieben, die „leichtfertige“ und „falsche Grundsätze“ unter die Leute bringen und auf diese Weise einem allgemeinen „Indifferentismus“, der Unredlichkeit und der Treulosigkeit Vorschub leisten. Den Pastoren wird in beiden Texten vorgehalten, nichts dagegen zu unternehmen; überhaupt seien diese nur „kirchliche Zeremoniemeister“ (so in den „Briefen“ – bei Petri wird dieses Wort mit C geschrieben).

Die „Briefe“ (S. 103f.) und „Ehstland“ (Bd. 3, S. 320f.) beschreiben auf ähnliche Weise den Vorfall, als Bürgermeister Carl Gottschalk Harpe (in den „Briefen“: „Harp“), der zugleich Scholarch des Revaler Gymnasiums war, den Professor jener Einrichtung, Friedrich Gustav Arvelius,³⁰ überheblich behandelt haben soll. Am meisten jedoch fällt die Übereinstimmung in der Beschreibung der estländischen Synode ins Auge („Briefe“, S. 38-44; „Ehstland“, S. 210-220). Auch die Charakterisierung der Geistesgaben des Oberpastors Moier ähnelt sich sehr, ohne dabei jedoch wörtlich übereinzustimmen. In „Ehstland“ wird die Synode etwas gründlicher beschrieben, doch geben beide Texte mit genau denselben Worten eine Reihe von Fragen wieder, die auf den Synoden 1795 und 1796 besprochen wurden. Ein kleiner Unterschied findet sich wiederum nur in der Orthografie („thörigt“ bzw. „thöricht“), auch werden in „Ehstland“ einige Fragen mehr angesprochen. Der Autor der „Briefe“ behauptet, er habe „von einem guten Freunde“ davon gehört; Petri gibt an, er habe die Materialien der Synode von seinem „Freunde, dem Probst Glanström“ bekommen.³¹

Wortwörtliche Übereinstimmungen zwischen den „Briefen über Reval“ (S. 24f.) und Petris späterem Werk „Neueste Gemählde von Lief- und Ehstland“ (S. 264f.) kann man auch in den oben erwähnten dramatischen Passagen finden, in denen das Äußere der die Stadt besuchenden Esten und deren allgemeine Situation beschrieben werden.

Zugegebenermaßen sind diese Übereinstimmungen ziemlich verwirrend und sprechen wiederum für Petris Autorschaft. Man kann natürlich nicht

³⁰ In den „Briefen“ wird Arvelius „Arrelius“ genannt (Anm. d. Red.).

³¹ Petri hatte freundschaftliche Beziehungen sowohl zu Johann Friedrich Glanström, dem Propst von Land-Wiek und Pastor des Kirchspiels St. Michaelis, als auch mit dessen Bruder David Gottlieb Glanström, der Propst von Jerwen und Pastor in Weissenstein und Annen war. Vgl. HEEG, Ueber einige Merkwürdigkeiten (wie Anm. 4), S. 540. Hier handelt es sich wahrscheinlich um Johann Friedrich Glanström, mit dem Petri schon seit 1786 befreundet war. Siehe VON WISTINGHAUSEN, Hofmeister und Gouvernanten (wie Anm. 23), S. 220. Johann Friedrich Glanström als einem vorbildlichen Pastor hat Petri später eine wahre Apologie gewidmet: Neue Pittoresken aus Norden (wie Anm. 24), S. 247-265.

ausschließen, dass Petri die „Briefe über Reval“ kannte und einige Passagen von dort einfach abschrieb. Petri war ein typischer Vielschreiber, der keine Skrupel kannte, eigene Texte endlos zu wiederholen und zu variieren, oder bei anderen Autoren zu wildern. In seinen Schriften über Estland stützte er sich z. B. oft auf Hupel, ohne dass er stets auf ihn verwiesen hätte. Schon Herrmann Friedrich Tiebe, Pastor in Lösern und ein gegenüber Merkel und Petri äußerst kritischer Zeitgenosse, wies auf die Tatsache hin, dass Petris Rhetorik in Bezug auf die unerträgliche Lage der estnischen Bauern mit nur wenigen Veränderungen in der Wortwahl zum Teil aus Merks „Letten“ stammt.³² So hätte es durchaus nicht gegen die Arbeitsprinzipien und den Schreibstil Petris verstoßen, sich bei Fischer zu bedienen.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass weder Fischers noch Petris Autorschaft der „Briefe aus Reval“ zweifelsfrei festzustellen ist, weil es glaubwürdige Argumente für beide gibt. Allerdings ist die Autorschaft Petris, an die unsere Kulturhistoriker bis dato so felsenfest geglaubt haben, unter einen ernsthaften Verdacht geraten: Eigentlich scheint die Waage sogar eher für Fischer auszuschielen. Allerdings muss die These von Huerkamp und Meyer-Thurow, der Autor der „Briefe über Reval“ sei „höchstwahrscheinlich“ der in der baltischen Literaturgeschichte bislang gänzlich unbekannt Christian August Fischer, dennoch mit Vorsicht genossen werden, da die vergleichende Analyse der Texte dies nicht absolut sicher bestätigt.

In jedem Fall handelt es sich bei den „Briefen“ um ein „problematisches“ Werk, weil es mit seiner fast rücksichtslosen Abneigung und Verachtung gegenüber der baltischen Gesellschaft nicht zu Petris meist deutlich ausgewogeneren literarischen Werken passen will. Für kulturhistorische Forschungen sind die „Briefe über Reval“, besonders wenn man von der Autorschaft Fischers ausgeht, der nur kurze Zeit im Baltikum verbrachte, als Quelle nicht zu empfehlen, viel sicherer ist es, sich auf Petris Hauptwerk „Ehstand und die Ehsten“ zu stützen, das trotz zahlreicher Wiederholungen und anderer Makel ein viel übersichtlicheres und nuancenreicheres Bild der Gesellschaft Estlands im Zeitalter der Aufklärung zeichnet.

³² HERRMANN FRIEDRICH TIEBE: Lief- und Estlands Ehrenrettung gegen Herrn Merkel und Petri, Halle 1804, S. 310ff.

SUMMARY

*Who is the Author of the Enlightenment
Pamphlet “Letters on Reval?”*

This article weighs the arguments for and against the claim that Johann Christoph Petri (1762–1851) was the author of the pamphlet *Briefe über Reval* (Letters on Tallinn). Although Petri has been accepted as its anonymous author by everyone writing about him, and is so recognized in general texts, in some recent analyses by German historians (Gerd Ueding, Josef Huerkamp and Georg Meyer-Thurow), it is Christian August Fischer who emerges as a possible author of the work. Fischer was a literary figure in late Enlightenment-era Germany, the author of 75 published works of fiction, travel literature, and political studies. He even became professor of “cultural history and the fine arts” at Würzburg University for a brief period 1804. Fischer had some contacts with the Baltic provinces, travelling in May 1795 to Riga via Lübeck. At the beginning of 1796 he was somewhere in the vicinity of Lake Peipsi when he wrote, using the nom de plume “Trolling” the belletristic book *Ueber die falschen Bäuche* (False stomach).

The attitudes towards the Baltic-German community reflected in “Letters on Tallinn” are clearly different from those contained in Petri’s confirmed works. The author of “Letters” seems to be native German who happened to spend a brief time in the Baltic lands, but who does not even try to hide his contempt and distaste for the Baltics as a backwater of German culture. Petri’s attitude, however, is mostly favourable, and appreciative of the Baltic-German cultural level. It must thus be noted that on the basis of existing information, it is not possible to assign authorship conclusively to either Fischer or Petri since there are arguments in favour of both. Petri’s authorship of this work, which our cultural historians have so far firmly supported, is now under serious doubt, and the scales are rather weighed in Fischer’s favour.

Als 1812 die Rigaer Vorstädte brannten. Ein Rekonstruktionsversuch

VON ANITA ČERPINSKA

Der Brand in den Rigaer Vorstädten im Jahre 1812 aufgrund der Bedrohung durch Napoleons *Grande Armée* ist ein markantes Ereignis in der Stadtgeschichte zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Die Tragödie traf viele Einwohner der Stadt sehr persönlich, sie beeinflusste die materielle und finanzielle Lage einzelner Menschen und Unternehmen – sie betraf im Grunde die ganze Stadt. Die Einwohner der Ostseeprovinzen sprachen noch lange darüber. Der vorliegende Aufsatz untersucht die Vorgeschichte der Brände und versucht, die Ereigniskette zu rekonstruieren, die zur Vernichtung der Vorstädte führte.

Die Geschichte der Rigaer Vorstädte in der Neuzeit ist reich an Zerstörungen. Die Vorstädte Rigas wurden von 1559 bis 1812 insgesamt achtmal in Brand gesetzt, also durchschnittlich alle dreißig Jahre.¹ Sie litten nicht nur unter den zahlreichen Kriegen in der Region, sondern waren auch von Vernichtungsmaßnahmen staatlicher Institutionen betroffen, was mit dem Sicherheitsbedürfnis der Festung Riga zusammenhing. Im Zeitalter der Bollwerke wurden das Straßennetzwerk und die chaotische Bebauung von Vorstädten als Hindernis für eine erfolgreiche Verteidigung angesehen. Obwohl die Festungswerke Rigas bereits im 17. Jahrhundert ausgebaut worden waren, blieb das Problem der Vorstädte noch das ganze 18. Jahrhundert aktuell.

Problemstellung

Die Vorgeschichte der Brände in den Rigaer Vorstädten im Jahre 1812 begann eigentlich schon zwei Jahre zuvor, als das Russische Imperium begann, sich für den Krieg mit Frankreich zu rüsten. In dieser Zeit wurde die Lage aller Festungen in Russlands westlichen Grenzgebieten sowie deren Verteidigungskapazität inspiziert. Die vom Kriegsministerium nach Riga entsandten Offiziere stellten dabei im März 1810 die Notwendigkeit fest, die bereits bestehenden Anlagen stärker zu befestigen und neue zu bauen. Zudem bildeten ihrer Meinung nach die den Festungskomplex umgebenden Gebäude ein Hindernis für die Verteidigung.² Offensichtlich

¹ GUNTARS CATLAKS: Rīgas priekšpilsētas gadsimtu gaitā [Die Rigaer Vorstädte in Laufe der Jahrhunderte], Rīga 1991, S. 47.

² Отечественная война 1812 года. Материалы Военно-Ученого архива. Отдел I. Переписка русских правительственных лиц и учреждений [Der Vaterländische Krieg 1912. Materialien des Kriegswissenschaftlichen Archivs. Abteilung

haben diese beiden Schlussfolgerungen die Vernichtung der Rigaer Vorstädte gleichermaßen beeinflusst, denn der Bau neuer Festungen war nicht denkbar ohne eine vorangegangene „Säuberung“ des Territoriums. Diese Aufräumarbeiten begannen im Falle Rigas schon 1810, zeitgleich mit der Errichtung neuer Festungen am linken Dünaufer, und wurden im folgenden Jahr fortgesetzt. Während dieser Zeit trafen in Riga mehrere ranghohe Offiziere des Kriegsministeriums ein, um die Bauarbeiten zu beobachten und über die Verteidigungsbereitschaft der Stadt Bericht zu erstatten. Ihre Schlussfolgerungen bezüglich der Vorstädte waren eindeutig: Ein zumindest teilweiser Abriss war unumgänglich.³ Schon 1811 markierten Militär-Ingenieure (vorläufig nur im Entwurf) das Territorium, das gleich nach Kriegsbeginn bei Anmarsch des Gegners rechtzeitig von sämtlichen Gebäuden zu befreien war. Zudem wurde empfohlen, das Gebiet, das direkt an die Festung anschloss, im Radius von 400 Metern noch vor Kriegsbeginn zu räumen.⁴ Dicht bebaute Vorstädte stellten nach landläufiger Ansicht eine ernste Gefahr dar, da sie erstens dem Gegner die Gelegenheit boten, unsichtbar für die Verteidiger Batterien für den Beschuss der Festung aufzustellen, Zweitens behinderten sie die Festungsartillerie, indem sie die Sicht auf den anmarschierenden Gegner einschränkten. Drittens schließlich ermöglichten sie dem Gegner, sowohl bei einem Sturmangriff als auch bei einer Belagerung in Deckung anzumarschieren.⁵

Im Falle Rigas wurde die Situation noch dadurch erschwert, dass nach Ansicht der Ingenieure die Festung während des Bombardements schwer zu verteidigen sei, da sich ihr Inneres aufgrund ihrer Ausmaße, der Überbevölkerung sowie der Dichte der Gebäude nach dem Beschuss rasch in einen Trümmerhaufen verwandeln würde.

Die Vorstädte in der bestehenden Gesetzgebung

Es war leicht für die Ingenieure, das Problem festzustellen und eine Lösung zu finden. Die Verwirklichung ihrer Pläne traf aber auf gewaltige Erschwernisse: Schon vor 1810 gab es verschiedene Bestimmungen, welche die Bebauung des Festungstreifens beeinträchtigten. Sie wurden jedoch in den Friedensjahren nicht beachtet. Selbst die angeblich vollkommenen Projekte für den Umbau der Vorstädte, die ausschliesslich der Verteidigung der Festung hätten dienen sollen, wurden niemals realisiert. In direkter Nähe der Festung waren im Laufe der Zeit diverse Handlungspunkte entstanden, Lagerhäuser waren gebaut worden, Waren wurden gestapelt

I. Schriftwechsel russischer Politiker und Regierungsstellen], Bd. I, Teil 2, Санкт-Петербург 1900, S. 45f.

³ Ebenda, Bd. II, Санкт-Петербург 1901, S. 160; ebenda, Bd. IV, Санкт-Петербург 1903, S. 60.

⁴ Ebenda, Bd. II, S. 163.

⁵ Ebenda, Bd. I, Teil 2, S. 260.

usw. Die Stadt lebte auch dort ihr Leben. Die Festungskommandantur, die beauftragt war, sich um die Aufrechterhaltung der Verteidigungsmaßnahmen der Festung auch in Friedenszeiten zu kümmern, gab auf die einzelnen Abweichungen nicht genügend Acht. Dies hatte zur Folge, dass die unmittelbare Umgebung Rigas 1810 keineswegs den Sicherheitsvoraussetzungen entsprach, die von den Experten festgelegt worden waren.

Um zu verstehen, warum die Frage der Vorstädte zu einem beachtlichen, fast zwei Jahre währenden Problemfall für den Stadtrat und das Militär wurde, muss man die für Riga verbindlichen gesetzlichen Regelungen ins Auge fassen. Als erstes wäre der Beschluss des St. Petersburger Senats vom 25. April/7. Mai 1811⁶ zu erwähnen, demzufolge die Rigaer Festung und ihre Artillerie weiterhin unter staatlicher Aufsicht standen.⁷ Damit unterstand der ganze Festungstreifen unmittelbar der Rechtsprechung des Kriegsministeriums, dessen Departements für alle Fragen verantwortlich waren. Das betraf auch die Düna-Inseln und das Land am linken Flussufer, wo die aufwändigen Bauarbeiten am Festungskomplex bereits begonnen hatten. Da St. Petersburg eindeutige Hinweise auf die strategische Bedeutung dieser neuen Festungsanlagen lieferte und die Bauarbeiten stets forciert wurden, folgte dementsprechend auch die „Säuberung“ des Territoriums in einem beschleunigten Tempo ohne Rücksicht auf die Anwohner.⁸ Alle Bauten wurden begutachtet, ihre Besitzer erhielten Quittungen, woraufhin der Abriss der Häuser erfolgte. Außerhalb des Festungstreifens war die Situation jedoch anders. Laut Beschluss des Senats vom 25. April/7. Mai befand sich die Esplanade in der Rechtsprechung der Stadt, doch waren alle Einschränkungen in der Bebauung gleichermaßen zu beachten. Wie bereits erwähnt, waren diese schon formuliert worden, doch wurde am 20. Juli/1. August ein neuer Ukas verabschiedet, demzufolge im Festungstreifen auf die Einschränkung des Baus von Steinhäusern und

⁶ 1812 galt im Russischen Reich der Julianische Kalender. Nach dem Schrägstrich folgen die Daten nach dem Gregorianischen Kalender.

⁷ Полное собрание законов Российской империи с 1649 года [Vollständige Sammlung der Gesetze des Russischen Imperiums seit dem Jahr 1649] (künftig: ПСЗ), Bd. XXXI, Санкт-Петербург 1830, Nr. 24603, S. 619–622. Vorschlag des Kriegsgouverneurs der Stadt Riga, Dmitrij Lobanov-Rostovskij, an den Rat des Gouvernements Livland, 11.5.1811 (eingelegt in den Senatsbeschluss vom 25. April 1811 über die Übergabe der Rigaer Festung an den Staat), in: Lettisches Historisches Staatsarchiv (*Latvijas Valsts Vēstures Arhīvs*, Riga, künftig: LVVA), Bestand 4, Findbuch 14, Akte 1055, Bl. 2–5. Für diesen Beitrag wurden die folgenden Bestände des LVVA genutzt: Nr. 1 - *Baltijas ģenerālgubernatora kanceleja* (Die Kanzlei des Generalgouverneurs der Ostseeprovinzen); Nr. 3 - *Vidzemes gubernatora kanceleja* (Kanzlei des Gouverneurs Livland); Nr. 4 - *Vidzemes guberņas valde* (Magistrat des Gouvernements); Nr. 749 - *Rīgas rātes virskanceleja* (Oberkanzlei des Rigaer Rates); Nr. 2265 - *Rīgas palīdzības banka* (Die Rigasche Hülfsbank); Nr. 5757 - *1812. gada Tēvijas karš* (Der Vaterländische Krieg von 1812).

⁸ Brief des Direktors des Ingenieur-Departements am Kriegsministerium, Generalleutnant Karl Oppermann, an den Generalgouverneur der Ostseeprovinzen, Dmitrij Lobanov-Rostovskij, 26.4.1812, in: LVVA, 1-12-597, Bl. 6.

Holzbauten mit gemauertem Fundament zu achten sei. Zudem durften auf den Esplanaden der Festungen in Grenzgebieten in einer 130 Klafter (277 Meter) breiten Zone um das Glacis⁹ keine Neubauten errichtet sowie keine Reparaturen an den alten Häusern ausgeführt werden. In den Vorstädten hinter der Esplanade waren die Häuser so zu bauen, dass sie im Schussbereich der Festungsartillerie lagen; sie durften ausschließlich aus Holz sein, kein Steinfundament und keine Keller besitzen, auch waren Gräben in den Gärten verboten. Gärten ohne Bäume, Kanäle und Gräben durften auf der Esplanade nicht näher als 50 Klafter (106,5 Meter) vom Glacis errichtet werden, wobei ihre Umzäunungen leicht abzureißen sein mussten. Schließlich durften gemauerte Gebäude und Häuser mit Steinfundament nicht näher als 450 Klafter (958,5 Meter) vom Glacis gebaut werden.¹⁰

Die genannten Einschränkungen wurden am 24. Januar/5. Februar 1812 erneut bestätigt. Sie betrafen zugleich die Bebauung des linken Ufers in Riga für den Fall des Verteidigungszustands der Festung.¹¹ Zumindest vorläufig wurde bestimmt, dass die Bauten, die den Vorschriften des Ukases nicht entsprachen, nicht abgetragen werden sollten; allerdings war es verboten, sie zu renovieren oder anderweitig ihren Zustand zu verbessern. Im Falle eines drohenden Angriffs waren sie laut Befehl unverzüglich abzureißen.

Aufräumungsarbeiten im Festungstreifen bis zum Kriegsbeginn 1812

Es war nicht so, dass alle genannten Gesetze, Beschlüsse und Anordnungen die Situation der Rigaer Vorstädte sofort geändert hätten. Nachdem die höheren Offiziere im Frühling des Jahres 1810 das Problem festgestellt hatten, wurde die Festungskommandantur beauftragt, die Situation näher zu untersuchen. Der Kommandant der Rigaer Festung, Generalmajor Johann Georg Friedrich von Emme (im Amt von Januar 1802 bis Dezember 1812), übergab diese Aufgabe an seine Spezialisten. Jedermann war sich bewusst, dass das Antasten von Privateigentum die Rigenser keinesfalls gleichgültig lässt und möglicherweise auch zu Konfliktsituationen führen könnte. Deshalb war v. Emme nicht überrascht, als der Stadtrat, nachdem er aufgefordert worden war, mit den Aufräumungsarbeiten im Festungstreifen

⁹ Ein Glacis war eine als freies Schussfeld angelegte, feindwärts flach geneigte Aufschüttung vor dem gedeckten Weg, häufig mit Annäherungshindernissen bestückt und durch Vorwerke geschützt. Glossarium Artis, Bd. 7: Festungen, München 1990, S. 92.

¹⁰ ПСЗ, Bd. XXXI, Nr. 24732, S. 815f., hier S. 816.

¹¹ Brief des Gouverneurs des Gouvernements Livland, Joseph Duhamel, an das Rigaer Ordnungsgericht, 18.5.1812, in: LVVA, 5757-2-54, Bl. 3-4; ПСЗ, Bd. XXXI, Nr. 24964, S. 18f.

fen zu beginnen, zunächst schwieg.¹² Erst eine intensive Korrespondenz führte dazu, dass 1811 alle Formalitäten zwischen den Vertretern der Behörden von Stadt, Gouvernement und Militär geregelt waren. Allerdings war ein langer bürokratischer Weg zu gehen, um die in den Speichern gestapelten Waren von den Festungen zu entfernen oder um ein Gebäude abzureißen. Zunächst war zu klären, wer der Inhaber eines betroffenen Gebäudes war. Dann bestimmte eine spezielle Kommission aus Vertretern der Gouvernementsverwaltung und des Stadtrates mithilfe von externen Experten den Wert des Gebäudes.¹³ Erst dann mussten die Hausbesitzer das Gebäude abreißen. So verschwanden viele öffentliche staatliche und städtische Gebäude (Windmühlen, Handelsstätten, Lager-, Bade- und Bootshäuser) sowie eine beträchtliche Zahl von Wohnhäusern an beiden Ufern der Düna.¹⁴ Auch die Regeln, auf welche Weise Handelswaren und andere Gegenstände in der Nähe der Festung auszuladen und unterzubringen waren, wurde geändert.¹⁵ Der Stadtrat hoffte, die Abrissarbeiten bis Ende März beendet zu haben, doch waren manche Hausbesitzer nicht auffindbar, andere wiederum bestritten die Taxierungsergebnisse, sodass sich der Prozess hinzog. Besonders sorgfältig wurde ein Fall untersucht, der ein direkt an die Wand der Zitadelle gebautes dreistöckiges Lagerhaus betraf. Ähnlich war es mit solchen Bauten, die die Benutzung von einzelnen Festungselementen praktisch unmöglich machten.¹⁶

Die Abriss- und Verlegungsarbeiten dauerten bis Anfang 1812, doch entsprach die Umgebung der Festung noch immer nicht den Vorschriften der

¹² JAN JUSKIEWICZ: Zur Vorgeschichte des Krieges 1812 in Riga, in: Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen Russlands aus dem Jahre 1912, Riga 1914, S. 415-444, hier S. 424f.

¹³ Brief von Generalleutnant Peter Wittgenstein an den Gouverneur von Livland, Ivan Rep'ev, 25.7.1810, in: LVVA, 3-5-1456, Bl. 17; Brief des Rigaer Magistrats an Lobanov-Rostovskij, 26.2.1812, in: LVVA, 749-6-631, Bl. 323.

¹⁴ Quittungen, gezeichnet von Lobanov-Rostovskij für Andrej Vitschkul (August 1812) und für Heinrich Seman (17.1.1813); Liste der Bewohner Rigas, deren Häuser geschätzt und für die (keine) Quittungen ausgestellt wurden, in: LVVA, 1-2-1605, Bl. 1-5; vgl. die Beschreibungen der abzureißenden Gebäude, die Generalmajor Karl Streiterfeld vom Rigaer Militäringenieursbezirk (*Рижский инженерный округ*) an Kriegsgouverneur Lobanov-Rostovskij schickte, 30.4., 12.5.1812, in: LVVA, 1-12-597, Bl. 13f., 29f.; Quittung des Rigaer Kriegsgouverneurs für Philip Sasjuk, 13.5.1812, in: LVVA, 3-5-1456, Bl. 61f.

¹⁵ Brief des Kriegsministers, General Michael Barclay de Tolly, an Kriegsgouverneur Lobanov-Rostovskij, 7.1.1810, in: LVVA, 1-12-512, Bl. 1; Brief des Rigaer Magistrats an Lobanov-Rostovskij, 18.2.1811, in: ebenda, Bl. 8f.; Brief vom livländischen Gouverneur Duhamel an Lobanov-Rostovskij, 4.3.1812, in: LVVA, 1-12-603, Bl. 14-17; Briefe des Generalleutnants Peter Wittgenstein an Duhamel, 10.7.1811, in: LVVA, 3-5-1022, Bl. 2-5; Gesuch der Rigaer Kleinen Gilde an Duhamel, o.D., in: ebenda, Bl. 10; Verordnung Lobanov-Rostovskijs für den Kommandanten der Rigaer Festung, Johann von Emme, 29.11.1810, in: LVVA, 2265-1-6, Bl. 12.

¹⁶ WOLDEMAR GUTZEIT: Riga im Kriegsjahre 1812, in: Mitteilungen aus dem Gebiete der Geschichte Liv-, Est- und Kurland, Bd. 13, Riga 1886, S. 117-244, hier S. 130.

Ingenieure. Alle erwähnten gesetzlichen Regelungen hatten eine gemeinsame Voraussetzung: Die Umgebung der Festung wird erst nach Kriegsbeginn vollständig „gesäubert“. Mit Bezugnahme hierauf wurden viele Gebäude an ihrem Platz belassen, besonders dann, wenn sie weit von der Festung entfernt waren. Erst kurz vor dem Kriegsausbruch entschieden einige weitere Dokumente das Schicksal der Vorstädte endgültig. Im April bestätigte die Regierung den Verteidigungsplan der Stadt Riga (*Примерный журнал осады города Риги*), der nicht nur die Aktionen der Verteidiger Rigas während des Angriffs festlegte, sondern auch voraussetzte, dass alle im Festungstreifen befindlichen Gebäude, Zäune und Bäume, die dem Gegner Schutz bieten könnten, bereits vernichtet worden waren. All dies war somit zu erledigen, solange sich der Gegner noch mehrere Tage von der Stadt entfernt befand.¹⁷ Genau zu dem Zeitpunkt aber, als dieser Plan bestätigt wurde, hieß es aus dem Ingenieurdepartement des Kriegsministeriums, dass die Gebäude besser unverzüglich, und nicht erst bei Kriegsbeginn, abgerissen werden sollten, da die politische Situation auf eine sehr rasche Kriegserklärung hindeute.¹⁸ Den Berichten des Generalgouverneurs der Ostseeprovinzen und zugleich auch Kriegsgouverneurs der Stadt Riga, General Dmitrij Lobanov-Rostovskij (im Amt von Dezember 1810 bis Mai 1812), an den Kriegsminister General Michael Andreas Barclay de Tolly kann man entnehmen, dass tatsächlich mit zusätzlichen Abrissarbeiten begonnen wurde.¹⁹ Kurz vor Kriegsbeginn wurden die neuen Bestimmungen für die Festungen am Kriegsschauplatz in St. Petersburg bestätigt (*Положение для крепостей, на базисе военных действий расположенных*). § 57 verpflichtete den Kommandanten dazu, an den Festungsanlagen und in ihrer Umgebung alles zu beseitigen, was die Armee stören, die Feuerkraft mindern oder dem Gegner Schutz bieten könnte.²⁰ In Riga wurde jedoch gegen diese Verordnung durchaus verstoßen, denn all dies wurde erst viel später ausgeführt.

Die Frage der Vorstädte bei Kriegsbeginn

Am 12./24. Juni 1812 überquerten die Truppen Napoleons die Memel und drangen auf russisches Territorium vor. Sobald der neu eingesetzte Generalgouverneur der Ostseeprovinzen und Rigaer Kriegsgouverneur Generalleutnant Magnus Gustav von Essen (im Amt von Juni 1812 bis Oktober 1812) davon erfuhr, leitete er die Vorbereitungen für die Abwehr eines Angriffes ein. Er ließ die Feuersicherheit verbessern und trug weitere

¹⁷ Verteidigungsplan der Rigaer Festung, ausgearbeitet vom Oberst des Ingenieurregiments Peter Trusson, o.D., in: LVVA, 1-12-602, Bl. 3f.

¹⁸ Отечественная война 1812 года (wie Anm. 2), Bd. 11, Санкт-Петербург 1909, S. 229.

¹⁹ Ebenda, Bd. 12, Санкт-Петербург 1909, S. 41f.

²⁰ ПСЗ, Bd. XXXII, Nr. 25130, S. 342-347, hier S. 345f.

Gebäude in Hagensberg, Groß-Klieversholm und Thornsberg ab.²¹ Am 17./29. Juni wurde in Riga der Kriegszustand erklärt, da der Gegner nur noch fünf Tagesmärsche entfernt war. Daraufhin befahl Alexander I. dem Stadtrat, die Schlüssel der Stadt und die zivile Autorität an den Rigaer Kommandanten zu übergeben.²² Da der Gegner schon so nah war, gab v. Emme am 25. Juni/7. Juli dem Polizeimeister Oberst Nils Otto Gustav von Krüdener den Befehl, die Bewohner der Moskauer und Petersburger Vorstädte zu benachrichtigen, damit sie rechtzeitig ihren Haushalt weg-schaffen und ihre Häuser verlassen, da der Befehl zur Vernichtung der Vorstädte jederzeit erfolgen würde.²³ Historiker haben sich gefragt, inwieweit diese Verordnung die Einwohner tatsächlich erreicht hat.²⁴ Leider ist es nahezu unmöglich, diese Frage zu beantworten. Von der Ernsthaftigkeit der Behörden, die Vorstädte abzureißen, zeugen wohl am deutlichsten die praktischen Vorbereitungen. So wurden ab dem 28. Juni/10. Juli z. B. leicht entflammbare und gut brennende Materialien in den Vorstädten verteilt, darunter Holz, Pech und Teer. Demselben Zweck dienten die von Artilleristen vorbereiteten und mit Teer beschichteten 1 000 Strickkränze.²⁵

Der erste ernsthafte Zusammenstoß zwischen der Rigaer Garnison und dem 10. Korps der Truppen Napoleons, das zum großen Teil aus dem preußischen Hilfskorps bestand, fand am 7./19. Juli bei Eckau statt. Nach verlorenem Kampf zogen sich die Rigaer Einheiten unter Leitung des Kommandeurs Generalleutnant Friedrich Löwis of Menar nach Riga zurück. Da dieser Rückzug die Möglichkeit zuließ, dass der Gegner die Düna überquert und die Stadt von beiden Ufern bedroht, konnte v. Essen die Beendigung der Festungsarbeiten nicht länger hinauszögern. Das Problem der Vorstädte musste endgültig gelöst werden, denn der Feind war keine zwei bis drei Tagesmärsche mehr entfernt und konnte schon in einigen Stunden an der Stadtgrenze erscheinen. Die Entscheidungen des Kriegsgouverneurs wurden zu diesem Zeitpunkt zweifelsohne auch durch seine unvollkommene Kenntnis der Lage des 10. Korps auf der Gegenseite beeinflusst. Die auf ihren Vorposten vor Riga stationierten russischen Truppen waren zum größten Teil Männer mit geringer Kampferfahrung und schwacher Disziplin, sie schlugen falschen Alarm und störten die Bauern außerhalb der Stadt mehr, als dass sie ernst zu nehmende Nachrichten über die Dislozierung und Aktionen des Feindes überbrachten.²⁶

²¹ GUTZEIT, Riga im Kriegsjahre 1812 (wie Anm. 16), S. 156.

²² Brief des Kriegsgouverneurs der Stadt Riga, Johann von Essen, an Gouverneur Duhamel, 16.6.1812, in: LVVA, 3-5-1456, Bl 52; Отечественная война 1812 года (wie Anm. 2), Bd. XIII, Санкт-Петербург 1910, S. 176.

²³ Bericht des Festungskommandanten v. Emme an Kriegsgouverneur v. Essen, 3.8.1812, in: LVVA, 1-12-619, Bl. 1.

²⁴ GUTZEIT, Riga im Kriegsjahre 1812 (wie Anm. 16), S. 164.

²⁵ Ebenda, S. 170; Eintrag im Journal der ausgegangenen Schreiben der Gouverneurskanzlei über den Brief des Kriegsgouverneurs v. Essen an Generalleutnant Friedrich Löwis of Menar, 27.6.1812, in: LVVA, 1-12-609, Bl. 68.

²⁶ Ebenda.

Am Tag nach dem Kampf in Eckau ließ v. Essen die Gebäude in der Mitauer Vorstadt auf dem linken Dünaufer abreißen, die die Aktionen der Artillerie störten. Den ersten Befehl, die Vorstädte am rechten Ufer in Brand zu setzen, gab v. Essen am 9./21. Juli, doch hob er ihn bald darauf wieder auf. Diese Entscheidung wird in der Historiografie unterschiedlich gedeutet. Eine Version besagt, v. Essen habe eine Nachricht erhalten, derzufolge die gegnerischen Truppen auf dem rechten Ufer zahlenmäßig nur schwach seien. Der Historiker Constantin Mettig jedoch vertrat die Meinung, v. Essen habe seinen Befehl widerrufen, nachdem er sich davon überzeugt hatte, dass sich der Gegner Riga nicht weiter nähere.²⁷ Allerdings hing laut Gesetz der Entschluss in Bezug auf das Schicksal der Vorstädte eigentlich nicht davon ab, ob der Gegner sich auf der einen oder der anderen Seite des Flusses befindet. Diese Verzögerung deutet eher auf den Wunsch des Generalgouverneurs hin, die geplante Vernichtungsmaßnahme soweit wie möglich hinauszuschieben. Allen Anweisungen gemäß sollte es zu dieser Zeit keine Vorstädte mehr geben, doch v. Essen zweifelte immer noch, obgleich der Gegner nur noch 20–30 km entfernt war. Am 10./22. Juli bat der Kriegsgouverneur die Ingenieure um einen Bericht mit genauen Angaben darüber, wie viel Freiraum um die Festung nötig sei, also wie viel tatsächlich abgebrannt werden sollte.²⁸ In dem daraufhin eingereichten Stadtplan war mit roter Linie das zu säubernde Territorium gekennzeichnet, und v. Essen gab den Befehl, in den Vorstädten diesen Sektor mithilfe von Absperrungen deutlich zu machen.²⁹ Der genannte Plan ist in den Archiven leider nicht mehr auffindbar, weshalb man sich nur ungefähr vorstellen kann, wo die rote Linie verlief. Der Historiker Wolde-
mar Gutzeit ging davon aus, dass sie entlang der Reeperstrasse (heute *Dzirnavu iela*) in der Petersburger Vorstadt und entlang dem Rothenburger Graben in der Moskauer Vorstadt verlief.³⁰ Zwar finden sich durchaus widersprüchliche Auffassungen darüber, ob es die erwähnten Absperrungen auch tatsächlich gab, doch deuten einzelne Berichte darauf hin, dass sie doch existierten.³¹

In Riga gibt es noch weitere Quellen, die über den Brand der Vorstädte und über die weiteren Ereignisse Anfang Juli 1812 Auskunft geben.

²⁷ CONSTANTIN METTIG: Am Vorabende des Befreiungskrieges. Das Jahr 1812 in und um Riga, Riga 1912, S. 34.

²⁸ Eintrag im Journal der ausgegangenen Schreiben der Gouverneurskanzlei über den Befehl des Kriegsgouverneurs v. Essen an den Oberst des Ingenieurregiments Peter Trusson, 10.7.1812, in: LVVA, 1-12-609, Bl. 101.

²⁹ WOLDEMAR GUTZEIT: Versuch einer Rechtfertigung des Kriegs-Gouverneurs von Riga, General-Lieutenant von Essen, Teil 1, in: Mitteilungen aus dem Gebiete der Geschichte Liv-, Ehst- und Kurland, Bd. 11, Riga 1868, S. 551–564, hier S. 556.

³⁰ GUTZEIT, Riga im Kriegsjahre 1812 (wie Anm. 16), S. 225.

³¹ Ebenda, S. 185f., 213; СТЕПАН Н. СИВИЦКИЙ: Отечественная война в Прибалтийском крае 1812–1912 г. С историческом очерком Прибалтийскаго края в XVIII столетии [Der Vaterländische Krieg im Baltischen Gebiet 1812–1912. Mit einem historischen Abriss des Baltischen Gebiets im 18. Jahrhundert], Riga 1912, S. 130.

Zu nennen wären hier die Schreiben des Kriegsgouverneurs v. Essen an höhere Stellen, einige Erinnerungen sowie die Berichte von den Organisatoren der Vernichtungsaktion und von denjenigen, die an ihnen beteiligt waren. Diese Texte wurden jedoch erst dann verfasst, als die Regierung ihrer Befürchtung Ausdruck gab, es könnte womöglich Opfer unter den Einwohnern gegeben haben.³²

Die von den Rigensern hinterlassenen Notizen über diesen Vorfall, konkret die Schreiben des Sekretärs der Kriminaldeputation des Rigaschen Magistrats, Friedrich Germann, und von Pastor Karl Ludwig Grave, schildern ihr Entsetzen und enthalten viel Persönliches.³³ Demgegenüber bieten weniger emotionale Quellen, wie z. B. die offizielle Korrespondenz zwischen den Amtspersonen, mehr Klarheit in Bezug auf die Vorbereitung und den Ablauf der Vernichtungsaktionen. Solche Informationen sucht man natürlich vergebens in den Notizen der Einwohner, die nicht direkt in die Organisation involviert waren. Es sei aber darauf hingewiesen, dass den Anlass für all diese Berichte nicht das gezielte Abbrennen bestimmter Häuser bot, sondern erst die außer Kontrolle geratene Feuersbrunst, die unter den Menschen verständlicherweise große Empörung hervorrief. Jeder der Autoren war dabei bemüht, die Unvollkommenheit der eigenen Handlungen nach Möglichkeit zu verschleiern.

Am 11./23. Juli traf in Riga zum wiederholten Male die Nachricht ein, dass die Truppen des 10. Korps im Begriff seien, die Düna zu überqueren. Kriegsgouverneur v. Essen schickte Oberstleutnant Ludwig Tiedemann, der früher in preußischem Dienst gestanden hatte, auf einen Erkundungsgang. Tiedemann war der Ansicht, dass auf die Rigaer Festung kein Verlass und die Rigaer Vorstädte der eigentlich schwache Punkt der ganzen Verteidigung seien.³⁴ Nachdem dieser von der eventuellen Gefahr für die Stadt Riga Meldung gemacht hatte, gab v. Essen den Befehl, die Vernichtung der Vorstädte vorzubereiten.³⁵ In der Nacht vom 11./23. auf den 12./24. Juli setzten mehrere Polizei- und Militäreinheiten die Moskauer und Petersburger Vorstädte in Brand. Wegen des starken Windes entfachte sich das Feuer jedoch auch jenseits der gekennzeichneten Linie, sodass ein Brand entstand, der ganz unerwartet auch die Festung in Gefahr brachte. Die

³² Eintrag im Journal der ausgegangenen Schreiben der Gouverneurskanzlei über den Bericht des Kriegsgouverneurs v. Essen an den Generalinspekteur der Infanterie und Kavallerie, General Aleksej Arakčeev, 4.8.1812, in: LVVA, 1-12-609, Bl. 175; Aus dem Briefen K. L. Graves, in: 1812. Baltische Erinnerungsblätter, hrsg. von FRIEDRICH BIENEMANN, Riga 1912, S. 118-125; Aus den Jugenderinnerungen Pastor K. L. Kaehlbrands, in: ebenda, S. 181-186.

³³ Aus dem Briefen K. L. Graves (wie Anm. 32), S. 118-125; Aus dem Tagebuch des nachmaligen Bürgermeisters Fr. Germann, in: ebenda, S. 144-151.

³⁴ Tagebuch und Briefwechsel des Oberstleutenants von Tiedemann aus dem Jahre 1812, hrsg. von MAX LEHMANN, in: Jahrbücher für die deutsche Armee und Marine, Bd. 24, Berlin 1877, S. 117-148, hier S. 123.

³⁵ Отечественная война 1812 года (wie Anm. 2), Bd. XIV, Санкт-Петербург 1910, S. 76.

Ausrüstung für die Feuerwehr wurde daher nicht in die Vorstädte geschickt, sondern blieb hinter der Mauer.³⁶ Der starke Wind und die Intensität des Feuers behinderten einen organisierten Ablauf der Löscharbeiten. Der Brand wütete bis zum Morgen.

Die Schuldfrage

Die Brände in den Vorstädten sind sowohl in den inoffiziellen Quellen zum Jahr 1812 als auch in zahlreichen wissenschaftlichen Abhandlungen ein beliebtes Thema. Hierbei werden allerdings oft einfach nur die vernichteten Häuser aufgezählt, aber meist auch die Schuldfrage gestellt. Wer nach den Schuldigen suchte, hat dabei meist v. Essen und Tiedemann im Blick. Die dabei präsentierten Umstände des Feuers, welche die Verantwortung gerade dieser beiden Personen womöglich noch verstärken sollen, sind aber nicht ganz widerspruchsfrei.

1) Als v. Essen den Befehl erteilte, die Vorstädte in Brand zu setzen, habe er das Ergebnis von Tiedemanns Erkundungsgang nicht abgewartet. Tiedemann wiederum wird beschuldigt, v. Essen mit falschen Informationen über das Nahen des Feindes versorgt zu haben, eben weil er die Vernichtung der Vorstädte herbeiführen wollte.

2) Dem Kriegsgouverneur v. Essen wird auch vorgeworfen, am Morgen des 11./23. Juli den Einwohnern der Vorstädte die Erlaubnis erteilt zu haben, in ihre Häuser zurückzukehren

3) Überhaupt sei die Vernichtung der Vorstädte ja sinnlos gewesen, da die Preußen an jenem Tag keinen Angriff auf Riga durchgeführt haben.

Als Quelle der ersten Behauptung dürften v. Emmes Notizen gelten, die nicht selten zur Diskreditierung v. Essens benutzt worden sind.³⁷ Der Kommandant äußerte sich im Allgemeinen recht negativ über die Säuberungsmaßnahmen im Festungstreifen und über das Abbrennen der Vorstädte. Allerdings scheint er 1836, als er seine Notizen schrieb, wohl vergessen zu haben, dass er als Kommandant auch selbst dafür verantwortlich war, die Festung auf den Krieg vorzubereiten, und dass viele Anordnungen auch seine Unterschrift tragen. Eine der Formulierungen v. Emmes ruft in diesem Zusammenhang besonderes Unverständnis hervor. Er schreibt, er habe „als Kommandant mit den Vorstädten nichts zu tun“ gehabt und nur in

³⁶ In der Rigaer Festung befanden sich 1812 insgesamt 25 000 Pud Schießpulver. Das Reservepulver wurde jedoch aus Platzgründen anderswo gelagert.

³⁷ Записка Рижского коменданта, генерал-лейтенанта И. Ф. Эмме, о блокаде Риги в 1812 году, in: Константин Военский: Отечественная война 1812 года в записках современников, Санкт-Петербург 1911, S. 58-66, hier S. 64; Übersetzung ins Deutsche: Erinnerungen des Gen[era]leutn[ants] J. v. Emme an den Brand von Riga, in: 1812. Baltische Erinnerungsblätter (wie Anm. 32), S. 161-170.

der Festung seinen Dienst geleistet.³⁸ Im Gegensatz zu dieser Behauptung besagten §§ 37-41 der Verordnungen für die in der Kriegszone befindlichen Festungen indes eindeutig, dass der Kommandant gemäß Ukas vom 20. Juli/1. August 1811 eine direkte Verantwortung für die Säuberungen im Festungstreifen trägt.³⁹ Mehrere derartige Äußerungen und die in den Notizen spürbare Tendenz, alles Übel dem wankelmütigen Charakter des zum Zeitpunkt der Niederschrift bereits verstorbenen v. Essen zuzuschreiben, veranlassen uns, den Text v. Emmes sehr kritisch zu betrachten.

Kommandant v. Emme berichtet allerdings von kleinen Kärtchen, die Tiedemann auf seinem Erkundungsgang am 11./23. Juli mit sich geführt habe. Je nach dem, wie ernst die Lage war, waren diese unverzüglich dem Kriegsgouverneur zuzuleiten. Ein Kärtchen mit einem roten Stempel bedeutete keine Gefahr für die Stadt, während ein schwarzer Stempel hieß, der Feind sei ganz in der Nähe. Aus unergründlichen Quellen erwähnen einige Autoren aber auch ein grünes Kärtchen, das bedeutet haben soll, der Feind sei im Begriff, die Düna zu überqueren.⁴⁰ Diese Information über die Kärtchen, mit einem oder mehreren Stempeln versehen, taucht auch in den Notizen Pastor Graves auf, doch stellt sich hier die Frage, woher dieser Autor das wissen konnte.⁴¹ Ebenso schreibt Grave, dass Tiedemann den Kommandanten der Festung Dünaburg aufgefordert habe, die Häuser in seiner Gegend in Brand zu setzen, doch habe Letzterer sich diesem Wunsch verweigert.⁴² Der Informant kann jedoch nicht als offizielle Quelle gelten, schon weil Tiedemann ohne eine Anordnung v. Essens solch einen Befehl niemals hätte erteilen dürfen.

Das theatraлиzierte Sujet mit den Kärtchen, das ohne Zweifel die Tragik des Schicksals der Vorstädte noch verstärkt, wird von vielen Autoren geschildert. Man vergisst dabei aber, dass dieser Akt an sich eigentlich ohne jeglichen Sinn war. Die Frage der Vorstädte musste v. Essen lösen, und ob er nun den roten oder den schwarzen Stempel erhielt, war für seine Entscheidung nicht der ausschlaggebende Faktor. Der Fall mit den Kärtchen ist schwer nachweisbar, aber auch schwer zu widerlegen, denn es gibt keine Dokumente darüber. Manche Autoren kommentieren die „Sache mit den Kärtchen“ ausweichend.⁴³ Andere dagegen bezweifeln sie

³⁸ Zit. n. ebenda, S. 167; im Original: „я как комендант, не имею ничего общего с предместьями и служу в крепости“, zit. n. Военский: Отечественная война 1812 года (wie Anm. 37), S. 64.

³⁹ ПСЗ, Nr. 25130, Bd. XXXII, S. 344.

⁴⁰ АЛЕКСАНДР МИХАЙЛОВСКИЙ-ДАНИЛЕВСКИЙ: Описание Отечественной войны 1812 года, т. I [Darstellung des Vaterländischen Kriegs von 1812, Bd. 1], Санкт-Петербург 1843, S. 405; МЕТТИГ, Am Vorabende des Befreiungskrieges (wie Anm. 27), S. 37; Rigasche Stadtblätter, 1852, Nr. 9, S. 80.

⁴¹ Aus den Briefen K. L. Graves (wie Anm. 32), S. 121.

⁴² Ebenda.

⁴³ В. Е. ЖАМОВ: Отечественная война 1812 г. Операции в направлении Тильзит – Митава – Рига [Der Vaterländische Krieg 1812. Die Operationen in Richtung Tilsit – Mitau – Riga], Рига 1912, S. 60.

mit der Begründung, solche Kärtchen seien ja sinnlos gewesen, denn in der Zeit, in der ein Bote mit ihnen unterwegs war, hätte auch Tiedemann nach Riga zurückkehren und einen ausführlichen Bericht erstatten können.⁴⁴ Bei v. Emme heißt es, dass v. Essen nicht auf Tiedemanns Kärtchen gewartet habe, um den Befehl zur Brandlegung zu erteilen. Es ist jedoch anzunehmen, dass Tiedemann – ob mit oder ohne Kärtchen – in jedem Fall berichtet hätte, der Feind, der damals bei Olay und Dahlenkirchen lagerte, sei in der Nähe. Dass der Feind sich mehrere Monate in der unmittelbaren Nähe von Riga aufhalten würde ohne die Stadt anzugreifen, konnte zu diesem Zeitpunkt niemand wissen.

Die zweiten Behauptung entstand wahrscheinlich aufgrund eines Missverständnisses bezüglich der erwähnten Mitteilung an die Einwohner Rigas vom 11./23. Juli. Da zuvor schon mehrfach bekannt gegeben worden war, dass die Vorstädte abgebrannt würden, und schließlich auch eine Absperrung das betroffene Gebiet kennzeichnete, begannen auch die außerhalb dieser Linie wohnenden Menschen, in die ohnehin schon überfüllte Innenstadt zu ziehen. Am Morgen des 11./23. Juli erklärte der Polizeimeister, dass diejenigen, die außerhalb der gekennzeichneten Zone wohnen, in ihre Häuser zurückkehren dürften.⁴⁵ Diese Bekanntmachung bedeutete jedoch nicht, dass die Vorstädte erhalten blieben, sondern wies nur darauf hin, wie weit das Feuer reichen sollte. Unverständlich bleibt die spätere Behauptung des Kommandanten, dass er nicht darüber informiert gewesen sei, wie und ob überhaupt den Rigensern mitgeteilt worden ist, dass sie in ihre Vorstadthäuser zurückkehren dürften. Wer soll denn sonst Polizeimeister Krüdener angeordnet haben, dies bekannt zu geben? Zudem berichtet v. Emme in seinen Notizen nichts davon, dass die Erlaubnis nur diejenigen betroffen hätte, die außerhalb der Zone wohnten. Somit wird der Leser dieser nachträglich angefertigten Aufzeichnungen nur grundlos irritiert, denn er muss davon ausgehen, dass diese Erlaubnis für alle Einwohner der Vorstädte galt.⁴⁶

Der dritte Vorwurf – niemand habe Riga angegriffen – ist ebenfalls recht verbreitet,⁴⁷ aber doch aufgrund einiger konkreter Faktoren kaum haltbar. Zum einen kann man den Verzicht auf den Angriff nachvollziehen, denn es wäre für die Preußen im Dienste Napoleons doch recht schwer gewesen, nachts eine fremde, stellenweise auch sumpfige Gegend zu durchqueren, um eine brennende Stadt anzugreifen. Sollte man nun aber mit der

⁴⁴ GUTZEIT, Riga im Kriegsjahre 1812 (wie Anm. 16), S. 201.

⁴⁵ DERS., Versuch einer Rechtfertigung (wie Anm. 29), S. 560; СИВИЦКИЙ, Отечественная война (wie Anm. 31), S. 130.

⁴⁶ Записка Рижскаго коменданта (wie Anm. 37), S. 61.

⁴⁷ Aus dem Tagebuch des nachmaligen Bürgermeisters Fr. Germann (wie Anm. 33), S. 151; ГЕОРГ ВРАНГЕЛЬ: Балтийские офицеры в походе 1812-го года [Baltische Offiziere im Feldzug 1812], Ревель 1913, S. 13; JULIUS ESKARDT: York und Paulucci. Aktenstücke und Beiträge zur Geschichte der Convention von Tauroggen (18./30. Dec.), Leipzig 1865, S. 26.

Vernichtung der Vorstädte so lange warten, bis die Preußen trotz allem doch angriffen? Tatsächlich hat wohl v. Emme vorgeschlagen, das Feuer erst dann zu legen, wenn der Feind die Vorstädte bereits erobert hat, um ihm dann vielleicht eine vernichtende Niederlage beizubringen; dies hätte jedoch eine noch größere Katastrophe heraufbeschwören können. Gutzeit zufolge war die Garnison ohnehin verhältnismäßig klein, sodass es kaum vorstellbar ist, dass sie gleichzeitig den Feind abwehren und die Brände in den Vorstädten hätte legen können. Zudem hätte es ja auch gerade an diesem Tag regnen können, was das Feuer verhindert hätte. Schließlich musste man auch damit rechnen, dass am Tag des Brandes der Wind Richtung Festung weht, was ebenfalls die ganze Aktion hätte ziemlich riskant werden lassen.⁴⁸

Diese letzte Vorhaltung brachten im Gegensatz zu den vorangegangenen auch Militärkreise vor. Gouverneur v. Essen erwähnt in einem seiner Briefe den Kommentar eines Offiziers: „der Alte wird sich schämen, dass er es überstürzt hat“.⁴⁹ Tatsächlich hätte ein baldiger Angriff Napoleons die Reputation v. Essens gerettet, doch wäre in diesem Fall wohl eher noch weniger von der Stadt übrig geblieben.

Gouverneur v. Essen, der kurz vor Kriegsbeginn sein Amt angetreten hatte, trat noch vor Ende des Krieges offiziell aus gesundheitlichen Gründen zurück. Dabei ist es durchaus glaubhaft, dass dieser Entschluss zum Teil mit seiner antizipierten negativen Rolle des „Brandstifters“ zusammenhing, die ihm sein Befehl vom 11./23. Juli auferlegte. Etliche Vermutungen wurden auch durch den Umstand provoziert, dass v. Essen ausgerechnet am Jahrestag der brennenden Vorstädte 1813 starb, es hieß sogar, er habe Selbstmord verübt. Tiedemann, der gemeinsam mit v. Essen nach Riga gekommen war, wurde im August 1812 in einem Kampf tödlich verletzt. Von seinen persönlichen Notizen über die Rigaer Ereignisse ist ausgerechnet der Teil verloren gegangen, der den 11./23. Juli behandelt.⁵⁰

Die Schuldigen in der offiziellen Korrespondenz

Es gibt Historiker, die versuchen, v. Essen zu rechtfertigen, indem sie betonen, er habe nur seine Pflicht erfüllt, schließlich sei die Zerstörung der Vorstädte strategisch unerlässlich gewesen. Dass es dabei zu einem unkontrollierten Feuer kam, war ein Unglücksfall, an dem niemand konkret Schuld trage.⁵¹ Diese Autoren sind einig in der Auffassung, dass die

⁴⁸ GUTZEIT, Versuch einer Rechtfertigung (wie Anm. 29), S. 554.

⁴⁹ Отечественная война 1812 года (wie Anm. 2), Bd. XVI, Санкт Петербург 1911, S. 71: „совестно будет старичку что он поторопился“.

⁵⁰ Tagebuch und Briefwechsel des Oberstleutenants von Tiedemann (wie Anm. 34), S. 118.

⁵¹ GUTZEIT, Riga im Kriegsjahre 1812 (wie Anm. 16), S. 189; МЕТТИГ, Am Vorabende des Befreiungskrieges (wie Anm. 27), S. 43; ERNST SERAPHIM: Der Krieg

Brandschäden, deren maßgebliche Ursache die letzte Phase der Aufräumarbeiten im Festungstreifen war, nichts daran ändern, dass die Vernichtung einzelner Vorstadtbereiche eine militärisch notwendige Maßnahme war. Deren Ausführung sei mit etlichen Instruktionen geregelt worden, denen zufolge die Zerstörung eben vor einem Angriff ausgeführt werden musste, und nicht erst während des Kampfes. Der Kriegsgouverneur hatte nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, die Festungsgegend zu „säubern“. Im Fall der Rigaer Vorstädte ist es allerdings einfacher Fragen zu stellen, als sie zu beantworten.

In seiner offiziellen Korrespondenz hat v. Essen gleich nach dem Brand den Kriegsminister über die Ereignisse benachrichtigt und nur nebenbei erwähnt, dass die Vorstädte auf seinen Befehl hin abgebrannt wurden.⁵² Vielmehr gab ihm der Zustand seiner Truppen Grund zur Sorge. Zudem fürchtete er, dass der Feind die Landverbindungen nach Riga abschneiden könnte. Am 20. Juli/1. August 1812 erreichte das Innenministerium aber ein weiterer Brief, der interessante Information über die Geschehnisse in Riga enthielt. Der Autor, bei dem es sich wohl um den Postmeister Weihrauch handelte, warf der Polizei vor, sie habe die Sicherheitsmaßnahmen nicht genug beachtet, weshalb es überhaupt erst sowohl zu Plünderungen als auch zur unkontrollierten Verbreitung des Feuers kam.⁵³ Aus diesem Grunde habe der Polizeimeister nun Angst, vor die Rigenser zu treten. Ohne näheren Kommentar erklärte der Brief, Menschen seien im Bett verbrannt. Andere suchten nun ohne Obdach, Kleidung und Nahrung im Wald Zuflucht. Der Autor beklagte, dass die Zerstörung der Vorstädte gar nicht notwendig gewesen sei, da der Gegner gar nicht näher an Riga herangerückt war – wahrscheinlich lache er nur über den Anblick der von den Rigensern selbst produzierten Ruinen. Zwar gibt es in den Dokumenten von Napoleons 10. Korps keine Informationen darüber, ob das brennende Riga bei irgendwem Gelächter hervorrief, doch hatte den Gegner offenbar folgendes Gerücht erreicht: Die Rigaer Behörden hätten nur die Moskauer Vorstadt, wo die Russen lebten, abbrennen wollen, während die von Deutschen bewohnte Petersburger Vorstadt verschont bleiben sollte. Daraufhin hätten die Russen, aufgebracht darüber, dass man ihre Häuser zu opfern bereit war, Fackeln und andere brennende Gegenstände in die Petersburger Vorstadt geworfen. Aus diesem Grunde, so hieß es, seien 2 500 Häuser abgebrannt und 400 Menschen ums Leben gekommen.⁵⁴

Napoleons gegen Russland im Jahre 1812, Riga 1912, S. 81; ЖАМОВ, Отечественная война 1812 года (wie Anm. 43), S. 60.

⁵² Отечественная война 1812 года (wie Anm. 2), Bd. XIV, Санкт-Петербург 1910, S. 125.

⁵³ Ebenda, S. 187f.; hier auch der Hinweis, es handele sich bei diesem Brief um ein Schreiben des Rigaer Postmeisters Weihrauch an den Petersburger Postbeamten Staatsrat Hahn.

⁵⁴ GABRIEL FABRY: Campagne de Russie (1812), Bd. 3, Paris 1901, S. 90: „les uns disent que l'on n'a voulu incendie que le faubourg de Moscou où sont domiciliés les Russes, tandis que l'on a voulu épargner de Pétersbourg où logent les Allemands.“

Eine weniger extravagante Version berichtet, Kosaken hätten beim Anblick einer preußischen Patrouille gedacht, dass der Gegner Riga in einem Stoßangriff einzunehmen im Begriff sei. Daraufhin hätten sie Alarm geschlagen, woraufhin die Vorstädte in Brand gesetzt wurden, deren Einwohner es nicht mehr schafften, ihr Hab und Gut zu retten. Wegen dieses falschen Alarms habe v. Essen fünf Offiziere in Haft nehmen und mehrere Menschen erschießen lassen.

Nachdem ähnliche Gerüchte auch bis nach St. Petersburg gelangt waren, mussten die Organisatoren der Brandaktion Ende Juli 1812 Rechenschaft ablegen.⁵⁵ Gouverneur v. Essen bat den Kommandanten, den Rigaer Bürgermeister, den Magistrat und den Polizeimeister, Erklärungen vorzubereiten und einzureichen. Abgesehen von den Erinnerungen der Einwohner sind dies die umfangreichsten Zeugnisse über die Ereignisse in der Nacht vom 11./23. Juli 1812. Aus diesen Berichten geht deutlich hervor, dass alles nach Vorschrift abgelaufen war. Was davon nun tatsächlich der Wahrheit entsprach, und was von dem Wunsch diktiert war sich zu rechtfertigen, wissen nur die Verfasser selbst. Offiziell war zu diesem Zeitpunkt noch kein Bericht eingegangen, der eventuelle Opfer erwähnt hätte.⁵⁶ Gouverneur v. Essen schrieb, dass der größte Teil der Einwohner bereits die Vorstädte verlassen hatte, und dass er höchstpersönlich dafür Sorge getragen hätte.⁵⁷ Er behauptete, die Information über den Umfang des zu vernichtenden Gebiets mit Absicht hinausgezögert zu haben. So will er erreicht haben, dass möglichst viele Menschen die Stadt verließen. Er schrieb auch von Brandstiftern, die die Situation missbraucht hätten – von ihnen seien zwei auf der Stelle erschossen und fünf später vor Gericht gebracht worden. Wenn es Opfer gab, trugen sie seiner Ansicht nach selbst die Schuld daran. Kommandant v. Emme betrachtete das Gerücht von den verbrannten Personen als grundloses Geschwätz und war der Meinung, dass nur ein Räuber, der zu viel zu tragen hatte, dem Brand hätte zum Opfer fallen können.⁵⁸ Der Magistrat und der Bürgermeister sagten nur aus, dass sie mit den Maßnahmen im Festungstreifen nichts zu tun gehabt hätten und deshalb auch nichts von Opfern wissen könnten.⁵⁹ Dem-

Les premiers, irrités qu'on sacrifie leurs maisons et que l'on épargner celles des Allemands, ont jeté des flambeaux et du combustible dans les faubourg de Pétersbourg, et de cette façon, ont été incendiés 2.500 maisons, 400 personnes ont péri“.

⁵⁵ Eintrag im Journal der ausgegangenen Schreiben der Gouverneurskanzlei über den Befehl des Kriegsgouverneurs v. Essen an den Festungskommandanten v. Emme, 22.7.1812, in: LVVA, 1-12-609, Bl. 53.

⁵⁶ Отечественная война 1812 года (wie Anm. 2), Bd. XVI, S. 266; Bericht des Rigaschen Polizeimeisters Oberst von Krüdener an den Gen[eral]maj[or] von Emme, in: 1812. Baltische Erinnerungsblätter (wie Anm. 32), S. 172-175, hier S. 175.

⁵⁷ Eintrag im Journal der ausgegangenen Schreiben (wie Anm. 32).

⁵⁸ Bericht des Festungskommandanten v. Emme an Kriegsgouverneur v. Essen, 3.8.1812, in: LVVA, 1-12-619, Bl. 1f.

⁵⁹ Brief des Rigaer Magistrats an den Kriegsgouverneur v. Essen, 2.8.1812, in: LVVA, 749-6-632, Bl. 140.

gegenüber bietet der Bericht v. Krüdeners reichhaltige Informationen. Ihm ist zu entnehmen, dass während der Vorbereitungsarbeiten nichts überhastet passiert und auch kein Chaos entstanden sei.⁶⁰ Am Nachmittag des 11./23. Juli habe er den Befehl bekommen, sich auf die Brandlegung vorzubereiten, und nochmals die Einwohner benachrichtigt.⁶¹ In der Nähe von Kirchen, Lagerhäusern und anderen wichtigen Orten habe die Polizei Menschengruppen organisiert, die verhindern sollten, dass das Feuer auf diese Gebäude übergreift. Um 21.00 Uhr schließlich habe er den Befehl bekommen, die Moskauer Vorstadt abzubrennen. Dazu seien die Polizisten und Soldaten vor Ort versammelt und über die Vorschriften aufgeklärt worden. Die Mannschaft habe sich dann in drei Gruppen aufgeteilt und den Befehl erhalten sicherzustellen, ob sich in den betroffenen Häusern nicht doch noch Menschen aufhielten. Erst um ein Uhr Nachts hätten die Polizisten und Soldaten das Feuer entfacht. Ein starker Wind habe jedoch die Flammen aus der vorgeschriebenen Zone heraus getragen. Krüdener berichtete, dass nach dem Löschen des Feuers vier verbrannte Leichen gefunden worden seien. Auch nach Ansicht des Polizeimeisters konnte es sich dabei nur um Räuber handeln.

Der Bericht Krüdeners enthält keinen Hinweis auf Ausschreitungen seitens der Soldaten, die sich ihren Instruktionen widersetzt und die Bewohner der Vorstädte bedroht hätten. Diese Lücke füllen nur die Erinnerungen der Augenzeugen.⁶² Es ist vorläufig nicht möglich, die Frage nach dem Ablauf der Brände eindeutig zu beantworten. Die Quellen erlauben ein breites Spektrum an Interpretationen: Wie verhielten sich z. B. die Soldaten in dem Augenblick, als das Feuer außer Kontrolle geriet – wurden sie aggressiv, untersagten sie den Einwohnern das Löschen ihrer Häuser? Oder wollten sie nur Leute vor den Flammen fernhalten und damit ihr Leben retten? Kann man aufgrund eines Vorfalls – ein Haus wurde in Brand gesetzt, während eine Frau darin schlief – behaupten, dass die Soldaten ihre Befehle vernachlässigt und die betroffenen Gebäude vor ihrer Vernichtung nicht sorgfältig geprüft haben?

Schlussfolgerungen

Die Brände in den Rigaer Vorstädten im Jahr 1812 sind noch keineswegs vollständig erforscht. Aufgrund der tragischen Ereignisse ranken sich um

⁶⁰ Bericht des Rigaer Polizeimeisters Oberst v. Krüdener an den Festungskommandanten v. Emme, 3.8.1812, in: LVVA, 1-12-619, Bl. 6; Bericht des Rigaschen Polizeimeisters v. Krüdener (wie Anm. 56), S. 172-175.

⁶¹ Ein Teil der Einwohner versammelte sich vor der Brandlegung mit ihren in aller Eile mitgebrachten Sachen auf der Esplanade. Dies spricht dafür, dass die Einwohner vorher in der Tat gewarnt worden waren.

⁶² Aus den Jugenderinnerungen Pastor K. L. Kaehlbrands (wie Anm. 32), S. 181-186; Aus den Briefen K. L. Graves (wie Anm. 32), S. 121.

diesen Fall viele Interpretationen. Jede dieser Deutungen hängt zum Teil auch von der persönlichen Einstellung des jeweiligen Autors und von den von ihm benutzten Materialien ab. Möglicherweise könnte die Korrespondenz des Rigaer Kommandanten aus dem Juli 1812 wesentlich mehr Klarheit bringen, doch ist es leider vorläufig noch nicht gelungen, sie auffindig zu machen.

Beim derzeitigen Stadium der Erforschung der Brände ist festzuhalten, dass die Vernichtung der Vorstädte lange vor den Ereignissen vom 11./23. Juli 1812 geplant war. Nach Auffassung der Militäringenieure befanden sich die Gebäude zu nah der Festung, was deren Verteidigung entscheidend erschwerte. In der Erwartung des Krieges mit einem so mächtigen Gegner wie Napoleon wollte das Oberkommando der russischen Armee sich bestens auf die Konfrontation vorbereiten. Dafür mussten die Festungen für den Einsatz der Waffen in Ordnung gebracht werden. In der Folge wurden im Frühjahr 1810 Vorbereitungen getroffen, deren Zweck es war, den an der Festung direkt anliegenden Streifen zu räumen. Gleichzeitig wurden diejenigen Gebäude vernichtet, die den Bau neuer Festungsanlagen störten. Dabei wurden die zuständigen Behörden beim Militär, bei der Stadt und beim Gouvernement einbezogen, die sich allerdings nicht immer einigen konnten; daher war der Festungstreifen in Riga bei Kriegsbeginn noch nicht ordnungsgemäß geräumt.

Nach Kriegsbeginn und während des Heranrückens der feindlichen Armee war Gouverneur v. Essen gezwungen, denjenigen Teil der Vorstädte Rigas abzubrennen, der nach Meinung der Militär-Ingenieure störte. In der Nacht vom 11./23. Juli 1812 geriet beim Niederbrennen der Gebäude am rechten Dünaufer das Feuer jedoch außer Kontrolle. Infolgedessen brannten mehr Häuser ab, als geplant war: vier Kirchen, 35 öffentliche Gebäude und mehr als 700 Wohnhäuser. Die derzeit zugängliche Quellenbasis liefert leider nicht genügend Informationen, um feststellen zu können, inwieweit der Wind, etwaige Brandstifter oder gar die Polizisten und Soldaten selbst mit verantwortlich dafür waren, dass das Feuer sich außerhalb der gekennzeichneten Zone ausbreitete. Die zugänglichen Materialien lassen darauf schließen, dass es v. Essen war, den die größte Missbilligung der Gesellschaft traf, da letztlich der Gegner Riga doch nicht angriff, menschliche Tragödien und materielle Schäden somit als sinnlos erscheinen mussten.

Die genauen Schäden des Feuers sind noch lange nicht exakt erschlossen. Um den Umfang des Brandes vollständig bestimmen zu können, muss man herausfinden, wo genau die „rote Linie“ verlief und welcher Anteil der Rigaer Vorstädte erhalten bleiben sollte. Wie viele Häuser genau zerstört wurden, ist nicht bekannt. Völlig unerforscht ist auch die Frage der Vernichtung der Vorstadt auf dem linken Dünaufer. Nach allem, was wir wissen, verlief im Vergleich mit den Ereignissen am 11./23. Juli auf dem rechten Dünaufer das Vernichtungswerk in der Mitauer Vorstadt am 8./20. Juli offenbar sehr ruhig.

SUMMARY

*When the Suburbs of Riga were Set in Flames
in 1812: An Attempt to Reconstruct the Events*

The burning of Riga suburbs in 1812 is one of the most striking events in the history of Riga at the beginning of the 19th century. The purpose of the article is to restore the course of the event in order to show possible causes and consequences leading to the fire. The history of the burning of the suburbs began in 1810 when Russia started preparations for the war with France. In March 1810, officers in Riga realized that it was necessary to improve the fortifications and that the security of the fortress complex was jeopardized by the surrounding buildings. The work to put in order the surrounding territory of the fortress began in 1810 and continued in 1811. In Russia, regulations existed to restrict construction around the fortress, however these were not fully observed during peace time.

In 1810 and 1811, the War Ministry considered the fortifications on the left bank of the River Daugava an important element in the defence of Riga. Building of the fortifications went on quickly and the cleaning of the territory was carried out in accelerated speed. Buildings were appraised, the owners received receipts and the buildings were torn down. The work on the right bank of Daugava proceeded slower; as a result, in the beginning of the War of 1812 the surrounding territory of the fortress did not meet requirements.

On June 17th/29th 1812 martial law was announced in Riga. Shortly afterwards police informed the people living in the Moscow and Petersburg Suburbs that they should leave the houses because the suburbs would be destroyed. After several clashes with the enemy, the Russian forces withdrew to Riga and the enemy had the possibility to cross Daugava. The Riga fortress had to, therefore, be ready for battle. The Military Governor of Riga Ivan Essen had to solve the suburb issue.

On July 8th/20th 1812 Essen ordered destruction of the houses in the Jelgava Suburb on the left bank of Daugava that hindered operation of the fortifications' artillery. On July 10th/22nd the Military Governor asked engineers to prepare a report on how many buildings had to be burned down on the right bank of the river. The night between July 11th/23rd and 12th/24th police and soldier units set fire to the Moscow and Petersburg Suburbs. Due to strong winds, the flames crossed the marked line and fire broke out.

Literature and some of the sources lay the blame for the accident on Essen and his assistant, lieutenant-colonel Ludwig Tiedemann. Since it is not possible to restore the course of all the events, especially the course of the burning, it is difficult to evaluate the responsibility of the above authorities and other people involved. When the news spread, they were supplemented

by rumours about people burnt to death in their beds. Petersburg Officials demanded explanations from Essen who, in turn demanded explanations from the executors of the burning – the commandant and the police. Everybody denied loss of lives, stating that the only possible victims could be some plunderers.

It has to be concluded that the burning of the Riga suburbs in 1812 has not been fully studied. Due to the tragic character of the event, it has gained many interpretations. Each treatment largely depends on the point of view of the author and the material used. It is clear that the suburbs were meant to be destroyed before the burning of July 11th/23rd 1812. With the current source material it is impossible to find out to what degree the spreading of the fire behind the planned line was facilitated by the wind, the fire raisers or the policemen and the soldiers. The strongest condemnation from the public was directed against Essen because the enemy did not attack Riga.

„Hier und jetzt“: über Bedingungen und Wirkungsspielräume der zionistischen Bewegung in Litauen 1906–1940

VON EGLĖ BENDIKAITĖ

Dieser Beitrag hat zum Ziel, die steter Veränderung unterworfenen Rahmenbedingungen sowie den Wirkungsraum der zionistischen Bewegung in Litauen während der Phase ihrer günstigsten Entfaltungsmöglichkeiten in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zu untersuchen.

Die Erkenntnis, dass die Qualifizierung der jüdischen Gemeinschaft in Litauen als einer unteilbaren sozialen Einheit, die von unveränderlichen Vorstellungen geleitet worden sei, weder ihrer geschichtlichen Rolle gerecht noch durch eine gewissenhafte Analyse der Quellen belegt wird, greift in der litauischen Historiografie erst allmählich Platz. Litauische Historiker haben aber mit zunehmender Tendenz begonnen, ihr Augenmerk auf die sich verändernden geopolitischen und sozioökonomischen Merkmale zu richten, welche die Haltungen und Handlungen der unterschiedlichen politischen Kräfte der jüdischen Gesellschaftsgruppen unablässig, wenngleich mit fortwährend verschobener Wirkungsrichtung, beeinflusst haben. Vieles gilt es hierbei noch zu erschließen, kritisch zu bewerten und angemessen zu gewichten. Jedenfalls ist es heute noch zu früh, sich auf die Schlussfolgerung festzulegen, dass der Einfluss der Zionisten überbewertet würde, während die Rolle und die Nachhaltigkeit des Wirkens ihrer politischen Gegenspieler – des sozialistischen „Bund“, der jüdischen Nationalbewegung um die „Yidishe folkspartay“ (Folkisten) oder der Orthodoxen – zu Unrecht nur deshalb nicht gebührend gewürdigt worden seien, weil nach der Schoah keine Rechtsnachfolger auftraten, die an die zuvor erzielten Errungenschaften dieser Bewegungen angeknüpft hätten.¹

Die Geschichte des Zionismus ist Teil der politischen und kulturellen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts; als solcher hat sie eigene Entwicklungsstufen durchlaufen, unabhängig von Staatsgrenzen und Herrschaftsformen. Die zionistische Bewegung war von Anbeginn an eine internationale Bewegung. Obgleich ein integraler Bestandteil der Zionistischen

¹ Siehe hierzu ausführlich ŠARŪNAS LIEKIS: Žydai: „kaimynai“ ar „svetimieji“? Etninių mažumų problematika Lietuvos istorijos moksle [Die Juden: „Nachbarn“ oder „Fremde“? Die Problematik der ethnischen Minderheiten in der litauischen Geschichtswissenschaft], in: Genocidas ir rezistencija [Völkermord und Widerstand], Bd. 2, Vilnius 2002, S. 114–120.

Weltorganisation, haben die in den verschiedenen Ländern der Diaspora voneinander abweichenden politischen Parameter und regierungsamtlichen Positionen gegenüber den Juden in nachgeordneten Zweigen der Bewegung zu Sonderformen und -wegen geführt, zu denen neben inneren und äußeren Faktoren auch der Traditionalismus jüdischer Gemeinden beigetragen hat.²

Bei Gründung der zionistischen Bewegung existierte Litauen³ als Staat noch nicht. Die Juden im russischen Zarenreich, die auf dem Gebiet des früheren Großherzogtums Litauen – auf Jiddisch *Lite* genannt – siedelten, bildeten eine in sich abgeschlossene Gemeinschaft, geprägt durch seit langem gefestigte Kulturtraditionen, Eigenständigkeit in Lebensstil und Religionsverständnis sowie den nahezu ausnahmslosen Gebrauch des Jiddischen in seiner litauischen Dialektausgestaltung. Zwar war die Gemeinschaft der in der Lite lebenden Juden, der „Litwaken“,⁴ von den Ideen der Aufklärung und den neuesten Modernisierungsprozessen beeinflusst; gleichwohl erhielt sie sich hergebrachte Muster jüdischen Sozialverhaltens und Selbstverständnisses. Hierdurch schuf sie die denkbar besten Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Vorstellungen des Nationalismus.⁵

Dieser Beitrag richtet sein Hauptaugenmerk auf den Versuch, nach Herausarbeitung der politischen Etappen der Zionistischen Organisation die internen Wandlungen unter den jüdischen Bevölkerungsgruppen und die Veränderungen ihres weltanschaulichen wie ihres Handlungsprogramms angesichts neuer geschichtlicher und politischer Umstände nachzuvollziehen.⁶

² EZRA MENDELSON: *On Modern Jewish Politics*, New York und Oxford 1993, S. 57ff.

³ Für den Zeitraum der Gründung der zionistischen Bewegung wird die Bezeichnung ‚Litauen‘ – völker- und staatsrechtlich seinerzeit ein Teil des Russischen Reiches – im Wesentlichen für die Gouvernements Kowno und Wilna verwendet; dieser Raum ist mithin kleiner als das als *Lite* bezeichnete jüdische Siedlungsgebiet im früheren Großherzogtum Litauen. Wenn dies aus Gründen der Beschreibung des politischen Wirkens der zionistischen Organisationen bedeutsam ist, werden auch die nördlichen Teile des Gouvernements Suwalki berücksichtigt, die heute völkerrechtlich zum Staatsgebiet Litauens gehören.

⁴ Zu einer sozial- und kulturgeschichtlichen Ausdeutung des Begriffs ‚Litwaken‘ siehe ALLAN NADLER: *Litvak*, in: *The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe*, hrsg. von GERSHON DAVID HUNDERT, Bd. 1, New Haven und London 2008, S. 1077f.

⁵ MENDELSON, *On Modern Jewish Politics* (wie Anm. 2), S. 41-44.

⁶ Die Geschichtsschreibung über den Zionismus, die sich in Enzyklopädien, Abhandlungen und Artikeln mit einzelnen Aspekten dieser Bewegung beschäftigt, ist aus geografischer, chronologischer und linguistischer Sicht äußerst reichhaltig. Gleichwohl ist die Geschichte des Zionismus in Litauen ein historiografisch in Vielem noch zu bearbeitendes Feld, obschon es in den vergangenen zwanzig Jahren keine einzige in Litauen veröffentlichte Arbeit über die Geschichte des Judentums in Litauen hat vermeiden können, die zionistische Bewegung zu erwähnen und deren Dynamik und Wichtigkeit im politischen, kulturellen und sozialen Leben des Judentums im Litauen der Zwischenkriegszeit hervorzuheben. – Zur Entwicklung und ausführlichen Analyse der einzelnen Strömungen innerhalb des Zionismus in Litauen

Die Quellengrundlage dieses Aufsatzes stellen im wesentlichen Archivmaterialien,⁷ die einschlägigen zionistischen Periodika⁸ sowie die so genannten „yisker bikher“, d. h. die Gedenkbücher der jüdischen Gemeinden vor dem Zweiten Weltkrieg.⁹

en siehe EGLĖ BENDIKAITĖ: Sionistinis sąjūdis Lietuvoje [Die zionistische Bewegung in Litauen], Vilnius 2006. Drei Artikel beschäftigen sich ebenfalls eingehend mit der zionistischen Bewegung in Litauen: MEJERIS ŠUBAS: Sionistų sąjūdis Lietuvoje [Die Bewegung der Zionisten in Litauen], in: *Mokslas ir Lietuva* 1992, Nr. 4, S. 115-125; ALAIN DIECKHOFF: Litvakija: sionizmo dirva [Die Lite: Bühne des Zionismus], in: *Lietuvos žydai 1918–1940* [Die Juden Litauens 1918–1940], hrsg. von YVES PLASSERAUD und HENRI MINCZELES, Vilnius 2000, S. 166-177, sowie EGLĖ BENDIKAITĖ: The Zionist Movement in Lithuania Between the Two World Wars: From Left to Right?, in: *Iggud. Selected Essays in Jewish Studies*, Bd. 2: History of the Jewish People and Contemporary Jewish Society, hrsg. von GERSHON BACON u. a., Jerusalem 2009, S. 189*-201*. In zahlreichen Beiträgen über die jüdische Geschichte Litauens wird – wenngleich bisweilen auch nur knapp – auf die zionistische Bewegung als Teil des jüdischen politischen, kulturellen und öffentlichen Lebens in Litauen Bezug genommen. Die wichtigsten unter ihnen sind in chronologischer Reihenfolge ihrer Veröffentlichung: The Days of Memory. International Conference in Commemoration of the 50th Anniversary of the Liquidation of the Vilnius Ghetto, October 11–16, 1993, hrsg. von RACHELĖ KOSTANIAN und EMANUELIS ZINGERIS, Vilnius 1995; SOLOMONAS ATAMUKAS: Lietuvos žydų kelias [Der Weg der Juden Litauens], Vilnius 1998; *The Materials of the International Conference on „The Catholic Church and Lithuanian-Jewish Relations in the 19th-20th Centuries“*, in: *Lietuvos Katalikų Mokslų Akademijos Metraštis* [Jahrbuch der Litauischen Katholischen Akademie der Wissenschaften], hrsg. von JONAS BORUTA, Bd. 14, Vilnius 1999; DOV LEVIN: *Trumpa žydų istorija Lietuvoje* [Kurze Geschichte der Juden in Litauen], Vilnius 2000; ALFONSAS EIDINTAS: Lietuvos žydų žudynių byla [Der Fall des Massakers an den Juden Litauens], Vilnius 2001; SAULIUS KAUBRYŠ: *National Minorities in Lithuania – An Outline*, Vilnius 2002; IZRAELIS LEMPERTAS: *Litvakai* [Die Litwaken], Vilnius 2005; *Žydai Lietuvoje – Istorija, kultūra, paveldas* [Die Juden in Litauen – Geschichte, Kultur, Erbe], hrsg. von LARISA LEMPRTIENĖ und JURGITA ŠIAUČIŪNAITĖ-VERBICKIENĖ, Vilnius 2009; DOVID KATZ: *Lithuanian Jewish Culture*, 2. Aufl., Vilnius und Budapest 2010.

⁷ Der hauptsächliche und größte Teil der Dokumente, die für die Fragestellung dieses Beitrags einschlägig sind, befindet sich im Litauischen Staatsarchiv für Geschichte, im Litauischen Zentralen Staatsarchiv – beide in Vilnius – und im Zionistischen Zentralarchiv in Jerusalem. Ein kleinerer, wenngleich wichtiger Teil der Materialien zu den zionistischen Aktivitäten ist in der Handschriftenabteilung der Zentralbibliothek der Litauischen Akademie der Wissenschaften in Vilnius vorhanden. Diese Unterlagen betreffen vor allem die Zeit des Ersten Weltkriegs und die Jahre der Entstehung des unabhängigen Litauen. Quellen vergleichbarer Bedeutung sind in den Akten jüdischer Gemeinden Litauens nachgewiesen, welche im Archiv von YIVO, dem Jiddischen Wissenschaftlichen Institut in New York, zugänglich sind. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Bestände diverser zionistischer Organisationen aus der Zeit der jüdischen Autonomie in Litauen von 1918 bis 1925.

⁸ Diese Veröffentlichungen, die wichtige Informationen enthalten, sind in Vilnius in der Universitätsbibliothek und in der Martynas-Mažvydas-Nationalbibliothek vorhanden.

⁹ „Yisker bikher“ wurden für den hier vorliegenden Beitrag als eigenständige Quelle herangezogen. Die gesammelten persönlichen Erinnerungen werden heute vor dem geschichtlichen Hintergrund des Holocaust gelesen und verleihen mithin der prozionistischen Richtung in der Politik der jüdischen Gemeinschaft im Litauen der

Die Anfänge der zionistischen Bewegung in Litauen

Nach dem Ersten Weltkrieg und der Russischen Revolution wurde die Lite unter drei neuen Staaten aufgeteilt. Die Kerngemeinschaft der Litwaken wurde zu Staatsangehörigen der unabhängigen Republik Litauen.¹⁰ Die Geschichtsschreibung über den Zionismus als einer Bewegung, die die Schaffung einer politischen Heimstätte für Juden in dem Lande ihres geschichtlichen Ursprungs zum Ziel hatte, behandelt die tiefe Verwurzelung der Bewegung im Bewusstsein der jüdischen Gemeinschaft Litauens sowie deren Dynamik und Gewichtigkeit im politischen, kulturellen und sozialen Leben des Judentums.¹¹ Hierbei ist in Rechnung zu stellen, dass die Beweggründe für die Auswanderung in das Gelobte Land in der Mitte des 19. Jahrhunderts¹² ganz andere waren als diejenigen, die zwischen den beiden Weltkriegen junge Menschen nach Palästina geführt haben. Die zionistische Bewegung in Litauen war zwar von Anbeginn an ein integraler Bestandteil der zionistischen Weltbewegung, aber in ihrer Entwicklung trotz ihrer internationalen Ausrichtung notwendigerweise andersartig als die Bewegungen in Polen, Deutschland oder Russland. Dass der Zionismus erfolgreich sein konnte, ist nicht seiner besonderen litwakischen Wesensart zu verdanken.

Die hier vorgelegte Studie umspannt den Zeitabschnitt von 1906 bis 1940 und erfasst damit die wichtigsten Entwicklungsstufen der zionistischen

Zwischenkriegsjahre Glaubwürdigkeit. Zugleich spiegeln diese Quellen die Rolle Einzelner in der allgemeinen sozialen und politischen Geschichte wider und tragen dazu bei, die Lage der zionistischen Bewegung und ihrer Stellung im gesamten Lande während dieser Zeit zu verstehen.

¹⁰ Vgl. zu diesem bisher wenig ausgeleuchteten, geografisch und staatsrechtlich bestimmten Blickwinkel der Geschichte des Zionismus BENDIKAITĖ, *Sionistinis sąjūdis* (wie Anm. 6), S. 71-78.

¹¹ Die Auswanderung litauischer Juden nach Eretz Israel findet in Inschriften auf Grabsteinen auf dem Friedhof des Ölbergs in Jerusalem ausdrückliche Erwähnung. Siehe hierzu ausführlich BERL KAGAN: *Yidishe shtet, shtetlekh un dorfisha yishuvim in Lite biz 1918: historish-biografishe skitses* [Jüdische Städte, Ortschaften und dörfliche Siedlungen in der Lite bis 1918: Historisch-biografische Skizzen], New York 1991; Pinkas ha-Kehilot. *Lita: Entziklopedia shel ha-Yishuvim ha-yehudim le Min ha-Ivrydem Vaad le Achar Shoat Milchamat ha-Olam ha-Sheniya* [Gedenkbücher der Gemeinden. Litauen: Enzyklopädie der jüdischen Siedlungen von ihrer Gründung bis zum Ende der Schoah im Zweiten Weltkrieg], hrsg. von YOSEF ROSSIN und DOV LEVIN, Jerusalem 1996; NANCY SCHOENBURG, STUARD SCHOENBURG: *Lithuanian Jewish Communities*, Northvale 1996.

¹² Die Pogrome in Russland in den Jahren 1880 bis 1882 und auch später haben wiederholt das „jüdische Problem“ aufgeworfen wie auch dessen mit Fehlern behaftete Lösungen in West- und Osteuropa in ein greller Licht treten lassen. Leo Pinsker aus Odessa, der Verfasser der Schrift „Auto-Emancipation: Ein Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden“ (1882), verwarf sowohl die Vorstellung vom Ghetto im allgemeinen als auch die der jüdischen Diaspora im besonderen. Die jüdische Auswanderung aus dem zarischen Russland, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stattfand, war ein äußerst schwieriges, kompliziertes und in vielen Fällen illegales Vorhaben. Die demografische Explosion im Ansiedlungsrayon hatte zu einem starken Anwachsen dieses Ghettos und der Armut in ihm geführt.

Bewegung in der hier betrachteten geografischen Region. Der Ausgangszeitpunkt erklärt sich aus dem Umstand, dass das Allrussische Zionistische Zentralbüro Ende des Jahres 1905 nach Wilna verlagert wurde. Obwohl in erster Linie äußere Umstände für diesen Schritt ausschlaggebend waren, haben Wilna und die dort tätigen zionistischen Aktivisten die nachhaltige Entwicklung der zionistischen Bewegung auf litauischem Hoheitsgebiet sichergestellt und den für die zionistische Weltanschauung wichtigen Grundsatz der „Arbeit in der Gegenwart“ (auf Jiddisch: „Kegnavart arbet“) in die Wirklichkeit umgesetzt. Der Abschlusszeitpunkt dieses Beitrags ist das Jahr der ersten sowjetischen Besetzung der Republik Litauen, als zionistische Tätigkeiten für mit der nationalen Sicherheit unvereinbar erklärt, zionistische Organisationen aufgelöst und eine Reihe ihrer Führungspersonlichkeiten deportiert wurden. Dieser gut drei Jahrzehnte umfassende Zeitabschnitt erlaubt neben einer Rückschau auf die zionistische Bewegung auf litauischem Hoheitsgebiet und einer Betrachtung des Generationenwechsels in den Reihen der Zionisten auch die Hervorhebung der Möglichkeiten zu politischem Handeln, die sich durch die geopolitischen Veränderungen in der Region ergaben.

Das politische und organisatorische Zentrum der allrussischen zionistischen Bewegung sollte Ende des Jahres 1905, wie erwähnt, Wilna werden, wofür in entscheidendem Maße der Umstand ausschlaggebend war, dass zu dieser Zeit ihre führenden Vertreter dort ansässig waren.¹³ Unter ihnen verdienen namentlich die Gebrüder Isaac Leib Goldberg (1860–1935) und Boruch Goldberg (1865–1922), Joseph Lurie (1871–1937) und Daniel Pismanik (1869–1930) Erwähnung. Von Wilna aus unternahmen sie mehrere ergebnislose Versuche, die Organisation zu legalisieren; zugleich sollte die Teilnahme prozionistischer Kandidaten an den Wahlen zur Duma dabei eine von mehreren Maßnahmen zur Verteidigung der Rechte der Juden in der Diaspora bilden.¹⁴ Kurz nach der Revolution von 1905 erklärte die Regierung sämtliche zionistischen Aktivitäten im Zarenreich für unrechtmäßig.¹⁵ Die Anordnung wurde im Jahre 1907 erneut verkündet, und alle zionistischen Organisationen waren, da „staatsgefährdend und gesellschaftsschädlich“, aufzulösen. Für einen Zeitraum von zwei oder drei Jahren konzentrierte sich von daher die hauptsächliche Tätigkeit der Zionisten in Wilna auf einen kleinen Kreis von Vertretern der prozionistischen

¹³ Barikht fun der central byuro fun der tsyonistisher organizatsye in Rusland [Bericht des Zentralbüros der Zionistischen Organisation in Russland], in: *Dos yudische folk*, Nr. 27, 7.12.1906; BENDIKAITĖ, *Sionistinis sąjūdis* (wie Anm. 6), S. 36.

¹⁴ Циркуля № 4 декабря 1905 г. центрального бюро сионистов [Zirkular Nr. 4 Dezember 1905 des Zentralbüros der Zionisten], in: YIVO-Archiv, New York (künftig: YIVO), Record Group (RG) 17 (unpaginiert); BORUCH GOLDBERG: *Di yuden bay di ershte valen in Rusland* [Die Juden bei den ersten Wahlen in Russland], in: *Dos yudische folk*, Nr. 1, 15.5.1906.

¹⁵ Приказ министра внутренних дел [Erlass des Innenministers], Nr. 1446/1906, in: Archiv der Geschichte des Litauischen Staates (*Lietuvos valstybės istorijos archyvas*, Vilnius, künftig: LVIA), Bestand 378, Findbuch 1, Akte 40, Bl. 16.

Presse. In kleineren Ortschaften wie Ponewiesch, Mariampol, Wilkomir oder Schaulen kamen die Tätigkeiten ganz zum Erliegen.¹⁶

Gleichwohl wurde das zionistische Politik- und Handlungsprogramm in Russland von Mitgliedern des Allrussischen Zionistischen Zentralbüros und von Mitarbeitern der russischen zionistischen Presse im privaten Sektor Wilnas fortentwickelt. Es hob zwei wichtige Gesichtspunkte besonders hervor, die sich in der Folge auch die 3. Konferenz der Zionisten Russlands in Helsinki vom 4. bis 10. Dezember 1906 zu eigen machte:¹⁷

1) das Prinzip des „synthetischen Zionismus“, womit das Wirken auf politischer Ebene zugunsten einer internationalen Anerkennung des Rechts der Juden an Eretz Israel bei gleichzeitiger, durch praktische Maßnahmen wie weltanschauliche Propaganda und materielle Anreize unterstützte Ankurbelung systematischer „Alija“ (d. h. der als „Aufstieg“ bezeichneten Einwanderung der Juden einzeln oder in Gruppen aus dem Exil oder der Diaspora für ein Leben in Eretz Israel) und Besiedlung Palästinas gemeint ist;

2) der Grundsatz der „Arbeit in der Gegenwart“ – auf Jiddisch „Kegn-
vart arbet“ oder bisweilen auch „Doikeyt“ genannt –, worunter das Wirken für bürgerliche und politische Minderheitenrechte der Juden zu verstehen ist, selbst wenn diese Aktivität nicht unmittelbar zur Förderung bestimmter zionistischer Ziele beiträgt.

Indem sie ihren Blick darauf gerichtet hatten, die zusammenführende und festigende politische Kraft der jüdischen Nation zu werden, ließen sich die Zionisten in ihren Handlungen sowohl von einem Hinwirken auf ihre Zukunftsvision als auch von einem Wirken für die jüdischen Gruppen in der Diaspora leiten. Dieser Ansatz bedeutete eine Veränderung in der Sache, die sich auf die gesamte zionistische Bewegung auswirken sollte.¹⁸

Die Vorstellungen über die Vertiefung nationalen Bewusstseins standen freilich im Gegensatz zu einer Politik imperialer Herrschermacht. Das durch die zionistische Bewegung unterbreitete Angebot, die Judenfrage durch Auswanderung zu lösen, wurde von der zarischen Regierung einerseits als ein Mittel betrachtet, sich eigenhändig eines Teils der jüdischen Gemeinschaft zu entledigen, andererseits aber auch als Instrument, um dem jüdischen Proletariat die Orientierung zu nehmen und die Verbreitung sozialistischen Gedankenguts in seinen Reihen wirksam zu unterbinden. Die passive Beobachterrolle der kaiserlichen Beamten änderte sich erst, als die Regierung den Verdacht zu hegen begann, dass die zionistischen Ideen eine andere als die erklärte Absicht verfolgten, nämlich durch eine Abänderung des Programms der unverzüglichen Massenauswanderung in

¹⁶ Siehe hierzu mit ausführlichen Archivbelegen BENDIKAITĖ, *Sionistinis sąjūdis* (wie Anm. 6), S. 43ff.

¹⁷ TOVIA PRESCHEL: *Helsingfors Conference*, in: *Encyclopedia of Zionism and Israel*, Bd. 1, hrsg. von RAPHAEL PATAI, New York 1971, S. 487f.

¹⁸ WALTER LAQUEUR: *A History of Zionism*, New York u.a. 1972, S. 137.

Wirklichkeit für die bestehende soziale und politische Lage der Juden im Zarenreich kämpfen zu wollen.¹⁹

Unterdessen erlebte die zionistische Bewegung in Russland einen Rückschlag, der durch die vom Regime aufgestellten Begrenzungen verursacht worden war, aber auch durch die inneren Krisen und Misschelligkeiten zwischen den Anhängern verschiedener zionistischer Fraktionen, zwischen denen unter anderem die Zukunft der Bewegung und die Politik der Ansiedlung in Palästina umstritten waren.²⁰ Verhaftungen, Hausdurchsuchungen mit anschließenden Beschlagnahmungen ideologischer Materials, Bestrafungen, Gerichtsverfahren, die sich über mehrere Jahre erstreckten (und erst 1912 zum Ende kamen), hatten die Basis der Zionisten Wilnas auseinandergetrieben.²¹ Viele Mitglieder waren gezwungen auszuwandern, der Verkauf von Schkalim sank auf ein Mindestmaß, Kultur- und Bildungsaktivitäten stagnierten, und schließlich wurde das Zentralbüro im Jahre 1911 nach St. Petersburg verlegt.²²

Zionistische Ambitionen und politische Wirklichkeit am Beginn der jungen litauischen Republik

Dass der Nährboden für die zionistische Bewegung in den entstehenden Strukturen des litauischen Staates günstige Wachstumsbedingungen bot,

¹⁹ АЛЕКСАНДР Е. ЛОКШИН: В поисках *modus vivendi*. Сионистское движение и царское правительство в конце XIX – начале XX веков [Auf der Suche nach einem *modus vivendi*. Die zionistische Bewegung und die zaristische Regierung am Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts], in: Российский сионизм: история и культура. Материалы научной конференции [Der russische Zionismus: Geschichte und Kultur, Materialien einer wissenschaftlichen Konferenz], Москва 2002, S. 70–86, hier S. 78f.

²⁰ Положение сионизма в России перед VII конгрессом [Die Lage des Zionismus in Russland vor dem VII. Kongress], o.D., in: LVIA, 668-1-99, Bl. 35f.

²¹ Хроника о партии сионистской (организационное) [Chronik der zionistischen Partei (Organisatorisches)], 10.8.1913, in: LVIA, 419-1-315, Bl. 2.

²² Die Quellen über die Aktivitäten der litauischen Zionisten während des Ersten Weltkriegs sind alles andere als reichhaltig. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 zwang die führenden Persönlichkeiten der Zionistischen Organisation und ihrer Ausschüsse in einzelnen Ortschaften, ihre frühere Politik zu überprüfen und ihre Haltung gegenüber den am Kriege beteiligten Seiten zu verdeutlichen. Vor diesem Hintergrund wurde beschlossen, eine neutrale Position zu beziehen. Von 1914 bis 1916 unterlagen zionistische Aktivitäten in Litauen erheblichen Einschränkungen. Wie auch andere Juden, wurden viele Zionisten als potentielle deutsche Spione betrachtet und gemäß eines Zarenlasses ins Innere Russlands verbannt. Diejenigen, die in den von den Deutschen besetzten Gebieten verblieben waren, versuchten, kulturelle Veranstaltungen und Hebräisch-Unterricht durchzuführen. Aufgrund der außerordentlich schweren wirtschaftlichen Lage, in der sich die jüdische Gemeinschaft befand, waren der Verkauf von Anteilscheinen an der Jüdischen Kolonialbank und die Zuwendung von Schenkungen zugunsten des Jüdischen Nationalfonds praktisch zum Erliegen gekommen.

ist nur zu einem gewissen Grad als Ergebnis politischer Selbstbestimmung zu bewerten. Die sich im Verlauf und als Ergebnis des Ersten Weltkriegs wandelnde geopolitische Gesamtlage in Europa und die sie abbildenden völker- und staatsrechtlichen Festlegungen, die die Verfassungswirklichkeit nicht zuletzt in Litauen in wesentlichen Teilen mitprägen sollten, dürfen als Faktoren und Impulse für das Heranwachsen der zionistischen Bewegung nicht unterschätzt werden. Dabei waren Entscheidungen über den künftigen politischen Status von Litauen und Visionen für den sich formierenden Staat sowie für dessen Hoheitsgebiet naturgemäß von Anfang an Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen politischen Akteuren. Es verdient durchaus festgehalten zu werden, dass bei den verschiedenen zionistischen Vertretern die Ansicht dominierte, die Staatswerdung Litauens böte eine historische Chance zur nachhaltigen Verbesserung des Loses der jüdischen Bevölkerungsgruppen in der Region.²³ Als Gegenleistung für ihre politische Unterstützung des Konzepts eines unabhängigen litauischen Staats erhoffte sich die Führung der zionistischen Bewegung sowohl eine Sicherung politischer, bürgerlicher und nationaler Rechte als auch – in gleichem Maße wie die anderen, im neuen Staat zusammenlebenden nationalen Gruppierungen – die Einräumung von legislativen und exekutiven Zuständigkeiten auf allen Ebenen der neuen Staats- und Verfassungsordnung.²⁴ Für die Zionisten waren die Juden Litauens eine alteingesessene, einheimische Bevölkerungsgruppe, die auf eine weit über ein Jahrhundert reichende Ansiedlungsgeschichte in wohlorganisierten und kulturell entwickelten Gemeinden zurückblicken konnte, die sich vor allem aber durch eine nationale Identität auszeichnete, die sich durch ihre friedliche, auf Ausgleich ohne Gewaltanwendung abstellende Rhetorik von den Nationalismen der sie umgebenden Völker unterschied.²⁵ Unter den sich ändernden strukturellen Rahmenbedingungen galt es für die Zionisten mithin, die Juden als einen attraktiven Verbündeten darzustellen, der sich mit seinem von den Zionisten behaupteten Anteil von 15 Prozent an der Gesamtbevölkerung Litauens nicht als eine weitere nationale Minderheit verstand, die sich einer soliden Mehrheit entgegenstellen will, sondern als einen gleichberechtigten Partner einer jeden nationalen Gruppierung in Litauen – gleich, ob litauischer, polnischer oder weißrussischer Volkszugehörigkeit –, mit der sich ein von beiden Seiten respektierter politischer Konsens erzielen ließ.²⁶

²³ MOZE DE SHALIT: Di organizatsye un praktik fun Keren Hajesod [Die Organisation und Praxis des Gründungsfonds], Kovne 1923, S. 3; LEYBL CHAIN-SHIMONI: Nekhtn. Fun nonter fargangenhayt [Gestern. Aus jüngster Vergangenheit], Buenos Aires 1959, S. 231.

²⁴ Di deklaratsye tsu di kehila valen fun der tsonistisher organizatsye [Deklaration zu den Gemeindewahlen der Zionistischen Organisation], o.D., in: YIVO, RG 10, box 10, file 108, page 18246.

²⁵ Denkschrift an Herrn Geheimrat Nadolny, Berlin, 19.2.1918, in: Zionistisches Zentralarchiv (künftig: ZZA), Jerusalem, folder Z3, box 509 (unpaginiert).

²⁶ Ebenda.

Im Sommer 1917 unternahm der Präsident der Zionistischen Weltorganisation Otto Warburg (1859–1938) Schritte, um die ins Stocken geratene Gründung einer Zionistischen Organisation in Wilna und die Legalisierung ihrer Tätigkeit voranzubringen, indem auf seine Veranlassung bei der obersten Führung von „Ober Ost“, dem Gebiet des „Oberbefehlshabers der gesamten deutschen Streitkräfte im Osten“ während des Ersten Weltkriegs, die Genehmigung zur Gründung zionistischer Organisationen als Zweigverbände der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) beantragt wurde.²⁷ Nach fast einjähriger Prüfung, während der die zionistischen Organisationen in Litauen bereits faktisch tätig waren, wurde dem Antrag stattgegeben, so dass die Tätigkeit nunmehr auch auf rechtlich gesicherter Grundlage und in enger Tuchfühlung mit der zionistischen Bewegung in Deutschland ausgeübt werden konnte.

Vom 12. bis 17. Oktober 1917 besuchte der ZVfD-Vorsitzende Arthur Hantke (1874–1955) im Auftrag der Zionistischen Weltorganisation Wilna, wo er mit führenden Vertretern der örtlichen jüdischen Gemeinde zusammentraf.

Bei diesen Begegnungen ging es ihm auch darum, weiter für die Ideen des Zionismus zu werben. Am 14. Oktober 1917, also noch während seines Aufenthalts, beriefen örtliche Vertreter der zionistischen Bewegung eine Konferenz ein, bei der der Wunsch des jüdischen Volkes nach einer politischen Heimat, einer nationalen Heimstätte,²⁸ in dem Lande ihres geschichtlichen Ursprungs – ungeachtet der durch den Ersten Weltkrieg ausgelösten Veränderungen – erneuert und die Vision ihrer Wiedererrichtung in Palästina bekräftigt wurde.²⁹ In seiner Rede an die Teilnehmer der Konferenz hob der Rechtsanwalt Shimshon Rosenbaum (1860–1934),³⁰ einer der exponierten Repräsentanten des Wilnaer Zionismus, hervor:

„Der Zionismus ist endlich dem Bereich des Auswärtigen Amts zugewiesen und aus dem des Innenministeriums herausgelöst worden, d. h. der Krieg hat neben anderen Problemen aufs Neue die jüdische Frage gestellt, jedoch nicht als das Problem einer einzelnen Gemeinschaft, sondern als die Frage einer einheitlichen Nation mit all den ihr eigenen Attributen. Sie ist in diesem Augenblick ein europäisches Pro-

²⁷ Warburgs Brief an Rosenbaum, Berlin, 12.7.1917, in ZZA, Z3-509 (unpaginiert).

²⁸ In der zionistischen Rhetorik bezeichnete der Terminus „[jüdische] nationale Heimstätte“ die Gründung eines jüdischen Staats in Palästina. Seine Bedeutung unterschied sich mithin von derjenigen, die dieser Begriff in Verlautbarungen der führenden Weltmächte dieser Zeit hatte, die darunter allenfalls die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung sowie besonderer historischer Bindungen des jüdischen Volkes an das Land beidseits des Jordans, jedoch nicht das Zugeständnis zusätzlicher politischer Rechte und Pflichten verstanden.

²⁹ Siehe hierzu den unsignierten Beitrag Tsyonistishe miting in Vilne [Zionistisches Treffen in Wilna], in: Letste naves [Letzte Neuigkeiten], 16.10.1917.

³⁰ Zu Shimshon Rosenbaum ausführlich EGLÈ BENDIKAITÈ: Mittler zwischen den Welten. Shimshon Rosenbaum: Jurist, Zionist, Politiker, in: Osteuropa 58 (2008), Nr. 8-10, S. 295-302.

blem geworden, eine globale Frage, die schließlich beantwortet werden muss“.³¹

Da sie mit der gesamten jüdischen Nation befasst sei, forderte die Tagung ferner für die zionistische Bewegung das moralische Recht ein, auch im Namen der gesamten jüdischen Nation zu handeln. Zur Begründung dieses Anspruchs konnte etwas später auch auf die weiterführenden Argumente in der Deklaration des damaligen britischen Außenministers Lord Arthur James Balfour vom 2. November 1917 verwiesen werden, die als voller politischer und diplomatischer Erfolg der Zionisten gilt und als eine der entscheidenden Referenzmarken in der Geschichte des Zionismus und des modernen jüdischen Volks angesehen werden muss.³² In dieser Erklärung heißt es:

„His Majesty’s government view with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, and will use their best endeavours to facilitate the achievement of this object, it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine, or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country“.³³

Diese Entwicklungen auf der internationalen Bühne trugen den Zionisten – einschließlich den litauischen – innerhalb der jüdischen Gemeinschaft einen beträchtlichen Zuwachs ihrer Autorität ein und verfehlten freilich auch „auf der jüdischen Gasse“ ihre Wirkung nicht.³⁴

Nach Verhandlungen mit dem Deutschen Generalbevollmächtigten für Litauen erhielten die Zionisten die Genehmigung, eine zionistische Landeskonferenz abzuhalten, die vom 5. bis 8. Dezember 1918 in Wilna stattfand und zu einer organisatorischen Verselbständigung aus der bis dahin bestehenden Zugehörigkeit der litauischen Zionisten zum Allrussischen Zionistischen Zentralbüro führte. Dieser symbolische Akt war in erster Linie als erster praktischer und realpolitischer Beweis gedacht, mit dem die Zionisten den neuen unabhängigen litauischen Staat anerkannten.³⁵

Die Konferenz nahm vier „Politische Resolutionen“ und sechs „Beschlüsse betreffend Litauen“ an, die die außenpolitischen und völkerrechtlichen Forderungen des jüdischen Volkes – namentlich nach Autonomie – mit denen auf innenpolitischer sowie staats- und kommunalrechtlicher Ebene

³¹ Tsyonistische miting (wie Anm. 29).

³² BARBARA W. TUCHMAN: *Bibeln och svärdet* [Die Bibel und das Schwert], Stockholm 1992, S. 348.

³³ ISAAH FRIEDMAN: *Balfour Declaration*, in: *Encyclopædia Judaica*, 2. Aufl., Bd. 3, hrsg. von FRED SKOLNIK und MICHAEL BERENBAUM, Detroit u.a. 2007, S. 85–89, hier S. 89.

³⁴ ITZHAK BEN ZVI: *Geshikhte fun tsyonizm fun d’r Hertsl biz nokh der Balfur deklaratsye* [Geschichte des Zionismus von Dr. Herzl bis zur Balfour-Deklaration], Kovne 1935, S. 90.

³⁵ Siehe hierzu ausführlich BENDIKAITĖ, *Sionistinis sąjūdis* (wie Anm. 6), S. 64–70.

verzahnten.³⁶ Die Politische Resolution Nr. 1 rief zur Berufung eines „Aktionskomitee[s] (...) zur weiteren energischen Führung der jüdischen Politik und energischen Vertretung der jüdischen Interessen“ auf und sah als „eine der wichtigsten Aufgaben des Moments (...) die Gründung einer jüdischen Vertretung in der Form eines jüdischen allweltlichen Kongresses und einer nationalen Vertretung in allen Ländern“ an.³⁷ In der Politischen Resolution Nr. 3 kam das zionistische Konzept der politischen Ortsbestimmung zum Ausdruck, in dem die Zugehörigkeit „der Juden aller Länder (...) [zu einem] einheitliche[n] jüdische[n] Volk“ und die vollberechtigte Mitgliedschaft dieses Volkes „im Bund der Völker“ zentrale Topoi ihres programmatischen Denkens umschrieben.³⁸

Nach der Zusammenkunft des ersten Jüdischen Weltkongresses beanspruchte die Zionistische Organisation, die „Jewish Agency for Palestine“³⁹ zu vertreten, deren Gründung indes noch etwas auf sich warten ließ. In ihrem Selbstverständnis sah sich die Zionistische Organisation als ständige Beschützerin des gesamten jüdischen Volks in seinem Kampf für eine bessere Zukunft. In Litauen jedenfalls war sie bemüht, sich ihre monopolisierenden Ansprüche auch durch „die jüdische Gasse“ legitimieren zu lassen. In seiner vorgenannten Rede vom 14. Oktober 1917 hatte Shimshon Rosenbaum deren Position in aller Deutlichkeit ausgedrückt:

„Alle anderen jüdischen Parteien dagegen treiben keine jüdische Politik, sondern Politik für Juden. Die zionistische Partei war die erste, welche in die jüdische Gasse die Losung der nationalen Selbstverwaltung ausgestellt hat, diese Forderung wird jetzt allmählich zur Parole auch anderer Parteien. So ist die Sache auch mit anderen zionistischen Losungen, auch betreffend Palästina haben wir viele Mitläufer.“⁴⁰

Die Politische Resolution Nr. 4 – wie auch fünf der sechs „Beschlüsse betreffend Litauen“ – umriss den Themenkatalog für die konkreten Verhandlungen über den und mit dem Staatsrat (*Taryba*), dem gesetzgebenden Organ nach der ersten demokratischen Verfassung Litauens von 1918, und artikulierte die Forderungen nach „einer personal-nationalen Selbstverwaltung für die jüdische Bevölkerung und die Garantie ihrer bürgerlichen,

³⁶ Die „Politischen Resolutionen“ und „Beschlüsse betreffend Litauen“ sind in deutscher Sprache abgefasst und maschinenschriftlich wiedergegeben. Die Beschlüsse der Zionisten-Konferenz in Wilna, in: Handschriften- und Manuskriptenabteilung der Bibliothek der Litauischen Akademie der Wissenschaften, Bestand 255, Akte 929, Bl. 26.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Ebenda.

³⁹ Zu Entstehung, Auftrag, Geschichte und Tätigkeit dieser Organisation siehe ERNEST STOCK: Jewish Agency, in: *Encyclopædia Judaica*, 2. Aufl., Bd. 11, hrsg. von FRED SKOLNIK und MICHAEL BERENBAUM, Detroit u.a. 2007, S. 256–260.

⁴⁰ Die Rede des Rechtsanwalten Herrn S. Rosenbaum auf der zionistischen Konferenz zu Wilna, in: Handschriften- und Manuskriptenabteilung (wie Anm. 36), Bl. 31 (Hervorhebung im Original). Wie auch bei den nachfolgenden Zitaten bleibt das Original trotz seiner sprachlichen Fehlerhaftigkeit erhalten.

politischen und nationalen Rechte“ und nach „eine[r] proportionelle[n] Beteiligung an den gesetzlichen Körperschaften auf Grundlage nationaler Kurien“. ⁴¹

Ein gutes Jahr zuvor bereits hatte Rosenbaum in seiner Rede während der Zionistischen Konferenz in Wilna erklärt:

„Das Gesetz allein garantiert uns noch wenig. Wir brauchen, dass die Gesetzgeber Juden sein sollen. Auf Grundlage der proportionellen Wahlen müssen die Juden in allen Verwaltungsinstanzen vertreten sein; von den niedrigsten zu den höchsten, wie z. B. im Ministerium“. ⁴²

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ferner, dass Rosenbaum unter Bezugnahme auf die Grundlinien des zionistischen Aktionskomitees, „das von der ersten Minute an für besser fand[,] dass die Juden nicht mit den Polen, sondern mit den Litauern gehen sollen“, für das Verhältnis der jüdischen Gemeinschaft zu dem kurz vor seiner Unabhängigkeitserklärung stehenden litauischen Staat empfahl, „mit den Litauern“ zu gehen, denn nur so „können die Juden die Möglichkeit zur freien Entwicklung besitzen“. Seine Begründung für diese Sichtweise lässt eine profunde Einsicht in die häufig schwierigen Beziehungen zwischen den in diesem Raum aufeinander treffenden Volksgruppen erkennen:

„Damit die litauischen Juden nicht zerbröckelt werden soll[,] müssen wir uns auf der Seite der Weissrussen uns stellen, denn bei denselben ist der Begriff Litauen einen viel größeren Raum einnimmt, wie die Litauer selbst es verstehen; denn die Litauer wünschen ein kleineres Litauen, in welchem sie aber die Mehrheit besitzen sollen“. ⁴³

Vor diesem Hintergrund liegt für Rosenbaum – der sich darin mit der ganz überwiegenden Mehrheit der versammelten Zionisten einig weiß – die Schlussfolgerung auf der Hand: „Die Juden müssen verteidigen die Interessen eines selbständigen Litauens“. ⁴⁴

Die Veränderungen, die innerhalb der Zionistischen Organisation Litauens vorgenommen worden waren, spiegeln sich fraglos in der Endfassung der von der Zionistischen Konferenz in Wilna im Dezember 1918 angenommenen „Politischen Resolutionen“ und „Beschlüsse betreffend Litauen“ wider. Zeitgleich hatte eine Rückkehr von Vertretern der jüngeren zionistischen Generation – gemeinsam mit anderen Juden – nach Litauen eingesetzt, die zuvor zwangsweise nach Russland evakuiert worden waren. In Litauen geboren, aber an russischen Universitäten ausgebildet, brachten viele von ihnen den Geist und die Vorstellungen der Russischen Revolution in ihre Heimat mit, dank derer sie den Aktivitäten örtlicher Zionisten vielfach eine neue Vitalität einflößten, die auf die nach neuen Trends Ausschau haltende jüdische Jugend anziehend wirkte, zugleich aber auch Spannungen und

⁴¹ Die Beschlüsse der Zionisten-Konferenz (wie Anm. 36).

⁴² Die Rede des Rechtsanwalten Herrn S. Rosenbaum (wie Anm. 40), Bl. 31 (Hervorhebung im Original).

⁴³ Ebenda (Hervorhebung im Original).

⁴⁴ Ebenda.

Zerwürfnisse zwischen den Rückkehrern und den langgedienten zionistischen Aktivisten hervorrief.⁴⁵ Zwar hob Rosenbaum in seiner Beschreibung der Lage des Zionismus in Litauen Ende 1918 noch hervor, dass die zionistische Bewegung nicht zuletzt aufgrund der aus Russland nach Litauen heimgekehrten Zionisten, die sich im Verlaufe der zionistischen Konferenz im Dezember 1918 in Wilna bemerkbar gemacht hatten, in weltanschaulicher wie materieller Hinsicht gefestigt worden war.⁴⁶ In Wirklichkeit war diese Feststellung aber gleichbedeutend mit dem Befund, dass den alten zionistischen Führungskräften sowohl Initiative als auch Einfluss auf die jüdische Gemeinschaft zu entgleiten drohten. Den aus der Parteidemokratie hervorgegangenen Führungspersönlichkeiten der litauischen zionistischen Bewegung, die die Probleme der jüdischen Gemeinschaft aus der Sicht ihrer Partei – und dabei durchaus in Übereinstimmung mit dem hergebrachten Verständnis zionistischer Ideale – angingen, wurde nunmehr streitig gemacht, Fürsprecher „aller Juden“ zu sein oder gar zu beanspruchen, die Massen „auf der jüdischen Gasse“ zu verstehen und sie zu vertreten.⁴⁷

*Zionistische politische Vereinigungen in
der restaurativen Verfassungswirklichkeit
der Litauischen Republik*

Unter den Zionisten gingen die Ansichten über eine Zusammenarbeit mit den Litauern weit auseinander. Die dem litauischen Staat gegenüber positive Einstellung der litauischen Juden durchdrang die Zionistische Konferenz vom 5. bis 8. Dezember 1918 in Wilna, die auf Initiative führender Vertreter wie Shimshon Rosenbaum, Yakov Wigodski (1857–1941) und anderer beschloss, die Wiederherstellung des litauischen Staats zu unterstützen und verantwortliche Positionen in der *Taryba* zu übernehmen.⁴⁸ Da die erlebte Repression in der Zarenzeit wie in Sowjet-Russland tief in das Bewusstsein der Zionisten eingedrungen war und die durch den polnischen Patriotismus angestachelte Gewalt zu den Erfahrungen der Juden gehörte, entsprach es betonter Interessenpolitik, dass die Zionisten mit ausdrücklicher Billigung des Zentralbüros der Zionistischen Weltorganisation alles unternahmen, um aus ihrer Unterstützung für den neuen Staat auf der internationalen Bühne größtmöglichen Nutzen zu erzielen – vor allem für den Schutz der jüdischen Gemeinschaft.

⁴⁵ Bericht des Herrn Rechtsanwalt Rosenbaum aus Wilna, über Litauen, in: ZZA, Z3-510 (unpaginiert).

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ Die Beschlüsse der Zionisten-Konferenz in Wilna (wie Anm. 36).

Als der neue, unabhängige litauische Staat sich auf die politische Landkarte einzeichnete, begann eine neue Ära in der Geschichte der Juden in der Region. Mit der Wiederbelebung jüdischer Politik wurde jedoch auch ein Kampf um die Vorherrschaft im jüdischen Lager eingeläutet. Die Zionistische Organisation und ihre Satzung wurden am 14. Mai 1919 im Amt des Leiters der Stadt- und Bezirksverwaltung in Kaunas registriert.⁴⁹ Während der gesamten Zwischenkriegszeit wurde der Dachverband von Dr. Benjamin Berger,⁵⁰ Rubin Rubinstein (1891–1967) und Sulim Wolf (1877–Todesjahr nicht bekannt) geleitet.

Als Teil der zionistischen Weltorganisation und als Teilnehmer am Weltkongress hielt sich die Zionistische Organisation in Litauen an die vereinbarte Weltanschauung und politische Ausrichtung und strebte in ihrer praktischen Arbeit danach, die einzelnen Punkte des Basler Programms umzusetzen und die Ideale der Bewegung zu verwirklichen. Die Organisation war in Hauptabteilungen gegliedert, die unter anderem für Kultur und Bildung, für wirtschaftliche Entwicklung und für die Aktivitäten des Palästinafonds und des Nationalfonds zuständig waren und ihre Aufgaben durchaus konzeptgerecht wahrnahmen.⁵¹

Wie auch in anderen Teilen der Welt war die Einheit der zionistischen Bewegung in Litauen nur von kurzer Dauer, wo sie in einander bekämpfende politische Grüppchen von unterschiedlichem, stets aber zeitlich sehr beschränktem Einfluss zerbrach. In der zionistischen Bewegung Litauens traten die „Allgemeinen Zionisten“ (auch: „Praktische Zionisten“), die „Sozialen Zionisten“, die „Religiösen Zionisten“ und die „Revisionisten“ (auch: „Politische Zionisten“) hervor. Deren Zweigverbände vermehrten sich schnell und waren bereits Anfang der 1920er Jahre sogar in den kleineren Schtetlech aktiv.

Dank seiner geachteten Mitglieder, Intellektuelle und bekannte Persönlichkeiten von großem Einfluss in der jüdischen Gemeinde, die ihr Wirken zur Bewahrung einer gemäßigten politischen Linie einsetzten, hatte die Allgemeine Zionistische Partei in den 1920er Jahren den größten Erfolg. In den Augen der jüdischen Gemeinschaft wurde sie mit der gesamten Zionistischen Organisation gleichgesetzt.

Die Allgemeinzionisten schlossen sich dem rechtsliberalen politischen Flügel in der Absicht an, eine ausgleichende politische Linie in den Fragen bezüglich der Diaspora wie Palästinas zu verfolgen. Diese beinhaltete das Bemühen um eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation der Juden Litauens, zugleich aber auch das Werben für eine legale,

⁴⁹ Kauno sionistų draugijos įstatai [Satzung der Zionistischen Organisation Kaunas], o.D., in: LVIA, 402-4-4, Bl. 5f. Diese Quellen belegen zudem, dass Zweigverbände der Organisation tatsächlich bereits vor ihrer rechtswirksamen Registrierung bestanden.

⁵⁰ Lebensdaten nicht bekannt.

⁵¹ Lietuvos sionistų draugijos įstatai [Satzung der Zionistischen Organisation Litauens], o.D., in: YIVO, RG 2-2-1098 (unpaginiert).

maßvolle, individuelle und/oder organisierte Auswanderung in das Gelobte Land. Die Allgemeinzionisten spielten eine vermittelnde Rolle zwischen den sozialistischen Zionisten einerseits und deren Hauptwidersachern, den Revisionisten.⁵²

Die soziale Schichtung der Wählerschaft des allgemeinzionistischen Lagers zeigt ein Übergewicht von Anhängern aus den Mittel- und wohlhabenden Schichten.⁵³ In Auseinandersetzungen mit den sozialistischen Zionisten über das künftige Regierungssystem in der jüdischen Heimstätte ist dieser Umstand gegen die Allgemeinzionisten verwandt worden, für die die 1930er unglückliche Jahre waren. Ihr Einfluss schrumpfte in den jüdischen Gemeinden und in der Zionistischen Weltorganisation gleichermaßen.⁵⁴

Bereits seit den ersten Zionistenkongressen sind zahlreiche litauische Rabbiner, die für ihre offene, weitsichtige Denkweise bekannt waren, zwischen Säkularismus und Orthodoxie, Traditionalismus und Modernität hin- und hergerissen gewesen. Seit Anbeginn des politischen Zionismus sammelten sich die religiösen Zionisten in einer eigenständigen Partei – der „Misrahi“-Partei – mit dem Ziel, die neuen nationalistischen Ideen eng mit einer fortschrittlichen Religionspolitik zu verbinden.⁵⁵ Gleichwohl blieb der Einfluss dieser Partei in Litauen sehr beschränkt. Da sie an den Vorstellungen der Bewegung der „Hebraisten“ festhielten, zu denen die Bevorzugung des Hebräischen vor dem von den osteuropäischen jüdischen Massen gesprochenen Jiddisch gehörte, und den Teil der jüdischen Gemeinde vertraten, der in traditionellen, religiösen jüdischen Milieus großgeworden und erzogen worden war, wichen sie in Wirklichkeit kaum von den politischen Ideen der ultraorthodoxen „Agudat Yisroel“ („Israels Einheit“-Bewegung ab.⁵⁶

Führende Vertreter der religiösen Zionisten aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg setzten ihre Tätigkeit im unabhängigen Litauen fort. Verschiedene Einzelverbände derselben Bezeichnung vereinigten sich in der „Misrahi“-Union Litauens. In ihrer ersten Erklärung 1920 hoben die religiösen Zionisten die programmatischen Ähnlichkeiten zu den

⁵² MOSES KAHAN: Der algemayner tsyonizm in der zelshtendiker Lite [Der allgemeine Zionismus im unabhängigen Litauen]; in: Lite [Litauen], Bd. 2, hrsg. von CHAIM LEIKOWICZ, Tel Aviv 1965, S. 71-99, hier S. 77, 79.

⁵³ Ebenda, S. 88.

⁵⁴ Es kam sodann zu einer Aufsplitterung in zwei Gruppierungen – die Liste A und die Liste B. Konkreter Anlass hierfür waren unterschiedliche Sichtweisen der älteren und der jüngeren Generation auf die grundlegenden kulturellen und politischen Aktivitäten und die Konflikte zwischen ihnen in den betreffenden Organisationen. Während die Liste A an dem bisherigen Kurs festhalten wollte, neigte die Liste B zusehends der politischen Linie der Revisionisten zu, die qualitativ neuartige Aktivitäten versprachen.

⁵⁵ ŠUBAS, *Sionistų sąjūdis Lietuvoje* (wie Anm. 6), S. 118.

⁵⁶ Dies gilt unter besonderer Berücksichtigung der Wahlen 1919–1923 zu den Räten der jüdischen Gemeinden wie zu denen der örtlichen Gebietskörperschaften.

Allgemeinzionisten hervor und beanspruchten nur in religiösen Fragen ein Vorrecht. Ihr Leitbild war ein theokratisches Machtsystem in einem künftigen geistigen Zentrum des Judentums, in dem auch Kultur und Bildung vom Thora-Kultus durchdrungen sein würden.⁵⁷

Religiöse Gesichtspunkte standen in der Weltanschauung von „Misrahi“ im Vordergrund – eine Tatsache, die von der religiös-orthodoxen „Agudat Yisroel“-Partei geschickt genutzt wurde, um nach Partnern zu suchen, die ihre politischen Interessen unterstützten. Im politischen Wirken der litauischen Zionisten war „Misrahi“ von höchst geringem Gewicht. Obwohl Mitglieder der Organisation die Idee einer weltlichen, demokratischen Kehila (jüdischen Gemeinde) unterstützten, saßen nur wenige ihrer Vertreter überhaupt in deren Räten. Die Bedeutung der religiösen Zionisten bestand vielmehr in ihrem Wirken für besondere zionistische Anliegen, in der Akquisition von Zuwendungen an die Fonds und in der Ernennung von Delegierten für die Zionistenkongresse.⁵⁸

Die gegenüber dem sozialistischen Zionismus als utopischer Bewegung bestehenden Vorbehalte schwanden allmählich. Die Ideale des Sozialismus, der wirtschaftliche und soziale Befreiung forderte, und die Ideale des Zionismus, der das Ziel der nationalen Befreiung ausrief, erschienen dem linken Flügel des Zionismus durchaus nicht als widersprüchlich, denn jedes Ideal war ein Ziel in sich und zugleich ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. In vergleichbarer Weise bot der sozialistische Zionismus den Anhängern der sozialen Revolution einen Weg, ihren Idealen unter Beibehaltung ihrer eigenen nationalen Identität nachzueifern. Beide Ideale würden am besten in einem nach sozialistischen Grundvorstellungen geordneten Leben der jüdischen Nation im Gelobten Land verwirklicht.⁵⁹

Im Litauen der Zwischenkriegszeit war diese Bewegung stark, obwohl der Anteil jüdischer Arbeiter, denen die sozialistischen Ideen unmittelbar nahegebracht werden konnten, nach der Volkszählung von 1923 mit sieben Prozent der jüdischen Bevölkerung Litauens nur geringfügig größer war als der der jüdischen Bauern, die immerhin etwa sechs Prozent der jüdischen Einwohnerschaft ausmachten.⁶⁰ Dabei sprachen die Vorstellungen der sozialistischen Zionisten von Wohlfahrtsvorkehrungen für Arbeiter, von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gleichheit und von der Gewährleistung politischer Rechte für alle Bürger nicht nur das jüdische Proletariat

⁵⁷ Oyfruf fun Agudath Hamizrachi in Kovne [Aufruf der Agudath Misrahi in Kaunas], o.D., in: YIVO, RG 2-75-1458, Bl. 66593.

⁵⁸ Oyfruf fun Merkhaz „Hamizrachi“ in Lite [Aufruf des Vorstands von „Misrahi“ in Litauen], o.D., in: YIVO, RG 2-75-1458, Bl. 66591; Rezolyutsyes fun der dritter Litvisher landes konferents fun „Mizrachi“ [Entschlüsseungen der Dritten Litauischen Landeskonferenz von „Misrahi“], o.D., in: ebenda, Bl. 66605.

⁵⁹ B. LOKER: Vos viln tsyonistn-sotsialistn [Was Zionisten-Sozialisten wollen], Kovne 1930, S. 5ff.

⁶⁰ Lietuvos gyventojai. 1923 m. rugsėjo 17 d. surašymo duomenys [Die Einwohner Litauens. Die Daten der Volkszählung vom 17. September 1923], Kaunas 1923, S. 295.

an, sondern auch kleine Händler, Angestellte und Freiberufler der Mittelschicht. Zwar konnte die Partei der sozialistischen Zionisten so kaum als Vertreter des proletarischen Willens auftreten, immerhin aber stand in ihren Möglichkeiten – und in ihrem programmatischen Auftrag –, die Arbeiterklasse in der Diaspora mit durchschlagsfähigen sozialistischen Ideen auf den künftigen Judenstaat vorzubereiten.⁶¹

Zu den ersten Anhängern des sozialistischen Zionismus im unabhängigen Litauen gehörte die Jugendorganisation „Zeire Zion“ („Jugend Zions“) und der Kern der zu Beginn der 1920er Jahre nach Litauen zurückkehrenden Führungspersonlichkeiten der „Russischen Zionisten“.⁶² Die litauische Abteilung der Weltorganisation sozialistischer Zionisten hatte sich nach nur wenigen Jahren ihrer Tätigkeit in einen linken Flügel, die Zionistischen Sozialisten, die unter den Einfluss des internationalen Sozialismus gerieten, und in einen rechten Flügel, die sozialistisch-zionistische „Zeire Zion Hitahdut“ („Union der Jugend Zions“), gespalten.⁶³

Zumindest in Litauen waren die ideologischen Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppierungen kaum augenfällig. In Wirklichkeit bestand das Trennende in der Aufstellung jeweils eigener Kandidatenlisten zu den Gemeindewahlen und zu den zionistischen Kongressen. Erwähnenswert ist ferner, dass die Spaltung Raum für eine Zusammenarbeit mit der in Litauen aus dem Untergrund operierenden Organisation „Poale Zion“ („Arbeiter Zions“) schuf. Dies gab den litauischen Behörden immer wieder einen Vorwand, um gegen die gesamte sozialistisch-zionistische Bewegung vorzugehen; in der Folge des Militärcoups im Jahre 1926 wurden eine Reihe ihrer Provinzverbände ganz aufgelöst.⁶⁴

In der ersten Hälfte der 1930er Jahre kam es zu einer Vereinigung beider Organisationen zu einer Sozialistisch-Zionistischen Union. Diese führte nicht nur dazu, dass sich die Stellung der sozialistischen Zionisten in der jüdischen Gemeinschaft festigte, sondern – wie die Statistik über die Anzahl der zu den zionistischen Kongressen entsandten Delegierten belegt – auch dazu, dass sie fortan in Litauen die einflussreichste zionistische Gruppierung darstellten.⁶⁵

Die revisionistischen Zionisten traten für eine legale wie illegale Masseneinwanderung nach Palästina beidseits des Jordans ein. Ihre Handlungslinie trägt starke militärische und autoritäre Züge.⁶⁶ Vereinzelt waren

⁶¹ SHMUEL FRIDMAN: Di tsyonistische sotsialistische bavegung in Lite [Die zionistisch-sozialistische Bewegung in Litauen], in: Lite (wie Anm. 52), S. 63-70, hier S. 66.

⁶² Barikht fun der tsveyter Ceirei-Cionistisher landes-konferents in Lite [Bericht über die Zweite Landeskonferenz der Zeire Zion in Litauen] 27.12.1921–2.1.1922, Kovne 1922, S. If.

⁶³ FRIDMAN, Di tsyonistische sotsialistische bavegung (wie Anm. 61), S. 69f.

⁶⁴ CHAIN-SHIMONI, Nekhtn (wie Anm. 23), S. 250.

⁶⁵ Pinkas ha-Kehilot (wie Anm. 11), S. 70.

⁶⁶ NORMAN BERDICHEVSKY: The Baltic Revival and Zionism; in: Lituanius 1992, Nr. 1, S. 69-78, hier S. 73f.

bereits Ende der 1920er Jahre Ortsvereine revisionistischer Organisationen in Litauen hervorgerufen, aber wirklichen Einfluss erhielt die Bewegung erst Mitte der 1930er Jahre im Zuge der sich beschleunigenden Ereignisse in den westlichen Ländern und der Erstarrung der Tätigkeit der Zionistischen Weltorganisation – welche sich im übrigen in den Händen der sozialistischen Zionisten befand. Diese Ortsvereine waren nicht sehr zahlreich, dafür aber wohlorganisiert, diszipliniert und aktiv.⁶⁷ Sie befassten sich nicht mit Politik und mieden Veranstaltungen der örtlichen jüdischen Gemeinde. Ihnen ging es vielmehr darum, die auch von anderen vertretenen zionistischen Ideale auf nicht herkömmliche Weise anzustreben. Die junge Generation der Juden, im unabhängigen Litauen geboren und im Geiste seines Nationalverständnisses erzogen, stand voll und ganz hinter den revisionistischen Ortsvereinen.

Die Revisionistische Partei in Litauen stellte sich der Autorität der Zionistischen Weltorganisation und ihrer Politik der Quotierung der Auswanderung nach Palästina entgegen und unterbreitete dem Präsidenten und der Regierung Litauens politische Handlungspläne in dieser Frage.⁶⁸ Da die revisionistischen Zionisten Litauens ein integraler Bestandteil der revisionistischen Weltbewegung waren, hatte die Gründung der neuen Revisionistisch-Zionistischen Bundes im Jahre 1934 zur unmittelbaren Folge, dass sie sich nicht mehr an den Wahlen zum Zionistischen Weltkongress beteiligten. Die so genannten Grossmanisten (eine auch als „Yidnshot partay“ bekannte Abspaltung von den Revisionisten unter Leitung von Meir Grossman) erklärten, bemüht, die bisherige Wählerschaft der Revisionisten anzulocken, die reine Lehre Herzls genauso fortführen zu wollen wie den Revisionismus.⁶⁹ Richtungsstreitigkeiten in anderen zionistischen Gruppierungen ermöglichten ihnen, eine einflussreiche Partei zu werden und ein allgemeines Wahlbündnis zu schaffen, das gewisse programmatische Bestandteile der „Misrahi“-Partei und der Liste B⁷⁰ der Allgemeinen Zionisten miteinander verband.⁷¹

⁶⁷ Siehe hierzu Kauno miesto ir apskrities viršininko įstaigoje įregistruotų žydų draugijų ir sąjungų sąrašas [Verzeichnis der jüdischen Organisationen und Vereinigungen, die beim Amt des Leiters der Stadt- und Bezirksverwaltung in Kaunas registriert wurden], o.D., in: Litauisches Zentrales Staatsarchiv (*Lietuvos centrinis valstybės archyvas*, Vilnius, künftig: LCVA), Bestand 378, Findbuch 10, Akte 886, Bl. 7-11.

⁶⁸ 1932 m. kovo 11 d. Lietuvos sionistų revizionistų sąjungos centro valdybos memorandumas [Denkschrift des Zentralvorstands des Bundes der revisionistischen Zionisten Litauens], 11.3.1932, in: LCVA, 923-1-735, Bl. 183.

⁶⁹ Berith ha-Zionim ha-Medinethim be-Lita merkhoz byuleten [Bulletin des Vorstands der Yidnshot partay in Litauen], 30.1.1934, in: YIVO, RG 2-75-1460, Bl. 66644; Berith ha-Zionim ha-Medinethim be-Lita tsirkulyar briv [Rundschreiben der Yidnshot partay in Litauen], Nr. 72, 7.1.1935, in: YIVO, RG 2-75-1460, Bl. 66636.

⁷⁰ Siehe hierzu Anm. 54.

⁷¹ Dies steht in Übereinstimmung mit der Beobachtung, dass die verschiedenen Fraktionen der Zionistischen Organisation durchaus einen gemeinsamen Themenkanon ansprachen. Es ging ihnen um Fragen des Gebiets, der Sprache und der Her-

Schon seit der Konferenz von Helsinki 1906 war die Zionistische Organisation bemüht, Selbstverwaltung für die Juden in Litauen zu erzielen, aber erst in den 1920er Jahren lagen die Voraussetzungen dafür vor, konkrete Schritte in diese Richtung zu vollziehen, zum Beispiel durch die Schaffung weltlicher Kehilot als örtliche Vertretungen. Hierbei hatten die Zionisten die Vorstellung, dass in Zukunft die weltlichen Kehilot und die örtlichen Zweigverbände der Zionistischen Organisation identisch sein würden. Die wesentlichen Impulse zu ihrer Verwirklichung wurden vom Büro des Ministers für jüdische Angelegenheiten gegeben. Eine Anordnung über gleiche, allgemeine und auf dem Grundsatz des Verhältniswahlrechts beruhende Wahlen zu den jüdischen Gemeinderäten wurde am 20. Juni 1919 erlassen.⁷² Trotz eines engagierten und in dieser Weise in den Quellen belegten Wahlkampfes brachten es die Zionisten in den ersten Gemeinderatswahlen im Durchschnitt nur auf rund ein Drittel der Mandate. In den Wahlen von 1921 und 1923, bei denen eine größere Anzahl von Kandidatenlisten zur Abstimmung stand, war das Ergebnis noch magerer.⁷³ Die litauischen Zionisten, ihrem Grundsatz der „Arbeit in der Gegenwart“ folgend, versuchten in erster Linie, ihren Einfluss in den gemeindlichen Entscheidungsgremien zur Geltung zu bringen. Wie groß dieser aber in Wirklichkeit war, ist nicht nur wegen der konkurrierenden Wahllisten schwer einzuschätzen; die Gesamtlage wird auch durch den Umstand der im Stadt- oder Gemeinderat dann üblicherweise von sämtlichen gewählten Juden übergreifend gebildeten Jüdischen Fraktion schwer durchschaubar.

Im übrigen haben sich die Zionisten sehr rege an der staatlichen Politik und an den Wahlen zum Parlament beteiligt. Dort waren sie gewissermaßen zur Zusammenarbeit mit anderen jüdischen Parteien oder zur Bildung von Koalitionen mit anderen Minderheiten zum Zweck der besseren Vertretung der Interessen der jüdischen Minderheit in Litauen gezwungen. Eines der Hauptaugenmerke zionistischen Engagements lag in der rechtlichen Anerkennung von jüdischen Schulen, Sprachgebräuchen sowie Feiertagen und deren Regelung.⁷⁴

Für einen Anhänger des Basler Programms, welches zur Gründung einer Heimstätte für die jüdische Nation in Palästina aufrief, musste das auf „Hier und jetzt“ ausgerichtete Wirken der litauischen Zionisten für die Einrichtung neuer Kehilot und für die Erlangung nationaler Autonomie, welches

anbildung der fehlenden Grundlage in der Gesellschaftspyramide der Nation, auf die sich die Weltanschauung des Zionismus gründete. Die einzelnen Komponenten wurden aber unterschiedlich gewichtet, um bestimmte, abgegrenzte Wähler- und Anhängerschaften zu gewinnen.

⁷² Tsirkulyar briv [Rundschreiben], Nr. 1, o.D., in: LCVA, 1129-1-3, Bl. 18f.

⁷³ Statistinės žinios iš Lietuvos miestų ir miestelių apie žydų bendruomenes ir jų tarybas [Statistische Angaben aus den Städten und Ortschaften Litauens über die jüdischen Gemeinden und ihre Räte], o.D., in: LCVA, 1129-1-16, Bl. 1-138.

⁷⁴ Siehe hierzu ausführlich ARKADIJUS BLUMINAS: Žydų frakcija Lietuvos Seimuose 1920–1927 m. [Die Jüdische Fraktion im Litauischen Seimas in den Jahren 1920–1927], Vilnius 2003, S. 15-63.

eine Einbindung in die Innenpolitik des litauischen Staats unausweichlich machte, als reine Vergeudung von Zeit und Kraft erscheinen. Schließlich bedeutete das Streben nach den höheren Zielen der zionistischen Bewegung mehr als nur das Engagement während einiger weniger Jahre. Gleichwohl hatte sich die zionistische Bewegung zu diesem Weg entschlossen, von dem sie sich versprach, dass er ihr Raum für die Verteidigung der Interessen der jüdischen nationalen Minderheit schaffen und ihr zugleich die Umverteilung der Machtverhältnisse in den jüdischen Kreisen ermöglichen werde.

Der Zionistischen Organisation indes passte dieser Weg ins Konzept, weil er ihre Vorstellungen eines so genannten Nationalen Ghettos flankierend unterstützte, das einerseits der Gefahr der Assimilierung und Akkulturation von vornherein vorbeugen, andererseits aber die nationale Identität der neuen Generation formen würde. Trotz eines vielversprechenden Auftakts ging diese Rechnung, wie wir wissen, nicht auf: Einen Minister für jüdische Angelegenheiten gab es schon seit 1924 nicht mehr im Regierungskabinett, und die 1925 erlassenen Durchführungsvorschriften zu dem neuen Gesetz über die jüdischen nationalen Gemeinden brachten eine Einschränkung ihrer Autonomie mit sich.⁷⁵

Gesellschaftliche Tätigkeitsfelder der zionistischen Bewegung und verstärkte Rückbesinnung auf Eretz Israel

In dem Ausmaß, in dem sich ihnen das Fenster der Möglichkeiten im politischen Bereich verschloss, verlagerten die Zionisten die Umsetzung ihrer programmatischen Ideen auf nachgeordnete soziale und kulturelle Tätigkeitsfelder, in denen ihnen noch Wirkungsspielräume offenstanden.

So sahen die Satzungen der zionistischen Organisationen Litauens die Gründung verschiedenartigster Bildungseinrichtungen als Mittel zur Heranziehung einer durch eine neue Denkungsart geprägten Generation vor, in der der Hebräischunterricht eine besondere Stellung einnehmen sollte.⁷⁶ Der Kampf der Zionisten um die neue Schule vollzog sich dabei in offener Konfrontation zwischen verschiedenen jüdischen politischen Gruppierungen. Im Jahre 1920 richtete die Zionistische Organisation in Litauen unter der Bezeichnung „Tarbut“ („Kultur“) einen Fachbereich für Bildung ein, dessen Ziel es war, ein landesweites Netzwerk von Schulen zu schaffen, das neue Bildungssystem praktisch umzusetzen und die

⁷⁵ ŠARŪNAS LIEKIS: *A State Within A State*, Vilnius 2003, S. 196-198.

⁷⁶ EGLĖ BENDIKAITĖ: Jüdisches Erziehungswesen in Litauen und zionistische Bewegung: Der steinige Weg zur nationalen Schule; in: *Bildungskonzepte und Bildungsinitiativen in Nordosteuropa (19. Jahrhundert)*, hrsg. von ANJA WILHELMI, Wiesbaden 2010 (Veröffentlichungen des Nordost-Instituts, 13) (im Druck).

finanziellen Mittel hierfür sicherzustellen.⁷⁷ Dabei lag es in der Absicht der Zionisten, in absehbarer Zukunft das gesamte jüdische Bildungssystem mit Hilfe von „Tarbut“ zu kontrollieren. Dank seiner kräftigen und raschen Entwicklung bis Mitte der 1920er Jahre wurde „Tarbut“ indes zu einer unabhängigen Organisation mit einem eigenen Netz an Schulen.

Mit Beginn der 1930er Jahre bot „Tarbut“ schließlich ein umfassendes Bildungs- und Erziehungsprogramm vom Kindergarten bis zum Lehrerseminar an, dessen Zielsetzung lautete, jungen Menschen eine humanistische Bildung mit Schwerpunkt auf hebräischer Kultur und zionistischem Gedankengut zu geben. Drei Viertel aller jüdischen Schulkinder gingen 1928 in „Tarbut“-Schulen; später sollte der Anteil noch steigen.⁷⁸ Ausgehend von ihren Interessen richtete die sozialistisch-zionistische Partei „Zeire Zion“ („Jugend Zions“) an einigen Orten – wie etwa Biržiai, Šakiai, Anykščiai oder Panevėžys – ihre eigenen Schulen ein, die sie selbst betrieb und finanzierte. Mit diesem Vorhaben übernahm sie sich allerdings wirtschaftlich, sodass keine dieser Schulen dauerhaften Bestand hatte.⁷⁹

Jeder zionistische Teilbereich hatte eine oder mehrere Jugendorganisationen, die – wie der Teilbereich selbst – eng mit der Mutterorganisation verbunden und ihr organisatorisch wie weltanschaulich nachgebildet war. Dies diente der Unterstützung deren Organisation und trug zugleich dazu bei, die politischen Positionen bei den jungen Menschen zu verankern sowie ihr Weltbild und nationales Bewusstsein zu formen. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Jugendorganisationen wurden naturgemäß in nicht unbeträchtlichem Umfang von den Mutterorganisationen beeinflusst. Während der Thora-Kultus in allen Aktivitäten der Jugendorganisation „Misrachi Hatzair“ („Junges geistiges Zentrum“) eine große Rolle spielte, standen militärische Übungen und Manöver sowie Scharfschützentraining für die revisionistischen Jugendorganisationen im Vordergrund;⁸⁰ Leibe-

⁷⁷ Zur „Tarbut“-Bewegung allgemein siehe den unsignierten Eintrag „Tarbut“, in: *Encyclopædia Judaica* (wie Anm. 39), Bd. 19, S. 512. Zur „Tarbut“-Bewegung in Litauen von 1919 bis 1940 siehe BENDIKAITĖ: *Sionistinis sąjūdis* (wie Anm. 6), S. 119-138.

⁷⁸ *Der renesans fun hebre'ish in Lite* [Die Renaissance des Hebräischen in Litauen], Kovne 1929, S. 8-11; DOV LIPETZ: *Hebre'ish shul-vezn un kultur-bavegung in Lite* [Hebräisches Schulwesen und Kulturbewegung in Litauen], in: *Lite* (wie Anm. 52), S. 293-322, hier S. 302, 311f.

⁷⁹ *Bendras aukštųjų ir vidurinių mokyklų sąrašas* [Allgemeines Verzeichnis der höheren und mittleren Schulen], in: *Švietimo darbas* [Erziehungsarbeit] 1927, Nr. 12, S. 1472-1481.

⁸⁰ Im Leben der zionistischen Jugend hatten Uniformen und Abzeichen mit nationalen Symbolen überhaupt eine große Bedeutung. Jede Organisation, jeder Verband und jeder Ortsverein war bemüht, mit eigener Flagge und eigenem Kennzeichen hervorzutreten. Nationale Attribute galten als wichtige Mittel zur Beeinflussung der Stimmung unter den jungen Menschen. Durch eine Mitgliedschaft in einer Jugendorganisation kam nicht nur zum Ausdruck, wo man stand; mit ihr wurde auch das Gefühl der Geborgenheit unter Gleichgesinnten vermittelt.

sübungen im Freien gehörten zum Stundenplan der sozialistisch-zionistischen Jugendorganisation „Gordoniya“.⁸¹

Einen besonderen Tätigkeitsbereich, der von allen Strömungen des Zionismus unterstützt wurde, stellte die „Hechalutz“ („Pionier“)-Bewegung dar.⁸² „Hechalutz“-Verbände bereiteten die jungen Menschen auf die Alija und das neue Leben in Palästina durch geistige, weltanschauliche, körperliche und berufliche Schulung (für die Arbeit in der Landwirtschaft) vor. Aus der Bewegung gingen in Litauen zahlreiche Schulungskibbuzim hervor. Diese traten neben die Kibbuzim, die in den 1930er Jahren von allen zionistischen Organisationen betrieben wurden.⁸³

„Hechalutz“ sollte Leuchttfeuer und Hoffnung auf ein besseres Leben in den jüdischen Gemeinden sein. Viele Halutzim verstanden sich darum in ihrem Idealismus und ihrer Treue zu den Vorstellungen des Zionismus wirklich als Pioniere und Revolutionäre, denen es gelingen würde, das Leben des gesamten jüdischen Volkes zu verändern. Ihr jugendlicher Enthusiasmus, ihre Energie und ihr Verlangen, die Ziele zu verwirklichen, zu deren Erreichung ihren Eltern die nötige Entschlossenheit fehlte, verlangte Taten. Aller Unterrichtungen über die politische und wirtschaftliche Wirklichkeit in Palästina zum Trotz übte der Gemeinschaftssinn der Sommerlager der „Hechalutz“ eine ungeheure Anziehungskraft auf die Pioniere aus, in deren Vorstellungswelt sich das Leben in Palästina nicht als knochenharte, endlose Arbeit, sondern als Arbeits- und Erholungslager mit Musik und Tanz – und damit als Fortsetzung ihres gegenwärtigen Lebens im Exil – darstellte.⁸⁴

Die letzte Etappe vor der Auswanderung nach Palästina war eine „Hachshara“ („Vorbereitung“) genannte Ausbildung – ein Kibbuzaufenthalt, der von einigen Monaten bis zu zwei Jahren dauern konnte.⁸⁵ Nach 1925, als die britische Mandatsregierung die Anzahl der Zertifikate, die zur Einreise nach Eretz Israel erforderlich waren, begrenzte, setzte ein interner Konkurrenzkampf zwischen den zionistischen Organisationen um die größte Anzahl qualifizierter Einwanderungsberechtigter ein. Hierbei ging es ihnen darum, den Nachweis zu erbringen, dass ihre jeweils eigenen Kandidaten am besten auf das Leben im Heiligen Land vorbereitet sind.⁸⁶ Da es den Halutzim darum ging, solche Erfahrungen zu machen,

⁸¹ Die zionistischen Jugendorganisationen, o.D., in: YIVO, RG 2-75-1462, Bl. 66825.

⁸² DE SHALIT, *Di organizatsye un praktik* (wie Anm. 23), S. 8.

⁸³ SARAH NESHAMIT: *Hayu halutsim be-Lita. Sipura shel tnua, 1916–1941* [Halutzim in Litauen. Erzählung einer Bewegung, 1916–1941], Tel-Aviv 1983, S. 138ff.

⁸⁴ YAFFA ELLIACH: *There Once was A World*, Toronto 1998, S. 499 und 501.

⁸⁵ *Valstybės saugumo ir kriminalinės policijos Ukmergės apygardos Biuletėnis* [Bulletin der Staatssicherheits- und Kriminalpolizei des Bezirks Ukmergė], Nr. 30, 13.3.1934, in: LCVA, 378-3-3426, Bl. 403.

⁸⁶ SH. A. KAC: *Vi tsu organizirn dem jidishn mitl klas far a braytere Alije in Erets Israel* [Wie die jüdische Mittelschicht für eine breitere Alija nach Eretz Israel zu organisieren ist], Kovne 1931, S. 20.

die ihnen die begehrten Zertifikate sicherten, waren sie fast immer bereit, ohne Entlohnung zu arbeiten.

Die litauische Regierung änderte Mitte der 1930er Jahre ihre anfänglich wohlwollende Einstellung gegenüber der „Hechalutz“-Bewegung, als sie zu vermuten begann, dass die Bewegung nicht auf die Auswanderung vorbereite, sondern – als Deckmantel für Kommunisten – den Sozialismus im Lande selbst verbreiten wolle. Als Reaktion hierauf war die Bewegung gezwungen, ihre Genossenschaften und Bauernhöfe zu privatisieren, um deren Geschäftstätigkeit fortsetzen zu können.⁸⁷

Die Zahl der Auswanderer stieg fortlaufend;⁸⁸ die meisten von ihnen waren zwischen 20 und 40 Jahre alt. Auf den ersten Blick hat es den Anschein, als handelte es sich hierbei um Halutzim mit prozionistischer Grundeinstellung.⁸⁹ Bei eingehenderer Untersuchung, namentlich unter Berücksichtigung des allgemeinen Sachzusammenhangs, der politischen und wirtschaftlichen Situation im Litauen der 1930er Jahre, der politischen Veränderungen westlich von Litauen und der begrenzten Auswanderungsmöglichkeiten in sonstige Länder, ist diese Annahme jedoch zu berichtigen. Hierbei lässt sich aber nicht verlässlich ermitteln, was der Zuversicht in die zionistischen Ideale und was reinem Pragmatismus geschuldet ist.

Schlussfolgerungen

Wie jede politische Rhetorik war auch die des Zionismus auf die Beeinflussung der Gefühlslage der Menschen gerichtet. Ihre Topoi waren das Bild von Palästina als Symbol der historischen Heimstätte und des Landes von Milch und Honig, die Rolle des Einzelnen in der Geschichte und die Zukunft des jüdischen Volkes. Der Niedergang der Bewegung für jüdische nationale Autonomie beendete die aktive zionistische Politik. Nun mussten sich die Zionisten möglichen anderen Bereichen zuwenden, in denen sie ihre Weltanschauung verbreiten konnten. Die intensivere Unterstützung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und erzieherischer Vereinigungen wurde zu ihrem Hauptauftrag, dessen Erfüllung zumindest sicherzustellen hatte, dass die Zionisten ihre bereits erworbenen Stellungen halten konnten. Die Zionistische Organisation erstreckte sich über das gesamte gesellschaftliche Spektrum, da sie den einzelnen Gruppierungen abgestufte

⁸⁷ Raportas Valstybės saugumo ir Kriminalinės policijos Marijampolės apygardos viršininkui [Bericht an den Leiter der Staatssicherheits- und Kriminalpolizei des Bezirks Marijampolė], 7.9.1934 in: LCVA, 378-5-4301, Bl. 18.

⁸⁸ Bemerkenswerterweise lag dabei Südafrika als Auswanderungsland deutlich vor Palästina.

⁸⁹ Lietuvos statistikos metraščiai [Statistische Jahrbücher Litauens], Bd. 2, Kaunas 1929, S. 77f.; Bd. 3, Kaunas 1931, S. 68-71; Bd. 4, Kaunas 1932, S. 49ff.; Bd. 5, Kaunas, 1933, S. 49ff.; Bd. 6, Kaunas 1934, S. 51ff.; Bd. 7, Kaunas, 1935, S. 51ff.; Bd. 8, Kaunas 1936, S. 52ff.; Bd. 9, Kaunas 1937, S. 52ff.; Bd. 10, Kaunas 1938, S. 53f.; Bd. 11, Kaunas 1939, S. 52ff.; Bd. 12, Kaunas 1940, S. 52f. und 55.

Wege und Ansätze zur Erreichung des gemeinsamen Ziels anzubieten imstande war. Konnte das Weltbild des Einzelmitglieds von weit rechts bis gemäßigt links reichen, wurden alle in der Ideologie der jüdischen Nation vereint. Die schwierige wirtschaftliche Lage in Litauen und die erhebliche Zunahme des litauischen Nationalismus beunruhigten das Land und verursachten eine Krise im Wertesystem der jungen jüdischen Generation, die, erzogen zu einer Gesinnung der Eigenstaatlichkeit für das jüdische Volk, sich selbst als verloren ansah, da sie in Litauen keine positive Zukunftsperspektive mehr erkennen konnte. Dieses ist einer der Hauptgründe dafür, dass es in Litauen so zahlreiche zionistische Organisationen gegeben hat.

Der Erfolg der Zionistischen Organisation in Litauen war indes auch von subjektiven Faktoren bestimmt. Durch das aktive Bemühen, alle Bereiche des jüdischen Lebens abzudecken und auf alle Fragen, die sich aus den zeitlichen Umständen und der sich verändernden geopolitischen Lage ergaben, Antworten geben zu können, gelang es den Zionisten, die Vorstellung zu vermitteln, dass ihre Vision von der Zukunft gleichbedeutend mit dem Schicksal der Juden sei. Die Zionisten waren nachgerade erfolgreich, andere davon zu überzeugen, dass Jude zu sein bedeute, einer einzigen, normalen Nation anzugehören, die – wie alle anderen – Ideale hat, aber auch konkrete Zielvorstellungen und Interessen. Das Programm der Zionistischen Weltorganisation konnte zwar den Weg zur Verwirklichung dieser Vision weisen; die Erfahrungen der Zionistischen Organisation in Litauen belegen aber darüber hinaus, dass diese Verwirklichung von jedem einzelnen Juden selbst schrittweise vorangebracht werden konnte.

SUMMARY

*“Here and Now”: Conditions and Scope
for Impact of the Zionist Movement
in Lithuania, 1906–1940*

This article gives a survey of the continuously altering frameworks and scope for impact of the Zionist movement in Lithuania during the first three decades of the 20th century, which represented a period of unparalleled opportunities for the development of Jewish politics in the emerging republic. Thus, it focuses primarily on the political development of the Zionist organization, its attempt to direct the internal transformation of the Jewish masses, and the changes in its ideological and practical program in the face of new historical and political circumstances. The starting date of the period encompassed relates to the fact that, in 1906, the central Zionist office for all of Russia was shifted to Vilna (Vilnius). Although this

was due to external factors, Vilna and the Zionist activists working there ensured the sustained development of the Zionist movement on Lithuanian territory and put into practice an important principle of Zionist ideology, “work in the present” (*Kegnvalt arbet*). The study ends with the year of the first Soviet occupation of the Lithuanian Republic, when Zionist organizations were closed and many of their leaders were deported. A look at this period of more than three decades offers a retrospective view of the Zionist movement in Lithuania, displaying the opportunities for political action which were influenced by the geopolitical and legal changes in the region.

Emphasis is given to a thorough analysis of Zionist ambitions and to the political reality at the dawn of the young Lithuanian state, with particular reference to the medium-term effect of the first Lithuanian Zionist conference which took place in Vilna on December 5–8, 1918. Not only did this decide that all active Zionist organizations unite to form one Zionist Union of Lithuania; it also adopted four “Political Resolutions” and six “Decisions Concerning Lithuania,” which, inter alia, entailed a claim for constitutionally warranted national autonomy as well as a determination of the position to support the re-establishment of a Lithuanian state and to join the ranks of the *Taryba*, the Council of State, exercising the legislative powers according to the 1918 democratic Constitution of Lithuania.

The appearance of a new independent Lithuanian state on the political map launched a new period in the history of the Jewish community in this region. The revival of Jewish politics started a fight for influence on the Jewish street, and as a consequence, as elsewhere in the world, the Zionist movement in Lithuania was not a united movement for long. It broke into competing political factions, whose influence varied over time. The Zionist movement in Lithuania was represented by General, Socialist, Religious and Revisionist trends. Its branches spread very quickly and were active even in the smaller *shtetls* from the early 1920s until the 1926 coup d'état, which marked a regression in the constitutional life of the state and largely undid what the Zionist movement had achieved politically.

In so far as the demise of the Jewish national autonomy movement put an end to active Zionist politics, the Zionists had to relocate the implementation of their programmatic ideas in order to strengthen other possible spheres for propagating their ideology. More intensive support of economic, social, cultural, and educational associations became their main work, which at least ensured that they would maintain those positions in which they had retained some scope for impact. The political rhetoric of Zionism had been focused on the image of Palestine as the historical Jewish homeland, on the role of the individual in history, and on the future of the Jewish nation in Eretz Israel; challenged by a retrograde constitutional practice, Lithuanian Zionists succeeded in convincing the others that being Jewish meant to be a member of a single, normal nation, which has ideals, as well as concrete interests “here and now.”

Auszeichnungen für die „Avantgarde“ zum 10. Jahrestag der Estnischen SSR im Juli 1950

VON HILJAR TAMMELA

Am 20. Juli 1950 verabschiedete das formell höchste legislative Organ der Sowjetunion, das Präsidium des Obersten Sowjets, einen Erlass über die Auszeichnung von 2 412 Aktivisten (estn. *eesrindlased*, russ. *непедовуку* – wörtlich: die an vorderster Front Stehenden, die „Avantgarde“) aus der Estnischen SSR. Für die meisten von ihnen kam diese Ehre unerwartet. Die Traktoristin Elmina Otsman, die damals unter den Erwählten war, erinnerte sich ein halbes Jahrhundert später folgendermaßen an die damaligen Ereignisse:

„Es was auch schon komisch, wie ich davon erfahren habe. Ich wurde zu den Feierlichkeiten in Tallinn eingeladen (...), das Sängerfest. Wir warten irgendwo auf einem Platz auf den Umzug der Sängerfest-Teilnehmer. Ein paar Männer nehmen sich eine russische Zeitung und jemand fängt an zu lesen: ausgezeichnet wurden, er liest, liest, liest, wer mit dem Leninorden ausgezeichnet wurde, ich stand einfach daneben und dann höre ich plötzlich meinen Namen, Otsman, Traktoristin aus Viljandi. So habe ich davon erfahren.“¹

Bei der Auszeichnung von Elmina Otsman oder den anderen Prämierten ging es nicht um konkrete Einzelleistungen, sondern es geschah „aus Anlass des 10. Gründungstags der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik und der erzielten Erfolge beim Wiederaufbau und der Weiterentwicklung von Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Kultur“.² Hierbei handelte es sich um einen Teil der in großem Stil betriebenen Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Estnischen SSR, zu denen u. a. auch das Sängerfest zählte.

Der Aufsatz wurde von der estnischen Wissenschaftsförderung (SF0180050s09) unterstützt.

¹ JÜRI PINO: Elmina Otsman, sotsialistliku töö kangelane [Elmina Otsman, Heldin der sozialistischen Arbeit], in: SL Öhtuleht, 28.10.2000.

² NSVL ÜNP seadlus Eesti NSV tööstuse, põllumajanduse, teaduse, kultuuri ja kunsti alal töötajate autasustamise kohta ordenite ja medalitega [Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über die Auszeichnung der Werktätigen auf den Gebieten der Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Kultur in der Estnischen SSR mit Orden und Medaillen], 20.7.1950, in: Nõukogude Sotsialistlike Vabariikide Liidu Ülemnõukogu Teataja [Anzeiger des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken], 5.8.1950; 11.8.1950; 16.8.1950.

Hierbei stellt sich die Frage, wer auf welche Weise entschieden hat, dass konkret diese 2 412 Personen die höchsten Orden und Medaillen der Sowjetunion verdienen. Wer hat ihre Namen zur Auszeichnung vorgeschlagen, zumal ja die meisten von ihrer Kandidatur nichts wussten? Waren die ausgegebenen Ehrenabzeichen im Kontext der sowjetischen Praxis der Ordensverleihung prestigeträchtig oder nicht? War solch eine Massenauszeichnung überhaupt etwas Besonderes?

Die Literatur über die diversen Ehrenabzeichen und die Auszeichnungspraxis in der Sowjetunion kann man grob in drei Blöcke teilen. Zum ersten zählen verschiedene Nachschlagewerke, in denen es vor allem um die Fakten geht. Als Beispiel können hier einige biografische Lexika genannt werden, welche die Personen verzeichnen, denen die höchsten Auszeichnungen verliehen wurden.³ Auch im Auftrag des Präsidiums des Obersten Sowjets ist mindestens ein statistischer Sammelband über die bereits verliehenen Auszeichnungen herausgegeben worden.⁴

Zweitens gibt es ein Genre, das man als „Heldenlesebücher“ bezeichnen könnte. Solch ein Buch stellte in der Regel die in der Sowjetunion verliehenen Orden und Medaillen in der Reihenfolge ihrer jeweiligen Erstverleihung vor, wobei zu jeder Auszeichnung eine oder zwei der jeweils prämierten Heldentaten beschrieben wurden.⁵ Diese „Exkurse“ konnten zum Teil ziemlich lang und detailliert sein und verfolgten das klare Ziel der patriotischen Erziehung der Jugend. Die Tradition solcher Schriften wird in Russland bis heute fortgesetzt.⁶ Schließlich bildet die Sammlerliteratur den dritten Block, die sich vor allem seit den 1990er Jahren verbreitet hat.⁷

³ Siehe z. B. Герои Советского Союза. Краткий биографический словарь [Helden der Sowjetunion. Kurzes biografisches Lexikon], Bd. 1-2, Москва 1987–1988; Sõjasangarid [Kriegshelden], hrsg. von AUGUST PÄNKLI MÄGI, Tallinn 1978; Eesti NSV Sotsialistliku töö kangelased. Biograafiline teatmik [Helden der sozialistischen Arbeit der Estnischen SSR. Biografisches Handbuch], hrsg. von ENDEL VIINGISSAAR, Tallinn 1979.

⁴ Сборник статистических данных о награждении орденами и медалями СССР за 50 лет (сентябрь 1918 г. – сентябрь 1968 г.) [Sammlung von statistischen Daten über die Auszeichnungen mit Orden und Medaillen der UdSSR in 50 Jahren (September 1918 bis September 1968)], о. О. 1968. Dieses Buch war nur für den internen Gebrauch der Beamten vorgesehen, die mit dem Auszeichnungsverfahren beschäftigt waren, und war nicht frei verkäuflich. Ein Exemplar befindet sich im Bestand des Präsidiums des Obersten Sowjets der ESSR im Estnischen Staatsarchiv (*Eesti Riigiarhiiv*, Tallinn, künftig: ERA), Fond R-3, Findbuch 9, Akte 1127. Später wurden diese Statistiken auch publiziert: Данные о количестве награждений орденами и медалями СССР за период 1918–1964 гг. [Daten über die Anzahl der Auszeichnungen mit Orden und Medaillen der UdSSR in den Jahren 1918–1964], in: Источник. Документы русской истории 1998, Nr. 3, S. 132–157.

⁵ Ордена и медали СССР [Orden und Medaillen der UdSSR], Москва 1987.

⁶ КОНСТАНТИН Е. ХАЛИН: Ордена и медали России [Orden und Medaillen Russlands], Москва 2006.

⁷ PAUL MCDANIEL, PAUL J. SCHMITT: The Comprehensive Guide to Soviet Orders and Medals, Arlington 1997.

Hierzu zählen auch die teuren und üppig illustrierten Phaleristikbände, die für eine eher höhere Einkommensklasse gedacht sind.⁸

Bei alledem findet man aber kaum einmal Studien, die über die Aufzählung der Ehrenabzeichnungen und die Wiederholung von Heldengeschichten hinaus das Auszeichnungssystem und seine Funktionsmechanismen durchleuchten. Immerhin werden in einigen Arbeiten die Veränderungen im sowjetischen System der Ordensverleihungen und dessen Dynamik durchaus angezeigt.⁹ Im vorliegenden Beitrag werden neben den erwähnten Sekundärquellen auch Materialien des Estnischen Staatsarchivs sowie die einschlägige zeitgenössische Presse herangezogen.

Zu Beginn der 1950er Jahre bestand das sowjetische Auszeichnungssystem aus drei wichtigeren Ehrentiteln, 29 Orden und 11 Medaillen. Lässt man die für kinderreiche Mütter bzw. für rein militärische Verdienste gedachten Abzeichen beiseite, bleiben grundsätzlich sechs Auszeichnungen für Verdienste im Zivilbereich übrig, über deren Verleihung das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR entschied. In der Reihenfolge ihrer Bedeutung waren dies der Titel des „Helden der sozialistischen Arbeit“, für den der Leninorden und die Hammer und Sichel-Medaille überreicht wurden, dann der Leninorden, der Orden des Roten Banners der Arbeit, der Orden „Ehrenabzeichen“ (*Знак Почета*), die Medaille „Für Tapferkeit bei der Arbeit“ (*За трудовую доблесть*) und die Medaille „Für vorbildliche Arbeit“ (*За трудовое отличие*).

Die Ehrentitel, Orden und Medaillen, die in der Sowjetunion im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg verliehen wurden, kann man je nach den Verdiensten, die für jede konkrete Auszeichnung in den diesbezüglichen Erlassen genannt wurden, in fünf Oberkategorien einteilen:¹⁰

A. Auszeichnung für eine besondere Leistung (in der Armee oder in den Sicherheitsorganen für eine gelungene militärische Operation, im Zivilleben z. B. bei der Fertigstellung eines Großbauprojekts);

B. Auszeichnung für die Erfüllung einer vorgeschriebenen Ordensnorm (vor allem in der Landwirtschaft, wo es gewisse Ertragsnormen gab, bei deren Übertretung die betreffenden Arbeiter regelmäßig ausgezeichnet wurden);

C. Massenauszeichnungen anlässlich der Jahrestage der Republiken, aber auch bei Jubiläen einer konkreten Behörde;

⁸ ВАЛЕРИЙ А. ДУРОВ, НИКОЛАЙ. Н. СТРЕКАЛОВ: Орден Красного Знамени. История учреждения награды, эволюция орденового знака [Der Orden des Roten Banners. Geschichte der Ordensstiftung, Entwicklung des Ordensabzeichens], o. O. 2006.

⁹ PHILOMENA GUILLEBAUD: The Role of Honorary Awards in the Soviet Economic System, in: American Slavic and East European Review 12 (1953), S. 486-505; ОЛЕГ С. СМЫСЛОВ: Загадки советских наград. 1918–1991 годы [Rätsel der sowjetischen Ehrenabzeichen. 1918–1991], Москва 2005.

¹⁰ Näher zu dieser Untergliederung vgl. HILJAR TAMMELA: Nõukogude autasude süsteem ja Nõukogude Eesti 1945–1953 [Das System der sowjetischen Auszeichnungen und Sowjetestland 1945–1953], in: Tuna 2009, Nr. 2, S. 72-88.

D. Auszeichnung für das Erreichen eines bestimmten Dienstalters – wer eine festgelegte Dienstzeit übertraf, wurde regelmäßig zur Auszeichnung vorgeschlagen;

E. Auszeichnung einer konkreten Person bei einem runden Geburtstag oder bei einem individuellen Dienstjubiläum. Diese Auszeichnung erhielten jedoch nur sehr wenige Menschen, die fast ausnahmslos der kulturellen oder der Partielite angehörten.

Die Massenauszeichnung in der Estnischen SSR im Juli 1950 gehörte nach dieser Einteilung in die Kategorie C, die sich schon einer jahrzehntelangen Tradition rühmen konnte. Der Brauch, zu Jahrestagen die besten Arbeiter eines Kollektivs oder einer Institution mit Auszeichnungen zu ehren, hatte sich in der Sowjetunion schon in den 1920er Jahren entwickelt. So wurden z. B. 1927, zum 10. Jahrestag der sowjetischen Sicherheitsorgane, die vorbildlichsten Tschekisten, und ein Jahr später, zum 10. Gründungstag der Roten Armee, die hervorragendsten Soldaten ausgezeichnet.¹¹ Bald darauf fing man damit an, aus Anlass runder Gründungstage größerer Verwaltungseinheiten wie der Sowjetrepubliken oder der *oblasti* Orden zu verleihen. Schon in den ersten Jahren nach dem „Großen Vaterländischen Krieg“ hatte dieser Brauch auch in der Estnischen SSR Fuß gefasst. Jedes Jahr im Juli wurden zum Jahrestag der Begründung der Sowjetmacht durch das 1940 mithilfe von Scheinwahlen neu gewählte Parlament Aktivisten ausgezeichnet – mit Ehrenurkunden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Estnischen SSR. Die Orden und Medaillen, die 1950 verteilt wurden, waren im Vergleich natürlich viel prestigeträchtiger.

Orden und Medaillen spielten eine wichtige Rolle in der sozialen Etikette der Sowjetunion. Vom hohen Prestige der Auszeichnungen zeugt schon die Tatsache, dass prämierte Personen mit ihrem Titel vorgestellt wurden: „Als nächstes spricht der Held der sozialistischen Arbeit, Genosse Soundso“. Eine eigene Regelung wurde für die Präsentation von Auszeichnungen eingeführt, die ganzen Arbeitskollektiven verliehen wurden. Der Titel wurde dem Namen der entsprechenden Institution beigefügt, eine grafische Darstellung der Auszeichnung schmückte ihren Namenszug und durfte auch im Briefkopf präsentiert werden.

Mit der Weiterentwicklung des Auszeichnungssystems bildete sich in der Sowjetunion auch ein System von Vorteilen und Vergünstigungen für die prämierten Personen heraus. Man erhielt für alle verliehenen Orden und Medaillen einen monatlichen Lohnzuschlag, durfte in allen sowjetischen Städten kostenlos mit der Straßenbahn fahren, bekam Sonderkonditionen bei der Wohnungsmiete und ging früher in Rente. 1948 wurden alle diese Privilegien jedoch bis auf die Vergünstigungen bei der Einkommenssteuer abgeschafft. Vermutlich belastete die immer größer werdende Zahl an privilegierten Bürgern den Staat wirtschaftlich zu sehr. Einige Vorrechte, wie z. B. die Bedienung außer der Reihe in den Geschäften, behielten nur die

¹¹ Siehe Смыслов, Загадки советских наград (wie Anm. 9), S. 47.

Helden der Sowjetunion, die Helden der sozialistischen Arbeit und die Träger des Ruhmesordens aller drei Klassen. Es ist aber davon auszugehen, dass Auszeichnungen durchaus auch später als Argument galten, wenn es in einer Institution etwas zu verteilen gab.

Eine Auszeichnung war zudem ein direkter Hinweis auf den staatlichen Respekt, den eine Person genoss, aber auch darauf, dass sie im politischen Sinne den Anforderungen entsprach, war doch ihr persönlicher Hintergrund zuvor sowohl von den Partei- als auch von den Sicherheitsorganen durchleuchtet worden. Aktivisten und Ordensträger wurden den Mitbürgern als Vorbilder präsentiert, sie durften über ihre Erfahrungen berichten und ihre Arbeitsmethoden im Radio, in der Presse und in Büchern erläutern. Sie wurden von der offiziellen Propaganda bei der Durchführung verschiedenster Kampagnen benutzt, und ihnen wurden Mandate als Mitglieder der diversen Exekutivkomitees oder sogar des Obersten Sowjets zugewiesen. Ein Orden oder eine Medaille garantierte zwar nicht automatisch eine glänzende Karriere, aber für strebsame Menschen, die bereit waren, mit dem System zu kooperieren, eröffneten sich dadurch zusätzliche Möglichkeiten.

Die Initiative zur Auszeichnung der Aktivisten aus der Estnischen SSR anlässlich des Gründungstages der Unionsrepublik kam zweifelsohne aus Moskau. Spätestens Mitte Mai fiel 1950 die prinzipielle Entscheidung im Politbüro des ZK der Kommunistischen Allunionspartei (Bolschewiki) (VKP[b]), in Estland, Lettland und Litauen aus Anlass des 10. Jahrestages der Sowjetmacht eine Massenauszeichnung vorzunehmen. Zugleich wurden die Zahl der auszuzeichnenden Personen sowie die allgemeinen Auswahlprinzipien festgelegt. Daraufhin wurden die ZKs der genannten Republiken angewiesen, das Verfahren einzuleiten. Dies konnte entweder schriftlich oder mithilfe des so genannten Telefonrechts geschehen;¹² im estnischen Fall konnte bislang kein entsprechendes Dokument in den estnischen Archiven ermittelt werden. Die Anweisungen an die Führung der Estnischen SSR dürften aber die genau fixierte Anzahl der zu verteilenden Ehrenabzeichen beinhaltet haben, genauestens unterteilt nach den Berufsgruppen und der Art der Auszeichnungen – insgesamt ging es um ungefähr 2 400 Personen. Zudem wurden wohl die Anforderungen an die Auserwählten benannt sowie ein Zeitplan für das ZK der Kommunistischen Partei Estlands (Bolschewiki) (EK[b]P) erstellt, nach dem das Verfahren durchgeführt werden sollte.

¹² Immerhin hinterließ auch das so genannte Telefonrecht, d. h. Befehle, die höhere Stellen telefonisch an niedrigere weitergaben, schriftliche Spuren. Als Beispiel sei auf die schriftliche Zusammenfassung eines Telefonats des ZK der KPdSU mit dem Tallinner ZK aus dem Jahre 1958 erwähnt, in dem der Kreml Richtlinien für die bevorstehenden Ehrungen der Werktätigen in der Erdöl- und Gasindustrie erteilte. Handschriftliche Zusammenfassung des Telefonats des Genossen Grozov aus dem ZK der KPdSU, 17.12.1958, in: Filiale des Estnischen Staatsarchivs (*Eesti Riigiarhiivi filiaal*, Tallinn, künftig: ERAF), Fond 1, Findbuch 219, Akte 1, Bl. 59ff.

Am 20. Mai 1950 jedenfalls richteten das ZK der EK(b)P und der Ministerrat der Estnischen SSR ein gemeinsames Rundschreiben an die Sekretäre der Stadt-, Landkreis- und Stadtbezirkkomitees der Partei, das konkrete regionale Quoten und die Anforderungen an die Kandidaten benannte sowie die Anordnung enthielt, mit der Auswahlprozedur zu beginnen.¹³ Als Beispiel werden im Folgenden die Quoten für das Landkreiskomitee von Tartu ausgewiesen. Auf einem identischen Vordruck wurden die entsprechenden Zahlen auch an die anderen regionalen Parteikomitees übermittelt.

– **Tabelle 1.** Die vom ZK der EK(b)P an das Tartuer Landkreiskomitee der Partei übermittelten Quoten betreffs der Vorschläge für die Auszeichnung der Aktivisten des Tartuer Kreises, 20.5.1950

| | Leninorden | Orden des Roten Banners der Arbeit | Orden „Ehrenabzeichen“ | Medaille „Für Tapferkeit bei der Arbeit“ | Medaille „Für vorbildliche Arbeit“ |
|---|------------|------------------------------------|------------------------|--|------------------------------------|
| Fabrik-, Werks-, Bau- und Transportarbeiter sowie Arbeiter des Post- und Fernmeldewesens | 1 | 2 | 2 | 2 | 2 |
| Arbeiter der Maschinen-Traktor-Stationen, Sowchosen und der Fischindustrie | - | 1 | 4 | 1 | 4 |
| Kolchosbauern und Arbeiter der Fischereikolchosen, darunter Kolchosvorsitzende, Brigadiere, Farmer usw. | - | 6 | 14 | 23 | 28 |
| Angestellte der Sowjets, der Gerichte und der Staatsanwaltschaft | - | 1 | 5 | 2 | 2 |
| Parteimitarbeiter | - | 1 | 4 | 4 | 1 |
| Direktoren der Transport-, Bau- sowie der Post- und Fernmeldebetriebe | - | - | - | 1 | 1 |
| Direktoren der Maschinen-Traktoren-Stationen, Sowchosen und Meliorationsstationen | - | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Gewerkschaftsangestellte | - | - | - | - | - |
| Mitarbeiter des Komsomol | - | - | 1 | 1 | - |
| Arbeiter im Handel | - | - | - | 1 | - |
| Mitarbeiter der Beschaffungsämter | - | 1 | - | 1 | 1 |

¹³ Rundschreiben des Sekretärs des ZK der EK(b)P Käbin und des Ministerratsvorsitzenden der ESSR Veimer an alle Sekretäre der Landkreis-, Stadt- und Stadtbezirkkomitees der Partei, 20.5.1950, in: ERAF, 1-46-8, Bl. 97-101.

| | | | | | |
|--|---|----|----|----|----|
| Ingenieure, Techniker, Meister u. a. Produktionsspezialisten | - | - | - | 4 | 1 |
| Land- und Forstwirtschaftsspezialisten | 1 | - | 2 | 2 | 1 |
| Mitarbeiter in den Bereichen der Wissenschaft, Kultur, Kunst, Presse und des Rundfunks | - | - | 3 | 1 | 1 |
| Lehrer | - | - | 5 | 2 | 3 |
| Mitarbeiter im Medizinalwesen | - | 1 | 1 | - | 1 |
| Angestellte im Finanz- und Bankwesen | - | 1 | 1 | - | 1 |
| Insgesamt | 2 | 15 | 43 | 46 | 48 |

Quelle: Rundschreiben des Sekretärs des ZK der EK(b)P, Käbin, und des Vorsitzenden des Ministerrats der Estnischen SSR, Veimer, an den Sekretär des Landkreiskomitees von Tartu der EK(b)P, Keer, 10.5.1950, in: ERAF 12-17-51, Bl. 1-5.

Für die Auswahl der Kandidaten waren die Sekretäre der regionalen Parteikomitees persönlich verantwortlich. Sie mussten sich mit den Untersuchungsberichten bekannt machen, die von den Kreisabteilungen der Staatsicherheit über den Hintergrund der Auserwählten angefertigt worden waren, und darüber hinaus ein persönliches Gespräch mit ihnen führen, um dadurch „ihre politischen und beruflichen Fähigkeiten“ in Erfahrung zu bringen. Im Rundschreiben wurde betont, dass neben den aktuellen Arbeitsergebnissen der Kandidaten auch ihre Leistungen der letzten Jahre sowie ihre „Teilnahme am gesellschaftlich-politischen Leben“ in Betracht zu ziehen seien. Die vorgeschlagenen Kandidaturen mussten außerdem mit den für den jeweiligen Bereich verantwortlichen Ministerien abgesprochen werden. Die endgültige Liste war vom Büro des Landkreiskomitees zu genehmigen und musste zusammen mit den Beurteilungen der einzelnen Kandidaten spätestens zum 10. Juni an das ZK der EK(b)P geschickt werden.

Ähnliche Anweisungen erhielten vermutlich auch verschiedene Zentralbehörden. Anhand des Briefwechsels des ZK der EK(b)P kann man erkennen, dass drei Viertel der Estland zugewiesenen Quote unter den regionalen Komitees und das restliche Viertel unter den verschiedenen Zentralbehörden – dem ZK selbst, dem Ministerrat, den Ministerien etc. – aufgeteilt wurden.

Nun folgte die so genannte Arbeit vor Ort. Konkrete Menschen wurden ausgewählt, und Mitte Juni verfügte das ZK über eine bemerkenswerte Menge an Informationen, deren Sichtung mehrere Wochen andauerte.

Die von den Zentralbehörden und den regionalen Parteikomitees erstellten Vorschlagslisten wurden mehrfach verändert. Manche Namen wurden gestrichen, andere hinzugefügt, oft wurde z. B. die Auszeichnungsort geändert. Höchstwahrscheinlich haben die Mitarbeiter des ZK ihre Korrekturen aufgrund der Informationen angebracht, die ihnen zur Verfügung

standen. Dabei dürften sie solche Personen bevorzugt haben, über die sie schon früher positive Informationen eingeholt hatten bzw. die sie persönlich kannten. Wenn jemand eine höhere Auszeichnung erhalten sollte, musste ein anderer vermutlich „degradiert“ werden, damit die Quote gewahrt blieb. Es konnte auch vorkommen, dass über manchen Genossen zwischenzeitlich kompromittierende Tatsachen in Erfahrung gebracht wurden, weshalb seine Kandidatur durch jemanden anderen ersetzt werden musste. So wurden z. B. per Beschluss des Büros des Landkreiskomitees von Virumaa vom 27. Juni 1950 auf den Kandidatenlisten, die zwei Wochen zuvor bereits genehmigt worden waren, vier Namen ersetzt.¹⁴

Am 9. Juli 1950 wurde eine vom Sekretär des ZK der EK(b)P Johannes Käbin unterzeichnete Vorschlagsliste mit den korrigierten individuellen Beurteilungen an den Kreml geschickt. Formuliert wurde dies als eine Initiative der Sowjetrepublik: „Anlässlich des 10. Jahrestages der Einführung der Sowjetmacht in der Estnischen SSR bittet das ZK der EK(b)P das ZK der VKP(b) um die Erlaubnis, die vorbildlichsten Arbeiter zur Auszeichnung mit Orden und Medaillen der UdSSR vorzuschlagen“. Die Vorgeschlagenen stünden allesamt an der vordersten Front des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus der Republik, nähmen aktiv am politischen Leben teil und würden allerseits hoch geachtet. Ihre Auszeichnung werde „zweifelloso“ dazu beitragen, dass „die Aktivität der Arbeiter, der Kolchosbauern und der Intelligenz der Republik beim Aufbau des Kommunismus weiterhin steigt“.¹⁵ Aus dem Schreiben Käbins geht außerdem hervor, dass die ursprünglich der ESSR zugewiesene Auszeichnungsquote bei 2 470 Personen lag: 29 Leninorden, 250 Orden des Roten Banners der Arbeit, 694 „Ehrenabzeichen“, 745 Medaillen „Für Tapferkeit bei der Arbeit“ und 755 Medaillen „Für vorbildliche Arbeit“.¹⁶

In den darauf folgenden Wochen überprüften die Mitarbeiter des Moskauer ZK die Listen und nahmen ihrerseits weitere Änderungen vor. Es ist dabei kaum wahrscheinlich, dass diese Korrekturen etwa auf kompromittierenden Kenntnissen beruhten, die im Kreml über einige Kandidaten bekannt waren. Eher bemühte man sich in Moskau, die Proportionen der unterschiedlichen sozialen Gruppen in der Liste auszugleichen oder die estnische mit den entsprechenden Listen aus Lettland und Litauen abzustimmen.¹⁷

¹⁴ Sitzungsprotokoll Nr. 23 des Büros des Landkreiskomitees von Virumaa der EK(b)P, 27.6.1950, in: ERAF, 10-14-6, Bl. 79.

¹⁵ Bericht des Sekretärs des ZK der EK(b)P Käbin an dem Sekretär des ZK der VKP(b) Stalin, 9.7.1950, in: ERAF, 1-53-197, Bl. 74f.

¹⁶ Die Addition ergibt 2 473 Auszeichnungen, was mit den im Brief erwähnten 2 470 Personen nicht ganz übereinstimmt; vermutlich handelt es sich um einen Rechenfehler. Bericht des Sekretärs des ZK der EK(b)P Käbin (wie Anm. 15).

¹⁷ Im Sommer 1950 fanden ähnliche Massenauszeichnungen „anlässlich des 10. Jahrestages der Begründung der Sowjetmacht“ auch in der Lettischen und Litauischen SSR statt. Siehe die entsprechenden Beschlüsse des Politbüros des ZK der VKP(b) vom 19.7.1950, in: Политбюро ЦК РКП(б) - ВКП(б). Повестки дня засе-

Am 19. Juli 1950 genehmigte das Politbüro des ZK der VKP(b), „den Vorschlag des ZK der EK(b)P über die Auszeichnung der Aktivisten der Estnischen SSR“.¹⁸ Am nächsten Tag wurden die Auszeichnungen in Form eines separaten Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR bekräftigt.¹⁹ Darin fehlte allerdings jeglicher Hinweis auf die Rolle der Partei, die die Kandidaten ja in Wirklichkeit ausgewählt hatte. Die endgültige Zahl der Prämierten belief sich auf 2 412, d. h. 58 Personen weniger als von Käbin beantragt (und wohl ursprünglich gewährt).

Parallel verlief das Auszeichnungsverfahren in den anderen beiden baltischen Republiken nach demselben Muster. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR bestätigte somit am 20. Juli 1950 die Auszeichnung von insgesamt 8 659 Personen in der Estnischen, Lettischen und Litauischen SSR.

– **Tabelle 2.** *Auszeichnungen aus Anlass der 10. Jahrestage der baltischen Sowjetrepubliken. (Prozentualer Anteil des jeweiligen Ehrenabzeichens an der Gesamtzahl der verliehenen Auszeichnungen in der jeweiligen Republik)*

| | Estnische SSR | Lettische SSR | Litauische SSR |
|--|---------------|---------------|----------------|
| Leninorden | 47 (1,9%) | 65 (2,0%) | 58 (1,9%) |
| Orden des Roten Banners der Arbeit | 255 (10,6%) | 830 (25,6%) | 464 (15,5%) |
| Orden „Ehrenabzeichen“ | 666 (27,6%) | 337 (10,4%) | 779 (25,9%) |
| Medaille „Für Tapferkeit bei der Arbeit“ | 710 (29,4%) | 1124 (34,6%) | 1016 (33,8%) |
| Medaille „Für vorbildliche Arbeit“ | 734 (30,4%) | 889 (27,4%) | 685 (22,8%) |
| Insgesamt | 2412 (100%) | 3245 (100%) | 3002 (100%) |

Quelle: Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über die Auszeichnung der Werktätigen auf den Gebieten der Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Kultur in der Estnischen, Lettischen und Litauischen SSR mit Orden und Medaillen, 20.7.1950, in: Nõukogude Sotsialistlike Vabariikide Liidu Ülemnõukogu Teataja [Anzeiger des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken] 5.8.1950–16.8.1950; Советская Латвия [Sowjetisches Lettland], 22.7.1950–3.8.1950; Советская Литва [Sowjetisches Litauen], 21.7.1950–4.8.1950.

Aus Tabelle 2 geht hervor, dass die Quoten, die den baltischen Sowjetrepubliken zugewiesen wurden, proportional durchaus vergleichbar waren. Die Unterschiede betragen nicht mehr als 10–15 % – siehe die estnischen

даний, т. 1940–1952. Каталог [Politbüro des ZK der RKP(b) - VKP(b). Tagesordnungen der Sitzungen, Bd. III, 1940–1952. Katalog], Москва 2001, S. 683.

¹⁸ Über die Auszeichnung der Werktätigen der Estnischen SSR mit Orden und Medaillen anlässlich des 10. Jahrestages der Republik, 19.7.1950, in: Russländisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte (*Российский государственный архив социально-политической истории*, Moskau), Bestand 17, Findbuch 3, Akte 1083, Bl. 33.

¹⁹ NSVL ÜNP seadlus (wie Anm. 2).

und lettischen Quoten bei den „Ehrenabzeichen“ bzw. dem Roten Banner der Arbeit. Ob die Gründe für diese Unterschiede in den Augen des Kreml mit den Eigenarten der Sowjetrepubliken in Bezug auf die auszeichnungswürdigen Berufe bzw. Personen zusammenhängen – so wurden in der ESSR z. B. die Arbeiter in der Ölschieferindustrie und die der Uranverarbeitungsanlage in Sillamäe ausgezeichnet –, oder ob sie anderswo zu suchen sind, muss einstweilen einer weiteren Studie vorbehalten bleiben.

Der Erlass über die Auszeichnungen wurde schon am nächsten Tag in den Zeitungen Sowjetestlands veröffentlicht. Wegen seines großen Umfangs druckte ihn die Tageszeitung „Rahva Hää!“ (Stimme des Volkes) z. B. in neun aufeinander folgenden Nummern ab. Bemerkenswert ist, dass in 31 Fällen die Prämierten nur mit ihren Namen, aber ohne jegliche Berufsbezeichnung genannt wurden. Eine genauere Untersuchung ergab, dass elf dieser „geheimen“ Personen mit dem Urankombinat in Sillamäe in Verbindung standen, acht in den Staatssicherheitsorganen und den (gegen die „Waldbrüder“ eingesetzten) Vernichtungsbataillonen tätig waren, vier aus den Gerichtsinstitutionen der Innenministeriumstruppen kamen, drei in den Kreiswehrratsämtern arbeiteten und vier in der zivilen Luftflotte beschäftigt waren. Schließlich blieb auch der Beruf von Aliide Sirol unerwähnt, die als Leiterin der Schule von Ulila in Kreis Tartu tätig war; vermutlich handelte es sich hierbei aber um einen Tippfehler im Erlass, der in allen Nachdrucken wiederholt wurde.

Fragt man nach der Verteilung der Berufe der Prämierten, sieht man, dass in erster Linie Industriearbeiter ausgezeichnet wurden (20%). Darauf folgte der Bereich der Landwirtschaft (18%), dann die Parteiorgane (14%) sowie die Exekutivorgane und diverse andere Machtstrukturen (je knapp 8%). Der am häufigsten ausgezeichnete Beruf war der des Kolchosvorsitzenden (120), es folgten die Melkerinnen (55) sowie die Lehrer und Lehrerinnen (45).

Wenn man die Prämierten daraufhin untersucht, welche Orden und Medaillen sie konkret überreicht bekommen haben, eröffnet sich hingegen ein etwas anderes Bild. Tabelle 3 zeigt die Zahl der Ehrenabzeichen, die den Parteifunktionären der Estnischen SSR verliehen wurden im Vergleich zu denjenigen, die Vertreter der anderen Tätigkeitsfelder erhielten. Deutlich zu erkennen ist hier, dass die Parteifunktionäre im Schnitt überproportional häufig mit den wichtigeren Auszeichnungen geehrt wurden, die wichtigste davon, der Leninorden, wurde ihnen sogar zweimal häufiger verliehen. Die „unwichtigste“ Medaille wiederum erhielten im Vergleich nur halb so viele Parteikader. Offenbar hielt der Kreml die Funktionäre des ZK der EK(b)P gerade anlässlich des Jahrestages der Errichtung der Sowjetmacht für überaus auszeichnungswürdig. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass das estnische ZK seine Position als Auswahlgremium durchaus auch dazu benutzte, die Dienste seines technischen Personals zu belohnen, indem es unter anderem auch seine Übersetzer, Schreibkräfte

und Fahrer vorschlug. Zu Ehren des Jahrestages wurde sogar der Putzfrau des ZK mit der Medaille „Für Tapferkeit bei der Arbeit“ eine Freude bereitet. Insgesamt stellten Vorgesetzte verschiedener Ebenen, Inhaber leitender Funktionen und Direktoren zwei Drittel, einfache und Facharbeiter ein Drittel der Prämierten.

– **Tabelle 3.** *Vertretern der Parteiorgane anlässlich des Jahrestages der Estnischen SSR 1950 verliehene Ehrenabzeichen im Vergleich zur durchschnittlichen Verteilung aller Ehrenabzeichen*

| Auszeichnung | Verliehene Ehrenabzeichen | Anteil der diversen Ehrenabzeichen an der Gesamtzahl (in %) | Die proportional gesehen „normale“ Anzahl der Auszeichnungen für die Parteimitarbeiter | Den Parteifunktionären tatsächlich verliehene Ehrenabzeichen |
|--|---------------------------|---|--|--|
| Leninorden | 47 | 1,9% | 6 | 12 |
| Orden des Roten Banners der Arbeit | 255 | 10,6% | 35 | 51 |
| Orden „Ehrenabzeichen“ | 666 | 27,6% | 91 | 116 |
| Medaille „Für Tapferkeit bei der Arbeit“ | 710 | 29,4% | 97 | 102 |
| Medaille „Für vorbildliche Arbeit“ | 734 | 30,4% | 100 | 48 |
| Insgesamt | 2412 | 100% | 329 | 329 |

Quelle: NSVL ÜNP seadlus Eesti NSV tööstuse, põllumajanduse, teaduse, kultuuri ja kunsti alal töötajate autasustamise kohta ordenite ja medalitega (wie Anm. 2).

Interessant ist auch die nähere Betrachtung des Geschlechterprozesses unter den Prämierten. Im Rundschreiben des ZK der EK(b)P und des Ministerrats der ESSR vom Mai 1950 an die regionalen Parteisekretäre hieß es u. a., dass wenigstens 20% der zur Auszeichnung vorgeschlagenen Personen Frauen sein sollten.²⁰ Diese Richtlinie ist sogar übertroffen worden: Von den 2 412 Personen, die im Sommer 1950 ausgezeichnet wurden, waren 631 (26,2%) Frauen. Allerdings wurde mit steigendem Prestige der Ehrenabzeichnung der weibliche Anteil geringer. Während von den mit der Medaille „Für vorbildliche Arbeit“ Prämierten 34,1% Frauen waren, sank ihr Anteil bei den Leninorden auf 10,6%. Es ist zwecklos, hier nach einer Art Diskriminierung zu suchen, denn wenn man die Tatsache in Betracht zieht, wie wenige Frauen zu der Zeit auf Führungspositionen

²⁰ Rundschreiben des Sekretärs des ZK der EK(b)P Käbin (wie Anm. 13), Bl. 101.

arbeiteten, verdient es durchaus betont zu werden, dass ein Viertel der Ehrenabzeichen an Frauen ging.

Obwohl die größte Berufsgruppe unter der Ausgezeichneten die der Kolchosvorsitzenden war, haben natürlich nicht alle ihre Vertreter automatisch ein Ehrenabzeichen erhalten. Die 120 prämierten Personen stellten nur rund ein Zehntel aller damaligen Kolchosvorsitzenden. Dasselbe gilt für die Personen, die höhere Ämter bekleideten, z. B. für die Minister, von denen sieben, d. h. fast ein Drittel, ohne Auszeichnung blieben. Ein Grund dafür war sicherlich der Machtwechsel, der im März 1950 in der Estnischen SSR stattgefunden hatte. Einige Ministerposten waren deswegen tatsächlich noch nicht wieder besetzt worden, und gegen einige andere Personen bereitete man wohl schon die nächsten Angriffe vor. So blieben Lembit Pärn, Minister der Streitkräfte, und Innenminister Aleksander Resev bei der Massenauszeichnung außen vor; sie wurden Anfang 1951 ihres Amtes enthoben.

Ein recht enger Kreis der im Juli 1950 prämierten Politiker stellte den Führungskern der ESSR: sechs Sekretäre des ZK der EK(b)P sowie neun Abteilungsleiter. Während allen ZK-Sekretären ein Leninorden verliehen wurde, erhielten die Abteilungsleiter unterschiedliche Ehrenabzeichen. Der Orden des Roten Banners der Arbeit galt als übliche Auszeichnung für die Abteilungsleiter des ZK, eine höhere Ehre in Form eines Leninordens wurde Leonid Lentsman und Aleksandr Sokolov erwiesen, deren Position im ZK stark war, schon weil sie sich der Unterstützung Käbins sicher sein konnten. Nur ein „Ehrenabzeichen“ bekamen demgegenüber Michail Sorokin, der zwischenzeitlich in Ungnade gefallen war, und Aleksander Valter, für dessen im Oktober 1950 anstehende Amtsenthebung die Vorbereitungen vermutlich schon getroffen worden waren.²¹ Wesentliche Bedeutung für den Grad der Auszeichnung kann man daher dem Aspekt der angenommenen „Vertrauenswürdigkeit“ der Kandidaten zusprechen.

In der Sowjetunion wurden 1950 die verliehenen Ehrenabzeichen den „Normalbürgern“ üblicherweise in ihrer jeweiligen Unionsrepublik, ihrem *oblast*- oder Regionszentrum übergeben. In der Estnischen SSR überreichte die Auszeichnungen der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets während eines Festakts in seinem Amtssitz in Kadriorg. Der „Ordenssegen“ fiel allerdings im Sommer 1950 dermaßen reichlich aus, dass auch die anderen Präsidiumsmitglieder an der Verleihung beteiligt werden mussten, und die Ehrenzeichen in den Regionalzentren vor Ort überreicht wurden. Insgesamt nahm die Übergabe der Auszeichnungen an über 2 000 Personen sogar mehrere Jahre in Anspruch. Eine Ausnahme bildete hier allerdings die politische Spitze der ESSR – ZK-Sekretär Käbin, der Ministerratsvorsitzende Arnold Veimer und der Vorsitzende des Präsidiums des

²¹ Vgl. Eestimaal Kommunistliku Partei Keskkomitee organisatsiooniline struktuur 1940–1991 [Organisationsstruktur der Kommunistischen Partei Estlands 1940–1991], hrsg. von ENN TARVEL, Tallinn 2002, S. 320f., 593–599, 646f.

Obersten Sowjets August Jakobson bekamen ihre Leninorden in Moskau überreicht.²²

Ein wichtiger Aspekt bei jeder Ordensverleihung war die Berichterstattung über die Laureaten und ihre Leistungen. Dies wurde im genannten Rundschreiben des ZK der EK(b)P im Mai extra betont. Hierin wurde empfohlen, nach der Auswahl der Kandidaten in der Lokalpresse über sie zu berichten, um ihre Leistungen zu popularisieren²³ – was dann natürlich auch umgesetzt wurde.

Im Allgemeinen gaben diese Artikel – meistens betitelt nach dem Motto „Der vorbildliche Traktorist Jaan Mänd“ – einen kurzen Überblick über das Leben des mit einer Auszeichnung bedachten Genossen: sein schweres Leben im „bürgerlichen Estland“, seine Teilnahme am „Großen Vaterländischen Krieg“ und die Aufbauarbeit in der Sowjetunion. Seine Arbeitserfolge wurden mit reichlich Zahlenmaterial und Statistiken untermalt, wahrscheinlich, um seine Kollegen, für die der Bericht ja gedacht war, durch den Vergleich zu noch größeren Leistungen anzuspornen. Die Artikel endeten oft mit einem Zitat des Ausgezeichneten, der pflichtschuldigst betonte, dass die Leistungen nicht seine persönlichen, sondern die des ganzen Kollektivs gewesen seien. Meist folgte das Versprechen, als Dank für die Anerkennung in der Zukunft noch fleißiger zu arbeiten. Insgesamt wurden 1950 einige hundert derartiger Artikel veröffentlicht. Die Behörden, die mit der Kontrolle des Medienechos betraut waren, äußerten jedoch ihre Unzufriedenheit: Über die Verleihung der Ehrenabzeichen sei in den zentralen, aber auch in den Lokalzeitungen viel zu wenig berichtet worden, hieß es im Oktober 1951; zudem habe es zu wenig Berichte über das Leben und die speziellen Leistungen der Laureaten gegeben.²⁴

Die verliehenen Orden und Medaillen konnten in der Sowjetunion den Prämierten auch wieder abgenommen werden, wenn sie sich in den Augen des Regimes diskreditiert hatten. Bekannt ist wenigstens ein Fall, bei dem eine Auszeichnung durch ein außergerichtliches Verfahren zurückgenommen wurde. 1951 wurde Karl Velling, Leiter der Landwirtschaftsabteilung des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiterdeputierten des Kreises Paide, beschuldigt, er sei ein „Karrierist“ und habe „seine Kollaboration mit den deutschen faschistischen Eindringlingen“ im Zweiten Weltkrieg verheimlicht. Außerdem wurde ihm vorgeworfen, Mitglied der Selbstschutzorganisation *Omakaitse* gewesen zu sein und einen sowjetischen Kriegsgefangenen verfolgt zu haben. Obwohl keine Beweise gefunden wurden, zwang man ihn, seine Stelle aufzugeben und schloss ihn aus der

²² Bescheinigung der Referentin Panfilova (aus der Abteilung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR für Auszeichnungen), undatiert, Sommer 1950, in: ERA, R3-9-110, Bl. 56.

²³ Rundschreiben des Sekretärs des ZK der EK(b)P Käbin (wie Anm. 13), Bl. 99.

²⁴ Über die Verleihung der Orden und Medaillen der UdSSR in der Estnischen SSR, 5.10.1951, in: ERA, R3-3-1714, Bl. 1-3.

Partei aus.²⁵ Anschließend wandte sich die Parteikommission des ZK der EK(b)P an den Obersten Sowjet der Estnischen SSR mit der Bitte, beim Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR zu beantragen, Velling seine Auszeichnung abzuerkennen.²⁶ Die ganze Prozedur zog sich lange hin, und der Erlass, der dem ehemaligen Kolchosvorsitzenden Velling den Orden des Roten Banners der Arbeit aberkannte, der ihm aus Anlass des 10. Jahrestages der ESSR verliehen worden war, erschien erst 1956.²⁷

Die Massenverleihung der Ehrenabzeichen anlässlich des 10. Jahrestages der Estnischen SSR darf man im Bezug auf die institutionelle Seite der Prozedur im Kontext der Zeit für ein „typisches“ Verfahren halten. Damals – aber auch später – sah das typische Schema so aus: Die Initiative für die konkrete Auszeichnung kam aus Moskau, Quoten und andere Einzelheiten wurden festgelegt; vermittelt durch das ZK der EK(b)P suchten die regionalen Parteikomitees passende Kandidaten aus, woraufhin das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR die Auszeichnungen verkündet und das Präsidium des Obersten Sowjets der ESSR (später die Exekutivkomitees) die Ehrenabzeichen aushändigt.

Was den Umfang betrifft, war die Massenverleihung im Sommer 1950 im Vergleich zu ähnlichen Prozeduren davor und danach allerdings recht untypisch. Die zweieinhalbtausend Ehrenabzeichen, die aus Anlass des 10. Jahrestages der Estnischen SSR verliehen wurden, machen zahlenmäßig fast ein Drittel aller Ehrungen aus, die in der Nachkriegszeit bis 1953 in Estland vergeben wurden.²⁸ Die Auswahl der geeigneten Kandidaten stellte dabei für die lokalen Parteifunktionäre zweifellos einen Arbeitsaufwand ohne Beispiel dar.

* * *

Das sowjetische System der Auszeichnungen ist ein komplexes Thema, das bislang kaum erforscht wurde. Dieser Aufsatz widmete sich nur einem kleineren Aspekt, nämlich dem konkreten Mechanismus einer Massenordensverleihung. Weitere Untersuchungen dürften sowohl mithilfe Moskauer Archive (z. B. zu den Hintergründen verschiedener Auszeichnungsinitiativen) als auch mithilfe der Quellen der „lokalen Ebene“ in Estland selbst (der genaue Verlauf der Auswahlprozedur der Kandidaten vor Ort, die Effektivität der Kampagne im Sinne der Produktionssteigerung usw.)

²⁵ Protokoll Nr. 28 des Büros des ZK der EKP, Sitzung vom 7.9.1954, in: ERAF, 1-4-1765, Bl. 132.

²⁶ Der Vorsitzende der Parteikommission des ZK der EKP, Karotom, an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Estnischen SSR, Jakobson, 20.9.1954, in: ERAF, 1-7-1178, Bl. 79.

²⁷ Personalkarte von Karl Velling, in: ERA, Kartothek der Prämierten des Präsidiums des Obersten Sowjets.

²⁸ TAMMELA, Nõukogude autasude süsteem (wie Anm. 10), S. 87.

viele spannende Informationen an den Tag bringen. Eine weitere Frage ist, inwieweit eine solche Propaganda unter der Bevölkerung Resonanz fand, und inwieweit die hier präsentierten Vorbilder ihre Kollegen zur Leistungssteigerung angespornt haben. Reichlich ironisch betrachtete z. B. der Pädagoge und Literaturwissenschaftler Jaan Roos²⁹ diese Prozeduren. In seinem Tagebuch hielt er am 21. Juli 1952, d. h. zwei Jahre nach den hier geschilderten Ereignissen, fest: „Heute [ist] der 12. Jahrestag des Verkaufs von Estland. Ein großes Fest, das mit großen Arbeitssiegen begangen wird. Der Sinn der heutigen Feste besteht ja immer darin, dass man noch mehr arbeiten soll als an gewöhnlichen Tagen.“³⁰

SUMMARY

Soviet State Awards on the Occasion of the 10th Anniversary of the Estonian SSR

In the summer of 1950 approximately 2 400 persons were awarded Soviet orders and medals on the occasion of “the 10th anniversary of the establishment of Soviet power in Estonia.” Similar mass decorations were carried out simultaneously and in connection with analogous anniversaries in Latvia and Lithuania. It was standard practice in the Soviet Union in the case of an anniversary of some institution (it could have been a union republic, some all-union organization, an enterprise or a theatre) to decorate its employees on a grand scale.

The proposition was initiated by the Central Committee of the All-Union Communist (Bolshevist) Party and the number and required characteristic features (sex, occupation, place of residence) were forwarded to the Central Committee of the Estonian Communist (Bolshevik) Party. The Estonian CC in turn coordinated the selection of persons to be awarded among regional party committees and central institutions of the Estonian SSR. As a rule, concrete employees whose eligibility was weighed and who were presented to be awarded were not aware of it at all and so the announcements of the decorations came as a surprise.

²⁹ Jaan Roos (1888–1965) war ein bekannter Pädagoge, Literaturwissenschaftler und Bibliophiler, der aus Angst vor seiner Festnahme 1944–1954 untertauchte. Sein in diesen Jahren geführtes Tagebuch (publiziert in fünf Bänden 1997–2009, siehe Anm. 30) ist eine einzigartige mentalitätsgeschichtliche Quelle dieser Zeit.

³⁰ Vgl. Roos' Eintrag vom 21.7.1952, in: JAAN ROOS: Läbi punase öö, 4. kd.: 1951. ja 1952. aasta päevik [Durch die rote Nacht. Bd. 4: Tagebuch der Jahre 1951 und 1952], Tartu 2004, S. 207.

As a result of at least two months of extensive personnel work, the Estonian Communist Party selected 2 412 persons whom the Presidium of the Supreme Soviet of the USSR conferred the decorations with its decree of 20 July 1950, “in connection with the 10th anniversary of the foundation of the Estonian Soviet Socialist Republic and achieved success in restoring and developing industry, agriculture, science, culture and fine arts”. Decorations included three more commonly conferred orders in the Soviet award system (Order of Lenin, Order of the Red Banner of Labour and Order of the Badge of Honour) and two medals (“For Valiant Labour” and “For Distinguished Labour”).

The highest number of awards was conferred on the representatives of the following fields of activity: industry (20.1%), agriculture (18.2%), party organs (13.6%), executive power (8.1%), army and state security (8.0%). It is noteworthy that although the party apparatus as the executor of actual power in the union republic was proportionally not in the first row, it was the party functionaries who were conferred higher and more prestigious orders than average. Among all those awarded, two-thirds were various managers, one-third common employees. Women made up one-fourth of all those awarded.

Those 2 400 decorations conferred on the 10th anniversary of the Estonian SSR make up approximately one-third of all more important orders and medals awarded in the country within the post-war decade. Their delivery to those awarded was hard work and members of the Presidium of the Supreme Soviet of the ESSR were kept busy in county centres in the years 1950–1951.

Die gefährlichen Republiken: Moskaus Medienpolitik im sowjetischen Baltikum

VON SIMO MIKKONEN

Die Behinderung der freien Informationsvermittlung war einer der Grundpfeiler des Sowjetsystems. Die Bolschewiki selbst hatten vor der Oktoberrevolution 1917 ständig mit der Zensur gelebt, aber sie dachten nicht im Entferntesten daran, die Zensur bei ihrer Machtergreifung abzuschaffen, da sie sehr gut verstanden, welche Bedeutung frei verfügbare Informationen für jede mögliche Opposition hatte und welches Risiko sie für die Sicherung der eigenen Machtposition bedeuteten.¹ Die Folge war, dass die im Prinzip strenge, aber schließlich relativ nachlässig überwachte Zensur der Zarenzeit recht schnell in eine strenge Zensur überging und jede Informationsvermittlung verstaatlicht sowie private Medien abgeschafft wurden.² Die Massenmedien gerieten unter strenge staatliche Kontrolle, und die Verbreitung ausländischer Medien war nur unter strenger Aufsicht der Behörden in sehr engen Grenzen möglich, oder alternativ im Geheimen, was wiederum sehr schwierig und gefährlich war.³ In der Praxis wurde alles, was als parteischädlich angesehen wurde oder auch nur unter diesem Verdacht stand, entschlossen und offensichtlich wirksam bekämpft. Gleichzeitig wurde die inländische Informationsvermittlung darauf ausgerichtet, den Propagandazielen der Partei zu dienen, wobei auch die neueste Technologie, besonders das Radio und der Film, genutzt wurde. In der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg festigte die Sowjetunion ihr Monopol bei der Informationsvermittlung, das mit Hilfe des staatlichen Gewaltapparates vervollständigt wurde. Nun konnte sogar die Verbreitung von Gerüchten einen Besuch der Geheimpolizei zur Folge haben, ganz zu schweigen von dem Risiko, von ausländischen Medien produziertes Material zu besitzen oder zu verbreiten.

Zur gleichen Zeit, als sich die strenge Sowjetzensur im Laufe der 1920er Jahre entwickelte und sich die Situation mit dem Aufkommen des Stalinismus in den 1930er Jahren noch verschärfte, herrschte in Estland trotz der Einschränkungen unter der Regierung von Konstantin Päts eine Zeit der verhältnismäßig freien Informationsvermittlung. Die ausländischen

¹ PETER KENEZ: *The Birth of the Propaganda State*, Cambridge 1985, S. 35–44.

² Siehe АРЛЕН ВИКТОРОВИЧ БЛЮМ: *Советская цензура в эпоху тотального террора 1929–1953* [Die sowjetische Zensur in der Epoche des totalen Terrors 1926–1953], С.-Петербург 2000.

³ Ebenda. Zu den ausländischen Medien siehe bes. S. 124–131.

Medien konnten auf estnischem Gebiet vergleichsweise frei arbeiten, da es vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges keine strengen Einschränkungen gab. Als einschneidend erwiesen sich 1940/44 die Besetzung Estlands und seine Angliederung an die Sowjetunion.⁴ Sogar die Besetzung durch Nazi-Deutschland wurde im Vergleich zur schon 1940/41 praktizierten Zensur zumindest in Hinsicht auf die Verfügbarkeit ausländischer Medien als Erleichterung angesehen. Das Medienumfeld sowie der Zugang zu den Medien der westlichen Welt veränderte sich im Zuge der Sowjetisierung radikal: Der frühere, nahezu uneingeschränkte Zugang wurde sehr schnell in äußerstem Maße eingeschränkt, wie es auch andernorts in der Sowjetunion Usus war. Unmittelbar nach dem Krieg gab es in Estland im Vergleich zur restlichen Sowjetunion im Schnitt deutlich mehr private Radios; die Bewohner waren selbst zu Kriegszeiten gewohnt, westliche Sendungen zu hören, um Informationen über internationale Ereignisse zu erhalten. Jetzt versuchte man, den Zugang zu diesen Quellen deutlich einzuschränken. Die Entwicklung verlief jedoch nicht ganz ohne Probleme, und man kann die Verbindungen zur Außenwelt über den Äther zu keinem Zeitpunkt als vollständig unterbrochen betrachten. Während der Kalte Krieg sich zum Ende der 1940er Jahre verschärfte, begann das Medienumfeld der gesamten Sowjetunion bedeutende Veränderungen zu erfahren.⁵

Im Westen wurde die Sowjetunion nach dem Sieg im Zweiten Weltkrieg auch in den Jahren, die auf Stalins Tod folgten, für ideologisch gefestigt gehalten. Die Konzentration auf die Ausbreitung des Kommunismus nach sowjetischem Vorbild nach einer langen Ära der Isolation schien dies zu bestätigen. Besonders gegen Ende der 1950er Jahre strebte die Sowjetunion danach, ihre Ideologie und ihr System außer in Europa auch in Asien, Afrika und Lateinamerika zu verbreiten.⁶ Die Veränderungen der internationalen Beziehungen zu Beginn des Kalten Krieges und vor allem die unter Führung der Vereinigten Staaten einsetzenden sowjetfeindlichen Aktivitäten hatten jedoch einen bedeutenderen Einfluss auf die Medienlandschaft der Sowjetunion, als allgemein angenommen. Zudem spiegelten sie sich deutlich in der Medienentwicklung der gesamten Sowjetunion wider.

Während die Sowjetunion sich im Laufe der 1950er Jahre stark darauf konzentrierte, ihre Ideologie im Ausland zu verbreiten, musste sie mit dem ständig wachsenden Druck ausländischer Einflüsse kämpfen, bei deren Ausbreitung die Medien eine zentrale Rolle spielten. Es war ausgesprochen

⁴ Siehe z. B. REIN TAAGEPERA: *Estonia. Return to Independence*, Boulder 1993, S. 65f.

⁵ Zur Veränderung des Medienumfelds besonders in Folge der Aktivitäten der USA siehe genauer SIMO MIKKONEN: *Stealing the Monopoly of Knowledge? Soviet Reactions to U.S. Cold War Broadcasting*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 11 (2010) (im Druck).

⁶ VLADISLAV ZUBOK, KONSTANTINE PLESHAKOV: *Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev*, Cambridge 1996, S. 182-186.

schwierig, ausländische Druckerzeugnisse in der Sowjetunion zu verbreiten. Die Behörden überwachten deren Vertrieb genau und beschlagnahmten ständig verdächtiges Material, das den Grenzkontrollen auf die eine oder andere Art entgangen war. Auch die Handlungsfreiheit der Korrespondenten ausländischer Medienhäuser war sehr eingeschränkt. An Stelle der Printmedien spielte daher das Radio die bedeutendste Rolle bei der Verbreitung ausländischer Einflüsse in der Sowjetunion zur Zeit des Kalten Krieges. Später wurde diese Rolle, besonders im Fall Sowjetestlands, vom Fernsehen übernommen. Der große Unterschied beider Medien bestand darin, dass Bücher, Zeitungen und Zeitschriften als materielle Güter leichter zu kontrollieren waren. Sie mussten erst einmal über die Grenze geschafft werden und dann der omnipräsenten Überwachung der Geheimpolizei entgehen. Um ausländische Radioprogramme zu hören, brauchte man dagegen bloß einen Rundfunkempfänger, den man auch für den Empfang einheimischer Radiosendungen benötigte. Zudem steigerte die Sowjetunion im Verlauf der 1950er Jahre die Zahl der produzierten Privatradios beträchtlich, schließlich sollten die staatlichen Programme einen möglichst großen Teil des Volkes erreichen. So verbreitete man allerdings genau solche Geräte, die auch dazu gebraucht werden konnten, ausländische Radiosender zu hören. Vor diesem Hintergrund stellten Letztere für die Geschichte der Sowjetunion einen durchaus beachtenswerten Faktor dar.

In diesem Artikel wird die Veränderung der Medienlandschaft der Sowjetunion in den Anfangsjahrzehnten des Kalten Krieges untersucht, wobei es besonders um die Entwicklung in der Sowjetrepublik Estland geht, die in den 1920er und 1930er Jahren in einem völlig anderen Medienumfeld existiert hatte als der Rest der Sowjetunion. Zudem ist von den drei baltischen Republiken vielleicht gerade Estland in diesem Kontext am interessantesten, weil die Estnische SSR in der gesamten Sowjetunion einen einzigartigen Fall darstellt. Obwohl während des Kalten Krieges der westliche Rundfunk in der Sowjetunion immer umfassender empfangen werden konnte,⁷ gab es in der Sowjetunion kein zweites Gebiet wie Estland, wo der Empfang westlicher Fernsehsender in den 1960er und ganz besonders seit Beginn der 1970er Jahre im gleichen Ausmaß möglich gewesen wäre. Das bereitete den Sowjetbehörden heftige Probleme. Im Folgenden liegt das Hauptaugenmerk auf der Zeit vor der Ära des Fernsehens, die besonders deshalb bedeutend ist, weil damals die Grundlage für die spätere Ausbreitung des westlichen Fernsehens in Estland geschaffen, aber auch die Einstellung der Sowjetbehörden gegenüber den ausländischen sowie im Hinblick auf die Möglichkeiten der eigenen Medien definiert wurde.

Der Einfluss des westlichen Rundfunks und Fernsehens auf die medienpolitische Entwicklung der Sowjetunion wurde, abgesehen von einigen

⁷ Hierzu vgl. MIKKONEN, *Stealing the Monopoly* (wie Anm. 5).

vereinzelt veröffentlichten, bisher kaum untersucht.⁸ Über die Tätigkeit der westlichen Rundfunkanstalten gibt es einige Bücher, die sich aber gewöhnlich entweder auf die Tätigkeit einer bestimmten Rundfunkanstalt konzentrieren oder aber allgemein die Organisation der Rundfunk­tätigkeit aus der Sicht der Vereinigten Staaten in den Blick nehmen.⁹ Dabei handelt es sich allerdings weitgehend um die Erinnerungen von US-Bürgern, die hieran beteiligt waren, und nicht um Untersuchungen, die auf lokalem Archivmaterial basieren. Angesichts dieser Forschungslage ist es nicht überraschend, dass kaum internationale Untersuchungen über die Situation der baltischen Länder veröffentlicht wurden.¹⁰

Estland soll aus dem Blickwinkel Moskaus betrachtet und bestimmte Veränderungen als Teil der gesamtso­wjetischen Entwicklung erklärt werden. Gerade in diesem Kontext waren die späten 1950er Jahre einschneidend. Zu Beginn dieser Dekade hatte sich die Besatzungsmacht etabliert, aber gleichzeitig war die westliche Rundfunk­­tätigkeit derartig aktiviert worden, dass der KGB und die Kommunistische Partei zu rigorosen Mitteln bei der Bekämpfung sowohl wirklicher als auch eingebildeter Bedrohungen griffen. Im Fokus stehen vor allem die in Moskau kreierten Drohbilder für die Sicherheit der Sowjetunion und deren Erscheinungsformen in Estland sowie weitere hierdurch provozierte Maßnahmen der Partei. Zeitlich konzentriert sich dieser Artikel auf die 1950er und 1960er Jahre, als der Rundfunk von allen Massenmedien die größte Bedeutung besaß und vor allem auch als Einflusskanal des Westens genutzt wurde. Als Grundlage dienen sowohl Moskauer als auch Tallinner Archivmaterialien, aber auch Dokumente aus westlichen Archiven, soweit sie sich mit der Rundfunk­­tätigkeit in den baltischen Ländern befassen. Von den Quellen aus westlichen Ländern ist besonders das Archiv der Hoover Institution an der

⁸ Als Ausnahme sollte v. a. erwähnt werden: R. EUGENE PARTA: *Discovering the Hidden Listener. An Assessment of Radio Liberty and Western Broadcasting to the USSR during the Cold War*, Stanford 2007, sowie MICHAEL NELSON: *War of the Black Heavens: The Battles of Western Broadcasting in the Cold War*, Syracuse 1997, wenn auch das letztgenannte Werk die Ereignisse in erster Linie aus dem Blickwinkel der westlichen Länder betrachtet. Zudem sei verwiesen auf das wichtige ältere Werk: MAURY LISANN: *Broadcasting to the Soviet Union. International Politics and Radio*, New York 1975.

⁹ SIG MICKELSON: *America's Other Voice. The Story of Radio Free Europe and Radio Liberty*, New York 1983; JAMES CRITCHLOW: *Radio Hole-in-the-Head. An Insider's Story of Cold War Broadcasting*, Washington 1995; GENE SOSIN: *Sparks of Liberty: An Insider's Memoir of Radio Liberty*, University Park 1999; ARCH PUD-DINGTON: *Broadcasting Freedom. The Cold War Triumph of Radio Free Europe and Radio Liberty*, Lexington 2000.

¹⁰ Eine wichtige Ausnahme bildet das Buch MATI GRAF, HEIKKI ROIKO-JOKELA: *Vaarallinen Suomi. Suomi Eestin kommunistisen puolueen ja Neuvosto-Viron KGB:n silmin* [Gefährliches Finnland. Finnland in den Augen der kommunistischen Partei Estlands und des sowjetestnischen KGB], Jyväskylä 2004. Das Hauptproblem des Werkes mag die Sprache sein, weil es nur auf Finnisch erschienen ist. Vereinzelt verwendet das Buch, wenn man so will, auch „Archivmaterial“ – so wird z. B. des Öfteren auf Notizen eines der Autoren verwiesen.

Stanford University wichtig, weil dort die Archive von *Radio Free Europe* und *Radio Liberty* (RFE/RL) aufbewahrt werden, deren Materialien auch über die Verwaltung der Stationen und deren Zielgebiete, also die Sowjetunion und das östliche Mitteleuropa, informieren.

Problematische Rundfunkumgebung

Die territorialen Erweiterungen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und die folgenden Abkommen bereiteten der Sowjetunion auch Probleme. Millionen von neuen Staatsbürgern, die keine Erfahrungen mit der Sowjetunion oder ihrem System aufwiesen, wurden nun Teil der großen „Familie“ der Sowjetbürger. Ein eigenes Kapitel bilden die osteuropäischen Satellitenstaaten, die in ständiger Wechselwirkung mit der Sowjetunion standen. Kulturelle Kollisionen waren unausweichlich und hatten Einfluss auf die Entwicklung der gesamten Sowjetunion.¹¹ Obwohl die allmähliche Integration der neuen Bürger in die sowjetische „Familie“ dem Land ihren eigenen Stempel sowohl im kulturellen als auch politischen Sinne aufdrückte, stellen die von den ausländischen Medien bewirkten Veränderungen ein eigenes Kapitel dar. Besonders die NATO-Staaten richteten zahlreiche Radiosender auf die Sowjetunion, von denen ein Teil rund um die Uhr Programme in den unterschiedlichen Sprachen der Union sendete. Hinter dieser Tätigkeit stand das Bestreben, die Sowjetunion zu destabilisieren, ja sogar die Diktatur der kommunistischen Partei durch direkten Einfluss auf die Bürger des Landes zu stürzen.¹²

Im Hintergrund der US-Aktivitäten standen der Schock, den der einsetzende Kalte Krieg mit sich gebracht hatte, und das Bestreben, den gewaltig wirkenden Vorsprung der Sowjetunion auf dem Feld der Spionage und in Bezug auf revolutionäre Untergrundaktionen aufzuholen. Die Operation „Rollback“ sowie die ihr vorausgegangenen Aktivitäten in den 1940er Jahren zeigten, dass das klassische Spionagewesen, d. h. das Eindringen auf das Gebiet der Sowjetunion und das Einschleusen von Agenten in das Sowjetsystem, nahezu unmöglich und die Gegenspionage der Sowjetunion fast ausnahmslos einige Schritte voraus war. Estland war eines der Gebiete, in denen die Tätigkeit der USA und der anderen Westalliierten als „zahnlos“ empfunden wurde, ja man meinte sogar, dass Estland und die anderen baltischen Republiken ganz aufgegeben worden seien, weil die physischen Bemühungen dort so unbedeutend wirkten. Die Oppositionsbewegungen

¹¹ Siehe z. B. AMIR WEINER: *The Empire Pays a Visit. Gulag Returnees, East European Rebellions, and Soviet Frontier Politics*, in: *The Journal of Modern History* 78 (2006), S. 333-376; DERS.: *Déjà Vu All Over Again: Prague Spring, Romanian Summer and Soviet Autumn on the Soviet Western Frontier*, in: *Contemporary European History* 15 (2006), S. 159-194.

¹² Siehe z. B. PUDDINGTON, *Broadcasting Freedom* (wie Anm. 9); NELSON, *War of the Black Heavens* (wie Anm. 8); SOSIN, *Sparks of Liberty* (wie Anm. 9).

dieser Länder, die „Waldbrüder“, wurden schließlich vernichtet, ohne dass sie funktionierende Verbindungen zu westlichen Akteuren hätten knüpfen können. Tatsächlich gelang es der Gegenspionage der Sowjetunion Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre, die Versuche der USA und Großbritanniens zu unterbinden, Agenten in diese Länder zu schleusen. Die Versuche, mit den „Waldbrüdern“ und anderen Oppositionsbewegungen in Kontakt zu treten, wurden oft bereits verhindert, bevor die Agenten überhaupt das Gebiet der Sowjetunion betraten. Der britische Geheimdienst schickte eigens ausgebildete baltische Flüchtlinge aus, die in ihr Heimatland zurückkehren sollten, um Kontakte zu Oppositionsbewegungen aufzubauen. Die Versuche schlugen jedoch jämmerlich fehl.¹³

Als Folge dieser gescheiterten Versuche entwickelten die Vereinigten Staaten neuartige Einflussmethoden, bei denen die Sowjetunion weitaus größere Schwierigkeiten hatte, direkte Gegenmaßnahmen einzuleiten. Viele dieser Aktionen waren kaum sichtbar und brachten, obgleich die USA zwischenzeitlich sogar recht aggressiv voringen, erst nach Jahren, wenn nicht gar Jahrzehnten Ergebnisse. Dies trug dazu bei, dass ein Teil dieser Tätigkeiten in der Literatur so wenig Aufmerksamkeit erfahren hat.

Die Vereinigten Staaten waren spätestens seit den 1950er Jahren bestrebt, aktiv die weitere Integration der baltischen Länder in die Sowjetunion zu verhindern, indem z. B. die nationalen Besonderheiten unterstützt und der Unabhängigkeitsgedanke in diesen Ländern wach gehalten wurde. Sowjetische Doppelagenten in den Geheimdiensten der USA und Großbritanniens, die erst viel später enttarnt wurden,¹⁴ machten diese Anstrengungen zunichte. Als Alternative blieb der Einsatz neuartiger Einflussmöglichkeiten. Gerade unter diesem Aspekt sollte man die Nachkriegsjahrzehnte in den baltischen Ländern nicht nur im Hinblick auf die Stabilisierung der kommunistischen Regierung betrachten, sondern in diesen Jahren auch den Keim ihrer Loslösung in den späten 1980er Jahren erkennen. Die USA und ihre Verbündeten versuchten Einfluss darauf zu nehmen, die ethnischen Nationen der baltischen Republiken an die Zeit der Unabhängigkeit zu erinnern. Die amerikanischen Aktivitäten richteten sich jedoch in erster Linie gegen die Sowjetunion und galten erst in zweiter Linie der Unterstützung des baltischen Unabhängigkeitsstrebens. Dies zeigte sich auch im Bereich der Rundfunkstätigkeit.

Die Medienlandschaft der gesamten Sowjetunion veränderte sich mit dem Zweiten Weltkrieg noch nicht wesentlich, lässt man die eroberten westlichen Gebiete oder die im Krieg von Deutschland besetzten Regionen,

¹³ PETER GROSE: *Operation Rollback. America's Secret War Behind the Iron Curtain*, Boston 2000, S. 34-36; vgl. MART LAAR: *War in the Woods: Estonia's Struggle for Survival, 1944-1956*, Washington 1992, und INDREK JÜRJO: *Operations of Western Intelligence Services and Estonian Refugees in Post-War Estonia and the Tactics of the KGB Counterintelligence*, in: *The Anti-Soviet Resistance in the Baltic States*, hrsg. von ARVYDAS ANUŠAUSKAS, Vilnius 2002, S. 242-271.

¹⁴ GROSE, *Operaton Rollback* (wie Anm. 13), S. 36.

zu denen auch Estland gehörte, außer Acht. In den alten Sowjetgebieten galt weiterhin die strenge Zensur, und der Staat verfügte über eine Monopolstellung im Bereich der Informationsvermittlung. In Kriegszeiten hatte man die Propaganda in bedeutendem Umfang zur Unterstützung des Kriegseinsatzes genutzt, aber nach 1945 ging die Sowjetführung nicht davon aus, dass jemand in Friedenszeiten ernsthaft versuchen würde, ihr Monopol der Informationsvermittlung in Frage zu stellen. Zu Beginn des Kalten Krieges wurde die Bedrohung der Sicherheit vor allem auf dem Sektor des traditionellen Spionagewesens gesehen, in den physischen Handlungen ausländischer Agenten und deren Einschleusung. Auf diesem Sektor ging von den USA und ihren Verbündeten jedoch keine wirkliche Bedrohung aus. Stattdessen zeigten die Jahrzehnte des Kalten Krieges, dass neuartige Bedrohungen von Akteuren ausgingen, die, wie die Medien, schwer greifbar waren. Auf den Aufstieg des ausländischen Rundfunks zu einer bedeutenden Front im Kalten Krieg wirkte jedoch auch die Entwicklung in der Sowjetunion selbst ein.

Die Veränderungen in der sowjetischen Medienlandschaft hatten weniger mit dem Beginn des Kalten Krieges zu tun, sondern vor allem mit der explosionsartigen Zunahme von Privatradios, die ja wiederum zu den Bestrebungen der Sowjetbehörden gehörte, jeden Haushalt propagandistisch zu erreichen. Vor dem Krieg gab es in der Sowjetunion weniger als eine Million private Rundfunkempfänger – bis 1960 waren daraus 27 Millionen geworden, wozu noch die 31 Millionen öffentlichen, an Straßenecken und in Dörfern installierten Rundfunkempfänger gezählt werden müssen.¹⁵ Auch nach 1960 wuchs diese Zahl laufend. Der größte Unterschied der privaten Radios im Vergleich zu den öffentlichen war, dass der Hörer den Sender selbst wählen konnte. Zugleich investierte die Regierung in Kurzwellensendungen, um auch die Hörer in den entlegensten Winkeln des Landes zu erreichen. Die Entwicklung der Kurzwellentechnik schuf jedoch auch die Grundlage für den Empfang von ausländischen Sendungen.

Die sowjetischen Archive zeigen, dass 1960 dem ZK der KPdSU die Situation allmählich klar zu werden begann: Die sowjetische Radiolandschaft war geprägt von ausländischen Programmen. Nun wurde der KGB um eine Gesamteinschätzung der Lage gebeten. Sein Bericht war für das Zentralkomitee erschreckend. Vor allem die Zahl der Radios, mit denen es möglich war, westliche Sendungen zu empfangen, war angeschwollen: 1960 waren 75% der privaten Radios in der Lage, Kurzwellensendungen zu empfangen.¹⁶ Zur gleichen Zeit war es in den USA nur mit 1% der Radios möglich, sowjetische Radiosendungen zu empfangen. Die Sowjetunion

¹⁵ MARK HOPKINS: *Mass Media in the Soviet Union*, New York 1970, S. 248. Hopkins zitiert die zu der Zeit im Westen verfügbaren Sowjetquellen.

¹⁶ Л. ИЛИЧЕВ, Г. КАЗАКОВ: О мерах активного противодействия враждебной радиопропаганде, направленной для населения СССР [Über die Maßnahmen zur aktiven Bekämpfung der feindlichen, an die Bevölkerung der UdSSR gerichteten Radiopropaganda], 15.7.1960, in: Russländisches Staatsarchiv der neuesten Ge-

hatte mit der Entwicklung der Kurzwellentechnik selbst eine Situation geschaffen, die ausländische Radiostationen bei Bedarf leicht für sich nutzen konnten. Zudem befanden sich 85% der Geräte nicht etwa, wie beabsichtigt, in den dünn besiedelten Gebieten Sibiriens, sondern im europäischen Teil der Sowjetunion, wo die eigenen Sendungen normalerweise auf Lang- oder Mittelwelle und keineswegs als Kurzwellensendungen gesendet wurden.¹⁷ Somit gab es also eine sehr große Gruppe von Sowjetbürgern, die potentiell in der Lage waren, ausländische Radiosendungen zu verfolgen.

Eine andere besorgniserregende Tatsache für den Kreml war die große Zahl der auf die Sowjetunion ausgerichteten ausländischen Programme. Der KGB, der alle Radiosendungen überwachte und speicherte, berichtete, dass täglich 50–60 Sender zu empfangen waren.¹⁸ Ein Teil von ihnen sendete auf Englisch, Spanisch oder Chinesisch und stellte somit keine ernsthafte Bedrohung für die Sowjetunion dar. Allerdings wurden auch zahlreiche Sendungen in den Sprachen der Union produziert, die unter anderem aus den USA, Israel, der BRD, Frankreich, England, dem Vatikan, Kanada und Taiwan gesendet wurden. Bis zum Ende der 1950er Jahre hatte sich der KGB bemüht, alle ausländischen Sendungen zu verhindern, aber wurde dem ZK vorgeschlagen, nur solche Sendungen zu stören, die die offiziellen Sprachen der Union verwendeten.¹⁹ So wurde übrigens unter anderem von der Störung finnischer Sendungen abgesehen, was aus estnischer Sicht große Bedeutung für die Zukunft hatte. Das Ziel war, die Kapazitäten, die im Bereich der weniger gesprochenen Sprachen frei wurden, für die effektivere Störung der Sendungen in Unionssprachen zu nutzen.

Die Situation war auf jeden Fall so besorgniserregend, dass die Behörden unverzüglich Gegenmaßnahmen einleiteten. In Estland versuchten die Parteifunktionäre, die Anzahl der in den Verkauf gelangenden Radios zu begrenzen, was aber den Bestrebungen der Zentrale widersprach, überall in der Union Empfänger zu verbreiten, weshalb diese Maßnahme nicht akzeptiert wurde.²⁰ Stattdessen begann man im gesamten Sowjetgebiet

schichte (*Российский государственный архив новейшей истории*, Moskau, künftig: РГАНИ), Bestand 89, Findbuch 46, Akte 14, Bl. 2.

¹⁷ Ebenda, Bl. 162. Die Behörden streben danach, die hohen Frequenzen aus den Radios zu entfernen, die für die sowjetischen Sendungen keine Bedeutung hatten. Siehe auch NELSON, *War of the Black Heavens* (wie Anm. 8), S. 92.

¹⁸ Л. ИЛИЧЕВ, Г. КАЗАКОВ: О заглушении иностранных радиостанции [Über das Stören ausländischer Radiosendungen], 6.8.1958, in: РГАНИ, 5-33-75, Bl. 164.

¹⁹ П. КУЗНЕЦОВ: Справка об эффективности забивки антисоветских радиопередачах по состоянию на 10 июля 1958 года [Bericht über die Effektivität des Störens antisowjetischer Radiosendungen mit Stand 10. Juli 1958], 18.7.1958, in: РГАНИ, 5-33-75, Bl. 146-148.

²⁰ Постановление КП Эстонии „О дополнительных мерах по органичению слышимости на территории республики вражеских радиопередачах“ [Resolution des ZK der KPE „Über zusätzliche Maßnahmen zur Begrenzung des Empfangs feindlicher Radioprogramme auf dem Territorium der Republik“], 7.1.1953, in: Estni-

damit, die Einsatzbereitschaft der Radios so zu begrenzen, dass Sendungen auf Frequenzen, die von ausländischen Sendern verwendet wurden, nicht empfangen werden konnten. Das geschah durch die Entfernung bestimmter Bauteile der für den heimatischen Markt bestimmten Geräte. In den Firmen, welche vollständig ausgestattete Radios für den Export herstellten, verschwanden die entsprechenden Teile jedoch in großem Umfang. Laut den Berichten an das ZK konnte man diese Teile in den Geschäften der Sowjetunion leicht unter dem Ladentisch kaufen.²¹ Sogar in Moskaus größtem Warenhaus, dem in unmittelbarer Nähe zum Kreml liegenden GUM, waren die Teile leicht zu erwerben.²² Aber selbst wenn sie nicht aufzutreiben waren, gab es genug Fachleute, die zur Hilfeleistung bereit waren. So erfuhr das ZK, dass Radiotechniker und besonders Kriegsinvaliden, die eine Schulung in Rundfunktechnik bekommen hatten, jedes Radio gegen eine geringe Entschädigung so „reparierten“, dass es in der Lage war, Kurzwellensendungen zu empfangen.²³ Infolgedessen gab es eine große Nachfrage nach solchen Radios, die westliche Sendungen empfangen konnten.

In Estland war die Versorgung der Bevölkerung mit Radios bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs viel besser gewesen als in der Sowjetunion. Nach der Annexion verringerte sich die Zahl der Radios zwar bedeutend, doch überschritt sie zu Beginn der 1950er Jahre die Anzahl der vor 1939 vorhandenen Geräte. Ob der Rückgang der Zahlen mit Konfiszierungen von Radios zu tun hatte, oder ob diese den Behörden gerade aus Angst vor Beschlagnahmungen nicht gemeldet wurden, weshalb in den Statistiken noch Ende der 1940er Jahre wesentlich weniger Radios registriert wurden, als es tatsächlich gab, bleibt unklar.²⁴ In den 1950er Jahren war in Estland das gleiche Phänomen zu beobachten wie auch anderswo in der Sowjetunion: Es wurde eine riesige Menge von Radioempfängern mit dem Ziel produziert, die Reichweite des staatlichen Radios zu verbessern. Das wiederum machte ausländische Radiosendungen zu einem Problem im ganzen Land und nicht nur an der Peripherie, wo die Situation allerdings noch akuter war als im Zentrum.

ches Staatsarchiv (*Eesti Riigiarhiiv*, künftig: ERA), Bestand 1, Findbuch 5, Akte 52, Bl. 2, 7.

²¹ Archiv des Hoover Instituts (künftig: HIA), RFE/RL, Box 564.8; Target Area Listener Report (TALR) #98-66, 22.8.1966.

²² Иличев und КАЗАКОВ, О мерах активного противодействия (wie Anm. 16).

²³ Ebenda.

²⁴ Справка о радиовещании в Эстонской ССР [Bericht über die Radiosendungen in der Sowjetrepublik Estland], o.D., in: Staatsarchiv der Russischen Föderation (*Государственный архив Российской Федерации*, Moskau, künftig: ГАРФ) Bestand R-6903, Findbuch 4, Akte 64, Bl. 2. Zu statistischen Informationen über die Jahre 1941 und 1948 siehe einen Bericht des Rundfunkkomitees, o.D., in: Filiale des Estnischen Staatsarchivs (*Eesti Riigiarhiivi Filiaal*, Tallinn) Bestand 1, Findbuch 47, Akte 35, Bl. 113. Ich schulde Amir Weiner Dank dafür, dass er mir dieses Dokument gezeigt hat.

Gegenmaßnahmen in der Sowjetunion und im Fall Estlands

Bei den Maßnahmen gegen ausländische Sendungen favorisierten die Sowjetbehörden die technische Störung, also das Senden lauter Störsignale auf den Frequenzen der ausländischen Sendungen. Diese Praxis gilt allgemein als äußerst wirksame Methode, das Hören ausländischer Sendungen zu verhindern. In der Literatur ist sie oft als schier unerschöpflicher Trick dargestellt worden, als ob der KGB mithilfe des totalitären Systems in der Lage gewesen wäre, unbegrenzt Störstationen einzurichten. In Wirklichkeit war die Situation Ende der 1950er Jahre aus Sicht des KGB äußerst besorgniserregend.²⁵ Bereits 1958 musste Moskau laut interner Berichte mehr Ressourcen für die Störmaßnahmen aufbringen als für die staatlichen Sendungen ins In- und Ausland insgesamt.²⁶ Das sowjetische Rundfunkkomitee, das mit Beschwerden über die schlechte Sendequalität überhäuft wurde, beklagte sich demgegenüber laufend über den Mangel an Ressourcen. Zeitweise war von drei unterschiedlichen Kanälen nur einer zu hören. Laut Messungen des KGB gab es in Sibirien im Jahr 1960 sogar große Städte, in denen die eigenen Radiosendungen kaum zu hören waren, während ausländische Sender leicht verfolgt werden konnten.²⁷ Die Probleme entstanden gerade dadurch, dass die Störstationen die für das Radioprogramm reservierten Kapazitäten beanspruchten, und manchmal auch die eigenen Sendungen ungünstig beeinflussten. So musste von der früheren Politik abgesehen werden – die Störungsaktivitäten wurden sowohl quantitativ als auch qualitativ begrenzt. Die Anzahl der zu störenden Kanäle wurde deutlich eingeschränkt, und selbst innerhalb der einzelnen Programme ging man dazu über, die Störungen zu begrenzen. So blieben Musiksendungen z. B. häufig unbehelligt; die Störungen begannen erst bei Nachrichten oder dann, wenn im Programm das gesprochene Wort im Mittelpunkt stand.²⁸

Auch in Estland war sich die Situation besorgniserregend. Im Laufe der 1950er Jahre wurde daher versucht, die Störungen auf die ganze Sowjetrepublik auszudehnen. Die sowjetestnischen Behörden sahen sich beispielsweise 1953 gezwungen, auf die Radioanlagen von Zivilflugzeugen, Dampfschiffen und Fischerbooten zurückzugreifen und diese dazu zu nutzen,

²⁵ Иличев и Казаков, О заглушении иностранных радиостанции (wie Anm. 18), Bl. 164.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Иличев и Казаков, О мерах активного противодействия (wie Anm. 16), Bl. 2f.; siehe auch MIKKONEN, *Stealing the Monopoly* (wie Anm. 5).

²⁸ Aus vielen von *Radio Liberty* geführten Interviews geht hervor, dass die Menschen ausländische Radiosender in der Sowjetunion besonders wegen der Musik hörten, und dass die Störungen häufig mit dem Beginn der Musiksendungen endeten. Das war zumindest die Situation zu Beginn der 1960er Jahre, siehe z. B. HIA, RFE/RL, 564.3. TALR #101-62, 25.10.1962; 564.4. TALR #78-63, 29.11.1963; 564.9. TALR #13-67, 17.2.1967.

Störsignale zu senden, um aufgetretene Lücken abzudecken. Sogar Schiffe der baltischen Roten Flotte wurden eingesetzt, um die Störungen effektiver werden zu lassen, was wiederum die Einsatzbereitschaft der Schiffe nicht gerade erhöhte.²⁹ Zwar versuchten die lokalen Beamten Moskau zu versichern, dass sich die Situation am Ende der 1950er Jahre verbessert habe.³⁰ Dem widersprechen aber Berichte an das Moskauer ZK Mitte der 1960er Jahre, die zeigen, dass der ausländische, besonders der finnische Rundfunk sich einer großen Beliebtheit erfreute und zeitweise weitaus mehr als die landeseigenen Radiostationen gehört wurde.³¹

Die Konzentration der Ressourcen auf den Störvorgang bereitete zudem den sowjetischen Rundfunksendungen größere Probleme, die Ende der 1950er Jahre auch in Sowjetestland spürbar waren. Dank einer Reihe von Messungen erfuhr das ZK, dass es baltische Küstenregionen gab, in denen die eigenen Programme nur mit Mühe zu empfangen waren. Beispielsweise konnte man auf estnischem Gebiet nur einen der drei sowjetischen Sender überall hören.³² Zugleich waren jedoch ausländische Kanäle regional in ausgezeichneter Qualität zu verfolgen. Obwohl die westlichen Sender sich dieser Situation nicht in vollem Ausmaß bewusst waren, wurde ihnen rasch klar, dass ihre Radiosendungen durchaus gehört wurden und die Sowjetbehörden den Empfang der Sendungen nicht flächendeckend verhindern konnten. Die zentralen westlichen Sender lernten schnell, diese Situation in ihrem Sinne zu nutzen.

Bis Ende der 1950er Jahre war das Hauptaugenmerk im sowjetischen Rundfunkwesen auf ausländische Sendungen gerichtet. Anstatt die eigene Hörbarkeit wirksam zu verbessern und so womöglich die rasche Ausbreitung der westlichen Sendungen zu verhindern, wurde auf Sendungen gesetzt, die sich an ein ausländisches Publikum richteten. So hatte auch die Estnische Kommunistische Partei (EKP) die Aufgabe erhalten, an Auslandsesten gerichtete Propaganda zu produzieren, um deren Bedrohung für die Sowjetunion zu verringern. Solche Aktivitäten richteten sich auch an die im Ausland lebenden Russen (wie allgemein an alle Sowjetvölker).

²⁹ Постановление КП Эстонии (wie Anm. 20), Bl. 2f.

³⁰ Л. ЛЕНТСМАН [Leonid Lentsman]: О выполнении постановления ЦК КПСС „О мерах активного противодействия враждебной радиопропаганде“ [Über die Erfüllung der Resolution des ZK der KPdSU „Über die Maßnahmen zur aktiven Bekämpfung der feindlichen, an die Bevölkerung der UdSSR gerichteten Radiopropaganda“], nicht vor 19.7.1960, in: РГАНИ, 89-46-14, Bl. 23f.

³¹ Brief des ZK der KPE an das ZK der KPdSU, 1966, in: РГАНИ, 5-58-25, Bl. 99-103. Zit. auch bei KRISTIN ROTH-EY: Mass Media and the Remaking of Soviet Culture, 1950s–60s, Ph.D. diss., Princeton University 2003, S. 260. 1966 gaben die estnischen Behörden zu, dass zu bestimmten Tageszeiten sogar 70% der Esten anstatt der Sowjetkanäle finnische und Rundfunkstationen anderer Länder hörten.

³² Справка о работе Госкомитета по радиовещанию и телевидению после постановления ЦК КПСС от 29 января 1960 г. [Bericht über die Arbeit des Staatlichen Radio- und Fernsehkomitees nach der Resolution des ZK der KPdSU], 29.1.1960, in: ГАРФ, 6903-1- 675, Bl. 61.

So berichtete auch der 1. Sekretär der EKP, Johannes Käbin, ein halbes Jahr nach der Verordnung, die Gegenpropaganda schreite voran. Man habe z. B. estnischsprachige Auflagen der Zeitschrift „Rückkehr ins Vaterland“ mit einer Auflage von 5 000 Stück in 24 Ländern – vor allem in Schweden, den USA, Kanada und der BRD – verteilt. Käbin zufolge trug die Zeitschrift dazu bei, ein wahrheitsgemäßes Bild der Sowjetunion zu verbreiten und die Vorurteile der konterrevolutionären Kreise zu verringern.³³ Ein halbes Jahr später bat Käbin um weitere Kapazitäten für die estnischsprachigen Auslandssendungen, um die in den USA und Kanada lebenden Esten besser zu erreichen.³⁴ Die Emigranten und Flüchtlinge wurden als erhebliche Bedrohung gesehen, und die USA versuchten auch aktiv, diese Gruppen für ihre sowjetfeindliche Propaganda zu nutzen, indem ihnen u. a. bei *Radio Liberty* (RL) und *Radio Free Europe* (RFE) Anstellungen angeboten wurden. Die Sowjetunion wollte mit ihren Gegenmaßnahmen die Bedrohung durch diese Gruppen verringern, aber gleichzeitig litt ihr eigenes Rundfunkwesen extrem unter fehlenden Kapazitäten.

Überraschenderweise sendeten weder RFE noch RL vor dem Jahr 1975, als die Sender fusionierten und ihren Dienst im Baltikum begannen, ein estnischsprachiges Programm. Nach der ursprünglichen Aufgabenverteilung übernahm RL seit 1953 Programme auf dem Gebiet der Sowjetunion, während RFE seit 1951 vor allem in den Ländern Osteuropas, von Polen bis Rumänien, agierte. Zwar umfasste das Programm von RL Sendungen auf über 15 Sprachen, doch zählten Estnisch, Lettisch und Litauisch nicht dazu. Hierin dürfte sich die widersprüchliche Einstellung der USA zu diesen drei Republiken widerspiegeln, aber auch der Argwohn der baltischen Emigrantengruppen. Die USA erkannten die Annexion der Länder durch die Sowjetunion zwar nicht an, konnten andererseits aber nur wenig tun, um ihnen zu helfen. RFE wiederum plante ursprünglich, Sendungen auf Estnisch, Lettisch und Litauisch in sein Programm aufzunehmen, doch sah man trotz zweier Jahre der Planung bei Beginn der Sendetätigkeit 1951 davon ab.³⁵ Die Vertreter der baltischen Emigrantengruppen in den USA lehnten aber das Angebot von RL ab, sich um Sendungen für das Baltikum zu kümmern. Ihrer Auffassung nach hätte dies als ein Eingeständnis der Angliederung der Republiken an die Sowjetunion verstanden werden können. In dieser Situation kümmerte sich einzig die offizielle Stimme der USA, das weltweit sendende *Voice of America* um Sendungen nach Estland. Allerdings war dies ein ganz anderer Sender als RL oder RFE, welche ja die USA nicht offiziell repräsentierten. Für dessen Programme trugen die amerikanischen Behörden die volle Verantwortung. Der Sender wurde von vielen Faktoren eingeschränkt, die RL und RFE nicht belasteten. Die

³³ Brief des 1. Sekretärs der KPE, Käbin, an das ZK der KPdSU über die weitere Verstärkung der Gegenpropaganda, Oktober 1958, in: ПГАИИ, 5-33-74, Bl. 92-95.

³⁴ Ebenda, Bl. 96f.

³⁵ PUDDINGTON, *Broadcasting Freedom* (wie Anm. 9), S. 295-299.

Programme wurden zudem nicht so deutlich auf bestimmte Zielgebiete ausgerichtet. Trotzdem war es von Beginn der 1950er bis etwa zur Mitte der 1970er Jahre allein *Voice of America*, das estnischsprachige Sendungen für Sowjetestland im Programm hatte.³⁶

Für die Russischkundigen war die Auswahl deutlich größer: RL, BBC, Deutsche Welle, Radio Canada, der Vatikan, Madrid etc. Zahlreiche Radiokanäle sendeten Programme auf Russisch, deren Empfangsqualität auf estnischem Gebiet anfangs besser war als zum Beispiel in Moskau, wo der Empfang stellenweise stark gestört wurde. Die Signalstärke der russischsprachigen Sendungen hatte wiederum mit einer Strategie des ZK zu tun, die erhebliche Auswirkungen hatte. Gestört wurde am stärksten im Bereich der lokalen Mehrheitssprache, d. h. auf estnischem Gebiet wurden estnischsprachige, auf ukrainischem ukrainischsprachige Sendungen gestört. Dagegen konnten ukrainische Sendungen in St. Petersburg und Moskau,³⁷ russischsprachige in Armenien, Georgien und Mittel-Asien³⁸ usw. oft störungsfrei empfangen werden. Im Allgemeinen wurde der Empfang zudem vor allem in den Stadtzentren gestört, doch waren nach Messungen des KGB *Voice of America* und RL bereits etwa zehn Kilometer von Moskaus Zentrum entfernt gut hörbar.³⁹ Man brauchte also nur aus der Stadt zu fahren, wenn man ausländische Sendungen buchstäblich ungestört hören wollte. Besonders gut war die Lage für Russen oder Ukrainer, die dort wohnten, wo eine andere Sprache Mehrheitssprache war, also z. B. in Estland.

Die Bedeutung des Rundfunks für die sowjetischen Hörer

Die westlichen Akteure reagierten schnell auf die sich ändernden Verhältnisse. Aus Mangel an anderen Möglichkeiten versuchten die USA, Methoden zu entwickeln, an Informationen über die Hörgewohnheiten der Sowjethörer zu gelangen und die Sendequalität ihrer Programme weiter zu entwickeln. Eine der kreativen Methoden waren Interviews mit sowjetischen Reisenden – eine Option, die sich ergab, nachdem die Grenzen Mitte der 1950er Jahre für Reisen von Fachleuten und Kulturvertretern geöffnet worden waren. In Zusammenarbeit mit RL und RFE wurde ein Interviewernetzwerk geschaffen, das mit Hilfe inoffizieller Interviews jährlich Hunderte von Berichten erstellte, die sich mit den Hörgewohnheiten und -umständen der Sowjetelite in den verschiedenen Regionen der

³⁶ NELSON, War of the Black Heavens (wie Anm. 8), S. 58f.

³⁷ HIA, RFE/RL, 564.4. TALR #69-63, 9.10.1963.

³⁸ HIA, RFE/RL, 564.8. TALR #29-66, 3.5.1966; 564.7. TALR #95a-65, 22.10.1965; 564.1. TALR #83-61, 16.8.1961; 564.3. TALR #108-62, 31.10.1962.

³⁹ КУЗНЕЦОВ, Справка об эффективности (wie Anm. 19).

Sowjetunion befassten.⁴⁰ Zum Beispiel existieren aus der Mitte der 1960er Jahre zahlreiche Interviews mit estnischen Geschäftsreisenden, die den Verdacht bestätigen, dass in Tallinn regelmäßig finnisches TV geschaut wurde und dass so gut wie auf jedem Hausdach Antennen standen, die nach Helsinki ausgerichtet waren.⁴¹ In einem anderen Interview gab ein 30-jähriger Ingenieur aus Tallinn zu, persönlich Fernsehsendungen aus Helsinki zu sehen.⁴² Zwei estnische Lehrer in den Zwanzigern bestätigten, dass der Empfang von TV-Signalen einfach sei und sie regelmäßig finnisches Fernsehen sehen würden.⁴³ Manchmal konnten die Amerikaner mit Hilfe einzelner Andeutungen sowohl in Bezug auf den Einfluss ihrer Rundfunksender in der Sowjetunion als auch in Hinblick auf die Hörgewohnheiten ihres potentiellen Publikums Lücken im Gesamtbild schließen. Ihre Sendungen waren häufig viel besser auf ihr Publikum ausgerichtet als der sowjetische Rundfunk.

Musik ist ein gutes Beispiel für die Inhalte, welche in den Programmen präsentiert werden sollten. Musiksendungen erwiesen sich als besonders beliebt: zunächst wegen des amerikanischen Jazz, später wegen der Rockmusik.⁴⁴ Sie wurden fleißig mitgeschnitten, und die Aufnahmen konnte man dann auf den Märkten in der gesamten Sowjetunion kaufen, wo sie besonders auf Studentenpartys regelmäßig kursierten.⁴⁵ Natürlich investierten ausländische Radiosender nicht Millionen von Dollar in ihre Sendungen, nur um den Sowjethörern die Beatles vorzustellen, sondern es war erklärtes Ziel, bleibende Veränderungen in der Sowjetunion zu erreichen. Zumindest zum Teil lag der Grund hierfür im Glauben daran, dass es mit Hilfe der Kultur möglich sei, die Werte des Zielpublikums zu verändern und gleichzeitig den Glauben der Sowjetbürger an ihr eigenes System langsam zu erschüttern. Grundsätzlich wurde aber Musik schon allein deswegen genutzt, weil Beobachtungen zufolge Musiksendungen von den Störungen ausgenommen waren. Mit Hilfe der Musik konnten die Radiosender ihre Hörerschaft vergrößern und diese möglicherweise auch für andere Programme interessieren.

Zusätzlich zur Musik nutzten die Radiosender auch wirkungsvoll den Wissensdurst der Sowjetbürger sowie deren misstrauische Haltung den eigenen Medien gegenüber. Dank seriöser und vor allem schneller

⁴⁰ Genaueres über die umfassende Interviewtätigkeit von *Radio Liberty* bei MIKKONEN, *Stealing the Monopoly* (wie Anm. 5). Das in diesem Artikel verwendete Archivmaterial der Hoover Institution entstammt den Berichten, denen diese Interviews zugrunde liegen.

⁴¹ HIA, RFE/RL, 564.7. TALR #69-65, 2.9.1965.

⁴² HIA, RFE/RL, 564.8. TALR #22-66, 25.3.1966.

⁴³ HIA, RFE/RL, 564.8. TALR #31-66, 6.5.1966.

⁴⁴ Obwohl *Voice of America* typischerweise mehr Musik spielte, versuchten auch RL und RFE ihre Musik besonders auf ihre Zielgebiete zuzuschneiden. SOSIN, *Sparks of Liberty* (wie Anm. 9), 101f.

⁴⁵ In Kursk soll 1963 der Preis 3 Rubel pro Musikstück betragen haben. Siehe HIA, RFE/RL, 564.4. TALR #78-63, 29.11.1963; 564.9. TALR #13-67, 17.2.1967.

Nachrichtenübermittlung wurden ausländische Radiosender, besonders in Zeiten wichtiger Ereignisse, äußerst beliebt. Zum Beispiel erreichte die Nachricht von der Absetzung Nikita Chruščëvs 1964 viele Sowjetbürger über ausländische Stationen. Das Unglück im Kernkraftwerk von Černobyl' im April 1986 ist wiederum ein Beispiel dafür, dass statistischen Daten zufolge die ausländische Informationsvermittlung sogar die eigenen Kanäle verdrängte – eine Situation, die es wohl kaum außerhalb Osteuropas zur Zeit des Kalten Krieges gab.⁴⁶ Estland, bei dem man davon ausging, dass es auf der Route des nuklearen Niederschlags liegen würde, war eines der Länder, in denen der estnischsprachige Dienst von RFE unmittelbar nach der Katastrophe stundenlang über den Unfall berichtete und Ratschläge zu Lebensmitteln, der Kleidung und zum Schutz der Kinder gab. Gleichzeitig schwiegen die Sowjetmedien bekanntlich noch tagelang über das Geschehen. Die Esten verfolgten so auch die Kommentare westlicher Kernkraftexperten zu den möglichen Auswirkungen des Unfalls auf die Nachbarländer, sie hörten aber auch vom Widerstand estnischer Reservisten, die den Befehl verweigerten, als „Liquidatoren“ beim Reaktor aufzuräumen.⁴⁷

Natürlich sah die Partei nicht einfach dabei zu, wie ihr Informationsmonopol zerfiel. Man versuchte, die Störungen effizienter zu gestalten, indem man sie quantitativ einschränkte, aber gleichzeitig die freiwerdenden Ressourcen nutzte, um die eigenen Sendungen zu intensivieren, damit diese von allen Sowjetbürgern in anständiger Qualität empfangen werden konnten, und die Hörer nicht, wie ja in Sibirien geschehen, auf ausländische Sender ausweichen mussten. Daneben gab es aber noch zahlreiche weitere Bestrebungen. Zu einem der Entwicklungsschwerpunkte wurde das Fernsehen. Seit der Mitte der 1950er Jahre begann die Sowjetunion, ihr Fernsehen eifrig weiter zu entwickeln, mit der Vorgabe, dass bis zum Beginn des nächsten Jahrzehnts im Großteil der Haushalte ein Fernsehgerät stehen sollte. Der Vorteil des Fernsehens in der Praxis war – abgesehen von den äußersten Randgebieten der Union – das Fehlen von Konkurrenz.⁴⁸ Gerade hier war Estland in einer einzigartigen Situation in der gesamten Sowjetunion. Als das ZK diesen Beschluss fasste, konnte es natürlich nicht ahnen, dass das finnische Fernsehen zu einem zentralen Konkurrenten für das Sowjetfernsehen im Kampf um die Fernsehzuschauer

⁴⁶ Siehe bes. PARTA, *Discovering the Hidden Listener* (wie Anm. 8), S. 57f.

⁴⁷ PUDDINGTON, *Broadcasting Freedom* (wie Anm. 9), S. 285f. Das Unglück von Černobyl' und vor allem die darauf folgende Form der Berichterstattung waren ein entscheidender Faktor dafür, dass Gorbačëv sein Programm der *glasnost'* vorantrieb. NELSON, *War of the Black Heavens* (wie Anm. 8), S. 168.

⁴⁸ Die Entwicklung des Sowjetfernsehens wird hervorragend geschildert bei ROTH-EY: *Mass Media* (wie Anm. 31). Vgl. auch ihr im Druck befindliches Buch auf der Grundlage der Dissertation. Zur Entwicklung des Sowjetfernsehens als Faktor, der möglicherweise die Wirkung der ausländischen Propaganda schwächte, siehe einen Bericht von G. KAZAKOV und A. ROMANOV an das ZK der KPdSU, 22.4.1959, in: ПТФН, 5-33-106, Bl. 26.

im Norden Estlands werden würde. Denn solch einen Konkurrenzkampf hatte es im Bereich des Fernsehens niemals geben sollen. In Finnland gibt es jedoch Berichte darüber, dass die eigenen Fernsehprogramme bereits seit den ersten Versuchen ab dem Jahr 1957 an der estnischen Nordküste empfangen werden konnten.⁴⁹ In der Sowjetunion wurde das Problem vermutlich als so marginal angesehen, dass die Massenproduktion im Bereich des Fernsehens trotz allem beschleunigt wurde. Television sollte zu einem bedeutenden, wenn nicht sogar dem bedeutendsten sowjetischen Informationsmedium gemacht werden. In Estland führte dies aber dazu, dass in den 1970er und 1980er Jahren ausgerechnet das finnische Fernsehen zu den meistgenutzten Medien unter den Estnischsprachigen zählte, für die ja das zumindest passive Erlernen der finnischen Sprache kein großes Problem war. Obwohl das Nachrichtenwesen Finnlands den sowjetischen Blickwinkel berücksichtigte, war das Programm mit all seinen Seifenoperen und Actionserien doch sehr westlich. Es gab auch Werbung, was für die an die sozialistische Wirtschaft gewöhnten Esten von großer Bedeutung war. Die visuelle Erfahrung des Überflusses und der vollen Geschäfte im Fernsehen, ganz zu schweigen von der sich verändernden politischen Situation in dem Teil Europas, der ohne Sowjetzensur lebte, vermittelte etwas, was die höchste Parteileitung den Esten gern vorenthalten hätte.⁵⁰

Noch zu Beginn der 1960er Jahre hatte das Radio jedoch eine wesentlich zentralere Rolle als das Fernsehen. Zudem erfuhr der sowjetische Rundfunk bedeutende Veränderungen, nachdem der Führung klar geworden war, in welchem Umfang westliche Sender gehört wurden. In der Hoffnung, das verlorene Publikum zurückzugewinnen, wurden Inhalt und Fokus der eigenen Radiosendungen erneuert.⁵¹ Mit anderen Worten, das sowjetische Radioprogramm entwickelte sich in Reaktion auf den ausländischen Rundfunk. Ein bedeutender Grund zur Besorgnis für die Behörden war, dass die Bürger die ausländischen Sendungen vor allem zur Befriedigung ihres Wissensdurstes verfolgten. Aufgrund des Mangels an glaubwürdiger und ausreichend schnell reagierender eigener Nachrichtendienste

⁴⁹ In dem Bestand des finnischen öffentlich-rechtlichen Fernsehens YLE finden sich Ordner mit zahlreichen Briefen aus Estland, u. a. aus Rakvere und Tallinn, an den Sender, in denen bestätigt wird, dass die finnischen Sendungen empfangen werden konnten. Siehe YLE I 101. 186:1 – 197:4; Ordner 68: internationale Korrespondenz 1957–1959, in: Zentralarchiv der finnischen Wirtschaft (*Suomen Elinkeinoelämän keskusarkisto*, Mikkeli).

⁵⁰ Einen Überblick über den Einfluss des finnischen Fernsehens auf Sowjetestland und die Gegenmaßnahmen der Sowjetunion in den 1980er Jahren bieten GRAF und ROIKO-JOKELA, *Vaarallinen Suomi* (wie Anm. 10), S. 169–189.

⁵¹ Sogar das Zentralkomitee der KPdSU stellte fest, dass die Programme des eigenen Radios langweilig und trocken seien. Об улучшении радиовещания для населения Советского союза и на зарубежные страны [Über die Verbesserung der Radioübertragung für die Bevölkerung der Sowjetunion und für das Ausland], 12.12.1959, in: Идеологические комиссии ЦК КПСС 1958–1964: документы [Die ideologischen Kommissionen des ZK der KPdSU 1958–1964: Dokumente], hrsg. von E. С. АФАНАСЬЕВА und В. Ю. АФИАНИ, Москва 1998, S. 213.

wurden die wichtigsten Ereignisse, von der Olympiade bis hin zu internationalen Krisen, mithilfe der nicht-sowjetischen Stationen verfolgt. Daher beschloss Moskau Anfang der 1960er Jahre, insbesondere die Nachrichtendienste weiter zu entwickeln und die Informationsvermittlung aus dem Ausland zu beschleunigen. In der Praxis führte das dazu, dass das ZK die folgenden zwei Jahre mit dem Durcheinander der Zensurbehörden, Nachrichtenzentralen und der mit Informationsvermittlung betrauten Verwaltungssektoren rang. Die Sowjetmedien hatten es darüber hinaus ausgesprochen schwer, mit der Geschwindigkeit der ausländischen Radiosendungen zu konkurrieren, welche sowohl sowjetische als auch ausländische Quellen frei nutzen konnten und sich zudem nicht um irgendeine Form von Vorzensur kümmern mussten.

Trotzdem ergaben sich in der Sowjetunion einige bleibende Veränderungen im Medienbereich, z. B. der jedem Russen bekannte Radiosender „Majak“ (Leuchtturm), der – was den Russen kaum bewusst ist – 1964 nach dem Vorbild ausländischer Radiostationen gegründet wurde. „Majak“ sendete ein ununterbrochenes Programm, das sich fast vollständig aus Nachrichten und Musiksendungen zusammensetzte. Gerade auf dieser Kombination aus Musik und aktuellen Wortbeiträgen beruhte ja die Beliebtheit der gefragtesten ausländischen Stationen wie *Voice of America*, RL und der BBC. Gleichzeitig wurden zu Beginn der 1960er Jahre auch die Sendungen der sowjetischen Hauptsender nach diesem Modell erneuert, wobei man Wert darauf legte, das Nachrichtenangebot zu aktualisieren und zu beschleunigen.⁵²

Obwohl mit den Neuerungen das verlorene Publikum nicht zurückgewonnen werden konnte oder zumindest nicht dazu gebracht werden konnte, die ausländischen Sender nicht mehr zu hören, wurde das Angebot der sowjetischen Stationen vielfältiger. Ziel war es außerdem, die Sendungen besser auf die lokalen Gegebenheiten und das lokale Publikum zuzuschneiden.⁵³ In diesem Zusammenhang war das Moskauer ZK jedoch nur bereit, den Republiken auf halbem Weg entgegen zu kommen. Als sich die KPE Mitte der 1960er Jahre wegen zusätzlicher Ressourcen für die Entwicklung des lokalen Rundfunks an Moskau wandte, kam zugleich zur Sprache, dass der finnische Rundfunk zu bestimmten Zeiten wesentlich beliebter war als das sowjetische Radioangebot. Trotzdem bekamen Estlands Behörden nicht die erwünschten Ressourcen. Erst im nächsten Jahr wurden ihnen zusätzliche finanzielle Mittel zugebilligt, aber auch dann nur die Hälfte der beantragten Summe.⁵⁴ Experimente und Innovationen

⁵² LISANN, *Broadcasting to the Soviet Union* (wie Anm. 8), S. 33f.

⁵³ С. КАФТАНОВ: О выполнении решения ЦК КПСС „О мерах активного противодействия враждебной радиопропаганде“ [Über die Erfüllung des Beschlusses des ZK der KPdSU „Über die Maßnahmen zur aktiven Bekämpfung der feindlichen Radiopropaganda“], vor dem 5.1.1961, in: ПГАНИ, 89-46-14, Bl. 41-43.

⁵⁴ Brief des ZK der KPE (wie Anm. 31); siehe auch РОТН-ЕУ, *Mass Media* (wie Anm. 31), S. 260.

betrafen ohnehin in erster Linie russischsprachige Sendungen, sodass die Tätigkeit der Republiken unter die Räder des Zentralradios geriet – und später des zentralen Fernsehens.

Die Furcht vor dem Verlust des Monopols auf Informationsvermittlung

Somit bleibt festzuhalten, dass die Sowjetbehörden sich durchaus davor fürchteten, dass ausländische Sendungen die Glaubwürdigkeit der Sowjetpropaganda untergraben und dadurch auch den Glauben der Untergebenen an das System erschüttern könnten. Diese Angst war in Bezug auf die Randgebiete der Sowjetunion besonders groß, da man annahm, dass die Bevölkerung dort im Vergleich zu den Russen empfänglicher für ausländische Propaganda sei, welche die nationalen Besonderheiten betonte und versuchte, Schwachstellen in der Nationalitätenpolitik der Sowjetunion zu finden. All dies stand in Verbindung mit der Furcht, das streng gehütete Monopol auf Informationsvermittlung zu verlieren.

Seit der Oktoberrevolution hatte die Führung versucht, Formen der alternativen Informationsvermittlung auszumerzen und ihren Propagandaapparat so zu entwickeln, dass den Bürgern ausschließlich die Version der kommunistischen Partei über die Ereignisse sowohl im In- als auch im Ausland übermittelt wurde. Dies gelang bis in die Nachkriegszeit hinein. Die Zensur war effizient und die Medien befanden sich unter der strengen Kontrolle der Partei. Mit Beginn des Kalten Krieges setzten jedoch Veränderungen ein. Das Eindringen der von den USA gelenkten ausländischen Rundfunksender in den sowjetischen Äther erwies sich als eine weitaus wirksamere Methode, die Entwicklung der Sowjetunion zu beeinflussen, als ursprünglich angenommen. Zwar war das Sowjetregime nicht mit Rundfunksendungen zu stürzen, doch hatten die Sowjetbehörden dem ausländischen Rundfunk gegenüber extrem großen Respekt und zeigten sich aus diesem Grund zu wesentlichen Maßnahmen bereit, die kaum ohne erheblichen Druck aus dem Ausland in Gang gesetzt worden wären.

Trotz der Unterschiede in der estnischen Ausgangssituation im Vergleich zu den älteren Sowjetrepubliken wirkten sich viele Veränderungen auf gesamtstaatlicher Ebene direkt auf die Entwicklung vor Ort aus. Estland kann daher nicht als losgelöste Einheit betrachten werden. Was blieb, war die Gewohnheit, ausländische Sendungen zu verfolgen, die von jeher als Informationsquellen genutzt wurden, und der finnische Faktor. Finnland war der Sowjetunion gegenüber offiziell freundschaftlich eingestellt. Die Esten konnten finnische Rundfunksender relativ frei verfolgen, was ja mit dem KGB-Beschluss zusammenhing, die finnischen Sendungen nicht weiter zu stören. Schließlich wurde schon Ende der 1950er, aber stärker noch in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre der Empfang des finnischen

Fernsehens der dritte und entscheidende Faktor, da es besonders an der estnischen Küste dem Radio schnell den Rang ablief. Dank des finnischen Fernsehens hörten die Esten als einziges Sowjetvolk nicht nur, wie z. B. die Panzer 1968 nach Prag rollten oder wie die Solidarność-Bewegung in Polen den Ostblock zu Beginn der 1980er Jahre erschütterte, sondern sie konnten all dies auch sehen. Zudem quollen im finnischen Fernsehen die Regale der Lebensmittelgeschäfte stets vor Produkten über – und in Werbesendungen wurden hochwertige Fleischprodukte an Katzen verfüttert.

Ein wichtiger Zusatz zum Einfluss des ausländischen Rundfunks in der Sowjetunion muss noch in Bezug auf das Publikum gemacht werden – der bedeutendste Teil der Hörerschaft des westlichen Rundfunks bestand keineswegs aus Andersdenkenden. Ein relativ großer Teil waren Parteimitglieder, von denen viele höhere Stufen der Parteihierarchie einnahmen. Für viele von ihnen war es außerordentlich wichtig, aktuelle Informationen zu bekommen, bevor diese über die sowjetischen Medien verlautbart wurden. Im vorliegenden Quellenmaterial gibt den Fall, dass Parteimitglieder beschreiben, wie die Informationen über Entlassungen hochrangiger Beamter in westlichen Radiosendungen ihnen halfen, sich vor den Folgen auf den niedrigeren Ebenen des Parteiapparates zu schützen, noch bevor sie ihren bereits entlassenen Patronen hätten folgen müssen. Der bekannteste Fall eines Hörers ausländischer Stationen ist wohl Michail Gorbatschov, der sich im August 1991, als er in seinem Sommerhaus auf der Krim inhaftiert war, über Tage mit dem von ihm verachteten RL begnügen musste, um Informationen über den Fortgang des Umsturzes zu erhalten.

Zusammenfassend kann man also sagen, dass bereits in den 1950er und 1960er Jahren, als Dissidenz in der Sowjetunion noch selten war, die westlichen Rundfunksender zu einem Teil des täglichen Lebens von Millionen von Sowjetbürgern geworden waren. Zwar trieben sie die Sowjetbürger nicht zu revolutionären Handlungen, doch waren die Folgen auf lange Sicht für das Regime gefährlich. Das Informationsmonopol, das Bestreben der Behörden, als gefährlich eingestufte Informationen geheim zu halten, lief Gefahr zu zerfallen. Die Menschen begannen, auf lokalen Versammlungen und Informationsveranstaltungen der Partei über Dinge Fragen zu stellen, die sie im westlichen Rundfunk gehört hatten; im manchen Gebieten wurden westliche Sender sogar ganz offen gehört. Den Esten gab der ausländische Rundfunk die Möglichkeit, auf dem aktuellen Stand der weltpolitischen Ereignisse zu bleiben, über die die Sowjetmedien beharrlich schwiegen. Ob die Rundfunkkanäle der USA ihren Hörern jedoch tatsächlich das Gefühl vermittelten, sie seien nicht allein, wie es erklärtes Ziel war, erfordert weitere Untersuchungen. Derartige Studien über den konkreten Einfluss ausländischer Medien auf die Erfahrungswelt der Sowjetbürger, geschweige denn der Esten, sind bislang kaum durchgeführt worden.

Dagegen wird deutlich, dass all das, womit versucht wurde, die Reichweite der westlichen Rundfunksender in der Sowjetunion einzuschränken,

viel zu kostspielig war, als dass alle Möglichkeiten hätten genutzt werden können. So richtete die Führung die Entwicklung der Informationsmedien an den Vorlieben der Bürger aus, was in einem Land, in dem die Partei behauptete, die Bedürfnisse der Bürger am besten zu kennen, völlig neu war. In den 1960er Jahren wurde das sowjetische Radio mit umfangreichen Maßnahmen weiterentwickelt, die in erster Linie darauf abzielten, das Publikum zurückzugewinnen. Trotz einiger Fortschritte war der offene Wettbewerb mit den westlichen Rundfunksendern jedoch zum Scheitern verurteilt, und zu Beginn der 1970er Jahre wurde wieder eifrig gestört, um den Einfluss der westlichen Sender zu bekämpfen. In Bezug auf Estland und die anderen Republiken wurde der Kampf um das Publikum noch dadurch erschwert, dass Moskau nicht bereit war, dem lokalen Rundfunkwesen ausreichende Ressourcen und weitere Spielräume zuzugestehen. In dieser Situation stieg die Beliebtheit der westlichen Sendungen nur weiter an. Gegen Ende der 1980er Jahre war die Glaubwürdigkeit der sowjetischen Informationsmedien in den Augen der Bevölkerung schließlich auf einem Tiefpunkt, während zugleich *Voice of America*, BBC, RL und viele andere Stationen als wesentlich glaubwürdiger galten. In Estland aber wurde neben den Radiosendern das finnische Fernsehen, das durch sein Unterhaltungs- und Informationsangebot ein echtes „Fenster zum Westen“ bot, zu einem bedeutenden Medium – eine Tatsache, die in Moskau viel zu spät erkannt wurde.

SUMMARY

*The Dangerous Republics:
Moscow's Media Policy in the
Soviet Baltic Republics*

By the 1960s Soviet authorities began to realize the threat posed by foreign radio broadcasters in the Soviet Union. It appeared that not only were there dozens of foreign broadcasters broadcasting in languages spoken within the Soviet Union, but also that a sizable audience tuned into these broadcasts on a regular basis. From the point of view of people in the Soviet Union, the Baltic republics were a special case. While foreign broadcasting was a relatively new phenomenon, the Baltic republics were used to tuning into foreign broadcasts already by the late 1930s and during the war. Furthermore, Estonia especially was an important source of foreign broadcasts due to neighbouring Finland. This became important when the KGB started to alter its policies concerning the jamming of foreign

broadcasts and excluded Finnish language broadcasts from its list of hostile broadcasts. Furthermore, television broadcasts from Finland could be picked up at the northern coast of Estonia from the late 1950s onwards and more extensively from the late 1960s. Although Finnish media was generally far from hostile to the Soviet Union, it nevertheless gave live coverage to events like the Prague Spring of 1968.

In the Baltic republics, Soviet authorities were losing their media monopoly much earlier than had been previously anticipated. Prevention of the free flow of communication was among the foundational pillars of the Soviet system and therefore the authorities put forth a row of measures for preventing its subjects from listening to foreign broadcasts. These measures, however, mostly failed and were in contradiction with other Soviet measures aiming at expanding the audibility of Soviet radio and the amount of high-quality radio receivers in general. Therefore, authorities also tried to improve Soviet radio programming in order to compete with foreign broadcasts during the 1960s. This policy led to changes and improvements in the Soviet radio, but failed to bring a big difference, especially in the Baltic republics, where local radios were not allowed enough broadcasting space.

The Soviet media policy in the Baltic republics in the 1950s and 1960s was forced to adapt to the situation of foreign broadcasts and was thus, in many regards, defensive. The Baltic republics, especially Estonia were in an exceptional situation when compared to any other Soviet areas with regard to possibilities for following foreign media from the late 1950s onwards.

MITTEILUNGEN

Überlegungen zu den russisch- ostseefinnischen Wechselbeziehungen in der traditionellen Instrumentalkultur

VON ULRICH MORGENSTERN

Als Kontaktzone baltischer, ostseefinnischer und slawischer Völker befanden sich der Nordwesten Rußlands und das Baltikum seit jeher im Blickfeld von Archäologie, Sprachwissenschaft, Ethnologie und Volksmusikforschung. Im Hinblick auf Siedlungsgeschichte und politische Herrschaftsräume ist der intensive kulturelle Austausch zwischen Slawen und Ostseefinnen alles andere als erstaunlich. Teils lebten die unterschiedlichen Ethnien über Jahrhunderte in enger Nachbarschaft, teils wurden finnougrische Bevölkerungsteile von den nach Norden vordringenden slawischen Gruppen sprachlich und kulturell assimiliert. Im 18.-19. Jahrhundert wurden neben den Siedlungsgebieten der kleineren ostseefinnischen Völker auch Estland und Finnland Teil des russischen Reiches. Besonders die im 19. Jahrhundert im Großfürstentum Finnland stationierten russischen Soldaten dürften einen erheblichen Einfluss auch auf die musikalische Alltagskultur ausgeübt haben.¹ Ähnliches gilt auch für weitere ostseefinnische Siedlungsgebiete.

Musikinstrumente und Instrumentalmusik sind grundsätzlich dem interkulturellen Austausch in noch höherem Maße zugänglich als die stärker sprachgebundenen Gesangsformen.² Dies wird auch durch die breiteren

¹ Die ethnokulturelle Situation Finnlands im 19. Jahrhundert hat VESA KURKELA (Tampere) in seinem Beitrag „Printed folk song – Canonizing national music in 19th century Finland“ auf der 16. internationalen Tagung der *Study Group for Historical Sources of Traditional Music* des ICTM (Stockholm, 21–25 Mai 2008) umrissen. Vgl. auch seinen bald erscheinenden Beitrag „Sorrowful Folk-Song and Nationalism in Nineteenth Century Finland“. Ich danke Prof. Kurkela für die Zusendung des Manuskripts. Auf der genannten Tagung war er es auch, der mich – unterstützt durch Musikbeispiele auf der *kantele* von Risto Blomster – auf die unten erwähnten russischen Melodien in Karelien aufmerksam machte.

² Diese Eigenheit der Instrumentalkultur gegenüber dem Volkslied betont Oskár Elschek: „Instrumente als materielle Artefakte (...) sind an keine Grenzen gebunden. Instrumente und Spieltechnik überwinden direkter Raum und Zeit, sind Zeu-

Möglichkeiten für Eigeninitiative und spontane Entlehnungen aus Nachbarkulturen deutlich. Dieser über Jahrhunderte belegbaren Praxis steht die historisch jüngere Auffassung von Musikinstrumenten als sichtbarem Ausdruck einer Nationalkultur entgegen. Auch in der uns interessierenden Region zogen im 19. Jahrhundert die traditionellen Musikinstrumente der unteren sozialen Schichten ein starkes Interesse intellektueller und künstlerischer Kreise auf sich. Ihr Symbolwert steigerte sich besonders dort, wo zumindest die Namen bekannter Instrumente in epischen Stoffen auftreten (*kantele*, *gusli*). Nicht selten waren – und sind – es gerade nationale oder nationalistische Strömungen, die auf (vorgefundene oder erfundene) Traditionen instrumentaler Volksmusik Bezug nahmen. In der Spätphase der Sowjetherrschaft und nach der Perestrojka gewannen ostseefinnische Musiktraditionen eine gewisse Popularität jedoch auch bei Vertretern der russischen liberalen Intelligenz, besonders in St. Petersburg, im Rahmen eines „antihegemonialen“, gegen Sowjetimperium und großrussischen Chauvinismus gerichteten Diskurses. Dass die mehr oder weniger unterschiedlich vorhandenen politischen Motive einer angemessenen Repräsentation und historischen Interpretation ethnographischer Befunde nicht immer förderlich sind, liegt auf der Hand. Eine genauere Untersuchung der nationalen und ethnischen Diskurse der Volksmusikforschung um die slawisch-baltisch-finnougrische Thematik steht derzeit noch aus. Sie würde sich aber gerade im Zusammenhang mit den erregten Debatten um die russische Flügelszither *gusli* anbieten.

In der vorliegenden Arbeit soll zunächst ein kurzer Überblick über die wichtigsten Beiträge zu den ostseefinnisch-russischen Beziehungen im Bereich der traditionellen Instrumentalkultur gegeben werden. Anschließend werden einige russische Einflüsse auf das ostseefinnische Repertoire behandelt. Berücksichtigung finden auch frühere Studien über den russischen Einfluss im Hinblick auf die morphologische und spieltechnische Charakteristik der Instrumente. Der ostseefinnische Raum wird hierbei insofern nicht streng ethnisch verstanden, als auch die stark estnisch geprägte Sackpfeifentradition der Estlandschweden mit eingeschlossen werden soll. Nicht berücksichtigt werden können in diesem Beitrag die zweifellos sehr intensiven russisch-finnischen Austauschprozesse im Bereich der Populärmusik.³ Die in diesem Beitrag nur knapp angerissenen

gen von historischen Umschichtungen, alten Kulturkontakten und zugleich auch von Anpassungs- und Umgestaltungsprozessen“. OSKAR ELSCHKE: Volksmusik und Volksmusikinstrumente der Karpaten und des Balkans – Prinzipien eines interkulturellen Forschungsprojekts, in: *Studia instrumentorum musicae popularis VIII* (1985), S. 63–66, hier S. 65. Ähnlich argumentiert auch ИГОРЬ В. МАЦИЕВСКИЙ: О финно-угорских реликтах и параллелях в русской народной инструментальной музыке [Über finnougrische Relikte und Parallelen in der russischen instrumentalen Volksmusik], in: *Финно-угорский музыкальный фольклор и взаимосвязи с соседними народами*, hrsg. von И. РЮЙТЕЛ [INGRID RÜÜTEL], Tallin 1980, S. 9–20.

³ In den 1920er und 1930er Jahren war etwa der Leningrader Jazz in Finnland besonders einflussreich (freundliche Mitteilung von Prof. ТИМО LEISIÖ, Tampere, vom

Tendenzen können in jedem Fall nur als Anregung für detaillierte Studien verstanden werden.

Ostseefinnische und finnougri-sche Elemente in der russischen Instrumentalkultur

Nach mehrheitlicher Ansicht von Archäologie und Geschichtswissenschaft wurde das Gebiet zwischen Peipus- und Ilmensee nicht vor dem 8. nachchristlichen Jahrhundert von Slawen besiedelt.⁴ Im Mittelalter wurde die slawische Kolonisierung des heutigen Nordrusslands vor allem von Novgorod aus betrieben. Die Bedeutung der vorslawischen ostseefinnischen Bevölkerung für die weitere kulturelle Entwicklung ist hierbei jedoch keineswegs zu unterschätzen. Sie spiegelt sich nicht zuletzt in der materiellen Kultur, also auch in den Musikinstrumenten. Der Petersburger Ethnorganologe Igor' Macievskij hat in einer seiner älteren Studien besonders die Bedeutung des ostseefinnischen und finnougri-schen Substrats in den Klanggeräten und Musikinstrumenten der nordwestrussischen Jäger und Hirten herausgearbeitet. Gestützt auf Feldforschungsergebnisse und frühere ethnographische Befunde führt Macievskij vor allem Lippenspaltflöten und Rindenoboen (bestehend aus einem Schalltrichter und einem Doppelrohrblatt aus Birkenrinde) an, die sich sowohl bei der russischen Bevölkerung zwischen Volchov und Sjas' wie auch bei finnougri-schen Ethnien finden.⁵ Zurückhaltender interpretiert der Autor die finnougri-schen Parallelen zu Grifflochtrumpeten und der zwei- bis dreilöchrigen Hirtenklarinette mit großem Rindentrichter (lokal: *vargan*), da analoge Instrumente in Russland generell weit verbreitet seien. Nach neueren Forschungen ist jedoch gerade die beschriebene Hirtenklarinette (im Gegensatz zu der gewöhnlichen russischen Hornpfeife *žalejka* mit ihren gewöhnlich fünf bis sechs Grifflöchern und ihrem breiteren Repertoire) ausschließlich auf

24.2.2010). Zur Populärmusik gehört auch der Folklorismus. Die russisch-ostseefinnischen Beziehungen auf dem Gebiet der institutionalisierten Volksmusikpflege wurden vielfach von Igor Tönurist und Kari Dahlblom behandelt, worauf hier jedoch nicht weiter eingegangen werden kann.

⁴ CARSTEN GOEHRKE: Ostslavische Landnahme, Binnenkolonisation und Herrschaftsbildung im Spiegel der Regionalgeschichte. Ein Überblick über ausgewählte neuere Literatur, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 44 (1996), S. 86-98, hier S. 87. Eine knappe Zusammenfassung der Diskussion bei ULRICH MORGENSTERN: Die Musik der Skobari. Studien zu lokalen Traditionen instrumentaler Volksmusik im Gebiet Pskov (Nordwestrußland), Göttingen 2007, Bd. 1, S. 59-64. Hier ist leider die Arbeit von ПРИТ ЛИГ: National romanticism in archaeology: The Paradigm of slavonic colonization in North-West Russia, in: Fennoscandia archaeologica 10, 1993, S. 31-39 (vgl. auch die Diskussion im nachfolgenden Band) noch nicht berücksichtigt.

⁵ МАЦИЕВСКИЙ, О финно-угорских реликтах (wie Anm. 2), S. 11-14.

ehemals finnougrisch besiedelten Gebieten in Russland zu finden,⁶ was die Thesen Macievskijs also noch bestärken kann. Fraglich bleiben jedoch einzelne ethnische Interpretationen des musikalischen Materials. Der „charakteristische Achtsilbler (bisweilen mit Brechung einzelner gerader Versfüße)“⁷ kann nicht allein mit „finnougrischer Rhythmik“ verbunden werden. Entsprechende Formen sind in der russischen Instrumentalmusik außerordentlich häufig und, wie wir noch sehen werden, verweist eine von Macievskij in Beispiel 5 angeführte estnische Melodie direkt auf slawische Ursprünge.

Ein besonders Phänomen im russischen Nordwesten ist der Männeranzug *lomanie* (gebräuchlicher ist das Verb *lomat'sja*), der eng mit den ritualisierten Kampfbräuchen zu den Sommerlichen Patronatsfesten verbunden war.⁸ Die *igra pod draku* („Musik zur Prügelei“) gehört besonders im Gebiet von Pskov zu den hervorstechendsten Merkmalen des lokalen Instrumentalrepertoires. Einige charakteristische Tanzmotive (gebeugte Haltung, hängende Arme, Sprünge mit beiden Beinen gleichzeitig, Berühren des Bodens mit den Hand) scheinen weit mehr Parallelen zu finnougrischen Barentänzen als zu irgendwelchen sonstigen russischen Tänzen aufzuweisen. Das *lomanie* findet sich ausschließlich auf dem Gebiet der ostseefinnischen Hydronymie und verschwindet nach Weißrussland hin schlagartig.⁹ Es ist sehr viel wahrscheinlicher, dass der Tanz auf die baltoslawischen Ethnien des russischen Nordwestens zurückgeht, denn auf die baltoslawischen *krivici*, denen er von Liebhabern russischer Kampfkünste gerne zugeschrieben wird.

Die vielfach als ostseefinnische oder finnougrische Substraterscheinung interpretierte russische Flügelzither *gusli* wird weiter unten behandelt. Als spätere Entlehnungen sind die finnisch-slawischen Parallelen bei den Sackpfeifen anzusehen. Trotz der ungünstigen Quellenlage zur russischen *volynka* (*duda*) können Gemeinsamkeiten mit dem bekannteren estnischen *torupill* als sehr wahrscheinlich gelten.¹⁰ Freilich ist die Typologie dieses Instruments im Osten und Nordosten Europas ethnisch weit schwächer profiliert, als manche national orientierten Forschungen dies nahelegen. Die nordwestrussischen Sackpfeifen sind über Estland und

⁶ Weitere Literatur enthält der Kommentar zu meiner DVD „Traditional Russian Instrumental Music“, erschienen 2008 bei Systemata Musika am Musikwissenschaftlichen Institut der Universität Hamburg.

⁷ МАЦІЕВСЬКИЙ: О финно-угорских реликтах (wie Anm. 2), S. 16.

⁸ ULRICH MORGENSTERN: Die Musik der Skobari (wie Anm. 4), S. 145-151, 356-359.

⁹ DERS.: Der *Skobarja* von Velikie Luki und angrenzende instrumental-vokale Formen im Gebiet Tver' (ethnische und ethnomusikalische Identität), in: Systematic and Comparative Musicology: Concepts, Methods, Findings (Hamburger Jahrbuch für Musikwissenschaft, 24), hrsg. von ALBRECHT SCHNEIDER, Hamburg 2008, S. 399-442, hier S. 411.

¹⁰ DERS.: „Nothing but a bagpipe“ – A Study of the Russian *Volynka*, in: Studia instrumentorum musicae popularis (New series) I (2009), hrsg. von GISA JÄHNICHEN, S. 193-222, hier S. 200, 215.

Lettland weit enger mit dem besonders aus Schweden bekannten nordeuropäischen Typus verbunden als mit der bautechnisch fortgeschritteneren litauisch-weißrussischen *labanoro duda*.

Als in hohem Maße ostseefinnisch beeinflusst kann die Tradition der modernisierten Flügelzither *gusli* am russischen Ostufer des Peipussees gelten, wie dies der estnische Organologe Igor Tõnurist gezeigt hat.¹¹ Sowohl die Migrationsbewegungen des 19. Jahrhunderts wie auch die Möglichkeit, in Estland serienmäßig hergestellte Flügelzithern (*kannel*) zu beziehen, müssen frühere Vorstellungen über vermeintlich altrussische Traditionen zumindest stark relativieren.

Slawische (russische) Musikinstrumente bei den Ostseefinnen

Slawische Entlehnungen im Bereich des Instrumentariums lassen sich bei den ostseefinnischen Völkern zunächst im Bereich der Flöteninstrumente feststellen. Der finnische Musikologe Timo Leisiö nimmt an, dass die Bauweise der sogenannten Fremdkernflöte in der protokarelischen Kultur in der Mitte des ersten vorchristlichen Jahrtausends von den Slawen übernommen wurde.¹² Die Doppelflöte der russisch-orthodoxen Setu in Südostestland führt Tõnurist auf die russisch-weißrussische *svirel'* zurück.¹³ Der Forscher vermutet eine frühere Verbreitung der Doppelflöte auch im heutigen Gebiet Pskov. Dies ist nicht unwahrscheinlich, zumal Tõnurist Belege aus den ehemals zum Gouvernement Pskov gehörenden Städten Cholm und Toropec anführt. Leider konnten eigene Forschungen in der *pskovščina* (1994–2006) keine neuen Erkenntnisse bringen, außer der, dass selbst einfache Grifflochflöten nahezu vergessen sind. Auch die von Anatolij Meč necov herausgegebenen umfangreichen Feldforschungsmaterialien¹⁴ bringen leider keine gesicherten Ergebnisse, da gedoppelte „Pfeifen“ (*dudki*) oft nicht morphologisch charakterisiert werden. Es kann sich also

¹¹ ИГОРЬ ТЫНУРИСТ [IGOR TÕNURIST]: Этномузыкальные связи Эстонии с Псковщиной (народные музыкальные инструменты) [Ethnomusikalische Verbindungen Estlands mit dem Gebiet Pskov (Volksmusikinstrumente)], in: Археология и история Пскова и Псковской земли. Тезисы докладов научно-практической конференции, Псков 1984, S. 51–53.

¹² TIMO LEISIÖ: Gedanken über die Beziehungen von finnischen und europäischen Trompeten, Flöten und Klarinetten in der Frühgeschichte, in: *Studia instrumentorum musicae popularis VIII* (1985), S. 150, 153.

¹³ ИГОРЬ ТЫНУРИСТ [IGOR TÕNURIST]: Сетуская парная флейта [Die Doppelflöte der Setu], in: Финно-угорский музыкальный фольклор (wie Anm. 5), S. 32–37, hier S. 35.

¹⁴ Народная традиционная культура Псковской области: Обзор экспедиционных материалов [Traditionelle Volkskultur des Gebiets Pskov. Übersicht über die Feldforschungsmaterialien], 2 Bde., Санкт-Петербург und Псков 2002. Т. 1, 2.

um Flöten oder auch ausschließlich um auch anderweitig nachgewiesene lokale Doppelklarinetten handeln.

In späterer Zeit fand die wechseltönige Harmonika *Peterburgskaja garmonika* (auch *minorka* oder *garmon' nemeckogo stroja* genannt – Harmonika deutscher Stimmung) im ganzen Baltikum weite Verbreitung.¹⁵ Die in sowjetischer Zeit in hohen Stückzahlen produzierte gleichtönige, aber weitgehend diatonische *chromka* mit ihrer äußerst einfachen Spieltechnik ist noch heute in der Revival-Musikszene der baltischen Staaten, etwa in Estland als *kromka* oder *karmoška*, neben der älteren diatonischen, wechseltönigen Typen von *lõõtspill* überaus beliebt.

Wie die Setu haben auch andere ostseefinnische Völker sich bei der Bauweise und Handhabung der Flügelzither von russischen Vorbildern anregen lassen. Dieser hoch umstrittene Fragekomplex erfordert eine gesonderte Darstellung.

Zur Diskussion um die baltische Flügelzither

Bislang war nur am Rande von den sogenannten *krylovovidnye gusli* („flügelartige *gusli*“), also der nordwestrussischen Ausprägung der Flügelzither¹⁶ des östlichen Ostseeraumes und zu analogen Instrumenten der ostseefinnischen und baltischen Völkern die Rede. Die Geschichte dieses Instrumententyps lässt sich offenbar nicht ohne weiteres in den Kontext der oben umrissenen Substraterscheinungen und Entlehnungsprozesse einordnen. Der Umstand, dass die *gusli* bei den Slawen nur im (historischen oder gegenwärtigen) Siedungsgebiet der baltischen und ostseefinnischen Völker auftritt, ließ schon früh die Theorie eines vorslawischen Substrats als plausibel erscheinen.¹⁷ Besonders in jüngerer Zeit gewann diese Theorie

¹⁵ Mit der Petersburger Harmonika bei den Küstenschweden Estlands hat sich Bo NYBERG befaßt. Vgl. seinen unveröffentlichten Beitrag „Petersburgskaya – a Russian Accordion among the Estonian Swedes“ auf der 16. internationalen Tagung der Study Group on Folk Musical Instruments des ICTM (Vilnius, 5–8 April 2006).

¹⁶ International wird der Typus häufig als *baltic psaltery* bezeichnet. Psalterium im weiteren Sinne ist typologisch zwar auch im Deutschen korrekt, gleichzeitig wird der Begriff jedoch vor allem mit dem Psalter und seiner Schweinskopfform assoziiert. Der Terminus *gusli* wird in diesem Beitrag der Einfachheit halber nur auf die flügelartige bezogen, nicht auf die so genannten „helmförmigen“ (*gusli šlemovidnye*), die eine Variante des mittelalterlichen Psalters sind.

¹⁷ НИКОЛАЙ И. ПРИВАЛОВ: Звончатые гусли на Руси [Klangvolle Gusli in Rußland], in: Музыка и пение 1908, Н. 7, S. 4f., Н. 8, S. 1f., Н. 10, S. 2–4); ИГОРЬ ТЫНУРИСТ [IGOR TÖNURIST]: Где во гусли звонили? Опыт картографирования народных музыкальных инструментов [Wo wurden die Gusli geläutet? Versuch einer Kartierung von Volksmusikinstrumenten], in: Этнографические исследования Северо-Запада СССР, Ленинград 1977, S. 16–29; РИММА Б. ГАЛАЙСКАЯ: Опыт исследования древнерусских гуслей в связи с финно-угорской проблематикой [Versuch einer Untersuchung über die altrussischen *gusli* in Bezug auf die finno-ugrische Problematik], in: Финно-угорский музыкальный фольклор (wie Anm. 5), S. 21–29, hier S. 21–29; ULRICH MORGENSTERN: Zur Tradition der Flügelzither

an Popularität als Gegenakzent zu schwach argumentierten Beiträgen, in denen mit viel nationaler Rhetorik, aber dürftiger Quellenbasis der Bezug zu alten Rus' beschworen wird.¹⁸ Dies führte leider zu nicht minder einseitigen Versuchen, die Bedeutung des Instruments bei der slawischen Bevölkerung künstlich herunterzuspielen.¹⁹

Igor Tõnurist nimmt in den hoch emotionalen Debatten einen wohlthuend ausgewogenen Standpunkt ein. Einerseits vermutet er in den Flügelzithern der Ostseefinnen eine Errungenschaft aus der Zeit vor der ostslawischen Zuwanderung, andererseits hat gerade dieser Autor am überzeugendsten die Spezifik der russischen *gusli* in Spieltechnik und Morphologie sowie den russischen Einfluss auf die Zithertradition einiger ostseefinnischer Völker herausgearbeitet. Es geht um die akkordische Leiertechnik, also das Abdämpfen der nicht gebrauchten Saiten durch die Finger der linken Hand bei gleichzeitigem Anschlag aller oder mehrerer Saiten durch die rechte. Akkordisches Spiel auf den *gusli* ist nach terminologischen Befunden bereits für das 11. Jahrhundert als wahrscheinlich anzusehen.²⁰ In jüngerer Zeit ist die Leiertechnik neben den Russen²¹ für die am meisten von diesen beeinflussten ostseefinnischen Wepsen und Setu charakteristisch.²² Morphologisch schlägt sie sich auch in der Konstruktion der

Gusli im Gebiet Novgorod, in: Berichte aus dem ICTM-Nationalkomitee Deutschland, VI/VII., Bamberg 1998, S. 183-196, sowie meine in Anm. 4 genannte Arbeit.

¹⁸ ГАЛИНА В. ЛОБКОВА: Гусельная игра Древней Руси [Das *gusli*-Spiel der Alten Rus'], in: Русская народная песня. Стиль. Жанр. Традиция, hrsg. von АНАТОЛИЙ М. МЕХНЕЦОВ, Ленинград 1985, S. 90-101. Siehe auch den Kommentar von Mechnecov zu der Schallplatte: Псковские гусли. Народные наигрыши. Исполняет Иван Михайлов (Москва: Мелодия, 1985, 22 46261 008). Historisch wenig überzeugend erscheint ebenso der Einführungstext Mechnecovs in der organologisch dagegen umso wertvolleren Dokumentation: Гусли – русский народный музыкальный инструмент: каталог выставки [Gusli – ein russisches Musikinstrument. Ausstellungskatalog, hrsg. von АНАТОЛИЙ М. МЕХНЕЦОВ, ВЛАДИМИР В. КОШЕЛЕВ und ГАЛИНА В. ЛОБКОВА, Санкт-Петербург 2003.

¹⁹ VLADIMIR MARAEV berichtet von mehrstündigen heftigen Diskussionen auf der 3rd International Baltic Psaltery Conference, Kaustinen, Finland, 13-16. Nov. 1998, nach einer Vorführung von Videoaufzeichnungen zur *gusli*-Tradition der Gebiete Pskov und Novgorod durch Anatolij Mechnecov (siehe URL: <http://philosophy.pu.ru/index.php?id=5909>, letzter Zugriff 14.3.2010). Die höchstwahrscheinlich nicht unbegründete Kritik Maraevs an einer tendenziösen Interpretation dieses Materials im Sinne eines „imperialen Mythos“ führt den Petersburger Organologen leider ebenfalls zu einer Extremposition – der pauschalen Leugnung der *gusli* als traditionelles Phänomen der nordwestrussischen Musikkultur, was auch angesichts des damaligen Forschungsstands überaus kühn erscheint. Zu den ideologisch motivierten Verzerrungen in der Diskussion um die *gusli* siehe auch: MORGENSTERN: Die Musik der Skobari (wie Anm. 4), S. 73-76, 79f.

²⁰ ULRICH MORGENSTERN: Zur Tradition der Flügelzither Gusli (wie Anm. 17).

²¹ Siehe ebenda; ПРИВАЛОВ, Звончатые гусли (wie Anm. 17); ТЫНУРИСТ, Где во гусли звонили? (wie Anm. 17).

²² IGOR TÕNURIST: Kannel Vepsamaast Setumaani [Das *kannel* der Wepsen und Setu], in: Музыкальное наследие финно-угорских народов, Таллин 1977, S. 149-182, dt. Zusammenf., S. 181f. Tõnurist erklärt das rhythmisch prägnantere akkordi-

Instrumente nieder – das Greifloch der Leier-*gusli* aus Alt-Novgorod oder bei späteren *gusli* eine Verlängerung der Decke über die Wirbellinie hinaus (russ.: *otkrylok*, est.: *laba*) zum Aufstützen des linken Arms.

Nach jüngeren Untersuchungen stellt sich die Frage nach der Entstehung der Flügelzither etwas anders, als von den Anhängern der finnischen Hypothese vermutet. Der amerikanische Soziologe Ain Haas, gleichzeitig ein versierter Organologe, Musiker und Instrumentenbauer, hat die baltische Flügelzither überzeugend von den ursprünglich gezupften nordeuropäischen Leier hergeleitet.²³ Seine These wird auch durch einen in der Diskussion um die baltische Flügelzither wenig bekannte Beobachtung von John A. Brune erhärtet: „Das walisische Wort ‚Canutelyn‘ bedeutet heute soviel wie ‚auf der Harfe spielen‘; früher war es der Name für eine kleine Harfe.“²⁴ Ungeachtet der für die keltische Tradition wichtigen Unterscheidung von Harfe und Leier erscheint der von Brune nahegelegte Bezug zum finnischen *kantele* plausibel.

Besonderes Gewicht legt Haas auf die slawisch-baltischen Leierzithern als Übergangsformen zwischen Leier und Flügelzither. Solche fünf- bis achtsaitigen Instrumente mit Greifloch sind aus Alt-Novgorod wie auch aus dem heutigen Nordpolen archäologisch belegt. Wie Haas argumentiert, können die ostseefinnischen Völker solche Instrumente erst mit Techniken der Holzbearbeitung hergestellt haben, wie sie im Zuge der slawischen oder baltischen Besiedlung eingeführt wurden. Haas grenzt daher die Entstehung der nordosteuropäischen Flügelzither auf die Zeit zwischen der Eisenzeit (um 500 v. Chr.) und dem Verschwinden der gezupften Leier (um 1000 n. Chr.) ein. Dies spricht sowohl gegen eine angeblich für das Kiever Reich charakteristische *gusli*-Tradition, die sich in der rezenten Spielpraxis der russischen Flügelzither spiegelt (so Lobkova und Mechnecov), wie auch gegen eine Annahme eines altbaltischen Ursprungs im dritten vorchristlichen Jahrtausend²⁵ oder ein altes finnougrieches Erbe.

Die frühere ethnisch argumentierende Forschung hat vielfach die Leier der westsibirischen Chanten *nars-juch* (*nâres-jux*) wie auch das analoge

sche Spiel der Wepsen und Setu mit dem Einfluss des russischen Tanzmusikrepertoires. Siehe auch die hervorragend dokumentierte BA-Arbeit von KATRIN VALK: *Labaga kannel Setumaal 20. sajandi algul: mägutraditsiooni ja pillilugude analüüs [Labaga kannel in Setumaa zu Beginn des 20. Jahrhunderts: Analyse der Spieltradition und der Musik]*, Universität Tartu 2005, einsehbar unter der URL: http://varulven.metsatoll.ee/kati_valk_baka.pdf (letzter Zugriff 14.3.2010).

²³ AIN HAAS: Intercultural Contact and the Evolution of the Baltic Psaltery, in: *Journal of Baltic Studies* 32 (2001), S. 209-250.

²⁴ JOHN A. BRUNE: Geige und Geigenmusik in Großbritannien und Irland, in: *Die Geige in der europäischen Volksmusik*, hrsg. von WALTER DEUTSCH und GERLINDE HAID, Wien 1975, S. 81-88, hier S. 83. Tatsächlich scheint die Schreibweise *canu telyn* gebäuchlicher.

²⁵ ROMUALDAS APANAVIČIUS: *Senosios kanklės ir kankliavimas [Alte kanklės und kanklės-Musik]*, Vilnius 1990. Zu den genannten Autoren Lobkova und Mechnecov vgl. Anm. 18.

sangkvyltap der Mansen als Vorläufer der *gusli* interpretiert. Curt Sachs fielen dagegen einige Übereinstimmungen dieser „einzige[n] Leier Westasiens“²⁶ mit der nordischen Leier auf, wobei er einräumen musste, dass „sichere Beziehungen nicht festgestellt werden“ könnten.²⁷ Hier liefert Haas eine einleuchtende Erklärung, indem er auf eine Reihe morphologischer Übereinstimmungen der obugrischen Instrumente mit denen aus Alt-Novgorod verweist wie auch auf die Handels- und Tributbeziehungen der Chanten und Mansen mit Novgorod.²⁸ Gleichzeitig will der Autor einen von Curt Sachs ins Spiel gebrachten Ursprung der westsibirischen Leiern im Mittleren Osten nicht gänzlich ausschließen.

Stilgeschichtlich sieht Haas die akkordische Leiertechnik als die ältere Spielweise an, während das einstimmige Spiel eine spätere Errungenschaft der ostseefinnischen Völker darstelle. Besonders wichtig erscheint Haas' Beobachtung, dass sich die organologische Entwicklung vor allem in ethnisch gemischten Regionen vollzog, wie allgemein sein Erklärungsmodell sich mehr auf das regionale Moment als auf das ethnische gründet. Vor dem Hintergrund dieses Beitrags relativiert sich in vielem die Frage nach dem ethnischen Ursprung der nordosteuropäischen Flügelzither, die vorerst nicht mehr im Sinne eines vorlawischen (ostseefinnischen oder baltischen) Substrats beantwortet werden kann.

Auf seine Weise versucht auch der Zoologe und Musiker Ilya Tëmkin, die älteren nationalistischen Konzepte bei der Erforschung der baltischen Flügelzither zu überwinden.²⁹ Das Konzept einer „Phyloorganologie“, die unter Verwendung eines für die Phylogenetik entwickelten Computerprogramms auf rein morphologischer Basis Verwandtschaftsbeziehungen zwischen Artefakten wie Musikinstrumenten aufzudecken sucht, kann jedoch wenig überzeugen.

Russische Instrumentalstücke bei Setu, Kareliern und Küstenschweden

Einen starken Einfluss der russischen Tanzmusik bei den Setu hat Tõnurist³⁰ festgestellt. Ein markantes Beispiel hierfür ist ein 1913 von dem finnischen Volksmusikforscher Armas Otto Väisänen (1890–1969) aufgezeichnetes Tanzstück auf der sechssaitigen *labaga kannel*, das auch Katrin Valk³¹ zitiert. Über mehrere Durchgänge der zweitaktigen Periode entspricht es weitestgehend einem *gusli*-Stück, das 1995 im Gebiet Novgorod

²⁶ CURT SACHS: Handbuch der Musikinstrumentenkunde, Berlin 1930, S. 165.

²⁷ Ebenda.

²⁸ HAAS, Intercultural Contact (wie Anm. 23).

²⁹ ILYA TËMKIN: The evolution of *the Baltic psaltery*: A case for phyloorganology, in: *The Galpin Society Journal* 57 (2004), S. 219–230.

³⁰ Vgl. ТЫНУРИСТ, Сетуская парная флейта (wie Anm. 13).

³¹ VALK, *Labaga kannel Setumaal* (wie Anm. 22), S. 42.

aufgezeichnet werden konnte (Notenbeispiel I). Das von Marfa Stepanova auf den sechssaitigen *gusli*³² gespielte *Pod pljasku* („Zum Tanz“) gehört zu dem überregionalen russischen Typus *Russkogo* (auch *Russkaja*, *Barynja*). Gegenüber dem gewöhnlichen harmonischen Grundmuster 2/4 | G D | G C | werden D und C durch a ersetzt. Die charakteristischen sekundverschobenen Akkorde ergeben sich aus der Leierteknik – für einen Akkordwechsel muss lediglich die linke Hand bei unveränderter Fingerhaltung bewegt werden. Die genannten Beispiele ließen sich noch durch weitere Belege aus der Region zwischen Peipus- und Ilmensee ergänzen, wo auch manche Balalaikaversionen des „Russischen“ durch die beschriebene *gusli*-typische Harmonik geprägt sind.³³

Setumaa: *labaga kannel*



Gebiet Novgorod: *gusli*



Es ist keineswegs erstaunlich, dass Väisänen auch in dem heute größtenteils zu Russland gehörenden Karelien zahlreiche *kantele*-Stücke aufzeichnen konnte, die auf russische Vorbilder unterschiedlichen Alters zurückgehen.³⁴ Der „Russische“ trägt hier noch den Namen *Tripatska* (Slg. Väisänen, № 85, Takte 1-4, 11-14), abgeleitet von der im 20. Jahrhundert in Russland selbst kaum noch gebräuchlichen Tanzbezeichnung *Trepak/Trepaka*. Daneben taucht der gleiche Formtyp fragmentarisch auch als *Maanitrus* auf (№ 87, ab Takt 12). Die Bezeichnung „Russischer“ (*Ripatsbka*) trägt in der Sammlung Väisänen (№ 83, 84) zuweilen eine in Russland überregional verbreitete Form der nichttänzerischen Instrumentalgattung *pod pesni* (Liedbegleitung), die zudem durch № 48, 57 und 101 vertreten ist. Auch im Russland des späten 19. Jahrhunderts populäre Lieder wie zum Beispiel *Vdol' po peterskoj* (Die Petersburger Straße entlang, № 60) oder der

³² Das Instrument wurde von dem Feldforscher und Experten für traditionelle Handwerkskunst Vladimir Jaryš aus Velikij Novgorod gebaut und fand die uneingeschränkte Akzeptanz der Musikerin.

³³ MORGENSTERN, Zur Tradition der Flügelzither (wie Anm. 17).

³⁴ ARMAS OTTO VÄISÄNEN: *Kantele- ja jouhikkosävelmiä* [Kantele- und Streichleierstücke] (Suomen kansan sävelmiä [Melodien des finnischen Volkes], Bd. 5), Helsinki 1928. Die Sammlung (im folgenden: Slg. Väisänen) ist in dem von der Universität von Jyväskylä und der Finnish Literary Society initiierten *Digital archive of Finnish Folk Tunes* enthalten (http://esavelmat.jyu.fi/index_en.html), das neben Transkriptionen auch Musikdateien enthält. Ich bedanke mich herzlich bei Dr. Risto Blomster von der *Finnish Literary Society*, der mich auf diese ausgesprochen reichhaltigen Bestände hingewiesen hat.

allgegenwärtige, jedoch bei akademischen Volksliedfreunden äußerst unbeliebte Gassenhauer „Zeisig“ (*Čižik-pyžik*, № 69, 95) sind zu finden, ebenso wie zahlreiche offenbar länderübergreifende Polkamelodien.

Besonderes Interesse verdient die von Fedja Happo auf der fünfsaitigen *kantele* gespielte *Ripatsbka* (hier: Notenbeispiel II/1a, 1b).

Karelilien: *kantele*
♩ = 120

1a 

1b 

Gebiet Novgorod: *žalejka (rožok)*
♩ = 172

2 

Gebiet Vladimir: *vladimirskij rožok* (Holztrompete)

3 

Gebiet Pskov: *Harmonika "chromka"*
♩ = 168

4 

Gebiet Novgorod: *Harmonika "minorka"*
♩ = 188

5 

Das ostinatohafte Hauptmotiv verläuft meistens in einer Bewegung (d^{\sharp} – b^{\flat} – a^{\flat} – b^{\flat} – d^{\sharp} , es deutet sich eine harmonische Bewegung $2/4 \mid G G \mid D G \mid$ an. In Russland selbst sind der *Ripatsbka* ähnliche Melodien nur sehr selten nachgewiesen, sie treten jedoch überregional auf. Meistens handelt es dann lediglich um eines von mehreren thematischen Motiven. Das markanteste Beispiel ist die *Pljasovaja* (II/2) aus dem Gebiet Novgorod, eine der wenigen erhaltenen Tanzmelodien auf der einfachen *žalejka*, weiterhin die *Pljaska* (II/3) auf einer Holztrompete aus dem Gebiet Vladimir, als Harmonikastück eine *Russkaja* aus dem Gebiet Pskov (II/4) und eine weitere wiederum aus dem Gebiet Novgorod (II/5). In der Holztrompetenversion liegt zuweilen der erste Gerüstton auf c^{\flat} . Ähnliches gilt durchweg für eine von Mechnecov aufgezeichnete Version des *Kazačok* eines Geige-Hackbrett-Ensembles aus dem Gebiet Pskov.³⁵ Hierdurch tendiert der harmonische Ablauf zu $2/4 \mid C G \mid D G \mid$, was dem zweiten Formtyp des „Russischen“ (*Russkogo II* in der von mir vorgeschlagenen Typologie)³⁶ entspricht. Wir können die in Beispiel II aufgeführten Formen als *Russkogo IIa* bezeichnen – zumal die naturgemäß recht uneinheitliche Volksterminologie wie so oft keine eigene Typenbezeichnung für dieses Melodiemodell anbietet.

Im Hinblick auf das ältere russische Tanzmusikrepertoire ist vor allem auch eine von Macievskij angeführte estnische Sackpfeifenmelodie aus der Sammlung Herbert Tampere von Interesse (Notenbeispiel III/1a, 1b). Der Forscher versucht durch gewisse rhythmische Parallelen den finnougrischen Charakter einer nordrussischen Hirtenmelodie auf der Klarinette *vargan* nachzuweisen (s. o.). Der zweite Teil der estnischen Sackpfeifenmelodie ähnelt jedoch sehr stark dem Fragment einer von Bo Nyberg mitgeteilten Tanzweise des estlandschwedischen Dudelsackpfeifers Jaan Pulk (III/2)³⁷ aus der Sammlung Otto Andersson. Sie trägt die Bezeichnung *Rysk dans*, ist also eindeutig dem russischen Repertoire zugewiesen. Dieser heute sehr seltene Typus ist bereits Ende des 18. Jahrhunderts von dem schottischen Russlandforscher Matthieu Guthrie als *Pesne Pliasovia ou chanson de danse* dokumentiert worden (III/3).³⁸ Tatsächlich dürfte es sich nicht nur wegen des Fehlens eines Liedtextes um eine genuin instrumentale Melodie handeln. Guthrie bezeichnet sie als „danse russe par excellence“.³⁹ Sie beruht auf dem harmonischen Grundmuster $2/4 \mid G C \mid G D \mid$ – also dem ersten Formtyp des „Russischen“, beginnend mit dem zweiten Takt. Das

³⁵ Напевы родины Мусоргского, Ленинград, Мелодия, S 20 28761 001 (1989), № 10.

³⁶ Morgenstern: Die Musik der Skobari (wie Anm. 4), S. 264 ff.

³⁷ BO NYBERG: Drömpip, drumppipa, säckepip. Säckpipan hos estlandssvenskarna [Sackpfeifen im schwedischsprachigen Estland], in: Säckpipan i Norden, hrsg. von PER-ULF ALLMO, Stockholm, Uppsala 1990, S. 237–281, hier S. 278. Der Musiker gehörte ungeachtet seines estnischen Namens zu der schwedischen Bevölkerungsgruppe.

³⁸ MATTHIEU GUTHRIE: Dissertation sur les antiquités de Russie, Санкт-Петербург 1795, pl. II, № 6.

³⁹ Ebenda, S. 179ff.

gilt auch für eine weitere stilisierte Volkstanzmelodie von offenbar ähnlichem Repräsentationswert – dem zweiten Thema von *Rousskaja et Tre-pak* aus dem Klavierzyklus *Danses Nationales* von Anton Rubinstein (Op. 82, № 1) aus dem Jahr 1868 (III/4). In neueren Feldforschungen ist dieser Formtyp kaum dokumentiert. Evgenij Gippius konnte 1931 noch das Spiel eines 1836 (!) geborenen nordweißrussischen Dudelsackpfeifers aufnehmen, dessen *Russkogo* dem beschriebenen Typus entspricht (III/5). Ebenfalls aus dem weißrussisch-russischen Grenzgebiet stammt der *Golubec* („Tauber“) von einem Geigenduo aus dem Gebiet Smolensk (III/6). Dieser Name, der seit dem späten 18. Jahrhundert häufig für einen pantomimischen Paartanz verwendet wird, bietet sich auch als typologische Bezeichnung der in Rede stehenden Tanzmusikform an. Ein weiterer von Jaan Pulk gespielter *Rysk dans*⁴⁰ lässt sich typologisch schwer einordnen – im Gegensatz zu den beiden darauf folgenden Transkriptionen. Sie gehören eindeutig zu dem bekannten überregionalen Typus der *Kamarinskaja*.

Tarvastu: *torupill* (Sackpfeife)



Harjumaa: *torupill*



Es fällt auf, dass die karelischen und estlandschwedischen Instrumentalstücke vom Typus *Russkogo Iia* und *Golubec* einerseits terminologisch auf eine russische Herkunft verweisen (*Ripashka*, *Rysk dans*), dass sie andererseits jedoch in Russland selbst kaum noch dokumentiert sind. Vergleichsweise häufig scheinen sie sich in Instrumentalstilen zu finden, die der älteren, jedoch unzureichend dokumentierten solistischen Blasinstrumentenpraxis entsprechen (wobei keineswegs eine stilgeschichtliche Kontinuität wesentlicher Teile des russischen Handharmonikarepertoires in Abrede zu stellen ist). Es steht außer Zweifel, dass bei der Rekonstruktion von Stil und Repertoire der traditionellen russischen Instrumentalmusik vor dem Siegeszug der Handharmonika Mitte des 19. Jahrhunderts sich die ostseefinnischen Quellen noch als überaus aufschlussreich erweisen können.

⁴⁰ STIG NORMAN: Upptecknade låtar; Svenskestland [Melodieaufzeichnungen; Schwedisch-Estland], in: Säckpipan i Norden (wie Anm. 37), S. 441-477, hier S. 471, II:20.

Russische Tanzmelodie nach Guthrie (1795)

3

Musical score for 'Russische Tanzmelodie nach Guthrie (1795)'. It consists of three staves: a treble clef staff with a melody in G major and 2/4 time, and two piano accompaniment staves (treble and bass clef) with a rhythmic accompaniment of eighth notes. The piece is marked with a '3' at the beginning.

Continuation of the musical score for 'Russische Tanzmelodie nach Guthrie (1795)'. It consists of three staves: a treble clef staff with a melody in G major and 2/4 time, and two piano accompaniment staves (treble and bass clef) with a rhythmic accompaniment of eighth notes.

Rousskaja et Trepak (Anton Rubinstein, 1868)

4

Allegro

Musical score for 'Rousskaja et Trepak (Anton Rubinstein, 1868)'. It consists of two staves: a treble clef staff with a melody in G major and 2/4 time, and a bass clef staff with a rhythmic accompaniment of eighth notes. The piece is marked 'Allegro' and 'p' (piano). A '4' is written to the left of the staves.

Gebiet Vicebsk: *duda* (Sackpfeife)

5

Musical score for 'Gebiet Vicebsk: *duda* (Sackpfeife)'. It consists of a single treble clef staff with a melody in G major and 2/4 time. The piece is marked with a '5' at the beginning and includes a '3' above a triplet of notes.

Gebiet Smolensk: Geigenduo

6

Musical score for 'Gebiet Smolensk: Geigenduo'. It consists of two staves: a treble clef staff with a melody in G major and 2/4 time, and a bass clef staff with a rhythmic accompaniment of eighth notes. The piece is marked with a '6' at the beginning.

Wie es scheint, steckt eine differenzierte Betrachtung der ostseefinischen und slawisch-russischen ethnomusikalischen Austauschprozesse auf dem Gebiet der Instrumentalkultur, wie sie in vielem durch die Arbeiten von Igor Tönurist, Igor' Macievskij und Ain Haas angestoßen wurde, noch in den Anfängen. Unübersehbar ist jedoch der Überdruß an der ideologischen Ambitioniertheit früherer national argumentierender Konzepte. Man kann nur wünschen, dass die Wissenschaft hier von den Volksmusikern der unterschiedlichen Kulturen lernen wird. Nach allem zu urteilen begegneten diese einander über Jahrhunderte mit aller Unvoreingenommenheit, ohne sich von Erwägungen des nationalen oder ethnischen Prestiges oder anderweitigen politischen Kriterien leiten zu lassen.

Das Baltikum 20 Jahre nach der „Singenden Revolution“. Ein Konferenzbericht

VON KARSTEN BRÜGGEMANN

Die so genannte „Singende Revolution“ in den drei damaligen baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen stand ein wenig am Rande des historischen Jubiläumsjahrs 2009. Immerhin fand vom 13. bis 15. November eine von der Academia Baltica organisierte Tagung in der Europäischen Akademie Sankelmark statt, deren Ziel es u. a. war, nicht zuletzt anhand der am 23. August 1989 organisierten Menschenkette von Tallinn bis Vilnius, an der über eine Million Menschen teilnahm, an den baltischen Aspekt des „annus mirabilis“ 1989 zu erinnern. Zugleich ruft dieses Ereignis den Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes in Erinnerung, mit dem die deutsche Mitverantwortung für das Schicksal der ostmitteleuropäischen Völker eng verbunden ist. Schon daher war die Tagung auch der Verständigung über die Grenzen der historischen Erinnerung hinaus gewidmet

Die Tagung versammelte Experten für die Gegenwart und Vergangenheit der baltischen Staaten, deren Wirkungskreis von London über Groningen und Lüneburg nach Tallinn reicht. In ihren einführenden Bemerkungen betonten Karsten Brügge mann (Tallinn) und der Akademieleiter Christian Pletzing nicht nur den erinnerungspolitischen Gehalt des Jahres 2009, sondern auch die Bedeutung des Jahres 1989 für die baltischen Sowjetrepubliken: Im Gegensatz zu den ehemaligen Volksrepubliken wie Polen oder der Tschechoslowakei galt Moskaus Wort hier noch unbedingt, an ein Auseinanderbrechen der Sowjetunion war damals noch nicht zu denken. Trotzdem wurden die Vorgänge auf der „eigenen“ Seite des „Eisernen Vorhangs“ intensiv beobachtet. Beide Redner betonten, wie beachtenswert schon aus diesen zeitlichen Vorgaben heraus die rasche Integration der drei ehemaligen Sowjetrepubliken in die Strukturen der EU und der NATO seit 2004 verlaufen sei.

Detlef Henn ing (Lüneburg) führte sodann mit vielen Details auch aus eigenem Erleben in die Ereignisse der „Singenden Revolution“ ein, wobei er seinen Fokus auf Lettland richtete, aber den breiteren historischen Kontext – die Perestrojka in der UdSSR mit all ihren außenpolitischen Folgen bis hin zur deutschen Wiedervereinigung – nicht aussparte. Visuell untermalt wurde sein Vortrag am Abend mit dem amerikanischen, von Exil-Esten gedrehten Dokumentarfilm „The Singing Revolution“ (2007),

der die emotionale Seite der Unabhängigkeitsbewegung in Estland reichst eindrucklich festhielt.

Silke Berndsen (München) beschäftigte sich mit der innerbaltischen Zusammenarbeit während der Jahre der Perestrojka von 1988 bis 1991. Sie sprach über die Gründung der Volksfronten, in deren Vorwege es bereits telefonische Absprachen zwischen Vertretern der drei Länder gegeben hat. Die Idee, die eigene Position gemeinsam zu vertreten, war einleuchtend. Die Absprachen, die zu einer gemeinsamen Politik gegenüber Moskau führten, trugen Ende 1989 nicht unerheblich dazu bei, dass der sowjetische Volksdeputiertenkongress die Existenz der Geheimen Zusatzprotokolle zum Hitler-Stalin-Pakt nicht nur anerkannte, sondern sie auch für null und nichtig erklärte. Berndsen zeigte die Netzwerke zwischen den einzelnen Vertretern aus den drei Ländern auf, die in gewisser Weise natürlich Früchte der klassischen sowjetischen „Völkerfreundschaft“ waren.

Schon im nächsten Vortrag ging es wieder um die diversen internationalen Kontexte der „Singenden Revolution“. Maarja Merivoo-Parro (Tallinn) untersuchte die Haltung der exilestnischen Diaspora in Kanada zur Unabhängigkeitsbewegung. Sie machte deutlich, wie stark die Entfremdung mittlerweile geworden war, da vor allem für die älteren Generationen alles, was aus der Sowjetunion kam, als verdächtig galt – so auch die neuen Lieder der Unabhängigkeitsbewegung. Diese wiederum waren im Lande selbst bedeutsamer als manche politische Rede, weil es hier auch um die Belebung alter Volkstraditionen ging, die nahtlos auch auf moderne Rockmusik übertragen wurde. Während sich die musikalische Erfahrung des Singens auch bei den jüngeren Vertretern im Exil vor allem aus der Zeit der DP-Camps speiste, war die Zeit im *Sovetskaja Pribaltika* nicht stehen geblieben. In New York wiederum wurden bei einer Aufführung in den 1970er Jahren die klassischen, bis heute verehrten sowjetestnischen Filme, wie „Kevade“ (Frühling, nach einem Roman von Oskar Luts, 1969) und „Viimne reliikvia“ (Die letzte Reliquie, nach einem Roman von Eduard Bornhöhe, 1969) als sowjetische Propagandaerzeugnisse verketzert; wer sich diese Filme ansah, wurde von Exiloffiziellen namentlich aufgezeichnet. Das Misstrauen war groß.

Kristina Spohr-Readman (London) beschäftigte sich mit der Haltung der Bonner Regierung Kohl zu den Ereignissen im Baltikum und betonte die eindeutige Priorität, die für diese trotz aller pro-baltischen Rhetorik das Verhältnis zu Moskau besaß. Indem man in den westeuropäischen Hauptstädten gebannt auf Warschau und Prag blickte und Gorbačëv unterstützte, wurden die Ereignisse im sowjetischen Baltikum zu einer Bedrohung für die Perestrojka erklärt und die baltischen Vertreter zur Mäßigung aufgerufen. Erst 1991 änderte sich diese Haltung, als die Wiedervereinigung unter Dach und Fach war. Nun konnte Außenminister Genscher den Kanzler drängen, die drei Staaten rasch diplomatisch anzuerkennen. Noch während der Perestrojka jedoch begann sich die deutsch(baltisch)e Zivilgesellschaft

zu regen, indem vielfältige Kontakte zum Baltikum wieder angeknüpft wurden. Konrad Maier (Lüneburg) zeichnete ein detailreiches Bild dieser Initiativen, die alles in allem als erfolgreich gelten können, zumal in den baltischen Republiken eine Rückbesinnung auf das historische Erbe zu vermerken war. Die Deutschbalten verkörperten somit in den Jahren von Glasnost und Perestrojka den Traum von weit zurückliegendem, vergangenem Glück – je drückender die Sowjetmacht empfunden wurde, desto sehnsüchtiger konstruierte man eine Gegenposition zur russisch oktroyierten Kultur und Gesellschaft. Allerdings habe sich diese Situation heute verändert. Die Mehrzahl der Deutschbalten, abgesehen von einigen wenigen, zeige heute Maier zufolge eine Wagenburg-Mentalität und sei kaum bereit, andere kulturell Aktive gleichberechtigt zu registrieren und in eigene Initiativen einzubeziehen, sofern in deren Vordergrund nicht die deutschbaltischen Verdienste um die „gemeinsame Heimat“ stehen – oder die eigene Rolle als Opfer der Geschichte. Unbequeme oder konträre historische Interpretationen würden dabei ausgeblendet, verharmlost oder vehement bestritten. Ansätze für einen differenzierenden Ansatz bei der Historisierung der eigenen Geschichte, der die Kultur und Geschichte aller in dieser geografischen Region ansässigen Völkerschaften berücksichtigt, sieht Maier in erster Linie bei nicht-deutschbaltischen Organisationen.

In den Vorträgen von Cornelius Hasselblatt (Groningen) und Stephan Kessler (Greifswald) ging es um die heutige literarische Auseinandersetzung der Esten, Letten und Litauer mit der „Singenden Revolution“. Dabei brachten beide Redner auch die Erfahrungen der russischsprachigen Minderheit in die Diskussion, die angesichts der dominierenden Narrative der Mehrheitsvölker in den Hintergrund zu geraten drohen. Sehr effektiv war die Hasselblattsche Lesung einer Novelle von Mati Unt unter dem Titel „Kaks kohtumist ja nende süntees“ (Zwei Begegnungen und ihre Synthese).¹ Mehr als der wissenschaftliche Diskurs es zu leisten bereit ist – zumal der historische, ist doch die Geschichte eine staatlich geförderte Wissenschaft – ist es die Literatur, in der durchscheint, dass die „eigene“ Erfolgsgeschichte auch Verlierer im eigenen Land hatte. Nicht zu unrecht aber gab Kessler zu bedenken, dass ja auch das deutsche Feuilleton jahrelang auf den „Wenderoman“ gewartet hätte. Wer weiß, was die Literaturen der drei Staaten in der Zukunft noch vorlegen werden.

Hieran schloss sich ein Vortrag von Eva-Clarita Onken (Lüneburg) an, die anhand lebensgeschichtlicher Interviews das Bild zu rekonstruieren versuchte, das sich die „Kinder der Wende“ (Jg. 1969–1978) heute von der Zeit der „Singenden Revolution“ machen. Auch sie machte deutlich, dass russische Erfahrungen im Lettland der Perestrojka-Jahre grundsätzlich

¹ MATI UNT: Kaks kohtumist ja nende süntees [Zwei Begegnungen und ihre Synthese], in: Isamaa suvi. Lühilugusid aastaist 1991–2008 [Der Sommer des Vaterlandes. Kurzgeschichten aus den Jahren 1991–2008], hrsg. von KAJAR PRUUL, Tallinn 2009, S. 125–140 (erschienen in Looming 1999, Nr. 9).

andere waren als die der Letten, obgleich eine starke Ähnlichkeit durchaus erkennbar wird: in der Einschätzung der Sowjetzeit. Damals habe es eben auch positive Aspekte gegeben, z. B. auf dem Gebiet der Bildung und in Bezug auf eine grundsätzliche materielle Gleichheit aller. Auch die negativen Erscheinungen der Sowjetzeit sind unbestritten: lange Schlangen vor den meist leeren Geschäften, viel Zeit und noch mehr Langeweile. Zugleich ist aber auch ein deutlicher Bruch der Generationen darin zu erkennen, dass die Jüngeren bei den Älteren immer auch das sowjetische Erbe im eigenen Verhalten bemerken. Übereinstimmung herrscht bei der Einschätzung, dass die damalige Solidarität und Einigkeit längst vergangen sei.

In den lebhaften Diskussionen, die den Vorträgen folgten, wurde immer wieder deutlich gemacht, dass die Kenntnis über die baltischen Nachbarn in der Bundesrepublik vergleichsweise gering ist. Die Fragen kreisten um Deutschlands Verhältnis zu der Region in Geschichte und Gegenwart, zeugten aber auch von bemerkenswertem Engagement für ein besseres Verständnis auf beiden Seiten. Das von Gorbatschow beschworene „gemeinsame Haus Europa“ ist nach wie vor eine politische Utopie. Gerade auch das heutige, durch die Debatten um die Vergangenheit belastete Verhältnis der baltischen Staaten zur Russischen Föderation kam immer wieder zur Sprache, wobei aber auch die deutsche Rolle beim Bau der Ostseepipeline angeregt diskutiert wurde.

DEBATTE

BJÖRN M. FELDER: *Lettland im Zweiten Weltkrieg. Zwischen sowjetischen und deutschen Besatzern 1940–1946* (Krieg in der Geschichte, 43). Ferdinand Schöningh. Paderborn 2009. 404 S. ISBN: 9783506765444.

Die vorliegende Monografie ist die überarbeitete Fassung einer 2006 an der Universität Tübingen abgeschlossenen Dissertation, die im Folgejahr mit dem Fraenkel-Preis des „Wiener Library Institute of Contemporary History“ in London ausgezeichnet wurde. Der Verfasser forscht seit 2003 auch für die Lettische Historikerkommission und ist bisher mit mehreren Aufsätzen zur Zeitgeschichte Lettlands hervorgetreten. Mit seiner Arbeit lehnt er sich eng an die Ergebnisse der Kommission an, die inzwischen bereits 25 Bände veröffentlicht hat.

Das Buch ist lesbar geschrieben, hätte aber ein gründlicheres Lektorat verdient, denn zahlreiche Tippfehler und einige Stilblüten sind nicht korrigiert worden. So schreibt der Autor über „Ereignisse im Baltikum und in den ostpolnischen Gebieten von 1930 bis 1941“ (S. 80), meint aber wohl die Zeitspanne von 1939 bis 1941. Auf derselben Seite lesen wir von der Lettischen sowie der lettischen Republik (S. 115), der Staat bezeichnet sich jedoch selbst als Republik Lettland. Der Rezensent möchte nicht als kleinlich erscheinen, aber er konnte beispielsweise die Literaturangabe Werth (2007) (S. 140, Anm. 533) nicht identifizieren, aus Martin Broszat wurde „Bronzart“ (S. 362) und eine Kapitelüberschrift wurde zur Unkenntlichkeit gekürzt (II.1. Der als „Selbstreinigungsjaktion“). Ein guter Lektor hätte auch dafür gesorgt, Altgläubige nicht als „fundamentalistische Sektierer“ (S. 106) zu bezeichnen.

Gewöhnungsbedürftig ist die nahezu konsequente Verwendung deutschsprachiger Ortsnamen für Lettland, nur bei der ersten Nennung führt Felder auch die lettische Bezeichnung an. Da jedoch ein zweisprachiges Ortsverzeichnis fehlt und der Rezensent die lettischen Namen besser kennt als die deutschen, hatte er mitunter leichte Probleme, sich geografisch zu orientieren.

Felder gliedert sein Werk in zwei Hauptblöcke, „Die sowjetische Okkupation Lettlands 1940–1941“ mit acht Unterkapiteln und „Die nationalsozialistische Besetzung Lettlands 1941–1945“ mit sechs Unterkapiteln. Somit räumt er einem Jahr sowjetischer Herrschaft mehr Platz ein als mehr als drei Jahren deutscher. Nur ein kurzer zehnjähriger Ausblick behandelt dann die Nachkriegszeit, wobei der Autor zuvor kaum auf die Vorbereitungen zur Rückeroberung Lettlands im sowjetischen Hinterland eingegangen

ist. Somit erscheint die im Titel angeführte Jahreszahl 1946 als Ende des Zeitrahmens nicht korrekt gewählt und es hätte wohl besser 1945 heißen müssen.

Der Verfasser stützt sich auf umfangreiche Archivrecherchen in Deutschland, Lettland und den USA, die Auswertung zeitgenössischer Periodika und die gründliche Erfassung der bestehenden Forschungsliteratur, wie ein fast vierzigseitiges Literaturverzeichnis belegt. Verdienstvoll ist sicherlich die gründliche Bearbeitung der lettischsprachigen Forschung, doch schmerzlich vermisst der Rezensent beispielsweise die bahnbrechenden Arbeiten Elena Zubkova s. Einige zusätzliche Einblicke hätte auch die Recherche in Moskau beschert, wie kürzlich Juliette Denis zeigen konnte.¹

Zu loben ist der Ansatz des Verfassers, sowohl die sowjetische als auch die nationalsozialistische Herrschaft zu untersuchen, den Vergleich nicht zu scheuen und die Vorgänge in größere Zusammenhänge einzuordnen. Dies erfordert ein gründliches Einarbeiten nicht nur in die Zeitgeschichte Lettlands, sondern auch in die umfangreiche Historiografie zum Dritten Reich und zum Stalinismus. Insgesamt ist das Ergebnis gelungen, aber an mancher Stelle verhebt sich Felder im Bemühen um die historische Einordnung. So übernimmt er beispielsweise die These vom „Holodomor“ in der Ukraine als einer „gezielten Hungerstrategie“ Stalins, der zwischen fünf und acht Millionen Menschen zum Opfer fielen (S. 60), ignoriert aber die wegweisende Arbeit von R.W. Davies und Stephen G. Wheatcroft, die zu anderen Ergebnissen kommen.² Die Frage bleibt, ob die Hungersnot in der Ukraine wirklich in den Kontext der Ereignisse in Lettland gehört.

Felder beginnt seinen Text mit der sowjetischen Okkupation Lettlands im Juni 1940 und geht dann jeweils thematisch vor, wobei er sich sowohl auf die Situation in Lettland in der Zwischenkriegszeit als auch auf die größeren Zusammenhänge bezieht. Die zeitlichen Rückblenden erschweren mitunter das Lesen, sind aber gewiss für das Verständnis der Vorkommnisse hilfreich. Etwas geschickter wäre es gewesen, in einem einführenden Kapitel erst einmal die Lage in Lettland vor der Okkupation vorzustellen und ein wenig Landeskunde zu betreiben, um somit die Rückblenden zu verkürzen. Besonders überzeugend wird der Verfasser, wenn er seine eigenen Forschungen ausbreiten kann zum Beispiel zu Widerstand oder „Erbhygiene“ in Lettland. Schwächer ist die Darstellung mitunter, wenn er vor allem die Ergebnisse anderer referiert.

Etwas störend erscheint die Verwendung von Begriffen wie „Sowjetisierung“, „kultureller Rassismus“, „Totalitarismus“ oder „Kolonialismus“, ohne sie immer dem Leser im Zusammenhang der Fallstudie angemessen zu definieren. Auch drängt sich die Frage auf, ob diese Termini stets korrekt

¹ JULIETTE DENIS: Identifier les „éléments ennemis“ en Lettonie: Une priorité dans le processus de resoviétisation (1942–1945), in: Cahiers du Monde russe 49 (2008), S. 297–318.

² R.W. DAVIES, STEPHEN G. WHEATCROFT: The Years of Hunger: Soviet Agriculture 1931–1933 (The Industrialisation of Soviet Russia, 5), Basingstoke 2004.

verwendet werden, wenn Felder beispielsweise das kulturelle Überlegenheitsgefühl mancher Juden gegenüber Letten gleich als „kulturellen Rassismus“ (S. 113) einordnet. Heutzutage erscheint auch der Totalitarismus-Begriff gelinde gesagt als etwas veraltet.³

Felder schildert eingangs die Vorgänge um die Okkupation und die Annexion Lettlands 1940 und betont die Bedeutung der sowjetischen „Strippenzieher“. Anschließend geht er auf die stalinistische Nationalitätenpolitik der Vorkriegszeit und die Rolle der Letten als „Feindnation“ besonders während der „Lettischen Operation“ 1937–1938 ein. Für den Verfasser blieb diese negative Einschätzung dann auch nach 1940 bestehen. Viele Letten sahen in den Vorgängen 1940 und 1941 eine ethnische Fremdherrschaft, insbesondere da das neue Regime auf die Mobilisierung ethnischer Minderheiten wie Russen und Juden setzte. Die Wahrnehmung einer russischen oder russisch-jüdischen Herrschaft war in den annektierten baltischen Staaten sicherlich weit verbreitet. Nach Meinung des Rezensenten geht Felder mit seiner These der Mobilisierung der Minderheiten, die er unter anderem anhand der Statistik der Parteimitglieder belegt, etwas zu weit. Wenn etwa die Hälfte der 200 000 Russen in Lettland Altgläubige waren (S. 106), stellt sich die Frage, wie die atheistische Sowjetunion diese höchstgradig religiösen Altgläubigen für ihre Sache mobilisieren konnte. Für die meisten Altgläubigen waren damals religiöse Kategorien bedeutend wichtiger als ethnische, ja sie bevorzugten „Protestanten“ gegenüber „Orthodoxen“ oder gar „Atheisten“, wie der Rezensent bei eigenen Feldforschungen in den Dörfern Altgläubiger am Peipussee feststellen konnte. Die Unabhängigkeit der Republik Lettland hatte ihnen das Ende der Diskriminierung durch den russischen Staat beschert. In heutigen Interviews mit russischsprachigen Zeitzeugen aus Lettgallen wird ein eher positives Bild des unabhängigen Lettland entworfen und die Zeit des Stalinismus sehr kritisch gesehen.⁴ Sicherlich gelang es den Sowjets, einen Teil der Minderheiten zu mobilisieren – auch wegen der vorherigen Lettisierungskampagnen des Ulmanis-Regimes –, doch wahrscheinlich überschätzt der Autor das Phänomen. Die überproportionale Vertretung von Russen und Juden in der Lettischen KP könnte sich auch einfach damit erklären lassen, dass Soldaten und Offiziere der sowjetischen Garnisonen sowie aus der UdSSR abkommandierte „Spezialisten“ Eingang in die Parteistatistik fanden, wie Felder selbst andeutet (S. 97).

Zweifelsohne ist dem Autor zuzustimmen, wenn er Massenverhaftungen und Deportationen als Mittel zur „Säuberung“ Lettlands darstellt (S. 140f.). Ob aber „negative Stereotypen und Formen von kulturellem Rassismus“ (S. 141) wirklich so wichtig waren, wie Felder andeutet, darf

³ Beyond Totalitarianism: Stalinism and Nazism Compared, hrsg. von MICHAEL GEYER und SHEILA FITZPATRICK, New York 2009.

⁴ IRĒNA SALENIECE: Latvian 20th Century History from the Perspective of Oral History Sources. The Views of Russians from Eastern Latvia, in: Pro Ethnologia 2005, Nr. 19, S. 33–42.

angezweifelt werden. Ebenso kann er die These einer Duldung eines ethnischen Selbstverständnisses der Letten „nur auf der Ebene von Folklore“ (S. 164) nicht hinreichend belegen. Der stalinistische Staat „duldet“ nicht nur, nein er förderte sogar die muttersprachliche Bildung, inklusive eines Universitätsstudiums, sowie die muttersprachliche Hochkultur in allen drei baltischen Sowjetrepubliken. Rein quantitativ sollten Bildungswesen und kulturelle Institutionen nach dem Krieg sogar noch expandieren, wenn sie auch in ein enges sowjetisches Korsett eingespannt waren und qualitativ nicht das Niveau der Zwischenkriegszeit erreichten. Weiterhin finden sich unter den Anweisungen aus Moskau wiederholt Forderungen, den Anteil der Titularnationen unter den Parteimitgliedern und Kadern im Baltikum zu stärken.

Im zweiten Block über die nationalsozialistische Okkupation geht Felder eingangs auf die Planungen für Lettland ein und beschreibt dann überzeugend, wie der Genozid an den Juden und andere Massenverbrechen als „Selbstreinigungsjaktion“ der Einheimischen inszeniert wurden. Felder untersucht in der Folge, wie verschiedene lettische Akteure sich mit den Verhältnissen arrangierten und auf welche Gruppen sich die Besatzer stützen konnten. Interessant erscheint die Rolle der Donnerkreuzler, die erst favorisierte Partner waren und dann verstärkt einen nationalen Widerstand unterstützten, oder das Schicksal der Vertreter des Ulmanis-Regimes, ohne die die Deutschen schließlich nicht auskommen konnten. Sehr gelungen ist das Kapitel über die lettische Version der „Erbhygiene“, in dem der Verfasser deutlich Kontinuitäten zur Vorkriegszeit herausarbeitet, sowohl personell als auch in den Überzeugungen. Daran schließt sich ein Kapitel zum Widerstand an. Nach Meinung des Rezensenten ist dieser zweite Block insgesamt besser gelungen als der erste.

Aus Platzmangel kann an dieser Stelle nicht auf alle Thesen eingegangen werden, die zum Widerspruch anregen. Zusammenfassend gesagt, hat Felder eine wichtige Studie vorgelegt, die an einigen Stellen jedoch gründlicher hätte überarbeitet werden sollen. Wenn der Rezensent auch nicht mit allem einverstanden ist und der Verfasser an einigen Stellen wenig Neues berichten kann, so sind andere Abschnitte eine höchst anregende Lektüre. Damit ist die vor einigen Jahren vorgelegte schwächere Studie aus der Feder von Valdis Luma⁵ jedenfalls durch einen solideren Überblick abgelöst worden.

OLAF MERTELSMANN

Im April 2009 erschien Björn M. Felders Buch über Lettland im Zweiten Weltkrieg, mit dem er 2006 an der Universität Tübingen promoviert hat. Sein Ziel ist eine allgemeine Überblicksdarstellung zu diesem Thema, was allein schon deswegen wichtig ist, weil deutsche Historiker in den letzten Jahren hauptsächlich nur auf einzelne Aspekte der lettischen Geschichte im 20. Jahrhundert eingegangen sind; insbesondere gilt dies für den Holocaust während der deutschen Besatzungszeit von 1941 bis 1944/45.¹

Tatsächlich ist Felders Monografie die erste zusammenfassende Arbeit zum Zweiten Weltkrieg in Lettland, die im Ausland erscheint.² Einige der in der Veröffentlichung angesprochenen Fragen dürften lettischen Historikern bereits als beantwortet gelten oder zuweilen möglicherweise sogar als zu detailliert behandelt erscheinen, es muss jedoch daran erinnert werden, dass dem möglichen Zielpublikum im Westen der größte Teil der in der Monografie behandelten Ereignisse noch weitgehend unbekannt ist.

Das Werk umfasst drei Teile: die sowjetische Besatzung 1940–1941, die deutsche Besatzung 1941–1944/45 und die Rückkehr der Sowjetmacht 1944–1946. Diese Struktur der Darstellung wird meist zwar auch von lettischen Historikern verwendet. Man darf aber Einspruch erheben angesichts dieser chronologischen Grenzen: Der Zweite Weltkrieg begann bekanntlich am 1. September 1939 und betraf nicht nur die Krieg führenden Staaten, sondern auch andere Länder Europas – wie z. B. Lettland. Daher ist es nicht recht verständlich, warum der Autor die lettische Innen- und Außenpolitik des Jahres 1939 leider ganz außer Acht gelassen hat. Der bereits am 5. Oktober 1939 abgeschlossene sowjetisch-lettische Vertrag über angeblich zu leistende gegenseitige Hilfe hatte ja zur Folge, dass Lettland von nun an unter dem Protektorat der UdSSR stand; dies ermöglichte im Sommer 1940 dessen fast legitime Okkupation und Annexion durch die Sowjets.³

Etwas eigenartig erscheint auch der Gedanke Felders, den Zweiten Weltkrieg auf dem lettischen Gebiet mit dem Jahr 1946 enden zu lassen. Leider gibt es im Werk weder eine theoretische noch eine faktologische Erklärung für diese Zäsuren. Die Schilderung der Situation in der Nachkriegszeit, der der letzte Teil der Arbeit gewidmet ist, nennt der Autor

⁵ VALDIS O. LUMANS: *Latvia in World War II*, New York 2006. Vgl. die Rezensionen in: *Journal of Baltic Studies* 38 (2007), S. 377–379 (MATTHEW KOTT), und in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 57 (2009), S. 287 (KARSTEN BRÜGGEMANN)

¹ Siehe z. B. ANITA KUGLER: *Scherwitz. Der jüdische SS-Offizier*, Köln 2004; ANDREJ ANGRICK, PETER KLEIN: *Die „Endlösung“ in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944*, Darmstadt 2006.

² Im Jahr 2004 erschien das Buch des britischen Historikers GEOFFREY SWAIN: *Between Stalin and Hitler. Class War and Race. War on the Dvina*, London 2004, das diese Epoche mit einem starken Bezug auf die moderne Sozialgeschichte behandelt.

³ DAINA BLEIERE, ILGVARS BUTULIS, INESIS FELDMANIS, AIVARS STRANGA, ANTONIJS ZUNDA: *Latvija Otrajā pasaules karā (1939–1945) [Lettland im Zweiten Weltkrieg (1939–1945)]*, Riga 2008, S. 125f.

mit Recht einen „Überblick“, der bis zum Jahr 1953 reicht, wobei aber eben unklar bleibt, warum er mit dem Jahr 1946 einsetzt.

Die Zeit der „sowjetischen Okkupation“ 1940–1941 behandelt der Autor in acht Kapiteln. Betrachtet werden solche Phänomene wie der von der Sowjetunion 1940 vollzogene „Anschluss“ Lettlands, die ethnische Politik Stalins und das während der kurzen Sowjetperiode im Rahmen der sowjetischen Nationalitätenpolitik geprägte Bild von den Letten als einer „feindlichen Nation“, ihr Verhältnis zum Regime und zu den in Lettland lebenden ethnischen Minderheiten, sowie ihre Reaktionen auf die Okkupation. Einzelne Kapitel sind den lettischen Kommunisten und dem „Jahr des Schreckens“ als Phänomen sowjetischer Bevölkerungspolitik gewidmet. Es sei an dieser Stelle eine Anmerkung zu den jungen lettischen Kommunisten gestattet, die 1940 erstaunlicherweise in großer Zahl aus dem Umkreis der lettischen Sozialdemokraten und der Liberalen kamen, die sich um die Tageszeitung „Jaunākās Ziņas“ (Neueste Nachrichten) gruppierten: Gerade sie zeigten sich für eine Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Regime sehr bereitwillig. Den eigentlich „echten“ oder alten lettischen Kommunisten, die noch vor 1940 der Partei angehört hatten, und die Felder „lettische Stalinisten“ nennt, wird im anzuzeigenden Buch leider kaum Aufmerksamkeit zuteil. Den ersten Teil der Monografie beschließt die Beschreibung der Perzeption der „Russenzzeit“ in der lettischen Gesellschaft und deren Reaktionen darauf; ferner wendet sich der Autor auch lettischen Widerstandsformen im Alltag und dem organisierten Widerstand zu.

Zur Betrachtung der ersten sowjetischen Okkupationszeit wählt sich Felder einige Aspekte der von Iosif Stalin proponierten ethnischen Politik (Russifizierung) in Lettland. So vertritt er die Auffassung, dass Stalin nicht nur in Klassen-, sondern auch in ethnischen Kategorien dachte; dies habe ihm erlaubt, viele nicht-russische Völker, darunter auch die Letten, als ethnische und soziale Feinde zu stigmatisieren. Dieses Feindbild habe die sowjetische Politik wesentlich geformt und die Repressionen gegen die Letten nach der Okkupation hervorgerufen (S. 55). Gestützt auf diese Konzeption leitet der Verfasser seine Analyse der sowjetischen Okkupationszeit mit der Frage über die Vorstellung des Nationalismus in der bolschewistischen Ideologie ein. Anschließend geht es um den Prozess der Herausbildung des ethnischen Feindbildes, der seinen Höhepunkt in den Säuberungen in der Sowjetunion 1937 erfahren habe, als die planmäßig durchgeführten so genannten „lettischen Aktionen“ begannen (S. 54–75). Stalin habe die lettischen Kommunisten, wenn nicht als feindlich oder konterrevolutionär, dann zumindest doch als verdächtig betrachtet. Diese Haltung habe dann auch das sowjetische Okkupationssystem in Lettland gekennzeichnet, dessen Strategie des „divide et impera“ auf der gegenseitigen Konfrontation verschiedener ethnischer Gruppen basierte. Die Letten habe man gegen die Juden und die Russen ausgespielt, die bis dahin den Bolschewiki offiziell nicht als feindliche Nationen galten (S. 75f.). Der

Vorschlag des Autors, von einer intendieren „Lettischen SSR ohne Letten“ und einem Sowjetregime, das „weniger eine ‚jüdische‘, als viel mehr eine ‚russische‘ Herrschaft“ (S. 90, 93) gewesen sei, zu sprechen, scheint zwar übertrieben zu sein, doch wird Felders Konzeption durch das von ihm vorgelegte empirische Material gestützt.

Die Frage, wann sich der so genannte „großrussische Nationalismus“ in der Sowjetunion stabilisierte, ist jedoch in der Forschung noch strittig. Der britische Historiker Dominic Lieven ist z. B. der Meinung, dass ein forciertes russischer Nationalismus in der sowjetischen Ideologie erst während des Zweiten Weltkrieges aufgetreten sei, wobei er sich jedoch in der Innenpolitik erst in den Nachkriegsjahren maßgeblich durchgesetzt habe.⁴ Wenn Felders Konzeption somit auch für die Charakterisierung der Nachkriegspolitik der UdSSR Gültigkeit beanspruchen kann, dürfte ein ähnlicher Zugang bei der Betrachtung der Sowjetisierungsprozesse 1940/41 zu einer nicht ganz objektiven Bewertung der Situation führen. Die in den letzten Jahren von lettischen Historikern verfassten Arbeiten zumindest haben keine Belege für die Aussage gefunden, dass ethnische Minderheiten eine aktive Rolle bei den Vorgängen im Jahr 1940 gespielt hätten oder sich in besonderer Weise in die sowjetische Verwaltung hätten einbinden lassen.⁵ Beim Lesen der Kapitel über die sowjetische Okkupationszeit hat man den Eindruck, dass der Autor allzu sehr das ethnische Konzept der stalinistischen Politik in den Vordergrund seiner Betrachtungen stellt und das tatsächlich sehr dominante Klassenprinzip außer Acht lässt.

Die deutsche Besatzungszeit stellt Felder in sechs Kapiteln dar. Hier behandelt er die Frage der Entwicklung Lettlands unter deutscher Besatzung, den Holocaust, die lettische Kollaboration sowie die so genannten „nationalen Projekte“, die mithilfe der lettischen Selbstverwaltung des Landes und der Lettischen Legion zu realisieren versucht wurden. Dabei wird der Schilderung der militärischen Kollaboration zwischen 1941 und 1943 einiger Raum gewidmet. Zu kurz kommen demgegenüber nach Ansicht des Rezensenten die Aufstellung der lettischen Freiwilligen in der Legion der Waffen-SS sowie der Frage nach der Bedeutung der lettischen Selbstverwaltung dabei (S. 266-275). Einzelne Unterkapitel widmen sich Fragen der Erbhygiene, der Eugenik und der Widerstandsbewegung im deutsch besetzten Lettland.

⁴ ДОМИНИК ЛИВЕН: Российская империя и ее враги с 16 века до наших дней [Das Russländische Imperium und seine Feinde vom 16. Jahrhundert bis in unsere Tage], Москва 2007, S. 461f. (Original: DOMINIC LIEVEN: Empire. The Russian Empire and its Rivals, London 2003).

⁵ Siehe AIVARS STRANGA: Latvijas okupācija 1940. gada 17. jūnijā un ebreji [Die Okkupation Lettlands am 17. Juni 1940 und die Juden], in: Latvijas ebreji un padomju vara 1928–1953 [Die Juden Lettlands und die Sowjetmacht 1928–1953], hrsg. von LEO DRIBINS, Riga 2009, S. 69-115; DAINA BLEIERE: Latvijas sovjetizācijas sākumposms. Ebreju loma. 1940. gada jūnijs – 1941. gada jūlijs [Die Anfangsphase der Sowjetisierung Lettlands. Die Rolle der Juden. Juni 1940 bis Juli 1941], in: ebenda, S. 116-153.

In diesem Kapitel hätte man sich jedoch, ähnlich wie im Falle der vorangegangenen Abschnitte, einen umfassenderen Einblick gewünscht, eine konkretere Behandlung der NS-Nationalitätenpolitik im besetzten Lettland, bei der ethnische Prinzipien in der Tat eine große Rolle spielten.⁶ Felder beschäftigt sich in diesem Zusammenhang jedoch vorwiegend mit dem von den Nationalsozialisten als „Selbstreinigungsaktion“ der lokalen Bevölkerung durchgeführten Holocaust. Er belegt, dass die Vernichtung der Juden des Landes von Beginn an ein Projekt der „Einsatzgruppe A“ gewesen und die „Eigenmächtigkeit“ seitens der Letten lediglich inszeniert war (S. 205-223). Man hätte jedoch vom Autor eine komplexere Schilderung des Ablaufs dieser Aktionen erwarten können, weil – abgesehen von den Juden – hierunter auch andere Bevölkerungsgruppen gelitten haben, wie etwa all diejenigen, die die sowjetische Macht aktiv unterstützt oder vom sowjetischen Regime irgendwie profitiert hatten,⁷ aber auch die im Hinterland der Wehrmacht verbliebenen Rotarmisten.⁸

Leider hat der Autor eine ganze Reihe von Themen vernachlässigt, die die deutsche Besatzungszeit in Lettland eingehender hätten beleuchten können. Hierzu zählen z. B. Probleme der Wirtschafts-, Repressions-, Verwaltungs- und Kulturpolitik des Nationalsozialismus auf lettischem Boden. Die Rolle der lettischen Selbstverwaltung in der NS-Besatzungspolitik hat Felder zwar in einem sehr umfangreichen Kapitel beschrieben. Fragen der Erbhygiene und Eugenik werden hier besonders ausführlich erörtert (S. 275-297). Diese Untersuchungen sind zweifelsohne sehr interessant und von großer Bedeutung für ein besseres Verständnis dieser Zeit, doch bleibt es unklar, warum der Autor sich ausgerechnet diese Probleme

⁶ Siehe z. B. KĀRLIS KANGERIS: „Latgales jautājums“ vācu okupācijas laikā (1941–1944): nacionālsociālistiskās rases politikas aspekti [Die „Lettgallen-Frage“ während der deutschen Okkupation (1941–1944): Aspekte der nationalsozialistischen Rassenpolitik], in: *Cīņa par Baltiju. Latvijas Okupācijas muzeja gadagrāmata 2004*. [Der Kampf um das Baltikum. Jahrbuch des Lettischen Okkupationsmuseums], hrsg. von HEINRIHS STRODS, Riga 2005, S. 89-108; DERS.: *Baltvācieši Latvijas ģenerālapgabalā (1941–1945): labi okupācijas varas „kalpi“ vai Latvijā nevēlamās vācu tautības grupas piederīgie?* [Die Deutschbalten im Generalbezirk Lettland (1941–1945): gute „Diener“ der Okkupationsmacht oder Angehörige einer in Lettland nicht erwünschten deutschen Volksgruppe?], in: *Latvijas vēsture 20. gadsimta 40.-90. gados* [Geschichte Lettlands in 1940er bis 1990er Jahren], hrsg. von RUDĪTE VĪKSNE, Riga 2007 (Latvijas Vēsturnieku komisijas raksti, 21), S. 84-121; Борис Равдин: *На подмостках войны: русская культурная жизнь Латвии в время нацистской оккупации (1941–1944)*, Stanford 2005 (Stanford Slavic Studies, 26), S. 318.

⁷ Personen, die durch das Sowjetregime zu Landbesitz gelangen, nannte man damals im Volksmund „komjaunsaimnieki“, d. h. die vom Komsomol beförderten Neubauern, oder „10 hektārnieki“, d. h. Zehnhektarleute.

⁸ KĀSPARS ZELIS: *Nacionālsociālistiskās Vācijas propaganda okupētajā Latvijā (1941. gada jūlijs – decembris)* [Die Propaganda des nationalsozialistischen Deutschland in Lettland (Juli bis Dezember 1941)], in: *Okupētā Latvija 20. gadsimta 40. gados* [Das okkupierte Lettland in den 1940er Jahren], hrsg. von DZINTARS ĒRGLIS, Riga 2005 (Latvijas vēsturnieku komisijas raksti, 16), S. 235-277, hier S. 253f.

herauspickt, wenn er die lettische Selbstverwaltung untersuchen wollte, in deren Zusammenhang sie von marginaler Bedeutung gewesen sind.

Kommen wir zum dritten Teil der Arbeit, in dem die Rückkehr des sowjetischen Regimes und die Problematik der Sowjetisierung geschildert werden. Im ersten Kapitel wird der sowjetische Untergrund im deutsch besetzten Lettland untersucht, im zweiten die Sowjetisierung Lettlands nach 1944. Felder beschreibt außerdem den nationalen Partisanenkrieg und die sowjetische Repressionspolitik in Lettland (S. 340, 342-344). Er vertritt die Meinung, dass die politischen Pläne Stalins für Lettland während der Nachkriegszeit auch deswegen leichter realisiert werden konnten, weil man die Letten zu „Faschisten“ erklären konnte und die Lettische SSR fortan als eine russische Kolonie gestaltet wurde, in der eine ethnische und kulturelle Russifizierung als legitim erklärt und durchgeführt worden sei (S. 338).⁹ In der Tat ähnelt diese Betrachtungsweise Felders derjenigen, die für die Historiografie Lettlands der 1990er Jahre typisch war; darin war die Meinung fest verankert, dass die sowjetische Politik in Lettland eine Form des Genozids gegen das lettische Volk gewesen sei.¹⁰ Jedenfalls kann eine solche Herangehensweise diskutiert werden und ist nicht von vornherein auszuschließen.

Man trifft leider auch auf Flüchtigkeitsfehler sowohl im Text als auch in den Fußnoten. Dies betrifft hauptsächlich die Rechtschreibung lettischer Eigennamen. Auch die Originalformen werden nicht konsequent gebraucht.¹¹ Es gibt noch andere kleine Fehler,¹² die für den Wert der Arbeit jedoch nicht ausschlaggebend sind.

Im Allgemeinen bietet das Werk ein gutes, faktengestütztes Bild der Vorgänge in Lettland während des Zweiten Weltkrieges, als die Gesellschaft gegen ihren Willen zum Objekt eines von zwei Diktatoren geführten ideologischen und politischen Spiels wurde. Es bleibt zu hoffen, dass die Lektüre der vorliegenden Monografie vielen Lesern in Europa, die die geschichtlichen Zusammenhänge dieser Periode der lettischen Vergangenheit nicht verstehen, dabei hilft, viele „weiße“ (und auch „schwarze“) Flecken unserer Geschichte zu beseitigen.

KASPARS ZELLIS

⁹ Eine ähnliche Taktik der Sowjetisierung wurde auch in vielen anderen Staaten Mittel- und Osteuropas verfolgt, die sich im sowjetischen Einflussgebiet befanden. Das Ziel solcher Maßnahmen war, die wirkliche und vermeintliche Opposition auszuschalten sowie die Position der Kommunisten zu sichern.

¹⁰ Siehe z. B. MATĪSS KOTTS (MATTHEW KOTT), IRĒNA ŠNEIDERE, VALTERS NOLLENDORFS: Par genocīdu pret latviešiem: trīs viedokļi [Über den Genozid gegen die Letten: drei Auffassungen], in: Cīņa par Baltiju (wie Anm. 6), S. 323-329.

¹¹ So gibt Felder z. B. die Namen „Emilija“ und „Antons Benjamiņi“ in deutscher Transkription (S. 127) wieder, „Jūlijs Lācis“ ist aber zu einem gewissen „Jūlis“ geworden (S. 126).

¹² So haben die gleichlautenden Familiennamen von Vilis und Jūlis Lācis den Autor fälschlicherweise dazu verleitet, sie als Brüder zu bezeichnen.

Für eine Stalinismusforschung jenseits der Regionalgeschichte: Eine Antwort auf Olaf Mertelsmann und Kaspars Zellis

Es ist den Herausgebern zu danken, dass sie eine Diskussion meines Buches über Lettland im zweiten Weltkrieg ermöglichen, da auf diese Weise die verschiedenen Standpunkte besser herausgearbeitet werden können. Zumal es ein gelungenes Vorgehen war, mit Kaspars Zellis einen Rezensenten aus dem lettischen Forschungskontext und mit Olaf Mertelsmann einen „westlichen“ Wissenschaftler zu gewinnen, der zudem noch ein Kenner der estnischen Forschungsdebatten ist. Zunächst fällt es auf, dass beide Rezensenten, obwohl sie aus unterschiedlichen Kontexten heraus argumentieren, frappierende Übereinstimmungen in ihrer strukturellen Herangehensweise aufweisen. Es ist erstaunlich, dass keiner von beiden auf die Konzeption und die Hauptthesen meines Buches eingeht, bzw. diese näher erörtert oder kritisiert. Da sowohl Zellis als auch Mertelsmann meine Thesen zur stalinistischen Strategie der ethnischen Mobilisierung kritisieren, wäre in der Konsequenz logisch, auch mein Konzept in Frage zu stellen, da dies auf den Umgang mit Ethnien im Stalinismus beruht. Ich ging – und dies ist auch heute noch meine Überzeugung – davon aus, dass sowohl Stalin als auch Hitler bei ihren Eroberungen des Baltikums Ethnizität eine große Rolle zuwiesen. Die eroberten Territorien hatten sowohl Titularvölker und Minderheiten, die zumeist Nicht-Russen und Nicht-Deutsche waren. Beide Diktatoren dachten in ethnischen Kategorien und verfügten auch über Vorstellungen ethnischer Hierarchien. In Folge der Eroberung ging es nicht allein um die Etablierung und Sicherung von Herrschaft in diesem Raum, sondern auch um die biopolitische Formung der dort vorhandenen Ethnien. Der Umgang mit der Bevölkerung stand bei beiden Diktatoren im Zeichen von Rassismus gegenüber den indigenen Völkern. Rassismus folgt hier der Definition von Michel Foucault in seinen Vorlesungen zur Biopolitik.¹ Für Foucault ergibt sich Rassismus aus Kategorisierung und Hierarchisierung von Gruppen, die auch zur Selektion bzw. Vernichtung der Gruppen führen kann. Hierbei gilt es als unerheblich, ob es sich um soziale oder biologische Paradigmen handelt. Folglich war die stalinistische Politik im besetzten Lettland im Jahr 1940/41 und auch in der Phase von 1944 bis 1953 geprägt durch Formen von Rassismus sowohl an der Spitze der Moskauer Führung als auch an der Basis der Gesellschaft.

Weder Zellis noch Mertelsmann diskutieren diesen Punkt näher. Der Grund hierfür ist meiner Meinung nach weniger in individuellen als in

¹ PHILIPP SARASIN: Zweierlei Rassismus? Die Selektion des Fremden als Problem bei Michel Foucaults Verbindung von Biopolitik und Rassismus, in: Biopolitik und Rassismus, hrsg. von MARTIN STINGELIN, Frankfurt am M. 2003, S. 55-79, hier S. 62.

tiefer reichenden strukturellen Problemen der aktuellen Baltikumforschung zu sehen, die sich nicht unbedingt außerhalb, aber höchstens am Rande internationaler Debatten bewegt. Deutlich wird dies bei der Besprechung von Kaspars Zellis. Man hat den Eindruck, dass Zellis sämtliche Forschungsergebnisse durch eine „lettische“ Brille betrachtet: Würde Ähnliches schon in Lettland erforscht bzw. was sagen lettische Forscher dazu? Dies mag als Abgleich mit der regionalen Forschung erscheinen. Meiner Meinung nach existiert in Lettland tatsächlich ein starkes Scheuklappenverhalten in der Wissenschaft, das ausländische Forschung zu lettischen Themen von Nicht-Letten kaum wahr- bzw. ernst nimmt. So zweifelt Zellis meine Thesen an, etwa zum hohen Anteil von Nicht-Letten in den Reihen der kommunistischen Partei, und begründet dies damit, dass „lettische Historiker“ hierfür „keine Belege“ gefunden hätten (S. 2). Im Gegensatz zu Olaf Mertelsmann kennt Zellis auch nicht die Darstellung von Valdis Lumans zu Lettland, die 2006 in den USA auf Englisch erschien.² Diese wissenschaftliche Isolation, die in Estland so nicht existiert, führt dazu, dass die lettischen Diskurse nicht nur weit ab von den nordamerikanisch-europäischen Debatten ablaufen – so bezeichnet Heinrihs Strods die sowjetische Bevölkerungspolitik in Lettland ab 1940 seit den frühen 1990er Jahren als „Genozid“³ – sondern auch, dass die Qualität in Bezug auf Methodik, Struktur und Selbstreflexion extrem leidet. Strukturell verbunden und zum Teil begründet ist diese verengte Sicht mit der verstärkten Konzentration auf die lettische Identität. Tatsächlich sehe ich bei Zellis nicht den Vorwurf, ich würde mit meiner Forschung den Ruf der lettischen Nation schaden. Doch gibt es leider nach wie vor Tendenzen, die ähnlich wie zur Sowjetzeit historische Ereignisse durch einen nationalen (zuvor sowjetischen) Filter betrachten. Als Beispiel sei die Revolution von 1905 genannt. Nun kann man in jedem Handbuch zur russischen Geschichte nachlesen, dass sich die Proteste in den baltischen Provinzen besonders gewalttätig ereigneten. In einem kürzlich in Lettland erschienenen Sammelband zur Revolution von 1905 wurde Gewalt kaum thematisiert; nach wie vor wurde die Revolte im Sinne einer nationalen Erhebung bewertet.⁴

Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen zu Zellis möchte ich kurz auf einige Kritikpunkte eingehen. Man kann sicher diskutieren, inwieweit der Krieg in Lettland schon 1939 und nicht erst 1940 mit der sowjetischen de facto Besatzung begann. Zurückweisen muss ich aber Zellis'

² VALDIS O. LUMANS: *Latvia in World War II*, New York 2006.

³ Vgl. MATTHEW KOTT: *Soviet Genocide in Latvia: Stalin's Great Terror (1937–38) as Antecedent and other Aspects of the recent Historiography*, in: „The Latvian Operation“ in the USSR 1937–1938, hrsg. von HEINRIHS STRODS und VALTERS NOLLENDORFS, Riga 2009 (*Yearbook of the Museum of Occupation of Latvia 2007*), S. 42–54.

⁴ 1905. gads Latvijā: 100. Pētījumi un starptautiskas konferences materiāli, 2005. gada 11./12. janvaris [Das Jahr 1905 in Lettland: 100 Jahre. Forschungen und Materialien einer internationalen Konferenz], hrsg. von JĀNIS BĒRZIŅŠ, Riga 2006.

Behauptung, durch die Einrichtung der sowjetischen Basen sei das Land 1939 zu einem sowjetischen „Protektorat“ geworden. Sicher waren die Innen- und vor allem die Außenpolitik in gewisser Weise eingeschränkt, doch gab es keinen sowjetischen „Berater“ oder Ähnliches in Riga. Letztlich konnten die baltischen Präsidenten noch unabhängig handeln und verhandeln. Zur Illustrierung wäre hier etwa zu nennen, dass bis Sommer 1940 deutsche Nachrichtendienste in Absprache mit der Regierung Ulmanis in Ostlettland Abhöranlagen gegen die UdSSR betrieben – in einem sowjetischen Protektorat wäre dies sicher nicht möglich gewesen. Den Vorwurf, ich hätte mich zu wenig mit den lettischen Altbolschewisten unter den neuen Führungskadern der LKP beschäftigt, kann ich entgegnen, dass ich ihnen ebensoviel Platz eingeräumt habe, wie den „neuen“ Kommunisten aus den Rängen der Sozialdemokratie und den intellektuellen Stalinisten (S. 129–134). Zellis geht nur sehr kurz auf meine These der ethnischen Mobilisierung durch Stalin ein, nennt sie „übertrieben“ aber „gestützt“ durch „empirisches Material“ – eine recht paradoxe Aussage. Hier fällt wiederum die Bemerkung auf, dass noch kein lettischer Historiker hierzu „Belege“ gefunden habe. Tatsächlich hat kaum ein lettischer Historiker dazu bisher geforscht.

Zellis bemängelt am zweiten Teil meines Buches, ich hätte mich mehr mit der Nationalitätenpolitik und der Gewalt der Nationalsozialisten außerhalb des Holocausts beschäftigen sollen. Betrachtet man die Gewalt, so müsste auch Zellis zugeben, dass die nicht-jüdischen Opfer wie z. B. lettische Kommunisten (etwa 1 000 bis 2 000 Opfer) oder Rotarmisten angesichts der Zahl der ermordeten Juden (80 000 Menschen) marginal erscheinen. So schien mir eine diesbezügliche, weniger ausführliche Schilderung in einer solchen Übersichtsschilderung angemessen. Zudem überrascht mich der Vorwurf, ich sei zu wenig auf die Rolle der lettischen „Selbstverwaltung“ bei der Aufstellung der lettischen Regimenter der Waffen-SS eingegangen (S. 266–275). Was die Darstellung der lettischen Einheiten insgesamt betrifft, so bin ich der Meinung, dass sie in lettischen Arbeiten verhältnismäßig viel Raum einnehmen. Tatsächlich ist das Phänomen vor allem in seiner politischen Dimension interessant.

Auffällig ist Zellis' Kritik an meiner Behandlung der lettischen Eugenik unter nationalsozialistischer Besatzung. Er nennt das Thema „marginal“. Tatsächlich finden Themen wie Rassedanken, Eugenik und Biopolitik bisher keine Aufmerksamkeit in der lettischen Historiografie. Doch handelt es sich hierbei um ein zentrales Thema nicht nur für die Zeit der NS-Besatzung sondern für die gesamte Epoche der lettischen Republik. Die lettische Erbhygiene nach 1941 offenbart das Verhältnis zwischen Besatzern und Bevölkerung bzw. indigenen Akteuren. Darüber hinaus gibt es Auskunft über die lettische Position gegenüber der NS-Rassenpolitik, die das Kernstück der nationalsozialistischen Ideologie und ihrer praktischen Umsetzung bildete. Eugenische Vorstellungen geben Auskunft

über die Selbst- und Wunschbilder einer Nation, sowie die Konzeption von Nationalismus. Tatsächlich waren Vorstellung von „Rasse“ und ein „rassisch“ geprägter Nationalismus seit der Diktatur unter Ulmanis nach 1934 offensichtlich stark verbreitet und wurden in der gesteuerten Presse popularisiert. Lange vor 1941 waren der lettische Nationalismus und das Selbstbild geprägt von biologischen Denkmustern. Die lettische Nation wurde als biologische Einheit gesehen, Nicht-Letten folglich als Fremdkörper wahrgenommen. Konsequenz zur Erhaltung der „Reinheit“ der Nation waren die Eheverbote mit Deutschen und Russen, die 1943 von der lettischen Selbstverwaltung umgesetzt wurden. Insgesamt richteten sich die eugenischen Maßnahmen gegen die biologische „Degeneration“, dies bedeutete die Bekämpfung der „Minderwertigen“, der Träger vermeintlich erblicher, mentaler Krankheiten, sowie der „Schwachsinnigen“, oft einfach Angehörigen der Unterschicht. Es wirft ein völlig neues Bild auf die nationalsozialistische Besatzung in Lettland, wenn man in Betracht zieht, dass sich zumindest die lettische Elite als Teil der „nordischen Rasse“ bzw. als „Arier“ sah. Im Zusammenhang mit der Eugenik erscheint es konsequent, dass lettische Akteure ethnische Säuberungen in Lettland befürworteten bzw. nicht behinderten. Nach der gewaltfreien, wenn auch nicht völlig freiwilligen Emigration der Deutschbalten Lettlands ab Herbst 1939 befürworteten lettische Akteure 1941 auch die weitere „Befreiung“ Lettlands von Juden und Russen (S. 264). Wie ich gezeigt habe, war der Holocaust in erster Linie ein deutsches Projekt. Auch sind keine spontanen Pogrome von Einheimischen nach dem deutschen Einmarsch nachgewiesen. Doch scheint in diesem Zusammenhang die „Endlösung“ von vielen Letten heimlich begrüßt worden zu sein. Lettische Mitarbeiter des SD und Parteigänger des rechtsradikalen *Pērkonkrusts*, unterstützten auch die Verschleppung von Russen und Polen aus Lettgallen.⁵ Es zeichnen sich auch Bestrebungen lettischer Polizei im Sommer und Herbst 1941 ab, in einigen Regionen Süd- und Ostlettlands vor allem Russen als Kommunisten zu denunzieren und zu erschießen – auch als Rache für ethnische Säuberungen gegen Letten während der sowjetischen Besatzung 1940/41. Ein Forschungsfeld, das bisher noch kaum bearbeitet wurde. Lettland war zuvor und später nie wieder in ethnischer Hinsicht so „lettisch“ wie unter der nationalsozialistischen Herrschaft.

Olaf Mertelsmann ist der Signifikanz der lettischen Eugenik mehr aufgeschlossen. Er kritisiert vor allem Formales und Inhaltliches in Bezug auf das Kapitel zur sowjetischen Besatzung. Die Hinweise auf formale Mängel sind aber Gemeinplätze. Es ist dem Rezensent sicher bewusst, dass seit Jahrzehnten in Deutschland die Verlage wissenschaftliche Publikationen

⁵ BJÖRN FELDER: „Die Spreu vom Weizen trennen...“ Die Lettische Kartei – *Pērkonkrusts* im SD Lettland 1941–43, in: *Sphere of Influence*, hrsg. von VALTERS NOLLENDORFS, Riga 2004 (Yearbook of the Museum of Occupation of Latvia 2003), S. 47–68.

ohne Lektorat veröffentlichen, um Kosten zu sparen. Die aufgeführten Mängel finden sich quasi in jeder Veröffentlichung – auch sein Text hatte in der mir vorliegenden Version formale Mängel. Es soll hier noch angemerkt sein, dass formale Kriterien den vorangegangenen vier Rezensenten nicht erwähnenswert schienen.⁶ Da das Manuskript inhaltlich bereits 2007 abgeschlossen worden war und 2008 in den Druck ging, war es mir nicht möglich auf die Neuerscheinungen von Elena Zubkova und David Feest einzugehen.⁷ Den Terminus „Totalitarismus“ halte ich als Arbeitsbegriff nach wie vor für berechtigt. Abgesehen davon, dass Sheila Fitzpatrick seit Jahrzehnten den Begriff bekämpft, halte ich auch nach der Lektüre des genannten Bandes den Begriff für notwendig. Jüngste Forschungsarbeiten bestätigen dies.⁸ Eine ausführliche Diskussion würde allerdings den Rahmen des Forums sprengen.

Meine eingangs genannten Grundthesen bezüglich der ethnischen Denkmuster und der Bezüge zur Gewalt im Stalinismus kritisiert Mertelsmann nicht grundsätzlich, stellt aber am Beispiel der russischen Altgläubigen die ethnische Mobilisierung in Frage. In Bezug auf russische Altgläubige in Lettland war es für den „atheistischen“ Stalin aber letztlich gleichgültig, ob es sich um religiöse oder nicht religiöse Russen handelte, allein die russische Identität war wichtig. Wiederholt interessierte er sich für lettländische Russen: Ihre Mobilisierung gleich welcher Konfession erfolgte über nationalistische Parolen. Was die Religion angeht, so nutzte Stalin deren Popularität während des Krieges, um die sowjetische Bevölkerung für die Kriegsanstrengungen zu mobilisieren. Die Orthodoxe Kirche erlebte in dieser Zeit eine Phase der staatlich geförderten Renaissance. Ganz offensichtlich hatte Stalin in den 1940er Jahren Erfolg mit seiner Strategie, gleich was die Befragungen von Zeitzeugen heute ergeben mögen. Ich nannte die antijüdischen Pogrome in den Dörfern der Altgläubigen während des sowjetischen Einmarsches 1940. Auch erfuhren die sowjetischen Fallschirmspringer und Partisanen, die in Lettgallen seit 1942 operierten, und meist nicht-lettischer Herkunft waren, als „Russen“ Sympathie bei vielen russischen Einwohnern.⁹ Der Schlüssel zum Verständnis hierfür ist die Beschaffenheit des Selbstverständnisses der Altgläubigen,

⁶ Rezensionen erschienen in: *Osteuropa* 59 (2009), Nr. 7-8, S. 329-330 (DETLEF HENNING); *Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik* 1 (2009), S. 138 (KARL-HEINZ GRÄFE); *H-Soz-u-Kult*, 23.09.2009, URL: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2009-3-223> (RAYK EINAX); *Journal of Baltic Studies* 41 (2010), S. 139-141 (MATTHEW KOTT).

⁷ ЕЛЕНА ЗУБКОВА: *Прибалтика и Кремль 1940–1953* [Das Baltikum und der Kreml 1940–1953], Москва 2008; DAVID FEEST: *Zwangskollektivierung im Baltikum. Die Sowjetisierung des estnischen Dorfes 1944–1953*, Köln, Weimar und Wien 2007 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas, 40).

⁸ DANIEL BEER: *Renovating Russia. The Human Science and the Fate of Liberal Modernity 1880–1930*, Ithaca und London 2004.

⁹ GEOFFREY SWAIN: *Between Stalin and Hitler. Class War and Race War on the Dvina, 1940–46*, London und New York 2004, S. 74f.

die, wie ich bereits in meinem Buch beschrieben habe, meist Träger einer ethno-konfessionellen Identität waren. Gleichwohl will ich nicht den Eindruck erwecken, kollektive Stereotypen zu produzieren. Die stalinistische Mobilisierung der Gruppe hatte signifikante Erfolge, die dem nationalen Gehalt der Propaganda zuzuschreiben ist. Dies heißt nicht, dass eine Mehrheit der Altgläubigen das sowjetische Regime unterstützte.

Ein weiterer Kritikpunkt von Mertelsmann ist das Argument, die hohe Zahl von Nicht-Letten in der lettischen KP sei darin begründet, dass einfach viele Parteimitglieder aus den Reihen der „Spezialisten“ und Rotarmisten rekrutiert wurden, die aus der Sowjetunion nach Lettland gebracht worden waren. Zum einen würde dies nichts an der Tatsache ändern, dass die Basis der Partei sich vor allen aus Nicht-Letten und nicht aus Autochthonen zusammensetzte, was den Kolonialcharakter des Regimes noch verstärken würde. Zum anderen habe ich gezeigt, dass die ethnischen Minderheiten von den sowjetischen Machthabern mit nationalistischen Parolen intensiv und erfolgreich umworben wurden. Natürlich habe ich nicht alle Mitglieder diesbezüglich untersucht, doch war das Ergebnis meiner Forschung, dass es eine Vielzahl von Einheimischen war, die sich in den Reihen der Partei wieder fand. Ein prominentes Mitglied ist der spätere Historiker Peter Krupnikov, der einem kommunistischen Zirkel angehörte. Insgesamt habe ich aber Motivation und Optionen der Akteure ausführlich in meinem Buch geschildert.

Bei Mertelsmann und Zellis schwingt der Vorwurf mit, mit meiner These, Stalin habe mit Terror und Gewalt die lettische Ethnie an sich treffen und verändern wollen, hätte ich die alten Genozidtheorien der baltischen Forschung aus den 1990er Jahren fortgeführt. An dieser Stelle möchte ich dazu appellieren, bei der Betrachtung der sowjetischen Herrschaft im Baltikum über die regionalen Grenzen zu blicken. Der Stalinismus kann nicht allein aus dem Okkupationsregime in den drei baltischen Republiken erklärt werden. Zugleich kann die Forschungsperspektive nicht allein auf baltische Debatten begrenzt werden. Tatsächlich haben sich in den vergangenen Jahren namhafte Historiker außerhalb des Baltikums Gedanken zur Ethnopolitik und Gewalt im Stalinismus gemacht und Überlegungen angestellt, welche Bedeutung die Gewalt gegen Ethnien haben könnte. In meinem Buch habe ich auf die Arbeiten von Norman Naimark und Amir Weiner hingewiesen.¹⁰ Nicht zuletzt Jörg Baberowski sieht eine

¹⁰ NORMAN M. NAIMARK: *Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe*, Cambridge 2002; AMIR WEINER: *Nature, Nurture and Memory in a Socialist Utopia: Delineating the Soviet Socio-Ethnic Body in the Age of Socialism*, in: *American Historical Review* 104 (1999), S. 1114-1155; DERS.: *Making Sense of War. The Second World War and the Fate of the Bolshevik Revolution*, Princeton und Oxford 2001; *Landscaping the Human Garden. Twentieth-Century Population Management in a Comparative Framework*, hrsg. von DEMS., Stanford 2003.

starke Kontinuität von Gewalt gegen Ethnien im Stalinismus.¹¹ Umgekehrt muss die internationale Forschung zum Stalinismus zur Bewertung der Ereignisse im Baltikum abgeglichen werden. Während Zellis offensichtlich nicht in der aktuellen Stalinismuskonversation versiert ist, fehlen Mertelsmann die Kenntnisse der Vergleichsarbeiten. So habe ich bereits in meinem Buch auf die ethnische Mobilisierung hingewiesen, die ebenfalls in Estland und Litauen 1940 erfolgte. Jan Gross und Bogdan Musiał haben in ihren Arbeiten angedeutet, dass in den besetzten polnischen Gebieten Ethnien von Stalin gegen einander ausgespielt wurden, und bestimmte Ethnien – darunter Juden – bevorzugt in Partei und Parteiorganisationen aufgenommen wurden.¹² Die jüngste Forschung bestätigt die Verfolgung der „Feindnationen“ wie Polen und Ukrainer und die bevorzugte Rekrutierung von Juden und Russen – wenngleich diese ethnischen Gruppen von Verfolgung natürlich nicht ausgeschlossen waren – für die besetzten polnischen Gebiete und auch für Moldawien.¹³

In diesem Sinne plädiere ich für eine Betrachtung stalinistischer Gewalt gegen Gruppen, vor allem Ethnien, die die Gesamtheit der ethnopolitischen Praxis des Stalinismus im Blick hat, um die Gewalt gegen die baltischen Nationen besser verstehen zu können. Mertelsmann bezweifelt die Vergleichbarkeit von Holodomor und den Geschehnissen im Baltikum, obwohl ich die Übereinstimmung in der Elitenvernichtung im Fall Ukraine, Polen und den baltischen Staaten aufgezeigt habe. Die Gewalt in der Ukraine kann als Paradebeispiel für den Umgang mit einer von den Bolschewiki kollektiv als „feindlich“ wahrgenommenen ethnischen Gruppe dienen. So waren bereits im Bürgerkrieg in der Ukraine ethnische zugleich politische Grenzen. Während in der Ukraine „weiße“ Truppen oft aus Ukrainern bestanden, fanden sich auf Seiten der „Roten“ vor allem Nicht-Ukrainer wie Russen, Juden und andere. Bereits wenige Jahre später, 1926, begann die Verfolgung von „ukrainischen Nationalisten“.¹⁴ Es folgte eine „permanente Säuberung“ die bis zum Vorabend des Zweiten Weltkrieges dauerte und nach dem Krieg bis zu Stalins Tod fortgesetzt wurde. Die Gewalt, die sich auch gegen andere Nicht-Russen wandte, darunter

¹¹ JÖRG BABEROWSKI: *Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus*, Stuttgart 2003; DERS.: *Der Rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus*, München 2003; DERS., ANSELM DOERING-MANTEUFFEL: *Ordnung durch Terror: Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium*, Bonn 2006.

¹² JAN T. GROSS: *Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia*, Princeton 1988; BOGDAN MUSIĄL: „Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen“. Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941, Berlin und München 2001.

¹³ RAFAL WNUK: Polen zwischen Scylla und Charybdis. Deutsche und sowjetische Besatzung 1939–1941, in: *Osteuropa* 59 (2009), S. 157–172; Marianna Hausleitner: Der Pakt, die Sowjetisierung und die Folgen. Bessarabien und die Nordbukowina 1940–1941, in: ebenda, S. 203–218.

¹⁴ BABEROWSKI/DOERING-MANTEUFFEL, *Ordnung durch Terror* (wie Anm. 11), S. 43.

Deutsche, Polen, Balten und mitunter auch Juden, wurde zumeist von Nicht-Ukrainern ausgeführt und trug genozidale Züge.¹⁵ Tatsächlich ist die Verfolgung in der Ukraine ein gutes Beispiel für die Kontinuität von ethnischen Feindbildern unter Stalin. Ebenso kann man die Gewalt im Baltikum im Jahr 1940/41 und in der Phase von 1944–1953 nicht von der Gewalt gegen Letten in der Sowjetunion seit Beginn der 1930er Jahre trennen. Es ist nicht ersichtlich, warum nach der Ausmachung von „Feindnationen“ in den Jahren 1937/38 diese Feindkategorien 1940 nicht mehr gültig gewesen sein sollten, waren doch die Opfer der „nationalen Kontingente“ allein wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Ethnie verfolgt und Gesellschaft, Partei und Parteiorganisationen einer ethnischen Säuberung unterzogen worden. Einer solchen Perspektive wird meist entgegengestellt, dass Gruppen nicht vollständig verfolgt wurden, bzw. dass die Verfolgung zeitweise aufhört. Zudem wird eingewandt, dass es Rassismus in der Sowjetunion nicht gegeben hätte. Allein die Phase des extremen Terrors 1937/38 wird teilweise mit Rassismus in Verbindung gebracht, der allerdings höchstens phasenweise aufgetreten sei. Kaum ein Wissenschaftler unterstellt Stalin Rassismus. Im Gegenteil wird immer wieder herausgestellt, dass biologisches Denken in der Sowjetunion unter Stalin nicht existierte. Andererseits ist erkennbar, dass Feindbilder grundsätzlich biologisiert waren. Dafür sprechen die Verfolgung der Kinder der „Kulaken“ Mitte der 1930er Jahre und das Prinzip der Sippenhaft gegen jegliche „Volksfeinde“, ob sozialer oder ethnischer Kategorie. Tatsächlich belegt die jüngste Forschung die Biologisierung sozialer Feindgruppen unter Stalin. Merkmale der ausgemachten Feindgruppe waren in den Augen der Sowjets somit erblich – Vorstellungen, die die Bolschewiki aus der zarischen Biomedizin übernommen hatten.¹⁶ Es existierte also in den 1930er Jahren eine Parallelität von biologischem Rassismus und propagiertem Anti-Rassismus. Ein Paradoxon, das beispielhaft ist für das stalinistische Regime. Die zukünftige Debatte um Rassismus in der Sowjetunion wird wegweisend für die Bewertung der stalinistischen Ethnopolitik auch im Hinblick auf die poststalinistische Sowjetunion sein. Klarheit bezüglich des Umgangs mit Ethnien kann aber nur die Gesamtperspektive liefern. Daher meine Empfehlung an Kaspars Zellis, Olaf Mertelsmann und anderer Historiker, die sich mit der Region Baltikum befassen, den Gesamtkontext als Vergleich und Folie wahrzunehmen und nicht aus den Augen zu verlieren.

BJÖRN M. FELDER

¹⁵ Vgl. YURI SHAPOVAL: *The GPU-NKVD as an Instrument of Counter-Ukrainization in the 1920s and 1930s*, in: *Culture, Nation, and Identity. The Ukrainian-Russian Encounter (1600–1945)*, hrsg. von ANDREAS KAPPELER u.a., Toronto 2003, S. 291–306; DIETER POHL: *Stalinistische Massenverbrechen in der Ukraine. Ein Überblick*, in: *Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936–1938*, hrsg. von ULRICH MÄHLERT und HERMANN WEBER, Berlin 2007, S. 253–268.

¹⁶ BEER, *Renovating Russia* (wie Anm. 8).

ANTON WEISS-WENDT: *Murder without Hatred: Estonians and the Holocaust* (Religion, Theology, and the Holocaust). Syracuse University Press. Syracuse 2009. 476 S. ISBN: 9780815632283.

Im Jahr 2006 erschien der erste umfangreiche Band der Berichte der Estnischen Internationalen Kommission zur Untersuchung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, „Estonia 1940–1945“,¹ der auch in dieser Zeitschrift besprochen wurde.² Damit erfuhr eine breite internationale Öffentlichkeit sehr detailliert über derartige Verbrechen während des ersten sowjetischen Jahres und der deutschen Okkupation sowie über den Holocaust in Estland. Auch die Frage der Kollaboration von Esten wurde nicht ausgespart. Doch bereits ein Jahr zuvor hatte der junge, aus Estland stammende Historiker Anton Weiss-Wendt in den USA seine Dissertation über den Holocaust in Estland abgeschlossen. Das hier zu rezensierende Buch ist die überarbeitete Fassung dieser Dissertation. Dieses Werk ist wichtig und kontrovers zugleich.

Weiss-Wendt gliedert seinen Text in zwölf Kapitel, er geht auf Ereignisse und Entwicklungen vor der deutschen Okkupation ebenso ein, wie er neben den jüdischen Opfern auch andere Opfergruppen sowie die allgemeine Besatzerfahrung behandelt. Er schreibt in einem gut lesbaren Stil, es gibt auf den ersten Blick nur wenige sprachliche, stilistische oder faktische Fehler und er argumentiert offensichtlich überzeugend. Sorgsam ausgewählte Fotos, Grafiken und ein wissenschaftlicher Anhang ergänzen den Fließtext. Weiss-Wendt stützt sich auf umfangreiche Archivrecherchen unter anderem in Estland, Deutschland, Israel und den USA sowie eine sehr gute Kenntnis der relevanten Literatur. Im letzteren Fall ist jedoch eine Einschränkung zu machen: Der Verfasser hat die nach Abfassung seiner Dissertation erschienene Literatur kaum berücksichtigt, darunter den oben erwähnten Band „Estonia 1940–1945“, die ebenfalls wichtige Studie Ruth Bettina Birns zur Sicherheitspolizei in Estland³ oder Wolfgang Curillas umfangreiches Werk über die Beteiligung der deutschen Ordnungspolizei am Holocaust im Baltikum und Weißrussland.⁴ Weiterhin beachtet der Autor kaum Forschungsarbeiten zum ersten Jahr sowje-

¹ Estonia 1940–1945: Reports of the Estonian International Commission for the Investigation of Crimes Against Humanity, hrsg. von TOOMAS HIIU, MEELIS MARIUU und INDREK PAAVLE, Tallinn 2006.

² Siehe die Rezension des Autors in: Forschungen zur baltischen Geschichte 2 (2007), S. 301–303.

³ RUTH BETTINA BIRN: Die Sicherheitspolizei in Estland 1941–1944. Eine Studie zur Kollaboration im Osten, Paderborn 2006 (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart); siehe die Rezension des Autors in: Forschungen zur baltischen Geschichte 2 (2007), S. 297–301.

⁴ WOLFGANG CURILLA: Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland 1941–1944, Paderborn 2005.

tischer Herrschaft,⁵ obwohl diese für ein Verständnis der nachfolgenden Entwicklung bedeutsam sind. Dies beeinträchtigt den Wert der Monografie, denn ansonsten ist Weiss-Wendt sicherlich ein exzellenter Kenner der Materie.

Obwohl wir dank Birn und der Kommission schon vieles über die Mordpolitik während der deutschen Okkupation wissen, kann der Verfasser mit seiner detaillierten Beschreibung der Vernichtung der estnischen Juden, der allgemeinen Säuberungskampagne besonders in der zweiten Jahreshälfte 1941 sowie der Ausbeutung und auch Tötung jüdischer Zwangsarbeiter seit 1942 viel Neues zum Kenntnisstand hinzufügen. Gestützt auf Archivadokumente und die Aussagen überlebender Opfer und Täter vermag er die Lagerwelt in Estland wieder zum Leben zu erwecken. Grausame Prozesse wie die Selektion von Opfern und die Durchführung von Massenerschießungen werden dem Leser plastisch geschildert. Allerdings ist hier eine Einschränkung zu machen. Zahlreiche Originaldokumente sind nicht erhalten und Weiss-Wendt muss sich deshalb sehr stark auf die Aussagen von Überlebenden und die Unterlagen der Justiz, darunter der sowjetischen, stützen. Die Aussagen von Zeitzeugen, mitunter mehrere Jahrzehnte nach den Ereignissen formuliert, sind allerdings als Quelle nicht immer unproblematisch. Ähnliches gilt für Dokumente der Justiz. Deutsche Angeklagte versuchten möglichst viel Schuld auf einheimische Helfer abzuwälzen, die sowjetische Justiz nutzte in der Nachkriegszeit Folter, arbeitete überhastet und einige ihrer Dokumente kann man fast schon als Desinformation bezeichnen. Auf diese Quellenprobleme geht der Verfasser nur cursorisch ein, hätte sie aber sicherlich ausführlicher thematisieren müssen.

Während der beschreibende Teil sicherlich von großem Wert ist, teilt der Rezensent nicht unbedingt alle Thesen der Interpretation, die im letzten Kapitel zusammengefasst werden. Ausführungen zur Wahrnehmung der deutschen Okkupation als das „kleinere Übel“ und zum großen Ausmaß der Zusammenarbeit mit den Deutschen klingen überzeugend und der Rezensent hat an anderer Stelle ähnlich argumentiert. Ebenso plausibel ist ein Aspekt des Titels „Mord ohne Hass“: In den Holocaust verstrickte Esten wurden offenbar nicht durch außergewöhnlichen Hass, die nationalsozialistische Ideologie oder Antisemitismus motiviert. Im Vergleich zu anderen deutsch besetzten Regionen in Osteuropa hatten die „estnischen“ Institutionen wie die Landeseigene Selbstverwaltung oder die estnische Sicherheitspolizei offenbar auch tatsächlich mehr Spielraum.

Problematisch ist dagegen der Sprachgebrauch, sehr häufig schreibt der Autor einfach von den Esten („the Estonians“), Letten, Litauern usw., wenn es beispielsweise um Kollaboration geht. Hier werden sprachlich eine

⁵ Beispielsweise JÜRI ANT: Eesti 1939–1941: rahvast, valitsemisest, saatusest [Estland 1939–1941: über die Bevölkerung, das Regieren und das Schicksal], Tallinn 1999.

kollektive Handlungsweise und eine kollektive (Mit-)Schuld suggeriert, die unhistorisch sind und an Daniel Goldhagens These von den Deutschen als „Hitlers willigen Vollstreckern“ erinnern. Die Kommission hat die bis heute beste Schätzung der zahlenmäßigen Beteiligung von Esten an Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der deutschen Okkupation vorgelegt und diese Angaben widersprechen einer These kollektiver Schuld.

Weiss-Wendt betont, wie schnell der estnische Staat wegen seiner inneren Schwäche 1940 zusammenbrach (S. 334), aber von sämtlichen am Zweiten Weltkrieg beteiligten europäischen Staaten konnten nur drei mit erheblichen Kraftanstrengungen eine gegnerische Okkupation und den Zusammenbruch der bestehenden Ordnung vermeiden, die Sowjetunion, Großbritannien und Finnland. Ohne amerikanische Hilfe hätten eventuell die UdSSR und das Vereinigte Königreich den Krieg nicht siegreich überstanden. Finnland musste letztlich die so genannte Finnlandisierung hinnehmen, wurde aber nicht sowjetisch besetzt. In dem Sinne waren also alle europäischen Staaten schwach und der Kleinstaat Estland stellte keine Ausnahme dar. Ein kurzer Blick auf Einwohnerzahl und Territorium erklärt den „Zusammenbruch“ 1940 unter sowjetischem Druck wahrscheinlich besser, als der Hinweis auf eine interne Schwäche. Weiss-Wendt charakterisiert die Eigenstaatlichkeit der Zwischenkriegszeit nahezu als gescheitertes Projekt, das 1934 in ein autoritäres Regime mündete, vergisst aber, dass in Ostmitteleuropa nur noch die Tschechoslowakei und Finnland in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre Demokratien waren. Estland bildete also keine Ausnahme, sondern folgte dem „normalen“ Verlauf der Entwicklung in der Region. Wer jedoch ein wenig auf europäischer Ebene einen sozial- oder kulturgeschichtlichen Vergleich betreibt, wird feststellen, dass die Republik Estland in der Zwischenkriegszeit eben kein gescheitertes Projekt war, sondern es gelang, ein vollentwickeltes muttersprachliches Kultur- und Bildungssystem hervorzubringen, und die Lebensverhältnisse und -perspektiven breiter Bevölkerungsschichten verbesserten sich erheblich.

Der Versuch des Autors sich der Einstellung der estnischen Bevölkerung durch eine Art „Kollektivpsychologie“ anzunähern (beispielsweise S. 334f.), überzeugt den Rezensenten nicht und erscheint heutzutage als veraltet. Unhaltbar wird die Argumentation des Verfassers, wenn er zum Kern seiner Thesen kommt, „Mord im Namen der (...) Unabhängigkeit“ (S. 341). Die Idee der Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit und der estnische Nationalismus seien die vordringlichen Motive für die intensive Kollaboration mit den Deutschen gewesen, erscheinen nicht als rundum überzeugend. Zahlreiche andere Faktoren werden nur am Rande erwähnt wie zum Beispiel Vergeltung für die Untaten des ersten sowjetischen Jahres oder materielle Anreize in Zeiten der Not. Christopher R. Browning lobt auf dem Klappentext wohl Weiss-Wendts Arbeit, doch seine Untersuchung zu den „ganz gewöhnlichen Männern“ des Reserve-Polizeibataillons

ror könnte ebenso helfen, das Verhalten von zahlreichen Esten in entsprechenden Einheiten auf deutscher Seite zu erklären. Weiterhin wurden beispielsweise im Konzentrationslager-System Vaivara auch ethnische Russen als Wachmannschaften eingesetzt.⁶ Wie passen diese in das Erklärungsschema des Verfassers?

Der Autor führt weiter aus: Die „örtliche Kollaboration beim Massenmord der Nazis an den Juden in den baltischen Staaten war der Lithmus-Test für einen Nationalstaat, ein Test, an dem er scheiterte. Die Teilnahme von bestimmten Teilen der estnischen, lettischen und litauischen Bevölkerung beim Massenmord demonstriert eindeutig den Bankrott jeglicher Form von Nationalismus“ (S. 344). An diesem Test scheiterten jedoch auch beispielsweise Frankreich, Belgien und die Niederlande, wo das deutsche Besatzungsregime „liberaler“ als im Osten war. Anschließend wird den Esten noch das Verständnis für Humanität/Menschlichkeit (*humanity*) abgesprochen (S. 345).⁷ Es ist kein Raum hier auf weitere kollektive Anschuldigungen einzugehen. Laut Weiss-Wendt sind also Nationalisten potenzielle Massenmörder. Nun sollte der im Europa des 20. Jahrhunderts auftretende ethnozentrische Nationalismus sicherlich nicht unkritisch behandelt werden und die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien sind ein Beispiel für die Gefährlichkeit von bestimmten Formen von Nationalismus, doch Nationalismus motivierte auch zur Aufnahme einer Untergrundtätigkeit gegen die deutschen Okkupanten in Estland. Wenn der baltische Nationalismus und das Streben nach Unabhängigkeit zur Teilnahme an Genozid und Massenverbrechen führen konnten, wie erklärt der Verfasser dann die friedliche „Baltische Revolution“ (Anatol Lieven)?

Ein historisches Fachbuch kann durch kontroverse Thesen gewinnen und eine sachliche Diskussion anregen, doch Weiss-Wendt entwertet seine solide empirische Arbeit und seine zahlreichen bedenkenswerten Thesen dadurch, dass er am Schluss zu einer Generalabrechnung mit der estnischen Nation und ihrem Verhalten von 1934 bis 1944 kommt, die eher an Polemik als an die Analyse eines Historikers gemahnt. Der Verfasser erhebt die Anklage einer estnischen Kollektivschuld, die er eben nicht solide belegen kann. Manches erinnert den Rezensenten – der Leser entschuldige den Vergleich – an Rhetorik, die er aus sowjetischen Quellen kennt.

OLAF MERTELSMANN

⁶ AIVAR NIGLAS, TOOMAS HIIO: Estonian Defence Battalions / Police Battalions in the German Armed Forces, in: Estonia 1940–1945 (wie Anm. 1), S. 825–876, hier S. 867f.

⁷ Hier das Originalzitat: „When it came, in the summer and fall of 1941, to dealing with Jewish men, women, and children, one emotion was conspicuously missing, namely humanity. It was not the Soviets or the Nazis who robbed Estonians of that feature. Humanity was simply not in school text books, in university lectures, or in politician’s speeches.“

Anton Weiss-Wendt untersucht in seiner Studie die Gründe für die Kollaboration der Esten mit Nazideutschland. Nach einer Einführung in die Geschichte der estnischen Republik zwischen den Weltkriegen und die Lage der Juden behandelt er das Jahr des sowjetischen Terrors 1940/41, die Kriegereignisse und die deutsche Besatzung sowie den Holocaust, wobei nicht nur der Völkermord an den Juden, sondern auch der an den Roma angesprochen wird. Der Autor stellt zudem die anti-jüdischen Aktivitäten der Sicherheitspolizei (SiPo) und anderer Institutionen dar. Schließlich diskutiert er diverse Einschätzungen über die estnische Kollaboration mit den Deutschen.

Es muss gleich zu Beginn betont werden, wie gründlich diese Studie erarbeitet worden ist. Jeder Gedankengang wird nach Möglichkeit mit einem Beispiel oder neu hinzugezogenen Quellen weitergeführt, damit der Leser sich ein klares Bild verschaffen kann. So erfahren wir von Himmlers Befehl vom 21. Juni 1943, die Ghettos im Reichskommissariat Ostland zu liquidieren, was die Deportation von Kriegsgefangenen und Juden nach Estland mit sich brachte.

Die von Weiss-Wendt zusammengetragenen Fakten stützten sich auf eine große Menge von Quellen. Offenbar war es ihm nicht möglich, in russischen Archiven zu arbeiten. Unter den benutzten Archivmaterialien sind behördliche Berichte, schriftliche Angaben des Lagerpersonals und eine Reihe anderer Dokumente. Wenn man jedoch die im Buch häufig zitierten Beschreibungen der Personen liest, die die Verbrechen des Holocaust unmittelbar begangen haben, stellt sich die berechtigte Frage, was für Dokumente hier eigentlich genau benutzt werden. Zu den Quellen des Autors zählen die Verhörprotokolle der damals Beteiligten und deren Aussagen, die jedoch auf den jeweiligen persönlichen Erinnerungen beruhen, welche während ihrer Haft festgehalten wurden.

In der Einleitung schreibt Weiss-Wendt, er wolle erstmals die lokale estnische Kollaboration im Holocaust in den weiteren Kontext der Kollaboration an sich stellen (S. XVIII). Tatsächlich sind in Europa viele Studien über das Schicksal der Juden und den Holocaust veröffentlicht worden; zu den neueren zählt z. B. ein von Johannes Hürter und Jürgen Zarusky herausgegebener Sammelband.¹ Vor dem Erscheinen von Weiss-Wendts Buch wurden Sammelbände von Joachim Tauber und Robert Bohn veröffentlicht, eine Abhandlung über das Phänomen der Kollaboration von Dietmar Willoweit, die (im Internet einsehbare) Magisterarbeit von Meelis Maripuu sowie die Arbeiten von Werner Rings und David Littlejohn.² Sie alle sind aber vom Autor nicht benutzt worden.

¹ Besatzung, Kollaboration, Holocaust. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, hrsg. von JOHANNES HÜRTER und JÜRGEN ZARUSKY, München 2008.

² „Kollaboration“ in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert, hrsg. von JOACHIM TAUBER, Wiesbaden 2006 (Veröffentlichungen des Nordost-Instituts, 1); Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940–

Sieht man einmal von der Zusammenfassung ab, repräsentiert Weiss-Wendts Studie in methodischer Hinsicht das Genre der „observable history“, bei der es nicht darum geht, in der Diskussion mit anderen Autoren bei der Suche nach der Wahrheit die eigenen Standpunkte zu verteidigen, sondern darum, auf der Grundlage der Quellen die Ereignisse zu rekonstruieren, um am Ende daraus Schlüsse ziehen zu können.

Mehrmals kommt der Autor auf die Umsiedlung der Deutschbalten zu sprechen, um die Hintergründe der Ereignisse 1939–1941 und des späteren Holocausts zu erläutern. Dem Buch nicht geschadet hätten in diesem Zusammenhang ein paar Worte darüber, wie die polnischen Bürger aus ihren Wohnorten vertrieben wurden, um für die Umsiedler Platz zu schaffen. Als Verbrechen gegen die Menschlichkeit wäre dieser Vorgang durchaus mit dem Holocaust zu vergleichen, da der Weg für viele von ihnen im KZ endete.

Weiss-Wendt porträtiert in seiner Studie zahlreiche Personen, die damals aktiv am Geschehen beteiligt waren. Als Beispiel sei hier jemand erwähnt, dem es – ähnlich wie vielen anderen – gelang, seine „befleckte Vergangenheit“ zu verbergen. Aleksander Viidik, der während der Zeit der Republik Estland Mitglied der Organisation der ehemaligen Freiheitskrieger war und inkognito für die Politische Polizei arbeitete, wurde als Mitarbeiter des sowjetischen NKVD während der deutschen Besatzung in Estland zurückgelassen, wo es ihm gelang, in den deutschen Sicherheitsdienst (SD) aufgenommen zu werden. Dadurch bewahrte er Hunderte von Menschen davor, dem SD in die Hände zu fallen (S. 115). Es war damals nicht außergewöhnlich, dass jemand für mehrere Regime arbeitete, es gibt einige Beispiele dafür. Archivquellen berichten z. B. von Juhan Kohjus, einem Rechtsanwalt und ebenfalls Mitglied der Freiheitskriegerorganisation, der trotz seiner Vergangenheit unter den Sowjets als Wirtschaftsleiter der Hauptverwaltung eines Volkskommissariats und später ebendort nochmals auf einer befristeten Stelle arbeitete; während der deutschen Besatzung war er wiederum in der Hauptverwaltung für Volkserziehung und Propaganda der Estnischen Landesverwaltung (*Eesti Omaavalitsuse Rabvakaasvatuse Peavalitsus*) tätig.³ Die Elitentheorie von Włodzimierz Wesółowski bezeichnet dies als Beibehaltung (*retention*), eine Situation,

1945, hrsg. von ROBERT BOHN, Stuttgart 1997 (Historische Mitteilungen, Beiheft 26); DIETMAR WILLOWEIT: Okupatsiooniõigus ja kollaboratsioonism [Besatzungsrecht und Kollaboration], in: Ajalooline Ajakiri 2007, Nr. 2, S. 137-162; MEELIS MARIPUU: Teise maailmasõja aegse juudivastase poliitika rakendamise Eestis. Magistritöö [Die Entfaltung der antisemitischen Politik in Estland während des Zweiten Weltkriegs. Magisterarbeit], Tartu 2007 (URL: http://dspace.utlib.ee/dspace/bitstream/10062/2935/1/maripuu_meelis.pdf, letzter Zugriff 6.1.2010); WERNER RINGS: Leben mit dem Feind. Anpassung und Widerstand in Hitlers Europa 1939–1945, München 1979; DAVID LITTLEJOHN: The Patriotic Traitors: A History of Collaboration in German-Occupied Europe, London 1972.

³ Dokumentiert in: Estnisches Staatsarchiv (*Eesti Riigiarhiiv*, Tallinn), Fond R-9, Bestand 2, Akte 384, Bl. 5-8; Viktor Adamtau päevik [Tagebuch von Viktor

in der die Personen trotz des geänderten politischen Systems ihre Position im öffentlichen, kulturellen, akademischen, beruflichen oder politischen Leben weiterhin einnahmen.⁴ Auch im Buch von Weiss-Wendt finden sich interessante Beispiele von Elitenvertretern, die ihre Position nach dem Zerfall des alten Regimes wiedererlangten oder beibehielten. Dies bestätigt auch der Autor in seiner Zusammenfassung, in der es heißt, dass die meisten der Täter (aber natürlich nicht nur sie) ihre Karriere unter dem Sowjetregime fortgesetzt hätten (S. 326).

Besonders gründlich diskutiert Weiss-Wendt die Kollaboration der Esten und behauptet, dass ihnen unter der deutschen Besatzung in juristischen und militärischen Angelegenheiten eine wesentlich größere Autonomie gewährt worden sei als in anderen besetzten Regionen üblich, weil sie so eifrig kollaboriert hätten (S. 343). Viele Forscher haben auf den Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Kollaboration und den beiden Ideologien Antikommunismus und Antisemitismus hingewiesen. Joachim Tauber z. B. schreibt, es habe sich dabei „oft auch um bloße gemeinsame Feinbilder“ gehandelt: „Antisemitismus und Antikommunismus erleichterten vor allem in Osteuropa den deutschen Besatzern ihre Aufgabe.“⁵ Willoweit bemerkt, die deutsche Propaganda habe mit Erfolg Antisemitismus und Antikommunismus als einen internationalen, den europäischen Interessen dienenden Kampf dargestellt, sodass die Rekrutierung von SS-Legionären in den besetzten Ländern ausnahmslos auf diesem Aspekt beruhen konnte.⁶ Die beiden Ideologien wurden somit benutzt, um ein breiteres Ausmaß an Kollaboration zu erreichen. Für diese Ideen sollte man in den Kampf ziehen und andere Ideale opfern. Um die Menschen zur Zusammenarbeit zu motivieren, betonten die Deutschen den Umfang des sowjetischen Terrors in Estland 1940/41 und behaupteten, dass sich so etwas nie wiederholen würde, wenn die Esten mit ihnen zusammenarbeiteten. Weiss-Wendt zufolge konnte jedoch der Antisemitismus in Estland nicht zu diesem Zweck genutzt werden (S. 55, 343). Eine Analyse des Zusammenhangs zwischen Antikommunismus und Kollaboration findet sich im Buch leider nicht, obwohl das Beispiel von Ellen-Erika Allik, die in die Polizeischule ging, um aktiv gegen den Bolschewismus zu kämpfen (S. 113), gut in dieses Bild passen würde.

Mehrfach nennt Weiss-Wendt namentlich Juden mit kommunistischer Vergangenheit, z. B. Isaac Freidin, Rubin Rachelchik u. a. (S. 159), an deren

Adamtau], hrsg. von MARGUS LÄÄNE, in: *Kultuur ja Elu* 2009, Nr. 2, S. 45-48; Nr. 3, S. 38-47; Nr. 4, S. 47-55, hier Nr. 2, S. 46.

⁴ WŁODZIMIERZ WESOŁOWSKI: *Theoretical Aspects of Elite Research in Postcommunist Societies*, in: *The Second Generation of Democratic Elites in Central and Eastern Europe*, hrsg. von JANINA FRENTZEL-ZAGORSKA und JACEK WASILEWSKI, Warszawa 2000, S. 17-36, hier S. 30.

⁵ TAUBER, „Kollaboration“ in: *Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert*, in: „Kollaboration“ (wie Anm. 2), S. 11-18, hier S. 13.

⁶ WILLOWEIT, *Okupatsiooniõigus* (wie Anm. 2), S. 151.

Hinrichtung neben den Deutschen auch Esten beteiligt waren. Über solche Fälle schrieb Meelis Maripuu, dass die „Judenfrage“ für die Esten „in dieser neuen Situation nicht wesentlich“ gewesen sei. Man könne weder „von einem direkten Widerstand gegen den Holocaust oder andererseits von direkter Kollaboration mit der Okkupationsmacht gegen die Juden“ sprechen.⁷ Die Lektüre von Weiss-Wendts Studie hinterlässt allerdings einen wesentlich anderen Eindruck: Es gab keinen Widerstand, aber eine große Bereitschaft zur Kollaboration, die sich auch auf den Holocaust erstreckte, obgleich der Antisemitismus keine große Rolle spielte – Juden wurden in erster Linie als „Kommunisten“ vernichtet. Maripuu zufolge war wiederum das Geschehen von den deutschen Besatzungsorganen gelenkt worden (was auch Weiss-Wendt nicht bestreitet), die in ihren Aktionen gegen die Juden oft die lokale Bevölkerung als Werkzeug benutzten.⁸ Leider findet sich keine Diskussion des Standpunkts von Maripuu im Buch.

Die Zusammenfassung der Arbeit bietet einen vor allem aus der regionalen baltischen Perspektive ausgehenden analytischen Überblick über die Kollaboration der Esten mit der deutschen Besatzungsmacht. Hier wird festgestellt, dass die Esten fast 100% der Mitarbeiter der estnischen SiPo ausmachten, was z. B. in Weißrussland nicht der Fall gewesen sei, da dort außer Weißrussen auch Russen, Ukrainer und sogar Tataren in der SiPo dienten (S. 324). Hier muss natürlich die Tatsache beachtet werden, dass die Esten eine 20 Jahre lange Periode der Unabhängigkeit hinter sich hatten und die Hoffnung hegten, diese erneut wiederherzustellen. Unter diesen Bedingungen finden sich immer Menschen, die ihren Überzeugungen und ihrer früheren Beschäftigung gemäß in den Staatsdienst treten, selbst unter den Bedingungen einer Fremdherrschaft. Der Autor erkennt zwar, dass die Mehrheit der Bevölkerung ihre Landsleute in Uniform als legitime Vertreter des estnischen Volkes ansahen, dennoch bleibt der Eindruck, dass der Vergleich mit Weißrussland nicht völlig stimmig ist.

Weiss-Wendt zeigt die Sinnlosigkeit des Terrors, bei dem Juden, darunter auch Bürger des ehemaligen estnischen Staates, hingerichtet wurden, weil man sie zu „Kommunisten“ erklärte, obgleich über die Hälfte von ihnen Frauen, Kinder oder ältere Menschen waren (S. 342). Er sucht eine Antwort auf die Frage, warum das Ausmaß der Kollaboration unter den Esten größer als in anderen besetzten Ländern und der Widerstand gegen die Fremdherrschaft nur sehr gering gewesen sei. Nun war das deutsche Regime insgesamt gewiss vergleichsweise milde, gerade gegenüber den Esten. Warum unterstützten die Esten aber auch dann noch die

⁷ MEELIS MARIPUU: Kollaboration und Widerstand in Estland 1940–1944, in: *Collaboration and Resistance During the Holocaust: Belarus, Estonia, Latvia, Lithuania*, hrsg. von DAVID GAUNT, PAUL LEVINE und LAURA PALOSUO, Bern u.a. 2004, S. 403–419, hier S. 419.

⁸ MARIPUU, *Teise maailmasõja aegse judivastase poliitika rakendamine Eestis* (wie Anm 2), S. 49.

Deutschen, als die Hoffnung, die Eigenstaatlichkeit wieder herzustellen, schon verfliegen war? Seiner Ansicht nach gab es dafür drei Gründe: Angst vor dem Kommunismus, Misstrauen gegenüber den Westalliierten und den weiterhin beständigen Glauben, dass die Zusammenarbeit mit den Deutschen in der fernen Zukunft vielleicht doch zur Unabhängigkeit führen würde – „Estonians sought to use the Nazis as a tool, but instead became one“ (S. 340). Um diese Behauptungen nachzuweisen, müssten aber nicht nur der Holocaust und sein Nexus mit der Kollaboration, sondern auch der persönliche Hintergrund der höheren Beamten, die während der deutschen Besatzung auf estnischem Boden tätig waren, und ihre Überzeugungen genauer untersucht werden. In eine breiter angelegte Analyse müssten auch die allgemeine politische Situation sowie die Tätigkeit der nationalsozialistischen Propaganda- und Machtorgane in Estland einbezogen werden. Ob Weiss-Wendts Thesen danach Bestand haben werden oder ob sich vielleicht ein ganz anderes Bild ergibt, wird sich zeigen.

VADIM RÕUK

On Structural Explanation and Structural Misunderstanding: Response to my Critics

I chose “Murder Without Hatred” as the title for my book. Between July 1941 and October 1944, over 31,000 civilians, including 8,614 Jews and 800 Roma, were murdered in Estonia. Many of them were executed, while others were worked to death or died of malnutrition and disease. With a few exceptions, all of them were innocent people. Obviously, Nazi racial ideology played a decisive role in the campaign of mass murder launched under conditions of German military occupation. Add to that latent anti-Semitism and the desire to avenge lives wrecked by Soviet terror, and the explanation of local collaboration in the Nazi mass murder of Jews appears to be self-evident. Indeed, it has been common to explain participation in mass violence through the activities of the marginal few who lash out against a designated and/or constructed enemy group. Those individuals presumably act upon the promise of career advancement, personal greed, or ideological convictions. As Andrew Ezergailis has argued in the case of Latvia, “Neighbours did not kill Jews!” and when asked to speculate as to what prompted Latvians from the notorious Arājs death squad to participate in

the murder of Jews, he exclaimed: “They did so for a bottle of *Schnapps*!”¹ Statements like these clearly identify a tendency in Baltic historiography to regard indigenous perpetrators of the Holocaust as marginal elements that have nothing to do with Estonia, Latvia, or Lithuania respectively. In other words, they acted as Nazi German stooges and therefore only represented themselves. Indeed, they soiled the good name of their country.

Without rejecting any of the factors mentioned above, I nonetheless consider this line of explanation simplistic. As with the everlasting debate on nurture versus nature, the question at issue is about the relationship between circumstantial factors (i.e. Soviet terror, Nazi pressure, personal status, etc.) and structural factors (i.e. distribution of power in the society, triangular relationship between individuals, collectivities, and state).² In this particular context, structural explanation would focus on group relations, collective perceptions of self and the “Other,” in other words – collective identity. By advancing a structural explanation of local collaboration in the Nazi mass murder of Jews in Estonia I reflect on the difficulty that historians have had in connecting ideas and actions. Being aware of the gap between theory and practice, I base my analysis on a painstaking reading of primary sources. This is the reason why the analytical chapter (chap. 12) concludes the book rather than opens it. For this book, I have done research in fifteen different archives in six different countries. My sources include wartime documentation, post-war trial records, and survivors’ testimonies in five different languages, including Yiddish. Although the available sources are not enough to adequately cover all aspects of the Holocaust as it played out in Estonia (e.g. Jewish forced labour camps, 1943-44), the existing documentary evidence (e.g. investigation files of the Estonian Security Police) enables me to put a ‘human face’ on the tragedy/crime. As the expression goes – the devil is in the detail; an array of individual stories helps me to paint a vivid picture of victims and perpetrators facing each other in the surreal confrontation (when looking from the contemporary perspective).

The question that I pose is simple: what prompted some Estonians to take part in the Nazi mass murder of Jews? Taking into account the benevolent treatment of ethnic minorities in interwar Estonia – unlike in most other newly independent countries of Eastern Europe – the participation

¹ Ezergailis made this comment at the conference “Collaboration and Resistance in “Reichskommissariat Ostland,” Stockholm, April 2002. Cf. his article ANDREW EZERGAILIS: Collaboration in German Occupied Latvia: Offered and Rejected, in: *Latvija nacistiskās vācijas okupācijas varā, 1941–1945* [Latvia under Nazi German Occupation, 1941–1945], Riga 2004 (Symposium of the Commission of the Historians of Latvia, 11), pp. 119-139.

² The term ‘structural violence’ has been coined by JOHAN GALTUNG. See his articles: Violence, Peace, and Peace Research, in: *Journal of Peace Research* 6 (1969), S. 167-191; and Violence, War, and Their Impact on Visible and Invisible Effects of Violence, in: *Polylog. Forum for Intercultural Philosophy* 5 (2004), URL: <http://them.polylog.org/5/fgj-en.htm> (assessed March 8, 2010).

of a certain segment of the Estonian population in the Nazi mass murder of Jews appears perplexing. Due to their low numbers and low levels of political engagement, Estonia's Jews rarely featured in the highest echelons of Soviet power following the 1940 annexation. The Judeo-Bolshevik myth therefore received relatively little currency in Estonia, as compared to Latvia and Lithuania. Unlike in these two countries, Estonia witnessed no popular violence against the Jews (e.g. pogroms); there were no ghettos or mobile death squads staffed by the locals in Estonia. German occupation authorities, and specifically the head of the German Security Police in Estonia Martin Sandberger, granted Estonian agencies a significant degree of autonomy in their everyday operations.³ The Estonian branch of the German Security Police 'prosecuted' Jews on an individual basis. Despite the lack of incriminating evidence, Jews were formally condemned to death as "subversive elements" or as "communists," and only infrequently as "Jews." The way Estonian agencies handled the so-called Final Solution of the Jewish Question – namely in a rational, bureaucratic manner – is suggestive of the state of ambiguity surrounding the collapse of the Estonian state.

I drift away from the explanations that emphasize either anti-Semitic ideology or the breakdown of social fabric as a root cause of violence against the Jews. Contrary to the widely held view, the majority of perpetrators belonged to mainstream society and did not necessarily seek revenge or act under the impact of brutalization. In my mind, the answer lies in the idea of a sovereign state, which Estonians, Latvians, and Lithuanians sought to uphold at all cost, including human cost. I argue that an ideology of integral nationalism played by far the biggest role in motivating collaboration with the Nazis in the murder of Jews. Motivation to prosecute Jews for crimes they had never committed stemmed from the desire among Estonians to rectify the historical record. Because if Jews were indeed communists – as the Estonian Security Police deliberately portrayed them – then to kill them could be characterized as a service to the country rather than a contribution to the Nazi Final Solution. The concept of dehumanization does not apply in the case of Estonia. Instead of making Jews appear subhuman, the Estonian auxiliaries ascribed to them superhuman qualities. This was done to conceal the internal weaknesses of the Estonian State, which was said to have collapsed solely as a result of foreign aggression (which the Jews had allegedly supported, if not helped to bring about). Even though the presence of anti-Semitism cannot be ignored, those Estonians who – in the capacity of witnesses, investigators, or executioners – were involved in the persecution of the Jews emphasized that they bore no animosity toward the latter.

The fundamental fact is this: a heinous crime was committed – individuals belonging to a particular group were murdered solely on the basis of

³ Born in 1911, Sandberger may as well be the last of the high-ranking Nazi officials – and certainly of the Reich Security Main Office leadership – still alive. – Sandberger died 30.3.2010 (editors' addendum).

their ethno-religious identification. In my opinion, that constitutes sufficient grounds to engage in collective soul-searching. Indeed, the phenomenon of the Holocaust, its complexity and scope, offers a perfect opportunity to revisit national history. Furthermore, it enables one to look beyond national history, for the problem of mass violence and its agency is not confined to any particular place or time period. This is what I have attempted in my book, offering an interpretation based on solid empirical evidence that would account for both circumstantial and structural factors and thus exceed the narrow confines of national history. Let us now see what Olaf Mertelsmann and Vadim Rõuk made of my argument. Unfortunately, they for the most part failed to grasp it, and the fault is only partially theirs.

Both reviewers point out that I did not use for my study certain books published after 2005. My first objection is rather subjective yet not entirely lacking in common sense: anyone who has ever published a monograph (particularly with an American university press) will know that the process takes years. If I ever wanted to get my book published, at some point I had to tell myself 'stop!' My second objection is substantive: Mertelsmann and Rõuk mention specific titles but they do not tell me exactly what I have missed in terms of evidence and argument. Since my critics do not elaborate, let us look at some of the books they have mentioned. The collection of essays edited by Joachim Tauber – and referred to by Rõuk – offers a comparative perspective on collaboration with the Nazi and Soviet regimes in three East European countries – Lithuania, Poland, and Russia. Despite the extensive discussion of the phenomenon of collaboration, the book would have gained both in argument and in structure if it had taken into consideration the suggestion of Saulius Sužiedėlis to differentiate between criminal and all other forms of collaboration. Sužiedėlis, Christoph Dieckmann, Martin Dean, Michael McQueen – the authors who have contributed to the volume are among the historians I have quoted at length in my book.⁴ Wolfgang Curilla's study, aside from a couple of pages describing some of the activities of *Sonderkommando Ia*, has just a few passing references to incidents of unit redeployments in Estonia.⁵ Ruth Bettina Birn is certainly one of the best experts on Nazi-occupied Estonia. Until 2005, Birn served as Chief Historian in the Crimes Against Humanity and War Crimes Section of the Canadian Department of Justice. Her research on Estonia began in connection with the official investigation involving former Estonian nationals carried out by the Canadian legal authorities in the early and mid 1990s. Birn is an excellent empirical historian who knows her sources well. When it comes to Estonia, her major handicap is language: as far as I know, Birn speaks neither Estonian nor Russian and

⁴ See my review of the book in: *Journal of Baltic Studies* 38 (2007), pp. 480–483.

⁵ WOLFGANG CURILLA: *Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weissrussland 1941–1944*, Paderborn 2005, pp. 133–135, 246, 262–263, 284–285, 327–328, 389, 769, 826–827, 835, 853–856.

therefore relies mainly on German-language sources.⁶ In effect, by relating most convincingly *what* happened, Birn placed the Estonian case in the broader context of Nazi policies of mass murder yet failed to situate criminal collaboration with Nazi Germany within the context of Estonian history. And that is the *lacunae* that I attempted to fill in my study. It appears altogether that Birn is primarily interested in German perpetrators (see chap. 11 of her book). Besides, Mertelsmann deliberately overlooked the fact that I used three other books and articles by Birn – including her article in “Contemporary European History” that effectively outlines her thesis.⁷ Last but not least – more by way of subjective comment – Birn read and commented on the original draft of my book a year before publishing her own, and yet it did not make it into her historiography. Whether it should have been there or not is a separate question, though I do not think it took anything away from her argument. The same concerns the literature on the Soviet occupation of Estonia – the focus of Mertelsmann’s own research. I have an entire subchapter in the book dealing with Stalinist terror and its long-term effects (pp. 40–42), and would certainly incorporate the most recent findings into my argument, if Mertelsmann specified what exactly I have missed. Telling me that I am “wrong” is not enough, unless it is explained to me why I am wrong. Otherwise, this remains what it is – a rhetorical statement.

When it comes to empirical evidence, historians are often hampered by a lack of adequate sources. Mertelsmann and Rõuk are correct to note the deficiencies of post-war Soviet war crimes trials records. Yet I find that in their criticism they unwittingly throw the baby out with the bath water. There has been a growing consensus among Holocaust historians that trial records can, indeed should, be used in historical analysis, particularly when analyzed against other available sources.⁸ Whenever I had a doubt about

⁶ To give just two examples: one of the most important sources for the study of the destruction of Estonia’s Jews in the summer and fall 1941 are Estonian Security Police investigation files. Ranging between 6 and 40 pages each, close to 400 of those files belonged to Jews. Except for a summary in German, all other documents in the files are in Estonian. Another important source is the Soviet war crimes trials records – composed in Estonian and/or Russian. For the critique of case studies of particular countries written without the knowledge of local languages see MATTHEW KOTT’s review of ANDREJ ANGRICK and PETER KLEIN’s *Die “Endlösung” in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 23 (2009), p. 311. Cf. GÖTZ ALY and CHRISTIAN GERLACH’s book, *Das letzte Kapitel. Realpolitik, Ideologie und der Mord an den ungarischen Juden 1941–1945*, Stuttgart 2002, based exclusively on German-language sources.

⁷ RUTH BETTINA BIRN: *Collaboration with Nazi Germany in Eastern Europe: The Case of the Estonian Security Police*, in: *Contemporary European History* 10 (2001), pp. 181–198.

⁸ See, for example, the discussion on credibility of war crimes trials records in CHRISTOPHER R. BROWNING: *Ordinary Men: Reserve Police Battalion 101 and the Final Solution in Poland*, New York 1993, pp. xvii–xix, 145–146, 170. In June 2005, Alexander Prusin and I co-organized a two-week research workshop at the

the credibility of sources, and specifically war crimes trials records, I mentioned this explicitly (pp. 152, 164, 169, 273, 394f). It is not exactly Hamlet's dilemma – to use or not to use – that we are facing here. By discarding Soviet evidence as intrinsically fraudulent (as *émigrés* of East-European descent did consistently in the 1980s), we inevitably arrive at a paradox: we know thousands of victims by name but can never establish the names of the perpetrators; the crime has been committed but no one did it. Rõuk further suggested that I overlooked certain sources in Russian archives (which by implication would enhance/alter/disprove my argument). I am afraid Rõuk is simply ill-informed: since the early 1990s, the U.S. Holocaust Memorial Museum in Washington, DC has copied millions of pages of documents from central and provincial Russian archives, including captured German documents, the Soviet Extraordinary Commission (ChGK) records, and Soviet war crimes trials proceedings. I have painstakingly worked through all of these collections during my eight-month-long stay at the Museum. Again, I invite the reviewer to specify the collections/records in Russian archives that he thinks I should have consulted. Unless he does it, however, his criticism remains hollow.

The reviewers state on several occasions that I am wrong, but they do not supply any alternative interpretations. Mertelsmann rehashes vengeance and material needs and Rõuk anti-Semitism and anti-Communism as the prime motives for participating in the mass murder of Jews. Considered in isolation, these factors do not adequately explain patterns of collective behaviour under conditions of Nazi occupation. At best, they reinforce the stereotypes that have long dominated popular literature on the Holocaust.⁹ Furthermore, Rõuk is at fault when claiming that I failed to discuss the connection between criminal collaboration and anti-Communism in the book. Not only do I discuss that link in great detail (pp. 65-67, 73, 82, 114, 117-120, 164-169, 179, 337) but I actually have an entire subchapter called "Anti-Communism" (pp. 12-17) that explores the phenomenon of anti-Communism in interwar Estonia and its implications. Rõuk is correct to note that joining the agencies established by the subsequent occupation regimes is in itself not rare (as I pinpoint on pages 334-335). What I am interested in, however, is how that institutional transition effectively becomes a clearance mechanism and how it translates into the decision to collaborate in mass murder (for further analysis see the subchapter "Estonian Security Police: A 'Multiple Collaboration' Thesis," pp. 108-122).

Mertelsmann further questions my thesis that suggests a link between nationalism and genocide. Apparently, he is not familiar with the body

U.S. Holocaust Memorial Museum, "Prosecuting the Perpetrators of the Holocaust: War Crimes Trials in the Soviet Union and Eastern Europe," that dealt specifically with those issues.

⁹ For the most recent example, see SHELDON HERSH and ROBERT WOLF: *The Bugs Are Burning: The Role of Eastern Europeans in the Exploitation, Subjugation, and Murder of Their Jewish Neighbors During the Holocaust*, Englewood 2009.

of literature that traces the origins of genocide to the modern European nation-state and its expansion.¹⁰ When arguing there was nothing particular in Estonian nationalism that would prompt collaboration in the Nazi mass murder of Jews, Mertelsmann suggests a comparison with France, Belgium, or Netherlands. It feels strange to have to explain to the reviewer, who teaches modern history at the University of Tartu, the difference between the integral nationalism prevalent in the countries of East Central Europe and the civic nationalism characteristic of West Europe. The fact that Jews had settled, for example, in France since the Middle Ages – as compared to mid-19th Century in the case of Estonia – and that the so-called Vichy regime was a nominally independent entity – these two factors alone make France an odd case for comparison. To follow Mertelsmann’s logic, or rather the lack thereof, why not compare Estonia with Denmark whose population helped their fellow Jewish citizens to safety (an absolute exception to the rule)? Indeed, the purpose of comparison is not to enforce the preconceived notion about one of the constituents but to explain the differences between two or more closely related socio-political entities. (The principle of comparison used in sociology is different.) In that respect, comparing Estonia to France is as unfruitful an exercise as comparing, say, Latvia and Denmark, or Lithuania and Germany. Most natural would then be to compare Estonia, Latvia, and Lithuania, and that is exactly what I did in my book.¹¹ As far as nationalism is concerned, Mertelsmann deliberately misinterprets my point by engaging in selective quotation. I do talk about “the bankruptcy of nationalism in any form” and “the failed test of the nation-state” in the Baltic, however, on the very same page (p. 344) I also argue that:

“*Under extreme conditions*, even moderate members of a community may resort to violence, or at least condone it. Nationalism by default contains unanticipated destructive power. (...) Nationalism can be dormant for years, until a sudden change in structure generates a killer wave, as the tectonic plates, when shifted, cause a typhoon that destroys everything and everybody on its way [emphasis added; A. W.-W.]”

Apprehensive about me using the plural form of the word ‘Estonian’, Mertelsmann asks how I would explain the presence of ethnic Russians in the rank-and-file of the Construction Police Battalion 290 (*Estnisches Schutzmannschafts-Bau-Battalion 290*) that in November 1943 was assigned to guarding Jewish forced labour camps in north-eastern Estonia. First I explicitly state that nearly all atrocities committed in those camps were perpetrated by German SS personnel, whereas members of the Police Battalions 287 and 290 guarded the perimeter of the camps and had no right to enter the camp territory (pp. 258-261). Second ethnic Russians

¹⁰ See, for example, MARK LEVENE: *Genocide in the Age of the Nation State*, London 2005, 2 vols.; MICHAEL MANN: *The Dark Side of Democracy: Explaining Ethnic Cleansing*, Cambridge 2005.

¹¹ On the issue of false comparison see page 324 of my book.

were assigned to the Battalion 290 not because they were eager to guard the Jewish forced labour camps – as Mertelsmann seems to imply – but because they were considered too ‘untrustworthy’ to be mobilized into the Estonian Waffen-SS Legion (due to frequent instances of desertion). The Commander of the 1st Company that comprised Estonian Russians was an ethnic Estonian.¹² Rõuk considers not entirely justified the parallel that I draw between the ethnic composition of the auxiliary police in Belorussia and that in Estonia. Personally, I would prefer a comparison with Latvia and Lithuania, but the statistics for these two countries are unfortunately unavailable. Ironically, Rõuk’s objections strengthen the point that I make in the book: ethnic minorities – and specifically the Russians – had not been integrated in independent Estonia as effectively as has often been suggested, and thus apparently did not see the Estonian Security Police and/or *Omakaitse* as representing their cause. In western Belorussia, which until September 1939 belonged to Poland, no such unanimity of opinion had apparently taken place.

I talk of Estonians as a collectivity in the process of defining itself against its historical foes, the Germans and the Russians. Nowhere in the book did I talk about “collective responsibility of the Estonian nation” – yet another insinuation of Mertelsmann. Mertelsmann’s miscomprehension has in part to do with the difference in linguistic tradition (in this particular case, German vs. English). It is perfectly acceptable in American academic writing to use the plural in relation to ethnic or national groups, without attaching any specific quality to them in the process. Furthermore, I also write about ‘Germans,’ ‘Latvians,’ ‘Lithuanians,’ and others, which is apparently fine with the reviewer. Rõuk, siding with Meelis Maripuu, emphasizes that the Nazis often used “common local inhabitants” to carry out “anti-Jewish actions” (read: arrests and executions), and claims that I do not dwell on it in the book. For one, the Chapter 4, “The Coming of Terror,” is all about the German Security Police’s *modus operandi* in Estonia (pp. 84–122). Second I reject the very notion of humans as automatons with no volition who can be easily manipulated, right up to committing crimes.¹³ In the context of the Holocaust, this, rather simplistic perception, may be interpreted as an unwitting, or else misguided, attempt to evade the discussion of individual and group accountability.

Mertelsmann does a lot of name-dropping, without elaborating. He specifically mentions the names of Daniel J. Goldhagen and Christopher R.

¹² Estonia 1940–1945. Reports of the Estonian International Commission for the Investigation of Crimes Against Humanity, ed. by TOOMAS HIIO, MEELIS MARI-PUU, and INDREK PAAVLE, Tallinn 2006, p. 868.

¹³ Although the well-known experiments of Stanley Milgram and Philip Zimbardo have made an important contribution to the study of mechanism of collective violence, the empirical evidence supporting the agentic state (Milgram) is rather weak or contradictory. For further reference see JAMES WALLER: *Becoming Evil: How Ordinary People Commit Genocide and Mass Killing*, Oxford 2002, pp. 102–111, 221–225.

Browning, claiming that I have bought into the argument of the former and failed to appreciate the conclusions drawn by the latter. This I can call nothing other than insinuation and deliberate misreading. Mertelsmann not only misconstrues my thesis but also draws false comparisons and misapprehends the core argument of Browning's book. As numerous critics have pinpointed, Goldhagen used deficient methodology in support of his, essentially flawed, thesis. Thus, he relied predominantly on secondary literature, engaged in selective quotation, discounted defendants' self-exculpating testimonies, dismissed comparisons, and altogether discarded all evidence contradicting his own thesis.¹⁴ I was very careful to avoid any of these pitfalls in my study. By imputing the opposite, Mertelsmann is dangerously close to slander. His reading of Browning is equally deficient. In his now classic work, Browning analyzed a group of middle-aged, for the most part politically neutral, policemen from Hamburg on its way to becoming hardened killers. According to Browning, the 500-odd policemen morphed into a close-knit community, surrounded by what they perceived as a hostile Polish population. Although some of them initially had inhibitions against killing fellow human beings, eventually they grew accustomed to murder, and became accountable for the death of at least 83,000 Jews.¹⁵ Obviously, the Estonian case was rather different: policemen were serving in their own country; the number of Jews in Estonia was minuscule in comparison to Poland; and the murder was carried out not by means of routine mass executions but on an individual basis, pending quasi-legal police investigation. In addition, Mertelsmann disregards my criticism of Browning's thesis, wherein I warned against excessive emphasis on obedience and the power of authority as chief determinants of collective behaviour (p. 325).

Sometime I wonder whether Mertelsmann and Rõuk actually read my book at all. Thus, Mertelsmann reproves me for not using the Reports of the Estonian International Commission and the study by Jüri Ant, whereas both books are listed in my bibliography. Rõuk presents my account as an example of "observable history," claiming that I ignore other scholars' arguments while constructing my own. I am afraid Rõuk skipped the last chapter of my book, "Explaining Collaboration," in which I analyze every piece of writing on local collaboration in the Nazi-occupied Baltic States that I could put my hands on. Here are the names of just a few historians whose arguments I have dissected: Dov Levin, Saulius Sužiedėlis, Andrew Ezergailis, Gerhard Bassler, Christoph Dieckmann, Knut Stang, Michael MacQueen, Eric Haberer, Roger Petersen, and Andres Kasekamp. Next Rõuk says that I have overlooked the important books and articles by

¹⁴ For comprehensive critique of Goldhagen's thesis see NORMAN G. FINKELSTEIN and RUTH B. BIRN, *A Nation on Trial: The Goldhagen Thesis and Historical Truth*, New York 1998, esp. Birn's contribution.

¹⁵ BROWNING, *Ordinary Men* (Fn. 8).

Dietmar Willoweit, Robert Bohn, Werner Rings, and Daivid Litteljohn (I have indirectly addressed Meelis Maripuu's argument above). The truth is, however, that all of the above scholars are mainly dealing with the theory of collaboration, with very little, if any, evidence presented specifically on local collaboration in the Baltic.

Although it was not one of my objectives, I want to dwell on the idea of history for a while, particularly since Rõuk raised this issue in his review. Coming back to his criticism, apparently he has problems with the process of history writing whereby scholars draw certain conclusions from their analysis of empirical evidence. Ironically, that is what history is all about, no matter what kind of history one is writing – social, diplomatic, political, and so on. As I have alluded at the beginning of this article, I believe the problem that the reviewers apparently have grasping my argument is partially structural. It has something to do with the different academic conventions as practiced in Anglo-Saxon countries versus Central East European countries strongly influenced by German tradition of history writing. Take, for example, the very concept of *history*, which is considered 'science' in most European countries (German: *Wissenschaft*; Estonian: *teadus*) but part of the Humanities in the North-American academic tradition. The idea of history as science goes back to the oft-quoted dictum by Ranke, who suggested reconstructing history "as it actually was" (*wie es eigentlich gewesen*). Those who view history as science unwittingly assume a positivist approach that promises the attainment of 'historical truth' through the use of a particular 'scientific,' methodology. Ranke's postulate has generated certain canons of history writing, which prescribe that a monograph begins with a chapter on historiography and another one on source criticism. The easiest, as well as safest, way to stay within these orthodox rules is to exhibit facts, leaving up to the readers to draw conclusions. That is what, for example, Ezergailis did in his heavily documented monograph in which he discussed, among other things, the participation of Latvians in the Nazi mass murder of Jews.¹⁶ In his review, Mertelsmann repeatedly praises the volume produced by the Estonian International Commission as an example of a balanced handling of the Holocaust in Estonia. Certainly a major achievement, the book does not advance new interpretations and makes no definite conclusions regarding motives of criminal collaboration, however. I spent 476 pages discussing this issue, while Meelis Maripuu addressed it in just a few lines (suggesting obedience as a factor).¹⁷ Estonian historians have produced an important work of encyclopaedic quality, and that is what it essentially amounts to. I argue to the contrary, namely that written by humans about humans, history is by default subjective – sim-

¹⁶ ANDREW EZERGAILIS: *The Holocaust in Latvia, 1941–1944: The Missing Center*, Riga 1996, 375–376.

¹⁷ *Estonia 1940–1945* (Fn. 12), p. 146. For further criticism of the work of the Estonian International Commission see my article: *Why the Holocaust Does Not Matter to Estonians*, in: *Journal of Baltic Studies* 39 (2008), pp. 479–481.

ply because we will never be able to know everything about everything – no matter how loud and how often historians swear to produce ‘objective’ accounts. It is our responsibility as historians to probe facts to advance new interpretations, and, yes, to draw conclusions. Only by means of that intellectual exercise do historical facts as such acquire meaning, I argue.

Mertelsmann does not even bother considering the tenets of a psychosocial approach to the study of criminal collaboration that I have advanced in my book, dismissing it as “dated.” This is a non-ontological proof that I will not honour. Dismissing a certain methodology simply because you disagree with the conclusions is logically fallacious as it is preposterous. It is certainly easier to stigmatize your fellow historian by comparing his interpretation to Soviet propaganda, as Mertelsmann does. To that I can only say: let us stay professional and follow the basic rules of academic conduct!

My critics are totally lost in their logic, implying that I ignored the arguments advanced by other scholars and simultaneously criticizing me for drawing conclusions of my own. The inference is nothing short of absurd: it might have been better if my book had not been written at all! I think of it as more of an inability to build a solid counter argument without resorting to labelling. This inability effectively holds modern Estonian history hostage, deterring contextualization, comparative analysis, and simply novel methodological approaches. I am afraid the reviewers simply failed to consider the broader ramifications of my analysis. Honestly, reading Mertelsmann and Rõuk’s reviews makes me feel pessimistic about the state of Estonian historiography.

On top of numerous inaccuracies, misquotations, and misconceptions in the two reviews printed above, I was dispirited by the tone occasionally assumed by Mertelsmann and Rõuk. I got the impression that the reviewers are much more interested in showing what is wrong with my thesis than they are in the victims’ plight or in advancing new interpretations. That is when Rõuk, referring to Maripuu, argues that it is effectively impossible to talk about direct collaboration of the Estonians in the Holocaust. It leaves me speechless: did I not talk about persons of flesh and blood, Estonian nationals, who pulled the trigger or signed death sentences? It cannot get more “direct” than that! It is not *only* about Jews or Estonians, not *only* about the motives behind the crime, but also about human society as such. Within the context of the Holocaust and the place it occupies in Estonian history, I call it a failure of humanity; Mertelsmann apparently has a different word for that.

ANTON WEISS-WENDT

BESPRECHUNGEN

Sõnasse püütud minevik [In Worte gebannte Vergangenheit] *in honorem Enn Tarvel*, hrsg. von PRIIT RAUDKIVI und MARTEN SEPPEL. Verlag Argo. Tallinn 2009. 440 S. ISBN: 9789949438600.

Enn Tarvel, der im Jahr 2007 seinen 75. Geburtstag feierte, gehört zu jener Generation estnischer Historiker, an deren Spitze noch die Professoren der Universität Tartu Sulev Vahtre, Herbert Ligi und Helmut Piirimäe standen. Tarvel hielt keine Vorlesungen in Tartu, doch sind seine Werke wohlbekannt und hoch geschätzt. Dies spiegelt sich in der ihm gewidmeten Festschrift wider, in der 21 Aufsätze estnischer, schwedischer, finnischer und litauischer Historiker versammelt sind. Hinzu kommt eine Auswahlbibliografie der Werke Tarvels auf 14 Seiten sowie ein von Marten Seppelel in Worte gefasster, herzlich informeller Überblick über das Leben des herausragenden Historikers Tarvel im sowjetischen System, wo er sich von der kommunistischen Nomenklatura fernhielt. Seltsamerweise finden wir weder in der Biografie noch sonst im Buch ein Geburtsdatum des Jubilars, wenn wir den Hinweis, der einer Grundschul-Rechenaufgabe gleicht, nicht berücksichtigen: „Der im Jahr 1926 geborene Bruder Mikko war sechs Jahre älter als Enn“ (S. 11). An dieser Stelle soll das Datum aber bekannt gemacht werden: Enn Tarvel wurde am 31. Juli 1932 geboren.

So wie die Forschungsarbeit von Enn Tarvel umfassen auch die ihm gewidmeten Artikel der Festschrift den Zeitraum von der Mitte des 12. Jahrhunderts bis heute. Der chronologisch aufgebaute Sammelband beginnt mit einer Abhandlung von Nils Blomkvist über die Missionstätigkeit des zum ersten Bischof der Esten ernannten Mönchs Fulco und seines estnischstämmigen Begleiters Nikolaus. Im Gegensatz zur bisherigen Geschichtsschreibung, bei der die Betonung auf dem dänischen Einfluss lag – was Blomkvist zufolge damit zu erklären ist, dass die Verhältnisse des ausgehenden 12. Jahrhunderts und des einsetzenden 13. Jahrhunderts unbegründet auf die 1160er und 1170er Jahre übertragen wurden –, gehörte das estnische Gebiet in der genannten Periode zum Einflussbereich des schwedischen Erzbistums. Auch Fulcos Mission war in erster Linie mit den damaligen politischen Zielen Schwedens verbunden. Die Ankunft des Christentums im Baltikum ist auch das Thema von Kersti Markus. Ausgehend von der Ikonografie einer aus dem 13. Jahrhundert stammenden Grabplatte, die in der Westwand der Kirche von Moon gefunden wurde, behauptet Markus

aufgrund der Analyse der verschiedenen Abbildungen auf der Platte (Grabhügel, Kreuz, Tür, Speer, Trinkhorn), dass die heidnischen Einflüsse lange fort dauerten, man aber nach deren Anpassung an das Christentum strebte. Tiina Kala hat den sozialen Hintergrund der etwa 600 Zeugen erforscht, die in livländischen Urkunden aus dem 13. Jahrhundert erwähnt werden, und kommt zu dem Schluss, dass das genannte Kontingent fluktuierend, willkürlich und in Livland nur für kurze Zeit tätig war. Bemerkenswert ist auch, dass unter den Zeugen Vertreter der einheimischen Bevölkerung fehlten – eine Ausnahme bildet nur eine Urkunde, in der Bewohner von Ösel genannt werden. Kala zufolge waren den Kolonisten möglicherweise die Machtverhältnisse unter den Einheimischen im 13. Jahrhundert entweder zu unklar oder nicht vereinbar mit der christlich-feudalen Hierarchie. Mit den Anfängen des Christentums im Baltikum befasst sich auch Ivar Leimus in seiner originellen Untersuchung „Wie viel kostete ein Kirchengebäude in Livland?“. Da in Skandinavien die ersten Kirchenbauten häufig von Mitgliedern der lokalen Eliten initiiert wurden, ist auch die Errichtung der ältesten Steinkirchen Ösels als ein Ausdruck der Feudalisierung der Angehörigen der dortigen einheimischen Oberschicht angesehen worden. Leimus fragt, ob der Bau einer Kirche den finanziellen Möglichkeiten eines damaligen estnischen Vornehmen angemessen war. Beim Vergleich u. a. mit den gut dokumentierten Bauarbeiten der Vale Royal Abbey (England) in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts findet Leimus, dass auch gemäß den bescheidensten Berechnungen für den Bau der Kirche zu Peude $17\frac{1}{2}$ bis 25 Kilogramm Silber erforderlich gewesen sein dürften. Die reichsten Bodenfunde auf estnischem Gebiet umfassen nicht mehr als zwei Kilogramm Silber, der Silberschatz des lettgallischen Ältesten Talibald reichte laut Auskunft Heinrichs von Lettland an fünf Kilogramm heran, was die obere Grenze des damaligen Reichtums markieren könnte. Daraus schließt Leimus, dass selbst der Bau einer kleinen Steinkirche die Kräfte der estnischen Ältesten offensichtlich überstiegen hat.

Zwei Autoren der Festschrift machen Korrekturen an der Chronologie des Mittelalters: So behauptet Anti Selart, dass der spätere Bischof von Dorpat, Friedrich von Haseldorf, frühestens im Jahr 1267 zum Bischof von Karelien ernannt worden sein kann. Als Bischof von Karelien war Friedrich nur Titularbischof. Als er dann 1268 Bischof von Dorpat – und erst damit auch faktisch Bischof – wurde, verschwand seine Titulatur als Bischof von Karelien aus den Quellen. Edvardas Gudavičius fragt, wann Polozk an Litauen angegliedert wurde. Im Ergebnis einer genealogischen Untersuchung verschiebt er dieses Ereignis um ein paar Jahrzehnte weiter als bisher angenommen in die zweite Hälfte der 1250er Jahre.

In die Frühneuzeit führt der ausführliche und unterhaltsame Beitrag von Jüri Kivimäe über die Handelsbeziehungen zwischen dem Bischof von Ösel-Wiek, Reinhold von Buxhövdén, und dem Revaler Kaufmann und Ratsherren Johann Selhorst am Anfang der 1530er Jahre. Kivimäe schätzt

die wirtschaftliche Lage des Bischofs als schlecht ein und hält es für möglich, dass das Ausbrechen des Bürgerkriegs von Ösel-Wiek (1532–1536)¹ mit einer wirtschaftlichen Krise in Verbindung gebracht werden kann. Krista Kodres geht aufgrund der Anzahl der Altäre, die sich in einer Kirche befinden, dem Einfluss der Reformation auf das Interieur des betreffenden Gotteshauses nach und stellt fest, dass das Ausmaß der Bilderstürme überschätzt worden sei. Laut Kodres blieb den Esten die Idee, Kirchenkunst zu desakralisieren, fremd: Noch im 17. Jahrhundert seien Kirchenaltäre für die bäuerliche Bevölkerung „heilig“ gewesen.

Zur schwedischen Zeit gibt Enn Kün g einen Überblick über die ersten Schritte bei der Einführung einer regulären Postordnung („Schueß-Ordnung“) in Livland und Estland. Er konzentriert sich dabei auf den Postdienst, der von dem damaligen Dorpater Drucker Jacob Becker im Jahr 1632 als Privatunternehmen in Gang gesetzt wurde, mangels Interesse und Finanzierung jedoch nur Riga umfasste. Marten Seppel befasst sich mit der livländischen Landesordnung aus dem Jahr 1668 und behauptet, dass ihre Bedeutung bei der Einführung der Leibeigenschaft in der bisherigen Historiografie deutlich überbewertet worden sei. Seppel stellt auch die These auf, dass der schwedische Zentralstaat die leibeigenschaftlichen Verhältnisse in Livland in keiner Weise in Zweifel gezogen hat. So galten die Bestimmungen aus dem Jahr 1668 überwiegend auch in der Zeit nach der Reduktion und auf den Domänengütern. Die „lange schwedische Zeit“ ist auch das Thema des Artikels von Aleksander L oit, der betont, wie Estland und Livland erst nach und nach unter russische Herrschaft gelangt sind, was in der bisherigen Historiografie oft außer Acht gelassen worden sei. Bis zum Abschluss des Friedensvertrags von Nystad (1721) sah Schweden das von den russischen Truppen eroberte Baltikum nach wie vor als sein Eigentum an, benannte Beamte für das Gebiet (allerdings ohne ein Gehalt zu bezahlen) und bestätigte die Privilegien des deutschbaltischen Adels. Den endgültigen Verzicht auf die baltischen Provinzen bezeichnete erst die „Politik von 1812“ des Königs Karl XIV. Johann – mit der Ausnahme der Zeit des Krimkrieges (1853–1856), als sich für Schweden erneut eine Möglichkeit eröffnete, das Baltikum zurückzugewinnen.

Die nordestnischen Wurzeln von Enn Tarvel sind wohl der Grund, warum die Geschichte Finnlands in der Festschrift stark vertreten ist. Pennti Virrankoski stellt die Entstehungsgeschichte der finnischen Autonomie dar und wendet sich gegen den Standpunkt, in der Loslösung von Schweden eine notwendige Voraussetzung für die spätere Selbstständigkeit zu sehen. Nach Virrankoskis Ansicht war die Voraussetzung für die Unabhängigkeit vielmehr die staatliche, rechtliche und geistige Tradition, die gerade aus der Schwedenzeit in Finnland noch erhalten war. Jussi T. Lappalainen gibt einen wirtschaftshistorischen Überblick darüber, wie die Besteuerung des Bodens, die am Ende der Schwedenzeit die Haupteinnahmequelle für

¹ Siehe den Aufsatz von MADIS MAASING in diesem Heft (Anm. d. Red.).

den Staat gewesen war, innerhalb von etwas mehr als einem Jahrhundert zurückging, bis das Parlament des mittlerweile unabhängigen Finnland sie im Jahr 1924 vollständig aufhob. Seppo Zetterberg behandelt auf der Basis von Archivmaterialien den Prozess der diplomatischen Anerkennung Estlands, der die finnische Regierung viel Überwindung gekostet hat, und der 1920 mit der ersten *de-jure*-Anerkennung der Estnischen Republik seinen Abschluss fand (Sowjetrussland, das die Anerkennung bereits früher ausgesprochen hatte, war selbst noch nicht *de jure* anerkannt).

Das 19. Jahrhundert wird in dem Sammelband in zwei Aufsätzen behandelt. Tõnu Tannberg gibt einen Überblick über die Organisation des Küstenschutzes der baltischen Gouvernements im Krimkrieg, wobei er sich auch der Rekrutenaushebung zuwendet, die in merklich größerem Umfang als zuvor üblich erfolgt war. Der Beitrag von Kersti Lust behandelt die regionalen und sozialen Aspekte der Hungersnot auf Ösel in den Jahren 1868/69. Wieder einmal stellt Lust fest, dass die Reichen immer besser leben als die Armen, und mit Blick auf die Hungersnot ist sie in mancher Hinsicht von den Ergebnissen der Reformen des 19. Jahrhunderts enttäuscht, behauptet am Ende aber dennoch, dass es die Unterschiede in den sozioökonomischen Beziehungen waren, die im Vergleich zu Ösel und Nordestland für eine bessere Absicherung gegen Missernten in Livland gesorgt haben.

Die Zwischenkriegszeit wird von Kalervo Hovi vertreten, der fragt, wie realistisch die französische Osteuropa-Politik war. Hovi stellt fest, dass die Vorstellung der Franzosen von den osteuropäischen Verhältnissen reichlich verschwommen und ihre Erwartungen unrealistisch waren. Mit dem Beitrag von Olev Liivik kommen wir zur Nachkriegszeit. In seinem Artikel über die parteipolitische Hochschulbildung in den 1940er Jahren schließt er an Untersuchungen über die Frage der Kollaboration an, die im letzten Jahrzehnt neue Impulse bekommen hat. Leider geht aus dem sonst gründlichen und reich mit Statistiken versehenen Artikel nichts über das Unterrichtsniveau in den Parteischulen hervor. Man kann es sich aber wohl vorstellen. Deshalb klingt das Zitat eines ungebildeten Kommunisten in der Artikelüberschrift – „Ist mein Schicksal wirklich so traurig, dass ich nicht einmal studieren darf?“ – gar nicht mehr so traurig.

Zwei Artikel behandeln die Entwicklung der Geschichtsschreibung. Pertti Grönholm betrachtet, wie die Estnische Republik der Zwischenkriegszeit in den Geschichtswerken der Estnischen SSR in den 1950er Jahren behandelt wurde und Anu-Mai Kõll beobachtet die Gestalt des estnischen Bauern im Laufe der Geschichte und sinnt dabei auch über die heutige postsowjetische Landwirtschaft nach. Auch der Artikel von Jaak Valge „Inflation – der Sprengstoffgürtel der Demokratie“, in dem der Autor anhand von verschiedenen Staaten den Zusammenhang von Inflation und innenpolitischen Prozessen analysiert, verbindet die Geschichte mit der Gegenwart. Die Schlussfolgerung des Autors ist schon in der bildhaften Überschrift enthalten.

Die estnischen Aufsätze der Festschrift sind mit englischen Zusammenfassungen, alle anderen mit estnischen Zusammenfassungen versehen. Wahrscheinlich hätte es die Herausgeber, die sonst gute Arbeit geleistet haben, nicht überfordert, den zwei deutschsprachigen und dem einen finnischsprachigen Artikel ebenfalls englische Zusammenfassungen hinzuzufügen.

MATI LAUR

ROBERT SCHWEITZER: *Finnland, das Zarenreich und die Deutschen. Gesammelte Studien zum europäischen Nordosten*. Festgabe zum 60. Geburtstag des Vfs. (Veröffentlichungen der Aue-Stiftung, 20). Hrsg. von UTA-MARIA LIERTZ. Verlag Schmidt-Römhild. Lübeck 2008. 736 S. ISBN: 9783795070656.

Der Bibliothekar der Lübecker Stadtbibliothek Robert Schweitzer kann als zentrale Person der Erforschung der Geschichte Nordosteuropas im 19. Jahrhundert angesehen werden. Die mehr als 700 Seiten starke Publikation, die anlässlich seines 60. Geburtstages veröffentlicht wurde, liefert ein anschauliches Bild von dem Themenkreis, mit dem sich der vielseitige Autor beschäftigt hat, wobei es sich zeigt, dass Schweitzer es versteht, historische Probleme auf neue Weise zu behandeln, neue und interessante Lösungen zu entwickeln. Schweitzer hat in einer Reihe von Untersuchungen in erster Linie die Identität des Ostseeraums betont, wenn diese auch seiner Ansicht nach nicht als einheitlich zu bezeichnen sei, sondern vielmehr einem aus vielen Fragmenten zusammengesetzten Mosaik ähnele.

Wer ist Robert Schweitzer? Eigentlich dürfte sich diese Frage fast erübrigen, denn so bekannt ist Schweitzer in den wissenschaftlichen Archiven, Bibliotheken und anderen Forschungsanstalten der Ostseeländer; am besten kennt man ihn wahrscheinlich jedoch in Finnland, da er seit mehreren Jahren zu den Stammgästen des Finnischen Nationalarchivs zählt. Es sei daran erinnert, dass er in den 1960er Jahren sein Studium an der renommierten Universität Marburg abgeschlossen hat. Da das Studium im Fachbereich Geschichte an der Universität an der Lahn eng mit der Erforschung der Geschichte Nord- und Osteuropas verbunden war, wurden auch Schweitzers Forschungsinteressen dadurch geprägt. Er bewahrt das Erbe der Marburger Professoren Georg von Rauch und von dessen Nachfolger Peter Scheibert. Seine Themenwahl wurde zweifelsohne auch vom Herder-Institut beeinflusst, das sich in der gleichen Stadt befindet. Das wichtigste Vorbild für den jungen Wissenschaftler war jedoch der

angesehene Professor Klaus Zernack, dessen weitgehende Forschungen zu Osteuropa Schweitzer in die Geschichte der Länder einführten, die zwar lange im deutschen Einflussbereich gewesen waren, sich jedoch von Deutschland auf faszinierende Weise unterschieden. Außer den Obenerwähnten hat auch der Münchener Professor Edgar Hösch zur Herausbildung der Forschungsinteressen des Jubilars beigetragen.

In Marburg bereitete sich der junge Schweitzer auf seine künftigen Aufgaben vor, indem er eifrig Sprachen lernte. Er erwarb ausreichende russische und erstaunlich gute finnische Sprachkenntnisse. Mit der Zeit eignete sich Schweitzer auch die schwedische, polnische und bis zu einem gewissen Grad auch die estnische Sprache an. So brachte der sprachbegabte junge Mann gute Voraussetzungen mit, sich mit der Erforschung der vielfältigen Geschichte der Länder, die aus vielen Nationen zusammengesetzt waren, zu beschäftigen, dabei konnte er auch seine Karriere als Bibliothekar in den Dienst seiner Forschungsaktivitäten stellen, da er mit der Benutzung von Literatur und Quellen gut vertraut war. Wäre Schweitzer im universitären Bereich tätig gewesen, so hätte er sich offensichtlich auf weitaus engere Themen beschränkt, wobei seine Studien unter Umständen auch weniger farbig ausgefallen wären. In seinen Forschungen, die in eigenartiger Weise eklektisch sind, verschmelzen kulturelle Einflüsse der verschiedenen Perioden lebhaft und originell miteinander.

Schweitzers Dissertation unter dem Titel „Autonomie und Autokratie: Die Stellung des Großfürstentums Finnland im russischen Reich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts 1863–1899“ (1978) unterscheidet sich von herkömmlichen Untersuchungen durch eine besondere Herangehensweise. Schweitzer betrachtet in seiner Abhandlung die Politik der so genannten Russifizierung aus der Perspektive des Kaiserreichs und unter Anwendung einer komparativen Methode. Russland war nämlich bemüht, seine Unifizierungspolitik in verschiedenen Regionen zu verschiedenen Zeiten und auf unterschiedliche Weise durchzuführen. Während Zar Alexander III. etwa in Finnland als ein Herrscher galt, der die Verfassung befolge, so betrieb er im Baltikum eine aktive Politik der Russifizierung. Die in der Dissertation behandelten Themen wurden ein paar Jahrzehnte später in der Monografie unter dem Titel „The Rise and Fall of the Russo-Finnish Consensus: the History of the Second Committee on Finnish Affairs in St. Petersburg 1857–1891“ (1996) wieder aufgegriffen. Es handelt sich um ein verallgemeinerndes Werk, worin Schweitzer einige der in der Forschung anerkannten Ansichten infrage stellt und betont, dass die Geschichte einer Region nie nur aus der Perspektive der jeweiligen Region erforscht werden könne, sondern es vielmehr darauf ankomme, auch andere, sogar gegensätzliche Ansätze, Perspektiven und heikle Fragen zu berücksichtigen.

Die vorliegende Festgabe enthält eine Auswahl aus den zahlreichen Aufsätzen geringeren Umfangs, deren Zusammenstellung aus vielen verschiedenen Publikationen zweifellos große Anerkennung verdient. Es war für

die Herausgeberin sicherlich nicht leicht, eine Auswahl aus insgesamt 147 Texten Schweitzers zu treffen. In den meisten – wenn auch nicht in allen – wird der deutsche Einfluss in Russland und in anderen Gebieten Nordosteuropas in verschiedenen Perioden betrachtet, dabei geht der Autor am ausführlichsten auf die Verhältnisse im so genannten Alten Finnland, im Gouvernement Wiburg ein. Das Alte Finnland kann unter Umständen für das vierte Ostseegouvernement Russlands (neben Est-, Liv- und Kurland) gehalten werden, dessen Angliederung an das Großfürstentum Finnland im Jahre 1812 dazu führte, dass die „Wiburgische Entlichtung“ bzw. „Wiburgische Romantik“ als Faktor der Entwicklung der finnischen Kultur angesehen werden kann. Auch die Universität Dorpat spielte dabei eine wesentliche Rolle und einige Beobachtungen, die Schweitzer zu Dorpat und dem Einfluss gemacht hat, den diese Universitätsstadt auf Russland ausübte, stellen Forschungsergebnisse von wegweisender Bedeutung dar.

Der mikrogeschichtliche Aufsatz „Finnland, das Zarenreich und die Deutschen“ enthält zahlreiche Biografien, Details und Beobachtungen zu solchen Ereignissen und Phänomenen, die in der Geschichtsschreibung bisher im Hintergrund standen. Schweitzer interessiert sich unter anderem auch für Träume und Fantasien. Die Beschäftigung mit der *petite histoire* ist ein wichtiger Bestandteil seiner Forschungsaktivitäten, wobei er sie mit der von der modernen Historiografie anerkannten Mikro- und Mentalitätsgeschichte verbindet. Wenn auch diese Forschungsrichtung zweifelsohne faszinierend ist, so erregt fast noch mehr Aufsehen, dass Schweitzer daran liegt, althergebrachte Mythen zu erschüttern und diese – stets in freundlichem Ton, doch in der Sache hartnäckig – zu widerlegen. Bei gründlicher Lektüre einiger der Texte, die in der Festschrift abgedruckt sind, zeigt sich, dass der Autor in erster Linie hinsichtlich der Geschichte Finnlands allgemein anerkannte Ansichten infrage gestellt hat, die in den letzten Jahrzehnten auch von anderen Historikern neu bewertet worden sind.

Diese Umwertung zeigt sich bereits in den Titeln einiger Aufsätze. Wurde am 6. Dezember 1917 die Unabhängigkeit Finnlands deklariert oder der finnische Staat gegründet? Schweitzers Antwort lautet, dass der Zeitpunkt der Gründung des finnischen Staates nicht bekannt sei, er liege etwa zwischen den Jahren 1809 und 1917. In einer anderen Abhandlung schreibt Schweitzer, dass die Krisen, die dem Februarmanifest des Jahres 1899 – das er als ein nationales Trauma für Finnland ansieht, vergleichbar mit dem Winterkrieg 1939/40 – vorausgingen, dadurch bedingt waren, dass Russland die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten hatte, entweder eine tolerante Einstellung zu den Bemühungen des Großfürstentums um Erlangung der Unabhängigkeit zu zeigen, oder aber als ein Bollwerk der Ungesetzlichkeit in Europa zu gelten. Zwischen diesen schlechten Alternativen lavierten die russischen Kaiser wie seinerzeit Odysseus zwischen Scylla und Charybdis. Wie uns gut bekannt ist, siegte die Ungesetzlichkeit. Gelegentlich vertritt Schweitzer so radikale Ansichten, dass er in einem Vortrag ausruft: „Nein, meine Damen

und Herren, hier hat sich kein falsches Blatt in mein Manuskript eingeschlichen!“ Es ist zu begrüßen, dass Schweitzer in der Geschichtswissenschaft die Rolle eines Erweckers übernimmt, indem er nicht auf herkömmliche Auslegungsmöglichkeiten zurückgreift, sondern den finnisch-russischen Konflikt im 19. Jahrhundert aus einer neuen Perspektive betrachtet.

Die Faszination der Geschichte Nordosteuropas machen die nationale Vielfalt und die instabile Beschaffenheit seiner Grenzen aus. Das von Schweitzer erforschte deutsche Element drückte zwar dem ganzen Ostseeraum einen einheitlichen kulturellen Stempel auf, doch misslang es, auf staatlicher Ebene eine Brücke zwischen den Ostseeländern und Russland zu schlagen, was später, als andere Länder des Kontinents im Begriff waren, sich zu Nationalstaaten entwickeln, zu zahlreichen Konflikten mit den ethnischen Minderheiten führte. Schweitzer betont durchaus mit Recht, dass die Autonomie Finnlands für das Kaiserreich ein heikles Thema war, da sie seinen anderen ethnischen Minderheiten ein Beispiel gab, ebenfalls sich mit dem Gedanken an eine Autonomie zu beschäftigen. Dies ist einer der Grundgedanken des hier besprochenen Sammelbandes, dessen starke Seite es ist, dass der Autor weitreichende Vergleiche anstellt und auch auf die Geschichte der Verlierer Rücksicht nimmt. Man kann das besprochene Werk allen, die sich für die Geschichte Nordosteuropas im 19. Jahrhundert interessieren, zur intensiven Lektüre nur empfehlen.

KARI TARKIAINEN

KASPARS KĻAVIŅŠ: *apStāvēšana* [Das Totenofficium]. Verlag Mansards. Rīga 2009. 183 S., Abb., engl. Zusammenfassung, S. 176-183. ISBN: 9789984812304.

Kaspars Kļaviņš hat mit seinem Sammelband *apStāvēšana* Unruhe gestiftet, von der nicht nur die stets stillen Gewässer der lettischen Geschichtsforschung, sondern auch die an historischen Fragestellungen interessierte Öffentlichkeit berührt wurde. Die Reaktion, die das Werk bis jetzt ausgelöst hat, kann anhand zweier sehr unterschiedlicher Rezensionen illustriert werden: Die in ihrem Ton sehr gemässigte und eigentlich recht konstruktive Rezension von Kaspars Zellis in der Zeitschrift des Instituts für Geschichte Lettlands (*Latvijas vēstures institūta žurnāls*)¹ hat Kļaviņš dazu bewogen, die Redaktion

¹ KASPARS ZELLIS: Recenzija par K. Kļaviņa rakstu krājumu „apStāvēšana” [Rezension zum Sammelband von K(aspars) Kļaviņš’ „apStāvēšana“], in: *Latvijas vēstures institūta žurnāls* 2009, Nr. 2, S. 180-184.

eindringlich zu bitten, eine zweite Besprechung seines Buches zu veröffentlichen, diesmal jedoch aus der Feder eines vom Autor selbst ausgewählten Rezensenten.² Auf privater Ebene hat das Buch von Kaspars Kļaviņš jedoch noch weitaus heftigere emotionsgeladene Diskussionen ausgelöst. Mehrere renommierte lettische Historiker haben zu diesem Werk kritisch Stellung genommen und manche Passagen ironisch kommentiert – allerdings haben sie es eben nicht öffentlich getan. Es ist sowohl für die lettischen Historiker als auch für die akademischen Kreise Lettlands insgesamt, für eine recht kleine und abgeschlossene Gemeinschaft also, charakteristisch, dass es eine gegenseitige Solidarität im Rahmen des Fachs gibt, weshalb öffentliche Kritik gern vermieden wird. Zugleich ist es Usus, viele Autoren und ihre Arbeiten heimlich und privat in Gesprächen scharf zu kritisieren; da die betroffenen Autoren selbst bei diesen Diskussionen nicht anwesend sind, können sie ihre Texte und Ansichten auch nicht verteidigen. Versteckte Kritik fördert aber weder die öffentliche Diskussion über einzelne historische Forschungen noch über die Geschichte als solche und bewirkt eine gedankliche und ideelle Armut, die ihrerseits wiederum ganz wesentlich die Entwicklung der Geschichtsschreibung in Lettland behindert.

Diese Rezension ist ein Versuch, die von Kaspars Kļaviņš angebotenen Konzeptionen und Deutungen kritisch zu erörtern, um damit die von Zelis öffentlich begonnene Debatte über dieses Buch fortzusetzen.

Kaspars Kļaviņš, assoziierter Professor am Lehrstuhl für Lettische Literatur und Kultur an der Universität Daugavpils, genießt derzeit in Lettland eine relativ große Publizität und ist wohl einer der tüchtigsten Historiker auf dem Gebiet der mittelalterlichen Geschichte, der mit seinen Veröffentlichungen sowohl in deutscher³ als auch in englischer⁴ und französischer⁵ Sprache weit über Lettland hinaus bekannt geworden ist. Er nimmt regel-

² AGRIS DZENIS: Vēsturisko mītu PAstāvēšana un latviešu vēsturiskā apziņa. Recenzija par Kļaviņš, K. apStāvēšana [Das Bestehen historischer Mythen und das historische Bewusstsein der Letten. Rezension zu Kļaviņš, K. apStāvēšana], in: Latvijas vēstures institūta žurnāls 2009, Nr. 4, S. 185-188.

³ Siehe KASPARS KĻAVIŅŠ: Das mittelalterliche Livland und der christliche Westen: Symbiosen deutscher und baltischer Lebensformen nach der „Jüngeren Livländischen Reimchronik“ des Bartholomaeus Hoeneke, in: Jahrbuch der Oswald von Wolkenstein-Gesellschaft 16 (2007), S. 205-225; DERS.: Die Idee des Mittelalters als Beispiel des wechselnden Wertesystems in Lettland während des 20. Jahrhunderts, in: Baltica. Die Vierteljahresschrift für Baltische Kultur 2001, Nr. 1, S. 17-26.

⁴ Siehe KASPARS KĻAVIŅŠ: The Significance of the Local Baltic Peoples in the Defence of Livonia (Late Thirteenth-Sixteenth Centuries), in: The Clash of Cultures on the Medieval Baltic Frontier, hrsg. von ALLAN V. MURRAY, Farnham 2009, S. 321-340; DERS.: The Ideology of Christianity and Pagan Practice among the Teutonic Knights: The Case of the Baltic Region, in: Journal of Baltic Studies 37 (2006), S. 260-276; DERS.: The Baltic enlightenment and perceptions of medieval Latvian history, in: Journal of Baltic Studies 29 (1998), S. 213-224.

⁵ KASPARS KĻAVIŅŠ: Le rôle de l'Inde dans l'identité internationale du 19e au 21e siècle, in: Regards occidentaux sur l'Inde. Actes du colloque international de 1^{er}, 2 et 3 mars 2007 à Amiens, hrsg. von DANIELLE BUSCHINGER und CÉCILE LEBLANC, Amiens 2007 (Médiévaux 43), S. 58-63.

mäßig an internationalen wissenschaftlichen Konferenzen teil. Kļaviņš ist auch als Interpret des nationalen Epos „Lāčplēsis“ (Der Bärenjäger, 1888) von Andrejs Pumpurs hervorgetreten, er war sogar an den Vorbereitungen zur Erstveröffentlichung dieses Werkes in englischer Sprache beteiligt.⁶ In der lettischen Presse veröffentlicht er publizistische Texte,⁷ die bereits einen festen Leserkreis haben. Die Themen, die Kļaviņš sowohl wissenschaftlich als auch publizistisch erörtert, sind sehr unterschiedlich – angefangen mit der baltischen und europäischen Geschichte bis hin zu Fragen der Sprachwissenschaft, Literatur, Philosophie, Mythologie und Religion. Dank seiner weit reichenden Interessen ist er unter den lettischen Historikern eine beachtenswerte Ausnahme, denn in der Regel vermeiden es andere Fachleute, sich öffentlich zu solchen Fragen zu äußern, die nicht direkt mit ihren persönlichen wissenschaftlichen Spezialgebieten zu tun haben.

Das hier anzuzeigende Werk von Kļaviņš ist ein gutes Beispiel für die weit gespannten Interessen des Autors, doch ist es höchstwahrscheinlich gerade deshalb nicht auf einen bestimmten historischen Zeitabschnitt oder ein konkretes Thema konzentriert. So ist die Geschichte des Mittelalters, die ja seinen eigentlichen Forschungsbereich darstellt, im Rahmen dieses Buches von eher marginaler Bedeutung. Der Band ist eine Kompilation von 15 inhaltlich unterschiedlichen, meist zuvor bereits veröffentlichten Beiträgen, zu denen sich einige unveröffentlichte Texte gesellen.⁸ Der Autor hat versucht, diese Texte nach einem einheitlichen Konzept in

⁶ ANDREJS PUMPURS: *Bearslayer: the Latvian legend*, hrsg. von A. J. CROPLEY, AUSMA CIMDIŅA und KASPARS KĻAVIŅŠ, Riga 2007.

⁷ Siehe KASPARS KĻAVIŅŠ: *Baltijas vāciešu un latviešu kopīgā pagātne* [Die gemeinsame Vergangenheit von Deutschbalten und Letten], in: *Diena*, 19.3.2005.

⁸ *Kas izveidoja un aizsargāja Livoniju? [Wer hat Livland geschaffen und verteidigt?]*, S. 7-20; *Ģerboņu herolds Gelre kā 14. gadsimta Livonijas reprezentētājs Rietumeiropas kultūrā* [Der Wappenherold Gelre als Repräsentant Livlands in der westeuropäischen Kultur im 14. Jahrhundert], S. 21-33; *Baltijas jezuīti un to intelektuālā misija* [Die Jesuiten aus dem Baltikum und ihre intellektuelle Mission], S. 34-45; *Ieskats latviešu hernhūtiešu mistikas tradīcijā* [Ein Einblick in die Tradition der Mystik der lettischen Herrnhuter], S. 46-58; *Daži Latvijas un Prūsijas kultūrvēsturisko kontaktu aspekti* [Einige Aspekte der kulturgeschichtlichen Kontakte zwischen Lettland und Preußen], S. 59-76; *Mihaila Borha poēma „Jersika“ un patriotisms Latvijā laikmetu gaitā* [Das Poem „Gerzike“ von Michael von Borch und der Patriotismus in Lettland im Laufe der Zeiten], S. 77-86; *Drāma Livonijā senāk un tagad* [Das Drama in Livland einst und jetzt], S. 87-94; *Andrejs Pumpurs: tradicionālais, eiropēiskais un vispārcilvēciskais* [Andrejs Pumpurs: das Traditionelle, das Europäische und das Allgemeinmenschliche], S. 95-102; *Nezināmās Augusta Bīlenšteina vēstules* [Die unbekanntenen Briefe von August Bielenstein], S. 102-110; *Eduarda Bīriņa memuārus lasot* [Die Lektüre der Memoiren von Eduards Bīriņš], S. 111-119; *Kad ir izdevīgi atcerēties savu tuvāko. Raiņa Jāzeps un mēs* [Wann ist es günstig, an seine Nächsten zu denken. Rainis, sein Drama „Joseph und seine Brüder“ und wir], S. 120-129; *Jānis Ezeriņš mūsu kultūras mantojuma kontekstā* [Jānis Ezeriņš im Kontext unseres Kulturerbes], S. 130-145; *Latviešu pilsētnieki un pasaka par zemieku tautu* [Die lettischen Städter und das Märchen vom Bauernvolk], S. 146-155; *Svētie meži, pagānisms un ekoloģija jeb Žēl, ka zaudējam savu pašvērtību* [Die heiligen Wälder, das Heidentum und die Ökologie oder schade, dass wir

einem Sammelband zusammenzufassen, weshalb er sein Buch wohl symbolisch benannt hat – *apStāvēšana*. Kļaviņš bemüht hier einen Begriff aus dem liturgischen Sprachgebrauch der römisch-katholischen Kirche, nämlich das Totenoffizium: Im Kontext der kirchlichen Liturgie bezeichnet es eine rituelle Handlung, bei der die Angehörigen eines Toten ihre Trauer öffentlich bekunden. Im Fall des Buchtitels aber erhält dieser Begriff eine Schlüsselrolle für die gesamte Konzeption des Verfassers. In der heutigen jämmerlichen Situation von Bildung und Demografie in Lettland sind Kļaviņš zufolge zwei Aspekte von außerordentlicher Bedeutung: Erstens sei es dringend nötig, „für unsere Werte gerade zu ‚stehen‘ (*stāvēt*) und sie in Lettland weiterzuentwickeln, sie zugleich jedoch vollwertig in die internationale Diskussion einzubringen“; zweitens müsse man sich dessen bewusst sein, dass man „im schlimmsten Fall des Szenarios“ das eigene Kulturerbe nur „mit Anstand ‚betrauern‘ (*apstāvēt*) kann“ (S. 6). In der Einleitung werden vollmundige Ziele verkündet: Das Buch solle „ein methodologisches Beispiel für diejenigen Interessenten, Enthusiasten und Patrioten“ bieten, die etwas „für die Revision des lettischen Geschichtsbewusstseins leisten, unser Kulturerbe neu bewerten und weitere Entwicklungsperspektiven darin entdecken wollen“ (S. 6).

Trotz der hier formulierten hehren Ziele, die Kļaviņš offensichtlich anstrebt, und die das Fundament seines Geschichtskonzeptes zu bilden scheinen, ist es ihm mit dieser Kompilation nicht gelungen, auch nur den Eindruck einer gedanklichen Einheit zu erwecken und die konzeptionelle Idee in die Tat umzusetzen. Tatsächlich sind die vom Autor angerissenen Themen sehr unterschiedlich, weshalb sich die einzelnen Texte nicht ergänzen, sondern sogar eher zu einer Dissonanz führen. So fragt man sich, was den französischen Schriftsteller Jules Verne und seine Novelle „Ein Drama in Livland“ (S. 87-94)⁹ mit den Briefen des deutschbaltischen Pastors August Bielenstein (S. 102-110) verbindet bzw. mit der Mystik der lettischen Herrnhuter (S. 46-58) oder der Entstehung und Verteidigung des mittelalterlichen Livland (S. 7-20). Gewiss kann man irgendwie alle Beiträge in dem Sammelband als kulturgeschichtliche Abhandlungen über Livland, Lettland oder das Baltikum betrachten, was wohl auch konzeptionell intendiert ist. Aus den Inhalten jedoch wird dies dem Leser nicht vermittelt. Die vom Autor aufgestellten Kriterien, nach denen die Beiträge ihren Themen zufolge ausgewählt wurden, leuchten nicht ein. Beim Lesen fragt man sich unwillkürlich, ob der Autor nicht doch einfach nur einen Sammelband als Retrospektive einer bestimmten Arbeitsphase seiner

unseren Selbstwert verlieren], S. 156-165; Vai Baltija ir sengrieķu eposu dzimtene? [Ist das Baltikum die Heimat der altgriechischen Epen?], S. 166-175.

⁹ Die erste Fassung dieser Novelle entstand schon 1893, wurde bis 1903 gründlich überarbeitet und erschien schließlich unter dem Titel „Un drame en Livonie“ im „Magasin d'Éducation et de Récréation“ in mehreren Folgen vom 1. Januar bis 15. Juni 1904; bereits am 7. Juli desselben Jahres kam es als Buch in Paris heraus. Die deutsche Übersetzung „Ein Drama in Livland“ wurde 1905 gedruckt (Anm. d. Red.).

schöpferischen Tätigkeit herausgeben wollte, oder ob dieser Band gar als Auswahl seiner bedeutendsten Schriften gelten soll.¹⁰ Der Autor bietet seinen Kritikern somit eine begründete Gelegenheit zu fragen, welchen Wert die Herausgabe eines Sammelbandes denn hat, dessen Inhalt keinem einheitlichen Konzept folgt und darüber hinaus teilweise bereits in anderen Sammelbänden, wissenschaftlichen Werken oder Literaturzeitschriften publiziert wurde. Vielleicht war der Impuls, *apStāvēšana* herauszugeben, einfach nur übereilt. Möglicherweise hätte es an Wert nur gewonnen, wenn es später veröffentlicht worden wäre. Der Autor hätte dann den thematischen Kreis kleiner fassen und viele Gedanken reifen lassen können.

Mit seinem Sammelband zeigt sich Kļaviņš als wahrer Freund des Baltikums und Lettlands, der Deutschbalten und der Letten, allerdings balanciert er zuweilen mit seinem Lob auf der Grenze zu einem nationalen oder territorialen Chauvinismus. Es besteht zwar kein Grund dazu, an den guten Absichten des Autors zu zweifeln; natürlich will er den Ort und die Bedeutung Lettlands sowie des ganzen Baltikums innerhalb der europäischen Kultur nur betonen, doch klingen genau diese Behauptungen von Kļaviņš zuweilen recht überspitzt und zudem auch unkritisch, wie das folgende Beispiel zeigt. Im Artikel über die kulturhistorischen Beziehungen zwischen Lettland und Preußen führt er die bereits vorher geäußerte Mutmaßung an, dass ein Ahne des Philosophen Immanuel Kant ein Kure namens Vagars Kants gewesen sei, der bei Kļaviņš als Lette auftritt (S. 64). In demselben Artikel weist der Autor darauf hin, dass seiner Meinung nach die Bedeutung der altpreußischen und baltischen Tradition für die wissenschaftliche Wirkung von Nikolaus Kopernikus¹¹ nicht genügend gewürdigt sei. Sowohl die Altpreußen als auch die Letten und Litauer hätten eine gut entwickelte Himmelskunde gekannt, welche den berühmten Astronomen zu seinen Entdeckungen geführt habe (S. 61). Auf ähnliche Weise produziert Kļaviņš die Vermutung, dass mehrere bekannte deutschbaltische Adelsfamilien wie z. B. die v. Gayl, die Lieven oder Koch von den einheimischen Bewohnern Livlands abstammten (S. 14). Es ist vielleicht möglich, dass Kant einen Kuren (bzw. „Letten“) als Vorfahren hatte, möglicherweise stand Kopernikus wirklich unter dem Einfluss der preußischen und baltischen Tradition der Sternedeutung, und eventuell sind die genannten deutschbaltischen Adelsfamilien auf eine autochthone Herkunft zurückzuführen. Allerdings hätte sich der Autor dieser Behauptungen zunächst ernsthaft überlegen müssen, auf welche Weise er diese Themen behandelt, und welche Argumente und welche konkrete Beweisführung er für seine Hypothesen vorbringen kann. Leider verzichtet Kļaviņš darauf. Gerade seine ungenügende Argumentation ruft aber ernste Bedenken in

¹⁰ ZELLIS, Recenzija (wie Anm. 1), S. 182.

¹¹ Das für die Naturwissenschaften und insbesondere für die Astronomie bedeutende Werk, welches bald das Weltbild verändern sollte, erschien 1543 unter dem Titel „De Revolutionibus Orbium Coelestium“ (Von der Drehung der Himmelkreise) in Nürnberg bei Johannes Petreius (Anm. d. Red.).

Hinblick auf seine Behauptung hervor, das Baltikum sei eventuell sogar der Herkunftsort der altgriechischen Epen (S. 166-175). Nachdem Kļaviņš die Theorie des italienischen Atomphysikers Felice Vinci¹² über den Ostseeraum als den wahren Handlungsort der homerischen Epen vorgestellt hat, kommentiert er nur: „Ja, und wieso eigentlich nicht?“ Natürlich hat der Autor alles Recht, den Leser zu provozieren und im Bezug auf die allerstrittigsten, ja sogar ungläublichsten Thesen zu fragen: „Ja, und wieso eigentlich nicht?“ Doch wenn seine Behauptungen so ambitiös, zugleich aber so schwer – wenn überhaupt! – nachweisbar sind, kann ein mit gesunder Skepsis ausgestatteter Leser nur spöttisch lächeln. Obgleich Kļaviņš in der Einleitung seines Buches nachdrücklich betont, dass „wir“, die Letten also, das Risiko eingingen „uns lächerlich zu machen“, wenn „wir uns unseres Ortes und unserer Bedeutung in der Kulturgeschichte der Welt und Europas nicht bewusst werden“ (S. 5), ist es doch eher andersherum: Gerade eine allzu eifrig betriebene „Bewusstseinsarbeit“ in Hinblick auf den lettischen Ort in der allgemeinen Kulturgeschichte macht „uns“, die Letten, lächerlich.

Das Buch von Kaspars Kļaviņš überrascht demgegenüber mit einer hohen, für lettische Historiker seltenen sprachlichen Gewandtheit sowie mit der Befähigung, einem breiten Publikum Interesse an der Geschichte zu vermitteln. Dennoch mag auch dieser Eindruck täuschen, weil die Lektüre dem Leser auch erhebliche Schwierigkeiten bereiten kann. So etwa, wenn Kļaviņš über Herold Gelre schreibt, der im 14. Jahrhundert lebte und ein wohl recht enges Verhältnis zu Livland hatte (S. 21-33), denn die hier angeführten Quellenzitate sind auf Mittelniederdeutsch, ohne dass der Autor eine Übersetzung ins Lettische für nötig erachtet hätte (S. 28f.). Zudem gibt es auch manche Stellen, wo Zitate aus dem Lateinischen (S. 150) oder Polnischen (S. 81) nicht übersetzt sind. Es ist durchaus möglich, dass der Autor seine lettischen Leser einfach überschätzt und glaubt, dass sie mit den originalsprachlichen Zitaten schon selbst zurechtkommen werden. Eher jedoch scheint sich hinter den ausbleibenden Übersetzungen eine gewisse Arroganz dem Leser gegenüber zu verbergen, es sei denn, es handelt sich schlicht um einen Fall der Inkompetenz des Autors.

Aller hier zum Ausdruck gebrachten Kritik zum Trotz, deuten einige der Beiträge durchaus auf neue Tendenzen in der lettischen Geschichtsforschung hin. Der Autor zeigt sich darum bemüht, sich zumindest mit den alten Stereotypen über die Geschichte Lettlands und Alt-Livlands auseinanderzusetzen. So weist Kļaviņš im Artikel über die Entstehung und Verteidigung Alt-Livlands (S. 7-20) auf die besondere Rolle der autochthonen Einwohner in Bezug auf die Gestaltung der sozialen Lebenswelt hin und zeigt ihren Beitrag zur militärischen Verteidigung dieses Territoriums. Auch im Text über Herold Gelre beschreibt Kļaviņš sehr eindrucksvoll,

¹² FELICE VINCI: *The Baltic Origins of Homer's Epic Tales: The Iliad, The Odyssey, and the Migration of Myth*, Rochester 2006.

wie rasch Livland seiner Auffassung nach in die westliche Kultur des 13. und 14. Jahrhunderts integriert worden sei. Leider trifft man aber auch in diesen Arbeiten auf Passagen, denen es an Detailarbeit mangelt. So fügt der Autor dem Aufsatz über die Entstehung Alt-Livlands ein spezielles Unterkapitel mit dem Titel „Die *Einführung* von Europa“ (S. 15f.) bei, das leider abbricht, bevor ein interessantes und sehr wichtiges Thema überhaupt weiterentwickelt wird. Ähnliches ist auch über einen an sich guten Beitrag über die Letten als Stadtbewohner zu sagen, in dem der Autor mit Erfolg den Mythos über die Letten als Bauernvolk dekonstruiert (S. 146-155). Auch hier jedoch fehlt es an der notwendigen Arbeit am Detail. Kļaviņš betont, dass es sich im mittelalterlichen Livland bei der Bezeichnung „Undeutsche“ um ein soziales und nicht um ein ethnisches Phänomen gehandelt habe. Auch Fremde aus dem heutigen Russland, Weißrussland oder Litauen seien als „Undeutsche“ bezeichnet worden (S. 148). Diese Behauptung, die ohne jegliche Begründung auch nur in Form einer Anmerkung daherkommt, steht im Widerspruch zu der bisherigen Annahme, derzufolge es eine Trennung zwischen den örtlichen ethnischen Gruppen und den Schweden, Finnen, Russen, Litauern und Dänen gab, und dass die Fremden in den livländischen Quellen des Mittelalters eben nicht als „Undeutsche“ bezeichnet wurden.¹³ Die Missachtung dieser Differenzierung behindert die Wahrnehmung der komplizierten Geschichte sozialer und ethnischer Beziehungen in Livland, denn die Bezeichnung „Undeutsche“ galt für eine bestimmte und deutlich identifizierbare Gruppe von Leuten. Kļaviņš erwähnt bei seinen Ausführungen über die Letten im mittelalterlichen Riga die soziale Ausgrenzung der „Undeutschen“ von den ökonomisch und politisch wichtigen Lebenssphären der Städte Livlands am Ende des 14. und Anfang des 15. Jahrhunderts jedoch mit keinem Wort.¹⁴

Der Versuch von Kaspars Kļaviņš, mit seiner Artikelsammlung wichtige Themen der lettischen Kultur und Geschichte anzusprechen, ist aber auf jeden Fall positiv zu bewerten. Allerdings trägt der vorliegende Band leider nicht dazu bei, die wegweisende Wende in der lettischen Historiografie zu erreichen, die der Autor wohl ursprünglich bezweckt hat. Sein Buch könnte theoretisch ernste Diskussionen auf akademischem Niveau anregen, doch macht die fehlende Bereitschaft der lettischen Historiker, ihre persönliche Auffassung mit den Ansichten ihrer Kollegen zu konfrontieren, den Meinungs austausch beinahe unmöglich. Eine solche kritische Diskussion täte allerdings auch dem Autor gut, damit er in Zukunft in seinen Veröffentlichungen eine nachvollziehbar argumentierte

¹³ MANFRED HELLMANN: Gilden, Zünfte und Ämter in den livländischen Städten unter besonderer Berücksichtigung der „Undeutschen“, in: Festschrift für Berent Schwineköper. Zu seinem siebzigsten Geburtstag, hrsg. von HELMUT MAURER und HANS PATZE, Sigmaringen 1982, S. 327-335, hier S. 328.

¹⁴ LEONID ARBUSOW: Studien zur Geschichte der lettischen Bevölkerung Rigas im Mittelalter und 16. Jahrhundert, in: Latvijas Augstskolas Raksti, Nr. 1, Rīga 1921, S. 76-100, hier S. 79f.

und ausgewogene akademische Meinung vertritt, fußend auf dem von ihm analysierten Material.

GUSTAVS STRENGA

CAROLA L. GOTTMANN, PETRA HÖRNER: *Lexikon der deutschsprachigen Literatur des Baltikums und St. Petersburgs. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. 3 Bde. Verlag de Gruyter. Berlin und New York 2007. Zus. XX, 1476 S. ISBN: 9783110193381.

Biografische Nachschlagewerke erfreuen sich nach wie vor größten Interesses, bieten sie doch den im menschlichen Denken noch immer zentralen und meistens auch komfortablen Zugang über das Individuum in eine Zeit, einen Gegenstand oder ein Werk. In der Informationsflut wie in der -flaute halten wir uns gern an Menschen, über deren individuelle Biografie zumindest etwas fassbar zu werden scheint, was im großen Ganzen der „Literatur“ allzu schnell übergroß und flüchtig erscheint. Und so stellt das vorliegende Lexikon keinesfalls einen Sachschlüssel zur Literatur des Baltikums dar – was man angesichts des Titels vermuten könnte –, sondern ist (von wenigen Ausnahmen abgesehen) ein Autorenlexikon zur Literatur dieser Region. Sich dieser Aufgabe angenommen zu haben, verdient den Dank aller, die sich für die deutsche Literatur im Baltikum interessieren und bisher auf das zwar grundlegende und unverzichtbare, aber mittlerweile veraltete bio-bibliografische Nachschlagewerk von Recke und Napiersky (1827–1832) nebst Ergänzungen von Napiersky und Beise (1859–1861) angewiesen waren.¹ Keine grundsätzliche Abhilfe schaffte das „Deutschbaltische biografische Lexikon 1710–1960“ (1970) von Wilhelm Lenz, das zwar neueren Datums ist und bis zur – nun auch schon wieder ein halbes Jahrhundert alten – „Gegenwart“ reicht. Doch abgesehen von der zeitlichen Einschränkung war die Ausrichtung dieses Werkes eben nicht literaturwissenschaftlich, sondern es wollte „eine schnelle Orientierung über Personen ermöglichen, die wegen ihrer Stellung oder Leistung bemerkenswert sind“, sodass bei den enthaltenen Schriftsteller(inne)n jeweils lediglich wenige Werke ohne genaue bibliografische Angaben genannt

¹ Allgemeines Schriftsteller- und Gelehrten-Lexikon der Provinzen Livland, Esthland und Kurland. 4 Bde., hsg. von JOHANN FRIEDRICH VON RECKE und CARL EDUARD NAPIERSKY, Mitau 1827–32; Allgemeines Schriftsteller- und Gelehrten-Lexikon der Provinzen Livland, Esthland und Kurland von J. F. v. Recke und C. E. Napiersky. Nachträge und Fortsetzungen unter Mitwirkung von CARL EDUARD NAPIERSKY bearbeitet von THEODOR BEISE, Mitau 1859–61.

werden.² 1989 erschien dann das „Lexikon deutschbaltischer Literatur“ von May Redlich, doch ist dieses dem Untertitel entsprechend „Eine Bibliographie“, bietet also in biografischer Hinsicht lediglich rudimentäre Angaben und enthält angesichts eines relativ engen Literaturbegriffs gerade für die älteren Zeiten häufig kaum aussagekräftige Titel in starker Kürzung. Außerdem fehlen Nachweise und weiterführende Literatur.³

Das neue Lexikon wendet demgegenüber einen weiter gefassten Literaturbegriff an und stellt sich somit wieder in die von Friedrich Konrad Gadebusch⁴ und Recke-Napiersky gepflegte Tradition, wohl wissend, dass vor allem gelehrtes Schreiben in Mittelalter und Früher Neuzeit nicht mit den Maßstäben „Schöner Literatur“ zu erfassen ist. Ein allzu kurzes Vorwort in Band 1 legt Rechenschaft über die Konzeption ab, worauf noch genauer einzugehen sein wird. Es folgt eine Liste der Abkürzungen, die aus unerfindlichen Gründen nicht immer naheliegend gewählt wurden, wie beispielsweise das unübliche „est.“ statt „estn.“ (für estnisch) und „pol.“ statt „poln.“ (für polnisch). Etwas unpraktisch ist die räumliche Trennung von den Literaturnachweisen, die selbstverständlich ebenso mit Abkürzungen und Siglen arbeiten, aber erst am Ende von Band 3 untergebracht wurden. Dies erfordert das beständige Blättern in zumindest zwei Bänden. Denn auch hier sind in manchen Fällen ganz ungewöhnliche – und damit eben nicht sprechende – Abkürzungen gewählt worden, wie etwa „AGB 1897“ für den Jöcher nebst Ergänzungen (immerhin mit einem Rückverweis) oder „Hupel“ für die „Nordischen Miscellaneen“. Die an dieser Stelle versammelten rund 550 Titel von Nachschlagewerken, Zeitschriften und Monografien erwecken den Eindruck, dass hier großer Arbeitsaufwand betrieben wurde, um fundierte Artikel zu präsentieren.

Bevor die Artikel in Band 1 jedoch beginnen, ist unter dem Titel „Historischer und soziokultureller Hintergrund“ noch eine Einleitung von insgesamt 135 Seiten vorgeschaltet, in der zunächst ein „Geschichtlicher Abriss“ (34 S.) und die „Gesellschaftlichen Gliederungen“ (10 S.) geboten werden, gefolgt von einer langen Abhandlung über das Theater (84 S.) und Erklärungen zur sprachlichen Struktur der Region und ihrer Literatur (7 S.). Dann schließen sich insgesamt 990 Artikel von „Adolphi“ bis „Zum Bergen“ an. Den Abschluss bilden in Band 3 ein „Ortsverzeichnis“ (9 S.) und das Literaturverzeichnis (30 S.).

Das nicht einmal zwei Seiten umfassende Vorwort lässt den Benutzer leider in vieler Hinsicht ratlos und offenbart damit bereits die konzeptionellen

² Deutschbaltisches biografisches Lexikon 1710–1960. Im Auftrage der Baltischen Historischen Kommission begonnen von OLAF WELDING und unter Mitarbeit von ERIK AMBURGER und GEORG VON KRUSENSTJERN hrsg. von WILHELM LENZ, Köln 1970 (Nachdruck: Wedemark 1998), Vorwort S. VII.

³ MAY REDLICH: Lexikon deutschbaltischer Literatur. Eine Bibliographie, Köln 1989.

⁴ FRIEDERICH KONRAD GADEBUSCH: Livländische Bibliothek nach alphabetischer Ordnung, Riga 1777.

Schwierigkeiten des Lexikons. Allzu künstlich wird versucht, Eigenständigkeit zu konstruieren, indem keinerlei Hinweise auf die lexikalische Ausgangssituation gegeben werden. Die namhaften Vorgänger Gadebusch und Recke-Napiersky werden nicht erwähnt, von Henning Wittes älteren lateinischen Werken ganz zu schweigen. Wo es so eklatant an dem Bewusstsein einer Traditionslinie in der bio-bibliografischen baltischen Lexikografie mangelt, da wundert denn auch kaum noch, dass es erklärte Intention ist, „eine erste umfassende Bestandsaufnahme von Autoren und Autorinnen mit ihren Werken vom Mittelalter bis zur Gegenwart“ zu geben (S. VII). Wer das Literaturverzeichnis oder die Literaturhinweise bei den einzelnen Artikeln auch nur ein wenig beachtet, wird feststellen, dass in vielen Fällen auf reichliche Vorarbeiten zurückgegriffen werden konnte. Vielmehr ist der Eindruck zu gewinnen, dass hier nicht eigene, womöglich neue Erkenntnisse präsentiert werden, sondern die in der Forschung wie in der lexikalischen Tradition vorhandenen Informationen gesammelt und neu gebündelt zur Präsentation gelangen sollten. Das ist angesichts der mangelhaften Lage der baltischen Literaturlexika eine durchaus respektable Aufgabe, die allerdings gewiss besser hätte gelöst werden können, wenn man sie klarer benannt und im fachlichen Kontakt bewältigt hätte.

Denn ein weiteres Manko des Vorwortes, wie schon von anderer Seite bemerkt wurde, besteht in der völligen Abwesenheit jeder kollegialen Kooperation.⁵ Dank wird (abgesehen von der Dorothee Wilms-Stiftung, die das Werk finanziell ermöglicht hat) lediglich den Leipziger Mitarbeitern ausgesprochen – wobei deren Status unklar bleibt – und noch lebenden „Autoren und Autorinnen, bzw. deren Nachfahren, die unsere Artikel persönlich korrigierten und vielfach ergänzten“ (S. VIII). Dass ein solches Werk ohne Rat und Beistand von Fachkollegen angelegt sein soll, ist kaum glaubhaft und weckt deutliches Unbehagen. Dabei wäre es doch durchaus von Bedeutung und der Mitteilung Wert gewesen, dass seit längerem unter den baltischen Forschern – international! – über Möglichkeiten neuer biobibliografischer Lexika als Ersatz für Recke-Napiersky nachgedacht wird, und die Erforschung der deutschen Literatur im Baltikum bedeutende Fortschritte, nicht zuletzt in Estland und Lettland, gemacht hat.⁶

⁵ Rezension von MICHAEL SCHWIDTAL in: Nordost-Archiv N.F. 16: 2007 (2009) S. 443-449. Vgl. auch die Rezensionen von GERO VON WILPERT in: Arbitrium 27 (2009) H. 1, S. 1-4 und von KLAUS SCHREIBER in: IFB 08-1/2-157 (<http://ifb.bsz-bw.de/>).

⁶ Hinzuweisen ist besonders auf zwei biografische Projekte der Baltischen Historischen Kommission (Göttingen): Einerseits sind mehrere Bände „Baltische Biografische Forschungen“ mit Lebensbildern geplant (Bd. 1 im Druck). Andererseits wird gegenwärtig das „Deutschbaltische Biografische Lexikon“ digitalisiert und in ein Onlinesystem eingebracht. In diesem System („Baltisches Biografisches Lexikon digital“) sollen dann Artikel von den Mitgliedern einer Projektgruppe bearbeitet und hinzugefügt werden können. – Darüber hinaus ist mit der Biografischen Datenbank des Osnabrücker „Handbuchs des Personalen Geleichenheitsschrifttums“ (hrsg. von KLAUS GARBER) ein biografischer Schlüssel zum baltischen Geleichenheitsschrifttum bereits in großen Teilen online zugänglich (<http://www.ikfn.uni-osnabrueck.de/pa->

Gleichgültig, ob hier Unkenntnis oder Missachtung zu Felde gezogen sind – dies schadet dem Lexikon erheblich.

So nimmt es dann nicht wunder, dass die Absonderlichkeiten sich fortsetzen. Mit der Tradition bricht das Lexikon in der Zuschneidung der literarischen Region, die bisher immer mit den ehemaligen russischen Ostseeprovinzen Est-, Liv- und Kurland bzw. der in dieser Region von den so genannten Deutschbalten gepflegten Literatur identifiziert wurde. So sehr man sich über die Hinzunahme von St. Petersburg freut, das als Hauptstadt des russischen Reiches im 18. und 19. Jahrhundert nachgewiesenermaßen von größter Bedeutung für die deutsche Literatur in den Ostseeprovinzen war, so erstaunt doch die Einbeziehung Litauens, das erst seit der Entstehung der selbständigen baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen in dieser Trias den gängigen Terminus „Baltikum“ entstehen ließ. Was also für die neuere Geschichte dieses Raumes seit 1918/20 üblich und durchaus sinnvoll ist, muss deshalb für die ältere Zeit noch lange nicht schlüssig sein. Hieße dies doch, heutige nationale Konzeptionen den historischen Verhältnissen überzustülpen. Nicht zufällig haben Recke und Napiersky im 19. Jahrhundert sich auf die russischen Ostseeprovinzen beschränkt und wohl keinen Gedanken daran verschwendet, Litauen miteinzubeziehen. Die Abweichung von dieser maßgeblich eingeführten literarischen Region sollte also zumindest triftig begründet werden, doch sucht der Benutzer des neuen Lexikons vergeblich nach Argumenten. Der Beginn des Einleitungsabschnitts zu Litauen (S. 27) hebt denn auch wenig überraschend mit der Feststellung an, dass die Geschichte Litauens von jener der übrigen baltischen Länder abweicht. Ähnlich entlarvend wird im Abschnitt zum Theater in Litauen gleich zu Anfang festgestellt, „daß sich ein deutsches Theater nicht ausprägte“ (S. 121). Und im geschichtlichen Abriss wird lapidar auf den Punkt gebracht: „Eine Geschichte Litauens im 17. und 18. Jh. existierte nicht, sie war die Geschichte Polens.“ (S. 29). Solche Markierungen der grundsätzlichen Differenz durchziehen die Einleitung wie ein roter Faden. Die an Band 1 (Buchstabe A-G) durchgeführte Probe erweist, dass die geringe Anzahl von Autoren, die als Litauen zugehörig Aufnahme gefunden haben – vier von 253 in Band 1 –, eben der Zeit der Umsiedlung und danach bis zur Gegenwart angehören. Der Gewinn durch die Erweiterung ist also durchaus zweifelhaft und hätte unbedingt ausführlich begründet werden müssen.

Wissenschaftlich kaum haltbar sind die Kriterien für die Aufnahme von Autoren und Autorinnen: Als „primär“ wird die „Geburt in diesen Regionen“ benannt (S. VII). Bei Zuwanderern wurde anhand der Frage nach der

ges/db-uebersicht.html). Die hier gebotene Identifizierung von bisher rund 3 500 baltischen Personen (Stand: Febr. 2010) in den Beständen von Bibliotheken und Archiven in Tallinn, Tartu und Riga erlaubt vielfach erstmals den gezielten Zugriff auf Gedichte von Verfassern und Verfasserinnen des 16.-18. Jahrhunderts. Hier werden zahllose biografische Daten aus dem Personalschrifttum geschöpft und zur jeweiligen Person in lexikalischer Kurzpräsentation zur Verfügung gestellt.

Hauptwirkungsstätte oder einem nachhaltigen Einfluss in der Region über den Eingang ins Lexikon entschieden. Diese schon bedenklich schwachen Kriterien werden in der Folge jedoch auch noch schwammig und nicht konsequent verfolgt, so dass etwa Paul Fleming (1609–1640) und Johann Gottfried Herder (1744–1803) nicht aufgenommen wurden. Flemings Gedichte gehören zum Großteil in den baltischen Kontext und seine literarische Tätigkeit in Reval ist trotz kurzer Dauer von größter Bedeutung. Ebenso sind die fünf in Riga verbrachten Jahre für Herder prägend gewesen; die literarische Kultur – man denke nur an die estnische und lettische Volksliedforschung – blieb auch nach seinem Weggang von ihm beeinflusst. Andererseits sind Artikel enthalten, über deren Aufnahme der Benutzer sich wundern darf, wie beispielsweise Johann Samuel Gallasius (S 450), der im „18. Jh. in Preußen“ geboren wurde und lediglich eine lateinische Abhandlung in Mitau publizierte. Auch die ausführliche Präsentation des im zweiten Lebensjahr aus Estland ‚umgesiedelten‘ Robert Gernhardt (1937–2006) in 19 Spalten wirkt unverhältnismäßig, obwohl hier natürlich dem Kriterium der Geburt konsequent gefolgt wurde.

Die Anzahl der enthaltenen Artikel ist mit knapp 1000 für ein solches Lexikon vielleicht angemessen, erscheint aber angesichts der genannten Beispiele als völlig willkürlich und ohne jede Aussage über die Relevanz der enthaltenen bzw. ausgesonderten Personen für die gewählte literarische Region. Wenn der erweiterte Literaturbegriff konsequent verfolgt würde, müsste sicherlich mindestens die doppelte Anzahl an Autoren aufgenommen werden, um eine Annäherung an die literarische Kultur in der Region über die Zeiten hinweg zu erhalten. Wieder zeigt ein Blick in die Tradition, dass hier ohne Rücksicht verfahren wurde. Gadebuschs „Livländische Bibliothek“ wies im 18. Jahrhundert bereits 642 Personenartikel auf, die von Recke-Napiersky – nicht ohne Stolz – um mehr als das Dreifache erweitert wurden. Das Segment A bis F enthielt bei Gadebusch 203 Artikel, bei Recke-Napiersky dann 695;⁷ bei Gottzmann und Hörner sind es nur noch 179, obwohl der Zeitrahmen, wie gesagt, bis zur Gegenwart reicht. Von einem Ersatz für die Vorgänger kann folglich keine Rede sein.

Die Artikel selbst sind in ihrer Qualität sehr unterschiedlich. Zu ihrem Aufbau schweigt sich das Vorwort weitgehend aus, lediglich die ungewöhnliche Ausführlichkeit bei der Angabe von Werken wird erläutert. Die Artikel beginnen mit einem in der Regel kleinen genealogischen Block mit den Lebensdaten und Angaben zu Eltern sowie ggf. weiteren Verwandten, insbesondere bei Bezügen auf andere enthaltene Personen. Daten über Hochzeiten und Nachfahren sind hingegen im zweiten Block enthalten, der den Lebensweg in üblicher lexikalischer Kürze skizziert. Der folgende Abschnitt zu den Werken ist demgegenüber sehr detailliert, liefert sogar Einzelveröffentlichungen in Anthologien sowie (nach eigenem Anspruch) sämtliche Auflagen eines Werkes und auch Rezensionen. Hier gibt es in

⁷ Die Zahlen laut RECKE-NAPIERSKY (wie Anm. 1), Bd. 1 (1827), S. VI.

unterschiedlicher Dichte Informationen zu einzelnen Werken, die allerdings nicht immer von Belang sind. Ob es für ein Lexikon hilfreich ist, „Einblick in die Inhalte der Publikationen zu geben“ (S. VIII), indem z. B. Zitate aus Klappentexten oder Vorworten wiedergegeben werden, erscheint durchaus zweifelhaft. Mögen diese Informationen auch manches Mal hilfreich sein, so führen sie auf jeden Fall dazu, dass der Werke-Teil extrem aufgebläht wird und aufgrund nur geringer typografischer Varianz (Titel werden kursiv wiedergegeben) im Fließtext schlecht strukturiert und nur schwer zu überschauen ist. Dass ein abgespaltener Teil für herausgegebene Werke folgt, wirkt bei älteren Autoren (z. B. Johann von Brever) allzu künstlich; zusätzlich gibt es noch die Rubriken „Übersetzungen“, „Briefe“, „Briefe u. Reden“, „Ausgaben“, „Beiträge in“, „Kulturhist. Romane über“ und „Nachlaß“, die nun wieder allem Anschein nach nicht konsequent, sondern je nach Oeuvre gebildet und verwendet wurden. Den Abschluss bildet ein in etwas kleinerer Schrift abgesetzter Teil „Literatur“, in welchem sämtliche Angaben (lexikalische Nachweise, Monografien und Aufsätze) chronologisch gereiht werden. Auch der Nachweis in den Saur-Archiven (*World Biographical Index*) wird geboten, leider ohne Hinweis, welches biografische Nachschlagewerk jeweils enthalten ist. Gerne hätte der Benutzer erfahren, wie bei der Nennung von Literatur verfahren wurde, ob auch hier Vollständigkeit angestrebt wurde oder ob eine Auslese (unter welchen Kriterien?) stattgefunden hat.

Personenartikel in einem solchen Lexikon besitzen naturgemäß einen ganz unterschiedlichen Informationsgehalt, der sich in aller Regel aus Person und Werk sowie Forschungslage ergibt und auch die Länge eines Eintrags bestimmt. Durch die ungewöhnliche Verfahrensweise im Werke-Teil wird diese Tendenz allerdings eher verstärkt als abgemildert, so dass längere Artikel zu bekannteren Personen auch mit vielen „Einblick“-Kommentaren versehen wurden. Bei Personen mit geringerem Bekanntheitsgrad oder bei der Angabe von nur wenigen Titeln sind hingegen auch selten solche Informationen zu finden. So ist beispielsweise im neun Zeilen umfassenden Eintrag zu Victor Ludwig Eduard Cambecq (S. 324) der Werke-Teil mit vier Titeln ausgestattet, die ohne jede Zusatzinformation auskommen müssen. „Literatur“ wird nicht angegeben; ein Verweis auf den ebenfalls aufgenommenen Bruder Max[imilian] Gregor Cambecq, dessen Artikel deutlich länger ist, ermöglicht immerhin eine weiterführende Lektüre. Doch eine heutzutage für Literaturlexika gängige Charakteristik des Gesamtwerkes oder eine kritische Einschätzung des Genannten sind nicht vorhanden. Weitgehend ratlos machen kurze Artikel wie der fünfzeilige (!) zu Udo Kersten, dessen Geburtsdatum und Umsiedelungsjahr angegeben werden, gefolgt von einem Erzählungsband im Werke-Teil und drei Literaturangaben. Warum ausgerechnet dieser Artikel aus den Vorgängern (Redlich und Kosch sind angegeben) übernommen wurde, bleibt schleierhaft. Ähnlich hilflos macht beim Artikel Wilhelmine Andreä

(S. 140, zehn Zeilen) die einzige vorhandene biografische Information „Lebte in Goldingen“. Immerhin sind Werke und auch eine Literaturangabe genannt, die dem Benutzer ermöglichen, diese Autorin in die Mitte des 19. Jahrhunderts einzuordnen. Viel Aufwand wurde hingegen offensichtlich bei den langen Artikeln betrieben, um diese noch zu verlängern. August von Kotzebue mit 67 und noch mehr Werner Bergengruen mit 49 Spalten sind durch die Ausführlichkeit des Werkteils so groß geraten. Die Weitschweifigkeit mag von dem einen oder anderen Benutzer begrüßt werden, für eine schnelle Grundinformation sind diese Artikel untauglich, zumal sie in Detailreichtum zerfallen und eben keinen guten Gesamteindruck vom Oeuvre eines Autors liefern. Die Herausgeberinnen wollten offensichtlich zuviel, indem sie detaillierte Personalbibliografien in ein biografisches Lexikon einbetten und damit zugleich eine literarische Region umfassend präsentieren wollten.

In diesem Kontext ist auch die namentlich nicht gezeichnete Einleitung zu betrachten. Allein ihr Umfang schreckt den Benutzer des Lexikons eher ab, als dass sie helfen könnte, den Artikeln weitere Dimensionen zu eröffnen. Im historischen Teil wird zunächst sehr eng die politische Geschichte skizziert, dann jedoch immer mehr auch auf die kulturgeschichtliche Situation eingegangen. Dies hat zur Folge, dass es für die russische Zeit (ab 1710), vor allem seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts, zwar gelingt, zahlreiche Personen in kulturgeschichtlichen Zusammenhängen zu verorten; für die älteren Zeiten entsteht jedoch kaum ein Bild von den kulturellen und literarischen Verhältnissen. Hier fehlt es auch eklatant an der institutionellen Fundierung durch kirchliche Strukturen und das Bildungswesen sowie die Druckereien, die in ihrer Bedeutung für die Entwicklung des literarischen Lebens nicht deutlich genug gewürdigt werden. Problematisch ist ebenso die Darstellung zur Entwicklung eines Literatenstandes in den Erläuterungen zur Sozialstruktur. Die Situation der Gelehrten in den Städten und auf dem Land war im 17. Jahrhundert nicht grundsätzlich anders als in deutschen Landen. Gerade das Verhältnis von Stadt und Land, von Bürgertum und Ritterschaft hätte jedoch als sozialgeschichtlich bedeutender Faktor mehr Beachtung finden müssen. Das fügt sich schlichtweg nur schwer mit der zuweilen kulturgeschichtlichen Weitschweifigkeit in den Ausführungen zur neueren Zeit zusammen. Einschaltungen von Lebensdaten, die manchen biografischen Artikel im Lexikon selbst überbieten, wie etwa im Fall von Elise von der Howen, die im Lexikon nicht aufgenommen wurde, im Einleitungstext jedoch mit 13 Zeilen eingeführt wird (S. 11), verwischen die Grenze zu einem Lexikonartikel und drängen dem Leser die Frage auf, wozu diese Einleitung denn eigentlich dienen sollte. Offensichtlich wurde hier versucht, viel zu viel gleichzeitig zu bieten, so dass der Eindruck eines Sammelsuriums entsteht. In der für den Benutzer zentralen Frage jedoch, der Einbettung der im Lexikon enthaltenen Personen und/oder Werke in die historischen Verhältnisse und

Abläufe, scheitert die Einleitung gänzlich. Die Ausführungen bleiben ein bloßer Hintergrund, die Verbindung zur Literatur ist nur selten zu erkennen und muss in der Regel vom Benutzer selbst erst mühsam erkundet werden. Wenn dies bei solchen Nachschlagewerken auch die Regel ist, so bleibt doch das Bedauern, hier eine Chance vertan zu haben.

Das umfangreiche Kapitel zum Theater passt in das bisher entstandene Bild. Wenn auch den Herausgeberinnen grundsätzlich zuzustimmen ist, dass die dramatischen Formen ein „Seismograph für den Geschmack des Publikums, seine Aufnahmebereitschaft oder Ablehnung künstlerischer Strömungen“ (S. 45) sein können, so muss doch kritisch gefragt werden, ob das Kapitel nicht vielmehr eine eigenständige Abhandlung über das Theater im Baltikum und St. Petersburg darstellt, die hier in Umfang und Darstellungstiefe schlichtweg deplaziert ist. Gewiss hat das Theater in dieser Region (wie in anderen nicht anders) seine Bedeutung, doch darf die These von der außerordentlichen Bedeutung des Theaters für diese Region bezweifelt werden. Wird doch erneut der eigene Anspruch relativiert, wenn es heißt, dass sich „das deutsch-baltische Literaturschaffen in Livland“ – gemeint ist Altlivland – erst nach der Gründung von Bühnen in Riga (1768) und Reval (1784) „auch auf die Dramatik“ ausbreitete (S. 55).

Die immer wieder aufscheinende Schwerpunktsetzung auf die Zeit nach 1800 ist auch bei den Anmerkungen zur Sprache auszumachen, die sich stark mit dem baltischen Deutsch und den Mischsprachen beschäftigen. Die sprachliche Einordnung der Zeiten, Räume und sozialen Schichten ist in jedem Fall hilfreich beim Blick auf die Literatur der Region, hätte für den nicht mit dem Baltikum vertrauten Leser jedoch gerade den Aspekt der Zweisprachigkeit von Autoren bzw. die Entwicklung von deutscher versus estnischer / lettischer Literatur stärker herausarbeiten dürfen. Lücken und terminologische Probleme der Sprachforschung werden hingegen so stark präsentiert, dass man abschließend eine genauere Bestimmung der „deutschsprachigen“ Literatur des Raumes durch die Herausgeberinnen begrüßt hätte.

Jenseits aller angebrachten Kritik wird das Lexikon von Gottzmann und Hörner in Zukunft zu benutzen sein. Es wird sich nicht zu dem erhofften Standardwerk entwickeln, das schon lange sehnsüchtig erwartet wird, weil es dieser Erwartungshaltung auf einem ganz eigenen neuen Weg begegnet, der jedoch weitgehend als gescheitert bezeichnet werden muss. Zahllose handwerkliche Unzulänglichkeiten, unter denen auch ein mangelhaftes Lektorat und terminologische Verwirrungen genannt werden müssen, diskreditieren leider den Aufwand und die Mühe, die notwendig waren, um das Material zusammenzutragen. Der Kern des Problems scheint jedoch die weitgehende Sorglosigkeit der Herausgeberinnen in konzeptionellen Fragen und damit einhergehend die ungenügende Rechenschaft über das Konzept zu sein. Vieles an diesem Lexikon könnte gelobt werden, wenn es in seiner – angesichts eines offensichtlich kleinen Mitarbeiterstabes

– notwendigen Unzulänglichkeit entsprechend deklariert worden wäre. In der vorliegenden Form stellt es eine in Teilen durchaus wertvolle Vorarbeit zu einem würdigen Nachfolger für das Schriftstellerlexikon von Recke und Napiersky dar.

MARTIN KLÖKER

The „Baltic Frontier“ Revisited. Power Structures and Cross-Cultural Interactions in the Baltic Region. Proceedings of the International Symposium in Florence, February 29th and March 1st, 2008. Hrsg. von IMBI SOOMAN und STEFAN DONECKER. Vienna 2009. 309 S. ISBN: 9783950157512.

Dieser Sammelband hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck – „zwiespältig“ diesmal nicht allein als Verweis auf die schwankende Qualität der Beiträge bezogen, sondern auf den Umstand, dass man eigentlich mindestens zwei Bände in der Hand hat. Schon dass die beiden Herausgeber, Schwedisch- und Estnischlektorin sowie Koordinatorin des Ostseestudienprogramms der Universität Wien die eine, Doktorand an der Europäischen Universität Florenz der andere, getrennte Einführungen schreiben, verweist auf das Doppelpack, das einem hier serviert wird. So setzen sich nur die ersten vier Autoren explizit mit der Anwendbarkeit der berühmten „Frontier“-Konzeption Frederick Jackson Turners auf Livland bzw. die Ostseeregion auseinander, während die übrigen zehn Texte mehr oder weniger im Bereich des Untertitels anzusiedeln wären. Thematisch reicht der Band somit von der Ostsee-„Frontier“ in Helmold von Bosaus „Slawenchronik“ bis zu Erinnerungskonflikten im heutigen Lettland und Estland. Exkurse in die Bildungspolitik der deutschbaltischen Ritterschaften im 19. Jahrhundert, in die russische Historiografie heute und unter Stalin sowie in die Rezeption des Holocaust in den baltischen Staaten als Indikator für deren demokratisches Potential unterstreichen, dass hier doch eher ein Gemischtwarenladen zur Diskussion gestellt wird.

Wenn man will, kann man sich mit der Überschrift der Einleitung behelfen – „The Many Frontiers of the Baltic“. Wann aber wird es beliebig? Und wieso bezieht Stefan Donecker hier die Konzepte der modernen „Frontier“-Forschung, d. h. die Untersuchung von „asymmetric ethnic encounters“ und der Peripherie als „autonomous agent“ sowie der Betonung von Legenden und Mythen, für die Zeit nach 1500 vor allem auf den Kontakt von „westlichen“ Europäern und „asiatischen“ Russen, als ob es keine „Grenzerfahrung“ zwischen deutschbaltischer Oberschicht

und „ihren“ Bauernvölkern gab? Nur weil die klassische Erfahrung der Turner'schen beweglichen Grenze schon längst passé war? In seinem eigenen lesenswerten Text zu den diskursiven Nachwirkungen der „Medieval Frontier“ zeigt Donecker schlüssig, wie nicht nur die Opposition zum Nachbarn im Osten sich im historischen Diskurs der Deutschbalten zur Bollwerk-Ideologie verstetigte, sondern auch, wie sehr gerade sie durch die Legende der „Aufseglung“ schon im 17. Jahrhundert ihre historische „Mission“ an der Kulturgrenze aufzuwerten versuchten. Spätestens als 100 000 Esten und Letten in den 1840er Jahren den orthodoxen Glauben annahmen, brach in gewisser Weise die alte Frontier aus der Missionszeit allerdings auch wieder innerhalb der Landesgrenzen auf – ein Umstand, der im Band nicht erwähnt wird. Zugleich war doch die Vorstellung der Asymmetrie im Kontext der lokalen sozialökonomischen Situation so etwas wie die Lebensversicherung deutschbaltischer Existenz, genauso wie die Behauptung der baltischen Peripherie als „autonomer Agent“ im Kontext des Russischen Reichs ihr Credo war. Gerade im imperialen Zusammenhang Russlands jedoch spielten die Ostseeprovinzen eher die Rolle einer lange vergessenen Frontier, bis in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der russische Nationalismus bzw. die Staatsraison die westlichen *okrainy*, „Grenzländer“, als Dorn im nach Süden und Osten expandierenden russischen Staatskörper zu betrachten begann. Insofern wäre auch die viel geschmähte „Russifizierung“ vielleicht einmal als eine Sonderform der Frontier-Erfahrung zu untersuchen – und zwar aus „asiatischer“, nicht aus „westlicher“ Perspektive.¹

Linda Kaljundi liest Helmolds „Slawenchronik“ als narrative Repräsentation von Kreuzzugs- und Konversionskonzepten seiner Zeit: Indem der Chronist Vergangenes erzählt, konzeptualisiert er eine rituell auf das engste mit der (biblischen) Tradition verbundenen Gegenwart. Damit ist auch die spezifische Frontier-Erfahrung der Missionare im zum Ideal erhobenen Exil unter den Heiden genauso an biblischen Vorbildern ausgerichtet wie der ganze Prozess von Konversion der Slawen und Landnahme der Sachsen in Kaljundis Worten einen „biblical re-enactment circle“ darstellt (S. 37). Zugleich stellt sich somit durch die „historisation of the frontier“ (S. 38) automatisch eine tief in der Vergangenheit wurzelnde Kontinuität des Kreuzzugs im Norden ein.

Die kollektive Identität der Rigaer Kaufmannschaft im 16. und 17. Jahrhundert interessiert Holger Berg unter besonderer Berücksichtigung ethnischer Kategorien. Mit Recht weist er die simple Übertragung moderner nationaler Identitäten, die in der älteren deutschbaltischen Literatur selbstverständliche Verwendung fand, zurück. Er kann aber nachweisen, dass gerade in einer Zeit verstärkter ausländischer Konkurrenz und Konflikten

¹ Für eine faszinierende und vielschichtige weltweite Perspektive auf die „Frontier“ im 19. Jahrhundert vgl. JÜRGEN OSTERHAMMEL: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009, S. 465-564.

mit dem (polnischen) Landesherrn Kaufleute eher dazu neigten, traditionelle Diskriminierungen von speziellen Berufszweigen nun mit ethnischen Kategorien zu unterfüttern – und Esten und Letten nun endgültig aus den Gilden auszuschließen. Die soziale Funktion und semantische Reichweite solcher Formulierungen wie „das polnische Joch“, die bezeichnenderweise eher im diplomatischen Schriftverkehr von preußischen und Lübecker Diplomaten auftaucht, harrt aber noch ihrer weiteren Untersuchung.

Die bildliche Repräsentation der baltischen Frontier auf mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Karten untersucht René Trebel. Wer solche Karten lesen konnte, dem wurde die Grenzlage der Region gegenüber „Asien“ und einem seit dem 15. Jahrhundert deutlicher hervortretenden Nachbarn Russland eingeschärft. Zugleich wurde ihre Lage an den Ausläufern einer dicht besiedelten westeuropäischen Küstenregion herausgearbeitet. Den Kontext einer – im Turner’schen Sinne – beweglichen Frontier hatte die Region damit aber bereits verlassen, worauf hier leider nicht weiter hingewiesen wird. Die Auseinandersetzungen mit dem äußeren Gegenüber erhielten somit auch in den Aussagen der Kartografie statischen Charakter.

Während die vorangegangenen Beiträge mit durchaus innovativen Ansätzen hervortreten, enttäuscht der Artikel von Vija Daukšte über „Bildung als politischer Faktor in der Geschichte Lettlands“. Schon die in der heutigen nationalen Historiografie übliche Projektion „Lettlands“ in die Vergangenheit erinnert nicht nur an die Übertragung nationaler Kategorien der älteren deutschbaltischen Narrationen, sondern auch an sowjetische Praktiken, für die ja schon die Kiever Rus’ Teil der Geschichte der UdSSR war. Im Lichte der neueren Imperiumsforschung sind beliebte Formulierungen wie die vom russischen Bildungsminister Uvarov als einem „überzeugten Gegner der baltischen Autonomie“ zudem in ihrer Schärfe nicht mehr haltbar. Uvarovs berühmte Trias „Selbtherrschaft, Orthodoxie, Volkstümlichkeit“ für die Debatten der 1860er Jahre in Beschlag zu nehmen, bedeutet all die vehementen innerrussischen Reflexionen über exakt diese Werte der imperialen Regierung, die ja auch nur eine Reaktion auf die Französische Revolution darstellten, zu ignorieren. Dass St. Petersburg danach strebte, seinen Herrschaftsbereich institutionell und vor allem auch sprachlich zu vereinheitlichen, kann im Kontext der Herrschaftsformen europäischen Imperien eigentlich niemanden verwundern. Diese stereotype Anklage an russische Herrschaft, die stets in das Schlagwort von der geplanten „Russifizierung“ mündet, sollte endlich auch in der baltischen Geschichtsschreibung einmal differenzierter betrachtet werden.

Nach einer durchaus informativen Analyse der Arbeit des Instytut Bałtycki (Toruń/Gdynia) in der Zwischenkriegszeit von Marta Gzrechnik, welche vor allem auf den Anspruch des polnischen Staates auf den nach Versailles erhaltenen Zugang zur Ostsee ausgerichtet war, springt der Band zur stalinistischen Historiografie und deren Bild von Ivan IV. Mau-

reen Perrie, deren Buch über den Ivan-Kult unter Stalin² ja mittlerweile zu den Standardwerken der Ideologiegeschichte des Stalinismus gehört, fasst die argumentative Linie zusammen, die von Ivans behauptetem Anspruch auf sein livländisches Vatererbe zur sowjetischen Okkupation der baltischen Staaten 1940 reicht. Neben Presseartikeln und wissenschaftlichen Abhandlungen untersucht sie auch belletristische Werke. Interessant ist aber vor allem die Heranziehung von Sergej Ėizenštejns berühmtem Film „Ivan Groznyj“, dessen später herausgeschnittener Prolog einige emblematische Szenen enthielt, wie etwa den Aufschrei des Zaren am Wappen von Reval: „You shall again be known by your Russian name of Kolyvan!“ (S. 140). Es mag dahingestellt bleiben, ob Perries Überlegung, die sowjetische Propagandageschichte hätte so viel Wert auf die gescheiterten Unternehmungen Ivans an der Ostseeküste gelegt, weil man fürchtete, mit der Betonung der Eroberungen Peters I. das neutrale Schweden zu vergraulen, stichhaltig sind. Entscheidend war vielleicht vielmehr, auf diese Weise Stalins Erfolg stärker betonen zu können, denn als Nachfolger Peters I. wäre Stalin unvermeidlich mit der Frage konfrontiert worden, warum eine zweite Eroberung überhaupt notwendig geworden war. Perries Analyse bringt jedoch deutlich zutage, wie sehr neben dem „Vatererbe“-Motiv auch die Idee der seefahrenden Großmacht im stalinistischen Diskurs des Livländischen Kriegs verbreitet war. Der Schriftsteller Valentin Kostylev z. B. legte dem „Schrecklichen“ in seiner ihm gewidmeten Romantrilogie die empathischen Worte in den Mund: „O sea! Now Russian peasant songs will resound above your dreadful deeps, and the banner of the Muscovite sovereign will stream victorious above your boundless expanses!“ Ein besseres Leitmotiv für den Ausbau der roten Baltischen Flotte in den Nachkriegsjahren kann man sich kaum vorstellen.

Die übrigen Texte seien kurz vorgestellt. Lars Fredrik Stöcker untersucht die Spaltung der Ostsee in den Jahren des Kalten Krieges einmal nicht unter dem Aspekt der Konfrontation, sondern unter dem der „transnational entanglements“. Es handelt sich bei diesem Text aber eher um ein Forschungsprogramm, das sich vor allem um die estnische und polnische Emigration in Schweden kümmern will (womit Stöcker im Grunde doch wieder bei der Konfrontation landet). Magnus Ilmjärv hebt die Unterschiede hervor, die bei aller Kontinuität die heutige russische Historiografie der Jahre 1939/40 kennzeichnen: Das Geheime Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 wird nicht mehr rundheraus abgelehnt, die These der simultanen Revolution in allen drei Ländern im Juni 1940 wird aufgegeben, die Expansion der Grenzen habe strategischen Zielen (und nicht der Bewahrung des Friedens) gedient und schließlich werden die baltischen Staaten nicht mehr beschuldigt, Vorbereitungen für einen Angriff auf die UdSSR

² MAUREEN PERRIE: *The Cult of Ivan the Terrible in Stalin's Russia*, Houndmills und New York 2001.

getroffen zu haben. Der Begriff der „Okkupation“ hingegen werde nur von wenigen Autoren überhaupt in Erwägung gezogen.

Oliver Rathkolb diskutiert Umfragen von 2001, wonach die Ablehnung einer „starken Hand“ in der Regierung von den osteuropäischen Staaten am schwächsten im Baltikum ausgeprägt war, im Kontext der Erinnerung an den Holocaust und der Arbeit der Präsidialkommissionen in Tallinn und Riga. Rüdiger Reidinger erläutert Sprachensituation und Sprachpolitik im südöstlichen Ostseeraum, wozu neben Lettland und Litauen auch Weißrussland und vor allem die Ukraine zählen. Anschließend berichtet Katja Wezel von Erinnerungskonflikten in Lettland, wobei sie in erster Linie der lettischen Innenpolitik schlechte Noten ausstellt, da sie die russischsprachigen Wähler im Grunde ignoriert habe. Die staatliche Geschichtspolitik wiederum sei einzig auf die Opfer-Konzeption der nationallettischen Geschichte fokussiert, was die Nicht-Letten ausschließe. Wezel zufolge seien schon jetzt deutliche Anzeichen erkennbar, dass sich gerade die gut Lettisch sprechende jüngere Generation immer weniger mit der Agenda des Staates identifiziere. Daran anknüpfend präsentiert Imbi Sooman einen chronologischen Überblick über die estnisch-russische Krise um den Bronzenen Soldaten von April bis August 2007. Ihre Diagnose ist schmerzhaft: Estland habe die faschistischen Aspekte seiner Vergangenheit nicht aufgearbeitet und besitze keine funktionierende Zivilgesellschaft. Zudem seien die Medien viel zu regierungstreu, was die unreflektierte Solidarität mit Georgien im August 2008 demonstriert habe. Letztlich drückt sie aber die Hoffnung aus, dass die Affäre um das Denkmal manche Dinge auch für die Politik klarer gemacht habe. Aus heutiger Perspektive kann man nur schließen, dass in diesem Kontext die Wirtschaftskrise die estnische Regierung davor bewahrt hat, Konsequenzen in ihrer Integrations- und Erinnerungspolitik zu ziehen: Geldknappheit erstickt alle notwendigen Initiativen.

Somit bietet dieser Band – im Gegensatz zu seinem Titel – von allem etwas. Jeder wird für sich den einen oder anderen Beitrag als gewinnbringend empfinden können, doch wird ein einheitliches Konzept nicht erkennbar, auch wenn die meisten Beiträge pflichtschuldige Hinweise auf die Idee der „Frontier“ beinhalten. Zu bemängeln wären auch noch die haarsträubende Transkription des kyrillischen Alphabets im Beitrag von Perrie und die verblüffende Schreibweise einer Tallinner Gedenkstätte im Beitrag von Rathkolb: „Maarjamjagi“ statt „Maarjamägi“ deutet so eindeutig auf eine Übernahme aus dem Russischen hin (S. 196), dass man sich nur wundern kann, warum eine muttersprachliche Estin als Mitherausgeberin dies übersehen konnte. Trotzdem: Wer sich nicht von den Versprechungen des Titels locken lässt, wird bei der Lektüre durchaus belohnt.

KARSTEN BRÜGGEMANN

The Clash of Cultures on the Medieval Baltic Frontier. Hrsg. von ALAN V. MURRAY. Verlag Ashgate. Farnham 2009. XXIV, 369 S. ISBN: 9780754664833.

Das anzuzeigende Buch besteht aus sechzehn Aufsätzen, verfasst von einer estnisch-lettisch-dänisch-englischen Historikergruppe. Die Artikel behandeln verschiedene Aspekte der Begegnung der Kulturen im Kontext der baltischen Kreuzzüge. Die Verfasser versuchen, eine traditionelle nationalistische Auslegung der Geschichte zu vermeiden, und neben den Gegensätzen auch Assimilierungs- und Veränderungsprozesse zu betonen. Auch wenn es nicht möglich ist, alle möglichen Aspekte in einem Buch zu behandeln, ist es den Autoren gelungen sehr viele verschiedenartige Seiten der kulturellen Begegnung zu beschreiben. Das allgemeine Thema ist zudem in der modernen Historiografie von großer Bedeutung. Auch ist es lobenswert, dass sich die internationale Mittelalterforschung für Themen des östlichen Europas interessiert.

Weil es sich um eine Artikelsammlung und keine Monografie handelt, ist das Resultat jedoch uneinheitlich. Es gibt gute und weniger gute Beiträge. Gewisse Wiederholungen sind zuweilen auch eher peinlich. Die Aufsätze debattieren untereinander, weswegen der Leser bisweilen unsicher zwischen widersprüchlichen Behauptungen schwankt. Der Titel und die Einleitung versprechen auch zuviel, was die geografische Ausdehnung des Buches angeht. Das Band behandelt eigentlich nur die baltischen Länder, insbesondere Estland und Lettland. Der oberflächliche Artikel von Philip Line über Finnland und Karelrien erweitert die geografische Ausdehnung der Darstellung nicht, weil der Verfasser nur veraltete Studien genutzt hat und die Resultate der reichen modernen Forschung nicht beachtet. Man wundert sich, warum keiner der zahlreichen jungen finnischen Mittelalterhistoriker als Autor dieses Abschnitts geworben wurde. Zum Beispiel haben hier besonders paläoökologische Forschungen die Bevölkerungsgeschichte der nördlichen Gebiete in den letzten Jahren grundsätzlich verändert.

Ab und zu ist die Argumentation der Autoren recht schwach, weil sie sich offensichtlich in der aktuellen Forschungslandschaft nicht auskennen. Eine der Ursachen scheinen auch mangelnde Sprachkenntnisse zu sein. Heutzutage beherrschen Forscher immer öfter nur die englische Sprache, was für die Erforschung des mittelalterlichen Ostseeraumes schlicht unzureichend ist. Will man sich hierzu äußern, geht es nicht ohne die deutsche, polnische, russische und skandinavische Forschungsliteratur. Vielleicht ist dieser Umstand auch eine der hauptsächlichen Ursachen dafür, dass eine Kontextualisierung der Quelleninformationen sehr oft nur auf der persönlichen Ansicht der Autoren beruht, obwohl es hierzu reichlich Literatur gibt.

Der letztgenannte Mangel ist besonders unerfreulich, da viele Aufsätze die religiöse Konfrontation auf lokalem Niveau stark betonen. Diese

Sachlage steht eigentlich in einem scharfen Widerspruch zu den Resultaten neuerer Studien über andere ost- und nordeuropäische Rand- und Grenzgebiete (*border studies*), in denen trotz der Beschreibungen von Mission und Konflikten bei den christlichen Autoren im Alltag friedliche Verhältnisse in der Tat wichtiger waren. Es kann zwar sein, dass die Verfasser Recht haben, aber dann sollten sie ihre Behauptungen besser begründen, im Kontext der Forschungsliteratur argumentieren und auch widersprechende Resultate zu anderen Regionen zumindest kommentieren. Im vorliegenden Band zumindest sieht es so aus, als ob sie manchmal hundertprozentig an die Beschreibungen des Chronisten Heinrich von Lettland glauben, ohne die Tatsache zu bedenken, dass die christlichen Verfasser ein Idealbild beschrieben haben, für das Heiden eine Inkarnation des Bösen waren. Leider stellen die Aufsätze oft bloße Kommentare oder sogar nur Referate der Chronik Heinrichs dar. Hätte man die Resultate von Archäologen, Folkloristen, Anthropologen, Sprachwissenschaftlern usw. intensiver genutzt, wäre man vielleicht auch zu tiefer gehenden Interpretationen gekommen. Besonders traurig ist dabei, dass keine toponymische Forschung gemacht wurde, obwohl besonders Ortsnamen eine neue Einsicht in die Christianisierung der Landschaft eröffnen können. Einer vergleichbaren Kritik muss man die Beschreibungen der Christianisierung in manchen Artikeln unterwerfen. Mit Hilfe eines andersartigen Quellenmaterials hätte man vielleicht besser einen Jahrtausende währenden Transitionsprozess gesehen. Die schriftlichen (christlichen) Quellentexte sind keine Quellen für eine unschriftliche Kultur,¹ weswegen z. B. Tiina Kala in ihrem Aufsatz ihr Ziel nicht erreichen kann. Dasselbe kann man über den eigentlich interessanten Artikel Alan V. Murrays über die Musik und die Instrumente während der Christianisierung Livlands sagen: Leider präsentiert der Autor hier nur eine Beschreibung des Quellentextes. Mit Hilfe der folkloristischen Forschungen hätte man hierzu viel mehr sagen können. Darüber hinaus stellen die baltischen Länder in dieser Hinsicht keine isolierte Ausnahme dar, weshalb es durchaus viel versprechend sein kann, die spezifischen Quellenauskünfte zu Livland mit der Situation anderswo zu vergleichen.

Bei aller Kritik gibt es unter den Aufsätzen auch viele hervorragende Texte. Marek Tamms Beschreibung, welche Rolle die baltischen Länder in der europäischen physischen und mentalen Geografie spielten, ist wichtig. Es geht ihm darum zu erkennen, auf welche Weise die baltischen Länder in der Literatur sich allmählich wandeln. Während sie zunächst mythologisch bzw. als stereotypische Barbaren verstanden wurden, sah man sie mehr und mehr als ein Teil der physischen Welt und als reale Menschen. Letzten Endes bedeutete Geografie Identität, weshalb die Beschreibungen

¹ Vgl. JUKKA KORPELA: *The World of Ladoga. Society, Trade, Transformation and State Building in the Eastern Fennoscandian Boreal Forest Zone c. 1000–1555*, Berlin 2008 (Nordische Geschichte, 7).

des Landes sich Hand in Hand mit der Christianisierung veränderten. Eva Eihmane analysiert auf eine interessante Weise zum einen die historiografischen Einstellungen zu den Heiden, Christen, Deutschen und „Undeutschen“ sowie ihre Beziehungen, welche als „bipolare Gruppierung“ beschrieben worden sind. Zum anderen überlegt sie, wie die mittelalterliche Literatur die Verhältnisse zwischen den Heiden und den Christen behandelt hat: Formten die Christen einerseits und die Heiden andererseits in der Tat eine einheitliche Gruppe? Ihre Antwort ist hier eindeutig negativ, denn besonders auf heidnischer Seite gab es keine überregionalen allgemeinen Identitäten; letztere können höchstens als historiografische Produkte gelten.

Iben Fonnesberg-Schmidt verbindet die Missionsaktivitäten im Ostseeraum mit ähnlichen Vorgängen an anderen christlichen Grenzen und betont, dass Mission mehr als zuvor eine zentralisierte päpstliche Aktivität war. Sie betrachtet auf eine ganz neue Weise die Rolle Honorius' III. als aktiven Akteur und Initiator der baltischen Mission. Rasa Mažeika liefert einen wertvollen Beitrag zur Problematik des *bellum iustum*. Sie erläutert die Chronik Peters von Dusburg als Rechtfertigung der Politik des Deutschen Ordens: Die Grausamkeit der Heiden legitimierte die Aktionen des Ordensmeisters. Kurt Villads Jensens Beschreibung der Sakralisierung der Landschaft durch neue Bauten und durch die Vernichtung alter Kultplätze ist ebenfalls sehr interessant. Aber gerade hier, wie auch im Artikel von Carsten Selch Jensen, wäre eine toponymische Analyse sehr wichtig gewesen, gerade weil diese eine Einsicht in die Welt der Heiden hätte eröffnen können. Denn die christliche Verwaltung verstand die lokalen Sprachen nicht, wodurch möglicherweise die heidnische Landschaft erhalten geblieben ist. So ist es zumindest in Finnland, Lappland und Karelien geschehen. Wenn man nun die Veränderungen nur aus den christlichen Texten beobachtet, stellen diese eben nur die Ansicht dieser Quellen dar; aus der anthropologischen Literatur wissen wir aber, dass es in solchen Transitions-gesellschaften immer mehr als nur eine Wahrheit und mehr als nur eine Welt gab. Wenn man also zu viel auf die Analyse der Chroniken baut, zeigt man eine übertriebene Hochachtung vor den christlichen Missionaren. In der Tat nahm die Veränderung der Landschaften, der Sitten, des Alltages usw. mehrere Jahrhunderte in Anspruch.

Anu Mänd hat Angaben zum Heiligenkult im Baltikum zusammengestellt und wichtige Schlussfolgerungen u. a. über die Rolle der verschiedenen Kulturkreise (Skandinavien, Deutschland) gezogen. Die baltische Kirche sieht dabei recht konservativ aus, und überraschenderweise sind die ersten baltischen Bischöfe nie kanonisiert worden. Mänd betont den stark verbreiteten Marienkult in Livland, aber weder sie noch die anderen Autoren des Bandes sehen hierin eine Betonung der päpstlichen Vormacht über den Kaiser, obgleich eine solche Verbindung ziemlich offensichtlich

ist. Eine tabellarische Darstellung hätte die Vielzahl der verschiedenen Kulte für den Leser zudem besser nachvollziehbar gemacht.

Michael C. Paul hat die Rolle des orthodoxen Bischofs von Novgorod als Erbauer von Burgen beobachtet, womit er in der orthodoxen Welt eine Ausnahme ist. Paul erklärt diese Ausnahme damit, dass im Gebiet zwischen Novgorod und Finnland ideologische Konfrontation an der Tagesordnung war. Der Rezensent sähe gern diesen Text in einer überarbeiteten Form. Pauls Beobachtung ist zwar durchaus von Wert, doch erscheint seine Erklärung noch unvollkommen zu sein. Erstens kennt er sich nicht in der ganzen politischen Situation auf dem karelischen Isthmus aus, der noch im 14. Jahrhundert tiefste Peripherie war und in dem erst im 15. Jahrhundert so etwas wie eine organisierte Staatsmacht errichtet wurde. Deswegen konnte es dort keinerlei ideologische Gegensätze geben, wie Paul sie beschreibt. Außerdem war die kirchenpolitische Situation Novgorods zwischen Moskau und dem Westen viel komplizierter als er glaubt. Darüber hinaus sind religiöse Äußerungen erst in den Chronikfassungen seit dem 15. Jahrhundert zu finden. Nun macht Paul keine Unterschiede zwischen dem so genannten Synodaltex t und der jüngeren Fassung der ersten Novgoroder Chronik, obwohl die erste aus dem 14. (teilweise aus dem 13.) Jahrhundert und die jüngere erst aus dem 15. Jahrhundert stammt. Vom Standpunkt eines Historikers müssen sie daher als zwei verschiedene Quellen untersucht werden. Vasilij Kalika wird als Burgbauer nur in der älteren Fassung, die religiöse Färbung der Erzählung über den Fürsten Narimont aber nur in der jüngeren Rezension erwähnt.

Der Beitrag von Antti Selart über russische Kirchen in Livland ist sowohl wichtig als auch interessant. Er zeigt, dass die Ostgrenze des Baltikums keine absolute Kirchengrenze sein konnte. Leute reisten über sie hinweg, und die Städte waren lebendige Handelszentren. Die Handelsverbindungen mit den Russen waren zudem für die ganze Ostseewelt von großer Bedeutung. Auf ähnliche Weise ist der Artikel von Stephen Turnbull über die Bewaffnung eine interessante Zusammenstellung dieser Aspekte des baltischen 13. Jahrhunderts. Der letzte Aufsatz des Buches aus der Feder von Kaspars Klavins über die Rolle der Eingeborenen in der Verteidigung der Ordenstaaten ist einer der besten des ganzen Buches. Die Liven, Letten, Lettgallen, Esten usw. blieben nicht außerhalb der neuen Strukturen, da sich ein Teil von ihnen an die neue Macht anpasste und dadurch europäisiert wurde.

JUKKA KORPELA

Grundlagen für ein neues Europa. Das Magdeburger und Lübecker Recht in Spätmittelalter und Früher Neuzeit (Quellen und Forschungen zur Geschichte Sachsen-Anhalts, 6). Hrsg. von HEINER LÜCK, MATTHIAS PUHLE und ANDREAS RANFT. Böhlau Verlag. Köln, Weimar und Wien 2009. 322 S. ISBN: 9783412128067.

Alte und ehrwürdige Traditionen bei der Erforschung der Rechtsgeschichte wurden bisher kaum von tagespolitischen Ereignissen beeinflusst. Dies bedeutet allerdings nicht, dass es nicht möglich ist, die Rechtsgeschichte mitunter auch in politische Bahnen zu lenken. Der Titel des hier anzuzeigenden Sammelbandes spricht in dieser Hinsicht für sich. Das Buch umfasst Aufsätze, die auf Grundlage von Vorträgen entstanden, die auf einer 2005 im Kulturhistorischen Museum Magdeburg abgehaltenen Konferenz zum Thema „Magdeburger und Lübecker Recht als Grundlage für das neue Europa“ gehalten worden sind. Umfang und Niveau der Aufsätze sind sehr unterschiedlich. Dem Gesamteindruck des Sammelbandes wäre es sicherlich zugute gekommen, wenn die Herausgeber sich der Mühe unterzogen hätten, eine Zusammenfassung zu schreiben, um wenigstens teilweise dort Lücken zu schließen, wo es an Schlussfolgerungen durch die Autoren mangelt. Unter den Beiträgen gibt es Adaptationen und Resümees früherer eigener Forschungen (Distler, Henn), Übersichten, die eher für den Einsatz im Unterricht geeignet sind (Janicka, Labouvie, Landau, Lück), Texte in Vortragsform (Ebel, Springer), umfangreiche Forschungsaufsätze (Karpavičienė, Oestmann) sowie Darlegungen über die Quellen und die Möglichkeiten ihrer Benutzung (Perrin, Rogáčevskij). Die Tatsache, dass die Aufsätze alphabetisch nach den Nachnamen der Autoren geordnet sind, lässt den Aufbau des Sammelbandes etwas eklektisch erscheinen. Wenn auch der Titel des Buchs nahelegt, dass der Magdeburger und der Lübecker Rechtsraum zu gleichen Teilen behandelt werden, so wird dem Magdeburger Recht doch viel größere Aufmerksamkeit zuteil.

Eva-Marie Distler betrachtet die Städtebünde des späten Mittelalters unter juristischen Aspekten, wobei sie insbesondere darauf Rücksicht nimmt, welche Rolle ihnen bei der Herausbildung einer gesamt europäischen Stadtrechtskultur zukam. Hierbei stützt sie sich weitgehend auf ihr Buch gleichen Inhalts.¹ Die Autorin, die an eine Reihe früherer Rechtshistoriker anknüpft, führt die Herausbildung einheitlicher Rechtsnormen, die für alle Städte in gleicher Weise galten, sowie die Entstehung eines durch die Bürokratie gekennzeichneten Rechtsraums, in dem Beamte befristet eingestellt wurden, auf das städtische Leben im Hochmittelalter zurück. Eine zentrale Problemstellung des von Friedrich Ebel verfassten Aufsatzes „Rechtentstehung und Rechtstransfer im Spiegel der

¹ EVA-MARIE DISTLER: Städtebünde im späten Mittelalter. Eine rechtshistorische Untersuchung zu Begriff, Verfassung und Funktion, Frankfurt am Main 2006 (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, 207).

Überlieferung (Magdeburger und Lübecker Recht)“ ist der Rechtstransfer: Von wem und warum wurde er durchgeführt, und welche Konsequenzen haben sich daraus ergeben. Der Autor fragt, ob die Verleihung des Magdeburger bzw. Lübecker Rechts an die Tochterstädte immer zwangsläufig dazu geführt habe, dass die Mutterstadt zur obersten Gerichtsstanz für die Tochterstadt wurde. Da es der Tod dem Autor nicht mehr ermöglicht hat, seinem Aufsatz noch den letzten Schliff zu geben, konnten die hier aufgeworfenen Fragen leider nicht erschöpfend beantwortet werden.

Unter Hinzuziehung einer ganzen Reihe von Studien betont Volker Henn betont „das molluskenhafte Erscheinungsbild der Hanse“. Der Städtebund verfügte weder über einen Bündnisvertrag oder einen Vorsitzenden noch über Gesetze. Seit den Arbeiten Wilhelm Ebel's herrscht die Ansicht, dass in den hansischen Kontoren im Ausland und von den Hansekaufleuten, die anderswo im Ausland Handel trieben, das Lübecker Recht angewandt worden sei, doch stellt sich dabei die Frage, inwieweit die Arbeitsorganisation der hansischen Kontore faktisch vom Lübecker Recht beeinflusst worden ist. Die größte Aufmerksamkeit widmet der Autor dem hansischen Kontor in Novgorod, indem er die fünf Novgoroder Schragen, die sich aus dem Mittelalter erhalten haben, eingehend analysiert. Die Gesetze, die in den hansischen Handelskontoren und an anderen ausländischen Handelsplätzen angewandt wurden, hatten sowohl in Bezug auf ihren Inhalt als auch auf ihre Form einen ungeordneten und veränderlichen Charakter, sodass es schwerfällt, deutliche Tendenzen ihrer Entwicklung herauszuarbeiten.

Danuta Janicka, eine Rechtshistorikerin aus Toruń, weist zunächst auf die Probleme hin, die in der Geschichtsschreibung hinsichtlich des nationalen Blicks der Wissenschaftler selbst auftauchen. In der polnischen Historiografie sei man bemüht gewesen, die Rolle der deutschen Besiedlung in der Geschichte der polnischen Städte als unwesentlich erscheinen zu lassen. In Wirklichkeit dürfe die Bedeutung der deutschen Besiedlung und des deutschen Rechts dabei keinesfalls unterschätzt werden. Die einflussreichste deutsche Rechtsordnung, die in Polen galt, war das sächsisch-magdeburgische Recht, zu dessen Einführung der Deutsche Orden in beträchtlichem Maße beitrug. Die Autorin referiert ausführlich die Forschungen zum Kulmer Recht, das auf die Kulmer Handfeste und das Magdeburger Recht zurückgeht. Der Aufsatz von Jolanta Karpavičienė, einer Dozentin der Universität Vilnius, verdient es, besonders hervorgehoben zu werden. Er bietet eine systematische Abhandlung zur Frage der Entwicklung und Anwendung des Magdeburger Rechts in den Kleinstädten Litauens während einer langen Periode vom 13. bis zum 18. Jahrhundert. Der Beitrag, der den engen zeitlichen Rahmen des Mittelalters sprengt, beschäftigt sich nicht nur mit der Erforschung der mittelalterlichen Rechtspraxis, sondern konzentriert sich vielmehr auf die Frage, welche Bedeutung das Magdeburger Recht für die Entwicklung Litauens im weiteren Sinne

hatte. Die Autorin, die auch auf die Wiederherstellung der Stadtwappen eingeht, versucht dadurch den Einfluss des Magdeburger Rechts auch auf das heutige Litauen aufzuzeigen.

Eva Labouvie konstatiert in ihrem Aufsatz über die Rechtsfähigkeit der Frauen im Magdeburger Recht zunächst, dass das Erb- und Eigentumsrecht in verschiedenen Perioden, in verschiedenen Regionen und für verschiedene Gesellschaftsschichten unterschiedliche Züge aufwies, sodass deren Untersuchung zum Teil zu gegensätzlichen Ergebnissen führen könne. Besonders kompliziert sei es, die Rechtskultur im Hoch- und Spätmittelalter zu erforschen, da damals sehr viele verschiedene Rechtsdokumente gleichzeitig existierten. Ab dem 15./16. Jahrhundert fänden sich in den Quellen rechtlichen Inhalts in verstärktem Maße Probleme behandelt, die mit den Frauen verbunden waren. An dieser Stelle hätte die Autorin jedoch darauf hinweisen können, dass zu dieser Zeit eine allgemeine Zunahme der Quellen zu verzeichnen ist, wobei auch normative Akte im Vergleich zu früher sorgfältiger verfasst und besser systematisiert wurden. Somit müssen Beobachtungen anhand der Quellen nicht zwangsläufig bedeuten, dass die Aufmerksamkeit für die rechtliche Stellung der Frau tatsächlich zunahm. Peter Landau betrachtet in seinem Überblick über das „Recht als Grundlage für die Lebensrealität des Mittelalters“ die Zeit von der Spätantike bis zum Spätmittelalter, wobei er bei der Behandlung des nachhaltigen Einflusses verschiedener Rechtsnormen zum Teil auch im 20. Jahrhundert anlangt. Da sich der Autor mit einem derart weitläufigen Thema auseinandersetzt, führt dies zwangsläufig dazu, dass er dabei nicht auf Details eingeht. Der Stil des Aufsatzes entspricht eher dem eines Lehrbuchs oder Nachschlagewerks. Heiner Lück stellt die Frage, warum ausgerechnet das Lübecker und Magdeburger Recht außerhalb Deutschlands festen Fuß fassen konnte. Die Behandlung des Magdeburger Rechts beruht dabei weitgehend auf einem älteren Aufsatz des Autors,² bei der Betrachtung des Lübecker Rechts stützt er sich auf die Forschungen Wilhelm Ebels und anderer Rechtshistoriker der älteren Generation. Zum Schluss wirft Lück zwei Fragen auf: Welche Bedeutung hatten eigentlich Lübeck und Magdeburg als Oberhöfe und inwieweit waren die Rechtsordnungen von Lübeck und Magdeburg typenbildend. Es ist zu hoffen, dass weitere Forschungen es dem Autor ermöglichen, diese Fragen auch zu beantworten.

Den Erwartungen eines akademischen Lesers entspricht der von Peter Oestmann verfasste Beitrag unter dem Titel „Lübisches und sächsisch-magdeburgisches Recht in der Rechtspraxis des spätmittelalterlichen Reiches“. Der Autor stellt die Frage, welche Bedeutung dem Magdeburger und

² HEINER LÜCK: Der Magdeburger Schöffenstuhl als Teil der Magdeburger Stadtverfassung, in: Hanse, Städte, Bünde. Die sächsischen Städte zwischen Elbe und Weser um 1500, hrsg. von MATTHIAS PUHLE, Bd. 1, Magdeburg 1996 (Magdeburger Museumsschriften, 4/1), S. 138-151.

Lübecker Recht als den zwei verbreitetsten deutschen Partikularrechten an den Gerichten des Kaiserreichs zukam. Dabei geht der Autor auch auf die Frage ein, ob sich der Einfluss der erwähnten Partikularrechte infolge der Gründung des kaiserlichen Reichskammergerichts im Jahre 1495 verändert habe. Der Leser erhält eine Übersicht über die Gerichtsinstanzen und die Rechtsprechung im Kaiserreich vor und nach der Durchführung der Gerichtsreform des Jahres 1495. Zusammenfassend konstatiert Oestmann, dass nach 1495 beim kaiserlichen Reichskammergericht insbesondere aus Süddeutschland mehr Berufungen eingelegt wurden, während sich in Norddeutschland die Gerichtspraxis, die auf dem akademischen Verfahrensrecht beruhte, erst Anfang des 16. Jahrhunderts einbürgerte. Der Konflikt zwischen der auf dem römischen Recht beruhenden Rechtsprechung und den Partikularrechten erhielt sich zum Teil bis zum 18. Jahrhundert.

In zwei Aufsätzen werden Archivmaterialien zur Rechtsgeschichte vorgestellt. Marion Perrin gibt eine Übersicht über fotokopierte und transliterierte Magdeburger Schöffensprüche im Magdeburger Stadtarchiv. Die Urteile des Magdeburger Schöffenstuhs zu Klagen, die aus den Städten Mittel- und Osteuropas mit Magdeburger Recht eingereicht worden waren, gelten als sehr wichtige historische Quellen. Das Archiv des Schöffenstuhs ist leider vernichtet worden. In den 1930er Jahren wurde beschlossen, es in Form von Fotokopien der Archivalien, die sich in anderen Städten erhalten hatten, wiederherzustellen. Die Beschreibung der Entstehungsgeschichte der betreffenden Kollektion ist allerdings ein politisch empfindliches Thema: Zur Sammlung der Fotokopien wurde ein „Institut zur Erforschung des Magdeburger Rechts“ gegründet, das von 1940–1945 existierte, bei dessen Tätigkeit eine nationalpolitische Ausrichtung nicht zu vermeiden war.

Der St. Petersburger Historiker Aleksandr Rogačevskij beschreibt ausführlich Archivmaterialien zur deutschen Rechtsgeschichte, die in den Archiven und Bibliotheken in St. Petersburg, in erster Linie in der Bibliothek der Russischen Akademie der Wissenschaften und in der Russischen Nationalbibliothek, aufbewahrt werden. In der Neva-Metropole wird die größte Sammlung mittelalterlicher und frühneuzeitlicher westeuropäischer Handschriften in Russland aufbewahrt, wovon rechtshistorische Quellen einen bemerkenswerten Anteil ausmachen. Historikern aus dem Westen ist die Existenz dieser Sammlungen sehr oft nicht einmal bekannt. Rogačevskij, der ausführlich darlegt, welche Materialien in verschiedenen Sammlungen und Beständen aufbewahrt werden, liefert zudem eine gute Übersicht über die Organisationsgeschichte der betreffenden Forschungsanstalten in St. Petersburg. Der letzte Aufsatz des Sammelbandes stammt von Matthias Springer und behandelt das Thema „Fragen um das alt-sächsische Recht“. Er beschäftigt sich mit dem Frühmittelalter, mit dem Recht, das die Sachsen vor dem ersten Viertel des 13. Jahrhunderts angewandt haben.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der besprochene Sammelband den aktuellen Stand der Erforschung des Magdeburger und Lübecker Rechts fixiert, wobei ersichtlich wird, dass Untersuchungen der Wissenschaftler aus der älteren Generation auch gegenwärtig immer noch eine überaus große Bedeutung zukommt. Die Autoren stellen eine Reihe wichtiger Fragen, die zwar zum Teil ohne Antwort bleiben, aber doch einen dankenswerten Ausgangspunkt für künftige Untersuchungen darstellen. Sehr hilfreich ist der Sammelband sicherlich auch für Studenten, denn es mangelt an Unterrichtsmaterial zur osteuropäischen Rechtsgeschichte.

TIINA KALA

REIN ZOBEL: *Tallinn (Reval) in the Middle Ages. Town Building in the 13th–14th Centuries*. Estonian Academy of Arts. Tallinn 2008. 190 S. ISBN: 9789985984147.

Über mehr als ein Jahrhundert findet die ältere Baugeschichte Revals bereits wissenschaftliches Interesse. Erstmals beschrieb Paul Eduard von Jordan in seiner 1863 erschienenen Arbeit die Baudenkmäler der Stadt aus der dänischen Zeit.¹ In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs das Interesse für die ältere Baukunst Revals. Der damalige Forschungsstand wurde in den Jahren 1896–1904 von Eduard von Nottbeck und Wilhelm Neumann in zwei Bänden zusammengefasst.² Der Architekt Neumann machte den ersten Versuch, die Struktur des Stadtplans der Revaler Altstadt zu analysieren und ihre Entwicklung in verschiedene Phasen zu unterteilen.³ Die Schlussfolgerungen Neumanns legten die Grundlage einer Jahrzehnte währenden Diskussion über die territoriale Entwicklung der Altstadt. 1951 veröffentlichte Paul Johansen seine bereits in den 1930er Jahren ausgearbeiteten Ansichten über die Gründung und frühe Entwicklung Revals.⁴

¹ PAUL EDUARD VON JORDAN: Die Stadt Reval zur Zeit der Herrschaft der Könige von Dänemark, Reval 1863.

² EDUARD VON NOTTBECK, WILHELM NEUMANN: Geschichte und Kunstdenkmäler der Stadt Reval, Bd. 1-2, Reval 1896-1904.

³ WILHELM NEUMANN: Der Stadtplan als geschichtliche Urkunde, in: Mitteilungen aus der livländischen Geschichte 21 (1911–1928), S. 84–99.

⁴ PAUL JOHANSEN: Nordische Mission, Revals Gründung und die Schwedensiedlung in Estland, Stockholm 1951 (Kungl. Vitterhets-, historie- och antikvitetsakademins handlingar, 74).

Über längere Zeit beschränkte sich die Erforschung der Altstadt auf die Analyse der schriftlichen Quellen, der erhaltenen Bauten und des Stadtplans. Erst in den 1950er Jahren begann die Feldforschung vor Ort. 1952 fanden die ersten wissenschaftlich begleiteten archäologischen Ausgrabungen auf dem Domberg und ein Jahr später auf dem Rathausplatz in der Unterstadt statt. Als Resultat der Ausgrabungen bestätigte sich für einige Jahrzehnte die These, dass sich auf dem späteren Marktplatz schon Jahrhunderte vor der deutschen und dänischen Eroberung eine Estensiedlung befunden habe. Systematische Ausgrabungen wurden in Reval allerdings erst in den 1970er und 1980er Jahren aufgenommen. Parallel hatte bereits in den 1950er Jahren im Zusammenhang mit Restaurierungsarbeiten die systematische Untersuchung der Baudenkmäler begonnen, woran sich vor allem Architektur- und Kunsthistoriker beteiligten. Neben der Restaurierung der herausragenden Denkmäler wie dem Rathaus oder der Nikolaikirche sowie einiger mittelalterliche Kaufmannshäuser wurde nun auch damit begonnen, die erhaltenen Teile der Stadtmauer mit ihren Türmen in größerem Umfang offenzulegen und zu restaurieren. 1954 schloss sich der junge Architekt Rein Zobel (geb. 1928) diesen Arbeiten an; seine Feldstudien liegen der bis zur Mitte der 1970er Jahre durchgeführten Restaurierung der mittelalterlichen Stadtmauer zum großen Teil zugrunde.

Die vorläufigen Ergebnisse seiner Untersuchungen der Stadtmauer hat Zobel 1966 veröffentlicht.⁵ 1971 erwarb er den akademischen Grad eines Kandidaten der Architektur. Neben der Erläuterung der verschiedenen Stadien im Ausbau der Stadtbefestigungen brachte die Dissertation auch eine umfassende Darstellung der bisherigen Kenntnisse über die Entstehung der Stadt und ihre territoriale Entwicklung. Die umfangreiche Studie wurde allerdings erst 1980 publiziert.⁶ 1995 erhielt Zobel an der Estnischen Kunstakademie mit einer Arbeit zu den Revaler Stadtbefestigungen den Doktorgrad. 2001 veröffentlichte er eine neue ausführliche Studie zur baulichen Entwicklung Revals im 13.-14. Jahrhundert,⁷ die nicht nur die Fortifikationen und die Topografie der Stadt beleuchtet, sondern auch Informationen zu den Sakralbauten und zum städtischen Wohnungsbau präsentierte. Das anzuzeigende Buch ist die leicht überarbeitete englische Übersetzung dieses Werks. Gleichzeitig ist es der erste Band einer Reihe, in der auch die späteren Perioden des Revaler Städtebaus behandelt werden sollen.

Unsere Vorstellung über die Revaler Altstadt, über das Aussehen ihrer Häuser und Stadtviertel beruht überwiegend auf den Bauten aus dem 15. und der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Das Reval des 13. und 14. Jahrhunderts ist größtenteils eine Stadt der Hypothesen und Theorien. Über

⁵ REIN ZOBEL: Tallinna linnamüür [Die Stadtmauer von Tallinn], Tallinn 1966.

⁶ DERS.: Tallinna keskaegsed linnakindlustused [Die mittelalterlichen Stadtbefestigungen Tallinns], Tallinn 1980.

⁷ DERS.: Tallinn (Reval) keskajal. Linnachitus 13.-14. sajandil [Tallinn (Reval) im Mittelalter. Städtebau im 13.-14. Jahrhundert], Tallinn 2001, ²2009.

einzelne untersuchte Bauten haben sich zahlreiche Architekten, Kunsthistoriker und Archäologen geäußert, aber ein vergleichendes Werk, das die ganze Periode und das ganze erforschte Material erfasst hätte, gab es zuvor noch nicht. Zweifellos ist das auch keine einfache Aufgabe.

Das Buch ist chronologisch in sieben Kapitel eingeteilt. Es setzt ein mit den Voraussetzungen für die Entstehung der Stadt vor dem dänischen Feldzug von 1219; anschließend werden die einzelnen Herrschaftsperioden behandelt: die erste dänische Periode (1219–1226), Reval unter dem päpstlichen Legaten (1226/27), die Zeit des Schwertbrüderordens (1227–1238), die zweite dänische Periode (1238–1346) und die Phase unter dem Livländischen Orden (1346–1373). Das Kapitel über die Voraussetzungen bietet zunächst eine Beschreibung der politischen Entwicklungen im Ostseeraum des 11. und 12. Jahrhunderts. Den eigentlich bemerkenswerten Teil dieses Kapitels stellt jedoch die topografische Rekonstruktion der Revaler Altstadt und ihrer näheren Umgebung dar. Zobel hat jahrzehntelang systematisch die Höhenangaben von geologischen Bohrlöchern und den Ausgrabungsarbeiten gesammelt und ist daher in der Lage, ein präurbanes Relief zu rekonstruieren. Dieses dürfte demnach sowohl auf dem Kalkstein des Dombergs als auch auf den Sandsteinplateaus zwischen dem Domberg und dem Meer früher viel abwechslungsreicher gewesen sein als heute; die Kulturschicht zumindest ist von einer sehr unterschiedlichen Stärke. Die ständige Landhebung in Nordestland hat die Küstenlinie im Laufe der Jahrhunderte bis zur Unerkenntlichkeit verändert. Dies macht die Arbeit Zobels zu einer unverzichtbaren Voraussetzung, will man die präurbane Landschaft mit ihrer Küstenlinie, dem Hafen, den Süßwasserseen, der Burg und dem in die Nachbargemeinden führenden Straßennetz rekonstruieren.

Das Kapitel über die erste Periode der dänischen Herrschaft beschäftigt sich in erster Linie mit der Rekonstruktion der Schlacht von 1219 und ihrer Topografie. Im Abschnitt über den Schwertbrüderorden berichtet Zobel vor allem über die Teilung des Dombergs in das so genannte Kleine Schloss – den Standort der steinernen Burg der Schwertbrüder – und das Große Schloss – das Gebiet des Revaler Bischofs und der Vasallen. Zudem beschreibt er die Ansiedlung deutscher Kaufleute auf dem Gebiet der zukünftigen Unterstadt. Die ein gutes Jahrhundert währende zweite dänische Periode teilt Zobel in zwei Hälften, wobei das Jahr 1310 als Zäsur dient: Aus diesem Jahr stammt ein Brief von Johannes Kannae, dem Vertreter des dänischen Königs, dessen Instruktionen über die Befestigung der Stadt es ermöglichen, beim Versuch der Rekonstruktion der Stadt mit diesem Jahr einzusetzen. Die Beschreibung der Entstehungsperiode der Stadt sowie ihrer frühen Entwicklung muss sich größtenteils auf solche nicht sehr zahlreich vorhandenen schriftlichen Quellen stützen, denn es gibt in Reval nur wenige Baureste, die sich mit Sicherheit auf das 13. Jahrhundert zurückführen lassen. Der Mangel an Fakten lässt somit viel Spielraum für scharfsinnige Vermutungen und Rekonstruktionen. Zobel

nennt – meistens mit dem Hinweis auf andere Forscher – einige Beispiele von älteren steinernen Wohnhäusern, die abseits der Straßenfront liegen und vermutlich aus dem 13. Jahrhundert stammen. Die 3D-Rekonstruktionen für die Illustration dieser Beispiele sind oft aus den Nachbarländern geliehen. Als Kontrast hierzu sind die frühen Entwicklungsstufen der Stadtmauer sowie der Tore und Türme auf erstklassigen Plänen, Profil- und Ansichtszeichnungen sowie als axonometrische Rekonstruktionen dargestellt, die der Autor allesamt selbst angefertigt hat. Für die früheste Stadtgrenze hält Zobel den Erdwall aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts unter der späteren Mauer an der Süd- und Südwestseite der Stadt. Der früheste Abschnitt der Kalksteinmauer auf der Nordseite der Stadt sei noch vor dem Ende des 13. Jahrhunderts gebaut worden. In seiner Darstellung des 14. Jahrhunderts beschreibt Zobel vor allem den Bau der Mauer mit ihren Spitzbogennischen und den Tortürmen an der Stelle des ehemaligen Erdwalls an der Süd- und Südwestseite der Stadt.

In dem der Zeit nach dem Aufstand in der St. Georgsnacht (1343) gewidmeten Kapitel beschreibt Zobel detailliert, wie der Wasserkanal aus dem 2,5 km entfernten See den Wallgraben und den städtischen Brunnen speiste, und wie dort eine Kaskade aus Staubecken und Wassermühlen errichtet wurde. Außerdem erfährt der Leser von den Befestigungsarbeiten am Kleinen Schloss auf dem Domberg sowie von der neuen Bauetappe der Mauer um die Unterstadt, die in dieser Zeit um mehrere kleinere Mauerabschnitte und Türme ergänzt wurde.

Die Abbildungen der englischen Version stimmen mit denen der estnischen überein, doch ist die Druckqualität der Zeichnungen nicht ganz so gut, während die der Fotos sogar wesentlich schlechter ist. Die inhaltliche Schwachstelle der Arbeit ergibt sich in erster Linie aus der Tatsache, dass die Ergebnisse der Ausgrabungen aus den letzten Jahrzehnten verhältnismäßig wenig benutzt worden sind. Andererseits kann man dies dem Autor kaum zum Vorwurf machen, weil die Ausgrabungsmaterialien sehr umfangreich und die meisten Resultate auch noch gar nicht publiziert worden sind; zum Teil fehlt zu den neueren Ausgrabungen sogar die elementare Dokumentation.

Auf wenigen Beispielen beruhend, präsentiert Zobel ein glaubwürdiges Bild des Milieus der Revaler Wohnviertel im 13. und 14. Jahrhundert, auch wenn neuere Beispiele aufgrund des aktuellen Forschungsstands außer Acht gelassen wurden. So hat eine Neubewertung der in den 1950er Jahren aus ideologischen Gründen entstellten Ausgrabungsergebnisse vom Rauhausplatz die Behauptung widerlegt, dass sich hier in der Zeit vor den Kreuzzügen eine urbane Siedlung befunden hätte.⁸ Leider wird dieser Umstand von Zobel nicht erwähnt, obgleich er sich einem Dominoeffekt gleich auf

⁸ JAAK MÄLL, ERKI RUSSOW: Archäologie und Stalinismus – die Anfänge der Stadtarchäologie in Estland und die Ausgrabungen auf dem Tallinner Rathausplatz 1953, in: Zeitschrift für Archäologie des Mittelalters 31 (2003), S. 145-158.

die von ihm vorgeschlagene Rekonstruktion der Entwicklungsetappen Revals auswirken könnte. Was die Stadtbefestigungen betrifft, so hat es auf diesem Gebiet nach Zobels eigenen Forschungen bis heute so wenig Feldarbeiten gegeben, dass die gebotene Übersicht als ziemlich aktuell gelten kann. Nicht jeder Stadthistoriker ist mit allen Datierungen, die Zobel für einzelne Elemente der Stadtmauer anbietet, bzw. mit allen seinen Hypothesen einverstanden, aber öffentlich wurde bis heute nur wenig Kritik geübt.⁹ Mit Sicherheit wird daher die weitere Forschung einiges an Zobels Konzeption der Stadtentwicklung ändern. Aufgrund von neuen Untersuchungsmethoden könnten sich somit in erster Linie die absoluten Datierungen verschieben. Allerdings hat niemand eine einigermaßen vergleichbare Gesamtkonzeption anzubieten, die neben der von Zobel vorgeschlagenen bestehen könnte. Zobels den Stadtbefestigungen und der territorialen Entwicklung der Stadt gewidmetes Lebenswerk ist dermaßen umfang- und erfolgreich gewesen, dass es zwangsläufig als Bezugspunkt für neue Perspektiven dienen wird. Es ist daher nur zu begrüßen, dass seine Arbeiten über das Reval des 13. und 14. Jahrhunderts nun auch für einen breiteren Leserkreis außerhalb Estlands zugänglich gemacht worden sind.

VILLU KADAKAS

INNA PÕLTSAM-JÜRJO: *Liivimaa väikelinn Uus-Pärnu 16. sajandi esimesel poolel* [Die livländische Kleinstadt Neu-Pernau in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts]. Verlag Argo. Tallinn 2009. 493 S. ISBN: 9789949438570.

Das hier zu besprechende Buch beruht auf einer Dissertation, die im Jahre 2008 am Historischen Institut der Universität Tallinn verteidigt wurde. Inna Põltsam-Jürjo hat sich in erster Linie als Forscherin auf dem Gebiet der spätmittelalterlichen Stadtgeschichte einen Namen gemacht, wovon

⁹ VOLDEMAR VAGA: Die mittelalterlichen Stadtbefestigungen Tallinns. Ein Kommentar zu Rein Zobel, Tallinna keskaegsed kindlustused, in: *Fornvännen. Tidskrift för Svensk antikvarisk forskning* 80 (1985), S. 290-295; VILLU KADAKAS, JAAK MÄLL: Märkmeid Tallinna vanemast topograafiafiast [Bemerkungen zur älteren Topografie Tallinns], in: *Keskus – tagamaa – ääreala. Uurimusi asustushierarhia ja võimukeskuste kujunemisest Eestis* [Zentrum – Hinterland – Peripherie. Studien über die Entwicklung der Siedlungshierarchie und der Machtzentren in Estland], hrsg. von VALTER LANG, Tallinn und Tartu 2002 (Muinasaja teadus, 11), S. 409-430; SULEV MÄEVÄLI: Kus asus nn. Margareta müür Tallinnas? [Wo lag die sog. Mauer von Margarethe in Reval?], in: *Tallinna Linnamuuseumi Aastaraamat 2005/2007* (2007), S. 113-118.

etwa ihre Untersuchung über das Essen und Trinken in Reval zeugt.¹ Von ebenso großer Bedeutung ist die Sammlung mittelalterlicher Quellen über Pernau, die sie mit Aldur Vunk zusammengestellt hat.² Im Vorwort ihres neuen Buches lesen wir, dass es das dort publizierte, aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts stammende *Denkelboeck* war, das sie zur weiteren Beschäftigung mit der Geschichte Neu-Pernaus ange-regt hat. So sind die Quellen auch in ihren Buch über Neu-Pernau von zentraler Bedeutung. Außer den Beständen des Estnischen Historischen Archivs und des Tallinner Stadtarchivs hat sie Archivbestände in Lettland, Schweden, Deutschland und Dänemark benutzt. Allerdings darf man fragen, welche relevanten Quellen zur Pernauer Geschichte eventuell noch in den Archiven weiterer Städte, zu denen die Kaufleute aus Neu-Pernau enge geschäftliche und familiäre Kontakte pflegten – etwa in Lübeck oder Danzig – zu finden wären.

Natürlich zählt Pöltsam-Jürjo nicht zu den Pionieren der Erforschung von Pernaus Vergangenheit, sie hat prominente Vorgänger, von denen an erster Stelle Heinrich Laakmann erwähnt sei. Von ihrer intensiven Arbeit mit der einschlägigen Historiografie legt das beeindruckende Literaturver-zeichnis ein beredtes Zeugnis ab. Es ist der Autorin dabei vollauf gelun-gen, frühere Forschungen sachkundig mit den Archivquellen zu verknüp-fen. Dabei verdient Anerkennung, dass sie sich auch in der Archäologie auskennt und die entsprechenden Forschungsergebnisse in ihre Untersu-chung einbezieht.

Die anzuzeigende Studie lässt sich sowohl als Stadt- und Rechtsge-schichte als auch als Alltags- und Mentalitätsgeschichte klassifizieren, wobei der sozial- und wirtschaftshistorische Aspekt nicht zu kurz kommt. Pöltsam-Jürjo selbst formuliert ihren Anspruch dahingehend, sie wolle das Funktionieren einer Kleinstadt unter möglichst vielen Aspekten des städ-tischen Lebens untersuchen sowie die Rolle und Bedeutung der Stadt vor dem Hintergrund der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwick-lung Livlands in der Zeit von 1500 bis 1558/1562 aufzeigen. Diese Periode war geprägt von der Reformation, die ihrerseits die Grundlagen von Kirche, Staat und Gesellschaft erschütterte. Der Frage, wie die Reformation das Alltagsleben einer Kleinstadt veränderte, misst die Autorin eine zentrale Rolle bei. Darüber hinaus betrachtet sie das äußere Erscheinungsbild der Stadt, die im Stadtraum erfolgten Veränderungen, die soziale und natio-nale Zusammensetzung der Einwohnerschaft sowie die Herkunft der Men-schen, die in Neu-Pernau sesshaft wurden. Auch die Tätigkeit des städ-tischen Selbstverwaltungsorgans, des Stadtrates, sowie die Beziehungen zum Landesherrn werden angesprochen. Pöltsam-Jürjo charakterisiert die

¹ INNA PÖLTSAM: Söömine-joomine keskaegses Tallinnas [Essen und Trinken im mittelalterlichen Reval], Tallinn 2002.

² Pärnu linna ajaloo allikad 13.-16. sajandini. Quellen zur Geschichte der Stadt Pernau 13.-16. Jahrhundert, 1. osa [Bd. 1], hrsg. von INNA PÖLTSAM und ALDUR VUNK, Pärnu 2001.

zwei wichtigsten sozialen Stände der Stadt, die Kaufleute und Handwerker, doch interessiert sie sich auch für andere soziale Gruppen und liefert interessante Beobachtungen zum Familienleben, den ehelichen Beziehungen sowie zur Rolle der Frau in Neu-Pernau.

Das Buch bietet eine Übersicht über die Stadtmark und die Vorstadt Neu-Pernaus und beschreibt die dort gelegenen Äcker, Gärten und Weiden. Ihr zufolge habe die große Anzahl und die Vielfalt der Gärten die soziale Position und den Wohlstand des Bürgers wiedergespiegelt. Die Frage, inwieweit Neu-Pernau sich an der Landwirtschaft orientierte, und wenn ja, ob dieser Befund darauf hinweisen könnte, dass Handel und Handwerk einen eher niedrigen Entwicklungsstand aufwiesen, bleibt jedoch unbeantwortet. Im wahrsten Sinne wegweisend ist der Versuch der Autorin, die Position Neu-Pernaus in dem auf Riga und Reval ausgerichteten Straßennetz zu beleuchten. Dabei ist es von großem Interesse, dass auf der Reise von einer Stadt zur anderen die Mühlen als Nachtquartier benutzt wurden, weist dies doch u. U. darauf hin, dass den Müllern eine Einquartierungspflicht auferlegt war. Interessant wäre zu erfahren, wie oft die Straße Pernau-Fellin-Dorpat im 16. Jahrhundert benutzt wurde. Bekanntlich klagte der Pernauer Stadtrat im 17. Jahrhundert wiederholt darüber, dass die Stadt aufgrund des desolaten Zustands der durch sumpfige Gebiete führenden Straßen vom Felliner und Dorpater Hinterland abgeschnitten sei. Möglicherweise war dies der Grund, warum Neu-Pernau als Dorpater Ausfuhrhafen spätestens am Ende des 15. Jahrhunderts an Bedeutung einbüßte und es den Kaufleuten Neu-Pernaus nicht möglich war, direkte Beziehungen zu Russland aufzunehmen. Einige Sätze hätte Pöltsam-Jürjo auch über das Wasserstraßennetz verlieren können, das sich aus Neu-Pernau bis ins Binnenland erstreckte.

Das Buch bietet auf der Grundlage der Rechnungen des Stadtrats eine ausführliche Übersicht über die Errichtung und Modernisierung der Wehrbauten in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Sicherlich wird auch der Landesherr, der Deutsche Orden, dabei eine Rolle gespielt haben, doch spiegelt sich sein Beitrag dazu in den Quellen zum städtischen Leben nicht wider. Was die Herausbildung der Stadtteile und des Straßennetzes betrifft, kann Pöltsam-Jürjos Ansicht, erst infolge der aufeinanderfolgenden Brände in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts sei es möglich geworden, die mittelalterliche, an die Geländeformen angepasste Raumstruktur zu korrigieren, nur beigepflichtet werden. 1543 gab es unter den 104 Bauten Neu-Pernaus 67 Steinhäuser, was davon zeugt, dass die Bürger Neu-Pernaus einen gewissen Wohlstand errungen hatten.

Diskutieren lässt sich über die Frage der Einwohnerzahl Neu-Pernaus. Bei einer Zahl von 70 Bürgern dürfte die Schätzung Laakmanns, die Gesamtzahl der Stadtbewohner belaufe sich auf rund 1000 Personen, schwerlich zutreffen. Denn das hieße ja, dass auf jeden Bürger ca. 14,3 Menschen entfielen. Allerdings hatten nach den Einwohnerverzeichnissen des

17. und 18. Jahrhunderts nur einzelne Bürger Haushalte, in denen mehr als zehn Menschen zusammenlebten; je ärmer ein Mensch war, desto kleiner war seine Familie und desto geringer die Zahl der Menschen, die mit seiner Familie verbunden waren. Daher kann der konservativeren Schätzung der Autorin nur zugestimmt werden, der zufolge ca. 600 Menschen innerhalb der Stadtmauern lebten. Hinzu kamen noch Adlige, Geistliche und Ordensgebietiger sowie die mit der Stadt verbundenen Bewohner der Stadtmark. Insgesamt kommt man so auf ca. 850 Einwohner. Selbstverständlich hielten sich in der Stadt auch ausländische Kaufleute, andere Reisende und Bauern aus dem Hinterland auf. Die Autorin geht auf die Frage der Größe der Haushalte Neu-Pernaus später noch einmal ein, wobei sich in der Tat zeigt, dass die Haushalte von geringer Größe waren.

Orden und Stadt waren in fast allen Lebensbereichen eng miteinander verflochten. Dass der Landesherr einen sehr starken Einfluss auf die Stadt ausübte, zeigte sich schon unmittelbar in der Verwaltung der Stadt, aber auch im Alltagsleben, in dem Ordensgebietiger als Fürsprecher, Gläubiger, aber auch als Geschäftspartner der Stadtbürger fungierten. Außerdem besaß der Orden durch alle Zeiten hindurch etwa zehn Grundstücke in der Stadt. Es entstanden sogar familiäre Beziehungen. Während in der Literatur zur frühneuzeitlichen Stadtgeschichte oft der mit einer negativen Konnotation verbundene bildliche Ausdruck genutzt wird, das Schloss habe „seinen Schatten“ auf die Stadt geworfen, behauptet Pölsam-Jürjo im Hinblick auf Neu-Pernau, dass die Beziehungen zwischen der Stadt und dem Ordenskomtur im Allgemeinen gut gewesen seien. Allerdings führt sie zugleich Beispiele für Konflikte zwischen dem Komtur und der Bürgerschaft an, z. B. aufgrund von Handelsfragen; aus den 1550er Jahren liegen Mitteilungen vor, dass es über die Einquartierung der Söldner zu Konflikten gekommen sei.

Pölsam-Jürjo liefert eine detaillierte Übersicht über die Wahlen, die Zusammensetzung und die Aufgaben des Stadtrates, wobei einige Personen und Amtsträger genauer in den Fokus kommen. Dabei ist es hervorzuheben, dass die Autorin auch Vergleiche mit anderen Städten Alt-Livlands, aber auch mit ferner gelegen urbanen Zentren anstellt. Seit der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts war es offenkundig, dass der Orden auf den Stadtrat bei der Wahl neuer Ratsmitglieder Druck ausübte. Die auf diese Weise gewählten Ratsmitglieder, die ihre Beziehungen zum Orden aufrechterhielten, vertraten die Interessen des Landesherrn in der Stadt. Beachtung verdient die Tatsache, dass es in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts unter den Mitgliedern des Stadtrates und unter den Gildemeistern auch mehrere ehemalige Beamte des Bistums Ösel-Wiek gab. Auf die Frage nach der eventuellen politischen Tätigkeit des Neu-Pernauer Stadtrates wird jedoch nicht eingegangen.

Wichtige Quellen zur Stadtgeschichte sind die Rechnungsbücher und Protokolle des Stadtrates. Angaben zu dessen Kosten liegen nur aus den

Jahren 1526–1558 vor. Die Einnahmen und Ausgaben der Stadt werden ausführlich dargelegt, und die Entstehungsgeschichte des Rigischen Rechts und des damit verbundenen Stadtgesetzes bzw. der *bursprake* beschrieben. Beim jetzigen Forschungsstand muss es jedoch offen bleiben, wann genau das Rigische Stadtrecht in Neu-Pernau eingeführt wurde. Die *bursprake* enthielt in acht Artikeln auch Handelsbestimmungen, die etwa den Handel unter Fremden untersagten, wobei sich aber zwangsläufig die Frage stellt, wer am Ende des 15. Jahrhunderts als „Fremder“ angesehen wurde. Galten z. B. die Kaufleute einer anderen Hansestadt als „fremd“? Abgesehen vom Grundsatz, „ein Fremder darf nicht mit einem Fremden Handel treiben“, hätte man gern auch gelesen, wie der Handelsverkehr zwischen Fremden in Neu-Pernau überhaupt geregelt war: Groß- und Kleinhandel, Dauer des Aufenthaltes etc. Bei der Betrachtung der Bürgerpflichten wird vom Bürgergeld gesprochen, wobei erwähnt wird, dass zur Deckung der Kosten der zwei städtischen Gesandten, die 1592 zum Reichstag reisten, 130 Taler gesammelt worden seien. Es hat jedoch den Anschein, dass es sich dabei um eine einmalige Kontribution zur Deckung der Reisekosten gehandelt habe.

Neu-Pernau war zwar eine Hansestadt, doch lag der Schwerpunkt seiner Handelstätigkeit nicht auf dem Gebiet des Transithandels, sondern vielmehr in der Ausfuhr der regionalen landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die Tatsache, dass sich die Kaufleute Neu-Pernaus in erster Linie auf den bäuerlichen Handel konzentrierten, scheint ihnen in der Hierarchie der Kaufleute eher den Platz der Kleinhändler zuweisen, die auf einer relativ niedrigen Stufe standen. Somit erklärt sich die große Bedeutung der Jahrmärkte sowohl für die lokalen Kaufleute als auch für die Bauern. Die bei Pölsam-Jürjo wiedergegebenen Klagen der Neu-Pernauer Kaufleute über die Hemmung des Handelsverkehrs, die Ausfuhrverbote, die Konkurrenz der Nachbarstädte sowie das Gebot, die Nebenhäfen anzulaufen usw. waren jedoch nicht nur für sie typisch. Die Stadt hatte ja keinen Grund, hochgestellte Machthaber von erfolgreichen Handelsgeschäften in Kenntnis zu setzen. Wie anhand der Ausfuhr- und Einfuhrstatistiken ersichtlich ist, wurden oft recht große Mengen von Waren exportiert. Der Rezensent mag jedoch nicht die Ansicht der Autorin teilen, dass die Kaufleute Neu-Pernaus in erster Linie auf den Export angewiesen waren und die Einfuhr für sie quasi zweitrangig war. Solange der Tauschhandel und nicht der Kauf bzw. Verkauf von Waren vorherrschte, kam den Tauschwaren aus Westeuropa, wie etwa dem Salz, den Heringen und anderen Bedarfsartikeln eine äußerst große Bedeutung zu. Über den von Pernau ausgehenden Seehandel wären ergänzende Informationen z. B. im Zollarchiv des Öresunds zu finden.

Interessant ist die Frage der Handelskonkurrenz zwischen Neu- und Alt-Pernau. Die Nachbarstädte verfügten hinsichtlich des Handels zwar über ein und dasselbe Hinterland, doch standen sie unter der Herrschaft zweier

verschiedener Landesherren. Die Bemühungen der Bürger Neu-Pernaus, in Alt-Pernau Grundbesitz zu erwerben, um ihre Handelsmöglichkeiten zu erweitern, weisen Parallelen zum Erwerb der doppelten Staatsbürgerschaft im heutigen Sinne auf. So war es der Autorin zufolge möglich, Getreideausfuhrverbote zu umgehen. Außer dem Erwerb von Grundbesitz hatten die Bürger der zwei Kleinstädte sicherlich auch enge familiäre Beziehungen. Knappe Archivquellen und die Ergebnisse der Archäologie liefern zwar ein Bild von der Vermögenslage der Einwohner Neu-Pernaus, doch bleibt eine der zentralen Fragen der Handelsgeschichte zwangsläufig unbeantwortet: Woher stammte das Kapital, d. h. wem gehörte das Geld, mit dem der Güterkreislauf in Gang gesetzt wurde – den Pernauern selbst oder ausländischen Auftraggebern? Die Autorin kennt sich in der Geschichte Revals gut aus, doch schenkt sie den Beziehungen Pernaus zu Riga, der anderen livländischen Großstadt, weitaus weniger Aufmerksamkeit.

Die Spezialisierung des Handwerks in Neu-Pernau war nicht allzu weitgehend, die Autorin schildert jedoch nicht, womit sich ein Handwerker beschäftigte bzw. welche Aufträge er ausführte. Für Neu-Pernau als Kleinstadt war es wirtschaftlich nicht sinnvoll, jedes mögliche Gewerbe vor Ort zu betreiben, sodass die benötigte Dienstleistung entweder in Reval, Riga oder in anderen Städten in Auftrag gegeben wurde. Zudem mangelte es vor Ort an Arbeit. Auch die Tatsache, dass die Handwerker das Recht hatten, Bier zu brauen, und sich darum bemühten, Handel zu treiben, zeugt von der Instabilität ihrer Einnahmen. Da wir nur so wenige Quellen haben, sollte man allerdings nicht gleich behaupten, dass es in Neu-Pernau außer der Schusterzunft keine weiteren Handwerkszünfte gab. Sollte es doch so gewesen sein, dann werden die übrigen Gewerbe einfach nicht den Anforderungen einer Zunft genügt haben.

Das Kapitel über die Ehe und Familie sowie die soziale Stellung der Frau ist keineswegs Frauengeschichte im engeren Sinn. Es verleiht der besprochenen Dissertation eine menschliche Dimension, was sehr zu begrüßen ist. Pölsam-Jürjo zufolge ist die Quellenbasis zur Erforschung dieses Themas recht reichhaltig; ihr zumindest hat sie einen Einblick in das Leben von mehr als 60 Frauen und von ca. 100 Ehen ermöglicht. Es steht außer allem Zweifel, dass nur diejenigen Menschen eine Ehe schließen konnten, deren wirtschaftliche Tragfähigkeit (oder diejenige ihrer Familie) es ermöglichte. Wirtschaftliche Motive, wenn z. B. ein junger Mann eine Witwe heiratete oder bei der Eheschließung mit einer Person, deren Familie eine gesicherte Position hatte, kommen auch in den Ehestrategien zum Ausdruck, von denen dieses Buch erzählt. Neben ehelichen Kindern gab es auch uneheliche. Allerdings war der Status eines unehelichen Kindes vornehmen Geschlechts für die Karriere der jeweiligen Person nicht besonders hinderlich und Mütter solcher Kinder kamen in der städtischen Gesellschaft gut zurecht. Wieso dies in einer städtischen Gesellschaft, geprägt durch Katholizismus und Reformation, toleriert wurde, bleibt jedoch unklar. Auf

die Frage, welche Stellung arme Mütter unehelicher Kinder einnahmen, wird in der Studie leider nicht eingegangen.

Von wesentlicher Bedeutung und ausgesprochen informativ ist die Behandlung des kirchlichen Lebens und der Reformation. Es zeigt sich, dass die neue Lehre in Neu-Pernau zunächst nur mühsam eingeführt werden konnte. Ein Durchbruch gelang erst infolge der großen Feuersbrunst im Jahre 1524, als die Stadt in der gegebenen Situation die Möglichkeit wahrnahm, Kirchengüter zu säkularisieren und die Zahl der Geistlichen einzuschränken, nicht zuletzt, um eine wirtschaftliche Talfahrt zu bremsen. Der zunächst ruhig verlaufende Übergang zum neuen Glauben mündete jedoch aufgrund der aggressiven Propaganda evangelischer Prediger im Frühling 1526 in den Bildersturm. Hervorzuheben ist, dass sich die Autorin bemüht, den Bildersturm auf wirtschaftliche Motive zurückzuführen, insbesondere auf die große Hungersnot der Jahre 1524/25, aufgrund derer der Unmut der Bevölkerung wuchs. Sicherlich wird auch die Tatsache, dass sich Bürgermeister van Lynthem in einer schwierigen Zeit selbst bereicherte, die Stadtbewohner erbost haben. Unverständlich bleibt, warum der Umstand, dass einem Prediger seine Leistungen nicht vergütet werden, zu massenhaften Unruhen geführt haben soll. Dabei ist natürlich nicht auszuschließen, dass ein einheimischer oder ein eingereister charismatischer Prediger – oder gleich mehrere von ihnen – das Volk aufgewiegelt haben. Der Tatsache, dass der Stadtrat von Neu-Pernau der Gemeinde Zugeständnisse machte und sich bereit zeigte, den neuen Glauben zu tolerieren, dürften rein pragmatische Erwägungen zugrunde gelegen haben. Zur Erhaltung der Macht kam es darauf an, zu Konzessionen bereit zu sein und gegebenenfalls die Konfession zu wechseln. Nach dem Bildersturm breitete sich der neue Glaube in der städtischen Gemeinde schnell aus.

Alles in allem macht Pöltsam-Jürjos Buch über Neu-Pernau sowohl inhaltlich als auch von seinem äußeren Erscheinungsbild her einen ausgesprochen positiven Eindruck. Der Text wird von zahlreichen Illustrationen begleitet, die die Lektüre veranschaulichen. Der Autorin haben wir es zu verdanken, dass die Geschichte Neu-Pernaus in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts nun als umfassend erforscht gelten kann. Sollte es tatsächlich einmal gelingen, neue Quellen zur Geschichte der Stadt zu entdecken, so können die Forschungsergebnisse von Inna Pöltsam-Jürjo keinesfalls umgangen werden.

ENN KÜNG

Die baltischen Lande im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Livland, Estland, Ösel, Ingermanland, Kurland und Lettgallen. Stadt, Land und Konfession 1500–1721. Teil I. (Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung, 69). Hrsg. von MATTHIAS ASCHE, WERNER BUCHHOLZ, ANTON SCHINDLING unter Mitarbeit von MAGNUS VON HIRSCHHEYDT. Verlag Aschendorff. Münster 2009. 307 S. ISBN: 7893402110874.

In Hollywood ist es üblich, einem erfolgreichen Film so lange Sequels hinterzuschicken, bis das Publikumsinteresse so weit gesunken ist, dass der Produzent rote Zahlen schreibt. Von 1989 bis 1997 erschienen, z. T. in mehreren Auflagen, sieben Bände „Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500–1650“ in der Reihe „Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung“. Später wurden ein Band über Ungarn (2000) und einer über Skandinavien (2003) hinterhergeschoben. Jetzt geht es weiter mit einem ersten Band über die „baltischen Lande“, dem noch zwei weitere folgen sollen. Auch wenn das zugrundeliegende Theoriegebäude, die Konfessionalisierungsthese, mittlerweile in Gegenwind geraten ist (vgl. S. 29), wird unverdrossen weitergemacht.

Während das „Vorwort“ (S. 9–11) von Matthias Asche, Werner Buchholz und Anton Schindling (Geschichtsprofessoren in Tübingen und Greifswald) vor allem Formalien behandelt, findet sich eine eigentliche Einleitung von denselben Autoren erst an vierter Stelle auf S. 29–43. Sie trägt den etwas hochtrabenden Titel „Prolegomena zu einer Reformations- und Konfessionsgeschichte der baltischen Lande“. Diese „Prolegomena“ machen den Eindruck, dass die Absätze jeweils von unterschiedlichen Autoren verfasst und dann zusammengewürfelt worden sind, ohne dass ein Lektor die inhaltlichen und terminologischen Widersprüche ausgeglichen hätte.

Was die allgemeine Forschung zu Reformation und Konfessionalisierung betrifft, sind die „Prolegomena“ auf dem neuesten Stand. Die Überlegungen sind richtig und wichtig. Leider wurden sie im weiteren Verlauf des Buches von den einzelnen Autoren meistens ausgeblendet – z. B. zur Spiritualität des Deutschen Ordens (S. 36), zur vergleichenden Betrachtungsweise (S. 38), zur Frage des Miteinanders von Eliten und Unterschichten (S. 38) oder zur Begrifflichkeit (S. 39). Was die Herausgeber dagegen konkret über die behandelte Region schreiben, ist häufig falsch. So liest man auf S. 39, dass der Begriff „undeutsch“ die „nicht-deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen in den baltischen Landen“ bezeichnet habe. Gleichzeitig wird behauptet, der Begriff habe sich „allein auf die Sprache“ (also nicht auf ihre Sprecher) bezogen. Beides ist nicht richtig. „Undeutsch“ wurde nur für Esten, Letten und Liven und für deren Sprachen benutzt, nicht aber für Schweden oder Russen – geschweige denn für die Bevölkerungsgruppen

in Ingermanland.¹ Auf S. 32 wird die dänische Herrschaft auf Ösel bis ins 14. Jahrhundert zurückdatiert.

Auf S. 31 schreiben die Herausgeber zu Recht, dass die neueren Begriffe „Baltische Länder“ und „Baltikum“ nicht gut auf die frühe Neuzeit anzuwenden seien, doch benutzt das Buch im weiteren ständig die Wendung „baltische Lande“, die genauso anachronistisch ist. Zu allem Überfluss wechselt laufend die Ausdehnung des damit bezeichneten Gebiets. Auf S. 32 wird es als Alt-Livland definiert, doch relativ häufig ist im Buch damit das Gebiet von Kexholm im Nordosten bis Kurland im Südwesten gemeint (wobei Ingermanland im Titel des Buchs auftaucht, Kexholm dagegen nicht). In dieser weiten Bedeutung ist der Begriff „baltische Lande“ nach Kenntnis des Rez. in deutscher Sprache bisher nicht benutzt worden (er wurde offenbar in den 1930er Jahren geprägt, was die Herausgeber aber nicht erwähnen). Trotzdem wird nirgendwo der Versuch gemacht, diese neue Sprachregelung zu begründen. Den „Prolegomena“ fehlt ein Literaturverzeichnis.

Den Band eröffnet ein nur eine Seite langer Beitrag von Ojārs Spārītis, Professor für Kunstgeschichte in Riga („Terra Mariana. Maria im Strahlenkranz und Deutschordensmeister Wolter von Plettenberg über dem Tor des Rigaer Schlosses (1515)“, S. 7). Vielleicht wurde dieser Beitrag dem Band vorangestellt, weil die Herausgeber es für notwendig erachteten, an die Bezeichnung „Marienland“ für Alt-Livland zu erinnern (S. 36f.). Offenbar war ihnen nicht bekannt, dass der estnische Verdienstorden für ausländische Staatsbürger Marienland-Kreuz (*Maarjamaa Rist*) heißt und seit 1995 vielhundertmal verliehen wurde. Die Vergabe wird jedes Jahr in der estnischen Presse ausführlich diskutiert.

Auf wenigen Seiten (S. 15–18) versucht dann Raimo Raag, Professor für estnische Philologie an der Universität Uppsala, die wichtigsten Informationen über die „Sprachen der Bevölkerung in den baltischen Ländern Livland, Estland, Ösel, Kurland, Lettgallen und Ingermanland im Zeitalter von Reformation und Konfessionalisierung“ zu geben, wobei jeder Sprache ein Absatz gewidmet wird. Die gebotenen Informationen sind verlässlich, doch über die Sprachen selbst erfährt man kaum etwas (über Estnisch beispielsweise nur „Das Estnische gehört zur südlichen ostseefinnischen Gruppe der uralischen Sprachen“, S. 15). Statt dessen wird die geschätzte Zahl der Sprecher genannt und ihr Siedlungsgebiet umrissen. Statt „Sprachen der Bevölkerung“ hätte dieses Kapitel besser „Sprachgruppen“ lauten sollen. Über Niederdeutsch erfährt man nur, dass es um 1600 von Hochdeutsch als Amtssprache abgelöst worden sei. Die für die Sprachgeschichte der Region viel wichtigere Frage – man denke nur an

¹ Vgl. WILHELM LENZ: Undeutsch. Bemerkungen zu einem besonderen Begriff der baltischen Geschichte, in: Aus der Geschichte Alt-Livlands. Festschrift für Heinz von zur Mühlen zum 90. Geburtstag, hrsg. von BERHART JÄHNIG und KLAUS MILITZER, Münster 2004 (Schriften der baltischen Historischen Kommission, 12), S. 169–184.

Entlehnungen! –, wie lange Niederdeutsch noch gesprochen wurde, wird leider nicht angeschnitten. Man gewinnt den Eindruck, als habe Raag für jede Sprache dasselbe Formular ausgefüllt, denn die Formulierungen wiederholen sich von Absatz zu Absatz. Das erleichtert natürlich die Vergleichbarkeit, bereitet aber kein Lesevergnügen.

Was mit Werner Buchholz' ebenfalls kurzem Aufsatz („Bäuerliche Arbeit in den baltischen Landen im Spiegel von Olaus Magnus“, S. 45-47), der auch ohne Literaturhinweise auskommt, bezweckt wird, hat sich Rez. nicht erschlossen. Welcher Auflage der „*Historia de gentibus septentrionalibus*“ die Illustrationen entnommen sind, wird nicht gesagt, aber über ihren Autor erfährt man immerhin, dass er 1557 gestorben sei und dass es sich um den letzten katholischen Erzbischof von Uppsala gehandelt habe („seit 1544“). Das mag zwar aus der katholischen Perspektive der Serie beinahe stimmig sein, nur sollte man dem in den „Prolegomena“ angesprochenen konfessionsneutralen Leser nicht verschweigen, dass Olaus Magnus sich seit 1530 im Exil befand. Er wurde vom Papst 1544 zum Erzbischof von Uppsala ernannt, nachdem sein Bruder Johannes gestorben war (katholischer Erzbischof von Uppsala ab 1523, ab 1526 im Exil, vom Papst erst 1533 geweiht). Man muss schon ziemlich ultramontan eingestellt sein, um Olaus als den letzten katholischen Erzbischof von Uppsala bezeichnen zu können.

Was Feldarbeit mit Religion zu tun hat, bleibt unklar. Auch ist nicht verständlich, wieso Buchholz die Holzschnitte auf die Esten und Letten bezieht, weil Olaus Magnus das in seinem Werk nicht tut.² Übrigens ist es allgemein bekannt, dass Olaus Magnus viele seiner Illustrationen mitteleuropäischen Vorlagen entnahm.³

Der mit Abstand längste Aufsatz des Bandes trägt den Titel „Reformation und Konfessionalisierung in den ländlichen Gebieten der baltischen Lande von ca. 1500 bis zum Ende der schwedischen Herrschaft“ (S. 49-215). Sein Verfasser Aleksander Loit, emeritierter Professor für baltische Geschichte an der Universität Stockholm, ist ein ausgewiesener Fachmann auf dem Gebiet der Agrar- und Verwaltungsgeschichte Est- und Livlands, nur ist er bisher nicht mit Arbeiten zur Kirchengeschichte hervorgetreten. Wahrscheinlich deshalb handelt sein Beitrag mehr von Agrar- und Verwaltungsgeschichte als von Kirchengeschichte.

Der Bezugsrahmen der Darstellung wechselt ständig. Die meiste Zeit werden Estland und Livland behandelt, oder genauer die Esten und Letten in den ländlichen Gebieten Estlands und Livlands. Von den – seit dem 20. Jahrhundert so genannten – Estlandsschweden ist nämlich kaum die Rede, auch nicht von den deutschen Gutsangestellten und natürlich nicht von den Stadtesten, denn für die Städte ist in einem folgenden Band ein

² OLAUS MAGNUS: *Historia de gentibus septentrionalibus* (...), Rom 1555. Kleine Unterschiede machen deutlich, daß Buchholz seine Abbildungen einer späteren Ausgabe entnommen haben muß.

³ GUNNAR BROBERG: Olaus Magnus, in: *Svenskt biografiskt lexikon*, Bd. 28, Stockholm 1992-94, S. 136-141.

eigener Beitrag vorgesehen (S. 76). Ab dem 17. Jahrhundert werden auch Ingermanland und Kexholm erwähnt, doch bei der Behandlung der vor-reformatorischen Zeit oder der Sozialstrukturen kommen diese Provinzen nicht vor.

Loit schiebt zu Beginn seines Beitrags dankenswerterweise ein Kapitel mit der Überschrift „Begriffe“ ein (S. 53-55), doch sind die dort gebotenen Definitionen zum Teil widersprüchlich. In ein und demselben Absatz wird die „baltische Region“ als das Gebiet mit den Grenzen Peipussee und Narvafluss (im Osten), Finnischer Meerbusen (im Norden), Litauen (im Süden) und Ostsee (im Westen) definiert. Im darauf folgenden Satz werden die behandelten Territorien aufgezählt: „Estland, Livland, Ösel, Ingermanland/Kexholm, Kurland und Lettgallen“ (S. 54). Ingermanland und Kexholm liegen allerdings östlich des Narvaflusses bzw. nördlich des heutigen St. Petersburg! Mit Kexholm dehnt Loit das Gebiet übrigens noch weiter nach Nordosten aus, als der Titel des Buches angibt.

Loit verwendet viel Platz auf die Schilderung von geplanten Reformen auf nicht-religiösem Gebiet, die dann aber doch nicht zur Ausführung kamen. Dabei spekuliert er, wozu diese Reformen hätten führen können (seiner Ansicht nach zu einem freien Bauerntum nach schwedischem Vorbild). Das hat aber alles wenig mit dem Thema des Buches zu tun. Die Grundlagen der Gutsherrschaft werden sehr ausführlich erklärt. Für Leser in Schweden ist das vielleicht zum Verständnis notwendig, aber deutschen Lesern sind ähnliche Verhältnisse aus Ostelbien durchaus bekannt. Loit wundert sich darüber, dass andere Forscher gar nicht darauf eingegangen seien, dass König Karl XI. in den 1680er Jahren die Leibeigenschaft in Est- und Livland abgeschafft habe (S. 86). Der Grund, warum andere Forscher davon wenig Aufhebens machen, ist ganz einfach: Sie meinen nicht, dass damals die Leibeigenschaft in irgendeiner Weise aufgehoben worden sei.⁴

Häufig tritt der Begriff „Gemeiner Mann“ (immer mit Großschreibung) auf (S. 64, 69, 105 et passim), ohne jedoch definiert zu werden. In der deutschen Forschung kommt er vor allem in Arbeiten zur Reformation vor. Die Anwendung auf Leibeigene hätte zumindest einiger Erklärungen bedurft.

Auf S. 104 lesen wir: „[Die estländischen Bischöfe] stammten meist aus Schweden oder Finnland.“ Das ist nicht richtig. Von den zwölf kirchenleitenden Geistlichen unter schwedischer Herrschaft wurden nur fünf in Schweden oder Finnland geboren (einer davon starb sogar, bevor er das Amt antreten konnte), der Rest in Norddeutschland oder Estland.⁵

⁴ Vgl. MARTEN SEPPEL: Die Entwicklung der „livländischen Leibeigenschaft“ im 16. und 17. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung, 54 (2005), S. 174-193, hier S. 187-192; DERS.: Kroonutalupoegade seisund Liivimaal 17. sajandi lõpus [Die Lage der Domänenbauern in Livland am Ende des 17. Jahrhunderts], in: Tuna 2005, Nr. 2, S. 23-34.

⁵ RIHO SAARD: Eesti kirikute esivaimulikud 1165–2006 [Die führende Geistlichkeit der Kirchen Estlands 1165–2006], [Tallinn] 2006, S. 31-34; LIIVI AARMA: Põhja-Eesti vaimulike lühielulood 1525–1885 [Kurzbiografien der nordestnisch-

Loits Blick ist nur auf Schweden und seine Provinzen gerichtet. Vergleiche mit anderen lutherischen Ländern werden nicht gezogen. Das führt zu einigen Fehleinschätzungen. So wird der langsame Verlauf der Reformation auf dem Lande mit dem Gegensatz zwischen deutsch und estnisch bzw. lettisch erklärt (S. 68). Nicht beachtet wird, dass man beispielsweise in Dänemark ähnliche Verzögerungen auf dem Land im Vergleich zur Stadt beobachten kann, ohne dass es hier eine sprachliche Segregation gab. Die Gründe für den langsamen Verlauf der Reformation sind also wohl nicht in der Sprache zu suchen.

Loit erklärt die Tatsache, „dass eine ganze Reihe Geistlicher, insbesondere im 16. Jahrhundert und während der ersten Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts, nur eine geringe theologische Ausbildung erhalten hatte“, damit, dass die Gutsherrn nach Belieben ihnen genehme Personen ohne die notwendige Vorbildung eingesetzt hätten (S. 159). Zu dieser Zeit war aber auch in anderen lutherischen Ländern ein Theologiestudium keine notwendige Voraussetzung für eine Pastorenstelle. Das Ausbildungsniveau der est- und livländischen Pastoren entsprach dem lutherischen Durchschnitt und hatte also nichts mit den Gutsherrn zu tun.

Der Abschnitt über Kurland (S. 127-133) füllt nur sechs Seiten, wovon aber nicht mehr als zwei sich mit der Religion beschäftigen. Nur ganz kurz schimmert dabei auf, dass Kurland das einzige der behandelten Territorien war, das – in bescheidenem Umfang – so etwas wie religiöse Toleranz und Pluralität kannte. Bei der großen Bedeutung, die in den „Prolegomena“ der Suche nach konfessionellen Mischformen zugemessen wird (S. 29f.), ist das etwas wenig. Der Abschnitt über Ingermanland (S. 151-153) wiederholt zum großen Teil das, was schon auf S. 124-127 zu lesen war. Auch sonst kommen Wiederholungen häufig vor.

Mit weit über 160 Seiten ist dieser Beitrag entschieden zu lang geraten. Es wäre sehr viel sinnvoller gewesen, den behandelten Territorien Livland, Estland, Ingermanland, Kurland und Lettgallen je zwanzig Seiten zu widmen, wie das in den ursprünglichen Territorienbänden der Fall war. Nur bei Est- und Livland hätte das zu größeren Überschneidungen geführt, weshalb man diese beiden Beiträge zu einem dreißigseitigen Aufsatz hätte zusammenfassen können. Bei einer solchen Aufgliederung wäre der Verzicht auf konkrete Literaturhinweise und die Beschränkung auf ein alphabetisches Literaturverzeichnis am Ende jedes Beitrags noch zu vertreten gewesen. Jetzt ist es praktisch unmöglich zu erraten, auf welchen Titel im fünfzehnteiligen Literaturverzeichnis sich Loit gerade bezieht. Wie man auf S. 79 erfährt, soll Ösel als einziges der von den Herausgebern so definierten „baltischen Lande“ einen eigenen Beitrag in einem der folgenden Bände erhalten. Wohl deshalb ist in dem Beitrag von Loit über die Insel so gut wie nichts zu erfahren.

en Geistlichen 1525–1885], Tallinn 2007 (Põhja-Eesti kogudused ja vaimulikud 1525–1885, 2), S. 9f., 55, 69, 76, 78f., 80f., 110, 138, 162, 209, 230f., 277.

Wenn man von den häufigen Wiederholungen und einigen Steckenpferden des Verfassers absieht, bietet der Aufsatz aber noch einen brauchbaren Überblick über die weltliche Geschichte des Gebiets. Leider haben die Herausgeber es nicht gewagt, dem Verfasser etwas in die Zügel zu greifen.

Loits Beitrag wurde von Buchholz übersetzt, allerdings nicht immer glücklich. Einige unverständliche Stellen mag man noch als Stilblüten abtun (beispielsweise auf S. 168: „Dieses Kriterium war die Voraussetzung zur Herstellung spezieller Bedingungen, die das gesamte System funktionstauglich machten.“). Schwerer wiegt die Unkenntnis der einschlägigen Terminologie. „Estnisch“ bezieht sich auf die Esten, „estländisch“ dagegen auf Estland oder auf seine deutschen Bewohner. Eine „estnische Ritterschaft“ (S. 101, 103) oder einen „estnischen Adel“ (S. 102) hat es nie gegeben, denn der Adel war bekanntlich deutsch. Der Rezensent ist sich sicher, dass im schwedischen Manuskript an diesen Stellen „det estländska ridderskapet“ bzw. „den estländska adeln“ stand. Auf S. 106 wird das Wort dagegen ausnahmsweise richtig übersetzt: „estländische Kirchenorganisation“. An mehreren Stellen wird die in Estland nach skandinavischem Vorbild übliche Bezeichnung „Stift“ mit „Diözese“ erklärt (S. 105f., 118, 120, 124). Da es sich hier aber nicht um den Amtsbezirk eines katholischen, sondern eines evangelischen Bischofs handelt, wäre „Bistum“ angemessener gewesen. Auf S. 106 werden Küster mit Glöcknern und „Unterpastoren“ gleichgesetzt! Bei letzteren handelt es sich um eine missglückte Übersetzung von schwedisch „komminister“ (der ordinierte zweite Geistliche eines Kirchspiels). Kirchliche Amtshandlungen werden als „kirchliche Dienstleistungen“ bezeichnet (S. 185). In Arbeiten über diese Region ist es ungewöhnlich, Wörter wie „Pfarrhof“ (statt „Pastorat“, S. 110) oder „Pfarräcker“ (statt „Pastoratsland“, „Pastoratsländereien“, S. 115) zu lesen.

Der zweite Beitrag von Raag zu diesem Band („Die Literatur der Esten in Zeiten von Reformation und Konfessionalisierung“, S. 217–261) sowie der Aufsatz des Stockholmer und Rigaer Baltistikprofessors Pēteris Vanags („Die Literatur der Letten in Zeiten von Reformation und Konfessionalisierung“, S. 263–305) veranschaulichen noch einmal das Dilemma dieses Buches. Für sich genommen handelt es sich um kundige Überblicke zu den vom Aufsatztitel genannten Themen (nur hätte Raag auf die beiden Absätze über russische und finnische Übersetzungen aus dem Schwedischen besser verzichten sollen, S. 226). Es werden die in den beiden Sprachen überlieferten Texte des 16. und 17. Jahrhunderts vorgestellt, wobei die gedruckten Texte größtenteils geistlicher Natur waren, während es unter den Handschriften auch einige weltliche Gebrauchstexte gibt (z. B. Eidesformulare).

Ärgerlich ist, dass die beiden Autoren ihre Beiträge wenig aufeinander abgestimmt haben. Vanags geht sehr ausführlich auf die im behandelten Zeitraum verwendeten konkurrierenden Rechtschreibprinzipien ein, während Raag offenbar zu recht annahm, dass ähnliche Ausführungen zum Estnischen die Leser dieses Bandes, die eher unter Historikern als unter

Sprachwissenschaftlern zu finden sein werden, überfordern würden. Raag bringt eine Liste der Druckereien im estnischen Sprachgebiet (S. 227), während man eine solche über die Druckereien im lettischen Sprachgebiet im Beitrag von Vanags nicht findet. Allerdings kann man sich fragen, was dem Leser die Liste nützt. Zwei von drei Druckereien im estnischen Sprachgebiet (in Dorpat/Pernau und in Narva) druckten gar nicht oder nur ganz wenig auf estnisch, während die für die Geschichte der estnischen Literatur viel wichtigeren Druckereien in Riga in Raags Liste fehlen (im Text des Aufsatzes wird der Rigaer Buchdruck allerdings erwähnt).

Trotz der guten Vorsätze in den „Prolegomena“, die nationale Perspektive überwinden zu wollen, setzt sich das Buch weiterhin aus kleinen, nationalen Bausteinen zusammen. Es bleibt abzuwarten, ob die nächsten Bände noch Beiträge über „Die Literatur der Schweden⁶ / Niederdeutschen / Hochdeutschen / Lateiner in Zeiten von Reformation und Konfessionalisierung“ – um bei der Formulierung des Buches zu bleiben – bringen werden.

Man kann es den beiden Verfassern nicht verdenken, dass sie die Thematik beschrieben haben, in der sie sich hervorragend auskennen. Man wundert sich nur, dass die Herausgeber nicht bemerkt haben, dass sie mit der Vergabe der Beiträge an Experten für einzelne Sprachen die eigenen Ansprüche an eine übernationale Darstellung nicht erfüllen konnten. Die beiden Beiträge von Raag und Vanags hätten sinnvollerweise zu einem zusammengefasst werden können, da sie praktisch die gleichen Bücher behandeln (kirchliche Standardliteratur wie Katechismen, Perikopen oder Gesangbücher), bloß in verschiedenen Sprachen. Dann hätte man von den Literaturgattungen ausgehen und nach ihrer Anwendung in den verschiedenen Sprachgebieten fragen können. Die lutherischen Gebiete unter schwedischer Herrschaft bildeten hier durchaus eine Einheit, auch wenn dieselben Texte in verschiedenen Sprachen daherkamen.⁷

Zu Beginn des Buches sollen vier Karten dem Leser die Übersicht erleichtern. Die erste Karte zeigt die Verbreitungsgebiete von Sprachen, wobei Deutsch nicht einmal als Schraffur vorkommt. Finnland ist sprachlos, abgesehen von den Küstengebieten, die als schwedischsprachig vorgestellt werden. Schwedisch sprach man nach Auskunft der Karte noch im eigentlichen Schweden und auf Gotland. Auf Gotland war bis 1645 allerdings Dänisch Schriftsprache und wurde in den folgenden Jahrzehnten nur relativ langsam vom Schwedischen ersetzt. Die Umgangssprache unterschied sich stark von sowohl Dänisch als auch Schwedisch, doch wurde

⁶ Vgl. JÜRGEN BEYER: Schwedische Lesestoffe in Est- und Livland im 17. und 18. Jahrhundert, in: Books and libraries in the Baltic Sea region from the 16th to the 18th century, hrsg. von LEA KÕIV und THU REIMO, Tallinn 2006, S. 165-171.

⁷ Vgl. JÜRGEN BEYER: Strategien zur Hebung der Frömmigkeit in Est- und Livland (1621-1710). Konfessionalisierung und Pietismus, in: Confessionalism and Pietism. Religious reform in early modern Europe, hrsg. von FRED VAN LIEBURG, Mainz 2006 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 67), S. 111-128.

die einheimische Sprache Gutnisch im 16. und 17. Jahrhundert nicht mehr geschrieben. Die Angabe auf der Karte zu Gotland ist also grundfalsch, doch ist sie für die schwedische Perspektive des gesamten Buches bezeichnend. Die Karte hätte von einer ausgedehnteren Verwendung von Überlappungen profitiert, denn die Region war mehrsprachiger, als man der grafischen Darstellung entnehmen kann. Vor allem die Markierung des livischen Sprachgebiets erscheint sehr optimistisch. Das estnische Sprachgebiet wird in ein nord- und in ein südestnisches eingeteilt. Leider wird nicht angegeben, in welchen Gebieten Revalestnisch und wo Dörptestnisch Kirchensprache war. Die Grenzen der Kirchensprachen deckten sich nämlich nicht mit den Dialektgrenzen.

Während die erste Karte das gesamte Gebiet zwischen Ladogasee und Kurischem Haff im 16. und 17. Jahrhundert zeigt, behandelt die zweite Karte nur Alt-Livland. Trotz des Titels „Kirchliche Organisation der baltischen Lande vor der Reformation“ zeigt sie eher die politische Einteilung als die kirchliche Organisation. Einige Klöster fehlen. Inhaltlich überschneidet sich die Karte zum großen Teil mit Karte 3 („Die ‚livländische Konföderation‘ im 15. und 16. Jahrhundert (Altlivland)“). Die vierte Karte zeigt „Die baltischen Lande nach dem Frieden von Stolbova 1617“. In einer Ecke befindet sich eine Nebenkarte mit schwedischer Beschriftung! Außerdem wird auf einen „Kronenborger Traktat“ aus dem Jahr 1585 verwiesen, womit wahrscheinlich der polnisch-dänische Vertrag von Kronborg gemeint ist. Karte 5 zeigt „Die baltischen Lande vom Frieden von Oliva 1660 bis zum Beginn des Großen Nordischen Krieges 1700“. Es sind zwar Kreisgrenzen eingezeichnet, aber die Provinzgrenzen werden nicht markiert. Diese muss man der sechsten Karte entnehmen („Provinzen und evangelisch-lutherische Superintendenturen unter schwedischer Herrschaft“), die sonst kaum zusätzliche Informationen liefert und mit Gewinn in Karte 5 hätte integriert werden können.

Der vorliegende Band beschäftigt sich – wenn man von den „Prolegomena“ und den wunderlichen Bildbeschreibungen von Buchholz und Spärītis absieht – mit der estnischen und der lettischen Literatur sowie mit der Reformation auf dem Land. Für nicht mit der Geschichte der Region Vertraute müssen diese Beiträge schwer einzuordnen sein. Mehrfach klingt an, dass die Reformation bei den deutschen Schichten in den Städten ihren Anfang nahm. Warum wurde dann nicht der für einen der folgende Bände in Aussicht gestellte Beitrag über die Städte an den Anfang gestellt? Gerade für die internationale Forschung zur Reformation wäre hier vieles zu gewinnen, schließlich wurde die Reformation in den livländischen Städten viel früher eingeführt als im westlichen Ostseeraum und in den meisten Städten des Heiligen Römischen Reichs.

Bis auf Spärītis, der nur eine Seite beisteuerte, arbeiten alle nicht-deutschen Verfasser in Schweden. Deshalb führte der „wissenschaftliche Austausch über Länder- und Sprachgrenzen hinweg“ (S. 11) kaum zu einer

„möglichst breite[n] Sicht auf die Geschichte der baltischen Lande“ (S. 9). Die deutschbaltische Perspektive wurde einfach durch eine schwedische ersetzt. Das ist zwar für einen Teil der deutschen Leserschaft immer noch neu,⁸ bringt die Forschung an sich aber nicht weiter.

Dieser Band zeigt, dass der Verlag auf dem Territorienthema keine schmackhafte Suppe mehr kocht. Am besten sollte er das Unternehmen einstellen, bevor der finanzielle Schaden zu groß wird und das Ansehen der ursprünglichen Reihe rückwirkend beschädigt wird. Wenn er aber unbedingt die beiden angekündigten Bände noch herausbringen will, sollte er einen Redakteur suchen, der mit der Region, ihrer Geschichte und ihren Sprachen vertraut ist. *Eine* Person wäre hier nützlicher als drei, denn wie man an den „Prolegomena“ sehen kann, verderben viele Köche den Brei.

JÜRGEN BEYER

RALPH TUCHTENHAGEN: *Zentralstaat und Provinz im frühneuzeitlichen Nordosteuropa* (Veröffentlichungen des Nordost-Instituts, 5). Harrasowitz Verlag. Wiesbaden 2008. 583 S. ISBN: 9783447055227.

Bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts stieg Schweden zur führenden Großmacht Nordosteuropas auf. Der Große Nordische Krieg (1700–1710) und der Schwedisch-Russische Krieg von 1741–1743 setzten der Alleinherrschaft Schwedens in dieser Region ein Ende. Als Ergebnis der Kriege verlor Schweden Livland und Estland, Ingermanland mit der Provinz Kexholm und das so genannte Altfinnland (*Vanha-Suomi*) an Russland. Diese Gebiete stellen den Handlungsraum der Monografie von Ralph Tuchtenhagen dar. Anhand von sieben Bereichen – Verwaltung, Recht, Militär, Kirche, Bildung, Wirtschaft und sozialer Wandel – betrachtet Tuchtenhagen, wie der Zentralstaat, in dessen Rolle abwechselnd Schweden und Russland auftreten, versuchte, die genannten Gebiete zu beherrschen und zu integrieren. Als die beiden Mächte Estland und Livland eroberten, begegneten sie bereits existierenden Machtstrukturen, die in der staatlichen Provinzialpolitik zwangsläufig berücksichtigt werden mussten. Zugleich beeinflussten auch die Provinzen den Zentralstaat. Aus dieser Gegenseitigkeit rühren auch die Stichwörter, die sich durch Tuchtenhagens Arbeit ziehen: ‚Interdependenz‘ und ‚Interpenetration‘ des Staates und der Provinzen. Der zeitliche Rahmen der Monografie reicht von der Mitte des

⁸ Vgl. jedoch TORBJÖRN ENG: Schwedens Ostseeprovinzen in der schwedischen historischen Forschung, in: Nordost-Archiv, NF 9 (2000), S. 115–166.

16. Jahrhunderts, als Schwedens Expansion im Ostseeraum einsetzte, bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, in dem sich bedeutende Veränderungen abzeichneten, z. B. die Aufhebung der Leibeigenschaft oder der Anschluss Altfinnlands an das Großfürstentum Finnland, das vom russischen Kaiser in Personalunion regiert wurde.

Den Begriff ‚Ostseeprovinzen‘ hat Tuchtenhagen mit Recht ausführlicher behandelt als in der bisherigen Geschichtsschreibung üblich. Sicherlich erleichtert es dieser Zugang zum Thema, die politische Landkarte der Ostsee so zu begreifen, wie sie sich dem damaligen Stockholm bzw. St. Petersburg präsentierte. Die Verbindung der baltischen Provinzen und der finnisch-ingermanländischen Gebiete ist auch früher hervorgehoben worden, z. B. von Robert Schweitzer, der von Wiburg als einer „vierten“ baltischen Provinz neben Estland, Livland und Kurland sprach. Der Hauptteil von Tuchtenhagens Buch untersucht, wie die Integration in den genannten Bereichen funktioniert hat. Er beginnt in jedem Bereich mit dem schwedischen Gesamtstaat, wendet sich danach den schwedischen Ostseeprovinzen zu, betrachtet das russische Imperium und kehrt dann zu den Ostseeprovinzen zurück, die nun schon Teil des Russischen Reiches waren. Bei aller Logik hat ein solcher Aufbau aber auch einen wesentlichen Nachteil: Die Aufspaltung der Behandlung der Ostseeprovinzen in zwei Teile erlaubt es nicht, die Kontinuität der schwedischen und russischen Zeit, die frühneuzeitliche *longue durée* der Ostseeprovinzen, klarer herauszustellen, obwohl genau dies eines der wichtigsten Anliegen des Autors ist.

In der Geschichtsschreibung ist auch früher schon betont worden, dass die schwedische Verwaltungsorganisation den Reformen Peters I. als Vorbild diente; Tuchtenhagen streicht dies deutlich heraus und betont zudem, dass Frankreich für Schweden ein Vorbild war. Auf diese Weise verbindet er die Reformen Peters I. in Russland mit dem französischen Hochabsolutismus, die sich am deutlichsten in den Institutionen der (General)gouvernements und der (General)gouverneure äußerte, die zur Grundlage der Territorialverwaltung sowohl in Schweden als auch im Russischen Reich wurden. Diejenigen, die als höhere Amtsträger in den Ostseeprovinzen die Schlüsselpositionen innehatten, waren durchaus von nicht unwesentlicher Bedeutung. Tuchtenhagens Standpunkt, dass Statthalter, Gouverneure und Generalgouverneure der Ostseeprovinzen zum größeren Teil (70%) schwedischer und zum kleineren Teil (30%) ausländischer Herkunft waren – meistens Reichsdeutsche – und dass der Provinzadel in diesen Ämtern nicht vertreten gewesen sei, ist aber nicht ganz korrekt (S. 48). Hier darf sogleich an den Estländer Jacob Johann Hastfer erinnert werden, der gerade in der kompliziertesten Zeit während der Güterreduktion von 1686–1695 das Amt des livländischen Generalgouverneurs innehatte. Auch Vertreter mehrerer anderer deutschbaltischer Adelsfamilien bekleideten hohe Staatsämter in den Ostseeprovinzen (die Patkuls, Wrangels, Fersens u. a.). Auch Tuchtenhagens Behauptung, dass von den elf Gouverneuren

und Generalgouverneuren, die im Generalgouvernement Livland zwischen 1713 und 1775 amtierten, sieben aus dem russischen Adel, zwei aus dem Ausland und nur einer aus Livland stammten (S. 72), ist zwar in den zahlenmäßigen Proportionen für sich genommen richtig. Wenn wir aber die Zeiträume betrachten, in denen diese Personen an der Macht waren, dann standen Russen nur in den Jahren 1713–1724, 1726–1729 und 1758–1761 an der Spitze des Gouvernements Livland und in den Jahren 1719–1728, 1736 und 1753–1758 an der Spitze des Gouvernements Estland (ohne in der ersten Periode in Reval residiert zu haben). Diese Darstellung verleiht der Repräsentation des russischen Adels bei der Herrschaft über das Baltikum einen vollkommen anderen Ausdruck.⁹

Ein Irrtum ist zudem die Behauptung, dass Estland mit Livland in den Jahren 1619–1673 ein Generalgouvernement bildete (S. 39). Erstens war die Eroberung Livlands bis 1619 noch nicht vollendet, zweitens fehlte der schwedischen Obrigkeit eine klare Auffassung davon, ob die zu erobernden Gebiete zu Estland gehören sollten, eine eigenständige Verwaltungseinheit geschaffen werden sollte oder diese gar Polen zurückgegeben werden müssten. Das (General)gouvernement Estland gehörte bis zur Einführung der Statthalterschaftsverfassung 1783 niemals zum Generalgouvernement Livland. Fehler treten auch bei der Bestimmung der Gouvernementsstädte auf. Dorpat war nicht bis 1642 (S. 39–41), sondern nur bis zum Jahr 1632 Residenzstadt des Generalgouverneurs von Livland, Ingermanland und der Provinz Kexholm. Von da an wurde das ganze Gebiet von Riga aus verwaltet, in Dorpat blieben nur das Hofgericht und das Oberkonsistorium, die mit der Universität verbunden waren. Nyen war nur bis 1651 das Gouvernementszentrum der 1642 von Livland abgetrennten Gebiete Ingermanland und Kexholm, danach war es Narva, wo der Generalgouverneur ohnehin auch schon früher die meiste Zeit residiert hatte. Als nach der Errichtung der russischen Herrschaft Narva dem Gouvernement St. Petersburg angeschlossen wurde und vom Gouvernement Estland abgetrennt blieb, kann man dies als eine weitere Bestätigung für die Fortdauer des Status quo aus der schwedischen Zeit deuten – für Narva allerdings nicht mehr als Gouvernementsstadt.¹⁰

Um die Rechtsordnung der Ostseeprovinzen dem eigenen Willen unterzuordnen, musste in den Provinzen eine eigene Legislative, Judikative und Exekutive durchgesetzt werden. Im Falle Schwedens gelang dies Tuchtenhagen zufolge binnen eines halben Jahrhunderts (S. 6) oder gar innerhalb von 80 Jahren (S. 442). Teilweise überbewertet Tuchtenhagen die autonome Stellung Livlands und Estlands: Die schwedische Königsmacht bestätigte

⁹ MATI LAUR: Eesti ala valitsemine 18. sajandil (1710–1783) [Die Verwaltung des estnischen Gebietes im 18. Jahrhundert (1710–1783)], Tartu 2000, S. 47–51, 253.

¹⁰ Eine ausführliche Besprechung bei ENN KÜNG: Uurimus riigi ja provintside suhetest varauusaegses Baltikumis [Eine Untersuchung über die Beziehungen des Staates und der Provinzen im frühneuzeitlichen Baltikum], in: Akadeemia 2009, Nr. 12, S. 2353–2373.

nicht die Privilegien, die der polnische König Sigismund II. August 1561 der livländischen Ritterschaft verliehen hatte, wie der Autor behauptet (S. 91, 208), sondern wich im Gegenteil diesem Schritt bis zum Ende des 17. Jahrhunderts aus. Diese Privilegien, die geradezu für das Gründungsdokument des baltischen Landesstaates gehalten worden sind, wurden jedoch von der russischen Herrschaft bestätigt. Noch komplizierter ist die Sache mit der Kodifizierung des estländischen und livländischen Ritter- und Landrechts. Richtig ist, dass die erwähnten Dokumente sowohl ohne königliche Bestätigung blieben, dessen ungeachtet aber in der alltäglichen Rechtspraxis im Gebrauch waren. Die gleiche Situation setzte sich auch in der russischen Zeit fort. Als Kaiserin Elisabeth die Todesstrafe abschaffte, verhängten die Gerichte Estlands und Livlands aufgrund der Rechtsordnung, die vom Staat nicht (!) bestätigt worden war, weiterhin Todesstrafen, gleichzeitig war es die Aufgabe des (General)gouverneurs, diese durch andere Strafen zu ersetzen.

Als besonders stark schätzt Tuchtenhagen die autonome Stellung der baltischen Provinzen während der russischen Herrschaft ein: „Bis in die 1780er Jahre (...) waren die Landtage nahezu die einzigen Legislativorgane der Ostseeprovinzen. Die Zentralbehörden in St. Petersburg fungierten mehr und mehr als bloße Konfirmationsinstanzen für die Beschlüsse der Landtage“ (S. 110). Solch eine Bewertung ist für die 1730er in jeder Weise Jahre stichhaltig, aber nicht mehr für die Regierungszeit der Kaiserin Elisabeth und erst recht nicht für jene Katharinas II. Die innenpolitischen Prozesse, die im Zentralstaat selbst stattfanden und die zweifellos auch die Beziehungen zu den Provinzen beeinflussten, finden im anzuzeigenden Werk insgesamt zu wenig Aufmerksamkeit, vor allem, wenn man die Reduktion Karls XI. und die Statthalterchaftsverfassung von Katharina II. außer Acht lässt.

Das Militärwesen war der Bereich, in dem es laut Tuchtenhagen gelang, die Provinzen am engsten an das Mutterland anzubinden, was in jeder Hinsicht zutrifft. Zur Integration trug sicherlich auch ein subjektiver Faktor bei: Sowohl die estländische als auch die livländische Ritterschaft hatten sich Schweden unterworfen, gerade um militärischen Schutz zu erlangen. Zugleich bemerkt Tuchtenhagen, dass der Schwerpunkt der schwedischen Verteidigung nicht auf den Ostseeprovinzen lag. Für Schweden war Dänemark sein erster und gefährlichster Feind und nicht die Rzeczpospolita oder das Moskauer Reich; die Anzeichen einer möglichen Gefahr aus dem Osten begann man zu spät wahrzunehmen. Dem ist nur hinzuzufügen, dass auch beim Ausbruch des Großen Nordischen Krieges und nach der siegreichen Schlacht von Narva die Provinzen militärisch beinahe verlassen waren – oder anders gesagt: Die Ostseeprovinzen zu schützen, besaß keine Priorität. Genau das wurde Schweden nach der Niederlage bei Poltava 1709 zum Verhängnis und endete mit dem Verlust dieser Gebiete. Bei der Behandlung der russischen Zeit schenkt Tuchtenhagen der Kriegsflotte

sehr viel Aufmerksamkeit, bis hin zu der These: „Die Ostseeprovinzen verblieben allein deshalb unter russischer Oberhoheit, weil Russland während des Großen Nordischen Krieges ein militärisches Herrschaftsinstrument schuf (...): die Kriegsflotte“ (S. 164). Zugleich stellt der Autor fest, dass die Aufgaben der russischen Ostseeflotte bis zum Ende des 18. Jahrhunderts defensiv blieben, und Russland trotz seiner zahlenmäßig imponierenden Kriegsflotte im Kern eine Kontinentalmacht war (S. 171). Auch Tuchtenhagens Bewertung der Probleme, die die Unterhaltung des russischen Militärs in den Ostseeprovinzen mit sich brachte, verdient hervorgehoben zu werden, während zugleich die Ostseeprovinzen selbst „die militärischen Aufgaben eher als Belastung und Oktroy, bisweilen sogar als militärische Besetzung empfinden mussten“ (S. 185).

Die Bedeutung der Kirche für die Integration verbindet Tuchtenhagen mit dem Begriff ‚Sozialdisziplinierung‘ und erkennt einen kirchlichen ordnenden Einfluss auf die Gesellschaft nicht nur während der Schwedenzeit, in der die Kirche und der Staat eine untrennbare Einheit bildeten, sondern auch in der russischen Zeit, in der die lutherischen Provinzialkirchen die nordwestliche Flanke des Russischen Reiches im Inneren stabilisierten (S. 238). Die Aufgabe des schwedischen Reiches war nicht nur die allseitige Unterstützung des lutherischen Glaubens in den Ostseeprovinzen, sondern auch der eigentliche Aufbau der lutherischen Kirche. Es ist in mancher Hinsicht erstaunlich, dass in Tuchtenhagens Abhandlung ein wichtiger Reformator des estländischen Kirchenlebens und der spätere Gründer des Konsistoriums, Joachim Jhering (Jheringius), der nach einer längeren Pause wieder das Bischofsamt in der Provinz innehatte, in den Hintergrund gerät. Seine Ernennung verursachte Spannungen im estländischen Adel, der der Meinung war, dass die schwedische Macht sich mit dieser Ernennung in sein historisches Patronatsrecht eingemischt hatte. Auch die Tatsache, dass das von Jhering geschaffene Konsistorium sich aus Geistlichen zusammensetzte, wohingegen der Adel sich durch ein gemischtes Konsistorium ein Mitspracherecht in kirchlichen und geistlichen Angelegenheiten wünschte, provozierte die estländische Ritterschaft.

Bei der Behandlung der Volksbildung wird Ernst Glück (1652–1705), dessen Wirken im Vergleich zu dem von Bengt Gottfried Forselius viel weiterreichender war, nur einmal als Übersetzer des Neuen Testaments ins Lettische erwähnt (S. 285). Noch bevor die schwedische Zeit zu Ende ging, gelang es Glück, die gesamte Bibel ins Lettische zu übersetzen und herauszugeben. Am Anfang des Großen Nordischen Krieges wurde Glück nach Moskau verschleppt, wo er sich unter anderem mit der Gründung des ersten russischen Gymnasiums beschäftigte, was aber durch seinen frühen Tod unvollendet blieb. Die Volksschulen des estnischen Gebiets werden bei Tuchtenhagen auf der Basis veralteter Literatur behandelt; auf jeden Fall hätten hier die neueren Untersuchungen von Aivar Põldvee, einem der

besten Kenner auf diesem Gebiet, genutzt werden müssen.¹ Stattdessen liest man die Anmerkung des Autors, über die Schulordnung der baltischen Provinzen in der schwedischen Zeit fehlten umfassende Untersuchungen.

Sowohl Schweden als auch Russland benötigten für ihre expansive Entwicklung wachsende Einnahmen. Da Schweden sich permanent an Kriegen beteiligte und das Territorium des Staates sich ständig erweiterte, waren die Staatsfinanzen in einem katastrophalen Zustand. Tuchtenhagen stellt die schwedische Wirtschaft sektorweise dar – Handel, darunter Transithandel, Zollpolitik, Bergbau und Manufakturwesen, „das Land als handelbares Fertigprodukt“, Straßennetz und Entwicklung der Kommunikation etc. Aber auch hier haben sich irreführende Fehler eingeschlichen. So stellt der Autor z. B. die These auf, der schwedische Staat habe den Handel Archangel'sk kontrolliert und besteuert (S. 305). In Wirklichkeit blieb dieser einzige Außenhandelshafen Russlands außerhalb des schwedischen Einflussbereichs. Im Gegenteil, man hätte erwähnen müssen, dass eine der zentralen Fragen der schwedischen Wirtschaftspolitik die Umleitung des russischen Handels aus Archangel'sk auf die Ostsee war. Auf diesen Zweck hin arbeitete auch das königliche Kommerzkollegium, das im Jahr 1651 eingerichtet worden war.

Auch Tuchtenhagens Behauptung, dass der Pernauer Handel mit dem russischen Markt verknüpft gewesen sei, ist nicht korrekt. Aus logistischen Gründen war dies gar nicht möglich. Ebenso unverständlich ist der Standpunkt des Autors, dass Narva und Ivangorod, aber auch Nyen und Reval nach dem Frieden von Stolbovo ihre Bedeutung im russischen Transithandel verloren hätten (S. 332). Der Handel von Narva und Nyen, aber auch der von Reval, waren ab dem zweiten Drittel des 17. Jahrhunderts auf den russischen Markt konzentriert. Die Warenströme durch diese Städte wuchsen beständig innerhalb des Jahrhunderts und erreichten den höchsten Stand in den 1680er und 1690er Jahren. Mit Recht betont Tuchtenhagen die zentrale Bedeutung des Rigaer Transithandels, auch hinsichtlich des Holzhandels, der am Ende des Jahrhunderts dominierend war. Zugleich aber versäumt er, den Handel mit Holz und verwandten Produkten in Narva und Nyen zu erwähnen, der nach Auskunft der Hafengebührenbücher gleichwertig mit jenem von Riga war.

Bei der Bewertung der Situation der bäuerlichen Bevölkerung im 17. und 18. Jahrhundert beeinflusst die Historiker zwangsläufig die vollkommen unterschiedliche Situation der schwedischen und russischen bäuerlichen

¹ Siehe z.B.: AIVAR PÖLDVEE: Kyrklig folkundervisning i Estland och Livland 1675–1695. Centralmaktens politik och det lokala initiativet [Kirchlicher Volksunterricht in Est- und Livland 1675–1695. Die Politik des Zentralstaates und die lokale Initiative], in: Stat-kyrka-samhälle. Den stormaktstida samhällsordningen i Sverige och Östersjöprovinserna [Staat - Kirche - Gesellschaft. Die Gesellschaftsordnung der Großmachtzeit in Schweden und den Ostseeprovinzen], hrsg. von TORSEL JANSOON und TORBJÖRN ENG, Stockholm 2000 (Acta Universitatis Stockholmiensis. Studia Baltica Stockholmiensia, 21), S. 185–282.

Bevölkerung. Die Versuchung ist groß, diese Situation auch auf den schwedischen bzw. russischen Zentralstaat zu übertragen. Auch Tuchtenhagen ist vielleicht zu kategorisch, wenn er die Situation der bäuerlichen Bevölkerung des 18. Jahrhunderts behandelt: „Der *status quo* vor Einführung der kameralistischen Reformen Karls XI. wurde sukzessive wieder hergestellt. Dies erweiterte die Möglichkeiten gutsherrlicher Willkür und verschärfte die Leibeigenschaft und alle Arten bäuerlicher Abhängigkeit von den Gutsherren“ (S. 425). Neuere Untersuchungen haben jedoch gezeigt, dass in beiden Fällen dem Einfluss der Zentralmacht zu große Bedeutung beigemessen wurde. Die „Rosen-Deklaration“, die in der früheren Geschichtsschreibung überbewertet worden ist, und die Tuchtenhagen als den „Gipfel der bäuerlichen Abhängigkeit“ bezeichnet (S. 426), fixierte nicht so sehr die aktuelle rechtliche Situation der bäuerlichen Bevölkerung, als dass sie vielmehr die Unantastbarkeit der Adelsrechte vor der Einmischung der Zentralmacht erklärte. Im Gegensatz zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es im 18. Jahrhundert keine auch noch so kleinen Anzeichen für die Absicht der russischen Behörden, die Situation der baltischen Bauern zu verbessern. Alle derartigen Ideen kamen „von innen“, aus dem Baltikum selbst. Auch Katharina II. handelte eher als Handlangerin der Deutschbalten, erhielt ihrerseits aber die Möglichkeit, aufklärerische Reformen in einer Region durchzuführen, die in Westeuropa relativ gut wahrgenommen wurde, ohne den eigenen russischen Adel zu beunruhigen. Die Leibeigenschaft in Livland wurde allerdings noch nicht 1804 abgeschafft (S. 436), sondern erst 1819, zur gleichen Zeit, wie auf Ösel – wo es laut Tuchtenhagen 1818 erfolgte – und sogar einige Jahre später als in Estland (1816). Es ist kaum glaubhaft, dass die Letten in der Frühen Neuzeit auf dem heutigen lettischen Territorium „weniger als die Hälfte“ der Bewohner ausmachten (S. 417). Wenn man den relativ höheren Anteil der größtenteils nicht-lettischen Stadtbevölkerung berücksichtigt, kann ihr Anteil nur einige Prozentpunkte niedriger gewesen sein als im Falle der Esten in Estland (ca. 90%, S. 391).

Zum Fazit: Die Idee, die Ostseeprovinzen gerade unter schwedischer und russischer Herrschaft zu vergleichen und dadurch einen Überblick über das Verhältnis von frühneuzeitlichem Zentralstaat und Provinzen zu geben, ist faszinierend und interessant. Die Schlüsse, die Tuchtenhagen aus dem Integrationsgrad der unterschiedlichen Bereiche in schwedischer oder russischer Zeit zieht, sind überwiegend akzeptabel. Der Hauptwert von Tuchtenhagens Buch besteht somit darin, dass es eine interessante Forschungsaufgabe stellt und diese eindrucksvoll löst und dem Leser Genuss und neue Denkanstöße bietet. Zugleich handelt es sich aber, was die vom Autor genutzte Literatur betrifft, um eine eher konservative Abhandlung. Wenn der Autor die Publikationen, die in den letzten Jahrzehnten zu diesem Thema erschienen sind, einbezogen, und bei den Fakten strenger auf Genauigkeit geachtet hätte, könnte man seine Monografie als Handbuch

der Geschichte des Baltikums im 17. und 18. Jahrhundert bezeichnen. So aber bleiben leider einige Lücken.

ENN KÜNG
MATI LAUR

MATHIAS MESENHÖLLER: *Ständische Modernisierung. Der kurländische Ritterschaftsadel 1760–1830* (Elitenwandel in der Moderne, 9). Akademie Verlag, Berlin 2009. 617 S. ISBN: 9783050044781.

Die Monografie des Leipziger Historikers Mathias Mesenhöller ist die redaktionell überarbeitete Fassung seiner im Jahr 2007 an der Martin-Luther-Universität Halle verteidigten Doktorarbeit. Mit seinem Buch, das in der Reihe „Elitenwandel in der Moderne“ erscheint, die von Professor Heinz Reif von der TU Berlin herausgegeben wird, versucht Mesenhöller, am Beispiel von Kurland den Wandel darzustellen, der Ostmitteleuropa in der so genannten Sattelzeit erfasst hat. Der chronologisch-narrative Aufbau des Buches ermöglicht dessen Lektüre auch denjenigen, die keine genaue Kenntnis der Geschichte Kurlands oder des Baltikums haben. Die moderne Herangehensweise und der Schreibstil, der für nicht-muttersprachliche Leser keineswegs einfach sein dürfte, bieten zugleich aber eine originelle Ergänzung auf wissenschaftlicher Ebene, die auch im Kontext der Historiografie der baltischen Länder größte Aufmerksamkeit und Anerkennung verdient. Den modernen Ansatz des Autors drücken schon Unterkapitel wie „Polis“ und „Oikoi“ oder aber „Challenge“ und „Response“ aus. Im Unterkapitel „Märkte“ findet unter anderem auch die Frage nach „Erfolg und Misserfolg auf dem Heiratsmarkt“ (S. 316–322) eine ausführliche Behandlung.

Die Repräsentativität des in der Rolle der Elite auftretenden kurländischen Ritterschaftsadels für Ostmitteleuropa steht außer Zweifel: In dem hier diskutierten Zeitraum 1760–1830 steht Kurland sowohl unter der Herrschaft Polens als auch Russlands, welche sich hinsichtlich ihrer Gesellschaftsordnung klar unterschieden, und bildet dabei seinerseits mit der lutherischen Konfession und der deutschen Oberschicht einen deutlichen Gegensatz zu beiden Souveränen. Das damalige Livland und Estland hingegen würden in dieser Hinsicht keinen vergleichbaren Spielraum für die Forscherfeder bieten. Ohne Zweifel war der kurländische Adel auch „elitärer“ als seine Standesgenossen anderswo in Europa. Bereits die deutschbaltische

Erinnerungsliteratur des 19. Jahrhunderts betont das besondere Selbstbewusstsein der Kurländer; auch Mesenhöller spricht z. B. von der Jagd, die „nachgerade fetischisierte Bedeutung“ gewonnen habe, oder aber vom „korrespondierende[n] Kult der Gastfreundschaft“ (S. 65). Die rund 2 400 Adligen, die nach Angaben der Seelenrevision von 1797 0,6% der 400 000 Einwohner Kurlands bildeten, waren eine geschlossene Gesellschaft nicht nur im politisch-rechtlichen Sinn: „Doch waren Ehen unter nahen Verwandten häufiger, als die selbstgewählte Restriktion der Endogamie es erzwang“ (S. 64). Zugleich machte der Adel laut derselben Seelenrevision nur 7% aller kurländischen Deutschen aus. Deshalb muss man an dieser Stelle daran erinnern, dass die Frage der Verschmelzung des Adels mit den restlichen 93% der „Kolonisten“ sicherlich eine eigene, ausführliche Behandlung benötigen würde, umso mehr als die untersten Schichten der Deutschen in den Ostseeprovinzen in der bisherigen geschichtswissenschaftlichen Literatur so gut wie nie behandelt worden sind.

Mesenhöllers Sicht auf Kurland unter Polens Herrschaft im 18. Jahrhundert findet sich in den Formulierungen „Der sipperschaftliche Herrschaftsverband“ (S. 35) und „die Adelsrepublik mit fürstlicher Spitze“ (S. 41) treffend formuliert. Wenn der Autor auch eingesteht, dass „Kurland (...) europäische Peripherie [war], auch in intellektueller Hinsicht“ (S. 155), war es Livland und Estland bezüglich der Verbindungen zu Europa sicherlich einen Schritt voraus und das nicht nur aus geografischen Gründen. Während in Livland wichtige Faktoren des deutschen Kulturraums – Hof und Universität – im 18. Jahrhundert vollkommen fehlten, gab es in Kurland wenigstens einen quasi-Hof, den sogar der Hochstapler Cagliostro, der in ganz Europa Berühmtheit genoss, geruhte, mit seinem Besuch zu beehren, und ab 1775 auch eine eigene quasi-Universität in Gestalt des Akademischen Gymnasiums Mitau (*Academia Petrina*). Wenn Mesenhöller von den „Transferlinien“ der Aufklärung spricht, berührt er sowohl das Universitätsstudium der Adligen als auch die Öffentlichkeit Kurlands selbst und betont die ungewöhnliche Redefreiheit, die im Vergleich zum sonstigen deutschen Kulturraum in Kurland herrschte. Mesenhöllers Zitat von Johann Heinrich Liebeskind: „Vielleicht gibt es keine polizierte Stadt der Welt, wo die bürgerliche Freiheit (...) in dem Grade zu finden ist, wie in Mitau. Wer nur keine groben Verbrechen begeht, kann hier thun was er will“ (S. 169) ist der ein paar Jahrzehnte älteren Erinnerung von Johann Gottfried Herder an Riga überraschend ähnlich.¹ Ungeachtet des Eingeständnisses des Verfassers, dass „Freiheit (...) zunächst immer die Freiheit des Herrschaftsverbandes“ gewesen war (S. 170), könnte man diesem Phänomen auch in der estnischen und lettischen Geschichtsschreibung deutlich mehr Aufmerksamkeit zuwenden.

¹ „In Livland habe ich so frei, so ungebunden gelebt, gelehrt, gehandelt, als ich vielleicht nie mehr im Stande sein werde, zu leben, zu lehren und zu handeln“. Zit. n. CONSTANTIN METTIG: Geschichte der Stadt Riga, Riga 1895, S. 392.

Von den sieben Jahrzehnten, die im Buch betrachtet werden, war sicherlich das letzte Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts das dynamischste und umwälzendste. Zum Gang der Ereignisse, die zum Verschwinden der kurländischen Eigenstaatlichkeit und zum Zusammenschluss mit dem Russischen Imperium führten, sieht Mesenhöller keine anderen ernstzunehmenden Alternativen, und er wehrt die Verratsvorwürfe ab, die „bis in die jüngere Historiographie“ auftreten: „Die Landschaft brauchte Schutz, nach Lage der Dinge konnte allein Russland ihn gewähren, und selbst wenn dem anders gewesen wäre, hätte es kaum mehr als Naivität oder eitles Pathos [bedeutet], (...) mit Katharina verhandeln zu wollen“ (S. 254).² Mesenhöller betont die schnelle Integration des kurländischen Adels in den russischen Staat, die am deutlichsten während des Novemberaufstands in Polen 1830/31, als sich die Kurländer an der Unterdrückung der Unruhen beteiligten, zum Ausdruck gekommen sei (S. 405). „Loyalität und Erfüllung der russischen Staatsinteressen gegen konditionierte Mitsprache und Berücksichtigung der Anliegen des landsässigen Adels“ (S. 407) sicherten laut Mesenhöller das „Obenbleiben“ des kurländischen Adels das ganze 19. Jahrhundert hindurch und teilweise noch am Anfang des 20. Jahrhunderts.

Als das zentrale Thema des von Mesenhöller behandelten Zeitabschnitts kann man in der Geschichtsschreibung bezüglich Estlands und Lettlands die Agrarfrage halten. Diese nimmt auch in der vorliegenden Abhandlung eine wichtige Stellung ein. Wenn der Autor von der „Bedingung der adelslandschaftlichen Modernisierung“ spricht, nennt er die Agrarreform „Grundlegung aller weiteren gesellschaftlichen Entwicklung“ (S. 336). Es soll zunächst angemerkt werden, dass Mesenhöller nicht zu jenen Anhängern der moralisierend-kritischen Tradition gehört, die, um seine eigenen Worte zu benutzen, „über weite Strecken die Frontstellungen der Aufklärungszeit“ fortschreiben (S. 84). Auch die patronisierende Seite der Guts-herrschaft betont er deutlich: „Wer nichts auskehrte und eifersüchtig seinen Obrigkeitsstatus verteidigte, konnte auch nichts fordern: Wege- und Brückenbau, Rechtspflege und -erzwingung, Kirchenunterhalt, Unterstützung der Bevölkerung in Notzeiten, gegebenenfalls Schulen, Gutsapotheken und ärztliche Versorgung mussten auf den Gütern erbracht werden“ (S. 83). Auf Basis von Materialien der Familienbestände, die sich im Historischen Staatsarchiv Lettlands befinden, behandelt Mesenhöller auch den Menschenhandel und widerspricht Heinrich Strods, wenn er sagt: „schon unter dem quantitativen Aspekt wird man den kurländischen Menschenhandel kaum dem atlantischen oder innerrussischen zur Seite stellen können“ (S. 95). Ebenso seien auch die Behauptungen über die Trennung von Familien oder über den Verkauf jenseits der Gouvernementsgrenze übertrieben. Wenn Mesenhöller „Die Praxis der Bereicherung“ behandelt, nennt er drei Wege der Gutsbesitzer, ihre Einkünfte aus der agrarischen Produktion zu steigern, die ihm zufolge auch alle praktiziert

² Gezeigt wird dies auch im Beitrag von MĀRĪTE JAKOVĻEVA in diesem Heft.

worden sind: Intensivierung der extensiven Exploitation, Intensivierung der Produktion und Extensivierung (z. B. durch das Urbarmachen von Land oder den Rückkauf besiedelten Landes) (S. 105). Der Prestige konsum, der sich am Ende des 18. Jahrhunderts belebte und der in der sowjetischen adelskritischen Historiografie ätzenden Vorwürfen ausgesetzt war, besaß nach Mesenhöller auch einen investierenden Charakter. Als Beispiel nennt der Verfasser Karl von Heyking: „da Heyking nach kostspieligen Aufhalten in Warschau und Petersburg auf der oberen Ebene vernetzt war, [konnte er] nicht nur mehr erreichen als andere, sondern sparte auch Bestechungsgelder für die Subalternen“ (S. 115). Bei der Betrachtung des innovativsten der drei erwähnten Wege, der „Intensivierung der Produktion“, wird mit Recht auch die Schwierigkeit betont, die bäuerliche Bevölkerung einzubeziehen. Zudem folgt Mesenhöllers berechtigter Hinweis auf „systemstatische Traditions- und Gerechtigkeitsvorstellungen frühneuzeitlicher bäuerlicher Gesellschaften, die Fundamentalveränderungen“ nur schwer tolerierten (S. 116). Man kann annehmen, dass ähnliche mentalitätsbedingte Probleme auch für die Gutsbesitzer von keiner geringeren Bedeutung waren. Die Argumentation in der Rhetorik für und wider die Leibeigenschaft, dass die Bauern aufgrund ihres Konservatismus nicht zurechtkämen, konnte auch die Verdeckung eigener Zweifel hinsichtlich des Zurechtkommens sein. Wenn Mesenhöller gerade die Bedeutung des Landgemeindewesens als „Schlüsselinstantz gesellschaftlicher Modernisierung“ (S. 371) unterstreicht, muss man in jeder Weise seiner skeptischen Haltung gegenüber den Bauerngerichten nach der Agrarreform zustimmen: „Und selbst wo die Bauern den Gesetzestext zu lesen vermochten, konfrontierte er sie mit einem Rechtsdenken und einer Sprache, die ihnen vielfach unverständlich waren“ (S. 359). Wieder eine Nuance, die auch in der estnischen und lettischen Geschichtsschreibung eine ausführlichere Behandlung benötigt.

In der Einleitung des Buches gesteht der Verfasser ein, er habe sich bei der „Wahl zwischen weiter Anlage und archivalischer Dichte (...) für das erste entschieden: Auch deshalb muß der Text essayistisch genannt werden“ (S. 32). Mangel an „archivalischer Dichte“ kann man dem Verfasser allerdings kaum vorwerfen. Vor allem die Quellen aus dem Historischen Staatsarchiv Lettlands untermauern alle im Buch behandelten Themen. Allein die Anhänge, in Tabellenform dargestellt und überwiegend auf Archivmaterialien basierend (S. 483-558), reichern das Buch noch mit etwa einhundert Seiten „Dichte“ an.

In Abhandlungen über die Frühneuzeit und Neuzeit in Ostmitteleuropa sind wir an Stichwörter wie „Rückständigkeit“ und/oder „nachholende Entwicklung“ gewöhnt. Mesenhöller präsentiert schon auf den ersten Seiten seiner Abhandlung Ernst Rechenberg-Lintens Standpunkt aus dem 1858 erschienenen Buch „Zustände Kurlands im vorigen und diesem Jahrhundert“: „Wir haben mit der Civilisation des Auslandes und mit dem

materiellen Zeitalter ziemlich gleichen Schritt gehalten“ (S. 12). Der Standpunkt des Verfassers „zugunsten der Annahme einer unhintergehbaren Gleichzeitigkeit in der (interdependenten) Heterogenität“ (S. 14) führt – auch auf die Entwicklung Kurlands gestützt – zu dem bedenkenswerten Schluss, ‚die‘ Moderne sei „kein Monopol eines Gesellschaftstyps und wird nicht erreicht, sondern variabel ausagiert“. Und eben dies konstituiere sie als eine „gemeineuropäische Epoche“ (S. 474). Dem ist nichts hinzuzufügen.

MATI LAUR

Россия и Балтия. Вып. 5. Войны, революции и общество [Russland und das Baltikum. Heft 5. Kriege, Revolutionen und die Gesellschaft]. Hrsg. von АЛЕКСАНДР ЧУБАРЬЯН. Verlag Наука. Moskau 2008. 445 S. ISBN: 9785020367371.

Unter der Schirmherrschaft des Instituts für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau wird seit 2000 die Reihe „Россия и Балтия“ (Russland und das Baltikum) herausgegeben.¹ Das fünfte Buch der Reihe unter dem Titel „Kriege, Revolutionen und die Gesellschaft“ widmet sich den sozialen und politischen Kataklysmen in der Geschichte des Baltikums. Seine Beiträge stammen von russischen, lettischen, litauischen, estnischen und weißrussischen Historikern verschiedener Generationen.

Die zehn Abhandlungen umfassen die Periode von 1812 bis 1918. Zwei Artikel haben den napoleonischen Russland-Feldzug von 1812 zum Gegenstand. Julija Michajlova und Nikolaj Promyslov betrachten die in Russland ausgebrochene Patriotismuswelle und die damit einhergegangene offizielle Hetze gegen Nicht-Russen, Ausländer und Andersgläubige, unter der sowohl die im russischen Staatsdienst stehenden Ausländer – vor allem Deutsche – als auch manche Deutschbalten gelitten haben; der Fall des Kriegsministers und Oberbefehlshabers Michael Andreas Barclay de Tolly wird hier näher beleuchtet. Anita Čerpinska gibt einen Überblick über

¹ Der verantwortliche Herausgeber dieser Reihe ist der Direktor des Instituts Aleksandr Čubar’jan, doch darf man Evgenija Nazarova als eigentliche Redakteurin der bislang erschienenen Bände bezeichnen. Seit 2006 erscheint die Reihe bei „Nauka“, einem der führenden Wissenschaftsverlage Russlands, seither gibt es auch ein internationales Redaktionskollegium sowie einen wissenschaftlicher Beirat mit Mitgliedern aus Estland, Lettland, Litauen und Deutschland. Siehe den Überblick über die früheren Hefte der Reihe von TÕNU TANNBERG, in: Forschungen zur baltischen Geschichte 3 (2008), S. 280-285.

das Jahr 1812 in der deutschbaltischen Historiografie.² Elena N. Filatova behandelt die Aufruhrstimmung im Hochsommer 1831 in Lettgallen, dem lettisch besiedelten Gebiet des damaligen Gouvernements Vitebsk, als Widerhall der polnisch-litauischen Unruhen von 1830/31. Der Beitrag von Tõnu Tannberg über die Kampfhandlungen im Baltikum während des Krimkrieges 1853/54 stützt sich auf eine reiche Quellenbasis, zu der auch das Personalarchiv von General Friedrich Wilhelm Rembert von Berg zählt, der damals für die Verteidigung Estlands verantwortlich war. Weil Russland die Blockade seiner Häfen in den Ostseeprovinzen befürchtete, hielt es in dieser Region ein großes Truppenkontingent bereit, obwohl es gleichzeitig auf den Schlachtfeldern der Krim an Soldaten mangelte.

Auch Reigo Rosenthals Arbeit zum estnischen Freiheitskrieg 1919 stützt sich auf zahlreiche Archivquellen. Er behandelt insbesondere die mit den Esten kooperierende Nordwestarmee von General Nikolaj Judenič. Seine auf angenehme Weise neutrale Betrachtungsweise konzentriert sich auf die letzten Einsätze der Nordwestarmee und ihre im Januar 1920 erfolgte Auflösung.

Die Studie von Tatjana Barteles und Vitālijs Šalda behandelt die Gemeinde der lettischen Kriegsflüchtlinge in Petrograd 1915–1920. Iraida Nam schreibt über die lettische Diaspora in Sibirien während der Revolution und des Bürgerkriegs. Manche Berührungspunkte mit den beiden vorangegangenen Texten finden sich auch im Aufsatz von Vidvud Štraus über die Familiengeschichte der Kuznecovs, den Gründern der ersten Porzellanfabrik in Russland, wobei besonders das Schicksal von Matvej Kuznecov (1909–1937) herausgearbeitet wird. Auch der Text von Svetlana Koval'čuk passt in diese Reihe. Sie schreibt über den Psychoneurologieprofessor, Philosophen und Schriftsteller Kallistrat Zakov (1886–1926), einem gebürtigen Komi, und seinen Freundeskreis in Lettland und Estland. Sie betrachtet Zakov im Kontext einer Reihe von Personen nicht-lettischer Herkunft, die sich in der Zwischenkriegszeit in die lettische Gesellschaft integriert haben.

Tat'jana Kuznecova analysiert die Behandlung der Unabhängigkeitserklärung der Republik Lettland vom 18. November 1918 in den entsprechenden Jubiläumsausgaben von 1923, 1928 und 1938 sowie in der Presse und den öffentlichen Auftritten führender Politiker und anderer Repräsentanten des Staates. Die Autorin stellt fest, dass dieses Ereignis schon 1928 in der Öffentlichkeit an Bedeutung zu verlieren begann, und dass sich diese Tendenz unter dem autoritären Regime von Kārlis Ulmanis fortsetzte.

Als Leitmotiv der Quellenpublikationen, die der zweite Teil des Buches präsentiert, sowie der Erinnerungen im dritten Teil könnte man die nationale Identität und die nationale Toleranz nennen. Unter den Quellenpublikationen findet sich ein Brief von Krišjānis Valdemārs, der Leitfigur

² Vgl. den Beitrag ANITA ČERPINSKAS in diesen „Forschungen zur baltischen Geschichte“ (Anm. d. Red).

der lettischen nationalen Bewegung, an Ivan Babst, einen Professor der Moskauer Universität, in dem die Diskussionen der russischen Presse in den Jahren 1878/79 über die Gründung der Handelsmarine zusammenfasst werden. Aleksandr Gavrilin veröffentlicht die Aufzeichnungen von Nikanor Trubeckoj (1876–1959), eines Priesters der Mariä-Schutz-und-Fürbitte-Kirche in Mihalova im orthodox besiedelten Landkreis Ludza in Lettgallen aus den Jahren 1918–1943. Neben dem Gemeindeleben wird in dieser Quelle den Bildungsmöglichkeiten der russischen Gemeinde große Aufmerksamkeit gewidmet. Gavrilin zufolge spiegeln sich hier recht deutlich die Mentalität der orthodoxen Bevölkerung Lettgallens und ihre Einstellung dem lettischen Staat gegenüber. Auf Grundlage von Dokumenten aus dem Russländischen Staatlichen Militärarchiv analysiert Aleksandr Čapenko das Offizierskorps der reorganisierten lettischen Armee nach der Machtübernahme der Sowjets 1940. Er zieht dabei auch Beurteilungen heran, die den höheren Offizieren seitens des Baltischen Militärbezirks gegeben wurden, in denen auch ihre politischen Überzeugungen und speziell ihre Einstellung der Sowjetmacht gegenüber charakterisiert wurden. Im Sommer 1941 wurden die meisten Offiziere der in das 24. Territorial-schützenkorps reorganisierten ehemaligen lettischen Armee Repressalien unterworfen.

Unter den Erinnerungen befinden sich vor allem familien- und kulturgeschichtliche Materialien (darunter auch Briefwechsel) von Letten, die in der Zwischenkriegszeit in der Sowjetunion lebten. Auch wenn der fünfte, übrigens recht literarisch ausgefallene Band der Reihe „Russland und das Baltikum“ Beiträge zu recht sensiblen Themen vorlegt, befließigt er sich dabei einer geradezu transnationalen Herangehensweise – und lässt Toleranz walten.

SIRJE TAMUL

Интеллигенция в многонациональной империи. Русские, латыши, немцы. XIX – начало XX вв. [Die Intelligenz im multinationalen Imperium. Russen, Letten und Deutsche. 19. Jahrhundert bis Anfang des 20. Jahrhunderts]. Hrsg. von ЕВГЕНИЯ НАЗАРОВА. ИНСТИТУТ всеобщей истории РАН. Moskau 2009. 266 S. ISBN: 9785940672715.

Das Institut für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften und die Lettische Universität Riga haben ein gemeinsames Forschungsprojekt initiiert, dessen Ziel es ist, die Entstehung und

die Rolle der Intelligenz im multinationalen Russischen Imperium am Beispiel der Letten, Russen und Deutschbalten zu analysieren. Die konkreteren Ziele des Projektes sind (1) die Entstehung und das Wirken der lettischen Intelligenz im Kontext der nationalen Bewegung und der Entwicklungen des sich modernisierenden Russischen Imperiums, (2) die Protagonisten der russischen Intelligenz in Lettland und deren Integration in der jungen Republik sowie (3) die Position der Vertreter der deutschbaltischen Intelligenz zwischen der Zentralgewalt des Imperiums und der baltischen Region näher zu erforschen. Somit konzentriert sich die Durchführung des umfassenden Forschungsprojektes auf die Analyse des Zeitabschnitts von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Jahr 1917.

Die erwähnte Zeitspanne war sicherlich von umwälzender Bedeutung sowohl für das Russische Imperium selbst als auch für die drei ethnischen Gruppen der Letten, Russen und Deutschbalten. Von der staatlichen Ebene aus gesehen waren die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts und die Anfangsjahre des 20. Jahrhunderts für Russland eine Zeit der großen Veränderungen, die mit der Epoche der „großen Reformen“ von Alexander II. in den 1860er bis 1870er Jahren begann und mit dem Sturz der Autokratie und dem Zerfall des Imperiums endete. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stand verstärkt die Unifizierung und Russifizierung der Grenzgebiete auf der Tagesordnung, was die im Baltikum lebenden Russen in eine neue Situation versetzte und die Bemühungen der Zentralgewalt hervorhob, das „russische Element“ in den baltischen Gouvernements zu stärken, indem sie russische Beamte, Lehrer und Kirchenoberen dorthin schickte. Für die Letten war diese Zeit einerseits die Zeit des nationalen Erwachens und der Selbstfindung, aus der sich Auseinandersetzungen sowohl mit den Deutschbalten als auch – zu Beginn des 20. Jahrhunderts – mit der Zentralgewalt ergaben. Andererseits brachte der Modernisierungsprozess des Imperiums eine Verbesserung des Bildungswesens und die Erweiterung der Selbstverwirklichungsmöglichkeiten mit sich: Viele gebildete Letten siedelten nach Russland über, wo sie als Beamte oder Lehrer wirkten; die kostenfreie Ausbildung ließ den Eintritt in die Militärschule und den Offiziersdienst in der russischen Armee bzw. das Ergreifen weiterer Karrierechancen, für viele als verlockend erscheinen. Für die Deutschbalten war diese Periode aber eine Zeit, in der der „baltische Landesstaat“ zerbröckelte, was wiederum wichtige Veränderungen in ihren Beziehungen zur Zentralregierung und auch zu den Einheimischen – den Letten – zur Folge hatte.

Dem erwähnten Zeitabschnitt ist in der neueren geschichtswissenschaftlichen Literatur nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden; oft finden sich dabei nur schwarz-weiße Töne. So sind viele gesellschaftliche Prozesse dieser Zeit noch nicht auf der Höhe des gegenwärtigen Forschungsstandes analysiert worden, weshalb die Initiative zu diesem umfassenden bilateralen Forschungsprojekt zu Fragen der *intelligencija* in jeder Weise

willkommen und notwendig ist. Die russisch-lettische Zusammenarbeit hat erfolgreich begonnen, was ein themenbezogener Sammelband beweist, der 2009 erschienen ist. Hier sind Artikel von fünf Autoren sowie eine längere thematische Einleitung veröffentlicht, in der der Begriff der ‚Intelligenz‘, die allgemeinen Ziele des Projekts und der Forschungsstand zum gewählten Themas vorgestellt werden. Der Sammelband ist versehen mit englischen Zusammenfassungen, einem Verzeichnis der Abkürzungen und einer Kurzvorstellung der Autoren. Zunächst untersucht Julija Michajlova vom Moskauer Akademieinstitut für Allgemeine Geschichte „Die lettische Intelligenz und die russische Presse: ‚Der Fall K. Biezbārdis‘ (1860er–1880er Jahre)“ (S. 24–41), wobei sie sich in erster Linie auf das Verhältnis der Anführer der lettischen nationalen Bewegung zur Zentralgewalt und dessen Darstellung in der damaligen Presse konzentriert. Sie widmet ihre Aufmerksamkeit den repressiven Aktionen der Zentralgewalt gegen einen der wichtigsten Anführer der lettischen nationalen Bewegung, Kaspars Biezbārdis (1806–1886), der in den Jahren 1863–1865 in Verbannung lebte und dessen „Fall“ auch in der Presse umfassend beleuchtet wurde. Neben der einschlägigen Presse hat die Autorin auch Dokumente aus der III. Abteilung der persönlichen Kanzlei Seiner Kaiserlichen Hoheit benutzt, die sich im Staatsarchiv der Russischen Föderation befinden.

Der Artikel von Aleksandr Gavrilin (Lettische Universität) „Die Filarets von Riga – die Bischöfe Filaret (Gumiljevski) und Filaret (Filaretov)“ (S. 42–66) behandelt mithilfe des Lebenswegs beider Bischöfe die Rolle der orthodoxen Kirche im religiösen und gesellschaftlichen Leben Livlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Aufgrund von lettischen und russischen Archivmaterialien sowie von kirchlichem Schriftgut zeigt der Autor, dass beide die lokalen Besonderheiten berücksichtigten, denn sie unterstützten u. a. den Gebrauch der lettischen Sprache in der kirchlichen Praxis und die Ausbildung einheimischer Geistlicher. Somit handelt es sich bei ihnen nicht um Vorreiter einer Russifizierungspolitik, wie meistens angenommen wird.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde in Russland auf Initiative des Kriegsministers Dmitri Miljutin im Zuge der Militärreformen ein zeitgemäßes Netz von Militärschulen geschaffen, um ein Offizierskorps heranzubilden. Dies gab auch den Letten deutlich bessere Möglichkeiten als bisher, die Laufbahn des Berufssoldaten zu wählen, vor allem dank der Gründung der Junkerschulen, die eine kostenlose Ausbildung ermöglichten. Zur Entstehung des lettischen Offizierskorps in der russischen Armee liefert Ēriks Jēkabsons (Lettische Universität) in seinem Artikel „Die lettischen Offiziere in der russischen Armee ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Jahr 1917“ (S. 67–127) einen sehr ausführlichen Überblick. Dafür wurden neben der einschlägigen Sekundärliteratur auch Materialien aus verschiedenen Archiven herangezogen (Russisches Militärhistorisches Staatsarchiv und Lettisches Historisches Staatsarchiv).

Viele gebildete Letten fanden in den verschiedenen Regionen und Schulen Russlands eine Anstellung als Lehrer, von Hauslehrern bis hin zu Lehrkräften an Hochschulen. Bis heute konnten etwa 200 lettische Pädagogen, die den Beruf des Lehrers außerhalb des heutigen lettischen Territoriums ausübten, persönlich identifiziert werden. Tatsächlich gab es zahlenmäßig sicherlich mehr von ihnen, doch ist dieses Thema bisher nicht sonderlich ausführlich behandelt worden. Zu diesem Thema bietet die vorliegende Publikation einen umfangreichen und ausführlichen Artikel von Evgenija Nazarova (Akademieinstitut für Allgemeine Geschichte) unter dem Titel „Lettische Pädagogen in Russland“ (S. 128–220). Die Autorin fasst die bisherigen Forschungsergebnisse zusammen und bietet zahlreiche neue Informationen. Die Autorin hat publizierte Quellen, zeitgenössische Periodika wie auch Archivmaterialien benutzt, unter den Letzteren vor allem Dokumente des Zentralen Historischen Archiv Moskaus und der Handschriftenabteilung der Russischen Staatsbibliothek.

Der letzte Artikel des Sammelbandes, „Die Architekten, Mitglieder der Kaiserlichen Kunstakademie St. Petersburg und ihr Wirken in Lettland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts“ (S. 221–251), stammt von Mārtiņš Mintauris (Lettische Universität) und behandelt vor allem das Schaffen der deutschbaltischen Architekten bei der Gestaltung des architektonischen Erscheinungsbildes von Riga in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Im Zentrum des Interesses stehen das Wirken und Schaffen von Architekten wie Harald Julius Bosse, Karl Beyne, Heinrich Karl Scheel, Ludwig Franz Karl Bohnstedt, Robert August Pflug und vielen anderen, die in Livland, in erster Linie in Riga, tätig waren. Die Abhandlung des Autors basiert auf Nachschlagewerken und der thematisch einschlägigen Literatur.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass dieser Sammelband, der als Zusammenarbeit von russischen und lettischen Historikern erschienen ist, sich vielen Themen widmet, die bislang eher selten in der wissenschaftlichen Literatur zur Sprache gekommen sind. Das inhaltliche Niveau der veröffentlichten Artikel ist jedoch ungleichmäßig, und auch die Themenwahl ist recht disparat. Sicherlich wäre es nützlich gewesen, die Probleme, die behandelt wurden, in einem breiteren Kontext zu analysieren. In jedem Fall hätte dies auf der Basis der neueren englisch- und deutschsprachigen Literatur, die in den letzten Jahren zu Politik und Gesellschaft in den Grenzgebieten Russlands erschienen ist, geschehen sollen, deren Niederschlag im vorliegenden Band eher dürftig ist.

TÖNU TANNBERG

Vene impeerium ja Baltikum: venestus, rahvuslus ja moderniseerimine 19. sajandi teisel poolel ja 20. sajandi alguses [Das Russische Imperium und das Baltikum: Russifizierung, Nationalismus und Modernisierung in der zweiten Hälfte des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts], Bd. 1 (Eesti Ajalooarhiivi Toimetised. Acta et commentationes archivi historici Estoniae, 16 [23]). Hrsg. von TÕNU TANNBERG und BRADLEY D. WOODWORTH. Verlag Eesti Ajalooarhiiv. Tartu 2009. 234 S. ISBN: 9789985858639.

Der in der Serie der Veröffentlichungen des Estnischen Historischen Archivs erschienene Sammelband spiegelt die historiografischen Probleme und wissenschaftlichen Ergebnisse wider, welche die Erforschung des multiethnischen vorrevolutionären Russischen Reiches in den letzten beiden Jahrzehnten geprägt haben. Man darf davon ausgehen, dass dieses akademische Interesse, das manchmal auch als „imperiale Wende“ bezeichnet wird, durch den Zerfall der Sowjetunion und durch die dort entstandenen nationalen Befreiungsbewegungen, deren Avantgarde die Völker des annektierten Baltikums stellten, angestachelt worden ist.¹ Die Krise der traditionellen Sowjetologie und die Befreiung Osteuropas weckten das Interesse für das Schicksal der einzelnen Nationen in den neuzeitlichen Imperien. Während der Schwerpunkt früher auf den allgemeinen Gleichschaltungstendenzen der zentralen Politik und auf der Beschreibung des imperialen Zerfalls lag, vertiefte sich eine neue Historikergeneration nun in die konkreten Beziehungen zwischen dem Zentrum auf der einen und einer Ethnie, einer Volksgruppe oder einer Region auf der anderen Seite. Aktuell wurde die Frage danach, wie solche multiethnische Imperien funktionierten, und welche Freiheiten sie ihren Untertanen gewährten oder verwehrten. An sich ist das Thema „Das Russische Imperium und das Baltikum“ nicht neu. Über die Jahre ist hierzu eine umfangreiche und vielfältige Literatur unter anderem aus estnischer, lettischer, deutschbaltischer oder russischer Perspektive entstanden. Modernisierung und Nationalismus waren auch früher schon – sogar in der Sowjetzeit – wichtige Themen für die Historiografie der nicht-russischen Völker des Imperiums, allerdings haben sich die Schwerpunkte und Interpretationskriterien dieser Phänomene und Prozesse heutzutage in vielerlei Hinsicht geändert. Dies liegt sicherlich auch am Generationswechsel unter den Historikern und am vertieften internationalen Austausch, den z. B. die Zeitschrift „A6 Империя/Ab Imperio“ dokumentiert.

¹ Siehe z. B. TOIVO U. RAUN: Nineteenth- and early twentieth-century Estonian nationalism revisited, in: *Nations and Nationalism* 9 (2003), S. 129-147; KERSTI LUST: *Vene impeerium ja Baltikum. (Retsensioon)* [Das Russische Imperium und das Baltikum. (Rezension)], in: *Tuna* 2009, Nr. 4, S. 138.

Die Herausgeber haben neun Texte zusammengeführt, von denen einige bereits zuvor veröffentlicht sind, aber hier erstmals in estnischer Übersetzung präsentiert werden. Tõnu Tannberg und Bradley Woodworth erklären in ihren historiografischen Geleitwort über „Die ‚imperiale Wende‘ in der Forschung des multiethnischen russischen Imperiums“, dass sie sich von der „neuen Historiografie“ des russischen Imperiums haben inspirieren lassen, die sich vom traditionellen ethnozentrischen Blickwinkel, von der Fokussierung auf Aspekte der Modernisierung und von der Politisierung der Vergangenheit zu distanzieren versucht und das Multiethnische und Multikulturelle der Imperien betont. Im Zentrum des Interesses steht nun das Leben der Menschen in ihren lokalen Gegebenheiten (z. B. in multiethnischen Regionen oder Städten). Nicht das Einheitliche wird untersucht und beschrieben, sondern die Unterschiede, die nun als Grundlage der Staatlichkeit gelten; es geht nicht mehr nur um Konfrontation, sondern auch um Toleranz, Kooperation und Koexistenz. In Bezug auf die Theorie des Nationalismus favorisieren die Herausgeber die Vorstellung einer späten Entstehung der nationalen Identität und verwerfen den „primordialistischen Irrtum“. Nicht ohne Grund stellen sie fest, dass der Ursprung vieler Forschungsprobleme in der Definition der Begriffe liegt, darin, welche Bedeutungen ihnen konkret zugeschrieben werden.

In seiner Studie „Was ist Russland? Die russische nationale Identität und das russische Reich 1500–1917“ (2003) präsentiert Paul Bushkovitch seine Interpretation der eigentlichen Bedeutung von „Russland“ und „russisch“. Seine Hauptthese lautet, dass die dem Wort „Russland“ innewohnende Identität auf einer dynastischen Staatlichkeit und nicht auf dem Ethnos beruhe. Der moderne Nationalismus habe sich in der meist analphabetischen russischen Gesellschaft nur langsam verbreitet. Die nationalen Ideen etwa eines Michail Katkov waren nie dominant, und auch die Nationalitätenpolitik der Regierung war nicht sonderlich aktiv, weil „Russland für die Regierung ein Reich, und keine ethnische Einheit war“ (S. 31). Bushkovitch zufolge gab es nur wenige Befürworter einer extrem monoethnischen Russlandkonzeption, obwohl während der Revolution von 1905 sowohl der russische als auch nicht-russische Nationalismus einen Aufstieg erlebten. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass die Idee der Nation Anfang des 20. Jahrhunderts ihren Weg auch in das Gedankengut russischer Liberaler wie z. B. Petr Struves gefunden habe. Allerdings scheint Bushkovitch den Umfang der russifizierenden Maßnahmen der Regierung und ihre Bedeutung für die nicht-russischen Gebiete des Imperiums tendenziell eher zu unterschätzen.

Das Kapitel „Russifizierung oder Russifizierungen“ stammt aus Aleksej Millers Buch „Das Imperium der Romanovs und der Nationalismus“ (2006).² Hier behandelt Miller die Bedeutung des Begriffes „Russifizierung“

² Eine umgearbeitete Version dieses Kapitels erschien unlängst: АЛЕКСЕЙ МИЛЛЕР: Империя Романовых и национализм. Эссе по методологии исторического исследования [Das Imperium der Romanovs und der Nationalismus. Ein Essay

und seinen Gebrauch. Das Wort sei sehr allgemein und unkonkret, weshalb es einer konkreten, situationsbezogenen Definition bedürfe. Man müsse jeweils klären, ob Assimilation, Akkulturation, Kolonisation oder andere Prozesse damit gemeint sind (S. 33). Dem kann man beipflichten, schon weil die zeitgenössischen Autoren das Wesen, die Ziele und die Folgen der Russifizierung auf verschiedene Weise verstanden haben, was auch durch das estnische Beispiel bestätigt wird. In seinem Kommentar zu der aus den 1980er Jahren stammenden Klassifizierung der „Russifizierung“ von Edward C. Thaden – freiwillige, administrative und kulturelle Russifizierung³ –, weist Miller auf deren Mängel hin: Sie sei insgesamt zu allgemein, die Unterscheidung der einzelnen Elemente zu starr, und vor allem spielten die administrativen Praktiken dabei keine Rolle. Wie Robert P. Geraci macht auch Miller den berechtigten Vorschlag, sich an die Begriffsgeschichte zu wenden, um die konkrete historische Bedeutung des Wortes „Russifizierung“ und der damit verbundenen Begriffe wie „Annäherung“ (*сближение*) oder „Verschmelzung“ (*слияние*), aber auch die des „Russischen“ näher zu ergründen, die allesamt bis zum Zerfall des Imperiums kontrovers diskutiert wurden. In seinen Überlegungen zum Verhältnis zwischen Assimilation bzw. Akkulturation und Russifizierung schlägt Miller vor, die Bedeutung der Letzteren radikal einzuschränken und das Wort nur für den – gewaltsamen oder freiwilligen – Prozess des (aktiven) Russischmachens (*обрусить*) oder des (passiven) Russischwerdens (*обрусеть*) zu benutzen. Die Einführung des Russischen als Unterrichtssprache in den Grundschulen ist für Miller eine eindeutig assimilierende Maßnahme. In seinen Erwägungen zu den Motiven der Nicht-Russen, sich das Russische anzueignen, berichtet er mit Verweis auf Bradley D. Woodworth⁴ von den „außergewöhnlichen Karriereerfolgen“ der Esten (S. 40). Hierbei kann es sich aber nur darum

zur Methodologie der historischen Forschung], Москва 2008 (Historica Rossica), S. 54-77.

³ Russification in the Baltic Provinces and Finland, 1855–1914, hrsg. von EDWARD C. THADEN, Princeton 1981; EDWARD C. THADEN: Russification in Tsarist Russia, in: DERS.: Interpreting History: Collective Essays on Russia's Relations with Europe, New York und Boulder 1990 (East European monographs, 304), S. 211-220. Die hier vorgenommene Differenzierung der „Russifizierung“ war auch in der estnischen Historiografie in den 1990er Jahren verbreitet: TOOMAS KARJAHÄRM: Ida ja lääne vahel. Eesti-vene suhted 1850–1917 [Zwischen Ost und West. Estnisch-russische Beziehungen 1850–1917], Tallinn 1998, S. 78-86.

⁴ BRADLEY D. WOODWORTH: Administrative Reform and Social Policy in the Baltic Cities of the Russian Empire: Riga and Reval 1870–1914, in: Verwaltungsreformen im Ostseeraum, hrsg. von ERK VOLKMAR HEYEN, Baden-Baden 2004 (Jahrbuch für europäische Verwaltungsgeschichte, 16), S. 111-150; DERS.: Paljurahvuselisus ja eestlastest riigiametnikud Eestimaa kubermangus aastatel 1870–1914 [Multiethizität und Staatsbeamte estnischer Nationalität im Gouvernement Estland 1870–1914], in: Vene aeg Eestis. Uurimusi 16. sajandi keskpaigast kuni 20. sajandi alguseni [Die russische Zeit in Estland. Studien über die Zeit von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis Anfang des 20. Jahrhunderts], hrsg. von TÕNU TANNBERG, Tartu 2006 (Eesti Ajaloarhiivi Toimetised, 14 [21]), S. 345-364.

handeln, dass Esten die unteren Stufen der Beamtenlaufbahn (als Polizisten, Schreiber, Post-, Fernmelde- und Bahnbeamten) erreichten, während die leitenden Positionen weiterhin den Deutschen und Russen vorbehalten blieben.⁵ Miller stellt fest, dass es einen staatlichen Russifizierungsdruck gegeben hat, wobei bewusste Russifizierungsversuche unternommen und Elemente der russisch-nationalistischen Politik schrittweise übernommen worden seien, meint jedoch, dass das assimilierende Potenzial der russischen Gesellschaft und des russischen Nationalismus insgesamt schwach war. Weil die Nation bzw. das Nationale von der russischen Elite unterschiedlich verstanden wurde, unterschieden sich auch die jeweils ergriffenen Maßnahmen und die jeweils als solche erkannten Aufgaben der Russifizierung. Eine Eigenart des russischen Nationalismus ist die weit verbreitete Vorstellung, dass die Orthodoxie den Kern des Russentum bilde. Miller zufolge wurde während der Regierungszeit Alexanders III. eine alteingesessene russische Herkunft zu einem wichtigen Faktor bei der Beförderung auf höhere Beamtenposten. Als Befürworter einer engen Definition der „Russifizierung“ im direkten Sinn vertritt Miller die Meinung, dass dieser Begriff nicht für die Bezeichnung der Unifizierungs- und Zentralisierungspolitik sowie die entsprechenden Reformen der Regierung taugte.

Das Kapitel „Das späzarische Vielvölkerreich zwischen Modernisierung und Tradition“ aus Andreas Kappeler's Buch „Russland als Vielvölkerreich: Entstehung, Geschichte, Zerfall“ (Erstausgabe 1992) betrachtet die Änderungen im gesellschaftlichen Leben des russischen Zarenreichs aufgrund der reichsweiten Volkszählung von 1897. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die politische und militärische Elite der imperialen Kerngebiete russischer, weil sich in Zusammenhang mit dem zunehmenden Nationalismus in der russischen Regierung und der Öffentlichkeit ein Misstrauen gegenüber nicht-russischen Beamten und Offizieren verbreitet habe. Nichtsdestotrotz habe die Regierung bis zum Ersten Weltkrieg das Prinzip verfolgt, dass Treue, Kompetenz und adlige Herkunft wichtiger als konfessionelle oder ethnische Zugehörigkeit seien (S. 65). Der russische geistige Einfluss verbreitete sich durch die russischsprachige Bildung und durch das Militär, was wiederum die Akkulturation der nicht-russischen Eliten beschleunigt habe. Die russische Sprache und die orthodoxe Kirche wiederum seien Werkzeuge der Homogenisierung gewesen. Unter der Intelligenzija des Reiches waren Nicht-Rusen Kappeler zufolge zahlreich vertreten. Noch am Ende des Imperiums gab es ein breites Spektrum an Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen sowie an Kulturen. Trotz der Modernisierung hätten traditionelle Gesellschaftsformen überall im Reich fortgedauert. Unifizierungs- und Differenzierungstendenzen bestanden nebeneinander fort, wodurch sich politische und soziale Spannungen

⁵ Ausführlich VEIKO BERENDSEN, MARGUS MAISTE: *Esimene ülevenemaaline rahvaloendus Tartus 28. jaanuaril 1897* [Die erste allrussländische Volkszählung in Tartu am 28. Januar 1897], Tartu 1999, S. 141, 253, 256f.

angestaut hätten. Gewiss gibt dieses Kapitel keinen vollständigen Überblick über Kappellers umfangreiche Studie, auch nicht über seine Konzeption der Russifizierung. Seiner Ansicht nach war die Nationalitätenpolitik der Regierung nicht nur durch Integration, sondern auch durch Segregation, Diskriminierung und Unterdrückung der nationalen Bewegungen charakterisiert. Allerdings vermeidet er, das Wort „Russifizierung“ pauschal als Überbegriff für alle integrierenden Reformen in der russischen Peripherie und für die Politik des Imperiums an seinen Rändern zu verwenden. Kappeler spricht demgegenüber von einer „forcierten Integration“ und „administrativen Unifizierung“ sowie von einer „sprachlich-kulturellen Russifizierung“. Als Teil eines Modernisierungsprozesses verlangte die Unifizierung demnach die Einführung der russischen Sprache in der Verwaltung und Bildung des Reiches, was wiederum die Entwicklung der nationalen Bewegungen einschränkte und die Bildungsvermittlung in den nationalen Sprachen verhinderte.

In seinem Aufsatz „Russifizierung und die Litauer 1863–1905“ (2001) sucht Theodore R. Weeks eine Antwort auf die Frage, in welchem Umfang die Regierung die Russifizierung der Litauer erzielen wollte. Unter „Russifizierung“ versteht er vor allem die sprachlich-kulturelle Assimilation, eine Verschmelzung mit der russischen Kultur und das „Russischwerden“ der Litauer. Weeks zufolge war es nicht Ziel der russischen Regierung, alle nicht-russischen Sprachen, Kulturen und Religionen zu vernichten. Dazu fehlten ihr sowohl der Wille als auch die Möglichkeiten und Mittel. Außerdem entsprach es nicht dem konservativ-dynastischen Wesen des Imperiums und seinen Traditionen. Nichtsdestotrotz wurden einige Volksgruppen Opfer diskriminierender Maßnahmen, wodurch deren kulturelle Entwicklung gehemmt worden sei. Die russische Litauerpolitik wurde aber in erster Linie von der Angst des Zentrums vor den Polen und dem Katholizismus beeinflusst; in den Litauern wiederum sah man potentielle Polen – oder aber Russen. Die Regierung unterschätzte die nationale Bewegung der Litauer und dachte, dass man ihnen die russische Kultur nicht aufzwingen muss, sondern dass sie, wie auch andere nicht-russische Kleinvölker, sich ohnehin in der Zukunft an die russische Kultur assimilieren würden. Die Russifizierung der Litauer bedeutete für die Regierung vor allem die Eliminierung des polnischen Einflusses; somit war die litauische Frage Teil der gespannten russisch-polnischen Beziehungen.

In seinen zahlreichen Arbeiten⁶ hat Weeks verschiedene Formen der rechtlichen und kulturellen Diskriminierung der Nicht-Russen beschrieben, welche die nationale Frage verschärften und die Stabilität des

⁶ THEODORE R. WEEKS: *Russification: Word and Practice, 1863–1914*, in: Proceedings of the American Philosophical Society 148 (2004), S. 471–489; DERS.: *Managing empire: tsarist nationalities policy*, in: *The Cambridge History of Russia*, Bd. 2: *Imperial Russia, 1689–1917*, hrsg. von DOMINIC LIEVEN, New York 2006, S. 27–44; DERS.: *Nation and State in Late Imperial Russia. Nationalism and Russification on the Western Frontier, 1863–1914*, DeKalb 2008.

Imperiums untergruben. Andererseits weist er darauf hin, dass die nicht-russischen nationalen Kulturen seit den Großen Reformen bis zum Ersten Weltkrieg durchaus aufblühten – in Privatschulen, Vereinen und im Pressewesen. Es entwickelten sich moderne politische Bewegungen, die nationale und politische Rechte forderten. Für die Nationalitätenpolitik der Zarenregierung waren die Vorstellung von Multikulturalität oder das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zwar Fremdwörter, doch sei sie immerhin liberaler gewesen als die ungarische oder preußische. Die Russifizierung im Sinne von *обрусъние* sei daher ein Misserfolg gewesen. Weeks betont, wie unkonkret der Begriff „Russe“ war, und fragt, was die Russifizierung eigentlich für die zeitgenössischen Russen bedeutet hat. Das Wort *обрусъние* wurde, auch dies ein Ergebnis seiner Forschungen, von den Beamten nicht besonders oft benutzt, und seine Bedeutung blieb ambivalent. In Bezug auf die Einführung der russischen Ordnung, die Verbreitung des Russischen als Zweitsprache, den Staatspatriotismus oder die Loyalität der Dynastie gegenüber konnte dieser Begriff extrem variieren. Wer war ein Russe? Ein ethnisch, linguistisch und kulturell eindeutig bestimmbares Individuum oder eher ein treuer Untertan, ein loyaler Bürger des Imperiums? Die Regierung wandte für unterschiedliche Volkgruppen unterschiedliche Taktiken an, das Ziel jedoch war ein und dasselbe – das Vielvölkerreich zusammenzuhalten. Obwohl die Regierung bestritt, eine Assimilation der Nicht-Russen anzustreben, zeigt die Tatsache, dass zahlreichen Völkern die russische Sprache und die Orthodoxie aufgezwungen wurden, dass faktisch versucht wurde, die Einheit des Imperiums auf dem Weg der Annäherung an die russische Nation und an die Orthodoxie zu erzielen. Ob eine anders gestaltete Nationalitätenpolitik den Zerfall des Imperiums verhindert hätte, ist Weeks zufolge schwer zu sagen.

Toivo Ülo Raun's Artikel „Die Russifizierung in Estland von der zweiten Hälfte des 19. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts“ (1981) ist die wohl gründlichste Studie über die Russifizierung in Estland, die je veröffentlicht worden ist. Raun stützt sich auf die seinerzeit genutzte breite Bedeutung des Begriffs „Russifizierung“ und unterscheidet ähnlich wie Thaden zwischen einer administrativen und einer kulturellen Form. Vor einem breiten sozialwirtschaftlichen, politischen und kulturellen Hintergrund unter Einbeziehung innenpolitischer und internationaler Faktoren stellt er die russifizierenden Maßnahmen bzw. Reformen der Regierung und deren Politik im Baltikum vor, bewertet aber auch ihren Einfluss auf und die Folgen für die Modernisierung und die estnische nationale Bewegung. Außerdem analysiert er detailliert die Reaktion der estnischen Gesellschaft auf die Russifizierung, wobei jedoch deutschbaltische Stimmen (oder gar die der lokalen Russen) nur begrenzt Beachtung finden. Tatsächlich waren die administrative und teilweise sogar die kulturelle Russifizierung, d. h. die Kenntnis des Russischen, für die Esten von Nutzen, weil sich ihnen dadurch neue Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung auf Reichesebene

eröffneten. Die negativste Seite der Reformen zeigte sich in der Sprachpolitik der Regierung: Die muttersprachliche Grundschulbildung wurde abgeschafft und Russisch als exklusive Amtssprache eingeführt. Allerdings darf der Einfluss der Russifizierung nicht überschätzt werden, weil sie nur einer der Faktoren war, welcher das damalige gesellschaftliche Leben beeinflusste; wichtiger war die aufsteigende nationale Bewegung der Esten und die Kreation einer modernen europäischen Kultur. Raun vertritt die Meinung, dass die Russifizierung der Grenzregionen ein „Ideal des Zarenreiches“ gewesen sei, an dem infolge der Revolution von 1905 allerdings Zugeständnisse gemacht werden mussten, indem z. B. den Privatschulen erlaubt wurde, auf der jeweiligen Landessprache zu unterrichten (S. 145). An anderer Stelle schrieb Raun, dass der Begriff „kulturelle Russifizierung“ die Frage offen lasse, was die Regierungsbeamten letztlich erzielen wollten: eine Russifizierung im Sinne einer Denationalisierung oder einfach eine gegenseitige Annäherung (*rapprochement*).⁷

Der historiografische Beitrag von Eva Piirimäe „Theoretische Perspektiven für die Untersuchung des estnischen Nationalismus im 19. Jahrhundert“ betont erneut die Bedeutung der Begriffe für die Definition des Forschungsobjekts.⁸ „Nation“ und „Nationalismus“ seien dermaßen allgemein und schwer definierbar, dass sie als Forschungsobjekte in der theoretisch-methodologischen Perspektive konkretisiert werden müssen. Statt sich fertiger Schemata (z. B. der Nationsbegriffe von Herder oder Rousseau) zu bedienen, wie es bisher der Fall gewesen sei, sollte man Piirimäe zufolge versuchen, die philosophischen Ideen der einzelnen führenden Persönlichkeiten der nationalen Bewegung zu rekonstruieren und die Quellen näher zu analysieren, die als Grundlage für den estnischen nationalen Gedanken dienten. Auf dem Gebiet der Ideologie eröffneten sich für die Wissenschaft einige Möglichkeiten dank der Kohnschen Dichotomie – kultureller versus politischer Nationalismus – und der Ansätze von David Brown und John Hutchinson. Piirimäe regt an, die Ideologie des Nationalismus mit den Methoden der Begriffsgeschichte zu untersuchen. Als Vorbild könnte hier das deutsche Projekt der „Geschichtlichen Grundbegriffe“ dienen. Nach dem Vorbild der Ethnosymbolisten könne man verfolgen, wie die nationale Identität sich gewandelt hat, wie der schmerzhaft graduelle Prozess verlief, in der sich das Selbstverständnis der Esten herausgebildet hat. Die Autorin hält es weiterhin für wichtig, auch den sozialen Aspekt

⁷ TOIVO U. RAUN: Cultural Russification in Lithuania and the Baltic Provinces in the Late 19th and Early 20th Centuries: Comparative Perspectives, in: Eesti Teaduste Akadeemia Toimetised. Humanitaar- ja Sotsiaalteadused 43 (1994), S. 238-244, hier S. 239.

⁸ Siehe auch EVA PIIRIMÄE: Eesti rahvuslus Euroopa kontekstis [Der estnische Nationalismus im europäischen Kontext], in: Ajalooline Ajakiri 2007, Nr. 1, S. 93-109; DIES.: Seisus- ja kodanikuühiskond 19. sajandi Eestis [Die Stände- und Bürgergesellschaft im Estland des 19. Jahrhunderts], in: Vikerkaar 2007, Nr. 12, S. 115-119.

des Nationalismus zu untersuchen, wo sich im Kontext der Thematik der Bürgergesellschaft erneut die Frage nach den ideellen und Wertgrundlagen des estnischen Nationalismus stellt. Eine der möglichen Forschungsfragen könnte sich dem gegenseitigen Verhältnis von Bürgergesellschaft und nationalen Ideologien widmen. Die Herausbildung der Bürgergesellschaften auf estnischem Gebiet sollte nicht nur mit den deutschbaltischen Vorbildern verglichen werden, sondern auch mit anderen nordeuropäischen Beispielen. Der politische Aspekt des estnischen Nationalismus ist ziemlich erfolgreich erforscht worden, doch gebe es auch hier noch attraktive Untersuchungsthemen, z. B. die Frage der Nationalitäten- und Identitätspolitik des unabhängigen Estland in der Zwischenkriegszeit.

Der zeitliche Rahmen des Beitrags von Kristi Kukk, „Die russische Frage in estnischen Geschichtskonzeptionen“, reicht von der Zeit des nationalen Erwachens im 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg. Aus der langen Geschichte der estnisch-russischen Beziehungen werden drei Themen näher betrachtet: der frühzeitliche Freiheitskampf, das erste Jahrhundert unter russischer Herrschaft und die Abschaffung der Leibeigenschaft in Est- und Livland Anfang des 19. Jahrhunderts. Eine der Hauptthesen Kukks lautet, dass die Bewertung der Rolle der Russen und der estnisch-russischen Beziehungen stets mehr durch die zeitgenössische Situation des jeweiligen Autors als durch die Entwicklung der Geschichtswissenschaft beeinflusst worden seien. Erst vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen dem Russifizierungskurs der Regierung und dem aufsteigenden estnischen Nationalismus an der Schwelle zum 20. Jahrhundert, als der Riss zwischen den estnischen Reformforderungen auf der einen Seite und der Reformbereitschaft der Regierung auf der anderen unüberbrückbar wurde, trat eine immer lauter werdende Kritik an Russland an Stelle des zuvor dominierenden relativ positiven Urteils.

Jörg Hackmanns Aufsatz „Nationalisierung als Überlebensstrategie der gesellschaftlichen Oberschicht?“ behandelt die Deutschen Vereine in den drei Ostseeprovinzen von ihrer Entstehung 1905 bis zu ihrer Auflösung 1914. Trotz ihrer kurzen Lebensdauer waren sie als Dachorganisation der örtlichen Vereine ein Massenphänomen – sie vereinten bis zu 25% der deutschsprachigen Bevölkerung –, das die deutschbaltische Gesellschaft erfolgreich zur Selbstinitiative mobilisierte und eine Art Heimatidentität verbreitete. Weniger Erfolg hatten die Deutschen Vereine hingegen dabei, die traditionellen sozialen Strukturen aufzulösen und die Standesunterschiede zu überwinden. Die Hauptfunktion dieser Vereine war es aber, das deutsche Schulwesen zu organisieren. Hackmann kommt zum Schluss, dass es keine eindeutige Antwort auf die Frage gibt, ob die Deutschen Vereine darauf abzielten, die eigene Existenz als Oberschicht zu bewahren oder die Volksgruppe als nationale Minderheit zu mobilisieren (S. 230). Grund dafür sei, dass die Tätigkeit der Vereine sehr unterschiedlich und recht breit angelegt war. Durch sich überschneidende Mitgliedschaften hatten

sie Verbindungen zu den Ritterschaften, deren Vertreter bei der Gründung der Vereine eine entscheidende Rolle gespielt hatten, und zu den Konstitutionellen Parteien der Ostseeprovinzen, aber auch zu Deutschland und zum deutschen Sprachraum.

Offensichtlich, und dies sei als Fazit gedacht, spornt das wachsende internationale Interesse an der Geschichte der nicht-russischen Völker des späten Zarenreichs und am Wesen der Russifizierung auch das Forschungsinteresse in den baltischen Ländern an. Als Beweis können neben dem angezeigten Sammelband diverse in den letzten Jahren veröffentlichte Studien gelten, in denen die Russifizierung unter neuen Aspekten interpretiert wird.⁹ Ein vielversprechendes Forschungsthema könnten dabei die Reaktionen der örtlichen Bevölkerung, d. h. der Esten, Letten, Litauer, Deutschbalten, Russen und Juden auf die Russifizierung und ganz allgemein auf die baltische Politik St. Petersburgs sein; allerdings müssen diese Reaktionen nicht nur nicht unbedingt mit den Ideen und Projekten der hauptstädtischen Bürokraten und Politiker übereingestimmt haben, sondern können sich durchaus auch den Interpretationen entziehen, die heutige Historiker gewöhnlich für die Zeit der Russifizierung anzubieten haben.

TOOMAS KARJAHÄRM

⁹ Siehe z. B. DARIUS STALIUNAS: *Making Russians. Meaning and Practice of Russification in Lithuania and Belarus after 1863*, Amsterdam und New York 2007 (*On the Boundary of Two Worlds: Identity, Freedom, and Moral Imagination in the Baltics*, 11). Mit Aleksej Miller erklärt der Autor, dass die Einführung der russischsprachigen Grundschulbildung eine an sich assimilierende Maßnahme war, unabhängig davon, ob dies als ein offiziell gesetztes Ziel galt oder nicht. Karsten Brüggemann schreibt, dass die so genannte „Russifizierung“ eigentlich keine nationalpolitischen Folgen hatte. Die „Russifizierung“ im Sinne des „Russischmachens“ blieb in erster Linie ein Gespenst, mit dem die Einwohner der Region einander gegenseitig erschrecken hätten. Die effiziente Verwaltung des Imperiums forderte eine gemeinsame Amtssprache, ob die Nicht-Russen zu Russen wurden, sei in diesem Kontext zunächst nicht so wichtig gewesen. Den grundsätzlichen Gedanken einer vom Zentrum geförderten allgemeinen Verbundenheit mit dem russischen Kulturraum sollte man ihm zufolge nicht unbedingt mit Assimilation gleichsetzen. Dies schließe nicht aus, dass die verschiedenen Konzeptionen der „Russifizierung“ auch ein utopisches Element beinhalteten, wonach alle Untertanen des Imperiums irgendwann in der Zukunft doch zu „Russen“ werden sollten. KARSTEN BRÜGGEMANN: „Venestamine“ kui Vene impeeriumi ülemvõimu representatsioon Balti provintside näitel [„Russifizierung“ als Machtrepräsentation des Russischen Imperiums am Beispiel der Ostseeprovinzen], in: *Vikerkaar* 2009, Nr. 7/8, S. 117-130.

JĀNIS BĒRZIŅŠ: *Latvijas rūpniecības strādnieku sociālais portrets 1900–1914* [Ein soziales Porträt der Industriearbeiter Lettlands 1900–1914]. Publikation des Lettischen Historischen Instituts (*Latvijas vēstures institūt*). Riga 2009. 335 S. Abb. ISBN: 9789984824086.

Der Historiker Jānis Bērziņš ist ein in Lettland angesehener Wissenschaftler, der sich bereits seit vier Jahrzehnten hauptsächlich mit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in der lettischen Geschichte wissenschaftlich befasst. Unter den Spezialisten für diese Zeit nimmt er einen führenden Platz ein. Sein besonderes Interesse gilt der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, vor allem der Entstehungsgeschichte der Arbeiter als einer spezifischen sozialen Gruppe. Mit dem vorliegenden Buch setzt er diese bereits früher behandelte Thematik fort.¹ Die Geschichte der Arbeiter ist sicherlich ein traditionelles Thema nicht nur für den Verfasser, sondern auch für die gesamte lettische Historiografie der letzten etwa 80 Jahre. Andererseits aber ist das Werk von Bērziņš im Vergleich mit anderen neueren Forschungen lettischer Historiker, die vor allem der politischen sowie der Ereignisgeschichte nachgehen, bemerkenswert, da es sich für eine bestimmte gesellschaftliche Struktur interessiert. Der Autor stellt sich in seiner wissenschaftlichen Untersuchung über die Industriearbeiter somit neue, in der lettischen Historiografie noch nicht behandelten Fragen der Sozial- und Alltagsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat die westeuropäische Geschichtswissenschaft sich verstärkt sozialhistorischen Phänomenen zugewandt, was sich auch im Bereich der Geschichtstheorie ausgewirkt hat. Entscheidend für die marxistisch inspirierte Geschichtsdeutung war die Verschiebung der Perspektive von den „Produktivkräften“ und „Produktionsverhältnissen“ auf die Geschichte der Menschen, insbesondere der „kleinen Menschen“. Georg G. Iggers hat darauf hingewiesen, dass das Ziel der „wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Geschichte“ die partielle Annäherung an eine Vergangenheit sei, „wie wirkliche Menschen sie erfahren und gemacht haben“.² Auch Bērziņš betont in der Einleitung seines Werkes, dass bei seiner Erforschung des sozialen Porträts des Arbeiters nicht die gesellschaftlichen Kategorien im Vordergrund stünden, sondern die Bedeutung der Persönlichkeit (S. 9). Seit den 1970er und 1980er Jahren wurden sowohl der Gegenstand als auch die Theorie der modernen Sozialgeschichte unter dem Einfluss der Kulturanthropologie neu determiniert. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stand nun im

¹ JĀNIS BĒRZIŅŠ: *Ar akmeni pret šauteni. Strādnieku ekonomiskais stāvoklis un streiku kustība 19. gs. 90. gados* [Mit dem Stein gegen das Gewehr. Die ökonomische Lage der Arbeiter und die Streikbewegung in den 1890er Jahren], Riga 1976; DERS.: *Latvijas rūpniecības strādnieku dzīves līmenis 1900–1914* [Das Lebensniveau der Industriearbeiter Lettlands 1900–1914], Riga [1997].

² GEORG G. IGGERS: *Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein kritischer Überblick im internationalen Zusammenhang*, Göttingen 1993, S. 104.

Allgemeinen die Mikroebene der historischen Wirklichkeit. Der Begriff „Kultur“ gewann eine andere, wesentlich erweiterte Bedeutung. Die anthropologische Perspektive richtete sich auf die Mentalitäten und Vorstellungen, die Systeme der Symbole, Gewohnheiten und Wertschätzungen, auf psychologisch bedingte Haltungen, Wahrnehmungsstereotypen und Verhaltensmodelle. Bērziņš schliesst sich in seiner Arbeit der Ansicht Thomas Nipperdeys an, dass „Arbeiterkultur“ ein Teil der Subkultur sei, die alle denkbaren Aktivitäten und Gruppen (Männer, Frauen, Jugendliche) umfasst.³ Er kennt sich in den modernen Theorien und in den Erkenntnissen der deutschen Sozialgeschichte aus, von denen er, so möchte man meinen, wichtige Anstöße und kreative Impulse erhalten hat. Neben dem bereits erwähnten Autor Nipperdey beruft sich Bērziņš auf eine weitere Autorität auf dem Gebiet der Sozialgeschichte – Jürgen Kocka. Die Schriftenreihe „Industrielle Welt“, herausgegeben vom Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte,⁴ sowie die Zeitschrift „Geschichte und Gesellschaft“ und viele weitere Arbeiten auf diesem Gebiet sind ihm gut vertraut.⁵

Mit seiner Monografie setzt sich Bērziņš zum Ziel, eine Vorstellung von all den sozialen Faktoren zu gewinnen, die auf die Industriearbeiter im lettisch bewohnten Gebiet zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingewirkt haben. Dabei wendet er sich berechtigterweise der Person des Arbeiters, den Produktionsverhältnissen, in denen er lebt, und seinen Aktivitäten in der Gesellschaft zu. Für die lettische Historiografie betritt er mit diesen Fragestellungen, die in Bezug auf die Erforschung der einzelnen Person andere Zugänge zur Geschichte öffnen, Neuland. So beschäftigt er sich mit der Bildung, den gesellschaftlichen Aktivitäten sowie mit dem Familien- und Sexualleben der Arbeiter. Dabei analysiert er die Rolle des Geschlechts, des Alters und der Zugehörigkeit zu verschiedenen sozialen Strukturen und Industriebereichen; er bezieht dabei Faktoren wie die soziale und geografische Herkunft, die Nationalität, die Mentalität, die Schulbildung bzw. den Analphabetismus, die berufliche Qualifikation, die Niederlassungsverhältnisse, die Kulturunterschiede, die moralischen Ansichten und die religiösen Überzeugungen mit ein. All diese Fragen werden im ersten Kapitel „Der Industriearbeiter“ diskutiert, das mit ca. 100 Seiten auch das längste und originellste ist, sowie in einzelnen Unterkapiteln, was knapp die Hälfte des Textes ausmacht. In den anderen fünf

³ THOMAS NIPPERDEY: Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, S. 314.

⁴ JÜRGEN KOCKA: Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Berlin und Bonn 1983; DERS.: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bd. 2, Bonn 1990; Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker, hrsg. von WERNER CONZE und ULRICH ENGELHARDT, Stuttgart 1981 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, 33).

⁵ Begründet von Werner Conze; erscheint seit 1974 im Böhlau-Verlag (Anm. d. Red.).

Kapiteln geht es um Arbeitsverträge und Produktionsbedingungen sowie darum, wie versucht wurde, die Arbeitskraft zu erhalten; angesprochen werden Fragen der Arbeiterversicherung und der legalen Arbeitervereine. Auch bei der Behandlung dieser Themen demonstriert der Autor Professionalität, denn er stützt sich auf skrupulöse Quellenanalyse.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stellten die Industriearbeiter auf lettischem Gebiet im Vergleich zur Arbeiterschaft der russischen Gouvernements die „Avantgarde“ in Bezug auf das Gruppenbewusstsein. Doch waren sie in ihrem sozialen Porträt recht heterogen, vor allem aufgrund ihrer bunten nationalen Zusammensetzung. Die deutsche Arbeiterschaft mit ihren Traditionen, ihrer Organisation und mit der Erfahrung der deutschen Arbeiterbewegung stellte die Messlatte für die lettischen Arbeiter dar. Dies erklärt sich vor allem durch die historischen Verbindungen zu Deutschland, die mentalen Ähnlichkeiten sowie den zahlenmäßig beträchtlichen Anteil an Deutschen in den Städten der russischen Ostseeprovinzen. Mit Rücksicht auf die historische Komparatistik schildert Bērziņš dieses „deutsch-lettische“ Verhältnis auf dem Fabrikgelände und in der Stadt. Jedes Element des sozialen Porträts der Arbeiterschaft in den lettischen Gouvernements wird mit der Situation im russischen Teil des Imperiums und in Deutschland verglichen, wobei insbesondere auf die Differenzen eingegangen wird. Diese Herangehensweise lässt die nationale Spezifik zum Vorschein kommen, sichert das Verständnis der historischen Umstände und sorgt nicht zuletzt auch dafür, dass die Arbeit mit diesem Buch zu einer spannenden Lektüre wird.

Bērziņš zufolge gelang es aufgrund der Produktions-, Produktivitäts- und Professionalitätssteigerung um die Jahrhundertwende, die Lebensqualität der Industriearbeiterschaft auf lettischem Gebiet allmählich zu erhöhen, auch wenn das ein schwerer und ermüdender Prozess war. Der reale Arbeitslohn stieg, der Arbeitstag wurde ein wenig verkürzt, die Wohnungs- und Lebensbedingungen verbesserten sich. Mit Recht verweist der Autor auf die Situation in Russland, wo Fortschritt und kapitalistische Modernisierung sich nur langsam entwickelten und die Lage der Arbeiter unbefriedigend blieb.

Besonders beachtlich sind die 39 Tabellen, neun Grafiken und 82 Abbildungen, worunter vor allem Letztere hervorstechen: Neben verschiedenen Dokumenten, Ausweisen und Bescheinigungen sehen wir Arbeiter im Arbeitsalltag, in der Freizeit und im Familienkreis, oder aber im Porträt. Die Auswahl der Fotografien ist gelungen. Sieht man einmal von der damals oft recht statischen Manier des Fotografierens ab, bieten die Bilder eine interessante und anregende Sicht auf die äussere Gestalt der Arbeiter und man bekommt einen Einblick in ihre Lebensqualität, sieht ihre Kleidung, betrachtet ihr Verhalten, ihre Körperhaltung und ihre Gewohnheiten. Beachtung verdient auch das Register der im Buch genannten Industriebetriebe. Etwas untypisch für die heutige lettische wissenschaftliche

Literatur kommt einem bereits die deutschsprachige Zusammenfassung vor, die aber allein schon ihrem Umfang nach (ca. 86 000 Zeichen) weit über das gewöhnliche Format eines *summary* hinausgeht. Eigentlich ist das ein ausführlicher und inhaltsreicher Artikel, der es auf jeden Fall verdient hätte, dem deutschlesenden Publikum vorgestellt zu werden.

Das Werk ist auch drucktechnisch ansehnlich aufgemacht: Es ist auf glänzend weißem, dickem und hochwertigem Papier gedruckt. Der Band wirkt somit bemerkenswert schon aufgrund seiner Größe. Auf dem ersten Buchdeckel sieht man die Fotografie einer Arbeiterfamilie, sodass die Aufmerksamkeit des Lesers sofort auf die thematischen und inhaltlichen Schwerpunkte gelenkt wird.

Es gibt keine wesentlichen Mängel in der Struktur, im Inhalt, in der Aufmachung oder beim wissenschaftlichen Apparat. Kritik lässt sich aber immer formulieren, so auch bei Bērziņš' Buch.

Das Werk bietet kein spezielles Kapitel, in dem die Quellen vorgestellt werden. Diesbezüglich erklärt Bērziņš, er habe bereits in seiner 1997 erschienenen Monografie einen Überblick über verwandte historische Quellen gegeben,⁶ was aber leider nach einer Ausrede klingt.

Das Vorwort ist zweifelsohne sehr inhaltsreich und gut formuliert. Es hätte aber nicht geschadet, hierin auch etwas ausführlicher auf die Hauptprobleme der Sozialgeschichte des 19./20. Jahrhunderts einzugehen. Sowohl für seine Historikerkollegen als auch für die Laien wäre außerdem ein Einblick in das „wissenschaftliche Arbeitszimmer“ des Autors interessant gewesen, also die Vorstellung seiner methodischen Herangehensweise.

Die Nummerierung der Tabellen und Grafiken beginnt in jedem Kapitel neu, was die Übersicht leider erschwert. Eine kontinuierliche Nummerierung wäre wohl vernünftiger gewesen.

Die Abbildungen haben eine wesentliche (und nicht nur illustrative) Bedeutung für das Buch. Sie bieten dem Leser die Möglichkeit, seine Vorstellung vom historischen Industriearbeiter in den lettischen Provinzen des Russischen Reichs zu erweitern. Eine durchaus realisierbare Idee wäre es gewesen, diese Fotografien als historische Quellen zu analysieren. In Hinblick auf die Forschungsaufgaben der nächsten Zukunft könnten Fotos von russischen, deutschen und lettischen Industriearbeitern reichlich Stoff bieten, um eine vergleichende Untersuchung im Sinne der *visual history* durchzuführen.

Während der Lektüre kommt einem unwillkürlich der Gedanke, dass nicht nur die gesamte Arbeiterschaft auf dem lettischen Gebiet Liv- und Kurlands sich als Objekt eines sozialen Porträts eignet. Auch der „lettsche Arbeiter“ als soziales Phänomen in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts hätte mehr Aufmerksamkeit verdient.

Jānis Bērziņš hat mit seiner Arbeit bewiesen, dass er ein Fachmann im traditionellen Handwerk des Historikers ist, wobei er zugleich auch in

⁶ BĒRZIŅŠ: *Latvijas rūpniecības* (wie Anm. 1), S. 8-17.

Bezug auf die Problemstellung und die angewandten wissenschaftlichen Methode modern sein kann. Das Buch, das sich überraschend leicht lesen läßt, zeichnet ein tiefgreifendes, etwas episch geratenes, doch zugleich auch höchst interessantes, detail- und faktenreiches Bild vom Leben der Arbeiterschaft in der von ihm behandelten Region zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Hier erkennen wir aus unterschiedlichen Blickwinkeln sowohl im Text als auch im Bild die Generationen unserer Gross- und Urgrosseltern, unser Land und seine Menschen vor hundert Jahren. Ein wahrhaftiges, menschliches und fein geschriebenes Buch.

ILGVARS BUTULIS

VITA ZELČE: *Latviešu avīžniecība. Laikraksti savā laikmetā un sabiedrībā, 1822–1865* [Das lettische Zeitungswesen. Die Zeitungen in ihrem Zeitalter und in der Gesellschaft, 1822–1865]. Verlag Zinātne. Rīga 2009. 487 S., Abb. ISBN: 9789984808574.

Vita Zelčes Monografie über die Geschichte des lettischen Pressewesens behandelt die Entstehung der ersten Zeitungen in lettischer Sprache, die Biografien der Redakteure und ihrer Mitarbeiter, die Etablierung von Gewohnheiten bei der Presselektüre sowie das Verhältnis der Presseorgane zur Öffentlichkeit von den 1820er bis zu den 1860er Jahren. Die These, dass die ersten lettischsprachigen Zeitungen und der Kreis ihrer Mitarbeiter das „erste“ nationale Erwachen der Letten hervorgebracht habe, steht im Mittelpunkt des Konzepts der Monografie.¹

Zelče hat sich bereits während ihres Geschichtsstudiums an der Lettischen Universität in Riga mit diesem Thema beschäftigt, das sie später zu ihrer Doktorarbeit ausweitete. Sie legte es auch nach der Promotion nicht *ad acta*, sondern setzte ihre Forschungsarbeit über die Jahre hinweg fort. 2009 reifte der gesammelte Stoff dann zu einem Buch. Dass es gerade zu dieser Zeit erscheint, hat mehrere, vor allem sozialpolitische Gründe; einer davon ist die Identitätskrise, welche die lettische Gesellschaft zurzeit nicht zum ersten Mal in ihrer Geschichte durchlebt. Im gesellschaftspolitischen Kontext der Gegenwart ist es daher nicht verwunderlich, dass Zelčes Monografie, die sich u. a. mit der Genese der lettischen nationalen Identität befasst, von der lettischen Öffentlichkeit sofort bemerkt worden ist. Fragen des lettischen Nationalismus, des Patriotismus und der Identität

¹ Siehe die neulich erschienene Rezension zu Zelčes Buch von GUIDO STRAUBE, in: *Latvijas vēstures institūta žurnāls* 2009, Nr. 4, S. 178-181.

werden im nationalen Diskurs seit Beginn der Wirtschaftskrise und auch im Zusammenhang mit dem 91. Jahrestag der Staatsgründung 2009 sehr eindringlich reflektiert. Diese gesellschaftlich relevanten Fragen haben ihre spezifischen Ursprünge, die Zelče in ihrem Buch aufzeigt. Zugleich fragt sie, ob die Idee des lettischen Nationalismus – ein anderthalb Jahrhunderte altes Konstrukt – in der heutigen lettischen Gesellschaft noch aufrechtzuerhalten sei.

Dass die Letten ein Volk mit einem sehr stark ausgeprägten Minderwertigkeitsgefühl sind, stellten bereits die „Jungletten“ (*jaunlatvieši*) fest, eine Strömung von jungen lettischen Intellektuellen in Moskau, St. Petersburg und Dorpat um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Sie entwarfen zugleich ein Programm zur Schaffung eines neuen Typus des Letten, der gebildet, wohlhabend, politisch aktiv, selbstbewusst und erfolgreich sein sollte. Die Jungletten glaubten, dass es ihnen, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten, gelungen sei, eine gute Grundlage für diesen Menschen der Zukunft geschaffen und damit auch das Minderwertigkeitsgefühl überwunden zu haben. Ihre Debatten, die sie in ihren Zeitungen führten, verfolgt Zelče eingehend in ihrem Buch. Die Letten von heute stellen wiederum fest, dass dieses schon von den Jungletten kritisierte negative Selbstbild noch immer vorhanden ist und einen wirklichen, zeitgemäßen Fortschritt behindert.

Wie ist aber die Identitätskrise der Letten zu überwinden, wenn die Idee der nationalen Identität ohne die „Urreligion der Balten“, die Dainas oder das wohlgehütete Selbstbild des ewigen Opfers nicht denkbar ist?² Kann das von den Jungletten ausgestellte Rezept gegen diese Misere noch helfen? Selbst die Idee der nationalen Staatlichkeit wird im gegenwärtigen Diskurs nicht verschont. Kann diese heute so vernebelte Idee das Land noch vor allem Unglück beschützen? So provoziert der lettische Sozialanthropologe Klāvs Sedlenieks mit der Frage, wer diesen Staat denn eigentlich noch brauche, wenn die ihm zugrunde liegende Vorstellung einer monoethnischen Gesellschaft fordert, dass Nicht-Letten erst Letten werden müssen, bevor sie als vollmündige Staatsbürger anerkannt werden.³ Vielleicht verleiten aber gerade die Fragen an die Gegenwart die Öffentlichkeit auch dazu, sich intensiver mit der (jüngsten) Vergangenheit zu befassen. Kann Geschichte helfen, den Letten den Sinn des Staates begreiflich zu machen? Die Soziologin Ieva Zaķe stellt zutreffend fest, dass der heutige historische Narrativ des lettischen Nationalismus um die Mitte des 19. Jahrhunderts kreiert worden sei. Damit aber begannen wohl auch all die mit

² In der lettischen Öffentlichkeit wird das Konzept einer modernen nationalen lettischen Identität sehr rege thematisiert. Siehe z. B. ANDA BURVE-ROZĪTE: Dainu skapis – lai izkrit pa logu! [Der Dainas-Schrank – möge er aus dem Fenster stürzen!], in: Citadiena.lv, 4.12.2009, URL: <http://www.citadiena.lv/2009/12/04/dainu-skapis-lai-izkrit-pa-logu> (letzter Zugriff 6.12.2009).

³ KLĀVS SEDLENIEKS: Kam vajadzīga šī valsts? [Wer braucht diesen Staat?], in: 1/4Satori.lv, 23.11.2009, URL: http://www.satori.lv/raksts/3159/Klavs_Sedlenieks/Kam_vajadziga_si_valsts%3F (letzter Zugriff 6.12.2009).

ihm verbundenen Probleme und Missverständnisse.⁴ Diese Geschichte(n) hat nun Vita Zelče in ihrer Monografie eingehend analysiert.

Zelčes Buch besteht aus einem einführenden und vier weiteren Kapiteln. Einleitend zeichnet sie die Grundlagen der Medien- und Nationalismustheorien auf und diskutiert die Auffassung von Modernität im 19. Jahrhundert. Obgleich die Autorin die Möglichkeiten des modernen methodologischen Instrumentariums ausführlich beschreibt, nennt sie ihre eigene Arbeit „eine verhältnismäßig altmodische Geschichte über die ersten lettischen Zeitungen, deren Gestalter und Leser, eingebettet in ihrem zeitgenössischen Kontext“ (S. 39); es handele sich um eine (Re)konstruktion der Geschichte. Denn nicht nur „das lettische Volk“ der deutschbaltischen lutherischen Pastoren sei in den 1850er Jahren eine (nur) „vorgestellte“, nicht reale Gemeinschaft gewesen; die Vision der lettischen Publizisten war nicht weniger unwirklich (S. 207, 281). Die Leser dieser Zeitungen hätten sich aber mithilfe dieses Mediums endlich als Teil einer Gemeinschaft „vorstellen“ können (S. 389).

Im ersten Kapitel bietet die Autorin eine Charakteristik der Denkweise der Letten bzw. der Bauern. Ihre Mentalität habe sich unter sehr starkem Einfluss der Mündlichkeit herausgebildet – Zelče betont die Funktion von Gerüchten. Zugleich hätten die Bauern als Teil der nicht ständischen Gesellschaft an den ihnen eigenen Wegen des mündlichen Informationsaustausches partizipiert. Im zweiten Kapitel wird beschrieben, wie die deutschbaltischen lutherischen Pastoren mit der Gründung der ersten lettischen Zeitung „*Latviešu Avīzes*“ („Die Lettische Zeitung“) im Jahre 1822 in Mitau die Entwicklung des lettischen Zeitungswesens in Gang setzten und das Wort *latvieši* (Letten) zum festen Bestandteil des zeitgenössischen sozialen Lexikons machten. Kurland wurde somit zur ersten Provinz im Russischen Imperium, in der Zeitungen speziell für die Bauern (mit Erfolg) produziert wurden.⁵ Selbst in der europäischen Presselandschaft stellten die „*Latviešu Avīzes*“ einen Sonderfall dar. Die Anfänge des lettischen Zeitungswesens (1822–1855) gliedert die Autorin in vier Perioden, von denen die letzte von 1849 bis 1855 dauerte. Damals gewannen die Zeitungen ihr Publikum, und das Lesen von Zeitungen wurde zur alltäglichen Routine. Die Autorin beschreibt die Organisation der Redaktionsarbeit und die Zusammenarbeit mit den Korrespondenten. Sie folgert daraus, dass es eben der Verdienst der Presse gewesen sei, wenn „die aus dem Gutshof, der Gemeinde und dem Bauernhof erwachsene lokale

⁴ Ieva ZAKE: Nineteenth-Century Nationalism and Twentieth-Century Anti-Democratic Ideals. The Case of Latvia, 1840s to 1980s, Lewiston 2008, S. 27.

⁵ Die erste estnischsprachige Zeitung „*Tarto Maa Rahva Näddali-Leht*“ (Dorpat-er Wochenblatt des Landvolkes) ist allerdings schon im Jahre 1806 in Dorpat erschienen. Siehe Juhana PEEGEL: Über den Inhalt der ersten estnischsprachigen Zeitung, in: *Tarto Maa Rahva Näddali-Leht*, hrsg. von Tõnu TANNBERG, Tartu 1998, S. 327–332, und Tõnu TANNBERG: Quellenmaterialien über die erste estnischsprachige Zeitung, in: ebenda, S. 340–350 (Anm. d. Red.).

Gesinnung überwunden und eine neue Geografie der Heimat geschaffen wurde, mit den ‚lettischen Landen‘ als Mittel- und Bezugspunkt für die rationale und emotionale Wahrnehmung der Menschen“ (S. 131). Dies habe den Letten ermöglicht, die Zugehörigkeit zu Europa und zum Russischen Imperium bewusster zu empfinden und sich „ein Verständnis von Begriffen wie ‚Volk‘, ‚Stand‘ und ‚Beruf‘“ zu verschaffen. Mit Staunen erfuhren sie, dass die Deutschen in Deutschland „nicht nur Herren, sondern auch Bauern“ seien (S. 140). Bereits in den 1820er Jahren wurden in den Zeitungen auch Texte veröffentlicht, vor allem literarische Werke lettischer Autoren, welche erlaubten, die Letten „in ihrer Selbstdarstellung und in ihren Wertvorstellungen als Volk“ zu erkennen (S. 203). Die Zeitung „*Tas Latviešu Draugs*“ (Der Freund der Letten) half dabei, diese künstlichen Selbstreflexionen an ein breiteres Publikum zu vermitteln.

Im Mittelpunkt des dritten Kapitels steht die Zeitung „*Mājas Viesis*“ (Der Hausgast), die seit 1856 erschien: Zum ersten Mal war ein Lette, Ansis Leitāns (1815–1874), Chefredakteur. Hiermit nahmen die lettischen Nationalbewegung, das „erste“ nationale Erwachen, und die Bewegung der „Jungletten“ ihren Anfang. Zelče schildert die negative Einstellung der deutschen Pastoren dieser Redaktion gegenüber, die aus lettischen Literaten, Lehrern und Studenten der Universität Dorpat bestand. Somit sei im lettischen öffentlichen Raum ein neuer aktiver Typus des Intellektuellen entstanden – der Student (S. 252). „*Mājas Viesis*“ zog die Thematik der lettischen ethnischen Selbstbestimmung und Emanzipation vor, und formte somit die Vorstellung von den Letten als einer nationalen Gemeinschaft. Die Autorin stellt dabei fest, dass diese Ideen unter dem Einfluss der deutschen Romantik entstanden seien, doch erwähnt sie mit keinem Wort, dass es parallel einen nicht weniger wichtigen Einfluss gab, nämlich den der russischen Slavophilen und Westler.⁶ Außerdem lässt sie in ihrer Studie sozialhistorische Fragestellungen wie etwa die nach der Rolle des Individuums in der Gesellschaft und die Frage nach der Freiheit des Individuums im Kontext interaktiver Beziehungen außer Acht.

Im vierten Kapitel wird die Tageszeitung „*Pēterburgas Avīzes*“ (St. Petersburger Nachrichten) untersucht, die nur von 1862 bis 1865 erschien. Diese kurze Zeit kann jedoch in drei Zeitabschnitte eingeteilt werden, in welchen die äußeren und inneren Umstände der Redaktionsarbeit sehr unterschiedlich waren. Dies beeinflusste auch den Inhalt, die Verbreitung und die Rolle der Zeitung im öffentlichen Raum. In dieser Zeit entwickelten sich im lettischen Zeitungswesen auch entgegengesetzte Richtungen, die aber zur Professionalisierung des eigenen Pressewesens beitrugen.

Das Buch ist mit insgesamt 122 Abbildungen illustriert. Die Herkunft der Abbildungen von Zeitungsseiten und Archivalien kann zwar erraten werden, doch gibt es keine Quellennachweise. Auch die Tabellen, Grafiken

⁶ Vgl. ZAKE, *Nineteenth-Century Nationalism* (wie Anm. 4), S. 36f.

und Fotografien haben sicherlich Autoren, auf deren Nennung hier leider ebenfalls verzichtet wurde. Den Fluss der Lektüre unterbrechen zuweilen Textboxen, welche über das Leben und Werk der im Buch genannten Personen informieren oder Quellenauszüge präsentieren. Der Leser kann dabei den Zeitgeist besser nachempfinden, da diese Texte im Lettisch des 19. Jahrhunderts geschrieben sind, er kann aber auch die meinungsbildende Qualität dieser Informationen nachvollziehen. Allerdings wäre es bei den Quellentexten doch ratsam gewesen, sie zu kommentieren. Viele Ortsnamen z. B. haben sich bis in unsere Gegenwart hinein in manchen Fällen sogar mehrfach geändert. In 18 Tabellen werden die Ergebnisse der in qualitativen und Kontentanalysen von Zeitungsartikeln gewonnenen Daten vorgestellt. Hieran lassen sich Informationen über die Anzahl und Thematik der veröffentlichten Texte sowie über die geografische Verteilung und die soziale Gliederung von Autoren und Lesern ablesen. Den Text begleiten acht weitere Diagramme sowie vier von der Autorin angefertigte Karten.

Interessant sind die von der Autorin unternommenen sozialhistorischen Interpretationen des Verhältnisses der Zeitungsredakteure zum Lesepublikum um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Hier sei von den Pastoren die Figur eines von der Leibeigenschaft befreiten „Musterletten“ kreierte werden, die dem Leser nicht einfach nur vor Augen geführt, sondern ihm geradezu aufgedrängt wurde. Dies habe man aus der Überlegung heraus getan, das Unterordnungsverhältnis zwischen Deutschen und Letten als patriarchale Beziehung begründen zu wollen. Dabei sollte den Pastoren die Rolle des autoritativen Vaters und Erziehers zuteil werden, während die Letten die Rolle des Kindes zu spielen hatten (S. 115). Hierbei wurde mit speziellen Formulierungen gearbeitet, welche den Letten ihre eigentümliche Unfähigkeit verdeutlichen sollten, eine Nation mit einem eigenständigen sozialen, nationalen und kulturellen Leben zu sein. Zelče nennt dies den „kulturellen und sozialen Paternalismus der deutschbaltischen Pastoren“ (S. 142, 143) oder den „Diskurs geringer Wertschätzung“ (S. 249) und spricht von der „fatalen Minderwertigkeit“ (S. 318) oder der „fatalen Rechtlosigkeit“ (S. 395f.). Ihr zufolge konnten das spezifisch lettische Minderwertigkeitsgefühl und die soziale Senilität auf diese Weise aufrechterhalten werden. So wurden sehr unterschiedliche Empfindungen bei der Leserschaft erzeugt – das Gefühl, dass man dem Verhängnis eines minderwertigen Volkes nicht entgehen könne oder aber der Wunsch und die Bereitschaft, sich von diesem Schicksal zu lösen (S. 147). Eine ihrer Schlussfolgerungen lautet, dass die deutschbaltischen Pastoren „die Gleichsetzung von Letten und Bauern sowie eine (nur) standesgemäße geistige Entwicklung und Wohlstand“ angestrebt hätten (S. 145). Die Absicht der lettischen Redaktion der Zeitung „Pēterburgas Avīzes“ sei hingegen ganz anders gelagert gewesen. Ihr sei es nicht nur darum gegangen, den Letten zu helfen, die unter ihnen ablaufenden sozialen und gesellschaftlichen Prozesse besser zu begreifen. Vielmehr sollte die „persönliche Emanzipation“ stimuliert

werden. Man wollte dabei helfen, die „noch immer lebendigen Stereotypen aus der Zeit der Leibeigenschaft“ abzuwerfen, wie etwa die Vorstellungen von der eindeutigen Zugehörigkeit des Letten zum Bauernstand und der fatalen Überlegenheit der Deutschen über die Letten. Schließlich sollten so die „daraus resultierenden Herren-Knecht-Beziehungen zwischen beiden Völkern“ aufgebrochen werden (S. 353).

Die Autorin korrigiert einige der aus der sowjetischen Zeit vererbten Deutungen in der lettischen Historiografie. Sie betrachtet die historischen Personen nicht aus der heutigen Perspektive, wie es früher häufig der Fall war, sondern im Kontext ihrer Zeit und der Möglichkeiten, die diese Zeit bot. Zelče weist darauf hin, dass die Leistungen von Ansis Leitāns, des Chefredakteurs der „Mājas Viesis“, in der lettischen Historiografie selten positiv bewertet worden seien. Ihm und den Literaten seiner Generation habe die lettische Tradition leider nur Missachtung entgegengebracht (S. 242). Zudem sei in der lettischen Forschung den „Latviešu Avīzes“ häufig vorgeworfen worden, primitive, minderwertige und gesellschaftlich unbedeutende Informationen veröffentlicht zu haben. Zwar könne dies aus der Perspektive des 20. und 21. Jahrhunderts so erscheinen, doch ergebe sich ein anderes Bild, wenn die Kriterien der Zeit angelegt würden: In dieser Sicht hätten die Nachrichten der „Latviešu Avīzes“ erstmals informatives Material in Druckform geboten. Zusammen mit den Büchern und Kalendern aus der Zeit handele es sich dabei um die erste, „für die lettische Gesellschaft als Zielpublikum erzeugte Massenproduktion“ (S. 130). Die staatlichen Behörden, die über die Herausgabe der Zeitungen Aufsicht führten, bestanden darauf, dass die „Latviešu Avīzes“ Politisches ausklammern sollten. Daher dürfe man von den Herausgebern auch nicht erwarten, dass sie die direkte Konfrontation mit der Staatsmacht suchten und die staatlich diktierten Bestimmungen missachteten (S. 212). Allerdings hätten die von Pastoren herausgegebenen lettischen Zeitungen das Ziel verfolgt, „im Bewusstsein der Letten ein nur den deutschbaltischen privilegierten Ständen genehmes soziales Modell zu festigen“, das für die Letten nur die Rolle der Bauern vorsah (S. 207). Zelče erklärt diese Haltung der Pastoren damit, dass sie standesbedingt gewesen sei und „den in der damaligen Gesellschaft dominierenden Ansichten und Denkweisen“ entsprochen hätte (S. 207). Es sei beinahe unmöglich, sich eine andere Haltung vorzustellen. Trotzdem hätten die deutschbaltischen Pastoren den in der historischen Forschung so oft geäußerten Tadel nicht verdient, dass sie mit der Gründung der ersten lettischsprachigen Zeitungen nur zielstrebig ideologischen Druck auf das Volk ausüben wollten, um ihm „die Zukunft zu verbieten“ (S. 207).

Bei allen kritisierten Kleinigkeiten bietet Zelčes Monografie eine spannende Lektüre und demonstriert, wie die Geschichte des Zeitungswesens zum Gegenstand fruchtbarer wissenschaftlicher Forschung werden kann. Die fachliche Kompetenz der Autorin läßt zudem darauf hoffen, dass sie

ihre Untersuchungen über den hier behandelten Zeitrahmen hinaus weiter führen wird.

INETA LIPŠA

Eesti ajaloost Nõukogude võimu perioodil / Studies in the History of Estonia during the Soviet Rule (Ajalooline Ajakiri / The Estonian Historical Journal 2009, Nr. 1/2 [127/128]). Hrsg. von TÕNU TANNBERG. Verlag Kleio. Tartu 2009. 336 S. ISSN: 14063859.

Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit im Herbst 1991 bildeten einige Perioden der jüngsten Vergangenheit die Schwerpunkte wissenschaftlichen Forschens für die Historiker und Historiografen Estlands. Nachdem auf Initiative Lennart Meris eine international besetzte Historikerkommission zur Erforschung der nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Verbrechen in Estland ins Leben gerufen worden war, die im Lauf der letzten Jahre beeindruckende Publikationen zu den Jahren 1939–1989 vorlegen konnte,¹ verstärkte sich das Interesse historischer Forschungsarbeit immer mehr auf die Behandlung und Aufarbeitung der Periode der Estnischen Sowjetrepublik. Neben Monografien zur stalinistischen Unterdrückung², zum Kampf der Waldbrüder gegen die sowjetische Okkupationsmacht³ oder zu den Deportationen von 1941 bzw. 1949⁴ sind es einige

¹ Estonia 1940–1945. Reports of the Estonian International Commission for the Investigation of Crimes against Humanity, hrsg. von TOOMAS HIIO, MEELIS MARIPUU und INDREK PAAVLE, Tallinn 2006; Estonia Since 1944. Reports of the Estonian International Commission for the Investigation of Crimes Against Humanity, hrsg. von TOOMAS HIIO, MEELIS MARIPUU und INDREK PAAVLE, Tallinn 2009.

² In erster Linie wirtschaftshistorische Publikationen wie z. B. DAVID FEEST: Zwangskollektivierung im Baltikum. Die Sowjetisierung des estnischen Dorfes 1944–1953, Köln u.a. 2007 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas, 40) oder OLAF MERTELSMANN: Der stalinistische Umbau in Estland. Von der Markt- zur Kommandowirtschaft, Hamburg 2006 (Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa, 14).

³ Hier können die zahlreichen Publikationen von MART LAAR Erwähnung finden, die er seit den 1990er Jahren kontinuierlich zu unterschiedlichen Fragestellungen editiert bzw. verfasst.

⁴ Kүүditamine Eestist Venemaale. Juunikүүditamine 1941 & kүүditamine 1940–1953 [Deportation aus Estland nach Russland. Die Junideportation 1941 und die Deportationen 1940–1953], zusammengest. von LEO OISPUI, Tallinn 2001; Kүүditamine Eestist Venemaale 1949 [Die Deportation von Estland in die Sowjetunion 1949], Buch 4, zusammengest. von LEO OISPUI, o.O. 2003; Kүүditamine Eestist Venemaale 1949 [Die Deportation von Estland in die Sowjetunion 1949], Buch 5,

Sammelbände, die hier wesentliche Fortschritte in der Geschichtsforschung gebracht haben.⁵ In diesem Kontext ist auch die zur Rezension vorliegende Publikation zu verorten.

Die Zeitschrift „Ajalooline Ajakiri“ ist die traditionsreichste estnischsprachige fachwissenschaftliche Zeitschrift auf dem Gebiet der Geschichtsforschung. Ihre Geschichte reicht zurück in die Zwischenkriegszeit, und so war es nur folgerichtig in dem Bestreben, an die erste Zeit der Unabhängigkeit anzuknüpfen, dass das seit 1992 ins Leben gerufene Periodikum „Kleio“ in seinem Untertitel als „Ajalo[online] Ajakiri“ firmierte und dies auch in der Nummerierung der einzelnen Hefte dokumentierte. Mit der vorliegenden Nummer ist also bereits die Zählung 127/128 erreicht. Zahlreiche Schwierigkeiten ergaben sich in den vergangenen Jahren, so dass man fast befürchten musste, die Zeitschrift würde ihr Erscheinen einstellen.⁶ Seit dem Jahr 2007 ist wieder Regelmäßigkeit festzustellen, wenn auch die Redaktion verstärkt dazu überging, einzelne Nummern in Doppelausgaben zusammenzufassen. Begründen lässt sich dies damit, dass diese Doppelausgaben Themenhefte darstellen, die sich unterschiedlichen Forschungsgebieten der historischen Fachdisziplin widmen.⁷

Die vorliegende, von Tõnu Tannberg zu verantwortende Nummer reiht sich also ein in die aktuelle Publikationstätigkeit ebenso wie in die aktuelle Forschungsdiskussion, indem sie Fragen der Geschichte Estlands während der Sowjetherrschaft thematisiert. Nach einem einleitenden Vorwort (S. 5-12) zu Sowjetestland im Kalten Krieg, in dem Tannberg auf die aktuelle Forschungsdiskussion ausführlich eingeht und den Rahmen für die folgenden Artikel absteckt, erhält der Leser einen differenzierten Blick auf die Autonomiegesetze des Jahres 1944, die den Sowjetrepubliken an der Peripherie des Stalin-Imperiums im Rahmen der Außenpolitik Moskaus

hrsg. von ÜLO OJATALU und ARVI PRIKK, o.O. 1999; Küüditatud, arreteeritud, tapetud 1940–1990. Nimede koondregister R1-R6 [Deportiert, verhaftet, ermordet 1940–1990. Namensregister R1-R6], Tallinn 2007.

⁵ Z.B. Eesti NSV aastatel 1940–1953: Sovetiseerimise mehhanismid ja tagajärjed Nõukogude Liidu ja Ida-Euroopa arengute kontekstis [Die Estnische Sowjetrepublik in den Jahren 1940–1953: Mechanismen der Sowjetisierung im Kontext der Entwicklung der Sowjetunion und Osteuropas], hrsg. von TÕNU TANNBERG, Tartu 2007 (Eesti Ajalooarhiivi Toimetised. Acta et Commentationes Archivi Historici Estoniae, 15 [22]); The Sovietization of the Baltic States, 1940–1956, hrsg. von OLAF MERTELSMANN, Tartu 2003; The Baltic Countries under Occupation. Soviet and Nazi Rule 1939–1991, hrsg. von ANU MAI KÖLL, Stockholm 2003 (Acta Universitatis Stockholmiensis. Studia Baltica Stockholmiensia, 23), um nur einige wenige zu nennen.

⁶ Vom Jahr 2000 (Heft-Nr. 108) bis zum Jahr 2007 (Heft-Nr. 119) erschienen nur zwölf Nummern, nicht die vorgesehenen 28 Nummern (jeweils pro Quartal eines Jahres).

⁷ Bei Heft 3/4 (2007) stand die Geschichte der Bauern und der Landwirtschaft in Estland im Mittelpunkt, bei Heft 1/2 (2008) bildeten Studien zur Geschichte des mittelalterlichen Livland den Kern des Bandes, und bei Heft 3/4 (2009) ist es die Kommunikation im frühneuzeitlichen Ostseeraum, die besondere Beachtung findet.

neue Möglichkeiten eröffneten. Kaarel Piirimäe (S. 13-45) macht dabei deutlich, dass diese vermeintliche Autonomie nur den Beziehungen der Kriegsbündeten geschuldet war: Moskau lag zu diesem Zeitpunkt sehr an einvernehmlichen Lösungen mit den beiden anderen Verbündeten; zudem hoffte man auf zusätzliche Partizipation in internationalen Organisationen, die nach Kriegsende zu gründen waren. Nach dem Ausbruch des Kalten Krieges wurde die weitere Ausdehnung autonomer Spielräume für die neuen Sowjetrepubliken im Westen der UdSSR sehr schnell ad acta gelegt – nun galt es, einen monolithischen Block gegen die „imperialistische Bedrohung“ zu bilden.

Im folgenden Aufsatz steht die Zeit des Kalten Krieges im Vordergrund. Ivo Juurvee (S. 47-76) untersucht die Bemühungen zweier Journalisten und Schriftsteller bei der Herstellung systemkonformer Geschichtsbilder: Andrus Roolah (Estland) und Julius Mader (DDR) stellten sich und ihre Werke in den Dienst der Sowjetideologie und bewiesen, dass auch auf diesem Feld die internationale Kooperation von Historikern zu einflussreichen Ergebnissen führte. Während Meelis Saueauk (S. 77-121) über die Aufgaben, Strukturen und die Verwaltung der sowjetischen staatlichen Sicherheitsorgane in Estland in den Jahren der stalinistischen Herrschaft referiert und ein plastisches Bild von der zunehmenden Allgegenwart in den drei Phasen der organisatorischen Entwicklung 1944/45, 1946-1949 und 1950-1953 entwirft, wird deutlich, wie zentral die sowjetische Einflussnahme über russisches Verwaltungspersonal vorgesehen war und durchgeführt wurde (es lohnt ein Blick auf die Struktur und Besetzung der einzelnen Abteilungen von NKGB und MGB).

Auch Aigi Rahi-Tamm (S. 123-153) widmet sich den ersten Jahren sowjetischer Herrschaft in Estland und gibt einen Bericht über die Involvierung von Archivmitarbeitern im Repressionsapparat Sowjetestlands. Anhand eines Katalogindexes „politischer Färbung“ zeigt sich, wie stark in einzelnen Bereichen der estnischen Forschungslandschaft die Unterwerfung unter staatliche Maximen gediehen war. Nicht überraschend ist das Fazit von Tiit Kreegipuu (S. 155-178), die sich der sowjetestnischen Presse unter der Herrschaft der Kommunistischen Partei widmet. Die Partei beherrschte das Pressewesen mittels rigider Zensur – vor, während und nach der Publikation von Artikeln, Beiträgen, Essays u.a.m. Alle in den Zensurinstanzen Tätigen waren zudem den Institutionen, Abteilungen und einzelnen Staatsbediensteten in Moskau unterstellt. Trotzdem bleibt festzuhalten, dass einzelne Periodika (mit nur lokaler, kultureller oder spezieller Bedeutung) unterschiedlich strenge Zensurmaßnahmen erdulden mussten – im Gegensatz zu Zeitungen und Zeitschriften, die all-unionsweite Bedeutung besaßen. Nicht die gesamte Presse Sowjetestlands lässt sich als loyale Unterstützer des Sowjetregimes in Estland bezeichnen.

Einblicke in die Fakultät für Biologie an der Universität Tartu während des Stalinismus gewährt der Beitrag von Anu Raudsepp (S. 179-196).

Hier wird vor allem festgestellt, dass – entgegen landläufiger Ansichten – sehr wohl Möglichkeiten des Dissenses mit dem herrschenden Regime bestanden. Während die Autorin zahlreiche Biologen, Forscher und Lehrende in ihre Untersuchung einbezogen werden, bleiben sie als Personen jedoch relativ blass – ganz anders der folgende Artikel, der das Schicksal des Kunsthistorikers Voldemar Vaga im Konflikt zwischen Stilgeschichte und marxistischer Interpretation behandelt. Mari Nõmmela (S. 197–211) erläutert eindringlich und einfühlsam die Probleme eines nicht systemkonformen Wissenschaftlers bei den Bemühungen wissenschaftlichen Arbeitens. Sein Scheitern, aber auch seine Erfolge sind sprechende Beispiele für ein System, das nonkonformes Denken und Arbeiten verunmöglichte.

Indrek Paavle (S. 213–229) gewährt bestürzende Einblicke in das System der Zwangswirtschaft in der estnischen Agrargesellschaft der 1940er Jahre, die, nachdem sie bereits seit 1929 in der Sowjetunion praktiziert worden war, auch auf die neu einverlebten „Randstaaten“ übertragen wurde. Das estnische Dorf diente – wie Jahre zuvor das russische – als „Spielwiese“ für ideologische Vorgaben; zudem war die Zwangsbewirtschaftung ein probates Mittel für die sowjetische Besatzungsmacht, die auf dem Lande weitverbreitete Unterstützung für die Bewegung der „Waldbrüder“ zu schwächen und zu beseitigen. Wie sehr die neuen Sowjetrepubliken der Allmacht der Moskauer Zentrale und dem ZK der Bolschewiki untergeordnet waren, zeigt die Praxis der Ehreenauszeichnungen und Ordensüberreichungen aus Anlass des 10-jährigen Bestehens der Estnischen Sowjetrepublik im Jahr 1950, die Hiljar Tammela (S. 231–252) untersucht.⁸ Mittels dieser Praxis sollte die Bevölkerung sich dem neuen System annähern, sich mit diesem identifizieren: Immerhin wurde in jenem Jahr ca. ein Drittel aller in der Sowjetzeit ausgestellten Auszeichnungen überreicht. Der abschließende Beitrag von Kristjan Luts (S. 253–280) fragt danach, mit welcher Einstellung Esten in den Jahren 1968–1991 in der Sowjetarmee dienten. Entgegen landläufiger Überzeugung macht diese Untersuchung deutlich, dass die estnischen Rotarmisten dieser Zeit (immerhin ca. 180 000 Personen), in der Rückschau mehrheitlich eher positive Erinnerungen an ihre Dienstzeit äußerten.

Nach einem sachkundigen Abriss über die Historiografie der sowjetischen Wirtschaftsgeschichte von Olaf Mertelsmann (S. 281–296) folgen sieben dem Schwerpunktthema zuzuordnende Rezensionen (S. 297–326) sowie drei Konferenzberichte (S. 327–336) – ebenfalls zum Thema „Geschichte Estlands während der Sowjetherrschaft“. Das damit vorliegende, 336 Seiten umfassende Kompendium bietet – auch in Hinblick auf redaktionelle Bearbeitung und verlegerische Ausgestaltung – ein hilfreiches Kompendium für die vertiefte Beschäftigung mit Einzelfragestellungen zu dieser Epoche in der Geschichte Estlands, wobei jedoch auffällt, dass das Schwergewicht stärker auf der Phase des Stalinismus (bis etwa

⁸ Siehe den Beitrag Tammelas in dieser Ausgabe der Forschungen zur baltischen Geschichte (Anm. d. Red.).

Mitte der 1950er Jahre) liegt, während Untersuchungen zu den Zeiten des „Tauwetters“ bzw. der „Stagnation“ noch eher seltener anzutreffen sind.

Dass die Sowjetherrschaft über 45 Jahre andauern konnte, dürfte nicht an der Überlegenheit des ideologischen, politischen und wirtschaftlichen kommunistischen Systems gelegen haben, sondern u. a. auch an der Partizipation oder Kollaboration einzelner Kreise innerhalb der neuen Sowjetrepubliken. Hier hätte sich der Rezensent – gerade in dem führenden Periodikum Estlands – auch einen Blick auf diejenigen Esten gewünscht, die weniger unter dem System leiden mussten, als vielmehr von ihm profitierten.⁹ Möglicherweise ist hierfür die Zeit aber noch nicht reif. Darüber hinaus wäre es erforderlich, den nationalhistorischen Blick auf einzelne Epochen der jüngsten Vergangenheit aufzubrechen und durch Einbeziehung z. B. lettischer oder litauischer Forschungsarbeit vergleichbare oder unterschiedliche Entwicklungen eines geografischen Raumes darzustellen, der spätestens seit der völkerrechtswidrigen Annexion 1940 eine einheitliche politische, soziale, ökonomische und auch kulturelle Region auszubilden begann.

KONRAD MAIER

Sõna jõul: diasporaa roll Eesti iseseisvuse taastamisel. 6. ja 7. augustil 2008 toimunud konverentsi materjalid [Mit der Macht des Wortes: Die Rolle der Diaspora bei der Wiederherstellung der estnischen Unabhängigkeit. Beiträge der Tagung von 6. und 7. August 2008]. Hrsg. von KRISTI ANNISTE, KAJA KUMER-HAUKANÕMM und TIIT TAMMARU. Tartu University Press. Tartu 2008. ISBN: 9789949119264.

Der erste Teil dieses aus zwei Abschnitten bestehenden Sammelbandes stellt analytische Beiträge von Historikern, Demographen und Sozialwissenschaftlern zusammen. Die Herausgeber Tiit Tammaru, Kaja Kumer-Haukanõmme ja Kristi Anniste reihen die Entstehung und Entwicklung der estnischen Diaspora in die größeren Auswanderungswellen von Esten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts sowohl nach Osten als auch nach Westen ein. Die Autoren betonen, dass während dieser Periode 10 bis 20

⁹ Erste Untersuchungen werden inzwischen publiziert, so z. B. TOOMAS KARJAHÄRM, VÄINO SIRK: Kohanemine ja vastupanu. Eesti haritlaskond 1940–1987 [Kollaboration und Widerstand. Die estnische Intelligenz 1940–1987], Tallinn 2007 (Eesti Haritlaskonna Ajalugu, 3). Siehe die Rezension von OLAF MERTELSMANN, in: Forschungen zur baltischen Geschichte 3 (2008), S. 316–320.

Prozent der Esten permanent in Ausland lebten. Die heutige Diaspora stellt mit ca. 125 000 Personen, die außerhalb Estlands leben, rund 12% aller Esten. Wenn die aktuellen Migrationstendenzen anhalten, wird nach den Prognosen der Wissenschaftler Finnland bald Russlands Stellung als größtes Aufnahmeland der Esten übernehmen.

Tiit Rosenberg beschäftigt sich unter Heranziehung sowohl von zeitgenössischen Zeitungsberichten als auch von späteren wissenschaftlichen Studien und belletristischen Werken, die sich mit dem Thema Auswanderung beschäftigen, mit der Historiografie der Emigrationsbewegung und der estnischen Siedlungen außerhalb des Landes. Anu Korb schreibt über die Russlandesten und ihre Beziehung zum unabhängigen Estland, wobei sie einen Überblick über deren kulturelles Leben, Bildungssituation und die Suche nach den eigenen Wurzeln gibt, sowie die Möglichkeiten aufzeigt, in die historische Heimat umzusiedeln. Vahur Made interpretiert die Tätigkeit der estnischen Exilregierung nach 1940 als ein widersprüchliches Projekt zur Bewahrung der staatlichen Kontinuität. Er beschreibt die Gründung der Exilregierung, ihre Tätigkeit und die wichtigsten Protagonisten sowie vergleichbare Bemühungen der Letten und Litauer. Er schildert die Einstellungen Schwedens und Norwegens der Exilregierung gegenüber und den Schwanengesang dieser Institution in der wiederhergestellten Republik Estland.¹ Mervi Raudsaar sieht die fern der Heimat betriebene Jugendarbeit als Trägerin und Hüterin des Exil-Estentums und leistet damit dankenswerte Arbeit. Denn die bisher nur als Binsenwahrheit verbreitete Feststellung über die Bedeutung der Jugendarbeit in den exilestnischen Gemeinden bekommt damit einen wissenschaftlichen Rahmen und verlässlichen Inhalt. Triinu Ojamaa, Aune Valk, Kanni Labi und Kristel Karu-Kletter präsentieren eine Studie über die Rolle der Musik in der exilestnischen Identität. Dabei handelt es sich um einen Überblick über die Hintergründe des 2008 begonnenen Forschungsprojekts „Die Perspektiven der Musik bei der Herausbildung der offenen estnischen Identität“, seine vorläufigen Ergebnisse und Zukunftsperspektiven.

Der spannende zweite Teil des Sammelbandes widmet sich den Erinnerungen an das Exil, weshalb diese Texte zugleich freier und subjektiver sind als die des ersten Teils. Mit diesen Erinnerungen ist übrigens auch der Titel des Buches verbunden, denn bei der Lektüre hatten die Herausgeber den Eindruck, dass der Kampf um die Unabhängigkeit in erster Linie mit Worten geführt worden sei. Ihre Erinnerungen und individuellen Ansichten über die Ereignisse teilen hier Persönlichkeiten mit, die auf verschiedenen Kontinenten auf kultureller und politischer Ebene im Namen der estnischen Unabhängigkeit tätig waren: Mari-Ann Kelam,

¹ Dieser Text ist auch auf Englisch erschienen: VAHUR MADE: The Estonian Government-in-Exile: a controversial project of state continuation, in: The Baltic Question during the Cold War, hrsg. von JOHN HIDEN, VAHUR MADE und DAVID J. SMITH, London und New York 2008, S. 134-143.

Juta Ristsoo, Marju Rink-Abel, Raivo Kalamäe, Iivi Zasedova, Toomas Mattson, Vello Salo, Jüri Estam, Aime Kolbre Salmre, Tarvo Toomes, Ago Ambre, Siiri Aulik, Tiia Raudma und Vello Ederma. Thematisch durchaus angebracht, jedoch inhaltlich etwas von den vorigen geschieden, finden sich im Sammelband noch drei weitere Beiträge: eine differenzierte Abhandlung über die finnische Außenpolitik im Kontext der Wiedererlangung der estnischen Unabhängigkeit von Heikki Rausmaa, die Erinnerungen des deutschbaltischen Historikers Gert von Pistohlkors sowie der Blick eines Außenseiters auf die Tätigkeit des estnischen Diaspora, verfasst vom schwedischen Diplomaten Dag Hartelius.

Den Erinnerungen zufolge war die Mehrheit der estnischen Exilgemeinde aktiv am Kampf für die estnische Unabhängigkeit beteiligt. Ein Este im Ausland zu sein bedeutete, das Exil anzunehmen und eine gewisse Kampfbereitschaft zu zeigen. Eine erfolgreiche Karriere oder die Integration in die Gesellschaft spielte in der estnischen Diaspora demnach keine so große Rolle, wie man meinen könnte. Wer sich mit dem Prozess der Wiedererlangung der estnischen Unabhängigkeit nicht so gut auskennt, mag sich über diesen Sammelband wundern: Die Rolle der Diaspora dabei wird hier keineswegs im Kontext der Perestrojka, sondern in Hinblick auf die ganze Okkupationsperiode behandelt. Denn so nehmen die Exilesten selbst ihren Kampf wahr. Oder wie Mari-Ann Kelam, die in den USA aktiv war, es ausdrückt: „Wir alle sind Botschafter unseres estnischen Heimatlandes in der freien Welt“.

Unter anderen Umständen wäre der Kampf des Exils vielleicht kürzer oder aber auch länger gewesen. Nimmt man es mit Humor, kann man ihn mit dem Regentanz der nordamerikanischen Indianer vergleichen, der immer erfolgreich ist – denn es wird so lange getanzt, bis es schließlich anfängt zu regnen. Die vielseitigen und zuweilen auch polarisierenden Erinnerungen, die der Band präsentiert, atmen einen praktischen Ingenieursgeist und zugleich eine orakelhafte Sturheit, wodurch der kämpferischen Diaspora als einer Art *resistance* eine fast mythische Aura verliehen wird.

Die in diesem Buch versammelten Texte bieten nur einen kleinen Ausschnitt aus den Erinnerungen, die im Rahmen einer weltweiten, 2008 vom estnischen Kulturministerium und vom Zentrum für Exilestnische Studien an der Universität Tartu organisierten Aktion zusammengetragen wurden. Die meisten Beiträge kamen aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Tasmanien. Vertreten waren auch Esten aus europäischen Ländern, Russland und Estland selbst. Die Erinnerungen, die für den hier angezeigten Sammelband ausgewählt wurden, geben vor allem die Sicht der westlichen Diaspora weiter. Sowohl diese als auch andere Memoiren-

texte werden im Estnischen Nationalmuseum aufbewahrt, wo sie allen Interessenten zur Verfügung stehen.²

Aber schon im vorliegenden Buch ist nun nachzulesen, dass zuweilen ganz gewöhnliche Menschen interessante Karten in der Hand halten können, mit denen sie auf höchster Ebene politische Spiele zu spielen imstande sind. So gibt es unter den amerikanischen Esten einige, die während des Kalten Krieges ein Kabinettgespräch mit dem amerikanischen Präsidenten geführt haben. Außerdem kann man hieran erkennen, dass die westliche Diaspora nicht so lästig gewesen ist, wie die sowjetische Führung es sich gedacht oder wie sie es gar gefürchtet hat, sondern eher noch um einiges lästiger. Insgesamt bleibt zu wünschen, dass dieser, in eine kompakte und leserfreundliche Form gegossene Überblick über die Tätigkeit der Diaspora auch in Übersetzung einem breiteren Interessentenkreis zur Verfügung gestellt werden wird.

MAARJA MERIVOO-PARRO

Identity and Foreign Policy. Baltic-Russian Relations and European Integration. Hrsg. von EIKI BERG und PIRET EHIN. Verlag Ashgate. Farnham 2009. 208 S. ISBN: 9780754673293.

Für die Geschichts- und Politikwissenschaft ist es kein Novum, dass die europäische Gedächtnislandschaft alles andere als homogen und konfliktlos ist. Spätestens seit dem Denkmalstreit zwischen Tallinn und Moskau im Frühjahr 2007 nimmt auch die breitere Öffentlichkeit im westlichen Europa den Erinnerungskonflikt zwischen Russland und den neuen EU-Staaten wahr. Die Erinnerung an das 20. Jahrhundert und die von ihm geprägten Geschichtsbilder im post-sowjetischen Russland stehen offenbar im absoluten Gegensatz zu der in den baltischen Staaten; mehr noch, sie bilden Gegenpole auf der Gedächtniskarte der erweiterten Europäischen Union. Die Meinungsunterschiede in Bezug auf die jüngste Vergangenheit sowie erinnerungspolitische Manipulationen und Spekulationen erschweren die bilateralen Beziehungen zwischen Russland und dem baltischen Trio und erschüttern die europäische Außenpolitik mit immer neuen Skandalen. 2005 ging es um die Teilnahme an den Moskauer Feierlichkeiten zum 60. Jahrestags des Kriegsendes – während die lettische

² Vgl. PIRET NOORHANI: *Baltic Heritage Network: Die Pflege des exilbaltischen Kulturerbes – Zwischenbilanz und Zukunftsperspektiven*, in: *Forschungen zur baltischen Geschichte* 3 (2008), S. 239-242.

Präsidentin fuhr, blieben ihre estnischen und litauischen Kollegen „bei ihren Völkern“. 2007 stand das Denkmal für den „sowjetischen Befreiungssoldaten“ im Tallinner Stadtzentrum im Mittelpunkt der Debatten, 2009 stritt man um den Hitler-Stalin-Pakt und den Vergleich zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus, 2010 dürfte wohl die Nicht-Teilnahme Dmitrij Medvedevs an den Feierlichkeiten zum 20. Geburtstag der litauischen Unabhängigkeit und die Entscheidung seiner Kollegin Dalia Gribauskaitė, im Gegenzug nicht zur 65. Siegesfeier nach Moskau zu reisen, für reichlich Diskussionsstoff sorgen.

Mit dem markanten Begriff „clash of commemorations“ (Alexander Astrov, S. 87f.) sind diese Vorgänge, denen sich das anzuzeigende Buch widmet, zutreffend charakterisiert. Es geht dabei vor allem um Erinnerungen und Geschichte(n) bzw. um die Geschichtsbilder, welche in den beiden erinnerungskulturellen Regionen konstruiert respektive gepflegt werden. Somit geht es um nationale Identitätskonstruktionen und post-imperiale Identitätspolitik, die sowohl in den baltischen Staaten als auch in Russland eng mit dem europäischen Projekt verbunden sind. Gerade in der EU, die sich selbst als Wertegemeinschaft versteht und als solche gesehen werden will, ist das Anliegen der Identitätsbildung von besonderer Relevanz. Doch da es gerade die Erinnerung und Geschichtsdiskurse sind, auf deren Grundlage sich in den jungen Nationalstaaten des Baltikums sowie in Russland die Gemeinschaften „imaginieren“, wird ein konstruktiver Dialog zusehends erschwert. So sind auch sechs Jahre nach der EU-Osterweiterung, von der eine Verbesserung des Dialogs mit dem östlichen Nachbarn erwartet wurde, die Beziehungen zwischen den baltischen Staaten und Russland weiterhin unter den Gefrierpunkt abgekühlt.

Der hier zu rezensierende Band versucht die Gründe zu untersuchen. Dafür konzentriert er sich auf die Identitäts- und Erinnerungspolitik in den baltischen Staaten und in Russland und analysiert sie im Kontext der europäischen Integration und Außenpolitik. Er kann somit als ein zeitgemäßer und wichtiger Beitrag zu Fragen der Internationalen Beziehungen und europäischen Erinnerungspolitik gesehen werden. Sein Wert wird noch dadurch verstärkt, dass sein herausragendes Spezifikum die Internationalität des Autorenteam ist. In der Tat spielt der Diskurs um die eigene „Europeanness“ eine entscheidende Rolle in der nach außen vertretenen Geschichtspolitik. Sowohl Russland als auch die baltischen Staaten versuchen ihre diametral gegensätzlichen Geschichtsbilder Europa-kompatibel darzubringen. Dies geschieht durch die gegenseitige Exklusion aus dem, was als „europäische Identität“ verstanden wird: So spricht Russland den ehemaligen Sowjetrepubliken aufgrund der Aufmerksamkeit, die diese verstärkt den Veteranen der nationalen Einheiten entgegenbringen, die auf deutscher Seite im Zweiten Weltkrieg gekämpft haben, ihre Europäizität ab, während es selbst von seinen Nachbarn als machtsüchtiger, autoritärer und daher nicht-europäischer Staat gesehen wird (Elena

Fofanova & Viatcheslav Morozov, S. 28f.). Kurzum – in der russisch-baltischen Auseinandersetzung geht es um die Frage nach der „wahren“ und „falschen“ Geschichte bzw. Erinnerung sowie um das Recht, die eigene Sicht auf der europäischen Bühne zu vertreten und der eigenen „Opfer“ und „Helden“ zu gedenken.

Die in allerlei Hinsicht anregende Veröffentlichung ist das Ergebnis des Forschungsprojektes „Identität und Außenpolitik: baltisch-russische Beziehungen im Kontext der europäischen Integration“, welches von der Estnischen Wissenschaftsstiftung gefördert wurde und sich zum Ziel setzte, die Interdependenz zwischen Identität und der Außenpolitik im Kontext der EU-Erweiterung zu erschließen. In ihren Einzelstudien widmen sich russische, deutsche, estnische, lettische und litauische Politikwissenschaftler und Historiker den jeweils eigenen Forschungsbereichen; eine Zusammenfassung finden die Beiträge durch den finnischen Politologen und Fachmann für Internationale Beziehungen Hiski Haukka la.

Eine Verknüpfung aller Beiträge, ihr theoretischer „roter Faden“, ist durch den methodischen Ansatz der Identitätspolitik gegeben: Wie verlaufen die Identitätsbildungsprozesse in den baltischen Staaten und in Russland, welche Geschichtsbilder werden hierfür herangezogen? Wie beeinflusst die Identitätsfrage die jeweilige Außenpolitik, welche Implikationen gibt es für eine gemeinsame EU-Außenpolitik? Der theoretische und methodische Angelpunkt ist somit der konstruktivistische Ansatz der Internationalen Beziehungen, der immer noch als aktuell und gewinnbringend gelten kann. In seinem Zentrum stehen die Akteure und ihr soziales Umfeld, im Rahmen dessen sie denken, agieren und sich zusammenschließen, also eine kollektive, nationale Identität konstruieren. Der Sammelband will nun diese Identitätspolitik entschlüsseln und deren Wirkung auf die politischen Handlungen darstellen.

Die zehn Beiträge nehmen sich Symbole (sowjetische Ehrenmale), Rituale (9. Mai) und politische Diskussionen (Europäische Nachbarschaftspolitik, Umgang mit dem historischen Erbe) vor, die als Musterbeispiele für die nationale Identitätspolitik gelten können und gleichermaßen einen Resonanzraum in der Außenpolitik finden. Ein solches klassisches Beispiel ist der „Bronzene Soldat“ in Tallinn, der vor allem in den Beiträgen von Karsten Brüggemann & Andres Kasekamp, Maria Mälksoo, Astrov und Haukka la zur Illustration der geschichtspolitischen Auseinandersetzungen und Entgleisungen herangezogen wird. Der methodische Ansatz und die Begründung seiner Relevanz wird von den Herausgebern, den Tartuer Politikwissenschaftlern Piret Ehin und Eiki Berg im ersten Kapitel dargestellt. Dankenswerterweise nehmen sich die Herausgeber zudem die Definition von „Identität“ vor, die sie mit Alexander Wendt als „relatively stable, role specific understandings and expectations about self“ begreifen (S. 9). Dies ist insofern wichtig, da der Identitätsbegriff

gegenwärtig immer mehr an analytischer Schärfe verliert und sich in ein alles und nichts sagendes Plastikwort verwandelt.

Im zweiten Kapitel stellen Fofanova & Morozov von der St. Petersburger Hochschule für Internationale Beziehungen den gewählten konstruktivistischen Ansatz als gewinnbringende Methode für die Auseinandersetzung mit Problemen außenpolitischer Beziehungen dar, denn „Gedächtnisse“ und „Geschichten“ würden ähnlich wie Identitäten auch konstruiert. Der Vorteil der Methode liege in der mehrdimensionalen Analyse geschichtlicher, national-patrimonialer und intersozialer Diskurs-Motive. Eine „negative identity dynamic“ könne sodann die belasteten Beziehungen zwischen Russland und den baltischen Staaten erklären helfen. Während die russische Geschichte in den baltischen Ländern als Kontinuum eines nicht-europäischen, autoritären Staates gedeutet werde, wolle man in Estland, Litauen und Lettland die eigene nationale Identität gerade auf der Befreiung von den Fesseln dieser Fremdherrschaft aufbauen. In Russland dagegen begreife man gerade den Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ als das Ereignis, welches die Sowjetunion ins Zentrum des Kampfes gegen die Nazi-Barbarei hievte. Da die Identitätspolitik stark mit Affekten verbunden ist, gehe es in beiden Fällen um sehr emotional geführte Diskussionen, was einer pragmatischen, rationalen Politik entgegensteht.

Als symbolischer Ort steht der wichtigste russische *lieu de mémoire* – der 9. Mai – im Mittelpunkt des Beitrags von Eva-Clarita Onken. Die Autorin untersucht die Diskussionen um die Zu- bzw. Absagen der baltischen Regierungschefs anlässlich der Moskauer Feierlichkeiten am 9. Mai 2005 zugleich auf drei Ebenen – im jeweiligen Land, in Europa und in den bilateralen Beziehungen. Der Konflikt um diesen Gedenktag erreichte eine große außenpolitische Resonanz und machte die Erinnerungskluft auf dem europäischen Gedächtnisteppich deutlich: Gerade seit dem 9. Mai 2005 stellt sich die Frage nach den Entwicklungsperspektiven der Erinnerungspolitik in Europa und nach dem Umgang mit dem historischen Erbe sowie dessen politischen Implikationen. Es sei geradezu bezeichnend, dass die damals in Gang gesetzten Diskussionen zu konkreten Entscheidungen auf der politischen Ebene (z. B. die PACE-Resolution zur Anerkennung der Okkupation des Baltikums durch die Sowjetunion) geführt haben.

Dass es gerade die Denkmale sind, die von den visuellen Medien der Geschichtskultur das größte intersoziale Sprengpotenzial haben, bezeugte abermals das Beispiel des „Bronzenen Soldaten“ in Tallinn. Seit dem 19. Jahrhundert sind Denkmale unzertrennlich mit den nationalen Identitätsbildungsprozessen verbunden. Somit wohnt einem Denkmal per se eine inkludierende, aber auch eine exkludierende Funktion inne. Die Historiker Karsten Brüggemann und Andres Kasekamp widmen sich im vierten Kapitel diesem höchst symbolischen und umstrittenen Ort – dem sowjetischen Ehrenmal – und illustrieren seine divergierende Wirkung mit den Diskussionen in der national heterogenen estnischen Gesellschaft. Das

1947 errichtete Ehrenmal wurde von der estnischen Bevölkerung vor allem als Symbol der neuen Macht gesehen, die nach dem Kriegsende in der Republik das Sagen hatte. Seine starke „mnemische Energie“¹ erhielt das Ehrenmal durch die Präsenz der Gebeine der gefallenen Sowjetsoldaten, die das Denkmal – und somit seine Botschaft – sakralisieren sollten. Die Peripherisierung des Denkmals auf Anordnung der estnischen Regierung wurde somit vom russischsprachigen Teil der estnischen Bevölkerung als Desakralisierung, ja als Angriff auf die eigene Identität wahrgenommen. Der Dissens um „Alëša“, wie das Denkmal liebevoll genannt wird, sollte den Autoren zufolge allerdings auch im Kontext der beiden weiteren estnischen Denkmalinitiativen gelesen werden: Zum einen spielen sie auf den weniger auffälligen, aber heftig umstrittenen Gedenkstein in Lihula an, der 2004 für die estnischen Soldaten, die in der nationalen SS-Division auf der deutschen Seite gekämpft hatten, kurzfristig errichtet wurde, und zum anderen auf das Mitte 2009 errichtete „Freiheitskreuz“ zum Sieg der Esten im Unabhängigkeitskrieg 1918–1920. Wenn das erstere eine mit dem europäischen Erinnerungsdiskurs unvereinbare Heldengruppe ehrte – und somit als eine nationalistische „Entgleisung“ gedeutet werden kann –, so ist die „Siegessäule“ das vermutlich am meisten anachronistisch anmutende Denkmal in Europa. Denn das Zeitalter der nationalen Siegesdenkmale ist, wie Reinhart Koselleck und Georg Mosse² für die europäische Denkmalkultur festgestellt haben, mit dem Zweiten Weltkrieg beendet worden. Die Denkmalkonflikte in Estland zeugen somit nicht nur vom „clash of commemorations“ zwischen den Erinnerungsakteuren, sondern auch von der Herausforderung für den national-estnischen Erinnerungsdiskurs, in dessen Zentrum die nationalen Opfer, Helden und Widerstand stehen, durch die europäische Diskussion. Eine Pluralisierung und somit Demokratisierung der Erinnerungslandschaft könnte, so Brüggemann & Kasekamp, diese Konflikte entschärfen.

Die Ambivalenz der baltisch-russischen Identitätsdiskurse zwischen der Zugehörigkeit zu Europa bzw. zum souveränen Nationalstaat wird im Beitrag von Maria Mälksoo (Universität Tartu) wieder aufgegriffen. Im fünften Kapitel diskutiert sie das Konzept der „liminality“, der Übergangsphase, in der sich sowohl die baltischen Staaten als auch Russland befinden. Beide Seiten strebten die Anerkennung ihres eigenen, nationalen Geschichtsbildes auf europäischer Ebene als eines genuin europäischen Vergangenheitsdiskurses an, wobei sie jeweils die Europatauglichkeit des Geschichtsbildes des Opponenten in Abrede stellen. Mälksoo zeigt

¹ Ein Begriff von Aby Warburg, zit. in: *Orte der Erinnerung. Denkmal, Gedenkstätte, Museum*, hrsg. v. ULRICH BORS DORF, THEODOR HEINRICH GRÜTTER, Frankfurt a. M. 1999, S. 5.

² REINHART KOSELLECK: Die Transformation der politischen Totenmale im 20. Jahrhundert, in: *Transit. Europäische Revue*, Nr. 22 (Winter 2001/2002), S. 59-86; GEORG L. MOSSE: *Gefallen für das Vaterland. Heldentum und namenloses Sterben*, Stuttgart 1993.

wiederum am Beispiel des „Bronzenen Soldaten“ den Zusammenstoß der russischen und baltischen Bemühungen um eine „angemessene europäische Erinnerung der Bedeutung und des Erbes des Zweiten Weltkriegs“. Die Autorin warnt vor dem verletzlichen Charakter der liminalen Entitäten: Im Hinblick auf die baltischen Staaten schreibt sie, „their borderline self-identification as ‚Europe but not quite Europe‘ lingers on“ (S. 67). Die Erzählmuster des östlichen Mitteleuropa hätten eine destabilisierende, wenn nicht gar destruktive Wirkung auf Westeuropa, dessen Erinnerungskultur sich im Grunde schon als bestimmendes Narrativ verfestigt hat.

Alexander Astrov (Central European University Budapest) bezieht sich auf die Ausführungen Mälksoos und gibt die Denkmuster der politischen Eliten im östlichen Mitteleuropa folgendermaßen wieder: „No memory – no identity, no identity – no nation“ (S. 87). Der post-sowjetische, ethnisch heterogene Nationalstaat versucht seiner Ansicht nach, mit den bürokratischen Techniken der „Kommemoration“ die Identität einer Nation zu formulieren, was – wie anhand des Tallinner Denkmalstreits hinlänglich bewiesen – den „crash of commemorations“ nur zusätzlich verstärkt. Hier sei das rituelle Gedächtnis der in Estland lebenden Russen an den „Großen Vaterländischen Krieg“ auf die technokratischen Entscheidungen der Regierung geprallt, welche den multi-ethnischen (und multi-sozialen?) Charakter der estnischen Gesellschaft verkannte. So traf ein „von oben“ angeordnetes nationales Erinnerungsmuster auf den Widerstand der davon nicht angesprochenen Identitätsgruppen.

Dass neben Estland auch Lettland als ein „diskursivers Schlachtfeld“ bezeichnet werden kann, verdeutlicht der Politikwissenschaftler Andris Spruds aus Riga im siebten Kapitel des Bandes. Die Tatsache, dass hier die Nationsbildungsprozesse noch nicht abgeschlossen sind, habe eine gewisse Zickzack-Politik der Regierung gegenüber Russland bewirkt: Den emotional geführten Geschichtsdebatten folgten pragmatisch geführte wirtschaftlichen Beziehungen – und vice versa. Hatte Russland im „discourse of danger“ noch 1991 die Rolle des „bösen Anderen“ bei der nationalen Identitätsformation inne, so richte sich Riga mittlerweile auf der pragmatischen Ebene immer mehr auf den Dialog mit dem großen Nachbarn ein, was Spruds als „opportunity discourse“ auch in der Identitätspolitik deutet. Solch eine Entschärfung des Dialogs, wenigstens in Bezug auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit, sei für die lettische Politik durchaus bezeichnend.

Die litauische Politikwissenschaftlerin Dovilė Jakniūnaitė (Universität Vilnius) beschäftigt sich in einem weiteren Beitrag mit der Bedeutung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) für die Außenpolitik Litauens und dessen innenpolitische Selbst-Bilder. Die Autorin argumentiert, dass die baltischen Staaten die ENP vor allem als Gleichgewichtsinstrument nutzten, als „balancing tool“ zwischen zwei mächtigen politischen Akteuren, Russland und Europa. Das Engagement für die ENP

soll zweierlei Impulse an die Nachbarn senden: Zum einen – an die EU –, dass man als ein zuverlässiger und konstruktiver Partner gesehen werden möchte, zum anderen – an Russland – den Beweis der Selbständigkeit und eigener Entscheidungsmacht. Es könne aber durchaus auch als Wunsch interpretiert werden, die eigene Ambivalenz zwischen Ost und West zu überwinden.

Der letzte analytische Beitrag von Sergei Prozorov (Universität Helsinki) beschreibt die exkludierenden Selbst- und Fremdbilder des heutigen Russland. Anhand einiger Diskussionsbeispiele zeichnet er eine Dynamik nach, die den russischen Selbstdiskurs weg vom europäischen Verständnis der Elfin-Jahre hin zu einem national(istisch)en russischen Verständnis eines „starken Russland“ unter Putin geführt habe. Immer stärker trete hier die Betonung der Besonderheit, ja der Souveränität des russischen historischen Weges und des russischen Volkes hervor, das zunehmend mit Attributen der Macht, Größe und Stärke versehen wird. Allerdings führe Russland gerade dadurch den Kampf um die eigene Anerkennung in der EU – so Prozorovs These. Europa bleibt für viele Russen weiterhin eine positive, privilegierte Integrationsfigur, welche über eine viel stärkere Ausstrahlung verfüge als Amerika oder China. Die sich selbst exkludierende Identitätspolitik ließe sich also dadurch erklären, dass russische politische Eliten die Annäherung an Europa durch die Demonstration der eigenen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Macht anstreben. Somit suche auch Russland, ohne es allerdings zugeben zu wollen, nach seinem Platz in Europa.

Im resümierenden Kapitel, verfasst vom finnischen Politikwissenschaftler Hiski Haukkala, werden die hier gebotenen Analysen aufeinander bezogen und in den Kontext der europäischen Integration gestellt. Der Autor sieht den identitätsbasierten Ansatz als geeignete Methode für die Untersuchung der internationalen Beziehungen an, spricht aber auch von den damit verbundenen Erkenntnisgrenzen. So sollten die institutionellen Strukturen nicht außer Acht gelassen werden. Der identitätspolitische Ansatz könne zwar die Gründe des Denkmalstreites aufdecken, jedoch nicht den Verlauf des Konfliktes, d. h. Aktion und Gegenaktion in Moskau und Tallinn erklären. Am ehesten könne die Funktionslogik der europäischen Strukturen und die gegenwärtige russische außenpolitische Philosophie dafür eine Erklärung bieten: Es lag dem Kreml offenbar sehr daran, die Solidarität innerhalb der EU in der Debatte um die sowjetischen Ehrenmale zu brechen. Moskau ziehe bilaterale Beziehungen mit den „starken“ Staaten des „Alten Europa“ den Verhandlungen mit der ganzen EU vor, welche in den Augen einiger russischer Hardliner nur ein handlungsunfähiges Gebilde sei.

Der Sammelband schließt mit einer optimistischen Zukunftsvision: Eine Chance für die Verbesserungen der Beziehungen zwischen dem post-imperialen Russland und den post-sowjetischen baltischen Staaten liege in

der Überführung der bilateralen konflikt-, angst- und komplexbeladenen Beziehungen auf die gesamteuropäische Ebene, wobei der EU die moderierende Vermittlerrolle zufallen könnte. Die Aufgabe der europäischen Geschichts- und Erinnerungspolitik bestehe darin, die Suche nach Kompromissen auf beiden Seiten zu initiieren und die Bereitschaft, die eingefrorenen Konflikte zu überwinden, zu befördern. Die EU ist gefragt, Ideen und Institutionen dafür zu entwickeln.

Wer sich mit der Politik der EU, den Identitätsvorstellungen in den Internationalen Beziehungen sowie den Erinnerungskulturen im Baltikum und in Russland beschäftigt, kommt an dieser Veröffentlichung nicht vorbei. Der Sammelband bietet anregende Einblicke in die aktuellen geschichtspolitischen Diskussionen und außenpolitischen Auseinandersetzungen und überzeugt durch die konsequente Argumentationslogik und methodische Stringenz. Von Vorteil ist auch, dass die Beiträge Bezug aufeinander nehmen, sodass eine eingehende Zusammenschau der Identitätsbilder geboten werden kann. Zur weiteren Vertiefung in das Thema ist eine umfassende Literaturliste angefügt, und ein knappes Register erleichtert die Handhabung des Bandes. Leider wurde auf ein Verzeichnis der Autoren verzichtet. Dies ausgenommen, ist die Publikation ein rundum gelungener und wichtiger Beitrag sowohl zum Thema der EU-Außenpolitik als auch zur erinnerungskulturellen Forschung.

EKATERINA MAKHOTINA

